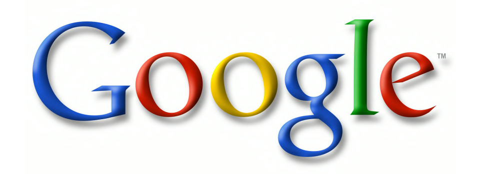
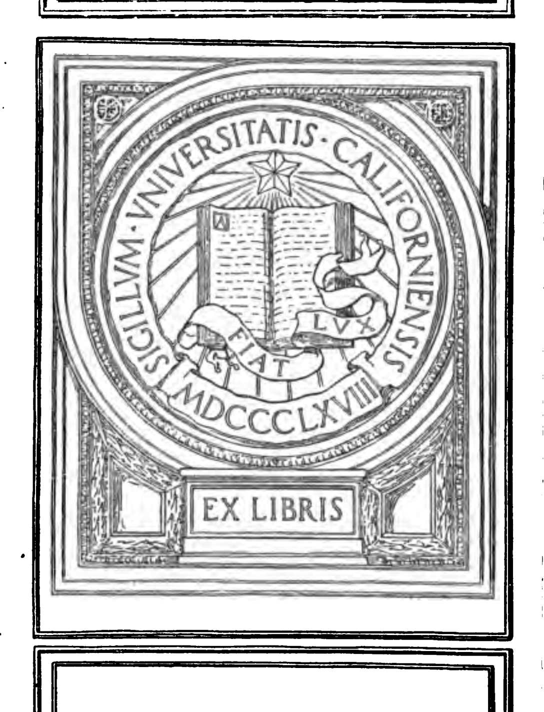
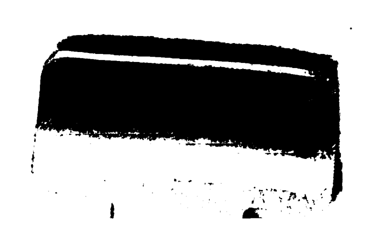





SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS



Satansprozesse S. 110ff



BEITRÄGE

ZUR

RECEPTIONS-GESCHICHTE

DES

RÖMISCH-CANONISCHEN PROCESSES

IN DEN BÖHMISCHEN LÄNDERN

VON

DR. EMIL OTT,

K. K. A. O. Ö. PROFESSOR DER RECHTE AN DER CARL-FERDINANDS-UNIVERSITÄT ZU PRAG.



LEIPZIG,

DRUCK UND VERLAG VON BREITKOPF UND HÄRTEL.

1879.

Rechtswissenschaftliche Schriften
im Verlage von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

Baumeister, H., Bemerkungen zur Strafgesetzgebung. 1. Heft. gr. 8. 1847. geh. ℳ 1. 50.

Bornagius, Aug., Ueber die rechtliche Natur der Concordate. gr. 8. 1870. ℳ 2. 25.

Dahn, Felix, Handelsrechtliche Vorträge. gr. 8. 1875. ℳ 4.

—— Deutsches Privatrecht. (Mit Lehen-, Handels-, Wechsel- und Seerecht.) Grundriß. 1. Abtheilung. Privatrecht und Lehenrecht. gr. 8. 1878. n. ℳ 8.

Danz, H. A. A., Lehrbuch d. Geschichte d. röm. Rechts. 2 Theile. 2. Aufl. gr. 8. 1871 u. 1873. ℳ 10.

—— Die Wirkung der Codificationsformen auf das materielle Recht. 8. geh. 1861. ℳ 1. 50.

Degenkolb, Heinrich, Einlassungszwang und Urteilsnorm. Beiträge zur materiellen Theorie der Klagen insbesondere der Anerkennungsklagen. 1877. 8. Broch. n. ℳ 8.

Delbrück, Berthold, Die dingliche Klage des deutschen Rechts. Geschichtlich und für den heutigen Gebrauch dargestellt. gr. 8. 1857. geh. ℳ 5.

Exner, A., Kritik des Pfandrechtsbegriffes nach römischem Recht. 8. 1873. ℳ 3. 75.

Fuchs, Carl, Der deutsche Concursproceß. 1877. gr. 8. n. ℳ 3.

Hypothekenrecht, Deutsches. Herausgegeben von Dr. **Viktor von Meibom.** 1. Band. Das hannoversche Hypothekenrecht von L. v. Bar. gr. 8. 1871. ℳ 2. 70.

Dasselbe. 2. Band. Das mecklenb. Hypothekenrecht v. V. v. Meibom. gr. 8. 1871. ℳ 6.

Dasselbe. 3. Band. 1 Abth. Das bayerische Hypothekenrecht von Dr. Ferdinand Regelsberger. 1. Abtheilung. gr. 8. 1874. ℳ 7.

—— 2 Abtheilung. gr. 8. 1877. ℳ 4.

Dasselbe. 4. Band. Das königlich sächsische Hypothekenrecht von Dr. Siegmann. gr. 8. 1875. ℳ 6.

Dasselbe. 5. Band 1. Abth. Das östreichische Hypothekenrecht von Dr. Adolf Exner. 1. Abtheilung. gr. 8. 1876. ℳ 7.

Dasselbe. 6. Band. Das württembergische Unterpfandsrecht von Dr. Römer. gr. 8. 1876. ℳ 6.

Dasselbe. 7. Band. Das rheinisch-französische Privilegien- und Hypothekenrecht.
1. Abth. Das französische Privilegien- und Hypothekenrecht von Dr. S. Puchelt. gr. 8. 1876. ℳ 8.
2. Abth. Das rheinische Hypothekenrecht in seinen Abweichungen vom französischen Rechte von Dr. Dreyer, Dr. Gorius, Heinsheimer, Thoma, Dr. Lippold. gr. 8. 1877. ℳ 6.

Dasselbe. 8. Band. Das preußische Hypothekenrecht von Dr. Dernburg und Hinrichs. 1. Abtheilung. gr. 8. 1877. ℳ 12. 50.

Ihering, Rud. v., Abhandlungen aus dem römischen Recht. gr. 8. 1844. geh. ℳ 3.

—— Geist des röm. Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung. 1. Theil. (Mit dem Sach- und Quellenregister zu den bisher erschienenen vier Bänden.) 4. Aufl. gr. 8. 1878. ℳ 10. 2. Theil 1. Abth. 3. Aufl. gr. 8. 1874. geh. ℳ 7. 50. 2. Theil 2. Abth. 3. Aufl. gr. 8. 1875. ℳ 9. 3. Theil 1. Abth. 3. Aufl. gr. 8. 1877. ℳ 9.

—— Derselbe. Supplementband. Sach- und Quellenregister zu den bisher erschienenen vier Bänden. 1878. gr. 8. ℳ 1. 20.

—— Bedeutung des röm. Rechts für die moderne Welt. Abdruck aus der 2. Auflage von des Verfassers „Geist des röm. Rechts“. gr. 8. 1865. geh. ℳ —. 50.

—— Der Zweck im Recht. Erster Band. gr. 8. 1877. n. ℳ 12.

Klemm, H. H., Ueber die stillschweigend übernommene Verbindlichkeit zu Bezahlung des Kaufpreises unbestellt empfangener Waaren. gr. 8. 1854. geh. ℳ 1. 20.

Lindgren, W. E. v., Die Grundbegriffe des Staatsrechts. Versuch einer juristischen Construction des Staats und der Staatsgewalt. gr. 8. 1869. geh. ℳ 3.

Liszt, Franz von, Lehrbuch des österreichischen Preßrechts. gr. 8. 1878. n. ℳ 8.

Merkel, Adolf, Kriminalistische Abhandlungen. 1. Heft: Zur Lehre von den Grundeintheilungen des Unrechts und seiner Rechtsfolgen. gr. 8. 1867. ℳ 2.

—— 2. Heft: Die Lehre vom strafbaren Betruge. 1. Abth. 8. 1867. ℳ 5. 40.

BEITRÄGE

ZUR

RECEPTIONS-GESCHICHTE

DES

RÖMISCH-CANONISCHEN PROCESSES

IN DEN BÖHMISCHEN LÄNDERN.

Handschr. Preis S 100 [illegible] 9.95

BEITRÄGE

ZUR

RECEPTIONS-GESCHICHTE

DES

RÖMISCH-CANONISCHEN PROCESSES

IN DEN BÖHMISCHEN LÄNDERN

VON

DR. EMIL OTT,

K. K. A. O. Ö. PROFESSOR DER RECHTE AN DER CARL-FERDINANDS-UNIVERSITÄT
ZU PRAG.



LEIPZIG,

DRUCK UND VERLAG VON BREITKOPF UND HÄRTEL.

1879.

SEINEM HOCHVEREHRTEN LEHRER

HERRN

PROFESSOR DR. ANTON RANDA,

RITTER DES ÖSTERR. EISERNEN KRONENORDENS ETC. ETC.

IN DANKBARKEIT ZUGEEIGNET.



Vorwort.

Das Beckenland im Herzen Europas bleibt nicht nur merkwürdig als Schauplatz vorweltlichen Ringens entfesselter Naturkräfte und als die Weltbühne eines zähen Kampfes confessioneller und nationaler Strömungen; auch seine Rechtsentwicklung zeigt ein Bild, dessen Lichteffecte und einzelne Farbenmischungen ein dankbares Object interessanter Beobachtungen und Forschungen bilden, wenn sie auch bisher verhältnissmässig wenig gewürdigt worden sind. An der Grenzmark der zwei Hauptnationalitäten Nordeuropas gelegen war Böhmen das Gebiet, in welchem deutschrechtliche Elemente mit den ursprünglichen slawischen vermengt und versetzt dem vom Süden vordringenden fremden, römisch-canonischen Rechte gemeinsamen Widerstand zu leisten hatten. Theilweise unterliegend, theilweise sich unterwerfend gingen sie mit diesem zugleich als Bestandtheile in einer Legislative auf, die in den Jahrzehnten an der Wende unseres und des verwichenen Säculums die letzte Stufe ihrer derzeitigen Entwicklung erklommen und für ihre Epoche gesetzgeberische Musterleistungen zu Tage gefördert hat, welche in der grösseren Hälfte des »Ostreiches« heute noch in Geltung stehen.

Immer mehr bricht sich in Oesterreich mit dem Rufe nach historischer Rechtsforschung die Ueberzeugung Bahn, dass die böhmischen Länder zu dem geltenden materiellen und formellen Rechte des Kaiserstaates mit einem namhaften Beitrag beigesteuert haben. Der älteren grundlegenden Monographien Rössler's, Bischoff's, Tomaschek's u. A. im Allgemeinen nicht zu gedenken bedarf es kaum der Hindeutung auf die bahnweisenden Leistungen Randa's, auf Johanny's interessante Darlegungen und auf die fleissige Zusammenstellung Maassburg's, um die Wahrheit obiger Behauptung für das österr. Immobilarrecht darzuthun. Es wäre weiters überflüssig, Unger's datenreiche treffende rechtshistorische Kritik der Verlassenschaftsabhandlung und Graf Chorinsky's gründliche Darstellung des historischen Aufbaues dieser Institution nach österr. Rechte hierfür als Zeugniss anzuführen oder an die überzeugenden Forschungen Graf Sternberg's, Schmidt's und Schneider's auf dem Gebiete des Bergrechtes zu erinnern und schliesslich des verdienten Haimerl Autorität, Menger's werthvolle Beiträge und Schenk's verdienstliche Ausführungen noch insbesondere rücksichtlich des Processrechtes dafür anzurufen. Heute kann die erwähnte Auffassung als die allgemeine Ueberzeugung aller im Sinne der historischen Methode vorgehenden Rechtsforscher unseres Reiches hingestellt werden.

Der Versuch, die Wurzeln eines durch Generationen gebräuchlichen Streitverfahrens kennen zu lernen, führte zu den Resultaten, die in den nachfolgenden Aufsätzen skizzirt und durch Quellenbelege gestützt werden sollen. Fussend auf den Mittheilungen Freih. von Haan's in den »Beiträgen zu einer Geschichte der öst. Civilprocessordnung« (öst. Gerichtsztg. 1858) und eingedenk der von Chabert, Schenk, Hye-Gluneck und jüngst neuerlich von Randa

betonten Nothwendigkeit der Behandlung der österreichischen Rechtsgeschichte nach Ländergruppen wurde es unternommen, die Vorläufer des heutigen österr. Processrechtes bis zu ihrem gemeinschaftlichen Ausgangspunkte, den gemeinrechtlichen Keimen, in Ländergebieten zu verfolgen, die ja nach den obigen Andeutungen als die Wiege des in Kraft stehenden gerichtlichen Verfahrens in Streitsachen betrachtet werden müssen. Das interessante Material, welches sich der Forschung erschloss, je weiter dieselbe gegen die Vergangenheit vorrückte, wird es begreiflich erscheinen lassen, dass die ferner liegenden Epochen relativ eingehender behandelt wurden, als jene, die nach der ursprünglichen Absicht das Feld der Forschung bilden sollten. Einer besonderen Begründung bedarf es nicht, dass stets die parallele Entwicklung in Deutschland im Auge behalten und auf dieselbe verwiesen wurde.

Die verhältnissmässige Fülle des Stoffes mahnte im Hinblicke auf den begrenzten territorialen Rahmen zum Abschlusse. Abgesehen davon drängten die lebhaften Reformstrebungen der Legislative des Processrechtes, die hoffentlich in Bälde auch bei uns jenen Abschluss finden werden, welchen das jüngste Jahr dem in Processrechtsfragen nunmehr geeinigten Deutschland brachte, immer energischer dazu, den Blick von der Vergangenheit gegen die Zukunft zu lenken und dem heimathlichen Streitverfahren, das nach hundertjähriger Geltung zu Grabe gehen soll, diesen letzten Scheidegruss zu entbieten und damit die befriedigende und freudige Genugthuung zu verschaffen, dass es als die letzte Gestaltungsphase gemeinrechtlicher Grundsätze und Formen in unsern Ländern stets einen ehrenvollen Platz in der Rechtsgeschichte behaupten wird!

Dem Verfasser mögen bei der Beurtheilung einzelner Mängel und Lücken des hiermit publicirten Versuches die grossen Schwierigkeiten zur theilweisen Entschuldigung dienen, die zu bewältigen waren, um diesen kleinen Beitrag zur österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte bieten zu können. Auch möge nicht ausser Acht gelassen werden, dass keine abgeschlossene Geschichte der Reception des römisch-canonischen Processes, selbst in dem engeren territorialen Rahmen der böhmischen Länder geschrieben werden konnte und wollte, vielmehr nur einzelne Bausteine und Materialien herbeigeschafft und angesammelt werden sollten.

Schwierigkeiten der mannigfaltigsten Art stellten sich dem beabsichtigten Unternehmen entgegen. Nicht bloss disparate rechtsgeschichtliche Momente mussten ins Auge gefasst, es durften vielmehr auch allgemeine historische Factoren nicht aus dem Gesichtskreise gelassen werden; hiermit war aber ein Feld zu betreten, auf welchem der Verfasser Laie ist. Während weiters für die politische Geschichte der bei dieser Arbeit in Betracht kommenden Ländergruppe ein überaus reichliches Material zu Gebote steht, muss der Forscher auf dem gemeinrechtlichen Gebiete die Kargheit des bisher zu Tage geförderten und gesichteten Materiales betreffs der böhmischen Länder lebhaft beklagen. Abgesehen von einigen zumeist trefflichen Vorarbeiten rücksichtlich der Entwicklung des deutschen und slawischen Rechtes auf böhmischem Boden war der Autor darauf angewiesen, die Lagerstätten des von ihm zu verwerthenden Materiales erst aufzuschliessen und braucht derselbe wohl Kennern nicht darzulegen, wie häufig er hierbei im tauben Gestein zu arbeiten genöthigt war. Empfindlich vermisste er, dass die Gerichtsverhältnisse trotz einzelner

verdienstlicher Beiträge nicht klargestellt sind. Dazu kamen die Mühseligkeiten, welche die Benutzung archivalischen Materiales dem Nicht-Historiker aufthürmt, und die Bedrängnisse linguistischer Natur, die bei Ausbeutung mittelalterlicher und in der Volkssprache abgefasster Kanzleiurkunden entstehen. sowie schliesslich die bedauernswerthe, durch den Mangel zureichender Mittel verschuldete Lückenhaftigkeit der Quellenpublikationen für rechtsgeschichtliche Studien in dem angedeuteten territorialen Rahmen und in der hier verfolgten Richtung. Um so schwerer fühlte sie der Verfasser, als auch die prager k. k. Universitätsbibliothek manches werthvollen literarischen Hülfsmittels entbehrt, das trotz bereitwilligster Verwendung des H. Bibliotheksvorstandes selbst von anderwärts nicht herbeizuschaffen war.

Was die Ansammlung mancher Details in den Noten anlangt, möge hervorgehoben werden, dass nicht selten Notizen entfielen, um die Arbeit nicht mit allzuviel Detailangaben zu belasten: unzulässig erschien jedoch eine Ausscheidung solcher aus den Anmerkungen, welche als Belege für die Behauptungen des Textes dienen oder bisher unbekannte Verhältnisse berühren, daher späteren Forschern erwünscht sein dürften. Hierbei ist nicht zu übersehen, dass für die particuläre Entwicklung viele Momente von der grössten Tragweite sind, die für die allgemeine leicht unbeachtet bleiben können; andererseits schienen Verweisungen auf analoge Beziehungen in Territorien des deutschen Reiches oder in anderen Kronländern mit Rücksicht auf das in Oesterreich fast brachliegende Studium der Geschichte des gemeinen Processes unausweichlich.

Die Aufgabe, zu deren Bewältigung mit den folgenden Auseinandersetzungen ein bescheidener Anstoss gegeben werden soll,

ist für die Kräfte eines Einzelnen unlösbar. Möge es daher unserer Heimath beschieden sein, für die glückliche und vollständige Lösung eines so schwierigen Problems, wie es die Darstellung der particularen Receptionsgeschichte des römisch-canonischen Verfahrens ist, nur einen Bruchtheil so ausgezeichneter Kräfte zu gewinnen, wie solche die Schilderung des allgemeinen Receptionsganges in Deutschland nach seinen einzelnen Richtungen an Stobbe, Stintzing, Muther, Franklin und Stölzel fand!

Schliesslich sei es gestattet, Allen, welche des Verfassers Bestrebungen durch bereitwilligste Unterstützung und Hülfeleistung förderten, insbesondere dem h. w. Herrn Canonicus P. Frind, Vorstand der Bibliothek und des Archives des prager Domcapitels, Herrn Professor Dr. Gindely, Landesarchivar, Herrn Docenten Dr. Emler, Archivar der Stadt Prag und Herrn Dr. Čelakowský, Archivsadjuncten, sowie endlich dem h. w. Wyšehrader Collegiatcapitel und dem h. w. Stifte Wilhering für die freundliche Gestattung der Publication der Beilagen den wärmsten Dank auch öffentlich auszusprechen.

Prag, im Juli 1878.

Inhalts-Uebersicht.

I.

Factoren der Reception. Jurisdiction der Kirche in Böhmen und ihr Umfang.

Seit der Begründung und Stabilisirung der Erblichkeit des Thrones in den böhmischen Ländern wuchs die Macht ihrer Beherrscher nach Aussen und rasch verbreitete sich im Inneren die früher häufig vermisste Ordnung. Unablässig kräftigte sich seit dem Beginne des 13. Jahrhunderts das Königreich. Kaum war ein halbes Säculum verflossen, seit am Marchfelde die Würfel des Kriegsglückes gegen einen der genialsten böhmischen Herrscher gefallen waren (1278), so wurden neuerlich Länder dauernd der Krone erworben. Die Machtentfaltung Böhmens beförderte der traurige Zustand seiner Nachbarländer. Kräftige Herzogthümer, wie Franken und Schwaben, waren in staatsrechtlicher Beziehung verschwunden; Baiern, früher schon durch die politische Unabhängigkeit seiner Kirchenfürsten geschwächt, lag zerspalten darnieder. Das deutsche Reich selbst aber musste wiederholte Versuche in der Richtung bestehen, welche Dynastie wohl den Unabhängigkeitsbestrebungen der Churfürsten die geringsten Hindernisse bereiten würde. Seine inneren Zustände über alle Massen gesunken, boten jenes beklagenswerthe Bild dar, das noch heute in der lebendigen Schilderung des Vertrauensmannes der Curie, Bischofs Bruno von Olmütz (in seiner Denkschrift 1273 an den Papst; Erben reg. boh. No. 845; Chytil. cod. dipl. et epist. Mor. VI. 364) sowie Kg. Wenzel's II. 1290 (Emler reg. No. 2730 promissio ejus de eligendo futuro imperatore)[1], und in den Klagen Kaiser Karl des IV. in dem Vorworte zur goldenen

[1] In diesem Wahlversprechen wird ausgeführt: quoniam regno Romanorum veri regis gubernamine destituto guerrarum in horroribus, animorum dissonantiis, exulante rectitudinis praefectura velut in mari turbido turbati fluctuant regnicolae, judicium subvertitur, justicia non curatur, et imperium quasi versum in improperium, demembrari se condolens, sine protectore subjacet undique laceratum etc.

Bulle 1356 (Pelzel: Kaiser Karl IV, II. Thl. pg. 494) mächtig ergreift. Das deutsche Reich hatte seinen natürlichen Schwerpunkt eingebüsst, seit die Hohenstaufen und ihre nächsten Nachfolger die Reichsgüter versplittert hatten. Seither waren die Kaiser ihrer früheren Macht und damit ihrer einstigen Autorität beraubt. Nur ein Weg blieb erschlossen, um die verlorene Kraft und den verblichenen Glanz der Kaiserkrone wieder zu gewinnen, — die Begründung einer grösseren Hausmacht. Diesen Weg betraten Rudolf, Adolf von Nassau, Albrecht, Heinrich VII., Ludwig der Baier, und endlich Karl IV. (vgl. Höfler: prager Concilien pg. 20 ff.; Krones, Gesch. Oesterr. II. Bd. S. 165).

Die berührte Zerrüttung der Nachbarländer und die kluge Ausnützung der günstigen Situation seitens umsichtiger Regenten bewirkte, dass die böhmischen Länder in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts und dann nach kurzer Unterbrechung im folgenden Jahrhunderte kräftig empor blühten und einen Centralpunkt politischen Lebens und literarischen Strebens bildeten. Eine ruhmreiche Epoche brach heran. Die böhmischen Länder dienten dem civilisirten Westen zur Brustwehr, an der die rohen Tartarenhorden nach kräftigem Anpralle zerschellten. Weitblickende Staatsmänner betonten energisch in Denkschriften, die sie dem Haupte der Christenheit unterbreiteten, die hervorragende Bedeutung der böhmischen Ländergruppe inmitten des im Innern zerwühlten und von Aussen bedrohten deutschen Reiches und drängten zur Schaffung eines mächtigen Staates im Herzen Europas. Dem Herrscher Böhmens wurde sogar das Reichsdiadem entgegen gebracht. Unterbrochen ward wohl dieser mächtige Aufschwung an der Grenze beider gedachten Jahrhunderte durch des Kriegers Schwert und des Meuchlers Dolch, sowie in der Folge durch jene »traurige königlose Zeit«, die Karl IV. im Eingange seiner s. g. Majestas Carolina wehmüthig ergreifend zeichnete.[2] Doch

[2] Uebereinstimmend berichtet über den damaligen Nothstand Benešius de Weitmül (script. rer. boh. II, 226); erst nach dem Regierungsantritt Johanns von Luxemburg gestalteten sich die Verhältnisse erträglicher: tunc judicia et ecclesiasticum et seculare seu terrae reinceperunt habere vigorem, et justicia de coelo prospexit reddens unicuique, quod suum erat. Durantibus enim praedictis guerris nulli redebatur justicia, quia unusquisque, quod voluit rapiebat . . . .

um so mächtiger erhob sich dann alsbald die niedergebeugte Kraft des Landes und herrlicher denn je erblühten die Wissenschaften, wenn auch die königliche Gewalt nicht ihre vormalige Stufe wieder zu erklimmen vermochte.

Während der Regierung der letzten Přemysliden, insbesondere der dem Clerus wohlgeneigten beiden Wenzel (I u. II vgl. Tomek, Gesch. Prags I. 173, 209) und in den Tagen der Stürme und inneren Unruhen, die der glücklichen Epoche Karls IV. vorausgingen, hatte die Macht der Kirche sich kräftig entfaltet. Der langwierige, aus der neu angeregten Investiturfrage losbrechende Zwist Přemysl Ottokar's I. mit dem Prager Bischofe Andreas (Palacký děje č. I. Abthl. 2, S. 127 ff.) war zu Ungunsten der Königsmacht ausgefallen. Papst Honorius III. hatte 1217 in seinem Rügeschreiben an den König insbesondere auch hervorgehoben, dass »clerici ad saecularia judicia pertrahuntur«, und auf deren Ueberweisung unter des prager Bischofs Judikatur gedrungen (Erben reg. No. 578), worauf sich Böhmens Herrscher noch in demselben Jahre zu betheuern beeilte: novit Deus, quod nunquam clericos ad saecularia judicia pertrahi feci (Erben l. c. No. 581). Ein so umsichtiges und energisches Kirchenoberhaupt, wie es der genannte Papst war, liess es sich freilich an einer diplomatischen Versicherung über die vom Decretalenstandpuncte aus correcte Praxis der kgl. Gerichte in Böhmen rücksichtlich der Vergangenheit nicht genügen, sondern forderte zureichende Garantien für die Zukunft. Nach längeren Verhandlungen musste sich der König angesichts des schärferen Auftretens der Curie zu festen Abmachungen herbeilassen. Schon mit der vorläufigen Vereinbarung 1219 (Erben reg. boh. No. 605) hatte er zugestimmt, dass der clerus zur Gänze der bischöflichen Gerichtsbarkeit unterstellt werde, da es darin hiess: concedentes episcopo judicia in spiritualibus de personis clericorum secundum canonicas et apostolicae sedis constitutiones. Der rücksichtlich der judicia gemachte Beisatz: »in spiritualibus« sollte offenbar als seinerzeitige Stütze dienen, unter minder mächtigen Nachfolgern Petri die kirchliche Jurisdictionssphäre zu Gunsten der weltlichen einzuengen. Dazu verstand man sich jedoch in Rom keineswegs; denn entschieden erklärte Honorius III. als

Resultat der mit Přemisl Ottokar I. getroffenen Stipulationen, ohne eines derartigen Vorbehaltes zu erwähnen, 1221 (reg. cit. No. 639) mit feierlicher Bulle an Böhmens Clerus: — (rex) dimisit etiam correctiones et judicia clericorum et omnia alia spiritualia (episcopo). Besiegelt wurde die Niederlage der weltlichen Macht formell durch das Concordat vom 2. Juli 1221, dessen Bedingungen der genannte Papst zuvor schon genehmigt hatte (Palacký ital. Reise, S. 23 ex regestis vatic. No. 86)[3]. Als wichtige Errungenschaften dieses Uebereinkommens erwarb das prager Bisthum die vertragsmässige Anerkennung der immunitas personalis im Sinne des Kirchenrechtes und ausserdem die Befreiung der Insassen der bischöflichen Güter von allen drückenden öffentlichrechtlichen Verbindlichkeiten, insbesondere von der, für das Gerichtswesen überaus wichtigen Gesammtbürgschaft (obecná poruka), und eine weitreichende Gerichtsbarkeit des Bischofs über dieselben mit Ausnahme der wichtigsten Criminalfälle (Jireček cod. jur. boh. I. pg. 49 u. 50)[4].

In frühere Zeiten reichen schon die ersten Erfolge der Bestrebungen der Kirche zurück, sich von der weltlichen Gewalt völlig unabhängig zu stellen. Aehnlich wie in Italien, in Frankreich und Deutschland[5] hat die Kirche auch in

[3] In der entscheidenden Urkunde erklärt der König nämlich (Boček cod. mor. II. 123 u. Erben reg. No. 646): concedimus pragensi episcopatui, et ecclesiae, et hominibus tam ipsius episcopi, quam ecclesiae omnem libertatem et remittimus . . . omnem exactionem. Deutlicher spricht die päpstliche Bulle, womit das Concordat 1221 bestätigt wird (Erben reg. No. 639): procurator regis et baronum nomine recognovit et dimisit episcopo eidem et ecclesiae suae omnem libertatem, et omnem jurisdictionem, quae sunt ecclesiae Bohemiae sive de jure, sive per privilegia, sive per approbatam consuetudinem acquisitae, et specialiter illas, quas iste rex per privilegia suae ecclesiae jam dictae concessit, promittens quod de jurisdictione rusticorum ad ecclesias suae dioecesis pertinentium, coram . . . apostolicae sedis legato, vel alio, cui hoc committendum duxerimus exhibebitur justitiae complementum; in welcher Art und Weise jedoch diese Angelegenheiten endgiltig ausgetragen wurden, darüber belehrt uns die oben zur folgenden Note citirte Urkunde und das Privilegium der Klöster 1222. Ueber die Anfänge des berührten Investiturstreites vgl. Palacký děje č. I. Thl., 2. Abthl., S. 87.

[4] Es ergibt sich dies aus dem speciellen Reservate; wie andere Exemtionen wurde auch diese von den Castellanen nicht immer respectirt, weshalb 1274 und 1289 (Emler reg. No. 909, 2727) durch Königsbriefe Erneuerungen des ursprünglichen Privilegs erforderlich wurden. Vgl. auch Dr. Čelakovský's Aufsatz über Patrimonial-Gerichte in den Sitz.-Ber. der böhm. Ges. d. Wiss. 1878.

[5] Vgl. über das Immunitätswesen in Deutschland: Raumer, Gesch. der Hohenstaufen 6. Bd. pg. 365; Eichhorn, Zeitsch. f. gesch. Rechtswissen-

unseren Gauen schrittweise, doch unermüdlich an der Erreichung des Zieles gearbeitet, in den ihrem Organismus dienstbaren Gebieten die gesammte Gewalt in öffentlicher Beziehung an sich zu bringen, indem sie von der durch die Ereignisse bewährten Ueberzeugung beherrscht war, hiedurch besser für ihre Interessen gesorgt zu haben, als durch die blosse rechtliche Macht zur Einhebung von Nutzungen in dem betreffenden Territorium.

Der weltliche und Kloster-Clerus vereinigte sich zu gleichem Streben und Ringen nach diesem Ziele. Aehnlich wie sich die Klöster der bischöflichen Jurisdiction zu entwinden gewusst hatten, trachteten sie bald darnach, auch der weltlichen Gerichtsbarkeit der Herrscher entrückt zu sein, um direct unter der römischen Curie stehend in autonomer Freiheit sich bewegen zu können. Ihrem Beispiele folgten sodann andere kirchliche Institute.

Mit richtigem Blicke sah die Kirche das baldige Zusammenbrechen der das ganze Reichsgebiet umfassenden Kastell- oder Župen-Verfassung[6] voraus, die in vielen Beziehungen mit der deutschen Grafschaftsverfassung Analogien bietet. Rastlos und ausdauernd rangen Klöster und sonstige kirchliche Institute nach Befreiung von der Gewalt des Kastellans durch Erwirkung

schaft I. Bd. S. 220 ff.; dessen deut. Reichsgesch. I. Thl. pg. 734 ff.; Bethmann-Hollweg, Civ.-Process 5. Bd. pg. 33 ff.; betreffs Frankreichs: Warnkönig-Stein, franz. Rechtsgesch. III. Thl. S. 304; rücksichtlich Italiens: Leo, Verfassung der lombard. Städte S. 60 ff.; und dessen Gesch. Italiens I. pg. 218; insbesondere aber: Bethmann-Hollweg, Ursprung der lombard. Städtefreiheit S. 89—125; Hegel, Gesch. d. Städteverfass. v. Ital. II. Bd. S. 67 ff.; schliesslich bezüglich Böhmens u. Mährens: Palacký, Gesammelte Aufsätze II. S. 156 ff.; dessen böhm. Gesch. I. 2. Abthl. pg. 272 ff.; II. Bd. 1. Abthl. S. 5. 384; 2. Abthl. S. 8; Jireček, slaw. Recht in Böhm. u. Mähr. II. S. 178 ff.; III. S. 5; dessen Artikel in der böhm. Museumszeitschr. 1856, Heft 4, S. 79 ff.; Tomek, Gesch. Prags I, 140, 153, 157 ff.; dessen Gesch. d. Königr. Böhm. 3. Aufl. pg. 87; Ritt. v. Chlumecký im Arch. f. Kunde österr. Gesch.-Quell. 17. Bd. S. 12; Hanel, Einfluss des deutsch. Rechtes in Böhm. u. Mähr. pg. 138, Anm. 410; Brandl in der Vorrede zum Dirnauer Rechtsbuche S. XVIII ff.; Čelakowský im Právník 1878. Einen Pendant zu der Durchbrechung der alten Landesverfassung durch die kirchl. Immunitäten und damit den zweiten Factor ihres Sturzes bilden die den einzelnen Städten verliehenen Freiheiten, sowie die Ertheilung des deutsch. Rechtes an Dorfbewohner. Vgl. Tomaschek, Verfass. Mähr.; D'Elvert, Beitr. z. Gesch. der kgl. Städte Mähr. I, S. 288; Lorenz, deut. Gesch. des 13. u. 14. Jahrh. I, pg. 358; Hanel l. c. 91. 167; Frind, böhm. Kirch.-Gesch. II, S. 19 ff.

[6] Ueber die altböhm. Castellaneiverfass. vgl. Tomaschek, deut. Recht in Oesterreich S. 4 und die dort citirten.

von Immunitätsprivilegien. Der Zerfall dieses Verwaltungsorganismus in den letzten Jahrzehnten des 13. Jahrhundertes bekräftigte die Befürchtungen des Clerus, indem mächtige Dynasten einen Theil ihrer früheren Amtsgewalt bei den allgemeinen Wirrnissen als ein Privatrecht an sich und ihr Geschlecht zu reissen wussten. Die Königsbriefe jener Zeiten, wodurch Immunitäten verliehen wurden, äussern sich nicht selten in scharfen Ausdrücken[7] über jene Aemter, welche dem Namen nach königliche waren, in der That jedoch in den Händen des sie inne habenden Adels lediglich zu Mitteln herabsanken, Macht und Gut zu erwerben. Zahlreiche Einzelheiten in den Urkunden aus jener Zeit weisen darauf hin, wie sehr die Gerichtsgewalt der Kastellane zur Gelderpressung missbraucht wurde, insbesondere durch manigfache Beugung des Gerichtsganges und selbst durch Nichtberücksichtigung ertheilter Exemtionen. Je mehr die Autorität der Kastellane sank und je pflichtvergessener dieselben vorgingen, desto lebhafter trat das Streben nach Erwerbung von Immunitätsprivilegien hervor; es hatte seinen Abschluss erlangt, als jene Aemter sogar in den Händen des Königs Johann von Luxemburg nur als Mittel zur Geldbeschaffung betrachtet wurden.

Stufenweise empor klimmend erreichte die Kirche ihr vorgestecktes Ziel; zu den schon erworbenen Freiheiten traten neue hinzu, an welche sich weitere reihten, bis zur endlichen Erreichung voller Unabhängigkeit von der weltlichen Gewalt, speziell der Gerichtshoheit. Den ersten Schritt bildete die Erwirkung der Befreiung von allen öffentlichen Abgaben und Lasten[8]; hieran schloss sich in natür-

[7] Erben reg. No. 825: quia per nobilium nostrorum magis, quam per principum potentiam presbyteros et clericos judicari audivimus sagt der König; vgl. auch Palacký děje č. II. 1. Abthl. pg. 384; Tomek, Gesch. Prags II. 139. In der Urkunde bei Boček II. 164 wird im J. 1225 von der beneficiariorum tyrannis gesprochen und ähnlich bei Emler reg. No. 303, 1767; aus dem J. 1261, 1297 aber sogar schon im J. 1167 bei Erben reg. No. 319, sodann 1224 Erben reg. 690.

[8] Bekanntlich hatte das III. Lat. Concil 1179 den Laien die Abgabenerhebung von Kirchengut nur für den Fall gestattet, wenn die Kräfte der Laien nicht zureichen und das Staatswohl unterstützt werden soll (c. 4, X. 3, 49). Die Authentica Friedrichs II. vom 10. Novbr. 1220 ad c. 2, C 1, 2 erklärte sodann: item nulla communitas, vel persona publica, vel privata collectas vel exactiones, angarias vel parangarias ecclesiis vel aliis piis locis, aut ecclesiasticis personis ponere aut invadere ecclesiastica bona praesumant.

licher Folge die Befreiung von gewissen beschwerlichen Gerichtshandlungen, insbesondere den Gottesgerichten [9]. War

Königl. Privilegien, wodurch die Befreiung von Giebigkeiten und öffentlichen Lasten eingeräumt wurde, genossen die Kirche zu Olmütz 1144 (Boček I, 226; Erben No. 246), das Kloster zu Hradišt 1160 (Boček I, 270; Erben No. 304), zu Kladrub 1177 (Boček I, 295). Beispielsweise mögen hier angeführt werden Befreiungen von Zöllen (Erben reg. No. 430, 446, 454, 621 und noch 1293 Boček IV, 401), von der Landessteuer (Erben reg. No. 487, 501, 510 und noch 1241 No. 1053), von der Verbindlichkeit zur Anlegung von Verhauen, zum Brückenbau, zur Aufnahme und Verpflegung kgl. Beamten und Bestellter (Erben reg. No. 354, 896, 1055; Emler reg. anni 1253 No. 2; 1263 No. 410; 1271 No. 762; Boček IV, 139 anni 1275; Pelzel, Karl IV. I. Thl. Urkdb. No. 215, noch im J. 1291 unter Androhung schwerer Strafen im Falle der Verletzung; Pelzel, Wenzel IV. II. Thl. pg. 452 vom J. 1401 unter schweren Geldstrafen). Im J. 1262 (Emler reg. No. 342) heisst es in einer Urkunde: omnes ecclesias regni Boemiae tam saeculares, quam religiosas . . perpetua . . . gaudere volumus libertate ita videlicet, ut ab omnibus sordidis muneribus sint exemptae, ab angariis et parangariis universis immunes, ab exactionum vexationibus alienae, womit zu vergleichen ist ein Freibrief vom 20. Nov. 1253 (Rauch, österr. Gesch. III. 26, XI nach Lorenz l. c. I. pg. 481), sowie der Landtagsbeschluss vom J. 1266 (abgedr. im Arch. f. öst. Gesch.-Quell. 29. Bd. pg. 142). Aehnliche Privilegien finden sich noch aus der Regierungszeit Kaiser Karl IV. und seines Sohnes Wenzel IV. z. B. vom J. 1335, 1348, 1377 (Pelzel, K. Karl IV. Urkdb. I. Thl. No. 13, 50, II. Thl. No. 337), 1397 (Pelzel, Wenzel IV. Urkdb. No. 141).

[9] In erster Reihe betrafen die Strebungen der Kirche hier die Abschaffung der Gesammtbürgschaft der Bewohner eines Besirkes für den aus strafbaren Handlungen hervorgehenden Schaden, falls der Verbrecher nicht entdeckt wurde (Hanel im Právník 12. Jahrgang pg. 194 ff.), weshalb schon im 13. Jahrhunderte Befreiungen hiervon vorkommen (ibid. pg. 196 und Concordat 1221, Erben reg. No. 646) und die derselben verwandte Anzeigepflicht von im Bezirke vorgefallenen Verbrechen (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. Thl. No. 14 ab anno 1335; Chytil VII. 50). Hierauf kamen die Gottesurtheile an die Reihe. Die Kirche blieb eingedenk des von Innocenz III. unter Berufung auf die Worte der Schrift: »Du sollst den Herrn nicht versuchen!« erlassenen Verbotes der Gottesurtheile (Constitution vom 9. Jänner 1212 apud Baluze epist. Innoc. III. XIV. 576), das bald nach seiner Promulgation schon in der weltlichen Gesetzgebung Nachahmung gefunden hatte (Constit. regni sicul. lib. II cap. 31 vom J. 1231 edit. Huillard: historia diplom. Friderici II. Parisiis 1854 tom. IV, pars 1, pg. 1—177). Die Gottesurtheile waren in den böhm. Ländern in Civilrechtssachen nur in der Form des judicium aquae in Anwendung gekommen (Zeitschr. des böhm. Museums 1856 Heft 4, pg. 101) und im 14. Jahrhundert gänzlich ausgeschlossen worden (Brandl edit. des sogen. Rosenberger Rechtsbuches pg. 51, §. 70). Die Klöster trachteten deren Beseitigung dadurch herbeizuführen, dass in Gemässheit des für alle Klöster Böhmens erlassenen Privilegiums vom 10. März 1222 (Erben reg. No. 651) und des dem Sct. Margaretha-Kloster bei Prag angeblich ertheilten vom J. 1222 (Tomek, Gesch. Prags I, 158; Ziegelbauer: epitome hist. monast. Brevnoviensis pg. 248) an erster Stelle zur Reinigung vom Verdachte das testimonium vicinatus und erst in zweiter Reihe die Wasserprobe zugelassen wird. Die letzterwähnte Urkunde freilich ist ein in späteren Jahren, als ihr Datum zeigt, entstandenes falsum, kann aber gleichwohl die Strebungen des 13. Jahrh. in dieser Frage characterisirend mit vollem Rechte hier in Betracht kommen. Ein zur Ausrottung der Ordalien geeignetes Mittel war es ferner, dass die Kirche sich die hiervon zufallenden Gerichtssporteln durch Königs-

hiedurch in das heimische Gerichtsverfahren Bresche geschossen worden, so konnte es nicht fehlen, dass weitere Versuche von Erfolg begleitet waren. Bald nämlich wurde die Gerichtsbarkeit der Kastellane vollends beseitigt durch directe Unterstellung unter die Gerichtsherrlichkeit des Königs selbst oder seines Hofgerichtes. Von da ab blieb nur der letzte Schritt zur gänzlichen Immunität zu thun, und er ward gar nicht lange darnach gethan durch völlige Ausschliessung weltlicher Gerichtsbarkeit über die Insassen auf Klöstergütern.

Sachte und unvermerkt war dieses überraschende Resultat eingetreten. Es bestätigte sich hierbei, was Osenbrüggen über den Begriff der Freiheit behauptet hatte (Abh. der wiener Acad. der Wiss. hist. Cl. 41. Bd. S. 188), dass derselbe nämlich ein negirender, eine Abwehr in sich schliessender sei, woraus sich erst dessen positiver Inhalt entwickelt. Die ersten Freibriefe hatten den Klöstern und sonstigen kirchlichen Instituten lediglich die Gerichtssporteln aus Streitigkeiten ihrer Unterthanen zugewiesen [10] ohne die Richtergewalt des Kastellanei-Gerichtes zu beirren. Später erst enthielten sie das Verbot, dass der Kämmerling (der vor Gericht Ladende) selbständig und direct die Untergebenen zitire, vielmehr

briefe zuweisen liess, wodurch für die Richter der Antrieb entfiel, der früher zum häufigen Gebrauch dieses vermeintlichen Wahrheitsergründungsmittels geführt hatte, so z. B. 1234 das Kloster zu Raigern (Erben No. 862; Boček II. 277), 1238, 1259 jenes zu Hradišt (Erben No. 938, 1002), die Spitalisten zu Sct. Franz in Prag 1252 (Erben No. 1304), das Kloster Wilhelmszell 1253 (Emler No. 2). Mit gleicher Sorgfalt verwendete sich die Kirche für die Abschaffung abergläubischer Einzelnheiten bei Vornahme der Ordalien, weshalb schon in den 1229 bestätigten sogen. Konradischen Statuten (Erben reg. No. 742) verfügt wird: quando aliquis judicium aquae debet subire, nullus eum in aquam dimittat, nisi sacerdos, et ejus cooperator. Mit dem Entfalle der Sporteln verschwand der Impuls zur allfälligen Beugung des Gerichtsverfahrens in einer, möglichst viele Sporteln abwerfenden Weise, und wurde hierdurch indirect ein möglichst correctes und rasches Verfahren befördert.

[10] Derartige Freiheiten erhielten die Kirche am Wyschehrad 1187 (Erben No. 392), die Kirche zu Sct. Veit in Prag 1204 (Erben No. 479) und 1211 (Erben No. 525), jene zu Olmütz 1207 (Erben No. 501; Boček II. 38) und 1209 (Boček II. 51; Erben No. 517), insgesammt Capitularkirchen; ferner die Klöster zu Kladrau (Kladrub) 1233 (Erben No. 813), Mariazell in Brünn 1252 (Boček III. 158; Erben No. 1313); bestätigt im J. 1271 (Emler No. 743; Boček IV. 63) und im J. 1286 (Emler No. 1392; Boček IV. 321), zu Doubravic 1235 (Boček V. 228), das Nonnenkloster zu Tischnovic 1234 (Boček II. 275; Erben No. 861), das Olmützer Nonnenkloster 1225 (Boček II. 164), das Kloster Wilhelmszell 1253 (Emler No. 2), jenes zu Saar 1273 (Emler No. 830; Boček IV. 106), zu Wilimow 1276 (Emler No. 1009; bestätigt im J. 1289, Emler No. 1473), in Neureusch 1276 (Boček IV. 177; Emler No. 1025) mit dem Beisatze: quemadmodum pluribus aliis monasteriis per Moraviam gratiose contulimus.

diess nur durch Vermittlung des betreffenden procurator in Temporalibus besorgen lasse [11]. Im Zusammenhang hiermit stand sodann die Befreiung gedachter Insassen, die erfolgte ordnungsmässige Ladung des vor Gericht Gerufenen am Gerichtssitze bezeugen zu müssen [12], die seitens der Castellbeamten häufig zur

Dass in diesen Fällen die königlichen Gerichte in den Castellbezirken zu verhandeln und das Urtheil zu fällen hatten ergibt sich aus der Urkunde Emler No. 830.

[11] In den bezüglichen Privilegien kehren dieselben Formeln wieder, weshalb die häufigsten hier Raum finden mögen. Die älteste in den Urkunden des Hradišter Klosters vorkommende lautet 1201 (Boček II. 2) und 1203 (Boček II. 18): nec villici principum vel militum, servi castrorum, vel dominorum liberi eos ullo ausu in omni casu bono, vel malo ingredi praesumant, donec domino abbati vel ceteris fratribus, vel curiali eorum casu manifestato; accusatus vel accusandus, judicandus, vel damnandus . . . omni judicio vel satisfactioni per eos repraesentatus assistat. Eine sehr häufig vorkommende jüngere Formel lautet: statuimus, ut nullus camerarius intret villas monasterii ad citandum aliquem, sed significet procuratori domus illius, cui abbas cum fratribus commisit procurationem in temporalibus, ut eos citari faciant, qui sunt citandi, quatenus in loco determinato eos coram judicibus statuat, quorum interest, causas, et negotia regni nostri tractare et diffinire. Dieselbe findet sich in den Privilegien der Klöster Hradišt 1233 (II. 258), während die späteren vom J. 1328 (II. 336) und 1250 (Erben No. 1002, nicht wie Boček 1240, II. 375 hat) eine etwas anders stylisirte Formel zeigen —, zu Oslovan 1228 (II. 190, bestätigt 1238: II. 351), zu Welehrad 1228 (II. 193; Erben No. 735, bestätigt 1232: II. 235), zu Bruch auch genannt Luca 1234 (II. 272; Erben No. 860), zu Raigern 1234 (II. 277; Erben No. 862). Gleiche Privilegien dem Inhalte nach erhielten ausserdem: das Nonnenkloster zu Olmütz vor 1213 (Boček II. 65) und 1223 (II. 145), das Kloster zu Obrovitz 1235 (Erben No. 873), die Kirche zu Olmütz 1234 (II. 283) und 1256 (III. 217), das Spital des hl. Anton in Brünn 1251 (Boček III. 134 u. Erben No. 1261) und noch im J. 1341 das Kloster zu Seelau (Pelzel, Karl IV. Urkdb. II. Thl. No. 311). Wesentlich mit dem Asylrechte verwandt, wird eine ähnliche Freiheit verliehen: dem Kreuzherrnordenskloster in Prag 1234 (Erben No. 829) und dem bei demselben errichteten Spitale 1237 (Erben No. 921), dem Kloster zu Hradišt nach einer verdächtigen Urkunde 1249 (Erben No. 1236; Boček III. 111). Hervorzuheben ist, dass in Mähren Freiheiten der angedeuteten Kategorie mit dem allgem. Ausdrucke: habeat libertatem, qua gaudet ecclesia Welehradensis bezeichnet wurden, deren Inhalt als das oben dargelegte Vorrecht ausdrücklich verzeichnet erscheint in dem Freiheitsbriefe des Klosters Obrovitz 1235 (Boček II. 297), ähnlich 1234 des Klosters Raigern (II. 277) und des obgenannten schon 1234 (II. 288), sowie des Joannitenordens in Mähren 1256 (III. 207). Die Verleihung einer gewissen Gattung von Freiheiten durch eine allgemeine Hinweisung auf die, einer bestimmten Kirche verliehenen findet sich auch in verschiedenen anderen Urkunden, so z. B. in dem Privilegium des Prager Kreuzherrnklosters 1237: cuncta privilegia quae data sunt ecclesiae Wyschegradensi (Erben reg. No. 921), ähnlich in der späteren Urkunde des Prager und Brüxer Kreuzherrnklosters 1253 (Boček III. 183): libertates, et immunitates, quas praedecessores nostri Wyšegradensi vel aliae ecclesiae contulerunt.

[12] Ueber die gedachte Verpflichtung, welche osada genannt wird, vgl. statuta ducis Conradi nach der Bestätigung vom J. 1229 (Erben Nr. 742). Spuren des oben berührten Privilegs zeigen sich schon in der Urkunde des Doxaner Nonnenklosters 1249 (Erben No. 489); deutlicher und zwar ganz praecise tritt dasselbe hervor in dem kgl. Freiheitsbriefe des Spitals sancti Joannis Hierosolimitani 1272 (Emler No. 771), des Klosters Ossegg 1275 (Em-

Beschwerung ganzer Dörfer missbraucht worden war. Um aber auch vor Bedrückungen im Gerichte zu sichern, erwarben Klöster das Vorrecht, ihren Untergebenen bei der Gerichtsverhandlung Beistände aus den Reihen des Clerus zur Seite stellen zu dürfen[13]. Als auch dieses Mittel nicht zureichenden Schutz zu bieten schien, griff man zu der oben schon berührten Beseitigung der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Ein derartiges Durchbrechen der Gerichtsverfassung war aber eine Beeinträchtigung der im alten heimischen Rechte geltenden Gleichheit Aller vor dem Gesetze und konnte daher nur allmälig realisirt werden. Deshalb weist auch die angedeutete letzte Entwicklungsstufe mehrere Nuancen auf. Die Surrogirung des ordentlichen Kastellgerichtes durch Unterstellung unter die directe königliche Gerichtsherrlichkeit vollzieht sich entweder durch Unterwerfung unter des Königs persönlichen Spruch oder unter das Urtheil des Hofgerichtes[14] oder unter den Ausspruch des Gerichtes des prager Kastellbezirkes[15], in welchem der König den Vorsitz zu führen pflegte

ler No. 939); Sedlec 1291 (No. 1548) und 1292 (No. 1563). Die Urkunden des Klosters Sct. Margaretha bei Prag 1220, 1234 (Erben reg. No. 620, 842) sind verdächtig (Erben l. c. pg. 290, 624), weshalb sich auf dieselben nicht zu stützen ist.

[13] Dieses Vorrecht gewährt die Urkunde des Doxaner Klosters 1226 (Erben No. 705).

[14] Das Vorrecht in dieser älteren Form, vor dem Könige selbst Recht zu nehmen, genossen die Klöster zu Ostrov oberhalb Königsaals 1205 (Erben No. 489, Boček II. 29); zu Tepl und Chotěschau 1213 (Erben No. 548; Boček II. 73), Plass 1220, 1232 (Erben No. 616, 787), der deutsche Orden 1222 (Erben No. 660; Boček II. 143), das Mannskloster zu Doxan 1226 (Erben No. 705: coram excellentia nostra et judice curiae), Opatovic 1228 (Boček II. 201), das Kloster sct. Margaretha bei Prag 1234 (Erben No. 842), das Kloster zu Sedlec 1248 (Erben No. 1213, 1214), jenes in Leitomischl 1259 u. 1263 (Emler No. 230, 416), Waldsassen 1260 (Emler No. 249), das Kloster sct. Clara in Olmütz 1299 (Boček V. 111, 112, 113; Emler No. 1836, 1837, 1838), dann zu derselben Zeit ein Kloster unbekannten Namens wahrscheinlich Leitomischl, (Emler No. 2389, und noch 1347 das aus demselben entstehende, neu gegründete Bisthum Leitomischl (Chytil VII. No. 695). Uebrigens hatte schon das allen böhm. Klöstern unterm 10. März 1222 ertheilte Privileg (Erben No. 651) überhaupt erklärt: nullus hominum ecclesiarum (monasterialium, et conventualium) a judicibus provincialibus sed a nobis, vel summo judice curiae nostrae, vel a cancellario, si non fuerit causa sanguinis, judicetur.

[15] Die jüngere Gestaltung des gedachten Vorrechtes, nämlich die Unterwerfung unter das Prager Castellaneigericht findet sich in der Urkunde des Spitals sct. Joannis Hierosolimitani 1272 (Boček IV. 89; Emler No. 771), des Spitals der deutschen Brüder 1287 (Emler No. 1427), des Klosters zu Postelberg 1292 (Frind, böhm. Kirchengesch. II, S. 437; Emler No. 1573, 2484), zu Chotěschau 1297 (Emler No. 1767), zu Tepl 1298 (No. 1780), Sedlec 1299 (No. 1832). In seltenen Fällen zeigt sich die Erscheinung

(Palacký děje č. II. 1. Abthl. S. 10). Als Abschluss der Immunitätsentwicklung erfolgt endlich die Ausschliessung weltlicher Gerichtsgewalt überhaupt und zwar bald nur unter alternativer [16], bald unter subsidiärer [17] Aufrechterhaltung derselben, schliesslich

---

der Einräumung dieses Vorrechtes auf bestimmte Zeit; so dem Kloster zu Cladruna (Emler No. 2482) auf ein Jahr. Derartige temporäre Verleihungen finden sich auch bei der nächst höheren Entwicklungsstufe (Note 16). Gleich an dieser Stelle möge bemerkt werden, dass eine Urkunde vom 5. März 1312 (Emler reg. inedita) ein Beispiel temporärer unbedingter Exemtion vom ordentlichen Gerichte rücksichtlich der adeligen Witwe des Ulricus de Nova domo enthält: (relictam hanc et homines ejus eximit rex per unum annum a judiciis provincialibus). Die dem s. g. Formelbuche Zdenko's von Trebitsch entnommene Confirmationsurkunde des Nepomuker Klosters (Emler No. 2492) reproducirt den Text eines angeblich vom Wenzel I. 1284 (!!) ertheilten Immunitätsbriefes verwandten Inhaltes, welcher verdächtig erscheint, da er sich durch seinen salbungsvollen Predigerton von allen ähnlichen auffallend unterscheidet. Die Unterstellung dieser kirchl. Rechtsstreitigkeiten unter das Gericht des prager Kastellbezirkes hängt wahrscheinlich mit der Umgestaltung zusammen, welche zu jener Zeit sich vollzogen hatte, nämlich mit der Erhebung jenes Gerichtes zu dem höchsten im Lande (Palacký děje č. II. 1. Abtheil. S. 10).

[16] Solche Vorrechte genoss das Kloster zu Plass nach einer Urkunde 1252 (Erben No. 1288) u. 1257, 1269 (Emler No. 164, 644); das Kloster sanctae coronae 1284 (Emler No. 1307), jenes der heiligen Grabhüter am Zderaz zu Prag 1287 (No. 1422), 1301 (No. 1872), das Kloster zu Sedlec 1299 (No. 1832). Ein bemerkenswerthes Beispiel dieser Gattung enthält die Urkunde vom J. 1289 (Emler No. 2727) rücksichtlich der homines episcopatus pragensis in acquisitis . . . bonis et . . . acquirendis ad episcopatum pertinentibus, womit zu vgl. die ältere für einen speziellen Fall 1274 (Emler No. 909).

[17] Dieses Privilegiums waren theilhaftig das Kloster der Kreuzherrn zu Prag nach einer Urkunde vom J. 1235, was verdächtig scheint (Boček II. 291), bestätigt von Karl IV. (Pelzel, Karl IV. Urkdb. No. 137); das Leitmeritzer Kapitel 1252 (Erben reg. No. 1286), das Kloster zu Obrovic 1298 (Boček V., 97), Emler No. 1804; zu Ossegg 1272 (Emler No. 787), bestätigt 1328 (Schlesinger, Stadtbuch von Brüx pg. 26 No. 64); die Wyschehrader Kirche betreffs ihrer Leute in Leitmeritz 1277 (Emler No. 1092), das Kloster zu Leitomischl 1298 (ad subcamerarium habeant recursum No. 1807), zu Königsaal 1304 (No. 2004), throni regis in Mähren 1306 (No. 2090), das Wyschrader Kapitel 1327 (Hammerschmidt Gloria Wyšegrad. eccl. pg. 251); der Orden der Augustiner im ganzen Königreiche 1353 (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. Thl. No. 116). Das Kloster zu Doxan 1358 (ordin. praemonstr. annales I. probat. pg. 526). Bloss auf einige Zeit wurde diese Begünstigung verliehen dem Kloster zu Seelau 1357 auf zwei Jahre (Pelzel l. c. II. Thl. No. 297). Vgl. auch das den Aufzeichnungen rücksichtlich der Competenz des kgl. Hofgerichtes (curia regis) entnommene Zeugniss 1337—1352, dass »geistliche Grundholden, da sie vor den Mönchen nicht zu ihrem Rechte gelangen konnten (před mnichy pravda se nemohla státi)« dort auftraten (Jireček cod II. pg. 404, No. 5). Aus diesem Faktum und aus der Urkunde König Johann's von Luxemburg 1327 (cit. oben) lässt sich ein allgemeines Appellationsrecht betreffs der von den Klostergerichten geschöpften Urtheile an den König wohl nicht deduziren (vgl. dagegen Čelakovský in den Sitz.-Ber. der böhm. Ges. d. Wiss. 1878, S. 5, Note 16 und Právník 1878, S. 328, Text zur Note 66, 67). Gewissermassen eine Durchgangsstufe zu der nächsten Nuance bildet das Privileg Johanns von Luxemburg 1315 für das Kloster zu Saar (Chytil VI. 60) und jenes zu Welehrad, welche 1337

ganz unbedingt und unbeschränkt in Civilsachen [18]. Peinliche Rechtssachen bleiben auch dann noch der königlichen Strafgerichtsbarkeit verwahrt [19] bis am Ende der Stufenreihe in späteren

von Karl IV. bestätigt wurden (Pelzel l. c. I. Thl. No. 15), inhaltlich deren die Gerichtsbarkeit dem Kloster überlassen, aber beigefügt wird: indulgemus, ut abbas, fratres, et homines monasterii praedicti in civitatibus, in villis, aut in locis forensibus quibuscunque non debeant arrestari, retineri, et impignorari, capi, vel quomodolibet fatigari, pro debitis dumtaxat, nisi forte justicia ab abbate eodem, aut a suis judicibus convenienter requisita fuerit et negata (vgl. auch Chytil VI, 61).

[18] Das erste Privileg so ausgedehnten Inhaltes räumt eine, offenbar unechte Urkunde (vgl. Note 22) dem Wyschehrader Kapitel bereits im J. 1187 (Erben No. 393, Boček I. 321) ein. Vielleicht sollte es den Joannitern in Mähren bereits 1204 (Boček II. 22; Erben No. 487) zukommen, obwohl der Sinn der Urkunde nicht ganz klar ist; gewiss wurde es ihnen in ganz Böhmen 1319, 1343 eingeräumt (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I, No. 193; Chytil VII, 379). Mit Sicherheit lässt es sich am frühesten wahrscheinlich gemäss des Concordates vom J. 1221 bei dem Prager Domkapitel in faktischer Uebung nachweisen, denn der Contin. Cosmae script. rer. boh. I, 415 berichtet: (decanus Vitus) nunquam audiebat judicia saecularia suorum subditorum sed aliis committebat audienda, culpas vero horum, qui per determinationem judicum damnabantur ad poenam solvendam nunquam exegit, verum oblatam recepit; urkundlich erhielt dieses Recht die Kapelle zu Sct. Wenzel in Prag 1227 (Erben No. 721) und 1257 (Emler No. 139), das Kloster sct. Margaretha bei Prag 1222 (nach einer verdächtigen Urkunde, Erben No. 620 ad annum 1220; vgl. jedoch Epitome hist. mon. Brevnoviensis edit. Ziegelbauer pg. 248; Tomek, Gesch. Prags I, 157) und 1229 (Erben No. 751), 1238 (Erben No. 952), das Kloster Sct. Georg in Prag 1227 (Erben No. 722 in Verbindung mit der Bestätigungsurkunde vom J. 1232 Erben No. 810), das Premonstratenserkloster in Schlesien, ursprünglich in Rybnik 1228 (Boček II, 206), das Spital der Kreuzherrn in Prag 1234 betreffs des dazu gehörigen Dorfes Raschitz (Boček II, 269; Erben No. 858), welche Urkunde, wie aus der päpst. Bestätigung hervorgeht, echt ist (Palacký ital. Reise pg. 26; vatic. regesten No. 123) und 1319 betreffs aller Besitzungen in ganz Böhmen (Chytil VI, 117) und auch rücksichtlich aller in Mähren gelegener den genannten Kreuzherrn gehöriger Kirchen 1252 (Boček III, 149), das Kloster zu Welehrad 1264 (III. 361), das Kloster genannt Wallis sanctae Mariae 1238, 1239 (Erben No. 934, 965), das Kloster zu Waldsassen 1269 (Emler No. 641), jenes sctae Catharinae in Olmütz 1297 (Boček V, 60), das Frauenkloster Doxan 1358 (Pelzel, Karl IV. II. Thl. pg. 580), das Kloster zu Opatowic unter Karl IV. (Dobner mon. hist. I. 241).

[19] Diess bestimmte das Concordat 1221 (Erben No. 646) rücksichtlich der prager Kapitelkirche; eine ähnliche Begünstigung genoss das Leitomischler Kloster laut Urkunde 1228 (Erben No. 733; Boček II. 203), das Kloster zu Tepl betreffs Lichtenstadts 1268 (Emler No. 619), womit zu vergleichen die Urkunde Karls IV. vom J. 1350 (Pelzel, Karl IV. Urkdb., I. Thl., No. 216), das Kloster sct. Margaretha 1260 (Emler reg. No. 276), das des hl. Michaël in Znaim 1287 (Emler No. 1410, Boček IV, 333), monasterium Jeruš et Pernech in Mähren 1293 (Boček IV, 411), die Kirche sct. Peter in Brünn 1342 (Pelzel, Karl IV. I. Thl. No. 29), der Augustinerorden in Böhmen 1353 (ibid. No. 116). Die durchgehends gemachte oberwähnte Ausnahme beruht auf dem Grundsatze: »ecclesia non sitit sanguinem«, welcher durch das c. 3 in VI. 3, 24 insoweit modifizirt wurde, dass cum (clerici) jurisdictionem obtinent temporalem debent et possunt metu irregularitatis cessante (causas sanguinis) aliis delegare. Vgl. die folg. Note. Noch im 14. Jhdte sorgten die kirchl. Institute um

Zeiten vornehmlich den Ritterorden auch der Blutbann (jus patibuli erigendi) anheimfällt[20]. Als ein interessantes Symptom des

praecise Beobachtung ihrer Freiheiten; so heisst es z. B. rücksichtlich der Olmützer Kirche 1340: si in praedicto castro futuris temporibus judicium cudae collocari contingeret, hoc omnino absque bonorum et hominum (episcopalium, ac ecclesiae, et canonicorum olomucensium) fiat dispendio et jactura. (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I, No. 24), ähnlich (l. c. No. 111) betreffs des Klosters zu Bruch 1342 (quum a jurisdictione cudae sint exemti).

[20] Den Blutbann erhielt zugestanden der Kreuzherrnorden betreffs Manetin, und überhaupt nach einer anderen Urkunde 1235 (Boček II. 291; Emler No. 871; ibid. No. 868; vgl. auch Pelzel l. c. I. pg. 116); ferner das Kloster zu Obrowitz 1298 (Boček V. 98); der Orden deut. Ritter betreffs Miletin u. Komotau 1261 (Abhdl. der böhm. Ges. d. Wiss. 9. Folge, 3. Bd. S. 114); das Kloster sctae Coronae 1263 (Emler No. 409), und 1349 (Pelzel l. c. Urkdb. I. No. 58); jenes der Joanniter in Hrobník 1263 (Emler No. 432); das Kloster zu Ossegg 1272 (Emler No. 787), zu Hradišt 1276 (Boček IV, 169); (Emler No. 1003), das Kloster zu Plass 1286 (Emler No. 1380); der deut. Ritterorden in Austerlitz (Slavkow) 1288 (Emler No. 1465; Boček V. 288) ähnlich 1294 (No. 1646, V. 2). Die Mensalgüter des prager Bisthums 1289 (Emler No. 2727 jedoch nur alternativ mit kgl. Beamten) und 1292 (Emler No. 2742); das Kloster Sct. Georg in Prag betreffs Trebenic 1299 (Emler No. 1829), das Kloster zu Raigern 1327 (Chytil VI, 267), zu Bruch, 1336 und zu Sars 1338 (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. No. 109, dann Chytil VII, 141), zu Welehrad (nach Pelzel l. c. I. Thl. pg. 80; Chytil VII. 11 ad an. 1334, VII, 143 ad 1338) und zu Oslovan 1338 (VII. 152); unter Wenzel IV., 1396, das Kloster Sct. Margaretha bei Prag (Pelzel, Wenzel IV., II. Thl., pg. 334; Ziegelbauer cit. epit. pg. 290), worin der am Schlusse der Note 19 berührte Gesichtspunct sich abspiegelt, indem darin betont wird: fratres ipsorum laici aut judex, quibus hoc ipsum committendum duxerint, in dicto monasterio ac etiam singulis villis et bonis ad ipsum spectantibus judicium sanguinis (seu poprawam) habere et exercere possint. Mit Rücksicht auf den Wortlaut der angeführten Urkunden, insbesondere auf die praecise und klare Textirung des Privilegs (Emler No. 1829) scheint es, dass Palacký děje č. II. 1. Abth. pg. 381, Anm. 435 den Ausdruck jus cippi et patibuli etwas zu enge interpretirt. In die erörterte Kategorie von Freibriefen, obwohl in einigen Details abweichend gehört das Privileg des Klosters Pustoměř 1341 (Chytil VII, 275, 608, 613), welches 1348 (VII. 600) auf das prager Kloster der Benedictinerinen ausgedehnt wurde. Die Urkunden ähnlichen Inhaltes aus den Jahren 1200 (bei Boček II, 81, 82) und des Klosters Ossegg 1208 (Erben No. 510) scheinen aus inneren Gründen nicht echt zu sein. — Als Eigenthümlichkeit mag Erwähnung finden, dass in einem Falle 1273 (Emler No. 821) dem von einem kirchl. Organe bestellten Richter aufgetragen wird in Strafsachen »Tamquam assessorem« stets den Richter des Ortes herbeizurufen. — Eine eigenthümliche Strafgerichtsbarkeit übte das Inquisitionsgericht, welches gemäss der in den Clem. III. tit. lib. V. enthaltenen allg. Anordnung 1315 ständig zu wirken begann und 1318 besondere Weisungen erhielt (Chytil VI, 101, 104). Einzelne Versuche inquisitorischer Thätigkeit datiren aus früherer Zeit; so wurden schon 1257 zwei Minoriten vom Papste als: inquisitores hereticae pravitatis in partibus regni Boëmiae: bestellt (Boček III. 238; Emler No. 151). Die erste Ketzerverbrennung in Böhmen erfolgte in den genannten Jahren des 14. Jahrh. (Tomek, Gesch. Prags I. 508; Palacký děje č. II. 1. Abth. pg. 438.) Freilich wurde die Thätigkeit dieses Tribunals später unterbrochen, insbesondere als 1341, der die Funktionen eines Inquisitors ausübende Prediger bei sct. Clemens ermordet wurde (Dobner mon. hist. chron. anonymi III. 56). Doch schon 1342 wurde neuerlich ein ständiges Inquisitionstribunal in Prag errichtet

allmäligen Erstarkens des Immunitätswesens mag hier die Erscheinung hervorgehoben werden, dass in den späteren Phasen seiner Ausbildung selbst die mit den kirchlichen Immunitäten Schritt haltende Entwicklung der Stadtgerichtsbarkeit zu Gunsten der Kirche durchbrochen wird[21].

(Tomek, Gesch. Prags I., pg. 366, Anm. 14 und die Cancellaria archiepiscopi Arnesti MS. der Univ. Bibl. zu Prag, Sign. 12, C. 17, Fol. 13 enthält die Belege), in welchem der Dominikaner frater Conradus den Vorsitz führte; die Praxis scheint unter ihm eine milde gewesen zu sein, wenigstens erhielten sich keine Nachrichten über weiters erfolgte Ketzerhinrichtungen (Frind, böhm. Kirch.-Gesch. II, 85 ff.), ausser aus dem J. 1390 (nach einem Schreiben des Bischofs Johann von Hohemburg; vgl. Höfler: Joa. Hus, pg. 83, Anm. 189). Das Inquisitionsgericht bestand bis in die Zeiten der husitischen Wirren (Urkunde No. 35 additam. ad Cancellariam Caroli IV. MS. des prag. Domcapitels J. 26; Tomek, Gesch. Prags II, 186); ausdrücklich Erwähnungen desselben finden sich in einer kgl. Urkunde 1384 (Pelzel, Wenzel IV. Urkdb. I. No. 43) und in den actis archiep. judic. 1392 (edid. Tingel pg. 84). Betreffs Mährens erliess die päpstliche Curie in dieser Angelegenheit Weisungen 1335 (Chytil VII. 52, 54 ff.). Nach der Wiederherstellung des Prager Erzbisthums (1564) wurde der milde und gebildete Erzbischof Brus von Müglitz bei der Regierung verdächtigt, als ob er in Eger und Ellbogen die Inquisition einzuführen beabsichtige. In einer besonderen Rechtfertigungsschrift vom J. 1568 legte der genannte Metropolit dar, dass es ihm nie in den Sinn gekommen sei, ähnliches zu unternehmen, da er von dem verderblichen Wirken dieser Einrichtung in reinkatholischen Ländern genügend überzeugt sei, weshalb wohl um so minder Raum für dieselbe in einem Lande sich finden würde, in welchem seit mehr als einem Jahrhundert ein Religionszwiespalt herrscht (Dr. Borový Monogr. Ant. Brus von Müglitz pg. 91). — Eine durch Sendgerichte ausgeübte Strafgerichtsbarkeit (vgl. Ztschrft f. deut. Recht, 19. Bd., pg. 321) war in Böhmen unbekannt, wie aus der Denkschrift des Olmützer Bischofs Bruno an Papst Gregor X. 1273 hervorleuchtet (Emler No. 845), wo es heisst: de populo vero christiano utriusque sexus vobis constare scimus tamquam ei, qui Leodinensis archidiaconus exstitistis, quod in illis et aliis quibusdam partibus christianitatis synodus aliquotiens in anno cum laicis celebrari consuevit, ubi testes synodales ad hoc electi et jurati deponere consueverunt et dicere, quae contra deum et religionem christianam publice fiunt a laicis illo anno vel etiam quae fama (nicht arma wie Emler u. Chytil VI. 369 lesen) accusat, contra quam vel purgare se contingit accusatos vel non purgantes se canonicam secundum terrae consuetudinem non evadere ultionem. In aliis vero diöcesibus haec fieri non obtinet consuetudo, unde laicorum impuniti maneant excessus si sint etiam manifesti. Si vero sacerdos tales forsitan voluerit in sua parochia accusare frequenter ex eo sentit periculum vitae suae. Hiernach war auch kein Raum für eine Thätigkeit der archidiaconen Böhmens auf Sendgerichten, welche das canon. Recht anerkannte (c. 54, X 1, 6; Richter, Kirchenrecht, pg. 229; Schulte, Syst. des kathol. Kirch.-Rechtes, pg. 269 ff.). Gleichwohl sollten sie in anderer Weise Verletzungen der christl. Gesellschaft der Strafe entgegenführen, indem ihnen gemäss der Decreta Břetislai I., die unter Einflussnahme des prager Bischofs Severus 1039 erlassen worden waren, die Verpflichtung oblag, alle Morde insbes. Geschwister-, Eltern- und Priestermorde bei den Castellgerichten zur Anzeige zu bringen (Cosmas script. rer. boh. I. 111).

[21] In dem Privileg Přemysl Ottokar's II. für die Stadt Brüx vom J. 1273 (Schlesinger Stadtbuch von Brüx No. 24) lesen wir nämlich: concedimus praedictae nostrae civibus civitatis, ut omnes et singulos debitores suos tam nobiles,

Durch den geschilderten Entwicklungsgang[22] war die Gerichtsbarkeit der Kirche in reinen Civilsachen über ein grosses Gebiet ausgebreitet worden. Es bedarf kaum einer besonderen

quam alios homines saeculares et religiosos regni nostri pro debitis quinque marcarum vel sub quinque marcis in ipsa civitate Brux debeant arrestare, ita quod ipsi per hujusmodi occupationem sui solutionem debiti valeant obtinere. In der Confirmatio des gedachten Freibriefes seitens Karl IV. vom J. 1370 fehlt jedoch schon der oben hervorgehobene Beisatz »et religiosos«.

[22] Nach der vorstehend gegebenen Darstellung kann mit Grund behauptet werden, dass vor der Hälfte des 12. Jahrh. keinem kirchl. Institute in den böhm. Ländern Immunitätsrechte verliehen wurden. Urkunden, welche, aus früherer Zeit datirend, dieselbe aufweisen, wie z. B. des Klosters sctae Margarethae bei Prag aus dem J. 993, jenes zu Raigern 1045, der Kirche zu Bunzlau 1052 etc., sind nicht echt. Es ergiebt sich dies klar aus dem Umstande, dass eines der ersten Capitel des Landes, nämlich das prager Domcapitel, als es im J. 1203 eine geringfügige Freiheit eingeräumt erhielt, dieselbe so hoch schätzte, dass es hierfür die päpstl. Bestätigung erbat (Palacký děje č. I. 2. Abthl. S. 273 und dessen gesammelte Aufsätze II. 188 ff.; dann Tomek, Gesch. Prags I. 141, Anm. 81). Ein eclatantes Beispiel dafür, in welcher Weise urkundliche Belege für behauptete Vorrechte verschafft wurden, bietet die Stiftungsurkunde der Leitmeritzer Kirche 1057 (Erben reg. No. 124) dar, welche durch Einfügung einer alle Gerichtsporteln der gedachten Kirche zuweisenden Clausel in dem ursprünglichen Context verfälscht wurde; da in der Bestätigungsurkunde vom J. 1218 (Erben No. 586) gerade jener Passus noch fehlt, tritt die Fälschung klar zu Tage. Fragt man nach dem Motive derartiger Manipulationen, so liegt dasselbe in dem allen böhm. Klöstern unterm 10. März 1222 ertheilten Privileg des Königs, welches unter anderen auch die Bestimmung enthält: ut ea, quae privilegiis regum et ducum Boemiae probari poterunt (monasteria) esse sua, volumus, quod habeant, et possideant sine lite et uti aliis testibus non cogantur. Hierdurch scheint eine pia fraus — ähnlich der Thätigkeit des Verfassers der Pseudoisidorischen Sammlung — veranlasst worden zu sein, indem man nämlich für im Laufe der Zeit gewohnheitsmässig entstandene Verhältnisse urkundliche Belege aus früheren Perioden anzufertigen suchte; vgl. z. B. die Bestätigungsurkunden 1350, 1355 (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. Thl. No. 137; II. Thl. No. 339) mit der ursprünglichen 1235 (Erben No. 868). Einen interessanten Beleg für die Richtigkeit dieser Auffassung bietet die Urkunde des Wyšehrader Capitels 1187, worin demselben die wichtige Befugniss ertheilt wird: quod omnes culpas vel causas praepositus cum decano, et custode in capitulo judicent (Erben reg. No. 363), deren Unechtheit aus der Vergleichung mit den Urkunden No. 362, 436, 525 Erben reg. klar hervorleuchtet. Die Wyšehrader Pröbste, die seit 1225 das kgl. Kanzleramt inne hatten (Sitz.-Ber. d. böhm. Ges. d. Wiss. 1876 S. 111), waren hierdurch wohl in die Lage gekommen, früher als andere kirchl. Würdenträger, Jurisdictionsrechte factisch in Folge ihrer amtlichen Stellung auszuüben; das durch das kgl. Privileg 1222 erklärliche erwähnte Bestreben führte zur Anfertigung eines angeblichen Königsbriefes, durch welchen die dem Probste als Kanzler zukommenden Befugnisse kurzweg mit seiner Pfründe in Verbindung gebracht wurden. Derselbe Standpunkt wird sodann consequent bei der Theilung des Pfründenbesitzes zwischen dem Probste und Capitel (1222 Emler reg. No. 2643) festgehalten (vgl. Sitz.-Ber. cit. 1878, Dr. Čelakovský's Vortrag S. 4). Die gedachte Erscheinung tritt nicht bloss in unseren Landen auf, sie zeigt sich vielmehr vordem schon in Italien (Hegel, Gesch. der Städteverf. von Ital. II. 71), sowie im fränkischen und deutsch. Reiche (Bethmann-Hollweg, Civ.-Prozess V. Thl. pg. 35 und die dort citirten Beiträge Sickel's zur Diplomatik III—V).

Betonung, dass ihrer Machtbethätigung in **Angelegenheiten, die naturgemäss lediglich ihr angehören können, niemals Hemmnisse gelegt wurden**; ausdrückliche, die beiden Landesbisthümer Prag[23] und Olmütz[24] betreffende urkundliche Daten erhärten diess. Abgesehen hiervon aber liegt der sprechendste Beleg hiefür in der Thatsache, dass König Přemysl Ottokar I. den Scheidungsprocess mit seiner Gattin Adele in den Jahren 1198—1220 vor dem päpst. delegirten Richter Hugolinus ab Ostia, nachmaligem Papste Gregor IX., verhandeln lassen musste (Erben reg. No. 522).

Die Grundsätze des Kirchenrechtes über das privilegium fori des Clerus lebten nicht nur in der Erinnerung derjenigen, welche sie direct berührten, wie z. B. in einer Urkunde (Boček l. c. IV. 59) vom Jahre 1270 betont wird: fecimus, quod non decebat,

[23] Einen Beleg der ununterbrochenen Thätigkeit des prager bischöfl. Gerichtes bietet — neben zahlreichen processualen Urkunden aus der 2. Hälfte des 13. Jahrh. (Emler Nr. 1720, 1782, 1775, 1840) — insbesondere die Verfügung des Bischofs Johann von Dražic (1301—1343) aus dem J. 1311, inhaltlich deren derselbe bei seiner Abreise zum Vienner Concil (1312) die Entscheidung der hangenden und künftig etwa anhängig werdenden Angelegenheiten einem neu bestellten Official aufträgt: vos . . judicem, et officialem curiae nostrae constituimus, et volumus, ut omnes causas . . . coeptas, et nondum finitas finire et decidere et omnes alias de novo emergentes incipere et finire possitis, prout ordo noster expostulat, et laudabilis curiae nostrae consuetudo deposcit (Palacký, Formelb. II. 171).

[24] Ueber das Olmützer bischöfl. Gericht äussert sich im J. 1256 (Boček III. 218) der damalige Markgraf Ottokar Přemysl wie folgt: decernimus etiam hoc observari secundum jura canonum, ut clerici non trahantur in judicium saeculare, nec judicentur per saeculares personas, sed ecclesia, cujus interest, discutiat clericorum judicia, et eorum qui contra ipsos procedunt in qualicunque querimonia; adjicientes hoc, ut benefici nostri nil habeant judicare de divortio vel de matrimonio discutere inter virum et mulierem, cum omne tale judicium soli, sit ecclesiae specialiter auctoritate apostolica concessum. Wer würde hierin nicht die Bestimmungen des Decrets Gracian's c. 1. 6, 7, 9, 10 C. 11. qu. 1 erkennen. Im Hinblicke zu dieser allgem. Verfügung können wir nicht die Ansicht theilen, dass die Geistlichen in ihren Angelegenheiten dem höheren Castellgerichte unterworfen waren und fassen die Worte der älteren Privilegsurkunde 1234 (Boček II. 284): si quis ex clericis ad judicium commune fuerit evocatus . . . compareat non judicandus sed tantum videndus — als eine Consequenz der obigen allgemeinen Regel, welche sie praktisch bestätigt. Schliesslich mag hervorgehoben werden, dass die erst erwähnte Urkunde auch die Auffassung der Canonisten über die Kraft der longaeva consuetudo (c. 1, 11, X 1, 4) recipirt, indem sie bemerkt: cum autem omni juri divino contraria inoleverat consuetudo, quod decedente episcopo bona illius in usus principis vendicabantur, visum fuit nostrae pietati, istam tam iniquam abolere consuetudinem et abusionem. Bestätigt wurde diese Urkunde von Karl IV. 1342 (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. No. 159). Ueber die Anerkennung kirchl. Jurisdiction in Ehesachen durch das Iglauer Stadtrecht saec. XIII. vgl. Tomaschek, Deut. Recht in Oesterreich, S. 253 art. 60.

nostro juri derogantes comparuimus ante tribunal in civitate Tribovia —, sondern wurden auch von der weltlichen Gesetzgebung in den, das Gerichtsverfahren betreffenden Gesetzen geradezu anerkannt und gewahrt. So lesen wir in der Bestätigung die den von dem Fürsten Konrad Otto erlassenen Vorschriften über die Handhabung der Gerichtspflege in den Kastellgerichten unter Přemysl Ottokar I. 1229 (Erben reg. No. 742; Boček II. 209) und Wenzel I. 1237 (Erben l. c. No. 920) zu Theil wurde, die Verwahrung: in his omnibus excipimus privilegia religiosorum virorum a principibus eis concessa, et jura clericorum cum dotibus ecclesiarum, quibus reguntur secundum jus canonicum. Aehnliches geschah in der einige Jahrzehnte jüngeren Urkunde betreffend die Freiheiten des Clerus zu Glatz (Palacký, Formelbücher I, pag. 305; Emler reg. No. 2352).

Schliesslich muss der Vollständigkeit wegen auch Erwähnung gethan werden jener Fälle, in denen die volle Gerichtsgewalt an einzelne kirchliche Würdenträger übertragen wurde; so z. B. 1248: concedimus episcopo Olomucensi ejusque successoribus ... omnem jurisdictionem temporalem (Boček III. 98), ähnlich an denselben 1250, 1261 (ibid. III, 132, 312); sodann an einen beim Hofe beliebten Pfarrer 1273 (Emler reg. No. 821) oder 1287 (Emler l. c. No. 1410; Boček IV. 233).

Es kann nicht Wunder nehmen, dass die Kirche darum lebhafte Sorge trug, es möge die von der weltlichen Macht durch zahlreiche unzweideutige Beweise bethätigte Anerkennung des canonischen Rechtes beim Clerus nicht in Vergessenheit gerathen. Auf der zu Cremsier abgehaltenen Diöcesansynode 1318 wurde erklärt: Licet a sanctis patribus institutum fuerit, ut nullus clericus trahi debeat ad judicium saeculare, poena vero actoribus et reis per canones sit inflicta, cui poenae prolatae aliam poenam adjicimus, statuentes, ut actor si sit laicus ipso facto sententiam excommunicationis incurrat, clericus vero suo beneficio, quod obtinet, sit ipso jure privatus ... Judices vero saeculares, qui clericos judicare praesumserint, per praesentes sint vinculo excommunicationis innodati ... Item prohibemus sub poena excommunicationis, ne aliquis causas matrimonii judicet, nisi officialis vel archidiaconus per se, et non per alium substitutum, cum matri-

moniales causae sint judicandae per illos, qui statuta canonum non ignorant (Chytil. l. c. VI. 389). In den Wirren nach dem Aussterben der Přemysliden mag wohl jene Einschärfung nöthig geworden sein.

Ihren Gipfelpunct erreichte die kirchliche Gerichtsbarkeit in Civilsachen, als mit dem Regierungsantritte Karls IV. freundlichere Tage für die böhmischen Länder heranbrachen und der Staat, sowie die Kirche in edlem Wettstreite für das Erblühen und den Wohlstand des Reiches Sorge trugen. Jener edle Mann, den Petrarca rücksichtlich seiner Milde und Sitten einem Athener[25] vergleicht und dessen Haupt nahezu die Tiara geschmückt hätte[26], Ernest von Pardubic, der erste Erzbischof zu Prag, betrachtete es als eine seiner vorzüglichsten Pflichten, das Gebiet der geistlichen und weltlichen Jurisdictionssphäre möglichst präcise abzustecken und gegen einander abzugrenzen. Weit entfernt von religiöser Schwärmerei, die sein Zeitalter mächtig beherrschte, umschrieb dieser in die Zukunft ausblickende Kirchenfürst mit fester, zielbewusster Hand in den am 12. November 1349 promulgirten Synodalstatuten den Umfang kirchlicher Jurisdictionsgewalt in einer Weise, die ohne den Rechten der Kirche Abbruch zu thun[27], den weisen und hochgebildeten Staatsmann charakterisirt, und Zeugniss davon ablegt, dass er sich wohl bewusst sein mochte, am Wendepuncte der bisherigen Entwicklung zu stehen.

Im Allgemeinen an den Principien der Decretalen festhaltend verweisen diese Statuten[28] vor das kirchliche Forum alle Rechts-

[25] Frascatti: epistolae Petrarcae lib XXI Ep. 1.: abunde mitis et affabilis, velut si Athenis Atticis natus esset, nach Friedjung Karl IV. pg. 311.

[26] Biographie aus der Feder des Zeitgenossen Wilhelm von Hasenburg, Probst von Wyschehrad, bei Balbin miscell. hist. dec. I lib IV, § 58, S. 87 und Beneš de Weitmil script. rer. boh. II pg. 382: mortuo Innocentio papa VI. propter ipsius virtutes, et mores per certos cardinales in papam fuit inter alios nominatus; forte ab omnibus fuisset electus si nationis alienae ab eorum non fuisset.

[27] Ein anderer anonymer Biograph, gleichfalls Zeitgenosse (bei Balbin vita Arnesti pg. 108) äussert sich darüber: interseruit illis statutis de jure canonico multa utilia ad regendas et gubernandas parochias suas summe necessaria.

[28] Editio secunda 1606 fol. 12, 13, 26; die erste Ausgabe gehört zu den Inkunabeln Böhmens, gedruckt zu Pilsen 1476 (Panzer annal. typ. II. 241; Procháska: de saec. liberalium artium fatis pg. 222), irrthümlich meint man, dass eine zweite ebenfalls zu Pilsen 1517 (nach Balbin vita Arnesti pg. 112) erschien

streitigkeiten geistlicher Personen (immunitas personalis)[29] mit Ausnahme des Falles, dass dieselben ein ihnen persönlich zustehendes Recht gegen einen Laien geltend machen wollten, dann Wucherprocesse, wobei hervorzuheben ist, dass nicht bloss das Zinsversprechen beim Darleihen, sondern auch der Speculationskauf als wucherisch betrachtet wurde (vgl. c. 6, 10, X 5, 19). Die sächliche Competenz erstreckt sich auf Streitigkeiten um kirchliches Gut[30] oder Recht (immunitas realis); sie war wohl

(vgl. jedoch Dobrowsky im liter. Magaz. St. 1, S. 40). Unsere Quellen für die im Texte gegebene Darstellung sind ausschliesslich die genannten Statuten und erzbischöfl. Gerichtsakten. Es heisst nämlich im art. de foro competenti, dass Laien nicht vor den kirchl. Richterstuhl in Civilsachen citirt werden dürfen — nisi forte (in causis) miserabilium personarum, vel in defectu judicis saecularis. Nec e contra judices saeculares clericos pro quibuscunque causis criminalibus, vel civilibus nec etiam laicos super rebus vel possessionibus ecclesiarum quocunque titulo eas possideant ad suum judicium faciant evocari vel eas audeant judicare. (Palacký české děje II, 2. Abthl., pg. 401 überging die Darstellung dieser Verhältnisse, als ausserhalb des Rahmens seiner Arbeit liegend.) Bemerkt mag werden, dass spätere Synoden z. B. 1374 darauf dringen, dass jeder archidiaconus, decanus, parochus u. curatus einen libellum statutorum tam provincialium quam synodalium besitze. (Höfler prag. Concilien pg. 19).

[29] Das Iglauer Stadtrecht anerkannte im Grunde eines Privilegs des Markgrafen Johann von Luxemburg 1356 diese Synodalsatzung nur mit einer gewichtigen Modification nämlich: nullus ex civibus per quempiam religiosorum et saecularium personarum aut clericorum citari seu conveniri spirituali judicio possint et valeant nisi prius a judice et juratis . . . debite justiciam eis congruam inquirunt, juxta consuetudinem civitatis praefatae, quae jura ipsis . . . nunquam denegari debent, ne justicia limitibus suis veris fraudetur. . . (Tomaschek, Deut. Recht in Oesterreich, S. 340).

[30] Damit steht nicht im Widerspruch, dass Streitigkeiten betreffs bischöfl. Mensalgüter (Emler No. 2070 v. J. 1306), Stritte der exemten Klöster selbst (quia abbates et alii ecclesiarum praelati ad alium quam ad nos pro causis suis refugium nullum habent: 1222 Erben No. 651; 1289 Emler No. 1778), sowie der exemten Capitel (1222 Emler No. 2643; 1267 Emler No. 553), dem weltlichen (Land- oder kgl.) Gerichte vorbehalten blieben, da es rücksichtlich derselben bei Berücksichtigung ihrer exemten Stellung im Lande keinen kirchlichen Richter gab, wie dies das cit. böhm. Klösterprivileg 1222 direct hervorhebt. Trotzdem erachteten die gedachten Interessenten die Anrufung päpstlicher Spruchthätigkeit für zulässig, vgl. den Streit zwischen dem prager Bischofe und einem exemten Kloster 1340, dessen Entscheidung von Benedict XII. einem Abte übertragen wird (Dobner monum. VI. 65) und in welchem es sich handelte um terrae, debita, possessiones, sowie andere Fälle unter den später anzuführenden Delegationsmandaten (VI. Abschnitt, Note 16). Daraus erklären sich die Bestimmungen des sogen. Rosenberger Rechtsbuches art. 61, 65—67, 136—139 (editio Brandl) und jene des ordo judic. terrae genannten Rechtsbuches aus der Zeit Karl IV. im jüngeren böhm. Texte art. 90, 91 (Arch. č. II. pg. 127 ff.), sowie art. 22 des sogen. officium circa tabulas terrae (vor 1396 bei Jireček Codex jur. boh. II. 2. Abthl. S. 258) als natürliche Consequenzen. Am prägnantesten tritt dies im art. 92 cit. ord. (böhm. Text) hervor, der mit der Verfügung des art. 93 princ. der älteren lat. Recension in dem hier entscheidenden Momente übereinstimmt; denn in demselben werden die Immunitätsprivilegien des Erzbisthums Prag, der Klöster

früher schon 1299 anerkannt (Emler reg. No. 1840), gleichwohl aber gegen die Gerichtsgewalt der Städte z. B. Brünns, zeuge der Urkunde vom J. 1281 (Boček IV, 257) und der Bestimmung des dortigen manipulus juris um 1350 (Rössler No. 107), nicht im vollen Umfang zum Siege gelangt, wie denn überhaupt die Städte auch dem clerus gegenüber zähe an ihrer Jurisdiction festhielten (Boček IV. 59 vom J. 1270). Ausserdem sollten der kirchlichen Gerichtsbarkeit anheimfallen die Rechtsangelegenheiten der s. g. personae miserabiles, nämlich der Witwen und Waisen überhaupt (vgl. c. 11, 15 X 2, 2), und schliesslich suppletorisch, falls der weltliche Richter seine Hülfe versagen sollte jede wie immer geartete Rechtssache (vgl. c. 6, 10 X h. t.). Selbstverständlich blieben daneben Angelegenheiten rein geistlichen Charakters wie z. B. Ehetrennungs- und Scheidungssachen in gleicher Weise kirchlichen Gerichten vorbehalten, wie die Entscheidung über damit in Zusammenhang stehende Privatrechtsverhältnisse als beispielsweise Alimentationsfragen [31] oder Stritte um das Patronatsrecht (c. 3 X 2, 1) [32]. Als eine mit der kirchlichen Funktion des Begräbnisses zusammenhängende Sache wurde auch die letztwillige Verfügung angesehen, weshalb Processe um testamentarisch auferlegte, insbesondere stiftungsähnliche Verbindlichkeiten [33] zum kirchlichen Richterstuhle gezogen und überdiess (stat. cit. fol. 20) den Ordinarien überhaupt zur Pflicht gemacht wurde: ut invigilent circa executores testamentorum et ultimarum voluntatum [34]. Die kirchliche Praxis endlich befasste sich mit der

---

und Prälaten bezüglich der auf ihren Gütern ansässigen Grundholden im Gegensatze zur obigen weltlichen Jurisdictionsgewalt über Mensalgüter und in Processen der Prälaten direct respectirt. Wie in Böhmen gehörten auch in Mähren Streitigkeiten um bischöfl. Mensalgüter vor das weltliche (kgl.) Gericht; vgl. Tobitschauer Rechtsbuch 1490 (edit. Brandl) cap. 216; Dirnauer Rechtsbuch 1543 pg. 18 und Vorrede S. 13. Eine officiöse Aufzeichnung über die Competenz des kgl. Gerichtes (curia regis) aus den Jahren 1337—1352 (Jireček Cod. jur. boh. II. 404, No. 5) verweist vor dieses auch die Streitigkeiten aller Mönche (Klöster).

[31] Urkunde vom 12. Jänner 1396 bei Palacký, Formelbücher II. 195.

[32] Boček III. 153 vom J. 1252, III. 162 vom J. 1253; Rössler, Brünner Stadtrecht No. 45 manipuli juris; Palacký, Formelb. I. pg. 346 vom J. 1337; acta archiep. jud. prag. 1392, edid. Tingel pg. 2. Selbst der König klagte in einer Patronatssache vor dem bischöfl. Gerichte zu Olmütz 1297 (Boček V. 71).

[33] Dobner monum. IV. pg. 115 vom J. 1393.

[34] Executores testamenti finden sich schon in Urkunden des 13. Jahrh. vor; so z. B. Boček IV. 62 im J. 1271 in dem Testamente eines Laien, Emler reg. No. 1603, 1826, 2017, 2180 pg. 947; im J. 1353 erscheint sogar eine

Entscheidung aller die Verlassenschaften verstorbener Geistlichen betreffender Streitigkeiten insbesondere deshalb, weil manche Patrone unter Läugnung der testamenti factio activa der Pfründeninhaber sich ein Caduzitätsrecht anmassten[35].

Um Missbräuche des dem Clerus zukommenden privilegirten Gerichtsstandes zu verhüten, erklärten die Statuten vorsorglich, dass als Cleriker nur eine Person deferens coronam et habitum clericalem erachtet werden könne (cit. fol. 26), was später neuerlich durch ein strenges Statut vom 18. October 1361 proclamirt wurde. Wir begegnen hierin einer Vorsichtsmassregel, die nicht bloss im Decretalenrechte c. 4, X 5, 39 begründet ist, sondern auch in einzelnen staatlichen Vorschriften Frankreichs und Deutschlands aufgenommen erscheint[36].

Freilich hinderte jene Anordnung nicht die missbräuchliche Ausbeutung der gedachten Rechtswohlthat in anderer Richtung. Manche Nachrichten sind uns darüber erhalten, dass ein halbes Jahrhundert nach Erlassung der Ernestinischen Statuten während der stürmischen Regierungszeit Wenzel IV., sowohl Adelige als

---

Frauensperson zur Testamentsexecution berufen (Brandl IX, 389). — Aus dem 13. und im Anfange des 14. Jahrh. liegen zahlreiche Testamente von Geistlichen vor, in welchen sie im Sinne des c. 1 u. 7, X 3, 26 letztwillig verfügen. Als sich dies in der Folgezeit in der Praxis dahin änderte, dass nicht bloss über das Patrimonial- und Peculiargut, sondern auch über den Erwerb aus der Pfründe testirt wurde, erflossen Verfügungen, welche einen solchen Vorgang als unstatthaft erklärten. Erst im 16. Jahrh. wurde durch besondere Privilegien der Geistlichkeit überhaupt gestattet, über den ganzen Nachlass testamentarisch zu verfügen; so insbesondere der utraquistischen 1531, betreffs deren Intestatnachlass schon 1548 die der österr. Legislative noch heute geläufige Dreitheilung festgehalten wurde, sodann 1552 der katholischen, indem zugleich auch rücksichtlich ihrer Intestaterbschaften die schon vordem von der Praxis beobachtete Dreitheilung ausgesprochen wurde (Balbin lib. curialis edid. Riegger pg. 329; Dr. Borowý, Erzbischof Anton Brus von Müglitz pg. 76).

[35] Beweise für die berührte Praxis bieten die acta judiciaria des erzbischöfl. Gerichtes (Frind III. pg. 3 der böhm. Kirchengesch.). Ueber die erwähnten Anmassungen vgl. l. c. II. pg. 352 und die Urkunde vom J. 1338 bei Chytil VII, 157, kraft deren ein Edelmann der Ausübung jenes Rechtes ausdrücklich entsagt.

[36] Jenes Statut vom J. 1361 ist abgedruckt in den Abh. der böhm. Ges. der Wiss. V. Folge, 12. Bd. pg. 7. Ueber ähnliche Verfügungen in Frankreich vgl. Stein, franz. Rechtsgesch. III. Thl. S. 310, 345; in Deutschland: die Urkunde Friedrichs II. bei Pertz Mon. Germ. Leges II. 244; authent. Statuimus Cod. 1, 3; Sachsenspiegel lib. III. art. 2; auch die Urkunde Rudolf's von Habsburg 1281 bei Pertz l. c. II. 430. Ueber die kirchl. Competenzverhältnisse überhaupt in Frankreich vgl. Stein l. c. III. 338—346; in Deutschland: Schulte, Quell. des kathol. Kirchenrechts S. 396 ff. und dessen System des kathol. Kirchenrechts S. 406, sowie die dort Citirten und insbes. Friedberg: de finium inter eccles. et civit. regundorum judicio etc. lib. II. §. 3.

Bürger alle ihre Söhne den Acolythen-Grad nehmen liessen, um sie des erwähnten Privilegs theilhaftig zu machen. Hiedurch aber wurde natürlich das Jurisdictionsbereich der Kirche in subjectiver Richtung über alle Massen ausgedehnt, insbesondere wenn erwogen wird, dass im 14. Jahrhunderte in runder Summe in Prag allein 1200 Geistliche wohnten, wovon selbst die beiläufig 360 Klosterleute, weil nur unter ihren besonderen kirchlichen Oberen stehend, keineswegs abzurechnen sind[37].

Wie mächtig die erwähnten Synodalstatuten eingriffen, ergibt sich abgesehen von dem oben berührten objectiven und subjectiven Competenzgebiete auch aus der Erwägung ihres weiten territorialen Gültigkeitsbereiches, indem sie nicht bloss für Böhmen und Mähren erlassen wurden, sondern auch in der Regensburger, Bamberger und Meissner Diöcese Geltung fanden (Frind, böhm. Kirchengesch. III. pg. 23). Hiezu kommt noch, dass sie das erste in allen böhmischen Ländern erflossene Kirchengesetz[38] waren, über dessen Beobachtung nicht allein die geistliche Macht, sondern auch der weltliche Arm eifrig wachten.

In richtiger Würdigung dessen, dass eine Competenzbegrenzung ohne strenge Sanktionen zur Verhütung von Ueberschreitungen derselben nicht genüge, wurde als Strafe der Verletzung jener Jurisdictionsgrenze sei es von Seiten des weltlichen Armes, oder umgekehrt für Eingriffe geistlicher

---

[37] Tomek, Gesch. Prags III. S. 165 u. 33.

[38] Das Concil, welches Guido, Cardinal und päpstlicher Legat ad Salzpurgensem provinciam et civitatem et diöcesem pragensem im J. 1267 zu Wien abhielt, und auf welchem auch die prager Diöcese vertreten war, hat für unseren Gegenstand nur insofern Bedeutung, als darin das Verbot der invocatio auxilii a saecularibus contra spirituales zum Ausdrucke gelangte; Bestimmungen über Competenz oder Verfahren enthält es nicht (script. rer. germanic. IX, pg. 699). Die rechtsphilosophirende Einleitung dieser Synodalbeschlüsse ist interessant durch eine röm. rechtliche Reminiscenz, mit welcher sie schliesst (§ 3, Inst. I, 1) und durch die sie beherrschende Auffassung, dass neben päpst. Decretalen lediglich Schlüsse von Synoden, denen päpstliche Legaten präsidirten, Geltung finden (vgl. Schulte, Quell. u. Litt. I, pg. 99). Die Beschlüsse einer späteren Synode unter dem prager Bischofe Joannes IV., wahrscheinlich um 1301 (Francisci chron. script. rer. boh. II, pg. 63) citirt Dudík iter roman. I., pg. 213 ff. aus einem MS. der bibl. reg. Christinae zu Rom. Bestimmungen über die Competenzgrenzen des kirchl. Gerichtes finden sich in denselben nicht; geschichtlich interessant ist aber die besonders nachdrückliche Erwähnung der silvarum incensarii, welche an die Weisungen der Majestas Carolina rubr. 50 erinnern, sowie Anordnungen über die matrimonialis desponsatio in facie ecclesiae per suum sacerdotem.

Jurisdictionsträger in das weltliche Machtgebiet die Excommunication angedroht (fol. 13 cit.). Ausserdem wurde durch Capitelstatuten einzelnen, nach ihrer Stellung vornehmlich hierzu berufenen Prälaten die schärfste Wahrung jener Gerichtsbarkeit[39] zur besonderen Pflicht gemacht. Die Uebereinstimmung in der Anschauung beider Gewalten erhärtet als Pendant zu den hervorgehobenen kirchlichen Weisungen nicht nur der Immunitätsbrief für den Clerus der Glatzer Provinz (Palacký, Formelb. I, S. 305) und die entschiedene Weisung Karl des IV. an einen Bischof, sondern auch Beschwerden geistlicher Funktionäre über Machteingriffe eines Castellans[40].

Unter den Nachfolgern Ernest's verschwand leider der versöhnliche Geist und die ruhige Auffassung, welche ohne Beeinträchtigung der staatlichen Interessen auch die kirchlichen zu wahren wussten, und manche Uebergriffe gaben gar bald Anlass zu Beschwerden. Die kgl. Weisungen Wenzel des IV. vom J. 1388 (Mittheil. des Vereines f. Gesch. der Deut. in Böhmen, XI. Jhgg. pg. 196) und vom J. 1406 (an die Städte Saaz, Brüx, Kaaden, Laun und Komotau; vgl. Schlesinger, Stadtbuch von Brüx, pg. 67, No. 146) des Inhaltes: quod nullus electorum cives, et incolas supradictarum civitatum ad judicium spirituale citare audeat quoquomodo, nisi sibi forsan ab eisdem civibus et incolis vel ipsorum aliquo negaretur justiciae complementum, hielten sich zwar im Rahmen des Decretalenrechtes (c. 6, 10, X 2, 2). Ingleichen überschritten die unter dem Erzbischofe Johann von Jenstein ausgebrochenen Misshelligkeiten ursprünglich nicht die Grenze eines persönlichen Zerwürfnisses zwischen König und Erzbischof. Denn die unterm 30. Mai 1395 (Pelzel, Wenzel IV. Urkdb. No. 118) von ersterem bewilligten Forderungen des böh-

[39] Prager Capitelstatuten 1350 de officio praepositi: nec actor reum, ubi uterque est homo ecclesiae ad judicium saeculare sub poena amissionis causae trahere praesumat; poenae etiam simili subjiceat reus, si sponte ad judicium forense se per actorem, qui non sit homo ecclesiasticus trahi patiatur (Arch. f. öst. Gesch., 37. Thl., pg. 422). Aehnlich die Olmützer Capitelstatuten um das J. 1349 de officio praepositi: tenetur etiam homines ecclesiae, qui ad judicium saeculare, quod vulgariter cuda dicitur, citantur, ad suum judicium requirere et procurare remitti (Arch. f. öst. Gesch., 41. Thl., S. 207).

[40] Jene in dem Formelbuche der Kanzlei Karls IV. bei Hoffmann ungedr. Nachrichten II, No. 260; diese bei Palacký Formelb. II, pg. 211; vgl. auch Cod. jur. bohemici II. 1. Abth. S. 337.

mischen Herrenbundes nehmen noch den Standpunct der Carolini'schen Aera ein, wenn sie bestimmen: »Auch in das geistliche Gericht hat der weltliche Arm sich nicht zu mengen und mit Gewalt einzugreifen, noch auch den Geistlichen Gewalt anzuthun in ihren Gerichten und an ihren Rechten, es sei denn, dass der weltliche Arm zum Schutze, und zur Hülfe von den Geistlichen selbst herbeigerufen, und nöthig wäre; aber auch umgekehrt soll der geistliche Arm weltlichen Gerichten fern bleiben, so dass Geistliche und Weltliche bei ihren Rechten bewahrt und in keiner Weise bedrückt werden mögen«. — Nur zu bald aber sah sich die Gesetzgebung des Landes bemüssigt, die weltliche Gerichtsbarkeit energisch gegen Uebergriffe seitens der kirchlichen zu sichern. Im J. 1410 erklärte nämlich der Landtag: »Wer immer Jemand um eine Landessache beim geistlichen Gerichte belangen, oder sogar ein solches zu halten sich unterfangen sollte, dessen Pfründe und Gut sollen des Königs Beamten sammt dem prager Burggrafen in Besitz nehmen und solange in deren Besitze bleiben bis dem Belangten Genüge gethan sein würde für Schäden und Kosten«. Dieser scharfe Landtagsbeschluss (Arch. č. II. 508) ist um so interessanter, als er für die böhm. Länder das erste Beispiel einer förmlichen Temporaliensperre darbietet. Die drängenden politischen Ereignisse im Gefolge der kirchlichen Reformbestrebungen des magister Joannes Hus führten sodann zu dem weiteren Beschlusse, dass kein Landesbewohner wegen welcher Angelegenheit immer ausser Landes vor ein kirchliches Gericht berufen werden dürfe, welches Verbot Wenzel IV. im Jahre 1418 rücksichtlich der Bürger der Altstadt Prags eingehender authentisch interpretirte[41].

Die kirchliche Jurisdictionssphäre[42] hatte neben Immunitäts-

[41] Pelzel: Kg. Wenzel IV. Urkdb. No. 248, 249: ne quispiam cujuscunque status, gradus, praeeminentiae seu conditionis foret, personam quamcunque saecularem extra regnum nostrum Bohemiae ob causam quamcunque ad spirituale judicium citare, trahere, seu evocare praesumeret quoquomodo.

[42] Ein Appellationsrecht gegen die von Immunitätsgerichten geschöpften Urtheile an den König (vgl. oben Note 17), etwa nach Analogie eines recursus ab abusu (vgl. Van Espen tract. de recursu ad principem 1748), lässt sich nicht sicherstellen. Mag ein so nüchtern-praktischer Kopf, wie es Karl IV. war, die vordem erfolgte Verleihung des Blutbanns an kirchl. Corporationen immerhin ungern ertragen haben (vgl. bei Čelakowský im Práwník 1878, S. 329, Note 68, die Belege hiefür, sowie Maj. Carol. rubr. 84 im Arch. č. III. pg. 154), so gelang es ihm weder durch die feierl. Protestation dto. Rom den 5. April 1355,

briefen und Statuten eine gewichtige weitere Ausdehnung erlangt, als Karl IV. der Wissenschaft eine reiche Stätte durch die Gründung der Universität zu Prag bereitete, wobei ihm Erzbischof Ernest, später erster Canzler der jungen Hochschule durch seinen Rath hülfreich zur Seite stand. Die Entscheidung aller Rechtsstreitigkeiten der Studirenden der Hochschule wurde zweifellos gleich von Anbeginn dem Rector zugewiesen. Denn die Grundlage aller Freiheiten eines studium generale war es, dass die Angehörigen desselben eine autonome Körperschaft — universitas — bildeten, welche unter kirchlichem und staatlichem Schutze alle Angelegenheiten ihrer Glieder durch Vorschriften regelte, aber auch selbst verwaltete und ordnete unabhängig von bürgerlicher und bischöflicher Gerichtsbarkeit. So stand es um die Hochschulen zu Bologna und Paris [43]; deren Freiheiten verlieh aber der Universitäts-Stifter denen, die ihr angehören würden, mit dem Privileg vom 7. April 1348: firmam singulis fiduciam oblaturi, quod privilegia immunitates et libertates omnes, quibus tam in Parisiensi quam in Bononiensi studiis doctores, et scolares auctoritate regia uti et gaudere sunt soliti, omnibus et singulis illuc accedere volentibus liberaliter impertimur etc. Ausser dieser grundsätzlichen Verfügung finden wir urkundliche Bestätigungen unserer Auffassung schon aus der Zeit Karls; denn unterm 26. September 1374 wurde durch Vertrag [44]

---

noch durch die solennen Zeugnisse der Kurfürsten vom 7. Jänner 1356 (Brandl cod. dipl. mor. IX. pg. 1) über das Böhmen zustehende privilegium de non appellando neben dem anerkannten negativen Inhalte dieses Vorrechtes auch dem dort ausgesprochenen positiven Satze practische Geltung zu verschaffen, dass jedermann innerhalb des böhm. Reiches, er sei Edelmann, Bürger oder Bauer sich von dem Spruche des zuständigen Gerichtes an den König berufen könne. Zeugnisse für die Handhabung eines derartigen Berufungsrechtes fehlen, wie leicht erklärlich, wenn erwogen wird, dass der Versuch mit der s. g. Majestas Carolina — des Widerstrebens der auf ihre Macht eifersüchtigen Grossen des Reiches wegen — misslang und in demselben Jahre 1355 widerrufen wurde, trotzdem bei weitem unbedenklichere Grundsätze dort aufgestellt worden waren.

[43] Savigny, Gesch. des röm. Rechtes im Mittelalter, III. Thl. S. 193 ff. 355.

[44] Tomek, Gesch. der prager Univ., pg. 82; Bischoff, Oest. Stadtrechte, pg. 131, wobei jedoch hervorzuheben, dass derselbe den Vertrag irrthümlich in das J. 1383 verlegt. Der Autorität Tomeks ist um so eher zu folgen, als demselben der Einblick in das Original des betreffenden Stadtbuches gestattet war. Wie sehr die exemte Stellung des Besitzes der einzelnen Universitätscorporationen seitens der städtischen Gerichte respectirt wurde, ergibt sich aus dem Zeugnisse des altstädter Rathes im Stritte der magistri et stu-

zwischen dem Richter und Rathe der Altstadt Prag einerseits und den Rectoren beider Universitäten (da die juridische Facultät sich im J. 1372 abgetrennt, und eine selbständige Körperschaft gebildet hatte) andererseits festgesetzt, dass das städtische Gericht keine Klagen gegen Studenten annehmen, noch darüber Recht sprechen, sondern alle Streitigkeiten an den Rector verweisen werde, und schon vordem, im J. 1372, fällte der Rector das Urtheil in einem um ein zum Carls-Collegium gehöriges Haus anhängigem Rechtsstritte (Monum. univ. prag. II. 252). Welche Tragweite in praktischer Beziehung jene Vereinbarung hatte, lässt sich leicht erkennen, wenn erwogen wird, dass zahlreiche Söhne reicher Kaufherrn aus dem ganzen deutschen Reiche und anderen Nachbarländern in Prag die Handelsgeschäfte ihrer Häuser besorgten und offenbar hauptsächlich des privilegirten Gerichtsstandes wegen sich immatriculiren liessen (Tomek, Gesch. der Univ. Prag, pg. 80). Eine nothwendige Consequenz dieser Sachenlage war es, wenn Karl IV. 1358 die Leute der Studenten, nämlich ihre Diener und ihre Begleiter direct seiner Gerichtsbarkeit unterstellte, in ähnlicher Weise wie den Güterbesitz der Universität selbst[45], indem er in dem bezüglichen Privilegium seine Absicht dahin aussprach: studentes tanto liberius, tantoque uberius studere, et studio vacare poterunt, quanto ipsi eorumque homines et bona a quarumlibet molestiarum impetu fuerint plenius liberati. Die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Formulirung der gerichtlichen Machtbefugnisse des Rectors ergab sich erst, als unter dem streitsüchtigen Erzbischof Johann von Jenstein (1385) Versuche gemacht wurden[46], die freie Bethätigung jener Gewalt zu hemmen. Unterm 22. November 1392 erliess nämlich Wenzel IV. die ausdrückliche (bei Pelzel l. c. I. No. 91 abgedruckte) Verfügung, dass sämmtliche Angehörige der Universität der ausschliesslichen

---

dentes bohemicae nationis mit einem Geistlichen um ein prager Haus 1402, aus welchem hervorgeht: quod ipsi (nämlich der Stadtrath) illam causam diffinire et terminare noluerunt ob reverentiam literarum tam papalium, quam regalium, sed ipsam causam ad audientiam domini regis tamquam ad altius jus remiserunt (Tomek, Gesch. Prags II. pg. 330, Note 61).

[45] Pelzel: böhm. u. mähr. Gelehrte III. Bd. pg. IX theilt die bezügliche Urkunde mit.

[46] Tomek, Gesch. Prags III. S. 359 u. 332 schildert dieselben auf Grund eingehender Forschung im Detail.

Gerichtsgewalt des Rectors unterworfen sein sollten und erreichte es durch seine Gesandten bei dem päpstlichen Stuhle, dass Papst Bonifacius IX. mit der Bulle vom 31. December 1397 jene Jurisdictionsgewalt bestätigte und durch Verleihung der Excommunicationsbefugniss an den Rector als des Executionsmittels kräftigte, dessen Mangel bisher hart gefühlt worden war[47].

Vordem schon hatte die Hochschule in den ersten Jahrzehnten ihres Bestandes von der Curie die Verleihung des s. g. Conservatoriums erwirkt, nämlich die Bestimmung gewisser kirchlicher Würdenträger als Hüter der ertheilten Freiheiten und als delegirter Richter des Papstes[48] in Streitigkeiten, in welchen Glieder der Universität nicht als Beklagte auftraten, sondern vielmehr selbst als Kläger gegen Geistliche oder Laien um welche Gegenstände immer Ansprüche erhoben. Durch solche Privilegien wurde das allgemeine Prinzip: actor forum rei sequitur (c. 5, X 2, 2) zu Gunsten der Hochschüler durchbrochen. Der oben erwähnte Vertrag mit den Rectoren vom J. 1374 hat ein derartiges Privileg vor Augen, weshalb er ausdrücklich verfügt, dass die Angehörigen der Hochschule gegenüber prager Bürgern davon nicht Gebrauch machen dürfen, es sei denn dass sie zuvor fruchtlos das Stadtgericht um gerichtlichen Schutz ihrer Ansprüche angegangen hätten (Tomek, Gesch. der prager Univ. S. 122). Später bot der oben erwähnte Zwist mit dem Erzbischofe den Anlass zur Erwerbung solcher Freiheiten, wie aus den päpstlichen Bullen vom J. 1383, 1397 hervorleuchtet (Monum. univ. prag. II. 17, 39). Auf diesem Wege wurde aber die Geltung des canonischen Verfahrens zur Beschwerniss ausserhalb des Universitätsverbandes stehender Personen nicht unwesentlich ausgedehnt[49]. Nicht nur vor den conservatores universitatis wurde inhaltlich der gedachten Bullen nach

---

[47] Mon. univ. prag. II. No. 45; Tomek, Gesch. der prag. Univ. pg. 124—127; Voigt, Abh. einer Priv.-Ges. in Böhmen II. pg. 345, 347 ff.

[48] Dafür, dass dieselben delegirte Richter waren, spricht schon die Einreihung der über Conservatores erlassenen Vorschriften in dem Hauptstücke X de officio et potest. judicis delegati; vgl. Schulte, Quell. u. Liter. II. pg. 19, Anm. 12 und die dort citirten älteren Canonisten.

[49] In späteren Jahren geschah zu Leipzig Aehnliches; Muther, gesam. Aufs. S. 23.

jenem Rechte verfahren, sondern auch vor dem Richterstuhle des Rectors, wie zahlreiche Gerichtsurkunden erhärten [50]. Ursprünglich gieng die Appellation von seinen Urtheilen an den Erzbischof [51]; durch die citirte Bulle vom J. 1397 jedoch wurde ihm das Befugniss eingeräumt: quod decreverit per censuram ecclesiasticam appellatione remota firmiter observari faciendi.

Um auch hier Missbräuche auszuschliessen wurde durch den mehrerwähnten Pact zwischen der Universität und Stadtgemeinde bestimmt, dass die blosse Immatriculation keineswegs jenen ausnahmsweisen Gerichtsstand des Rectors verleihen solle, sondern nur diejenigen desselben theilhaftig würden, die nicht discoli sind, also wenigstens dreimal der Woche Vorlesungen hören. Nach einem Universitätsstatute vom J. 1384 sollten des Rectors Gerichtsbarkeit auch die Leiter der Schulen im ganzen Lande unterworfen sein; wenigstens wird durch jenes dem Rector auferlegt, für die Beobachtung dieser Vorschrift zu sorgen. Ob dies jedoch gelungen sei, bleibt fraglich, da bis dahin die Gerichtsbarkeit über die gesammte Lehrerschaft in der Erzdiöcese durch die Ernestinischen Capitelstatuten dem Scholasticus des prager Domcapitels überwiesen worden war [52].

Unbestritten dagegen erstreckte sich die Gerichtsgewalt des Rectors auf alle Untergebenen der Universität. Als solche galten insbesondere die Copisten, Illuminatoren, Correctoren und Schriftenradierer (rasores chartarum), insgesammt freilich Vertreter von Beschäftigungen, die häufig von Studenten geübt wurden, weiter die Buchbinder, Bücherhändler und Inhaber von Bücherleihanstalten (librarii), die Verkäufer von Pergament, Apo-

---

[50] Monum. univ. prag. II. No. 3, 17, 22, 39, 45, 47, 52, 60.

[51] cit. mon. II. pg. 252; ebenso verhält es sich an anderen Universitäten, vgl. Muther, ges. Aufs. S. 274.

[52] Ueber die berührte Bestimmung der Statuten vom J. 1384 vgl. Tomek, Gesch. der Prag. Univ. S. 93; die statuta capit. prag. 1350 verfügen im Artikel de officio scolastici pragensis, wie folgt: de causis omnium rectorum scolarum civitatis et dioecesis pragensis, et suburbiorum ejus tamquam eorum ordinarius judicialiter habet cognoscere, et ipsas ratione praevia terminare, rebelles per suspensionem a rectura scolarum compescendo, quam si per unum mensem animo statuerint indurato, privare poterit rectura; ad quem etiam examen seu approbatio rectorum scolarum pertinet, vel eum, cui vices suas commiserit in hac parte (Arch. f. öst. Gesch. 37. Thl. pg. 433 und Frind, böhm. Kirch.-Gesch. III. 188).

theker und (wie sich die erwähnten Universitätsstatuten ausdrücken) Alle, welche von der Universität leben[53]. Diese Anordnung mag wohl nach dem Vorbilde der Pariser Hochschule getroffen worden sein, wie einem Heidelberger Universitätsstatute vom J. 1386 ähnlichen Inhaltes zu entnehmen ist[54].

Aus dem Dargelegten ergibt sich zur Genüge, wie die Geltung canonischen Verfahrens immer weitere Kreise zog[55]. Was Wunder daher, dass in jenen Jahren häufig Verträge vorkommen, inhaltlich deren Privatpersonen sich ausdrücklich der Entscheidung des geistlichen Gerichtes unterwerfen, falls aus einem gewissen Rechtsgeschäfte Streitigkeiten entstehen sollten. Ein derartiges Beispiel finden wir schon im Jahre 1308 (Chytil. cod. dipl. boh. et mor. VI, 16); in späteren Jahrzehnten mehren sich dieselben, insbesondere bei Verträgen, bei welchen als einer der Paciscenten ein kirchlicher Würdenträger oder Pfründenbesitzer betheiligt ist, so z. B. bei einem Bauvertrage 1376, Bürgschaftsversprechen 1378, bei einem Kaufe 1380, bei einem Vertrage um Besorgung der Abschrift eines Buches 1398[56]. Selbst Georg Rotlew olim judex novae civitatis pragensis und in einem anderen Falle zwei prager Bürger unterstellen sich vertragsmässig 1392 dem kirchlichen Forum, jener bei einem Darlehensvertrage, diese rücksichtlich geschuldeten Kaufpreises, sowie sich selbst ein Adeliger als Hauptschuldner mit zwei als Bürgen eintretenden Standesgenossen, weiter ein prager Bürger rücksichtlich einer Rente an eine be-

---

53 Ein Beispiel der Copistenthätigkeit prager Studenten siehe bei Schulte, Quell. u. Lit. II. 458, Anm. 7; über das Gesagte vgl. Voigt cit. Abhandlungen II. Bd. pg. 371.

54 Dasselbe findet sich abgedruckt in Tolneri historiae palat. Codex dipl. No. 179.

55 Zur Illustration dessen sei z. B. nur berührt, dass der um die Herausgabe von Kirchengut geklagte Laie vor dem kirchl. Gerichte Recht nehmen, nach canon. Verfahren sich vertheidigen und eventuell Appellation an den päpstlichen Stuhl ergreifen (schon 1299, Emler reg. No. 1840) musste.

56 Tomek, Gesch. Prags III, 253; Sabina, Gesch. der böhm. Literatur pg. 316 nach Acten des erzbischöfl. Gerichtes; auch die Zeitschrift »Česká včela 1846 pg. 199. Rücksichtlich des letzterwähnten Falles wird die Stipulation dahin getroffen, dass der Copist für die Abschrift jedes Quinterns 16 Groschen nebst freiem Tisch beziehen soll; das erste Schock Groschen sollte jedoch bis zur Beendigung der ganzen Arbeit von dem Besteller rückbehalten werden dürfen.

stimmte Kirche und schliesslich sogar zwei Laien rücksichtlich eines zwischen ihnen hangenden Streites um ein Grundstück [57] dem geistlichen Gerichte unterordnen.

Auf den geschilderten Wegen schritt die kirchliche Jurisdictionsgewalt stets vorwärts und drang in Folge dessen die Kenntniss des canonischen Gerichtsverfahrens in immer weitere Volks-Schichten [58]. Nicht nur die Gebildeten hatten davon Kenntniss, wie die unten beizubringenden Bemerkungen des philosophirenden Edelmannes Thomas von Štítný (Ende des 14. saec.) ergeben und der Ausspruch des Oberstlandrichters Andreas von Dauba in seiner Auslegung des böhm. Richtsteigs Landrechts § 2 (zwischen 1395—1400, Archiv č. II. pg. 487) darthut, welcher als von der Gerichtsgewalt des Landrechtes exemt anführt: »Fürs zweite das geistliche Recht, in welchem unter der Gewalt des Erzbischofs nach kirchlichen Rechten verfahren wird«, sondern auch in die tiefern Volksklassen musste das Bewusstsein seiner Geltung gedrungen sein, wenn es dem Capellan der Königin Elisabeth bei der Belagerung Prags durch Johann von Luxemburg (1310) gelingen konnte [59] den freien Aus- und Eintritt durch die Ringmauer bei den Thorhütern vermöge der blossen Vorschützung durchzusetzen; dass er bei dem Mainzer Bischofe als delegirten Richter einen Process anhängig habe, den er bei Säumniss verlieren würde. Selbst im prager Landrechte, dem Gerichte der freien Grundbesitzer des Landes, will (zwischen 1412—1420) ein geklagter Edelmann über die Klage keine Antwort geben, weil actor est in excommunicatione et ex eo ei respondere non debet, (Jireček Cod. jur. boh. II. 2. Abth. S. 395) offenbar im Hinblicke auf c. 7 X 2, 1.

---

[57] Acta jud. archiep. prag. anni 1392 edid. Tingel pg. 13, 22, 56, 107, 42.

[58] Ueber die Bedeutung der kirchlichen Gerichte für die Reception in Deutschland vgl. Muther, gesamm. Aufs. S. 41, 189 und die Absch. III Note 14 Citirten; betreffs Frankreichs Stein l. c. III. 320—326, 332—338.

[59] Chron. aulae regiae apud Dobner mon. hist. V. 261: capellanus reginae . . . ut ingredi et egredi posset securius . . . litteras quasdam suas, in quibus quaedam acta judiciaria, . . erant, conscripta ad manus accepit, et ad eos, qui custodiebant civitatis portas accessit et ait: vos domini me bene noscitis, quod sum filius hujus civitatis; videte litteras meas, et legite eas, quia causam habeo pro ecclesia terminare coram domino Maguntino, unde si his diebus negligens fuero, . . totum perdo.

II.

Rechtsstudium in den böhmischen Ländern vor Gründung der prager Hochschule.

Ein entscheidendes Moment bei dem Vordringen des römisch-canonischen Processes bildet der Umstand, dass die Grundsätze des canonischen Rechtes lange vor Begründung der prager Hochschule den gesammten Boden der Process-Rechtswissenschaft beherrschten und noch geraume Zeit nachher die massgebenden blieben.

Kaum hatte Gracian mit seinem Decretum allen denen, welche irgend eine kirchliche Gerichtsbarkeit auszuüben hatten, ein ersehntes Hülfsmittel dargeboten, als dasselbe auch schon seinen Weg in unsere Lande fand.

Der hochgebildete[1] prager Bischof Daniel, Staatsmann und Rechtskundiger zugleich, gab, als er den König Wladislaus auf dem Kriegszuge Friedrich Barbarossa's gegen das stolze Mailand begleitete, dem prager Canonicus Vincentius den Auftrag, in Bologna die Sammlung Gracians zu kaufen, welchem derselbe am 4. April 1159 nachkam, und sodann das Decretum nach Böhmen brachte[2]. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, dass dieses denkwürdige Werk in Bälde allen hierbei interessirten Kreisen zugänglich und bekannt wurde. Wir dürfen bei dieser Annahme kaum irre gehen, wenn wir erwägen, dass schon fast ein ganzes Jahrhundert zuvor (1073) der prager Bischof Jaromir, ein Bruder des Fürsten Wratislaw II., eine genaue Kenntniss der kirchlichen Competenzvorschriften an den Tag legte[3], indem er

---

[1] Chron. Siloëns. apud Dobner monum. I. pg. 79: cum esset doctissimus.
[2] Chron. Vincentii apud Dobner l. c. I. 63.
[3] Cosmas script. rer. boh. I. 156. Ueberdies zeugt für die Vertrautheit mit einer vornehmlich für die kirchliche Praxis wichtigen Richtung der canonistischen Literatur, nämlich den libri poenitentiales, das von diesem Bischofe (Höfler in den S.-B. der wien. Akad. phil. histor. cl. XXXVII. Bd. pg. 289 ff.), oder von seinem zweiten Nachfolger Hermann 1099—1122 (Schulte u. Hecht in der Vorrede zu der Edition; dagegen: Hanuš, S.-B. der böhm. Ges. der Wiss. 1866, II. Heft, pg. 17 ff., welcher betreffs der Zeit zustimmt, aber die Autorschaft Hermann's negirt) verfasste Homiliar (Homiliar des Bischofs von Prag, edirt vom Ver. f. Gesch. der Deut. in Böhmen); dasselbe enthält nämlich den ältesten canon poenitentialis der böhm. Kirche im Wesen über-

sich vor dem päpstlichen Legaten unter Berufung auf die Weisung zu erscheinen weigerte, gemäss deren ein Bischof nur dem Gerichte seines Metropoliten und der Mitbischöfe unterliege, welche bekanntlich im Decrete C. 3 qu. 6 Aufnahme fand.

Mit gutem Grunde ist anzunehmen, dass an den Dom- und Capitelschulen gemäss der Vorschrift Innocenz's III. (c. 4, X 5, 5) über den Unterricht in der Theologie auch bei uns die Grundzüge des Kirchenrechtes Beachtung fanden, weil dasselbe seit geraumer Zeit lediglich als die theologia practica pro foro externo galt. Schliessen kann man darauf, da in Deutschland und Frankreich ähnlich vorgegangen wurde, und die Prager und Wysehrader Capitelschule sich offenbar auf der Höhe ihrer Zeit hielten, nachdem sie zahlreiche Zöglinge aus anderen Ländern zählten[4]. Abgesehen davon macht eine Ur-

---

einstimmend mit Burchardi (1012—1023) libri poenitentiales, gleichwohl aber in neuer Zusammenstellung und aus älteren Quellen geschöpft (Schulte l. c. pg. 9).

[4]) Betreffs Deutschlands vgl. Maasen in den S.-B. der Akad. der Wiss. in Wien XXXI. Thl. pg. 456, worin aus einer alten in München verwahrten summa mitgetheilt wird: inter ceteras theologiae disciplinas sanctorum patrum decreta, et conciliorum statuta non postremum obtinent locum — ähnlich wie der Franke Rufinus (um 1160) in der Vorrede zu seiner Summe zum Decret Gracian's sagt: Palam est, summam quandam totius theologiae paginae contineri in hoc libro (Schulte, Gesch. d. Quell. u. Lit. I. pg. 249, vgl. auch l. c. I. pg. 30, Note 6), bezüglich Frankreichs vgl. Warnkönig u. Stein, franz. Rechtsgesch. III. 320 ff., insbesondere darüber, dass dort auch an Klosterschulen Rechtsunterricht ertheilt wurde; Hüllmann, Städtewesen d. Mittelalt. IV. 329, welcher sich auf die hist. gen. de Languedoc II. 517 beruft. Den Bestand der im Texte gedachten Capitel-Schulen erhärten nicht nur die in Urkunden vorkommenden scholastici (vgl. Palacký děje č. I. Thl. 2. Abthl. S. 348), sondern auch directe Nachrichten. So finden wir insbesondere nachfolgende scholastici: 1203 Joannes (Erben reg. No. 468), welcher 1211 (No. 525) magister genannt wird; 1229 magister Bernardus (No. 750); 1287 magister Joannes scolasticus pragensis et protonotarius (Boček IV, 339). Nachrichten gibt Cosmas zum J. 1068 (script. rer. boh. I. 147): Marcus praepositus pragensis in liberalibus artibus valde bonus fuit scolasticus, et in divina pagina interpres mirificus; weiters Cosmae continuator zum J. 1248 script. cit. I, 372, zum J. 1271 l. c. I, 415; chronicon abbatis Neplach apud Dobner monum. IV, 111. Auch Ausländer geben Nachricht von ihren in Prag gemachten Studien, insbesondere im 13. Jahrhunderte der baierische Cisterzienser und Chronist Volkmar und der Abt des Klosters zu Admont in Steiermark Engelbrecht (vgl. die genauen Citate bei Ungar: Gedanken über den Zustand der Schulen vor Errichtung der prager Hochschule pg. 59). An der Wyšehrader Capitelschule wirkte 1333 der als Verfasser einer Chronik bekannte nachmalige canonicus beim prager Capitel Franciscus (Tomek, Gesch. Prags I. pg. 454). Eines scholasticus Joannes zu Leitmeritz geschieht Erwähnung in der Urkunde vom J. 1263 (Emler No. 436). Von Klosterschulen endlich gibt canonicus Vincentius im J. 1151 Nachricht apud Dobner l. c. I. pg. 41.

kunde vom J. 1305 (Emler reg. No. 2017; Boček l. c. V. 181) eines gewissen Radslaus doctor parvorum beim Olmützer Capitel Erwähnung. Wie bekannt hiessen aber die Anfänger im Rechtsstudium parvi, exigui, mediocres, pauperes etc. Endlich entnehmen wir einer Urkunde aus dem J. 1284 (Boček IV. 284), dass bei den kirchlichen Gerichten ein Nachwuchs im Gerichtsverfahren praktisch sich ausbildete, da ein gewisser Gottfried als scolaris domini archidiaconi in consiliis angeführt wird, womit wohl eine Art Auscultirens gemeint sein dürfte, wie solche bei den kirchlichen Gerichten in Frankreich üblich war [5]. Sehr frühe, schon im J. 1151 berichten Chronisten von Klosterschulen, welche in Prag noch zur Zeit der Begründung der Hochschule prosperirten, wie z. B. an der bei dem Augustinerkloster bestehenden Lehranstalt der ehemalige Pariser Professor Henricus de Frimaria († 1340) lehrte [6]. Dass auch sie dem canonischen Rechte ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, lässt sich bei Beachtung des damaligen Zeitgeistes fast mit Gewissheit annehmen, insbesondere als der mehrere Decennien jüngere Bibliothekscatalog des erwähnten Convents werthvolle Rechtshandschriften anführt.

Einen weit grösseren Einfluss übte der häufige Besuch fremder Hochschulen seitens einheimischer Cleriker, welche in Paris, Bologna und Padua mit dem canonischen Rechte vertraut geworden, nun dessen Kenntniss immer weiter verbreiteten. Schon im ersten Viertel des 12. Jahr-

---

[5] Warnkönig-Stein, franz. Rechtsgesch. III, 320. Vielleicht ist mit dieser Einrichtung auch die im manipul. juris brunnensis No. 481 (Rössler, Brünner Stadtrecht pg. 223) erwähnte Thatsache zu erklären, dass der plebanus de Nicolspurga als erwählter arbiter scolarem suum misit cum sigillo Brunnam, ut scribi procuraret in litera clausa (laudum); vgl. auch manip. j. No. 544 (l. c. pg. 258) die Erwähnung zweier scolares, die Hostien de parochia ex aurea pixide stahlen und — tamquam heretici igni tradendi erachtet werden. Im Gegensatze zu diesen scolares wird der discipuli gedacht No. 238 (l. c. pg. 113).

[6] Bulaei hist. univ. paris. IV. 962; Voigt, Abh. einer böhm. Privat-Ges. II. Bd. S. 296; über die Bibliothek dieser Schule vgl. unten Abschnitt V, Note 2; über derartige Lehranstalten vgl. Tomek, Gesch. d. prag. Univ. pg. 52 u. Gesch. Prags I. pg. 454. Unter den Lectoren bei dem Dominikanerkloster Sct. Clemens, die schon nach 1252 erwähnt werden (ibid. S. 403), ragte im Anfange des 14. Jahrhunderts hervor Frater Kolda von Koldic, der Verfasser mehrerer theol. Tractate (Dobner monum. cit. VI, 328, 368), welchen König Johann dem Papste Clemens V. als Pönitentiar für die zum apostol. Stuhle behufs Ablasses pilgernden Böhmen in Vorschlag brachte (Palacký, Formelb. I, 340 und Tomek, Gesch. Prags I, pg. 424).

hunderts bestätigt der älteste böhmische Chronist Canonicus Cosmas zu Prag († 1125), dass seit Alters her von Böhmen aus zu der Pariser Hochschule gepilgert wurde, indem er bemerkt, dass die Landeskinder exhaustis totius Franciae thesauris novi philosophi redeunt (Cosmas script. rer. boh. I. pg. 278). Der grosse Zudrang zu jener Wissensquelle ist daraus erklärlich, dass insbesondere im 13. Jahrhunderte ein mehrjähriger Aufenthalt dortselbst zu Studien-Zwecken als unentbehrlich erachtet wurde, um zu Ansehen und Würde zu gelangen, wie uns ein Zeitgenosse, der gelehrte Dominicaner Vincentius Bellovacensis († 1264), in seinem specul. doctrinale II, 123 berichtet[7]. Jene Hochschule, an der schon seit 1218—1568 römisches Recht zu lehren durch päpstliche Verordnung (»super specula« c. 28 X 5, 33) untersagt war, pflegte das Kirchenrecht als eine theologische Disciplin (Bethmann-Hollweg Civ. Proc. 6 Thl. S. 98) und nahm die aus den böhmischen Ländern einlangenden Wissensbegierigen als Angehörige der s. g. natio anglica auf (Savigny l. c. III, S. 349). Ihr verdanken ihre Ausbildung[8] die prager Bischöfe Daniel (1148—1167), dessen Rechtsbildung daraus erschlossen werden darf, dass ihn Friedrich Barbarossa um das Jahr 1167 gemeinschaftlich mit Hermann, einem deutschen Bischofe, zum imperialis curiae in tota Italia judex berief (Palacký, Würdigung der böhm. Gesch.-Schreiber pg. 67), und Heinrich Břetislaw, ein Přemyslide, der 1122 dort weilte, 1182 den bischöflichen Stuhl, sodann 1193 den Landesthron bestieg und 1197 starb (Dobner monum. I. Chron. Siloënse pg. 80, 94; chron. Pulkavae ibid. III. pg. 196); ferner der erste Abt des Seelauer Premonstratenser-Klosters Gottschalk (chron. siloën. cit. I. pg. 99) † 1184; weiter in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts der schlesische Herzog Konrad, ein Sohn Heinrichs II. und Anna's aus dem böhm. Herrschergeschlechte (Stelzel, Gesch. Schles. pg. 330), der sich zum geistlichen Berufe

[7] Savigny, Gesch. d. röm. Rechtes im M.-A. V. Bd. S. 434; Friedrich Schlosser: Vincent von Beauvais II. Thl. pg. 193 ff., insbesondere über seine Rechtskenntnisse S. 249 ff.; Schulte, Quell. u. Lit. II. S. 120.

[8] Budinszký: Universität Paris und die Fremden an derselben 1876 handelt von den Besuchern aller Facultäten deutscher und slavischer Nationalität (pg. 115 ff., 226 ff.), kennt jedoch nur einzelne der oben angeführten und sofern er dieselben nennt, vermag er manchmal nicht die Quelle anzugeben, so z. B. betreffs Heinrichs Bretislav's, vgl. auch Note 13.

vorbereitete; endlich Hermann von Michalovic aus dem in jüngeren Jahrhunderten das Prädicat »von Wartenberg« führenden Adelsgeschlechte, der später die Bunzlauer Probstei inne hatte[9]. An der Grenzmark des 13. und 14. Jahrhunderts musste Ulricus von Paběnic dort seine Studien gepflogen haben[10], da er schon 1302 in einer päpstlichen Urkunde doctor decretorum genannt wird (Boček V, 139; Emler reg. No. 1924). Um dieselbe Zeit war er Canonicus beim prager Domkapitel, und Gesandter Königs Wenzel II. an die Kurie[11]. Bald darauf erwarb er ein zweites Canonicat zu Olmütz (im Jahre 1306 Emler reg. No. 2073; Palacký, ital. Reise pg. 52 aus den vatican. Regesten), sowie ein drittes beim Wyšehrader Kapitel (Chytil cod. mor. VI. pg. 137), zu welchen Pfründen auch noch die reiche Pfarrei Malín bei Kuttenberg (1324 Urkunde bei Balbín epitome pg. 305) hinzutrat, obwohl er bisher die Priesterweihe nicht erwirkt hatte. In den politischen Wirren nach dem Aussterben der Přemysliden griff er durch seinen Rath mächtig in die Geschicke des Landes ein (anno 1309 chron. aulae regiae Dobner l. c. V. 197), und stieg rasch zu den höchsten kirchlichen Würden empor; denn schon vor dem Jahre 1311 fungirte er als Official des erzbischöflichen Gerichtes zu Prag (Palacký, Formelb. II. 171), im J. 1312 als scholasticus des dortigen Domcapitels (Chytil VI, 42; Dobner l. c. VI. pg. 395) und später führte er sogar die Administration des prager Erzbisthums, insolange nämlich der Bischof Johann von Dražic von der Kurie nicht in Gnaden aufgenommen worden war. (1329 Dobner l. c. VI. pg. 400; Palacký, Formelb. I, pg. 340.) Welch grosses Vertrauen Ulricus beim päpstlichen Stuhle genoss, ergibt sich aus den im J. 1312 und 1317 ihm übertragenen Mandaten (Chytil l. c. VI, 42, 92). Schon in den nächstfolgenden Jahren zog er sich aus seinem bisherigen Wirkungskreise zurück und trat in den Cistercienserorden ein (Dobner l. c. chron. aulae

[9] Balbin epitome pag. 196: juris ecclesiastici peritia et laurea in parisiensi universitate celebratus, qui anno 1257 debitum mortalitatis persolvit.

[10] Berghauer: protomartyr poenit. pg. 306 nach einer handschriftlichen Notiz; ebenso Franck: Syntagma de ortu et progressu domus Woračickýorum pg. 26.

[11] (l. c. irrthümlich verlegen Berghauer l. c. und Franck l. c. pg. 28 diese Sendung in das Jahr 1332).

regiae V, 476), worauf er im Jahre 1330 zum Abte des Klosters Sedlec erwählt wurde (ibid. pg. 441; Chytil l. c. VI, 338, 348). Drei Jahre darauf ward er durch einen Schlaganfall gelähmt (Dobner l. c. pg. 467) und starb 1334, wie alle Chronisten, offenbar das sprechendste Zeugniss für seine Bedeutung, übereinstimmend melden (Chron. aulae regiae l. c. pg. 476; chron. Francisci apud Dobner VI, 261; Beneš von Weitmühl script. rer. boh. II, 266) [12]. Wenige Jahre nach dem genannten Ulricus studirte zu Paris Johann Grubl [13], ein Thüringer von Geburt, der während der Jahre 1316—1329 die Würde eines Abtes im Cisterciencer-Kloster Ossegg und hierauf in dem, damals zu Böhmen gehörigen Waldsassener bekleidete (Oefele script. rer. boicar. I. pg. 69. chron. Ottonis Waldsass: Parisiis missus in virum doctum et bonum notarium evasit) [14].

Unter den italienischen Bildungsstätten war es vor allem Padua und Bologna, wohin die Angehörigen böhm. Länder zu ziehen pflegten. An ersterer, im J. 1222 von Bologneser Flüchtlingen gegründeten (Raumer, Gesch. der Hohenstaufen. 6. Bd. S. 474) und bis 1360 nur als Rechtsschule wirkenden Universität (Savigny l. c. III. 278) genossen juristischen Unterricht: Wladislav, ein Sohn des oberwähnten im Kampfe gegen die Mongolen gefallenen Heinrich's des II. von Liegnitz,

---

[12] Der gefälligen Mittheilung des Herausgebers der regesta boh. et mor. Herrn Stadtarchivars Dr. Emler verdanke ich die Auskunft, dass der in Urkunden zwischen 1285—1305 (Boček IV, 297; V, 95, 180) vorkommende Ulricus praepositus ecclesiae pragensis vordem 1282 archidiaconus Znoiemsis (Boček IV. 269, 283, 361) mit dem im Texte Genannten keineswegs identisch sei. Pešina de Čechorod im phosph. septicorn. pg. 575 und Berghauer protomartyr pg. 147 nennen den erwähnten praepositus ecclesiae pragensis Ulricus mit dem Beinamen »von Hasenburg« und bezeichnen ihn als Sohn Vilhelmi, magni bellatoris sub rege Joanne, juris licentiatum parisiensem virum summae prudentiae et longo rerum usu valentem, qui sub rege Joanne omnia potuit et obiit 1326, indem sie sich auf nicht näher angedeutete handschriftliche Quellen für diese Details berufen.

[13] Budinszký l. c. pg. 227 führt statt dessen nach Balbin boëm. docta II. 284 den Franciscus Kriebel aus Eger als doctor parisiensis an, welcher 1339 Abt zu Waldsassen war.

[14] Mit einigem Rechte kann hier auch des Abtes zu Sct. Margareth bei Prag Dionisius Dors. philos. et theolog. an der Pariser Universität um das Jahr 1332, † 1366 (Ziegelbauer epit. hist. monast. Brevnov. pg. 67), sowie des Albertus de Boëmia, auch de Praga oder de Alto Castro (Wyschehrad), Hofcaplans Karls IV., Erwähnung geschehen, welcher 1349 als procurator nationis anglicae und 1355 als Rector der pariser Universität wirkte (Bulaei hist. univ. paris. IV. pg. 948).

und Anna's, der Tochter Königs Přemysl Otakar I., der nachmals zum Probst des Kapitels am Wyšehrad und Erzbischof von Salzburg erhoben wurde, jedoch als solcher schon 1270 starb, sowie gleichzeitig mit ihm Petrus, Canonicus zu Breslau, sodann Bischof von Passau, in den ersten Jahrzehnten des Bestandes dieser Hochschule [15]. Vor dem Jahre 1273 lag dort seinen Studien ob Johann, nachmaliger magister, canonicus zu Olmütz und Kremsier, plebanus de Hoczenplocz (wie ihn die bei Boček l. c. IV, 109 abgedruckte Urkunde bezeichnet). Im 14. Jahrhunderte besuchten diese Universität Wenzel von Jenstein, der Bruder des oben genannten prager Erzbischofs Johann, und dieser selbst (Budinszký, Univ. Paris pg. 230 nach Schreiben aus dessen Formelbuche) [16], sodann Johannes, genannt Paduanus offenbar deshalb, weil er dort seine Ausbildung gefunden hatte, wie er denn als Dechant des Wyšehrader Kapitels (1348—1356) und in anderen amtlichen Stellungen mannigfache Gelegenheit fand, seine Rechtskenntnisse zur Geltung zu bringen. Schon hart an der Grenze des 14. und 15. Jahrhunderts suchte (1399) Johannes Naso, der nachherige erste JUDr. an der prager Universität, an jener Bildungsstätte seine Rechtskenntnisse zu vermehren, die er nachmals als königlicher Gesandter an die Curie 1409 (Pelzel, Kg. Wenzel, Urkdb. No. 219), weiter als praesidens nationis germanicae am Concile zu Constanz 1415, und schliesslich als auditor

[15] Balbin epit. rer. boh. pg. 277; Clemens IV. 1265 bestätigt bezüglich des Erstgenannten in der bei Balbin miscell. boh. dec. I. lib. IV. tit. 24, pg. 25, richtiger bei Pertz mon. germ. hist. Bd. 17, pg. 404 abgedruckten Bulle: quod claram serenissimorum nobilitatem natalium studiis ac operibus nobilitare satagis virtuosis, . . cum sis . . literatura sufficienti dotatus; vgl. auch chron. Hermanni Altahens. apud Pertz l. c. pg. 406; dass Wladislav zu Padua studirte behauptet Dr. Henelius in seiner Breslographia pg. 36 auf Grund handschriftl. Daten; ebenso Lorenz, deut. Gesch. des 13. u. 14. Jahrh. I. pg. 328 ohne Belege; über den canonicus Petrus vgl. Balbin cit. miscell. l. c. pg. 24.

[16] Erzbischof Johann schreibt in einem Briefe an seinen in Padua weilenden Bruder Wenzel: meminimus nos aetate provectum doctrinae causa diversa studia peragrasse, videlicet pragense, paduanum, bononiense montispessulanum viginti quinque etiam annorum existentes Parisius sub magistri jugo in disciplina more fuimus conversati; ähnlich schreibt er auch an den Bischof von Paris: Eo confidentius V. P. audeo scribere quo quondam cum Parisius degerem noverim sincerrissimum vos meum fore amicum et fautorem. (Cod. epist. dieses Bischofs pg. 327, 316 des 55. Bds. des Arch. f. öst. Gesch.) Zu dem Rechtslehrer Joannes de Lignano stand er in näheren Beziehungen (ibid. S. 389, 396).

rotae romanae zu verwerthen wusste (Muther, ges. Aufs. pg. 106, 405), worauf er den Bischofsitz zu Chur einnahm (vor 1436; Höfler mag. Hus pg. 227, Anm. 223). Die Reihe der Besucher Padua's schliesst endlich vor der grossen Umwälzung in der Heimath magister Albík, der 1407 daselbst zum decretorum doctor promovirt, nachmals den prager erzbischöflichen Stuhl einnehmen sollte [17].

Die hervorragendste Rechtsschule Italiens Bologna musste wohl schon seit Alters her eine bedeutende Zugkraft auch auf Böhmen ausgeübt haben, da die dortigen Universitätsstatuten (lib. I. pg. 11—15, pg. 2) unter den 18 ultramontanen Nationen den Böhmen eine besondere Stelle gönnten (Savigny l. c. III. Thl. pg. 187). Dem Rechtsstudium oblagen aber sicherlich alle Besucher, da erst im Jahre 1316 eine besondere facultas philosophorum et medicorum anerkannt wurde (Savigny l. c. pg. 178). Noch im Gründungsjahre der prager Hochschule geschieht in den Chroniken Erwähnung von: quidam studentes de Bononia versus Bohemiam transeuntes (1348 chron. Francisci apud Dobner l. c. VI, 314). Abgesehen aber von diesen allgemeinen Nachrichten, wissen wir, dass einzelue Persönlichkeiten dort ihre Ausbildung im Rechte gewonnen hatten. An erster Stelle ist hier zu nennen Damasus (1220—1227), der Verfasser des mit Tancred's Arbeit gleichzeitigen, aber selbständigen und verdienstlichen ordo judiciarius (Schulte, Gesch. der can. Qu. u. Lit. I. pg. 106, 196). Seine Heimath erhärten Quil. Durantis (in proëm. spec.) und Joannes Andreae (in addit. ad spec.), die ihn stets Boëmus nennen, weshalb ihren Angaben gegenüber die Behauptung des unzuverlässigen Diplovataccius, er sei ein Ungar gewesen, nicht in Betracht kömmt [18]. Directe Nachrichten über die Studien des Damasus zu Bologna besitzen wir zwar nicht; da jedoch Schulte in den Sitz.-Ber. d. wien. Ac. d. Wiss. hist. Cl. 1870 Octoberheft, pg. 149 Belege für seine Lehrthätigkeit zu Bologna beibringt, welche eine genaue Kenntniss der Verhältnisse dieser Hoch-

[17] Mon. univ. prag. III. 7; Pelzel l. c. No. 194, 233; Balbin miscell. boh. dec. I. lib. V, vol. IX, pg. 186 nennt ihn nach den in orig. erhaltenen libri erectionum: JUDr.

[18] Savigny, Gesch. d. röm. Rechtes im M.-A. V. Thl. pg. 162; Wunderlich anecdota, quae proc. civ. spect. pg. 33; Bethmann-Hollweg l. c. VI. Thl. pg. 112; Schulte, Lehrb. d. kanon. Kirch.-Rechts pg. 46.

schule darthun, muss mit Grund angenommen werden, dass Damasus dort seine Ausbildung im Rechte gewonnen habe, zumal Padua kaum noch gegrünget war. An jener Hochschule studirte später der schlesische Edelmann Přeclav (Břetislav) von Pohořelic, der im J. 1342 zur Würde eines Bischofes von Breslau erhoben wurde (Pelzel, Karl IV. I. Thl., pg. 106, und Stenzel, Gesch. Schles. pg. 331) und im J. 1347 als compositor litis auctoritate apostolica in einem Streite zwischen dem Bischof Johann von Leitomischl und seinem Capitel auftritt (Balbín cit. miscell. I. dec. V lib. II vol., pg. 69; Chytil VII, 539). Im J. 1340 macht an jener Universität der nachmalige Abt des Klosters zu Opatovic und Chronist Neplach seine Studien (chron. ejus Dobner l. c. IV, 122) und um dieselbe Zeit Arnestus von Pardubic, der erste Erzbischof zu Prag. Nicht dort allein, wo er ein Schüler Joannis Andreae gewesen sein soll (Balbin vita Arnesti pg. 59), auch in Padua lag der Letztere rechtswissenschaftlichen Studien im Ganzen durch 14 Jahre ob, und erwarb an letzterer Hochschule das Licentiat decretorum (Beneš v. Weitmühl script. rer. boh. II, 374 ff. und ein anonymer Zeitgenosse apud Balbin miscell. cit. dec. I, lib. IV, pg. 80). Sein zweitnächster Nachfolger, der mehrmals berührte Johann von Jenstein, brachte gleichfalls hier einige Zeit zu, besuchte aber ausserdem noch die Universitäten zu Padua, Montpellier, Paris und Prag (Budinszký, Univ. Paris, pg. 230). In Bologna erwarb ferner das magisterium theol. et decretorum Andreas von Dauba, der im J. 1379 als Dechant zu Leitmeritz auftritt, nachdem er in Prag magister artium geworden war (Frind, böhm. Kirchengesch. II. 159). Ingleichen wurde dort der nachmalige prager Canonicus und (seit 1382) Propst des Olmützer Capitels Matheus von Mutěnín im J. 1371 zum doctor der Rechte promovirt (Tomek, Gesch. Prags III. 174). Schliesslich bleibt noch Johann von Jeřeň zu nennen, der 8 Jahre zu Bologna mit Studien sich beschäftigte, und in Padua nicht bloss das Baccalaureat und Licentiat in decretis erlangte, sondern auch als Rector fungirte (l. c. Tomek), sowie der nachmalige Bischof zu Leitomischl, und hernach zu Olmütz (1380—86) Petrus III. benannt Jelito nach seinem Geburtsorte († 1388), welcher zu Bologna, Perugia und Rom seine juridischen Kenntnisse sammelte,

den Doctorstitel errang und unter Papst Innocenz IV. durch drei Jahre (vor 1355) bei päpstlichen Gerichten, wie es scheint bei der rota romana, sich verwendete (Augustini ser. episc. olom. pg. 121)[19], endlich Johann von Jesenic †412, der aus der politischen Geschichte Böhmens bekannte Freund und Vertheidiger Magister's Hus vor Gericht (Palacký děje č. III. 1. Abthl. 106, 134), dessen Doctorat gleichfalls aus Bologna datirt (Tomek l. c. III. pg. 489, 526).

Neben diesen, bestimmte Persönlichkeiten und Hochschulen betreffenden Daten finden wir einzelne zerstreute Mittheilungen allgemeineren Characters, welche den Besuch auswärtiger Universitäten erhärten. Schon um das Jahr 1290 gestattet wahrscheinlich der prager Bischof Tobias selbst jenen Beneficiaten, die eine Universität im Auslande besuchen wollten, Stellvertreter im Amte auf zwei Jahre zu bestellen (Formul. Henrici Italici No. 197 im Arch. f. öst. Gesch., 29. Bd., pg. 175) und sein Nachfolger Johann IV. (1301—1343) ertheilt jenen Klerikern, welche ad studium generale ire et ab ecclesia studiorum causa abesse beabsichtigten, sich in der Fremde ausweihen zu lassen (Palacký, Formelb. I. pg. 252). Das s. g. Formelbuch der böhm. Königin Kunigunde aus den letzten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts enthält unter anderen auch die Empfehlung eines magister M., der vom studium generale rückkehrt (Palacký, Formelb. I, pg. 293; Emler reg. No. 2519) und zum Jahre 1271 erzählt der Fortsetzer der ältesten Chronik Böhmens aus der Feder des Cosmas, gleichfalls ein prager Canonicus, dass der dortige Domdechant Veit non tantum scolaribus pragensis ecclesiae deservientibus subveniebat, verum etiam in generali studio existentibus . . . providebat (script. rer. boh. I. pg. 413). Ferner weist die Matrikel der Juristenfacultät Perugia zwei prager Benedictiner im J. 1339 auf (Stölzel, gelehrt. Richterthum I, pg. 53, Note 83), welche in Gemässheit der von Papst Benedict XII. an die böhm. Klöster dieses Ordens erlassenen Weisung 1335 (Dobner monum. cit. VI, 63), von ihren Oberen dahin zur

---

[19] Augustinus l. c. führt an, es sei Petrus im J. 1355 ad curiensem in Rhaetia episcopatum promotus et postea in magdeburgensem ecclesiam translatus.

Ausbildung gesendet worden waren, ähnlich wie auch der erste Metropolit Ernest von Pardubic, an jene Hochschulen, die er besucht hatte, stets einige Cleriker auf seine Unkosten behufs mehrjähriger Studien zu schicken pflegte [20]. Einen Beweis dafür, dass der Besuch fremder Hochschulen nicht eine vereinzelnte Erscheinung blieb, vielmehr häufig eintrat, bietet der Umstand, dass die Diöcesansynode zu Kremsier 1318 (Chytil l. c. VI, 386) in jenen Bestimmungen, welche eine strengere Beobachtung der Residenzpflicht vor Augen haben, die Ausnahme hervorhebt, dass auf fremden Universitäten weilende Beneficiaten dieser Verpflichtung enthoben sein sollen. Keine blosse Reminiscenz an die Weisung c. 12 X 3, 4, vielmehr die Berücksichtigung eines längst eingebürgerten Verhältnisses scheint es weiter zu sein, dass die im J. 1350 (also schon nach Begründung der heimischen Hochschule) erlassenen Statuten des prager Capitels zu Sct. Veit in einem besonderen Absatze: de praerogativis canonicorum in studio privilegiato existentium verfügen: insuper eos, qui volunt et possunt studere et studuerint cum effectu, si de nostra (archiepiscopi) licentia et capituli nostrae ecclesiae consilio in studio privilegiato steterint, in perceptione censuum . . . canonicis residentibus et divinis interessentibus officiis per omnia volumus esse pares (Arch. f. öst. Gesch. 37. Bd. pg. 441). Nicht nur der hohe Clerus endlich mag das Bedürfniss gefühlt haben, an Universitäten im Auslande den Wissenskreis zu erweitern, da im J. 1344 ein blosser Pfarrer (praepositus ecclesiae Tynensis) in Prag die päpstliche Dispens von der Residenzpflicht für zwei Jahre einholte, während deren er an einer ausländischen Hochschule zu verweilen willens war (Chytil l. c. VII, pg. 412) und in der aus den ersten Regierungsjahren Karls IV. herrührenden s. g. Summa Gerardi (pg. 25; vgl. Tomek, Gesch. Prags I, 395, Note 16) von der Verpachtung einer Pfarre für die Zeit Erwähnung geschieht, welche der Pfründeninhaber an einem fremden Studium zuzubringen gedenkt.

Ständen aber auch nicht so zahlreiche Mittheilungen zu Ge-

---

[20] Beneš de Weitmühl script. rer. boh. II. 378, 381; sodann biogr. Arnesti apud Balb. miscell. hist. dec. I. lib. IV, § 58, pg. 83, welcher beifügt: quos in adipiscendis beneficiis propriis consanguineis praeferebat.

bote, so müsste sich dennoch nothwendig die Ueberzeugung aufdrängen, dass der Besuch ausländischer Rechtsschulen seitens der Landesangehörigen vor der Gründung der prager Carolina ein reger gewesen sein musste, wenn die zahlreichen Persönlichkeiten in Betracht gezogen werden, die nach ihrer Bezeichnung im Zusammenhalte mit ihren Arbeiten und Geschäften oder selbst nach dem blossen Titel Rechtskenntnisse besessen haben.

Fern liegt es uns, behaupten zu wollen, dass alle magistri, denen wir in Urkunden begegnen, magistri decretorum gewesen sein mögen, obwohl Joannis Andreae Bemerkung in seinem apparatus ad Clement. gl. ad verb. doctoratus vel magisterii c. 2 Clem. 5, 1 uns hierbei zur Stütze dienen könnte[21]. Doch wird

[21] Joannes Andreae l. c.: Et dicunt quidam, quod »doctores« in jure canonico vel civili, »magistri« dicuntur in theologia vel artibus, et hoc recipitur apud Italicos, sed ultramontani communiter vocant magistros. Schon zum Jahre 1194 erwähnt Abt Gerlach (der chron. siloën., vgl. Palacký, Würdigg. der böhm. Gesch.-Schr. pg 80), dass magister Arnoldus legatione fungens praedicti ducis, et episcopi (Henrici Břetislai) consuluit papam felicis memoriae Coelestinum III. (Dobner monum. I. pg. 123). In Urkunden kommen mit dem Beisatze magister nachfolgende Persönlichkeiten vor: 1214 Joannes scolasticus (Erben reg. No. 552); 1229 Egidius et Stephanus archidiaconi (No. 750); 1243 Vilhelmus archidiaconus preroviensis (Boček III. 24); ebenso 1255 (III. 197, 236), welcher kaum identisch ist mit mag. Vilhelmus plebanus scti. Michaëlis Znoimae, capellanus Venceslai regis 1243 (Boček III. 27, 33); 1243 Milo archidiaconus olomucensis (III. 24); 1263 Stephanus canonicus Olomucensis (III. 352); dass die erwähnten archidiaconi wahrscheinlich magistri decretorum waren, lässt sich aus dem diesen kirchlichen Organen zukommenden Wirkungskreise, insbesondere aus der ihnen zustehenden umfassenden Richtergewalt leicht entnehmen (Schulte: System des Kirchenrechtes pg. 269 ff.). Bemerkenswerth ist, dass einzelne Persönlichkeiten ausdrücklich als magistri artium angeführt werden (z. B. Gregorius decanus ecclesiae pragensis 1295 apud Beneš von Weitmühl script. rer. boh. II. 205), während eine besondere Hervorhebung der sonst vorkommenden magistri mit dem näher bestimmenden Beisatze »decretorum« zu jener Zeit nicht leicht vorkommt. Wird berücksichtigt, dass selbst in Italien noch im 12. Jahrhunderte Rechtslehrer vorkommen, die bloss magistri und nicht doctores genannt werden (Savigny l. c. III. 207), und dass der letztere Titel diesseits der Alpen wenig gebräuchlich war, so dürfte die Vermuthung Muther's ges. Aufs. pg. 400 wohl zu billigen sein, dass unter den im 13. Jahrh. in Mitteleuropa vorkommenden magistri sicherlich viele Juristen waren. Bemerkenswerth ist, dass magistri in grosser Zahl in Canonicats-Capiteln genannt werden, so z. B. beim Wyschehrader Capitel 1295 magister Venceslaus (Boček V. 35), 1302 mag. Conradus, Petrus, Joannes et Rapota (Emler reg. No. 1922), ähnlich im Olmützer 1281 mag. Velenus et Joannes (Boček IV. 248); 1299 mag. Vernherus, Ambrosius, Martinus (V. 117). Doch findet sich auch 1279 ein mag. Jordanus als plebanus in Retz (Emler No. 1175), und einzelne magistri erscheinen in den bischöflichen Canzleien beschäftigt, so 1233 mag. Bernardus episcopi pragensis cancellarius (Erben reg. No. 814); 1292 und ff. mag. Ambrosius notarius episcopi

gewiss jenen Magistern eine Vertrautheit mit dem Processrechte nicht abgesprochen werden können, die als delegirte geistliche, insbesondere päpstliche Richter zu fungiren berufen wurden[22]. Wenn diess schon in den ersten Decennien des 13. Jahrhunderts eintritt, so ist es leicht erklärlich, dass der prager Bischof Andreas die Verhandlungen, betreffend den Abschluss des Concordates vom J. 1221, im Lande selbst durch einen Juristen führen lassen konnte, worüber das noch im Originale vorhandene Protocoll (Emler reg. No. 2642) ausdrücklich berichtet (petente etiam quodam jurisperito ipsius episcopi, ut super hoc sibi audientia praeberetur), was neben anderen Umständen bewirkt haben dürfte, dass auch der König in Rom sich der Hülfe des mag. Joannes de Scacario zu bedienen für passend fand (Erben reg. No. 639, 641). Eine specielle Erwähnung verdient mag. Wernher, kgl. Kaplan und Canonicus am Prager und Olmützer Capitel (Boček IV, 300), da er constant als magister bezeichnet wird (Boček IV, 264; V, 154; Emler reg. No. 1944), als delegirter Richter des Olmützer Bischofs Bruno im J. 1275 fungirte (Boček IV, 157) und sogar vom Könige 1273 die Gerichtsbarkeit in seiner Pfarrgemeinde verliehen erhielt (Boček IV, 102). Jeder Zweifel darüber, ob er magister decretorum gewesen sei, scheint ausgeschlossen bei Erwägung dessen, dass er 1305 letztwillig über eine ihm gehörige Decretalen-Handschrift verfügt (Emler reg. No. 2017) — item Wernusio dedi decretales meas. Ingleichen darf mag. Gallus den magistri decre-

---

Olomucensis (Boček IV. 388; V. 26); 1336 mag. Miroslaus notarius episcopalis curiae pragensis (Palacký, Formelb. I. 344). Eines magister Jaroslaus capellanus domini regis (Přemysl Ottokar's II.) macht das Formelbuch der Königin Kunigunde (1270—1280) Erwähnung (Palacký, Formelb. I. 294), welcher — nach anderen gleichzeitigen Beispielen zu schliessen (Frind, böhm. Kirch.-Gesch. II. S. 145) — vielleicht auch in der königlichen Canzlei Verwendung fand. Als Beleg, wie sehr auf die Berechtigung zur Führung des Magistertitels Gewicht gelegt wurde, möge erwähnt werden, dass 1280 urkundlich von einem gewissen Berngerus mit dem Beisatze gesprochen wird: qui vulgo magister dicitur (Boček IV. 241, 252).

[22] Beispiele derartiger Delegationen: der Bischof Johann zu Prag als päpstlicher Richter in Nachbardiöcesen im J. 1229, 1230, 1234 (Erben No. 351, 353, 355); ferner die magister: Martinus canon. et praepos. prag. 1220 (Erben No. 615, 617), Thomas decanus prag. 1231, 1232 (Erben No. 771, 783); in Mähren mag. Hilarius 1243 (Boček III. 26), mag. Marcohardus canon. Olom. 1248 (III. 95), und der gleichnamige (oder vielleicht mit jenem identische) canon. et scolasticus pragensis 1255 (III. 196). Als Schiedsrichter wird berufen 1278 mag. Henricus de Vitis (Emler No. 1133) etc.

torum beigezählt werden, weil er als procurator vor dem prager bischöflichen Gerichte 1308 (Emler reg. No. 2176, pag. 946) eine Appellation überreicht, die auf eine besonders hervorgehobene Quellenstelle Bezug nimmt. Nicht minder gegründeter Weise kann magister Herrmannus de Praga (auch de Boëmia) unter die magistri des canonischen Rechtes gerechnet werden, nachdem zu der Function eines auditor palatii, die er 1327 bekleidete, derartige Kenntnisse unbedingt erforderlich erscheinen; nach 1322 gehörte er dem prager Domcapitel an (regesta vatic. bei Dudík iter roman. II. pg. 87, 104). Sogar auch literarische Thätigkeit auf dem Gebiete des canonischen Rechtes bekundete endlich Joannes praepositus Rajgradensis 1328 durch Verfassung eines Commentars zu den Decretalen, weshalb um so weniger zu verwundern ist, dass er seine Kenntnisse zugleich practisch als Schiedsrichter in manchen Streitigkeiten an den Tag legte (Wolný im Arch. f. Geogr. Historie, Staats- und Kriegskunst 1822 No. 54, 55; Dudík, Raygern I, Seite 281) [23].

[23] Sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht völlig feststehend ist, dass der mit dem canonischen Verfahren wohl vertraute päpstliche Legat magister Albertus (Höfler: Albert von Beham pg. 96), welcher als einer de majoribus curiae advocatis in Rom zu Zeiten Innocenz III. (1198—1216) und Honorius III. (1216—27) gewirkt, und sodann zum decanus in Passau erhoben, in seiner Eigenschaft als Legat einen mächtigen Einfluss genommen hat, aus Böhmen abstammte. Ueber seine Abkunft wurden widersprechende Ansichten aufgestellt, indem Einzelne sich der obigen Anschauung zuneigen, Andere derselben widerstreiten (vgl. Höfler l. c. pg. I, XXI, Böhmer ibid. pg. 222; Palacký ibid. pg. XXI und děje č. I. 2. Abthl. pg. 182; Erben reg. No. 1085). Die oben ausgesprochene Vermuthung wird durch folgende Umstände unterstützt: Der baierische Geschichtsschreiber des 16. Jahrh. Aventin (Thurmair † 1534), dem die nun verlorenen Original-Aufzeichnungen Albert's zu Gebote standen, nennt ihn consequent Boëmus (Höfler l. c. pg. XXI, pg. 26, insbesondere auch in Excerpten aus Urkunden Kaiser Friedrichs II. pg. 18, 30, 155); Albertus wurde im J. 1240 durch päpstlichen Befehl nach Böhmen entsendet, und zeigte eine eingehende Kenntniss der Verhältnisse am böhm. Hofe (pg. 10 ff., 15, 16), sowie auch Personalkenntnisse betreffs böhm. und mährischer Klöster (pg. 11, 12, 19), ingleichen Vertrautheit mit den nationalen Verhältnissen der Nachbarländer (pg. 28). Als er einen Vergleich mit dem Bischofe von Passau abschloss, wurden über seine Forderung auch conservatores compositionis in Böhmen bestellt (pg. 100); sein Diener Namens Miclav war offenbar nicht deutscher Abstammung (pg. 109). In seinen Aufzeichnungen erscheinen die böhmischen Orts- und Personennamen correct geschrieben (pg. 11, 15, 19), während die Schreibweise Jofredi summa titulorum statt Goffredi (de Trano) in seinem Testamente (pg. 148) und Volfkangi statt Volfgangi (pg. 96) an die Aussprache eines Nichtdeutschen erinnert. Endlich finden sich in einem noch erhaltenen Fragmente seiner eigenhändigen Aufzeichnungen böhmische Notizen (pg. 152, pg. XXI). Erben l. c. will zwar den Ausdruck »dvadeset hřivny« statt »dvacet hřiven« grammatikalisch un-

Gewiss musste die Zahl der Kenner des fremden Prozessrechtes eine grössere gewesen sein, wenn in einer Compromissar-Urkunde aus dem Jahre 1267 zur Beilegung eines zwischen dem Dechant des Wyšehrader Capitels und diesem selbst obwaltenden Streites festzusetzen für nöthig erachtet wurde, dass die Angelegenheit ausgetragen werden solle prolocutoribus decretistis, qui causam protrahere possent, dumtaxat exclusis (Emler reg. No. 552). Einige Decennien später (1311) erklärt eine Adelige, in einem Zehntstreite vor päpstlichen delegirten Richtern stehend, ihre Prätensionen aufgeben zu wollen, ohne den Urtheilsspruch abzuwarten, quia super eo diu litigato informata tandem consilio juris peritorum, quod ipsas decimas non possem sine gravi animae meae periculo retinere (Chytil l. c. VI, 34). Im J. 1320 wurde zwar in einem prager Patronatsrechts-Prozesse, dessen bisher unbekanntes Protocoll im Anhange abgedruckt wird, versucht, die Verlegung des Termines zu erbitten, indem angeblich kein unverdächtiger, weil vom Gegner unabhängiger Rechtsfreund gefunden werden konnte, gleichwohl wird aber diese Behauptung vom Gegentheile sogleich widerlegt, welcher: nominavit tres advocatos, magistrum Gregorium, decanum scti. Aegidii, Joannem Paduanum, Hildprandum, plebanum de Prosick et alios plures posse inveniri. Bei so bewandten Umständen kann es nicht auffallen, dass päpstl. delegirte Richter im Jahre 1320 (Chytil VI, 130) und im J. 1358 genügend Gelegenheit fanden ihre Urtheile ad consilium juris peritorum oder maturo consilio . . . jurisperitorum praehabito zu fällen. (Brandl, cod. mor. IX, pg. 69.)

Ausser dieser gattungsweisen Erwähnung finden wir in Urkunden des 13. und beginnenden 14. Jahrhundertes geradezu

---

correct finden, doch übersieht er, dass die Form des Zahlwortes der im 13. Jahrh. gebräuchlichen entspricht (Výbor z lit. č. I. 69, böhm. Mus.-Ztschft. 1861 S. 350 u. Jungmann, Wörterb. I. 515), und die Endung des Hauptwortes nicht ins Gewicht fällt, weil es sich um eine in Rechnungsnotizen vorkommende Anmerkung handelt. Unwahrscheinlich ist, dass ein Deutscher Notizen nur in böhm. Sprache gemacht hätte. Endlich ist zu erwägen, dass der Versuch, Albert als einen Abstämmling der baierischen Adelsfamilie »de Beham« hinzustellen, nicht als gelungen betrachtet werden kann, indem die hierfür beigebrachten genealogischen Daten unzureichend erscheinen. — Albert lebte noch 1253 (pg. 48). Seine Kenntnisse im Gebiete des canonischen Gerichtsverfahrens erhärtet, abgesehen von seiner ehemaligen Berufsstellung in Rom, eine seiner Urkunden aus dem J. 1240 (Erben No. 995) und ein päpstliches Mandat an ihn vom J. 1229 (Erben No. 747).

doctores decretorum namentlich angeführt. Schon 1270 begegnen wir in einer Urkunde des deutschen Ordens einem solchen, nämlich dem Mag. Henricus (Abhdlg. der böhm. Ges. d. Wiss. 9. Folge, 3. Bd., Beil. 12), der auch 1269 in Kremsier und 1282 als commendator Opaviae in Troppau auftritt (Boček IV, 31, 272, 273; Emler reg. No. 1280, 1282) und gleichzeitig (1279 ff.) einem dominus Jacobus professor, doctor legum (D'Elvert, Gesch. der kgl. Städte Mährens I, S. 511) in Schlesien. Um dieselbe Zeit (1275, 1278) fungirt in Mähren ein Dr. decr. Johann de Mocren (Boček IV, 151, 213), der wohl mit dem ebendort urkundlich vorkommenden (1278) Joh. de Mochln identisch sein dürfte (Boček V, 263; Emler reg. No. 1133)[23a], indem ein Lesefehler bei Benützung der Originalien durch Verwechselung der Buchstaben hl mit re unterlaufen sein kann. In einer Urkunde dto. Znaim 1282 wird ein Dr. decret. Beneš (Emler reg. No. 1272) angeführt, im J. 1284 Jacob, ein Sohn des Leibarztes des schlesischen Fürsten Heinrich III. Namens Gozwin (Stenzel, Gesch. Schles. pg. 77, wohl identisch mit dem bereits genannten) mit dem gleichen Titel ausgezeichnet. Der prager Canonicus Rapota 1287 (Palacký, Formelb. II, pg. 167; Emler reg. No. 2521), später (1312) archidiaconus zu Kouřím (zeuge der im Anhange folgenden Urkunde aus dem Wilheringer Formelb. und einer vom 12. Juni 1316 Emler reg. inedita, in welcher er ausdrücklich auch Dr. decretorum canon. prag. et vyšegrad. genannt wird) und magister (1302 Emler reg. No. 1922), führt in der erst gedachten Urkunde gleichfalls den Doctorstitel des canonischen Rechtes; ähnlich der königliche Gesandte an den päpstlichen Hof Heinricus 1303 (Boček V, 157), der prager Canonicus Johann de Slakenwerd 1305 (Emler reg. No. 2041, 2046 nicht zu verwechseln mit dem ein Jahrhundert später 1408 auftretenden baccalaureus in decretis Henricus de Slakenwerd vgl. Tomek, Grundlagen der Topografie Prags S. 43 der Namensverzeichnisse) um dieselbe Zeit auch der obengenannte Ulricus de Paběnic (in den Regesten Clemens V: Dr. decretorum, magister canon. olom. vgl. Dudík iter roman. II, pg. 82). Weitere doctores decretorum kommen vor: 1322 magister Stephanus archi-

---

[23a] Die letztere Lesart entstammt einer Originalurkunde (vgl. Boček V. 263, Schlussvermerk).

diaconus zu Znaim (Chytil VI, 156); 1331 mag. Wolkinus (Chytil VI, 323) Canonicus zu Prag und Wyšehrad (ibid VI, 230); 1341 Fridericus dictus Sulz[24], welcher einem mähr. Kloster seine Bücher mit Ausnahme jener nicht benannten schenkt, sine quorum usu propter studia et consilia esse non valeo, wie er sich ausdrückt (Chytil VII, 225); 1346 der als Schiedsrichter fungirende prager Domherr Hostislav (Chytil ibid pg. 468); 1347 Nicolaus de Pannewicz Canonicus zu Breslau (ibid pg. 543), dessen Muther ges. Aufsätze S. 250 als cantor Glogaviensis 1342 anlässlich eines von ihm abgegebenen Rechtsgutachtens erwähnt, in welchem auch die Institutionen und Pandecten citirt werden. Schliesslich möge erwähnt werden, dass ohne Nachweis des Doctorates dennoch eine umfassende juristische Bildung erhärtet erscheint rücksichtlich eines Velislaus de Boemia, da Papst Johann XXI. im Jahre 1276 demselben die provisio für ein beim prager Capitel zur Erledigung gelangendes Canonicat mit der Motivirung ertheilt: quia . . . diu in jure canonico et civili studuisti et profecisti laudabiliter (Emler reg. No. 1051). Seine practische Befähigung hatte er später nachzuweisen Gelegenheit, als ihm, der damals schon je eine Canonicatspraebende beim prager und vyšehrader Capitel inne hatte, die Befugniss zum öffentlichen Notariate verliehen werden sollte; denn das diesfällige königliche Decret (nach 1277 bei Emler reg. No. 2463) erklärt, er sei juxta sacrarum constitutionum canonem et tenorem examinatus, inventus sufficiens ad artem sive notariatus officium exercendum . . . propter quod . . . statuimus ipsum publicum notarium in terra Boemiae.

Endlich darf auch jener Männer nicht vergessen werden, die durch die urkundlich ihnen beigelegte Bezeichnung eines Juristen, ihre Rechtskenntniss documentiren und deren Reihe gleichfalls nicht gering ist. Hierbei bedarf es wohl nicht der Hervorhebung, dass Vertrautheit mit dem einheimischen Rechte nicht mit einem derartigen Beisatze bezeichnet zu werden pflegte, zumal bei diesem die Rechtsfindung und nicht die Rechtskenntniss die Hauptrolle spielte (vgl. über ähnliche Verhältnisse

[24] Wahrscheinlich dürfte derselbe mit dem gleichnamigen Pfarrer zu Thorn 1322, welchen Muther, ges. Aufs. S. 403 anführt, identisch sein. Unter den von Muther l. c. registrirten 22 Juristen in Deutschland bis zum J. 1348 finden sich einschliesslich des genannten Sulz lediglich vier der im Texte Aufgeführten.

im deutschen Reiche Stölzel, gelehrt. Richt. I. pg. 190, 193, pg. 239, Anm. 7). Als Persönlichkeiten der erwähnten Categorie kommen vor: 1294 magister Bartholomaeus, jurista de Praga (Boček V, 18); 1293 (Boček IV, 406), jurisperiti Joannes, scholasticus Olomucensis, Heinricus de Vitis (plebanus ibidem V, 5 et canonicus Cremsiriensis IV, 293) et magister Nicolaus de Vienna; 1303 jurisperitus Joannes Romanus laicus, königlicher Gesandter an den Papst (Boček V, 157); 1333 jurisperiti magistri Petrus de Brunna et Petrus de Wokkenstat (Chytil VI, 356), deren letzterer 1341 als canonicus lubucensis (Leubus in Schlesien) (VII, 243) auftaucht; 1336 jurisperitus Henricus de Praga (Palacký, Formelb. I, pg. 248, 344); 1341 in jure canonico expertus Luček filius Nicolai, Domherr zu Olmütz (Chytil VII, pg. 221); 1346 in jure canonico studens, magister artium Olerius, filius Přibislai de Odlochovic (ibid. pg. 474), canonicus boleslaviensis; 1343 jurisperitus Theodoricus, Sohn des Diviš von Neuhaus, Domherr in Mähren (ibid. pg. 340, 343; im J. 1350 neuerlich mit der Bezeichnung jurista; Brandl cod. mor. VIII, 3); 1348 magister Wich, jurista, den die Brünner Bürger in ihrem Streite mit dem Olmützer Bischof aus Prag herbeigerufen hatten, worauf er auszog — cum duobus publicis notariis ad citandum episcopum (Brandl l. c. 276); 1351 Conradus de Smedebergh in utroque jure baccalaureus, Domherr zu Olmütz (ibid. pg. 80).

Mag immerhin die ansehnliche Anzahl der vorangeführten Namen zur Erhärtung dessen genügen, dass die Kenntniss des fremden Rechtes und vornehmlich des canonischen Verfahrens in weiten Kreisen verbreitet sein musste, so erübrigen noch manche Männer, betreffs deren zwar nicht diesfällige directe Beweise beigebracht werden können, wohl aber schwer wiegende Indicien solcher Bedeutung vorliegen, dass ihrer an dieser Stelle gedacht werden muss. Es sind diess die beiden Geschichtsschreiber Vincentius, Canonicus zu Prag, und Peter, Abt zu Königsaal, beide für ihre Zeit Männer aussergewöhnlicher Bildung. Jenem kann practische Rechtskenntniss kaum abgesprochen werden, wenn in Betracht gezogen wird, dass ihm im Lager Friedrich Barbarossa's vor dem niedergeschmetterten Mailand die Aufgabe zufiel, das Friedensinstrument auszufertigen (Chron. ejus

apud Dobner l. c. I. pg. 62), dessen Bedingungen er in seiner Chronik anführt. Ob er die hierzu erforderliche Rechtsbildung in seiner Stellung als Notar des rechtskundigen prager Bischofs Daniel (ibid. proëm. chron. pg. 29) oder an einer ausländischen Hochschule gewonnen habe, ist schwer zu bestimmen, obwohl aus der Nichterwähnung des letzteren Umstandes Folgerungen zulässig sein dürften. Soviel steht fest, dass Vincentius an Allem, was das Recht betrifft, regen Antheil nimmt, wie er denn auch über den Reichstag auf den roncalischen Feldern mit Wärme berichtet: anno 1158 imperator . . . generalem curiam omnibus urbibus Italiae Runcaliae supra Padum non longe a Piacentia in festo beati Martini indicit, ubi antiquorum imperatorum confirmatis legibus et suis adscriptis Mediolanenses in suum vocat consilium (l, c. pg. 61). In dieser Stelle spiegelt sich überdiess die in jener Zeit seltene und darum interessante Anschauung ab, dass das alte römische Kaiserthum auf die deutschen Kaiser übertragen worden sei[25]. Schliesslich bedient sich Vincentius häufig der canonistischen Terminologie; so spricht er 1161 bei Erwähnung der Papstwahl von einer peremtoria citatio, trina vocatio, und davon dass einer der Candidaten eorum (scil. episcoporum) judicio se obtulit (l. c. pg. 68). — Gewichtigere Gründe befestigen die Annahme, dass der geistreichste böhm. Chronist und hochgebildete Cistercienserabt (Friedjung, Karl IV., pg. 21) zu Königsaal, dem es nicht gegönnt war, die Realisirung eines seiner sehnlichsten Wünsche, nämlich die Begründung einer Universität in Böhmen (vgl. chron. ejus apud Dobner V, pg. 103) zu erleben, da er 1338 das Zeitliche segnete (Palacký, böhm. Gesch.-Schreiber, pg. 123), im Rechte überhaupt, und speciell im processualen kein Fremdling war. Nicht daraus soll es gefolgert werden, dass er den canonischen Rechtsquellen gegenüber ein

[25] Vgl. über ähnliche Anschauungen in Deutschland aus späteren Zeiten Stintzing, Ulr. Zasius pg. 81 ff., 317; Franklin, Beitr. zur Recept. des röm. Rechts pg. 121 ff., insbesondere Vilh. de Occam (+ 1347) decisiones quaest. super potest. summi pontif. (quaest. 4 cap. 5), Petrus Andlo de imperio romano 1460; vordem in Italien schon Dante: de monarchia 1311 lib. III. In der Gesetzgebung Böhmens tritt die gleiche Auffassung (freilich beeinflusst durch italienische Ansichten) an der Schwelle des 14. Jahrh. in den jura montana Wenzels II. 1300 lib. III, cap. VII, § 3 hervor, wo es heisst: sed et majores nostri, divi imperatores prohibuerunt donationes inter virum et mulierem ne mutuo amore se invicem spoliarent (cod. jur. boh. II. pg. 372).

reges Interesse verräth, indem er zum Jahre 1151 die Abfassung des Gracian'schen Decrets anmerkt (chron. aulae reg. apud Dobner V, 25) und bei Erwähnung der auf Bonifacius VIII. gefallenen Wahl zum Papste, den er utriusque juris scientia praeditum nennt, zu erwähnen nicht unterlässt, dass iste sextum librum edidit decretalium (pg. 107 l. c.), noch daraus, dass er Verbindungen anknüpfte, vermöge deren er von allen legislativen Schritten der Curie in baldigste Kenntniss gesetzt wird (pg. 483), und die Thätigkeit der Concilien eifrigst verfolgt (Lyoner Concil 1274, pg. 27; Vienner 1311, pg. 324); wohl aber kann der obigen Auffassung die theoretisch und practisch bewährte Rechtskenntniss zur genügenden Stütze dienen. Abt Peter beruft sich gelegentlich ausdrücklich auf die Decretale c. 3 in VI, 1, 6 (pg. 325) und unterlässt es nicht, die Authentiken Heinrichs VII.: ad reprimendum (ao. 1313) und: quoniam nuper (pg. 312, 313) wörtlich anzuführen, deren erstere darum wichtig erscheint, da sie die bekannten Grundsätze der Processdecretale Clemens V. Saepe contingit (1306) im weltlichen Gerichtsverfahren einführte (Briegleb summ. Proc. pg. 32). Nur ergänzend mag bemerkt werden, dass die Terminologie der Quellen insbesondere in Processfragen an zahlreichen Stellen der Chronik zu Tage tritt (pg. 149, 150, 165, 367). Klar leuchtet jedoch seine theoretische Rechtsbildung aus der von ihm erlassenen Urkunde vom J. 1322 (Chytil l. c. VI, pg. 337) hervor, in welcher er als einzelne Arten der Gerichtsbarkeit die Stellung des judex commissarius, conventicius und hereditarius unterscheidet, wie er denn auch im Geiste des damaligen Notariats (Rockinger, Formelbücher, pg. 43 ff.) die salutationes und dictamina wohl von einander sondert (chron. cit. pg. 72). In dem Vorstehenden dürfte auch der Grund zu finden sein, weshalb der gelehrte Chronist mit unverkennbarer Vorliebe Processsachen berührt und des Breiteren erwähnt (pg. 108, 367), ja sogar päpstliche Erkenntnisse in Angelegenheiten, die Böhmens Interessen gar nicht berühren, wörtlich aufnimmt (z. B. sententia contra Robertum Apuliae regem lata pg. 317, contra imperatoren Ludovicum processus pg. 393, 435). Ein mit so umfassenden Kenntnissen ausgestatteter Mann eignete sich freilich vortrefflich zum Rathgeber der Königin Elisabeth, der er

diplomatische Dienste leistete (pg. 359, 397) und wusste mit hochgestellten Persönlichkeiten in fremden Ländern in Verkehr zu treten (pg. 106, 298, 349, 479). Zu bezweifeln steht entschieden, dass Peter von Königssaal eine fremde Hochschule besucht habe; sichergestellt ist diess betreffs Paris (pg. 472); (vgl. auch über diese Frage Palacký, Würdigg. böhm. Gesch.-Schr. l. c. und Friedjung l. c. S. 9—12)[26].

III.

Rechtsstudium nach Begründung der alma mater zu Prag bis zu dessen Erlöschen während der Hussitenkämpfe.

Der häufige Besuch ausländischer Universitäten drängte frühzeitig zu der Erwägung, wie vielen Gefahren die Jünger der Wissenschaft durch Begründung eines studium generale in der Heimath entrückt würden und welch reger Zuzug aus den Nachbarländern sodann zu erwarten stünde, wenn auch nur nach der Frequenz der Capitelschulen geschlossen werden sollte. Gedanken dieser Art dürften es gewesen sein, die in dem strebsamen Könige Wenzel II. die Absicht reifen liessen (1294), seinen Ländern eine Hochschule zu schenken. Leider scheiterte die Ausführung eines so edlen Vorhabens an dem Widerstreben der Landesbarone, die (wie alle Chronisten übereinstimmend melden) hieraus einen Machtzuwachs des clericalen Elementes befürchteten[1]. So blieb es denn Karl IV. vorbehalten jenen Plan ins Werk zu setzen. Mit Liebe[2] ging er an dessen Ausfüh-

---

[26] Es kann nicht verhehlt werden, dass die obigen Anführungen von Juristen, soweit Urkunden und Geschichtsquellen über sie Nachricht geben, nur Belege für die im Texte aufgestellten Behauptungen und keineswegs einen vollständigen Catalog derselben darbieten sollen. Dies letztere konnte um so minder angestrebt werden, selbst wenn es im Plane gelegen wäre, als sich jedem Forscher auf diesem Felde das Bedauern aufdrängen muss, dass die Verzeichnisse zu dem codex diplom. et epist. Boček's und seiner Fortsetzer, sowie zu Erben's böhm. Regesten ohne pragmatische Gesichtspunkte angefertigt wurden, und das längst ersehnte Register zu Emler's Fortsetzung des eben erwähnten Quellenwerkes bisher nicht erschienen ist.

[1] Chron. aulae regiae apud Dobner l. c. V. 103; chron. francisci canon. prag. apud script. rer. boh. II. pg. 44; chron. Pulkavae apud Dobner l. c. III. 253.

[2] Von der liebevollen Sorgfalt, die Karl IV. seiner Schöpfung angedeihen liess, legen mannigfache Bemühungen Zeugniss ab; insbesondere suchte er

rung; glücklich löste er seine Aufgabe. Kaum hätte ein günstigerer Augenblick hiefür gewählt werden können; Bologna war verödet der Kämpfe wegen, in welche sich die Bürgerschaft mit dem päpstlichen Legaten verwickelt hatte, und Paris hatte viel an seiner Zugkraft eingebüsst, seit in seiner Nähe der Krieg zwischen Frankreich und England wüthete (Friedjung, Karl IV., pg. 127). Als aber in Prag 1348 die Hochschule begründet worden war, da schien es, als sollten die abmahnenden Rathgeber Wenzels II. Recht behalten; denn das canonische Recht gewann die unbestrittene Oberhand, ursprünglich sogar die Alleinherrschaft, da erst seit 1390 durch Heinrich von Schüttenhofen Vorlesungen über römisches Recht aufgenommen wurden (Schaeffner, röm. Recht während des 12. u. 13. Jhdts. pg. 6). Die Rechtsfacultät nennt sich lediglich facultas juris canonici, universitas dominorum canonistarum studii pragensis (Tomek, Gesch. d. prag. Univ. pg. 102) und erst 1402 wird Johannes Naso, ein Prager, zum ersten juris utriusque doctor promovirt (Tomek, Gesch. Prags II, pg. 486 u. monum. univ. prag. II. S. 219 ff.). Damit stimmt zusammen, dass durch ausdrücklichen Beschluss vom J. 1392 den Canonisten der Vortritt vor den Legisten bei öffentlichen Umzügen gewahrt wurde (Tomek, Gesch. d. prag. Univ. pg. 85), wobei nicht zu übersehen ist, dass nach den uns in der Matrikel erhaltenen statistischen Daten zumeist Cleriker, darunter hohe Würdenträger die Facultät besuchten [3]. Ein mächtiges Förderungsmittel dieses Ueberwiegens der Canonisten boten die päpstlichen Privilegien,

---

für die von ihm gegründete Hochschule auch das s. g. jus rotuli zu erwerben, nämlich das Recht, dem Papste alljährlich ein Verzeichniss der in den Studien bewährten Besucher überreichen zu dürfen, damit sie derselbe bei Verleihung erledigter Pfründen bedenke, wie es die pariser Hochschule genoss (Bulaei hist. univ. paris. IV. 312, 901 u. Budinszký, Univ. Paris pg. 53). Das diesfällige Ersuchen Karl's IV. an den Papst findet sich bei Hoffmann, Ungedr. Nachrichten II. pg. 242 und endet mit den Worten: ne universitas nostri studii deterioris conditionis, quam aliae existere videatur. Ausserdem sorgte er für den zahlreichen Besuch der höchsten Lehranstalt im Lande durch Schreiben an die Klostervorstände (Hoffmann l. c. pg. 222) und Strafandrohungen für diejenigen, welche den zureisenden Studirenden auf ihrer Reise Hindernisse in den Weg legen und Unbill zufügen würden (Hoffmann l. c. pg. 80). Beigefügt mag werden, dass noch des Begründers Sohn Wenzel IV. durch an Klostervorsteher in der Lausitz gerichtete Aufforderungen für das Gedeihen der Hochschule besorgt war (Palacký, Formelb. II. 156).

[3] Vgl. die Daten aus den Jahren 1372—1408 bei Tomek l. c. pg. 78 und Schulte, Gesch. der Quell. u. Lit. des canon. Rechts II. pg. 459, Anm. 11.

welche die Universitätsbesucher der Residenzpflicht entbanden (ao. 1396, 1397 Mon. univ. prag. II, pg. 334, 352) und die mehrfachen an die Klostervorsteher ergehenden königlichen Aufforderungen, die Ordensangehörigen an die heimische Universität zur Ausbildung zu senden[4], der ihr Begründer auch das s. g. privilegium rotuli, ähnlich der Pariser zu erwerben bestrebt war. Die Einrichtungen dieser schwebten Karl IV. als nachahmenswerthes Vorbild überhaupt vor Augen. Denn dort hatte er selbst seine Ausbildung genossen (Bulaeus hist. univ. paris. IV, pg. 450, 313 und 952) und bereits die später verwirklichte Absicht der Stiftung einer ähnlichen Bildungsstätte in seinem Königreiche ausgesprochen (Beneš de Weitmühl script. rer. boh. II. 350, ähnlich Lupač in biogr. Caroli IV, pg. 73), welche er auch urkundlich niederlegte (Hoffmann, ungedr. Nachrichten II, No. 214: ut universitas nostra iisdem successibus gaudeat, quibus parisiensis et oxoniensis gloriantur). In Paris aber war schon aus Besorgniss einer sonst eintretenden Vernachlässigung des canon. Rechtes das Studium des römischen gänzlich untersagt worden (1219, c. 10 X 3, 50 »super specula« c. 28 X 5, 33). Ganz correct wird bei Anbetracht des oben Geschilderten von einem Chronisten jener Zeit berichtet (chronicon univ. prag. apud Höfler script. rer. hussit. I, pg. 13): anno 1348 imperator Carolus fundavit in Praga studium universale in theologia, jure canonico, medicina, et artibus. Freilich dürfte hierbei zumeist auch ins Spiel gekommen sein, dass für die böhmischen Verhältnisse jener Tage das römische Recht keine practische Bedeutung hatte, während das canonische bei den über das ganze Land eine ausgedehnte Jurisdictionssphäre handhabenden geistlichen Gerichten seit lange her in Uebung stand. Vielleicht ist hierbei die Auffassung des Cardinal-Bischofs Henricus de Segusio (Hostiensis), † 1271, über das verschiedene Geltungsbereich des römischen und canonischen Rechtes nicht ohne Einfluss geblieben, der in seiner Lectura in decret. Gregorii IX. cap. super specula tit. de privil. (c. 28 X 5, 33) erklärt: (non utuntur legibus) tota Hyspania, Alamania, Scotia, Anglia, Dacia, Gallia, Ibernia, Suetia, Norvegia,

[4] Karl IV. bei Hoffmann, ungedr. Nachrichten, Halle 1737, II. pg. 222; Wenzel IV. Palacký, Formelb. II. 156.

Ungaria, Bohemia, Polonia et Bulgaria, et breviter excepta Italia et regno arelatensi nullae aut paucae provinciae sunt, quae regantur jure civili, und davon ausgeht, dass: tota vero plaga christianitatis regitur jure canonum, sowie: lex est ancilla juris canonici. In der That beherrschen diese Grundgedanken eine Rede circa initium studii pro scola juristarum pragensi, die das MS. des prager Domcapitels K 17 fol. 97 ff. enthält. Die Thatsache des Ueberwiegens des canonistischen Studiums ist auch für die spätere Entwickelung in dem städtischen Gerichtswesen nicht ohne Bedeutung gewesen, indem zahlreiche Bürgersöhne an der Rechtsfacultät studirten, und hiedurch dem allmäligen Eindringen des fremden Processrechtes in die Gerichtsstuben des Bürgerstandes mittelbar Vorschub geleistet wurde. Beispiele gewähren die Patricierfamilien der Wölfl (Albert 1407, Sohn des prager Rathsherrn Franz und Enkel des Stadtrichters Albert 1354, sowie Daniel 1393 ein Abkömmling einer anderen Linie), der Geunher (zwei Brüder vor 1377 und 1379), der von Weilburg (drei Brüder 1386, 1388, 1397) (Tomek, Gesch. Prags, II, pg. 433, 435, 461, 489)[4a].

Mit einer so hervorragenden Berücksichtigung des canon. Rechtes ist es in Einklang zu bringen[5], dass nicht nur Lehrkräfte aus Italien gewonnen werden wollten, indem ein Dr. decretorum aus Bologna für dieses Fach berufen ward[6] (sein Name blieb nicht erhalten; francisci chron. apud Dobner VI, pg. 317), sondern auch dessen Vertretung nebstdem in bewährte hei-

---

[4a] Auch Joannes, filius domini Stephani, protonotarii regni Bohemiae wird 1380 immatriculirt (Museums-Ztschrft. böhm., Octoberheft 1827 S. 70).

[5] Vielleicht lag in diesem Umstande der Erklärungsgrund, warum sich noch nach Ablauf mehrerer Decennien die pariser Rechtslehrer in Folge des ausgebrochenen Schisma nach Prag wenden wollten; der Kanzler der prager Universität, Erzbischof Johann von Jenstein, theilt die gedachte Absicht den Magistern des collegium carolinum mit, indem er beifügt: nam serenissimus rex (Venceslaus IV.) sanctissimo Urbano (papae VI.) scribere intendit, et toto desiderio laborare, qualiter praedicta universitas in Pragam transferatur (vgl. Höfler, Joan. Hus pg. 121, Anm. 59 und Budinszký l. c. pg. 22).

[6] Die Anstrengungen Karl's IV. bezüglich der Erwerbung tüchtiger Lehrkräfte erhärtet ein Berufungsschreiben an einen auswärtigen Rechtslehrer (qui interpretatur sanctorum canonum aenigmata), welches in dem Formelbuche seiner Kanzlei (Hoffmann l. c. pg. 16) erhalten ist, worin es heisst: tu denique nedum in vinea domini fideliter laborare, sed quodammodo vineam diceris Bononiam dudum tam suavis fructus ubertate reficiens nunc autem Paduam irradiens remota vasti orbis climata scientiae tuae radiis illustrare etc.

mische Hände, nämlich jene des erzbischöflichen Canzlers und Generalvicars magister Stephan, Canonicus regularis Sti. Augustini in Raudnitz (Franciscus l. c.; Palacký děje č. II, 2. Abthl., pg. 102) gelegt wurde. Die Wahl traf hiermit einen Mann, der auch literarisch thätig war, wie seine »casus conscientiae et quaestiones«, ein hauptsächlich wegen Berücksichtigung der Wucherfragen und Testamente Geistlicher interessanter Commentar der Ernestinischen Statuten (Balbin boë. doct. II. 103; Schulte, canon. Hdschft. No. 37, 275; dessen Quell. cit. II. pg. 431), darthun[7].

---

[7] In den Nachrichten über die Rechtslehrer an der neu begründeten Hochschule findet sich nirgends die Erwähnung eines Romanisten. Es verhielt sich die Sache hier gleicher Gestalt, wie an den später begründeten Universitäten zu Wien (Aschbach, Gesch. der Univ. zu Wien I. pg. 102, 301), Heidelberg, Köln und Erfurt (Stintzing: Ulr. Zasius pg. 80), wo ebenfalls das canonische Recht überwog. Auch unter den durch Druck verbreiteten juristischen Schriften in Deutschland überwog die Literatur über das canonische Recht (Stobbe, deut. Rechtsquell. I. 2. Abthl. S. 18, Note 34). An den deutschen Hochschulen äussert sich das Streben nach dauernder Vertretung des römischen Rechtes erst seit der Mitte des 15. Jahrh. (Muther, ges. Aufs. pg. 107, 241). In Heidelberg sollte sich zwar nach der (bei Tolneri historiae palat. cod. dipl. No. 179 abgedruckten) Stiftungsurkunde vom J. 1386 die Juristenfacultät beschäftigen mit dem jus canonicum et civile, quae propter propinquitatem pro una facultate disponimus aestimari, gleichwohl wird aber das röm. Recht erst an zweiter Stelle genannt. In Wien geschahen Versuche, das römische Recht in den Kreis der Vorträge einzubeziehen, um die Mitte des 15. Jahrh.; ein entscheidender Schritt erfolgte jedoch erst 1493 (Aschbach l. c. pg. 309). Ueber die wissenschaftlichen Hülfsmittel des canonischen Rechtsstudiums an der wiener Universität ist zu vergleichen Aschbach l. c., über jene an der prager Hochschule das unten Folgende; über den literarischen Apparat, über welchen man vor Begründung der Wiener Universität in den innerösterreichischen Ländern verfügen konnte, gibt Aufschluss z. B. der Catalog der juridischen Schriften der Bibliothek der Klosterneuburger Abtei aus dem J. 1330 (Arch. f. Kunde österr. Gesch.-Quell. V. Thl. pg. 291). — Gänzlich unbekannt blieb in Böhmen das römische Recht selbst vor der Eröffnung der prager Universität nicht. Schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrh. finden sich in der Chronik des zweiten Fortsetzers der Aufzeichnungen des Cosmas, dessen Name unbekannt, dessen Berufsstellung jedoch im prager Domcapitel fast zweifellos ist, zahlreiche Reminiscenzen an römischrechtliche Vorschriften, z. B. script. rer. boh. I. pg. 446 l. 142 D. 50, 17; pg. 457 l. 4 § 13 D. 44, 4 u. l. 12 D. 4, 3 mit c. 2 X 2, 14; pg. 468 wörtliche Citirung § 7 J. 1, 20 u. § 2 J. 1, 24. Auch Přemysl Ottokar's II. Kanzlei hatte einige Vertrautheit mit dem röm. Rechte, wie aus der einem Bischof die Ausübung des Jagdrechts auf den kgl. Gütern zugestehenden Urkunde 1266 (Meichelbeck hist. frising. tomi II pars altera instr. No. 83, vgl. Schaeffner, röm. Recht in Deutschl. während d. 12. u. 13. Jahrh. S. 44) hervorgeht, wo diese Verleihung motivirt wird, wie folgt: juri consentaneum et consonum videtur romano, ut principibus per nostri dominium districtus habentibus redditus et possessiones, qui nostris semper et ubique student affectibus complacere, principalis praerogativae specialem gratiam impendamus etc. Ingleichen ist zu bemerken, dass: 1294 rex Venceslaus II. adolescentem Conra-

Damit ferner Lehrmittel herbeigeschafft werden, erfolgte die Verlegung des an canonischen Quellen reichen (Schulte, can. Hdschft. No. 8, 18) Collegiatcapitels zu Sadska im J. 1362 nach Prag zu Sct. Apollinar (Balbin hist. miscell. dec. I. lib. V. vol. I. pg. 54).

Als ursprüngliche Grundlage des Unterrichtes galt das Decretum Gratiani, wie aus einem Schreiben Karls IV. hervorleuchtet, inhaltlich dessen er einen der ersten Lehrer deshalb belobt, quod dimissis frivolis illis altercationum disturbiis, quibus libri decretalium abundare videntur, ad lecturam decreti aciem mentis direxit (Hoffmann l. c. No. 219; Pelzel, Karl IV., Urkdb. No. 328) [8]. Erst später wurde eine ordentliche Kanzel der Decretalen errichtet. Um das Jahr 1374 trug Fridericus Paganus über den liber sextus vor (Tomek, Gesch. d. Univ. Prag, pg. 103); vor ihm jedoch tradirte decr. Dr. Georg de Bora (Dobner l. c. III. pg. 418 ao. 1397), der nachmalige erzbischöfliche Generalvicar (Balbin l. c. vol. IV, pg. 95), provisorisch durch acht Jahre über den liber sextus und die Clementinen, worauf er um das Jahr 1396

dum nomine Aurelianis ad studium destinavit, quatenus ipse in legum scientia ibidem studendo proficeret (chron. aulae reg. apud Dobner l. c. V, 103). Interessant ist die Thatsache, dass das Bibliotheksinventar des prager Domcapitels 1355 einen liber institutionum und eine summa institutionum anführt, die bei der im J. 1368 erfolgten Revision bereits als abgängig bezeichnet werden, offenbar also in den Händen eines unbekannten Ausleihers verblieben waren. Zwei andere Institutionen-Exemplare und einen liber authenticorum besass das Capitel damals noch. Bemerkenswerth ist die Urkunde des deutschen Ordensmeisters über ein Verkaufsgeschäft an ein böhm. Kloster 1233 (Boček II, 255), worin gesagt wird: ipsis tradidimus possessionem corporalem promittentes eis de evictione et vitio cautionum. Einzelne römisch-rechtliche termini technici finden sich schon frühzeitig, z. B. 1238 justus titulus (Erben reg. No. 952), 1263 fructus percepti et percipiendi (Boček III, 356; Emler reg. No. 1411), 1287 possessio corporalis et pro indiviso (Boček V, 286), 1262—93 sub hypotheca (Boček IV), 1311 laneos in villa titulo pignoris obligare (Chytil VI, 34), 1327 salvo, quod feudum ipsum in nullam aliam personam sine nostra speciali licentia venditionis, permutationis seu quovis alio alienationis titulo transferatur (Chytil VI, 284 u. 267); 1335 dominium utile (Chytil VII, 73), possidere et utifrui (Chytil VI, 270); 1347 sine quolibet dolo malo in solidum promittimus bona fide (Palacký, Formelb. I, 357) sagen der Probst zu Wyschehrad und sein Bruder. Vereinzelt kommen röm.-rechtliche Brocken auch in den acta judicii archiep. prag. 1392 (ed. Tingel) vor, S. 62 quod placet principi vim legis habet (§ 6 Instit. 1, 2), S. 72 melior est conditio occupantis etc.

[8] Das absprechende Urtheil Karls IV. über die Decretalen mag weniger auf sachlichen als auf persönlichen Gründen basirt haben. Bekanntlich hatten die Decretalen c. 1 Clem. 2, 9, und c. 2 Clem. 2, 11, sich sehr abfällig und rücksichtslos über seinen Grossvater Heinrich VII. geäussert, weshalb er im J. 1361 eine eigene päpstliche Erklärung erwirkte, durch welche der schmähende Character jener Clementinen abgeschwächt und das Andenken des gebannten Königs restituirt wurde (Pelzel, Karl IV. Urkdb. No. 298).

durch ein Decret Wenzel IV. zum ordentlichen Lector der Decretalien berufen wurde (Palacký, Formelb. II, pg. 157). Neben den erwähnten Professoren werden als Kirchenrechtslehrer zu Prag urkundlich genannt: 1376 decr. Dr. Kuneš von Třebovel (Tomek, Gesch. der prag. Univ. S. 91), 1377 Nicolaus Puchník licenciatus in decretis (Pelzel, Kg. Wenzel IV., 2 Thl., pg. 485) und zur selben Zeit decr. Dr. Wilhelm Herborg (Muther, ges. Aufs. S. 106, Note 1), sämmtlich Persönlichkeiten, deren unten noch Meldung geschehen wird.

Wie sehr das Studium des Rechtes in der oben ausgeführten Beschränkung an der prager Universität erblühte [9], lässt sich am passendsten aus den zahlreichen Berufungen prager Lehrer und Schüler an neu gegründete Hochschulen ermessen, über welche Nachrichten erhalten blieben. Schon 1386 vertauschte der prager Professor und Dr. decr. Johann von Noët (auch Nohet geschrieben; mon. univ. prag. II, pg. 2 und prager Museumszeitschrift Octoberheft 1827, pg. 74) seine bisherige Lehr-Kanzel mit jener an der neu gegründeten Universität Heidelberg, die ihn durch wiederholte Wahl zu ihrem Rector auszuzeichnen wusste (1394, 1396, 1402, 1407, 1417 Cod. dipl. Tolneri historiae palatinae pg. 123, Anm. b., 129). Dort begegnen wir ebenfalls im J. 1386 dem Heinrich de Angeren als Lehrer, nachdem er 1375 die Pariser Hochschule wegen Zwistigkeiten mit den Erfurtern verlassen (Budinszký l. c. pg. 130) und in Prag bereits 1381 unter den baccalaurei in decretis Aufnahme gefunden hatte, wohin er aus Heidelberg 1394 abermals rückkehrte, um das Doctorat zu erwerben (Muther, ges. Aufs., pg. 209, 404). Aehnlich gelang es der im J. 1363 zwar begründeten, doch erst 1401 in der That errichteten Krakauer Hochschule (Voigt, Abh. einer Priv.-Ges. in Böhm. II. Bd. pg. 353, Anm. 129) sich mit Lehrkräften aus Prag zu versorgen [10]. Zu Erfurt, wo seit 1391

[9] Dass die Ueberzeugung hiervon in Prag selbst verbreitet war, geht aus der überhebenden Aeusserung hervor, die in einer academischen Rede jener Zeit (bei Höfler: mag. Joan. Hus pg. 267, Anm. 20) vorkommt: quam bene Praga potens et quam bene gratia prudens semideos homines hortulus iste parit.

[10] Volkmann: dissert. de gloria univ. prag. praeside Weiss pg. 42, welcher sich auf Miechovski hist. Polon. lib. IV cap. 25 u. Cromeri hist. polon. lib. XII u. XVI bezieht.

eine Hochschule bestand, wirkt schon 1402 als baccalaureus in decretis und Rector Rudolf Holtzappel, obwohl er erst 1398 in Prag zum examen magistrandorum zugelassen worden war (mon. univ. prag. I. 1. Abthl. pg. 330; Muther l. c. pg. 214), und ebendort lehrte auch 1405 Conrad Thus, der zwischen 1377—1391 in Prag seinen Studien obgelegen hatte (l. c. pg. 211)[11]. Eine bemerkenswerthe Erscheinung ist es, dass an der durch prager Studenten 1409 begründeten Universität Leipzig[12] zwar keiner der damals in Prag wirkenden Lehrer zu finden ist (Muther l. c. pg. 75), dennoch aber hier als Kirchenrechtslehrer während der ersten Jahre dieser Hochschule neben Johann von Slinitz (Schleinitz), dessen Doctorat im geistlichen Rechte aus Bologna datirt, Albert Warentrapp Dr. decretorum, der in Prag das Magisterium 1402 erworben hatte, genannt wird. (Pelzel, Wenzel IV, II. Thl. pg. 552, nach Orig.-Verzeichn. u. die dort cit. Schrift Horn's: Leben Friedr. des Streitbaren, pg. 752; insbes. aber den Bericht der leipziger deut. Ges. z. Erforschg. vaterld. Sprache u. Alt. pro 1847, pg. 25, 28). Kein Dr. legum findet sich unter den Aus-

---

[11] Als Beispiel des Besuches dieser Hochschule bald nach ihrer Gründung von Böhmen aus dient die Erwähnung in einem Formelbuche des 14. Jahrh. (ein Student studio Erfordiae deditus bittet seinen Onkel in Prag um eine Unterstützung) Palacký, Formelb. I. S. 254.

[12] In einem Analecten-Codex aus dem J. 1429 (MS. der Bibl. Palatina zu Rom; Dudík: iter rom. I. pg. 287) wird in einem Gedichte die Gründung der Universität Leipzig, wie folgt, gefeiert: Surge Lypczk gloriam tollens Bohemorum — famam et memoriam honoris eorum — sane per inopiam Pragae magistrorum — concepisti copiam summe peritorum (so nach correcten Recensionen in zwei Leipziger MS. aus dem ersten Drittel des 15. Jahrh., vgl. Bericht der Leipz. deut. Ges. f. Erforsch. vaterländischer Sprache etc. pro 1841 pg. 23). Darauf, dass neben dem Stimmenstreit auch die Häkeleien zwischen Nominalisten und Realisten auf die Auswanderung von Prag Einfluss nahmen (vgl. Höfler in den S.-B. der böhm. Ges. d. Wiss. 1861, II. Heft, pg. 59; Zimmermann in deren Abhandlungen V. Folge, 9. Bd. pg. 5), deutet die Anspielung: Praga facta jam adultera profert realistas. — Als Beitrag zur äusseren Geschichte des Studienwesens möge hier der zur Verherrlichung des Restaurations-Versuches der Universität vom J. 1615 gehaltenen Rectorsrede die Notiz entnommen werden, dass zur Zeit des Abzuges der fremden Studenten: singuli studentium pro quavis vili habitatione aut cellula florenum intra mensem exponebant; pro modica stuba simul et exiguo cubiculo studiosus vel baccalaureus quatuor florenos per unum mensem non gravatim expendebant (vgl. Samuel Martinus: Parentatio academiae pragensis Wittenbergae 1624 pg. 29; Acta lit. Boh. et Mor. II. pg. 183). Die Secession musste hiernach auch Prags materielle Interessen schwer schädigen, und ist leicht erklärlich, was in der Rectorsrede vom J. 1610 (cit. acta lit. I. pg. 57) hervorgehoben wird: Foris exteri ob ereptas sibi tres voces calamum, domi cives ob accisum quaestum linguas in Academicos strinxerunt.

wanderern (Stinzing, Ulric. Zasius pg. 331). Zwei Jahre nach der Stiftung (1411) erscheint in der Matrikel Conradus Thus als ordinarius der Juristenfacultät, derselbe, den wir eben bereits kennen lernten (Stölzel, gelehrt. Richterth. I. pg. 93). Zwischen den einander zunächst liegenden Universitäten Prag und Wien (seit 1363) fand auffallender Weise kein Austausch der Lehrkräfte statt; die zwischen beiden obwaltende Eifersucht und die gespannten politischen Beziehungen zwischen ihren Begründern mögen hieran die Schuld getragen haben (Aschbach, Gesch. d. Wiener Univ., 1. Kap. pg. 10 ff). Gleichwohl wirkten in Wien zwei ehemalige Rechtsbeflissene der prager juridischen Facultät Georg Sternberg (1382 monum. univ. prag. II. 131) und Johann von Falkenberg (1384 ibid. pg. 133) einige Jahre nach ihrem Abgange aus Prag an der Artistenfacultät (Friedjung, Karl IV., pg. 139, Anm. 2), der erstgenannte sogar im J. 1388 als deren Decan (Aschbach l. c. pg. 125). Der Besuch der österr. Hochschule aus den böhmischen Ländern scheint dagegen unter den erwähnten Umständen nicht gelitten zu haben, da zwischen den Jahren 1366—1384 unter den 4 Nationen, in welche die wiener Universität zerfiel, der böhmischen ein besonderer Platz vorbehalten wurde (Voigt l. c. II. Bd. pg. 304). In den beiden folgenden Jahrhunderten finden sich auch unter den Rechtslehrern Böhmen; so 1498 der rector der Wiener Hochschule Dr. decret. Venceslaus Mandl ex Budweis, und 1505 Joannes Angerer de Rosenbergh caesarei juris Dr., welcher bereits 1512 als juris pontificii professor auftritt und mit dem Titel eines archidiaconus pragensis bekleidet wird (Aschbach l. c. II. Bd. pg. 448, 105)[13].

So hatte denn das canonische Recht die gesammte Rechtslehre an der einzigen Hochschule des hier in Betracht gezogenen Ländergebietes, bis zu der Catastrophe, welche 1419 die Juristenfacultät völlig zerstörte, gänzlich zu beherrschen gewusst. Es

---

[13] Ueber den Einfluss der prager Universität auf die Studien in Franken vgl. den Aufsatz K. H. v. Lang's im Arch. f. Gesch. u. Alterth.-Kunde des Obermainkreises I, 2, pg. 50 (nach Höfler: Joan. Hus pg. 110, Note 37), der uns unzugänglich blieb. Bemerkt möge hier auch das interessante Factum werden, dass der im J. 1408 zum baccalaureus in artibus zu Prag erhobene Joannes Meibom im J. 1437 im Stadtrath zu Greifswalde sass (Stölzel, gelehrtes Richterthum I. pg. 293).

kann daher nicht Wunder nehmen, dass das canonische Processrecht, nachdem es in der Schule den Sieg[14] errungen, durch Vermittlung der, wie dargestellt, eine so ausgedehnte subjective und objective Jurisdictionssphäre geniessenden geistlichen und ihnen analogen Gerichte auch in der Praxis den Wettkampf mit dem heimischen Verfahren aufnahm und siegreich bestand. Darzulegen, wie diess gelungen, bleibt für einen der folgenden Abschnitte aufgespart.

IV.

Römisch-canonische Practiker.

Nachdem in den vorstehenden Ausführungen zu zeigen versucht wurde, in wie weit die beiden Grundsäulen der Reception des röm.-canon. Processes, die geistlichen Gerichte nämlich und das Universitätswesen auch in dem hier ins Auge gefassten Territorium ihren gewichtigen Einfluss übten, soll den nachfolgenden Erörterungen vorbehalten sein, auseinander zu setzen, auf welchen Wegen canonistische Praxis und Theorie sich in immer weiteren Kreisen Zutritt verschafften und hiedurch den Receptionsprocess beschleunigten.

Zunächst soll ausgeführt werden, wie allmälig Rechtskundige in den Rath der Krone und in die königliche Kanzlei Aufnahme finden, wie sie weiter als Stadtschreiber Einfluss erhalten, und endlich als Rechtsbeistände der Parteien und Notare die Kenntniss des fremden Rechtes in weiten Volkskreisen verbreiten[1]. Ein Blick auf die Träger jener kirch-

---

[14] Die Gründe des Uebergewichtes der Canonisten in der Processdoctrin Italiens während des 13. Jahrh. hebt Bethmann-Hollweg (VI. Thl. Civ.-Proc. des gem. Rechts pg. 111 ff.) hervor, womit noch zu vergleichen l. c. pg. 86 ff.; Schulte, Gesch. d. Quell. des canon. Rechts I. pg. 231 ff.; Maassen, S.-B. der wien. Acad. der Wiss. XXIV. Bd. pg. 47; Zimmermann, Glaubenseid pg. 86; Savigny, Gesch. d. röm. Rechts im M.-A. V, pg. 222 ff.

[1] Betreffs dieser Verhältnisse in Deutschland vgl. Franklin, Beitr. z. Gesch. der Reception des röm. Rechts S. 88, 126, 169; Stobbe, d. Rechts-Quell. I. 1. S. 627 ff., 643; I. 2. S. 234; auch Maurer, Gesch. des altgerm. öfftl. mündl. Verf. S. 143, 316, der auf den Zusammenhang der französ. Bezeichnung der Gerichtsschreiber als clercs mit der Verwendung von clerici zu diesem Geschäfte hinweist.

lichen Würden, die in letzgedachter Beziehung nicht ohne Bedeutung blieben, mag die hier gebotene Skizze ergänzen.

Die Aufgabe eines weiteren Abschnittes soll es dann sein, die literarischen Hülfsmittel zu beleuchten, welche diesen Männern zu Gebote standen.

Im Rathe der Krone fanden frühzeitig Persönlichkeiten Sitz und Stimme, deren Vertrautheit mit dem fremden Rechte genügend documentirt ist. Schon im J. 1275 tritt auf dem Reichstage zu Augsburg, als dieser den König Přemysl Otakar II. in die Reichsacht verfällte, Bernard oder Wernhardt, Bischof von Seckau (Böhmer fontes I. 304, vir in jure civili et canonico peritus), als Vertheidiger der kgl. Sache auf, indem er nach dem Berichte der gleichzeitigen Reimchronik Ottokar's, einst grundlos von Horneck genannt (pg. 123 vgl. Lorenz, deut. Gesch. des 13. Jhdts. II. pg. 87), unter Berufung auf Gratians Decret und die Decretalen in ausführlicher lateinischer Rede des Königs Process zum Günstigen zu wenden trachtet. Vielleicht floss aus der Feder dieses Prälaten auch die Appellation des Königs gegen das kurz zuvor erlassene Erkenntniss des Papstes, nach deren Ausführungen sich von dem offenbar parteiischen Kirchenhaupte an das nächste allgemeine Concil berufen wird (Emler reg. No. 974). Nebenbei mag bemerkt werden, dass als der Stern Ottokar's zu erbleichen begann, freilich auch die Wärme und der Eifer seines Vertheidigers erkalteten und erloschen, der im J. 1276 nichts Eiligeres zu thun hatte, als mit Kaiser Rudolf in gute Beziehungen zu treten, ehe noch seinen ehemaligen Gönner die Catastrophe ereilte (Emler reg. No. 1044). An Edelmuth und Tiefe der Bildung den Genannten weit überragend, wirkte an dem Hofe desselben Königs der weitblickende Staatsmann Bischof Bruno († 1281) von Olmütz, Graf von Holstein, ein Mann dessen Wirken monographisch dargestellt zu werden längst verdient hätte. Als genauer Kenner des kirchlichen Processrechtes tritt er uns in zahlreichen Gerichtsurkunden entgegen (z. B. Boček III. 145, 163, 236), und bewährte er sich gewiss schon in früheren Jahren als solcher, indem er als praepositus Lubecensis, diligens executor und capellanus domini papae (Alb. von Beham edidit Höfler pg. 6, 58), also als Beisitzer der rota romana aufgeführt wird

(Decis. rotae romanae recentiores edid. Farinaccius. Venetiis 1697 praefatio fol. 1)[1a]. Sein staatsmännisches Talent erhärtet die dem Papste Gregor X. vor Abhaltung des Lyoner Concils überreichte Gedenkschrift über die Nothwendigkeit des Bestandes eines mächtigen Staates im Herzen Europa's (Emler reg. No. 845; und über Varianten resp. Correcturen Dudík iter rom. I, pg. 42, Anm. 1). Am Hofe Wenzels II. waren Juristen stets gern gesehen. Des Königs vertrautester Rathgeber war der oben erwähnte Dr. Udalricus de Paběnic (Boček V. 139; Palacký l. c. II. 1. Abthl. pg. 375), sodann magister Alexius, in jure cānonico doctissimus (wie ihn der gelehrte Abt von Königsaal nennt; chron. aulae reg. apud Dobner l. c. V, 99), der Mann, über dessen Anstoss der italienische Jurist Gozzio Urbevetanus (vir, qui dogmata legis et jus canonicum novit, chron. cit. V, 102) behufs jener legislatorischen Versuche nach Böhmen berufen wurde, über die unten zu berichten sein wird. Rücksichtlich zweier anderer Rathgeber desselben Herrschers, nämlich des Bernard von Kamenz, Abt zu Meissen, eines gewandten Diplomaten (Palacký l. c. II. 1, pg. 265; Lorenz l. c. pg. 606), sowie betreffs des Sedlecer Abtes Johann Heidenreich (Frind, böhm. Kirch.-Gesch. l. c. pg. 70, 143) fanden wir die Kenntniss des fremden Rechtes nicht ausdrücklich erhärtet. Dass aber noch andere Juristen ausser den obgenannten im Dienste des Hofes standen, beweisen mehrere Nachrichten. Vor allem geht es aus dem Berichte des Königsaaler Chronisten über die Absichten Wenzels II., ein geschriebenes Gesetzbuch zu erlassen, hervor, wo hervorgehoben wird: (rex) cum hujusmodi sollicitudinem nulli inter curiae suae doctores vellet injungere, vocavit Gozzium etc. (l. c. Dobner V, 102), sowie ferner aus der Mittheilung derselben Quelle (pg. 72), dass (rex) professores juris canonici aliarumque facultatum aut artium peritos

[1a] Prosper Farinaccius äussert sich darüber, wie es kam, dass die auditores rotae romanae den Beinamen capellani domini papae erhielten, l. c. wie folgt: Mox spirituali totius ecclesiae, ad aucto quoque temporali magni status dominio et pullulantibus in dies ad sedem apostolicam ex cunctis catholici orbis provinciis recursibus et controversiis expediens visum fuit summis pontificibus negotiorum mole oppressis iisdem, quos penes se habeant, in utroque jure peritis et graduatis viris graviores causas cognoscendas, et terminandas committere, qui insuper vel ob praerogativam assistendi in pontificia capella, qua fruebantur, vel ex eo, quod forsan certis diebus ibi judicabant sub capellanorum etiam nomine designabantur.

frequenter in curia sua habere studuit, quatenus . . . ad ignoratarum rerum notitiam ex ipsorum brigosis colloquiis deveniret; . . cum juristis de casibus . . disseruit, et de causis litterarum scribendarum materiam notariis frequenter tribuit, schliesslich aus der gelegentlichen Erwähnung, dass als capellanus regis familiarissimus ein Dr. decretorum Joannes episcopus Brixinensis (ibid. pg. 163) am Hofe lebte. Sollten aber endlich diese Daten nicht überzeugen, so berichtet zum Ueberflusse eine Urkunde vom J. 1303, dass der König damals in einer Angelegenheit zwei Juristen, den Heinricus decretorum doctor und den Joannes Romanus jurisperitus, an die päpstliche Curie zugleich entsendet habe (Boček V, 157).

Der Gebrauch der Herrscher aus dem Geschlechte der Přemysliden vererbte sich auf die Luxemburger, als diese den Thron bestiegen. Der nach Abenteuern dürstende, romantisch angelegte Johann von Luxemburg kommt natürlich ausser Betracht; sein Sohn Karl IV. findet dagegen hier mit vollstem Rechte seinen Platz. Ihm stand mit klugem und bedachtem Rath zur Seite der mehrgenannte prager Erzbischof Ernest von Pardubic, der nach Beendigung seiner Studien bei der römischen Curie sich practische Rechtskenntnisse gesammelt hatte (Balbin vita Arnesti nach gleichzeitigen Nachrichten pg. 66). Karl IV. nennt ihn öffentlich seinen Rathgeber (1347 consiliarius noster — Pelzel, Karl IV. Urkdb. No. 304, 83); seinem Einflusse gelang es, die Gottesurtheile aus den böhm. Landen zu bannen, wie uns hervorragende Zeitgenossen berichten [2]. Diplomatische Missionen führte Ernest wiederholt aus, so im Jahre 1346, 1351, 1358, 1360 (vgl. Regesta imperii VIII. edid. Huber pg. LII). Selbst die Curie war sich seines Gewichtes im Rathe des Kaisers wohl bewusst, weshalb sie sowohl im J. 1355, als sie an dem Zustandekommen eines Kreuzzuges gegen die Ungläubigen arbeitete, und ein Decennium später, da zwischen Böhmen und Ungarn Zwistigkeiten auftauchten, seine Vermittlung in Anspruch nahm [3]. Karls IV.

[2] Andr. v. Dauba: Auslegung des böhm. Richtsteigs-Landrechts im Arch. č. II, 487; Thomas Stítný im Vyb. lit. č. I, 711.

[3] Balbin l. c. pg. 121, welcher sich auf Innoc. ep. secr. tom. III, pg. 92; tom. I, pg. 71; und Raynaldus ad annum 1355 No. 42 und ad annum 1363, 1364 No. 10, 11 stützt.

reichbegabter, jedoch bald verkümmernder Sohn Wenzel IV. trat in den ersten Regierungsjahren in die Fusstapfen seines Vaters, dessen Beispiel er zu beobachten gewillt sein mochte, als er im ersten Schmerze nach dem Hinscheiden Karls (1378) schrieb: adhuc longa per tempora tanto patre, tantoque doctore dirigi speravimus (Pelzel, Karl IV, II. Thl. Urkdb. No. 249). Auch unter seinen Rathgebern nahm der prager Erzbischof Johann von Jenstein, ein auf italienischen und französischen Hochschulen gebildeter, und wie einzelne seiner Urkunden (Pelzel, Wenzel IV., 1. Thl. Urkdb. No. 57, 58; Vocel, altböhm. Erbrecht pg. 47) darlegen, im canonischen Processe geschulter Mann, einen hervorragenden Platz ein, da ihn der König selbst 1381 consiliarius noster nennt (Pelzel l. c. No. 26). Erst später löste das Temperament Wenzels und die streitsüchtige Natur des Kirchenfürsten dieses Verhältniss und trieb Beide bis zu offener Fehde. Der letzte Luxemburger auf böhmischem Throne, Siegmund, wich von dem Gebrauche seiner Vorgänger nicht ab (Stobbe, deut. Rtsquell. I. 1, S. 623, Note 44). An seinem Hofe hatten mehre Juristen Dienste gefunden, denn in einer Urkunde vom J. 1424 heisst es: (rex) sententiam promulgavit habita deliberatione ac consilio cum praelatis,... doctoribus, juris peritis (Chmel regesta chron. dipl. Ruperti No. 2732, 2735 erwähnt zweier italienischer Dres.; Franklin, Beitr. z. Recep. des röm. Rechtes, pg. 172 ff. nennt einige andere namentlich, 181), unter denen auch Dr. decret. Nicolaus Zeislmeister angeführt wird, der 1403 in einen Streit vor dem prager Universitätsgerichte verfallen war (monum. univ. prag II, 399) und später (1410) als Official des prager Erzbisthums fungirte (Balbin, miscell. dec. I, lib. V, vol. VIII, pg. 151).

Eine Aenderung in dem angedeuteten Usus trat selbst mit dem neuerlichen Wechsel der Dynastie nicht ein und, als die nun zur Herrschaft gelangte mit ihrem ersten Vertreter erblichen war, ebenso wenig mit dem Eintritte eines Wahlkönigs aus dem heimischen Adel an Stelle des bisherigen erblichen Trägers der Königskrone. König Ladislaus erkor zu seinem consiliarius den Olmützer Bischof Bohuslaus de Zwola († 1457), den die wenig jüngere series episcop. Olomuc. (Augustini pg. 161) als beim Könige ob rerum agendarum peritiam apprime acceptus, juris

pontificii professor bezeichnet. Der hochbegabte Landesbaron Georg von Poděbrad schliesslich, dem nach dem frühzeitigen Tode dieses jugendlichen Herrschers die Krone zufiel, berief im Jahre 1466 den Dr. Gregorius von Heimburg, vormaligen Syndicus Nürnbergs (nach 1433, jedenfalls 1442; Stölzel, gelehrt. Richterth. I, pg. 291) und Rathgeber des Erzherzogs Siegmund von Tyrol (vor 1461) an seinen Hof. Dieser hervorragende Kirchenpolitiker des Mittelalters (Schulte, Gesch. u. Lit. cit. II, pg. 372, Note 6), den der nachmalige Papst Aeneas Sylvius Piccolomini (Alfonsi reg. comment. lib. III) scientia juris ac facundia inter omnes Germanos facile princeps nennt, diente seinem Beschützer mit Wärme, Schärfe und Hingebung, als Sylvius später unter dem Namen Paul II. vom päpstlichen Stuhle aus den Kampf mit Böhmen aufnahm, dem erst durch den Tod des Königs ein Ziel gesetzt wurde (1471). Nach Dresden unter den Schutz der Herrscher Sachsens, die ihm den Weg nach Böhmen gebahnt hatten, zurückgekehrt, verschied Gregor von Heimburg im Jahre 1472[4].

So hoch der Einfluss dieser Männer veranschlagt werden mag[5], er hätte für die Reception des fremden Rechtes an sich

[4] Ersch-Gruber: Encykl. der Wiss. XX. Thl. pg. 383 nach Trithemius; Brockhaus: Monographie 1861 pg. 83 ff.; Trithemius berichtet ad 1460: habebat eo tempore dux Sigismundus (nämlich der Erzherzog als Graf von Tyrol) a secretis doctorem quendam in jure peritissimum nomine Gregorium Heimburgum, patria Tranium orientalem; is cum esset latine simul et teutonice omnium suae temporis facundissimus, multa scripsit, dixit et fecit pro eo. In einem MS. Codex der Bibl. Reg. Christinae zu Rom findet sich die Appellatio Sigmunds a citatione ad respondendum de fide, die declaratio apostolica contra Sigismundum ducem 1460 und die Appellatio ducis Sigismundi contra Cardinalem de Cusa, bei welcher Heimburg intervenirt, weiter das Breve Pii II. adversus Gregorium Heimberg (sic) utr. jur. Drem 1460 und dessen Appellation gegen dieses Breve (Dudík iter rom. I. pg. 254). Zu vergl. Sigismundi Austriae ducis et Gregorii de Heimberg appellationes. Francof. 1608.

[5] Der Gebrauch der Herrscher jener Zeiten, in ihren Rath Rechtskundige zu berufen, erscheint auch documentirt in einer Urkunde Kaiser Maxmilian's I. und Friedrich's IV. 1491, in welcher namens der beiden Herrscher auftreten: Bernhardus Perger, juris pontificii licentiatus, cancellariae australis imperialis protonotarius; Dr. Joan. Fuchsmager imperialis consiliarius; Bernhardus de Polheim decretorum doctor, regius consiliarius (Arch. f. Kunde österr. Gesch.-Quell. 1849 pg. 469). Im Jahre 1534 wird als kaiserl. Rath in böhm. Landtagsacten genannt Dr. Kuoller (böhm. Landtage seit 1526 pg. 397) und ebendort 1526 als Rathgeber und Kanzler der Herzöge Baierns Dr. Leonard Eck (ibid. pg. 121, 191). Während der Regierungsperiode Rudolf's II. noch werden als kais. Räthe angeführt die Doctores Johann Weber von Pisenberg und Siegmund Vieheuter (Mitth. d. Ver. f. Gesch. der Deutsch. in Böhm. 1869 pg. 112).

keine Bedeutung gehabt, wenn nicht in anderen Sphären der königlichen Regierung Persönlichkeiten mit gleicher Bildung Eingang gefunden haben würden. Seit den ältesten Zeiten besorgten Geistliche an dem königlichen Hofe alle Dienste, bei denen die Schreibekunst Bedürfniss war, als Schreiber der betreffenden Aemter, so dass selbst bei Geschäften öconomischer Natur Cleriker als Rechnungs- und Inventarsführer vorkommen z. B. notarius aedificiorum, coquinae, pabuli etc. Weitaus wichtigeren Characters waren selbstverständlich die Functionen der Canzler, Vicecanzler, Secretäre, Registratoren etc.

Der Canzler hatte die Oberleitung des gesammten kgl. Canzleiwesens zu führen; ursprünglich oblag ihm die Verfassung der im Namen des Königs ergehenden Urkunden, in späteren Zeiten hatte er wenigstens über die mit diesem Geschäfte betrauten Secretäre die Oberaufsicht und Controlle auszuüben. Sein vorzüglichster Gehülfe war der Vicekanzler. Diese beiden Aemter[6]

---

[6] Die königliche Kanzlei in Böhmen wurde unter der Regierung Wladislaus' I. organisirt. Während seiner Regierungszeit tritt als ältester bekannter Kanzler auf der Wyšehrader Probst Alexander († 1146), ein Bruder des früher genannten prager Bischofs Daniel; sein Nachfolger im Amte und in der Pfründe war 1156—1178 Gervasius »vir magni consilii« (Jireček, slav. Recht in Böhm. u. Mähr. II, 119), nach dessen Tode (vom Jahre 1178—1197) der prager Canonicus Florian, später Probst des Wyšehrader und prager Domcapitels, die Geschäfte des Kanzlers besorgte. Im ersten Decennium des 13. Jahrh. sind die Verhältnisse der böhm. Kanzlei unklar; seit dem J. 1211 wird der prager Probst Andreas bis zum J. 1215 als Kanzler angeführt, in welchem Jahre er den Bischofsstuhl zu Prag bestieg und sein bisheriges Amt sammt der innegehabten Präbende dem Canonicus Eppo einräumte, dessen Name in Urkunden bis zum Jahre 1219 vorkommt. Doch in diesem Jahre schon findet sich urkundlich als Kanzler Benedict, Probst zu Leitmeritz bis 1255. Als nach seinem Tode Arnold, ein Verwandter der Königsfamilie, und hierauf Philipp, ein Enkel Přemysl Ottokar's I. (1237), sowie der schon vordem erwähnte Wladislaus, gleichfalls ein Sprössling des Přemysliden-Geschlechtes (1254), die Probstei am Wyšehrader Capitel inne hatten, galt das Kanzlerthum nur als ein ihre hohe Würde, keineswegs aber ihr Amt bezeichnender Titel. Die Führung der mit diesem Amte verbundenen Berufsgeschäfte fiel dem Vicekanzler oder protonotarius anheim. Nachdem Wladislaus im J. 1265 auf den Salzburger Metropolitan-Stuhl berufen worden war, wurde der frühere Protonotar Peter zum Wyšehrader Probste und königlichen Kanzler erhoben, in welcher Stellung er während der ganzen zweiten Hälfte der Regierungszeit Přemysl Ottokar's II., sodann während der vormundschaftlichen Regierung Otto's von Brandenburg und auch noch in den ersten Regierungsjahren Wenzel's II. ausharrte (bis 1288), obwohl nach dem J. 1273 die wirkliche Besorgung der Geschäfte den Protonotarien, insbesondere dem Henricus Italicus zugefallen war (vgl. hierüber den Vortrag Dr. Emler's in den Abh. der böhm. Ges. der Wiss. vom 28. Februar 1876). Wahrscheinlich ist, dass der genannte Probst Peter vor dem J. 1264 Notar des

waren seit jeher geschäftsgeübten, später rechtskundigen Geistlichen anvertraut. Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts bis in die Regierungszeit Johanns von Luxemburg wurden gewöhnlich die Pröpste des Wyšehrader Collegiatcapitels zum Canzleramte berufen, weshalb auch dieser Titel mit der gedachten Kirchenwürde für alle Zukunft verknüpft blieb [7]. Schon Přemysl Ottokar II. hatte 1277 im Hinblicke auf diese Sachlage die Wyšehrader Capitelkirche als ecclesia, quae nostrae curiae specialis est cancellaria pariter et capella, bezeichnet (Emler reg. No. 1092).

Genügende Daten stehen zu Gebote, um bei einer ganzen Reihe von Canzlern die Kenntniss des fremden Processrechtes darzuthun, die in zahlreichen Urkunden zu Tage trat.

Bereits während der Regierungszeit Elisabeths, als diese Königin in Folge der langjährigen Abwesenheit ihres Gatten Johann von Luxemburg die Zügel der Herrschaft ergreifen musste, fungirt nach dem Abgange des Mainzer Erzbischofs Petrus (1316) als Canzler ein magister Heinricus, vir legalis, in consiliis et negotiis regalibus praecipuus (chron. aulae reg. apud Dobner V, 366, 348, 357). In der gleichen Stellung (cancellarius aulae) unterzeichnet das Decret Karls IV., womit dieser von dem gewöhnlich als Majestas Carolina bezeichneten Codifications-Versuche abstand, der Breslauer Bischof Přeclaus, dem wir bereits unter den Besuchern der Universität Bologna begegneten (Brandl cod. mor. VIII, 259) und von dessen Amtsthätigkeit auch aus dem Jahre 1352 Belege erhalten sind (Huber reg. imp. cit. pg. XLVI). Unter dem eben genannten Herrscher und während der ersten Regierungsjahre seines Nachfolgers Wenzels IV. (1355—1380) besorgte die Canzlergeschäfte Joannes de Novo foro, der hochgebildete nachmalige Bischof von Leitomischl und Olmütz (1352 Beneš von Weitmühl script. rer. boh. II.

prager Bischofs war (Lorenz, deut. Gesch. cit. II, 128, Anm. 1). Sein Nachfolger in der Probstei und im Kanzlerthum war des Königs Halbbruder Johann 1289, später Bischof zu Olmütz (Dobner l. c. chron. aulae reg. V, 384), weshalb der Vicekanzler neuerlich die Geschäftsführung übernahm. Ueber die Verhältnisse der kgl. Kanzlei unter Karl IV. vgl. Regesta imp. VIII, edid. Huber pg. XLI ff.

[7] Tomek, Gesch. Prags I, 99; II, 344; III, 11; Palacký deje č. I. 2, pg. 443.

358), einstens canonicus zu Olmütz und Breslau, dessen Aufsteigen vom notarius et secretarius regis (1347—1351) zum protonotarius (1352) und cancellarius (1353) urkundlich erhärtet ist (Huber reg. cit. pg. XLII und XLVI). Ihm schreibt Balbin (boëm. docta II, pg. 80, ebenso wie D'Elwert, Beitr. zur Gesch. u. Stat. Mähr. I. Bd. pg. 234 und Fejfalík, Schriften der hist. stat. Sect. der mähr. schles. Ges. zur Fördg. des Ackerb. 9. Bd. pg. 200) zwei juridische Schriften zu, einen tractatus de advocatis, judicibus, syndico et actore, und ein offenbar für Practiker berechnetes Hülfsbuch: formulae et varii processus juris. Nur wenige Jahre später (1384) war der oben berührte rechtskundige Johann von Jenstein Königs Wenzel des IV. Canzler (Pelzel, König Wenzel IV. I. Thl. pg. 146), als dessen Nachfolger bis zum J. 1396 Johann Bischof von Kamín in Pommern, gewöhnlich Hanko Brunonis genannt (ibid. 176, 274, 280) eintrat; eine genügende Kenntniss des Gerichtsverfahrens musste er wohl besitzen, da der König ihm die Entscheidung eines zwischen der Stadt und dem Abte zu Tepl anhängigen Streites überträgt (Palacký, Formelb. II, pg. 128) [8]. Als Canzler Königs Ladislaus endlich erscheint auf einer Urkunde aus dem Jahre 1455 Nicolaus Liscius legum doctor, wie er sich selbst bezeichnet (Dobner monum. I. pg. 252) und Aeneas Sylvius in seinem Briefwechsel ihn nennt (edit. epist. Basil. No. 196, 246) [9].

---

[8] Diesem folgte Wenzel Králik von Buřenic, Probst des Wyšehrader Capitels, dann Bischof zu Olmütz (Pelzel, Kg. Wenzel IV. pg. 280, 614; Urkdb. No. 97, 141, 202).

[9] Ausdrücklich erhärtet findet sich die Rechtskenntniss nicht betreffs des oben (nach 1264) genannten Kanzlers Peter, ausser man wollte dieselbe aus dem Briefe Přemysl Ottokar's II. an den Papst 1274 (Emler reg. No. 855) folgern, wodurch des Kanzlers Wegbleiben vom Lyoner Concil dadurch entschuldigt wird, dass jener eine persona sei, quae discretionis vigens acumine, nostroque assistens lateri ad habenas nostrae rei publicae moderandas praebet satis placitum nostrae supereminentiae famulatum. Ingleichen mangeln über den beregten Punct Mittheilungen betreffs des Vicekanzlers und prager Canonicus Peter, Sohn des Angelus de Pontecurvo, welcher im J. 1297 zu dem gedachten Amte gelangte, und darin bis zum Tode Wenzel's III. verblieb (1305). Hierauf fiel ihm die Kanzlerstelle zu; obgleich er nominell bis zu seinem Tode (1317) den Titel eines Kanzlers führte, mag er trotzdem in den, nach dem Aussterben der Přemysliden eingetretenen Wirren wenig Gelegenheit gefunden haben, sein Amt auszuüben (Emler in den cit. Sitz.-Ber.). Unter Johann von Luxemburg wird im J. 1319 als Protonotar der Melniker Probst Johann (Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. No. 193) angeführt, von welchem ebenso wie rücksichtlich des Vicekanzlers König Wenzel's IV. Franciscus,

Von grösserer Tragweite für das Durchsickern fremder Terminologie und Rechtsanschauungen in das Urkundenwesen der königlichen Canzlei war es, dass die der directen Leitung derselben näherstehenden Vicecanzler[10] und ihre zahlreichen Hülfsorgane in ziemlich grosser Anzahl mit juristischen Kenntnissen ausgestattet waren. Fassen wir vor allem das Vicecancellariat ins Auge, so kann diess wohl betreffs des protonotarius cancellariae domini regis (wie der officielle Titel lautet), welcher unter Wenzel I. und während der ersten Regierungsjahre Přemysl Ottokar's II. (1249—62) fungirte, namens Wilhelm, Canonicus zu Prag, nicht bewiesen werden, ausser es sollte der Beisatz magister, mit welchem er urkundlich vorkömmt (Dobner l. c. IV, 263; Boček V, 235, III, 159), als genügender Beweis zu erachten sein. Anders verhält es sich dagegen mit seinen Nachfolgern; sprechen schon genügende Anhaltspuncte dafür, dem in der letzten Regierungszeit Wenzel's II. (nach 1273) functionirenden Vicecanzler Henricus Italicus 1287, auch Apulus (Lorenz l. c. I. 394, Anm. 1), plebanus in Gors (Emler reg. No. 1078 ebenso Lorenz l. c. I. 393, Anm. 1, gegen Voigt), sodann Capitular beim Wyšehrader Capitel, Vertrautheit mit der practischen Seite des Rechtes zuzumuthen, da er bereits während der Regierung Wenzel's I. und Přemysl Ottokar's II. in der königlichen Canzlei in untergeordneter Stellung beschäftigt war (Emler l. c.; Jireček, böhm. Museumsztschrft. 1870, pg. 130—153) und in Urkunden seine Fertigkeit in der angedeuteten Richtung anerkannt wird (Emler reg. Nr. 848), so unterliegt es nicht dem mindesten Zweifel, dass sein unmittelbarer Nachfolger mit mehr als gewöhnlichen Rechtskenntnissen ausgestattet war. Als solcher erscheint nämlich bis 1297 der oben erwähnte Canonicus zu Prag und Wyšehrad Velis-

---

Canonicus und Scholasticus am Wyšehrad, das Eingangs dieser Anmerkung Gesagte gilt.

[10] Neben dem böhmischen Vicekanzler erscheint während der Regierungszeit Wenzel's II. auch ein besonderer mährischer Vicekanzler; so bis 1297 mag. Joannes praepositus Satzensis, protonotarius per Moraviam (Boček IV, 308—360), worauf an seine Stelle bis zu des Königs Tode Heinrich Sturm canonicus prag. trat. Auch finden wir den nachmaligen Probst des prager Domcapitels (1349) Nicolaus de Brunna im J. 1347 als cancellarius regis romanorum, nachdem er schon 1346 als dessen secretarius genannt wird (vgl. cit. regesta Huber pg. XLV).

laus, dessen der Papst selbst als eines Kenners beider Rechte rühmend gedacht hatte (Emler reg. No. 1306, 1321, 1330, 1451). Unter Karl's IV. Herrschaft nahm den erwähnten Posten Nicolaus von Kremsier (um 1362) ein, doctor decretorum und archidiaconus boleslaviensis (Balbin epit. hist. boh. pg. 196; epit. hist. bolesl. lib. VI, pg. 26), sodann Jaroslaus de Weitmühl, der noch während seiner Amtszeit an der Juristenfacultät 1376 immatriculirt wird (Tomek, Gesch. Prags III, 13, matricula fac. jur. Museumsztschrft 1827, Octoberheft, pg. 70). Vicecanzler Wenzel's IV. ist Venceslaus de Olomúc, licentiatus in decretis, canonicus pragensis et archidiaconus Bechinensis laut der Immatriculation in die Matrikel der prager Juristenfacultät 1388 (l. c. pg. 75), der sich in einer Handschrift (Uberti de Lampugnano repetitiones juris in c. un. in VI. 3, 10; Schulte, canon. Hdschften. Prags No. 206) als advocatus consistorii pragensis einzeichnete, weiter vom J. 1412 bis zu des Königs Tode Johann von Weilburg, Dr. der Rechte (seit 1396), ein prager Bürgerssohn, dem wir später noch begegnen werden [11]. In ähnlicher Stellung endlich nämlich als Canzler Johann's, Fürsten von Görlitz, der von König Wenzel IV. 1395 mit der Landeshauptmannschaft über das ganze Königreich betraut wurde, kömmt im J. 1389 Wolfram vor, der nachmals den prager erzbischöflichen Stuhl einnehmen sollte und aus einer dortigen Bürgersfamilie entsprossen im J. 1377 die heimatliche Juristenfacultät besucht hatte [12].

Unter dem übrigen Personale der königlichen Canzlei finden sich auch einzelne Secretäre und Schreiber, deren eingehendere Bekanntschaft mit dem Rechte erhärtet ist [13]. Hervorzuheben ist in dieser Beziehung, dass schon im 13. Jahrhunderte

---

[11] l. c. pg. 75, Pelzel, Kg. Wenzel IV. Urkdb. No. 181, 248, 252; Tomek, Gesch. Prags II. 309, 489.

[12] Pešina von Čechorod: phosph. septicornis pg. 548; Pelzel, Kg. Wenzel IV. Thl. II, pg. 311; Tomek, Gesch. Prags II. 443.

[13] Ob die kgl. notarii, später protonotarii (vgl. Emler's cit. Vortrag und Lorenz, deut. Gesch. cit. I. pg. 396) Gotschalcus, Arnold und Ulricus (1258 Boček III. 261) und der Kanzler der Königin Anna, Gattin Přemysl Ottokar's II., Bohuslav (Palacký, Formelb. I, 226) rechtskundig waren oder nicht, ist nicht festgestellt, trotzdem diese Persönlichkeiten als magistri bezeichnet werden; bezüglich des Letztgenannten dürfte bei Berücksichtigung des Inhaltes eines von ihm herrührenden Formelbuches die bejahende Lösung der Frage zu acceptiren sein (vgl. Palacký l. c. pg. 225).

während der Regierungszeit Přemysl Ottokar's II. ein im Rechte wohlbewanderter Italiener Henricus de Isernia[14] Verwendung fand. Seitens der Canzlei Karls IV. und seines Nachfolgers wurden zu secretariis geradezu nur rechtskundige Persönlichkeiten erkoren; so war vor 1351 Johannes de Novo foro und unter Wenzel IV. Johann Naso, ehe bevor er zum Dr. promovirt wurde (1399 Tomek, Gesch. Prags III, 14, 15, II, 486), als königlicher Geheimschreiber beschäftigt. Aehnlich wählte König Wladislaus († 1516) zu Secretären den JUDr. Wenzel von Welhartitz, Propst zu Olmütz und Brünn (Pešina von Čechorod phosph. septicorn. pg. 589), denselben, welcher noch unter der Herrschaft Ferdinand's I. 1529—30 bei Gerichtssitzungen unter des Königs Vorsitz den Dolmetsch abgab und regis responsa, sententias et judicia in böhmischer Sprache promulgirte (Bucholtz, Gesch. Ferd. I. IV. Bd. pg. 423), ingleichen den bekannten Humanisten JUDr. Augustin Kaesebrot, Canonicus, dann Propst zu Olmütz[15] (vgl. Abschnitt XI, Anm. 33), gewöhnlich kurzweg Augustinus Olomucensis genannt, der vor 1490 in Padua jura studirte und zu Bologna das Doctorat erwarb.

Nicht lange darauf, nachdem Karl IV. das besondere Amt eines Registrators der königlichen Canzlei errichtet[16] und dessen

---

[14] Der Streit darüber, ob dieser Henricus de Isernia mit dem oben angeführten Henricus Italicus identisch sei, ist bis heute nicht ausgekämpft; vgl. die divergenten Ansichten bei Palacký, Formelb. I, pg. 222 u. II, 5; Jireček in der Museumszeitschr. 1870 pg. 130—153; Lorenz, deut. Gesch. cit. I. 392 ff.; Emler, Sitz.-Ber. der böhm. Ges. der Wiss. vom 28. Februar 1876, welchem Pangerl: Mittheil. des Vereins f. Gesch. der Deut. in Böhm. 15. Jahrgang, 3. litt. Beil., pg. 36, Anm. 2 beipflichtet. Gegen die Identität Beider spricht die in der Museumszeitschr. 1870 pg. 137 abgedruckte Stelle aus dem Formelbuche des Henricus Ital. und die Urkunde bei Emler reg. No. 2617; Lorenz l. c. I. 392, Note 4 pflichtet der letzteren Anschauung bei, leugnet jedoch pg. 394, dass gedachter Henricus in der kgl. Kanzlei Beschäftigung gefunden, obwohl er zugibt, dass er dem Könige als Schreiber gedient habe.

[15] Balbin boëm. docta II. 157, vgl. Gindely, Gesch. der böhm. Brüder I. 104, 131, dann Balbin l. c. pg. 159; Augustini: series episc. olom. edid. Richter 1831 pg. VII ff., bes. XIII, sowie Aschbach, Gesch. der wien. Univ. II. S. 422, wo er sich in der episodia sodalitatis literariae Danubianae an Conrad Celtes als genitus Morava bezeichnet.

[16] Das Amt des Registrators der kgl. Kanzlei scheint die unterste Stufe gebildet zu haben (Huber reg. imp. pg. XLI). Dasselbe ertheilte Karl IV. gleich nach dessen Errichtung dem prager Canonicus und Eiferer für die Reform der kirchlichen Zustände Böhmens, Joannes Milič, welchen der Kaiser in dem Ernennungsdecret seinen notarius familiaris nennt (von 1358—1360) und später (1360) zum corrector et notarius erhob (Huber reg. imp. pg. XLII). Offenbar begünstigte er Milič, indem dieser sich während der in den Jahren 1359 —1362 unternommenen Kaiser-Reisen stets in des Kaisers Begleitung befand

Pflichtenkreis näher festgesetzt hatte (Pelzel, Karl IV. Urkdb. No. 324), berief er zu dieser Stellung den im canonischen Rechte gründlich bewanderten Johann von Gelnhausen (1366—1369, reg. imp. cit. Huber pg. XLI), der seine Kenntnisse später als Stadtschreiber zu Brünn, Sammler eines Formelbuches der Carolinischen Canzlei und Uebersetzer der s. g. constitutiones juris metallici Wenzels II. ins Deutsche zum Gebrauche der Iglauer Schöffen bewährte (Tomaschek, S.-Ber. der Acad. zu Wien, hist. phil. cl. XXXIV. Bd. pg. 68). Im Vorworte jener Formelsammlung nennt er sich selbst: olim supremi cancellariae imperialis registrator nunc scriba brunensis (vgl. Hoffmann, Sammlg. ungedr. Nachr. cit.; Tomaschek, Oberhof Iglau, pg. 21) [17]. Als blosse Schreiber (notarii aulae regiae) kamen endlich während des ganzen 13. Jahrhunderts Canonici des prager und wyšehrader Capitels in Verwendung, deren manche im Rechte wohlerfahren waren. (Jireček, slaw. Recht in Böhm. u. Mähr. III. pg. 112, 119.) [18]

Schliesslich erübrigt zu erwähnen, dass selbst Spuren einer

(Tomek, Gesch. Prags III. 294). Es liegt die Vermuthung nahe, dass das entschiedene und energische Auftreten des Kaisers gegenüber dem päpstl. Nuncius auf dem Reichstage zu Mainz 1359, auf welchem Karl IV. eine Reform der Sitten der Geistlichkeit verlangte, seinem Einflusse zuzuschreiben sei (Palacký děje č. II. 2. Abthl. pg. 161). Wie sehr Karl IV. trotz seines gläubigen Sinnes für die Fehler der Diener der Kirche ein offenes Auge hatte, mag hier nebenbei durch Allegirung seines Ausspruches über den böhm. Clerus erhärtet werden, der lautet: pecunia dominatur in eis, et ipsi servi pecuniae, multiplicata est carnalitas in eis etc. (Höfler, Joan. Hus pg. 73, Anm. 164).

[17] Ueber eine andere Formelsammlung desselben Sammlers, die dem Markgrafen Jodok von Mähren gewidmet wurde, in der Bibl. Vatic. gibt Nachricht Dudík: iter rom. I. pg. 291. Interessant ist dieselbe dadurch, dass in ihrem zweiten Theile eine förmliche Einleitung über die ars dictandi gegeben wird. Auch in dieser Sammlung nennt sich Joannes de Geilnhusen: juxta vestrum beneplacitum scriba Brunensis.

[18] Dass noch im 14. Jahrhunderte viele Geistliche in der kgl. Kanzlei Beschäftigung fanden, leuchtet, ausser der directen Nachricht, dass der Olmützer Bischof Johann, genannt Očko, später zweiter Erzbischof zu Prag, im J. 1364 imperatoris Caroli IV. secretarius et consiliarius intimus war (Pešina de Čechorod phosph. septic. pg. 545, nach dessen Grabschrift; Beneš de Weitmühl in den script. rer. boh. II. 381), auch aus der Anordnung Wenzel's IV. hervor, dass bei der Verleihung von Pfründen vor Allem die kgl. secretarii und notarii berücksichtigt werden sollen (Pelzel, Kg. Wenzel IV. Urkdb. 1. Thl. No. 59). In der That erlangte der kgl. Secretär und nachmalige Protonotar Franz Jevičko die Bunzlauer Probstei 1402 (l. c. II. pg. 465; Urkdb. No. 181). Manchmal finden sich Geistliche auch in Landesämtern, so schon 1291 Radslaus canonicus als notarius terrae (Emler reg. No. 2734); zwischen 1351—1388 der Canonicus Stephan als Landtafelschreiber (Dobner monum. I. 237; Pelzel l. c. I. Urkdb. No. 57); 1400 in gleicher Stellung der oben genannte Wenzel Králík von Buřenic (Pelzel l. c. II. Thl. pg. 435).

gewissen Bekanntschaft mit canonischen Quellen bei einzelnen Schreibern mächtiger Dynasten vorkommen; so erwähnt z. B. Uněboz notarius clericus des Fürsten Wladislaus von Oppeln 1281 als Ursache der Urkundenerrichtung: quia probationum copia saepius subtrahitur et veritas occultatur (Boček IV, 245), was eine offenbare, weil wörtliche Reminiscenz an c. 5 X 2, 6 ist.

Das Stadtschreiberamt befindet sich, soweit die bedeutenderen Orte in Frage kommen, zumeist in Händen von im fremden Rechte wohlbewanderter Männer. Es mag diess im Laufe eines Jahrhunderts die Regel geworden sein, indem der Brünner manipulus juris (um das Jahr 1350 edit. Rössler pag. 292) im cap. de his, qui testamentum facere non possunt No. 632 speciell betont: presbyteri tamen de his, quae habent ex patrimonio vel ratione personae puta si jurista vel scriptor quis fuit vel aliud officium gessit testari possunt, sonach augenscheinlich ein häufig vorkommendes Verhältniss berührt. Neben diesem allgemeinen Hinweise mangelt es nicht an concreten Belegen. Der Rath der Altstadt Prag beschloss bereits im J. 1296, dass zum Schreiberamte nur ein homo literatus, qui sufficienter civium sciat dictare litteras et eorum negotia pertractare gewählt werden dürfe[19]. Zur Zeit, als jener Beschluss gefasst wurde, und bis zum Jahre 1306 stand ein gewisser magister Petrus im Amte, also offenbar ein Mann, der eine gelehrte Bildung gewonnen hatte (Tomek, Gesch. Prags I. 263); seine Tüchtigkeit wird in einem ferneren Stadtrathsbeschlusse, inhaltlich dessen sein Gehalt erhöht wurde, mit den Worten gerühmt: de cujus scientia laudabile testimonium perhibemus (Emler reg. No. 1719; kgl. Bestätigung vom J. 1299 ebendort No. 1844). In gleicher Stellung wird zwischen 1338—1344 ein magister Berthold (Tomek l. c. pg. 587), unter Karl's IV. Regierung magister Werner, clericus, ein Sohn des Tima von Erdmannsdorf erwähnt (Tomek l. c. II, pg. 292). Im J. 1385 fungirt in diesem Amte Gregorius de Olomúc, denn die matricula facultatis juridicae führt ihn in diesem Jahre als notarius civitatis pragensis unter den Immatriculirten an (Museumszeitschrift 1827

[19] Rössler, prager Stadtrecht pg. 174; Stobbe, deut. Rechtsquell. I. Bd 1. Abthl. pg. 643, Anm. 43, wo jedoch vermöge eines Druckfehlers homo libertus steht.

Octoberheft pg. 71), schliesslich vom J. 1396 bis einschliesslich 1411 (also seit seiner Promotion) der decretorum doctor Johann von Weilburg (cit. l. pg. 75 wo er protonotarius genannt wird, Tomek l. c. 309, Note 58, 489), den wir oben in seiner späteren Amtsstellung kennen gelernt haben. Männern von solcher Bildung konnte der altstädter Rath mit vollster Beruhigung die Stellung eines ständigen ambassiator et specialis nuntius ad legationes faciendas (1360) einräumen und wird speciell über den letztgenannten Stadtnotar berichtet: solitus fuit legationes sibi commissas elegantius explanare (Tomek l. c. II, 290 nebst Anm. 18). Aehnliches geschah auch in Städten des Deutschen Reiches (zu Lübeck 1270 vgl. Tomaschek, Oberhof Iglau, zu Frankfurt 1377. Stobbe l. c. I, 1. S. 643; zu Freiburg 1495 vgl. Stintzing, Ulr. Zasius, pg. 19, 45).

In der von Karl IV. gegründeten Neustadt Prags dürften dieselben Anforderungen an die Stadtschreiber gestellt worden sein; denn schon 1367 wird ein magister Heinricus als quondam notarius novae civitatis erwähnt (lib. vetust. privil. veter. urb. prag. fol. 99 p. v.: recepit jus civile) und im J. 1416 wird daselbst ein solcher ausdrücklich auch mangels der nöthigen Kenntnisse seines Amtes enthoben (Tomek l. c. II, 292). Dort sollte jeder Schreiber viermal im Jahre die Weisthümer consulibus pro ipsorum informatione legere et declarare, wie schon 1389 beschlossen worden war (liber aureus sententiarum dieser Stadt bei Tomek, Gesch. Prags II, 289).

Nicht anders war auch in den beiden bedeutensten Städten Mährens Rechtskenntniss die erste Bedingung zur Eignung für die Stelle eines Stadtschreibers; in Olmütz sollte er das Auge des Rathes sein (oculus consilii), da meistens indocti ad praesidendum eliguntur (Bischoff, Olmützer Recht pg. 33) und in Brünn hatte er sogar den Schöffen das Recht in Erinnerung zu bringen und auszulegen (Rössler, Brünner Stadtrecht pg. XLV).

Häufig ist das Amt des Stadtschreibers mit jenem des Schulrectors verbunden worden, so z. B. war es 1280 in Iglau rücksichtlich des Stadtschreibers Hermann der Fall (Hanĕl, Entwicklg. d. deut. Rts. in Böhm. und Mähr. pg. 153 und Tomaschek, Deut. Recht in Oest. S. 135); ähnlich versah zwischen 1378—1380 ein

gewisser Blažek beide Posten in der Kleinseite Prags (Tomek, Gesch. Prags III, 266) und ebenso in Dux 1406 ein gewisser Jacobus (Palacký děje. č. III. 1. Abth., pg. 35, Anm. 49; Tomek, Gesch. der Univ. Prags pg. 310), schliesslich auch in Beraun und in der Neustadt Prags in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts [20]. Auch sonst mag der Beruf eines practischen Juristen mit dem Schullehreramte nicht unverträglich erachtet worden sein, da zum J. 1360 berichtet wird, dass Johann de Gumpolcz, clericus dióces. prag., publicus notarius auctoritate imperiali et magister scholae zum Stadtschreiber in Iglau berufen wurde (Brandl l. c. IX, pg. 162).

Weitere Beispiele einer umfassenden Rechtsbildung der Stadtschreiber bieten: Joannes genannt Přimda, Stadtschreiber in Taus um 1370, der eine Sammlung von canonischen Processformularien zusammenstellte, von der unten eingehender zu sprechen ist (Palacký, Formelb. II, 6); ferner Johann, Stadtschreiber zu Brünn um das J. 1353, welcher die dortigen Schöffensprüche zu einer alphabetisch nach Capiteln geordneten Sammlung verarbeitete und in den hierzu gemachten Zusätzen eine so eingehende Beherrschung des römisch-canonischen Processes an den Tag legte, dass irrthümlich sogar behauptet worden war, der bekannte Glossator des liber sextus und der Clementinen Joan. Andreae († 1348) sei der Urheber jener Arbeit gewesen (Rössler, Brünner Stadtrecht pg. XXXII, XXXIV, CXX, CXXI). Ein Jahrhundert später (etwa 1466) bekleidete das Amt eines Stadtschreibers zu Brünn Wenzel, Sohn des Wenzel aus Iglau, vordem in Olmütz in gleicher Stellung, der seine Rechtsstudien sowohl in der Vorrede als in Zusätzen zu der erwähnten Sammlung Brünner Schöffensprüche, deren Abschrift er veranstaltete, wiederholt an den Tag treten lässt (Rössler l. c. pg. XLIV). Schliesslich bleibt noch hervorzuheben, dass in Jamnitz (Jempnic) vor 1358 ein gewisser

[20] Vgl. MS. praxis cancellariae circa 1450 in der prager Domcapitelbibliothek K. 34 in cap. de libro criminali: tempore divae memoriae caesaris Sigismundi officium notariatus in civitate Veronensi cum regimine scolae acceptaveram, sodann unter den Formeln der litterae conservatoriae: vir P. de S. tabellio imperialis, qui notarius et rector scholarum scti Venceslai in Zderaz per multos annos in civitate nostra fuit, schreiben der magister civium, judex et jurati consules novae civitatis an jene majoris civitatis pragensis (d. h. der Altstadt). Im cap. de libro rationum kommt auch folgende, den Einfluss des Stadtschreibers auf die sog. consules civitatis characterisirende Stelle vor: ingeniosus notarius debet saepe monere novellos consules, ut in et extra consilium . . . praecogitent, ne quid dicant aut faciant, quod eorum praejudicet juramento.

Ortolf laicus literatus, die Pflichten eines Stadtschreibers besorgte (Brandl l. c. IX, pg. 67, 86), sowie dass in Iglau um das J. 1270 magister Theodoricus Canonicus zu Olmütz (Boček IV, 43, 100, 224), im 14. Jahrhunderte sodann Johann von Gelnhausen (Tomaschek, deut. Rt. pg. 153, weiter cit. Sitz.-Ber. der Acad. zu Wien, pg. 68) und Johann von Gumpolcz der Stadt als Schreiber dienten (Brandl IX, 162).

Ueber schlesische Städte stehen uns keine directen Nachrichten zu Gebote, doch mögen die Verhältnisse dort ähnliche gewesen sein, da bis zum 15. Jahrhunderte in den einzelnen Städten vielfach Priester als Stadtschreiber auftreten (Stölzel, gelehrt. Richt. I. pg. 295).

Das mit der Ausdehnung des kirchl. Jurisdictionsgebietes naturgemäss hervortretende Bedürfniss nach Partei-Vertretern, denen das fremde Processrecht geläufig war, fand seine Befriedigung in zahlreichen procuratores, die in Urkunden strenge von den bei weltlichen Gerichten auftretenden Fürsprechern oder Rednern (prolocutores) geschieden werden[21]. Bereits im Jahre 1256 tritt bei der römischen Curie ein clericus et procurator monasterii Tišnovicensis, Arnoldus de Praga, auf (Boček III, 212). Urkunden aus dem 14. Jahrhunderte erwähnen mehrerer derartiger Parteienvertreter; so finden wir 1336 einen Henricus de Praga, der sogar insbesondere mit dem Beinamen juris peritus ausgezeichnet wird (Palacký, Formelb. I, 248), 1351 einen anderen, namens Johannes, der seinen Wohnort in der nächsten Nähe des erzbischöflichen Hofes genommen hatte, woraus wohl auf seinen Wirkungskreis geschlossen werden kann (Pelzel, Karl IV, Urkdb. No. 105, Tomek, Gesch. Prags II, 115), weiter Conradus Braclis (1400) und Mauricius oder auch Machuta von Hostivař (anno 1413 Tomek l. c. II. pg. 385, 113), die in den Acten des erzbischöflichen Gerichtes vom J. 1392 wiederholt genannt werden (vgl. deren Ausgabe v. Tingel). In diesen und in Acten des Universitätsgerichtes (mon. univ. prag. II. No. 47 ex anno 1400), sowie in Urkunden (1363 Brandl l. c. IX. pg. 235 mehrere) kommen auch advocati vor; um einzelne Namen anzuführen sei bemerkt, dass in einer Urkunde vom J. 1404 der Advo-

---

[21] Tomek, Gesch. Prags II. 390; dazu Jičinský, Entwicklg. des böhm. Rechtswesens pg. 92 ff.; Tomaschek, deut. Recht pg. 136.

cat beim erzbischöfl. Gerichte Jacob von Jägerndorf, der im Volksmunde bloss der Advocat Jacobin hiess, erwähnt wird (Dobner l. c. IV, 453; Tomek l. c. II. 207). Aus den vorstehenden Daten ergibt sich auch, dass im Sinne des römisch-canonischen Rechtes genau zwischen Procuratoren und Advocaten unterschieden wurde, was übrigens zum Ueberflusse aus den erzbischöflichen Gerichtsacten selbst hervorleuchtet (acta cit. edid. Tingel pg. 106). Erwähnung verdient der Umstand, dass manchmal die Functionen eines Procurators und Notars in einer Person vereinigt vorkommen (z. B. Paulus de Chocna; Brandl l. c. VIII, 200).

Was das Notariat[22] anlangt, kann die bedeutende Zahl seiner Vertreter nicht angestaunt werden, wenn erwogen wird, dass Prag in der zu berücksichtigenden Epoche als Königsstadt, bald sogar als kaiserliche Residenz und ausserdem als Sitz eines erzbischöflichen und Universitätsgerichtes zahlreichen Notaren Beschäftigung gab und schon frühzeitig eine eigene Lehranstalt zur Heranbildung für diesen Beruf entstehen sah. Bereits im J. 1270 begründete der vordem erwähnte Henricus de Isernia, ehe er noch in der königlichen Canzlei Aufnahme fand, zu Prag (Wyšehrad) eine Bildungsstätte für Notare, um den sich Meldenden in der ars dictandi d. h. der Kunst, Urkunden dem Rechte und massgebendem Gebrauche gemäss zu verfassen, Unterricht zu ertheilen. Er selbst hatte sich diese Fertigkeit in seiner Heimath, Italien, zu eigen gemacht, und lud durch öffentlichen Anschlag »omnes scholares Pragam habitantes« zum Eintritte in die von ihm begründete Anstalt ein, indem er versprach, sie mit dem Wissen vertraut zu machen, welches rudem derudat advocatum, informem format, auf dass sie nicht denjenigen glichen, qui dum actiones ignorant, deformes libellos concipiunt et pariunt abortivos, articulis nesciunt positiones arcere propositas, locis ignorant uti decentibus et retundentis exceptionis instantia partis rationis oppositae nesciunt infirmari (Emler reg. No. 2592, 2591)[22a].

[22] Vgl. betreffs Deutschlands die Ausführungen Oesterley's: das deut. Notariat I. Thl. S. 396 ff.; Maurer, öffentl. mündl. Verfahren S. 142. — Ueber die Fehler der Advocaten und Notare seiner Zeit klagt der Erzbischof Johann von Jenstein 1380 mit herben Worten in seinem oben (Abschn. II, Note 16) cit. codex epist. S. 392.

[22a] Die gleiche Leseart findet sich im MS. der prager Univ.-Bibl. XII. B. 12, fol. 93.

Seine Notariatsschule fand viele Zöglinge; jedoch die Kriegswirren des J. 1274 verscheuchten dieselben nach allen Richtungen der Windrose[23]. Zahlreich war der Zufluss zum Notariate aus den Reihen der Geistlichkeit, so dass man versucht wird anzunehmen, es sei jene beredte Schilderung der Vortheile des Notariates nicht unbekannt geblieben, welche ein Formelbuch des 13. Jahrhunderts entwirft, indem es Allen, die diesen Beruf ergreifen wollten, verspricht, dass sie inter familiares principis et aliorum potentum non minimi erachtet würden (Stobbe l. c. pg. 632, Anm. 73). Uebrigens dürfte gerade in den böhm. Ländern diese warme Anempfehlung um so eher verfangen haben, da nach dem Berichte Peter's von Königsaal (chron. aulae reg. apud Dobner l. c. 72) König Wenzel II. selbst sich sehr um das Canzlei-Notariat interessirte; es heisst dort: de causis litterarum scribendarum materiam notariis frequenter tribuit et transmissarum sibi seriem cum debita diligentia audire consuevit, salutationum varietates juxta differentias personarum distribuens stilo convenienti utitur et impertinenter scribentium modulos, ipsorum perscrutando dictamina, arguere non veretur (vgl. auch Francisci chron. script. rer. boh. II, 37). Oeffentlich beglaubigte Schreiber (notarii publici, tabelliones) mögen wahrscheinlich schon im 13. Jahrhunderte häufiger vorgekommen sein, weil sonst das oben berührte Unternehmen des Henricus de Isernia keinen Boden gefunden hätte. Abgesehen davon wissen wir aus der Regierungszeit Wenzel's II., dass an einer fixen Zahl der Notare festgehalten wurde, sonach das Notariat organisirt war (Emler reg. No. 2463: si non completus sit numerus statutus notariorum nostris constitutionibus comprehensus). Zu derselben Zeit wurde eine die Befähigung gewährleistende Prüfung[24], königliche Verleihung des Amtes und Ablegung eines Amtseides erfordert (Emler reg. cit.: recepto ab eo juramento fidelitatis et de ipsius

---

[23] Vgl. den Aufsatz Jireček's in der böhm. Mus.-Zeitschr. 1870 pg. 130 ff.; Stobbe, deut. Rechtsquell. I. 1. Abthl. pg. 643.

[24] Die stat. bonon. ante 1458 lib. III. rubr. 1 (edit. 1569) fordern neben der Prüfung den Nachweis 5jährigen Studiums in grammatica und eines 2jährigen in documentis notariae vel juris canonici vel civilis. Hannibal Monterentii erklärt in den Glossen zu dieser Stelle: scientia juris canonici etiam sufficere potest quando magnam connexitatem habeat in hac materia cum jure civili.

publici notariatus officio fideliter exercendo). Das Creations-Decret an Velislaus, den oben erwähnten Rechtskenner und nachmaligen königlichen Vicecanzler (welchem wir diese Nachrichten entnehmen), ist doppelt interessant, weil es fast wörtlich mit dem Ernennungsdecrete übereinstimmt, welches Kaiser Friedrich's II. Canzler Petrus de Vineis in seinen epist. lib. VI. cap. 32 aufbewahrt hat. Den Nachweis der Befähigung durch Prüfung fordern auch spätere italienische und französische Statuten (Bologna vor 1458 lib. III. rubr. 1 edit. 1569 cum scholiis Hannibalis Monterentii; Stat. von Marseille I, 101 nach Hüllmann: Städtewesen im M. A. II. S. 394) [25].

Ueber die Thätigkeit der Notare legen zahlreiche Urkunden aus früher Epoche ein beredtes Zeugniss ab. Aus dem J. 1321 bereits besitzen wir einen Notariatsact (Chytil l. c. IV, 288), ferner vom J. 1336 einen solchen über einen Vergleich (Palacký, Formelb. I. 248, 344) und 1340 einen gleicher Gattung (Dobner l. c. IV, 304) oder über einen Compromissar-Vertrag (1411, Pelzel, Wenzel IV. Urkdb. No. 228). Beurkundungen über Erklärungen finden wir in den Jahren 1372, 1386 (Palacký, Formelb. II, 186), über einen Schiedsspruch 1368 (Dobner monum. VI, 88), insbesondere über ergriffene Appellation (mon. univ. prag. II, 252; Palacký, Formelb. II, 187) und über gänzlichen Verzicht hierauf (1363 Dobner l. c. VI. Bd. pg. 363) oder über die Bitte um Nachsicht der Stellung vor Gericht in Person 1411 (Pelzel, Kg. Wenzel IV. Urkdb. No. 230). Diese Beglaubigungsform wurde auch gewählt, um sich Auszüge aus der Landtafel d. h. dem Grundbuche über den ungebundenen Güterbesitz des Adels zu verschaffen; Beispiele dieser Art existiren aus der Regierungszeit Karl's IV. (Palacký, Formelb. II, 212) und aus späteren Jahren (1392 acta archiep. jud. edid. Tingel pg. 56, 78, 100; publicum instrumentum extractum de tabulis terrae). Ein Beispiel der Constatirung thatsächlicher Vorgänge durch notarielle Beurkundung bietet ein Notariats-Instrument aus dem J. 1383 (font. rer. austr. XXXVII. Bd. pg. 166).

Kaiser Karl IV., der Reformator Böhmens in den verschiedensten Verwaltungszweigen, erachtete dafür, dass »die Zahl der

---

25 Vgl. Oesterley l. c. pg. 404 betreffs der deutschen Territorien.

Notare lang und gross, aber ihre Kunst kurz und klein« sei, weshalb er anzuordnen und auch in seinem Landrechtsentwurf (s. g. Majestas Carolina Rubr. XL. Arch. č. III. 125) aufzunehmen sich veranlasst fand, dass fernerhin, wie seit Alters her, daran festgehalten werden solle, dass Niemand ohne königliche Ermächtigung das Notariatsamt auszuüben gestattet werde, indem er beisetzt, dass die hierzu Ermächtigten sicherlich für ihr Amt befähigt befunden worden seien d. h. ihre Befähigung durch eine Prüfung bewährt hätten. Als Sanction wurde hinzugefügt, dass die von unbefugten Notaren errichteten Urkunden aller Beweiskraft entbehren und deren Verfasser als Urkundenfälscher bestraft werden sollten. — Im J. 1358 verlieh der Kaiser dem Erzbischofe zu Prag das Befugniss öffentliche Notare nicht nur in Böhmen, sondern im ganzen deutschen Reiche zu ernennen. Gleichzeitig wurde aber den Notaren auferlegt, behufs grösserer Sicherheit des Verkehrs, statt des Papieres als Urkundenmateriale Pergament zu verwenden und von schutzbedürftigen Personen, als welche Witwen, Waisen und die Kirche angeführt werden, kein Entgelt für die Urkundenverfassung anzusprechen (Pelzel, Karl IV., II. Thl. pg. 580, Dr. Borový: libri erectionum pg. 20). Weiter findet sich die ausdrückliche Weisung, dass der ernannte Notar nach abgelegtem Amtseide per pennam et calamum investirt werden solle[26]. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sah sich auch Erzbischof Ernest von Pardubic genöthigt, in seine Synodalstatuten (edit. cit. fol. 13 pg. V.) unter Hinweisung auf die sich ergebenden Unzukömmlichkeiten, ähnlich wie die Carolina Majestas die Bestimmung aufzunehmen, dass Rechtsunkundige sich der Ausübung dieses Berufes nicht unterfangen dürfen und daher Niemand sich mit Urkundenerrichtung abgeben könne, bevor er seine Befähigung vor dem Ordinarius ausgewiesen habe, bei sonstiger Ungültigkeit der Urkunde und Excommunication des Dawiderhandelnden[26a]. Ge-

[26] Hoffmann, ungedr. Nachrichten II, pg. 22; Tomek, Gesch. Prags III, 222; Jireček, slav. Recht in Böhm. u. Mähr. III, 1. Abthl. pg. 154.; vgl. auch Rockinger, Formelb. S. 66, Note 132.

[26a] Eine ähnliche Verordnung, welche den Nachweis der Befähigung, beziehungsweise Autorisation binnen 2 Monaten rücksichtlich aller Notare in der prager Diöcese fordert und die Unkenntniss sowie Pflichtvergessenheit der Notare mit lebhaften Farben schildert, findet sich in dem MS.-Formelbuch der Cancellaria archiep. Arnesti (prag. Univ.-Bibl.) fol. 36.

wiss musste das Unwesen der Pseudonotare bedeutend um sich gegriffen haben, wenn Staat und Kirche sich veranlasst sahen, mit aller Strenge dagegen aufzutreten. Letztere fand sich abgesehen von der oberwähnten besonderen Ermächtigung dazu veranlasst, weil die Intervention eines Notars als Gerichtsschreiber bei den Verhandlungen vor dem kirchlichen Richter seit dem lateranensischen Conzil 1215 categorisch gefordert war.

Ueber den Pflichtenkreis der Notare gibt eine an den mehrgenannten Dr. Ulricus de Paběnic, damaligen Scholasticus des Domcapitels zu Prag 1317 erlassene päpstliche Urkunde Aufschluss (Chytil VI, 92), durch welche derselbe ermächtigt wurde, einen Notar zu ernennen, nachdem er sich von dessen Befähigung durch eine gepflogene Prüfung überzeugt haben würde. Die Verpflichtungen desselben sind nämlich in dem abzulegenden Amtseide wie folgt präcisirt: Tabellionatus officium fideliter exercebo; contractus in quibus exigetur consensus partium, faciam nil addendo vel minuendo, quod substantiam contractus immutet. Si vero in conficiendo aliquod instrumentum unius solius partis sit requirenda voluntas, hoc ipsum faciam ut scilicet nil addam vel minuam, quod immutet facti substantiam contra voluntatem ipsius. Instrumentum non conficiam de aliquo contractu, in quo sciam intervenire vel intercedere vim vel fraudem. Contractus in protocollum redigam et postquam in protocollum redegero, malitiose non differam contra voluntatem illorum vel illius, quorum vel cujus contractus est, super eo conficere publicum instrumentum salvo meo justo, et consueto salario. — Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese Formel von einer hohen Entwicklung und zugleich auch Organisation des Notariats Zeugniss ablegt, indem insbesondere der Actenpflicht und Taxe Erwähnung gethan wird. Interessant ist und mag deshalb hier betont werden, dass in dem den prager Erzbischöfen ertheilten Privileg von 1358 die Pflichten des Notars mit denselben Worten vorgezeichnet wurden, nämlich: Tabellionatus officium perpetuo sine fraude exercebis nil addens vel minuens malitiose vel fraudulenter, quod alteri contrahentium prodesse valeat, vel obesse (Borový libri erect. pg. 21), sowie noch die oben schon berührte Cautel hervorgehoben erscheint, die Urkunden scribere in membranis et non in cartis

abrasis aut papireis. Schliesslich mag hier nebenbei die Correctur eines in dem Contexte eines Notariatsactes unterlaufenen Versehens berührt werden, die in der Schlussklausel der bezüglichen Urkunde bereits 1358 ersichtlich erscheint (Brandl l. c. IX, pg. 70).

Bezüglich der formellen Verpflichtungen des Notars ist zu bemerken, dass die Kennzeichnung notarieller Urkunden mit dem signum des betreffenden Notars schon frühzeitig vorkommt z. B. 1330, 1349 (Fontes rer. austr. XXXVII. Bd. pg. 77, 110 womit zu vergleichen Durandi specul. lib. II. part. II. de instrum. edit. § 2, No. 15), ingleichen, dass der in manchen italienischen Statuten gedachten Verbindlichkeit des Notars, binnen einer bestimmten Frist die für die Parteien bestimmte Ausfertigung über den bezüglichen Act hinauszugeben (Oesterley l. c. I. S. 298), bereits unter den Pflichten des Universitätsnotars inhaltlich des Universitäts-Statuts vom J. 1409 Erwähnung geschieht: instrumenta vel acta quae scripserit, ei, quem res tangit . . . infra octo dies post requisitionem ejusdem oblato sibi secundum taxationem prius scriptam salario tradere in forma publica teneatur sub poena decem florenorum (Acta lit. Boh. et Mor. II. pg. 237).

In Gerichtsacten über Verhandlungen nach canonischem Processrechte finden wir häufig Notare, so z. B. in dem im Anhange abgedruckten Gerichtsprotocolle aus dem J. 1320 und in Acten des erzbischöflichen Gerichtes (edid. Tingel) fast auf jedem Blatt, auch Notare aus mähr. und deutschen Diözesen; ähnlich in Acten des Universitätsgerichtes (monum. univ. prag. cit. II. pg. 252, 399), sowie schon in einer Urkunde von 1308 den notarius juratus episcopalis curiae Hermannus (Chytil VI, 10). Sogar ein Wyšehrader Canonicus Ludwig Kojata aus dem Adelsgeschlechte derer von Kolešovic übte neben seiner Seelsorge in dem Wyšehrader suburbium (Podskal) das Notariatsamt (1376—82 Tomek, Gesch. Prags III. 182). Aehnlich beschäftigte sich der nachmalige erzbischöfliche Generalvicar Johann von Pomuk in den Jahren, als er noch Cleriker war, mit der Ausübung dieses Amtes 1373 (l. c. pg. 183; Pelzel, Wenzel IV. I. Thl. pg. 266). Nach dem Hinscheiden Ernest's von Pardubic scheinen viele Geistliche ihren eigentlichen Beruf verlassen und sich der practischen

Rechtsübung zugewendet zu haben; denn durch Synodal-Beschluss (1374) wurde festgesetzt, dass Personen geistlichen Standes die bereits die Priesterweihe erlangt haben, in der prager Erzdiöcese keinesfalls das Notariat ausüben dürfen, wovon lediglich die notarii ecclesiae nostrae pragensis d. h. offenbar die als Gerichtsschreiber verwendeten ausgenommen sein sollen (Höfler, prager Concilien pg. 17). Dass häufig das Schullehreramt, zu dessen Erlangung die Ablegung einer Prüfung vor dem prager Domscholasticus erforderlich war, mit der Ausübung des Notariats cumulirt wurde, ist durch Beispiele schon erhärtet, so z. B. fungirte in beiden Aemtern der oben genannte Johann de Gumpolcz 1360 in Iglau, sodann 1375 Johann rector der Schule beim hl. Kreuz in Prag (Tomek, Gesch. Prags III, 266). Es mag diess damit zusammenhängen, dass in jenen Zeiten neben dem Unterrichte in der Grammatik, Logik und Rhetorik gleichfalls die ars dictandi d. h. die Fertigkeit, Urkunden gesetzmässig auszufertigen gelehrt wurde und daher die practische Uebung des theoretischen Wissens in dieser Richtung nahe lag. In Italien war schon im 12. Jahrhunderte die nahe Verwandschaft jener Wissensbereiche mit der Rechtswissenschaft erkannt worden; denn bereits um das J. 1180 schreibt ein Student: se Papiae studio legum et dialecticae adhaerere (Arch. f. Kunde öst. Gesch.-Quell. XIV. Bd. pg. 37, 51). Vielleicht beruht in dem eben erwähnten Umstande auch die historische Erklärung der eigenthümlichen Erscheinung, dass in Deutschland noch im 15. Jahrhunderte dem institutionarius an den Rechtsfacultäten oblag, zugleich über Rhetorik zu lesen (Stintzing: Ulr. Zasius pg. 39, 206).

An der Universität Prag, beziehungsweise auch an der seit 1372 von ihr getrennten Rechtsfacultät, bestand ein besonderer Notar, dem neben der Ausfertigung der von diesen Corporationen ausgehenden Urkunden gleichfalls die Errichtung von Instrumenten über privatrechtliche Beziehungen der Studenten, falls er darum angegangen wurde, oblag, insbesondere von Schuldbriefen, Quittungen, Contracten über Bücherkäufe, Zeugnissen etc. (Univers. Stat. 1409 bei Voigt acta lit. boh. et mor. II. pg. 235; Tomek, Gesch. der Univ. Prag, pg. 76). Im J. 1378 kömmt urkundlich ein gewisser Joannes quondam Nicolai furmann de Budveys, clericus dióc. prag.

publicus notarius auctoritate imperiali, et universitatis studii pragensis juratus notarius vor (Abhdl. d. böhm. Ges. der Wiss. 1820, Thl. VII, pg. 15). Aehnlich hatte schliesslich auch das prager Domcapitel seinen eigenen Notar, wie aus den Capitelstatuten vom J. 1350 hervorleuchtet: statuimus ut capitulum nostrae ecclesiae sindicum et notarium publicum idoneos tam in forensi quam in judicio ecclesiastico ... habeat (Arch. f. öst. Gesch. 37. Bd. pg. 347).

Den Einfluss dieser Personen als Urkundenverfasser zu schildern soll den Ausführungen über den Receptionsgang im Einzelnen vorbehalten bleiben.

Endlich muss noch jener Persönlichkeiten gedacht werden, welche in Stellvertretung des Erzbischofs in seiner richterlichen oder administrativen Function und als kirchliche Würdenträger in ihrem eigenen engeren Wirkungskreise die Grundsätze des canonischen Processes zur Geltung brachten. Es darf hierbei nicht vergessen werden, dass die berührten Principien des Verfahrens nicht lediglich in Streitsachen, sondern auch bei kirchlichen Verwaltungsangelegenheiten, Wahlprüfungen, Disciplinarfragen etc. zur Anwendung gelangten (Briegleb sum. Proc. pg. 17 und protocollum receptionis in canonicatum MS. Domcapitel zu Prag 14. saec.) und dass die doctores decretorum jener Tage keineswegs eine unseren heutigen Theologen analoge Stellung einnahmen (Muther, ges. Aufs. pg. 93).

Die möglichst gedrängte Anführung der urkundlich als Rechtskundige documentirten Persönlichkeiten dieser Categorie bietet einen Ueberblick über die weite Verbreitung der Kenntniss des fremden Rechtes im 14. Jahrhunderte in den hier in Betracht kommenden Ländergebieten.

Vor Allem liegt es in der Natur der Sache, dass das Amt eines bischöflichen Officials als Leiters des kirchlichen Gerichtes stets in rechtskundige Hände gelegt wurde; denn in geistlichen Gerichten überhaupt sollten niemals illiterati et insipientes, quid juris sit, quaerere (c. 3 X 1, 4). Sicherlich ist anzunehmen, dass der beim Olmützer bischöflichen Gerichte Bruno's 1268 fungirende Official magister Heydenricus (Boček IV, 11) mit dem canonischen Verfahren vertraut war; dafür spricht nicht nur die Persönlichkeit Bruno's, sondern auch manche Ge-

richtsurkunde von des genannten Officials Hand. Bei demselben Gerichte wirkt 1340 in gleicher Stellung magister Henricus (Chytil VII, 208, 212), der jedoch 1349 schon beim prager Ordinariats-Gerichte in Thätigkeit steht. Seine Vorgänger bei dem letzteren Tribunal waren: um 1311 der mehrgenannte Dr. Ulricus de Paběnic, nach diesem Jahre mag. Thomas, Dechant zu Bunzlau und archidiaconus zu Prag (Palacký, Formelb. I. 248, 347; II. 171; Chytil VI, 323 ad annum 1331). Als Nachfolger des oben genannten mag. Henricus in Prag sind aber anzuführen: 1345 Dr. Joannes Paduanus (Chytil VII, 440), 1347 und 1349 Dr. decretorum Hostislav (nach einer Urkunde bei Pešina phosp. septicorn pg. 606 und font. rer. austr. 37. Bd. pg. 107); 1363 Wilhelm von Hasenburg (Tomek, Gesch. Prags III. 193), Propst am Wyšehrad (Balbin miscel. cit. vol. I, pg. 44), ein auf fremden Hochschulen gebildeter Kenner des canonischen Rechtes (Beneš von Weitmühl chron. apud script. rer. boh. II, 405), der seine Geschäftsgewandtheit auch in diplomatischen Missionen 1359, 1360 bethätigte (Huber reg. imp. pg. LII), weiter 1368 der als arbiter fungirende Jenčo (Dobner monum. VI, 88), 1381 magister Boreš (Tomek l. c. pg. 193), 1384—1394 licentiatus in decretis Nicolaus Puchník (monum. univ. prag. II. pg. 294; Dobner monum. IV. 379; Balbin l. c. vol. IV., 89), ehemals rector scholae zu Raudnic und im J. 1377 Lehrer des Kirchenrechtes an der prager Hochschule, sodann um das J. 1389 vicecancellarius derselben (Voigt, Verhdlg. einer Priv.-Ges. in Böhm. II. Bd. S. 367 nach dem cod. decan. MS.), nachmaliger erwählter Erzbischof, dessen plötzlicher Tod — angeblich durch Gift — die Consecration vereitelte, † 1402 (series archiep. prag. apud script. rer. boh. II, 445; Pešina de Čechorod phosphor. septicor. pg. 600); 1396 Georg de Bora decr. Dr. (Balbin l. c. vol. IV. pg. 95, vol. V, pg. 101), den wir oben unter den Lehrern des canonischen Rechtes der prager Universität bereits kennen gelernt haben, 1407—1410 Dr. decret. Nicolaus Zeiselmeister aus Prag (Balbin l. c. vol. XIII. pg. 301, vol. VIII. pg. 151, 159), inzwischen auch 1409 decr. Dr. Kuneš von Třebovel canon. zu Olmütz (Dobner l. c. III. 450), dem wir gleich nochmals begegnen.

Als Official an dem jüngeren bischöflichen Gerichte, nämlich zu Leitomyschl (14 saec.) tritt 1397 Jacob Bušek, baccalaureus in

decretis (Dobner IV, 435) auf, der vordem das gleiche Amt zu Olmütz bekleidet hatte (1390 Balbin l. c. V. 107). Am letztgedachten Gerichte wirkte aber 1419 der baccalaureus in decretis Jacob von Brünn (Balbin epit. hist. boh. 197 nach Urkunden).

Neben dem Official kömmt hier auch der Generalvicar der prager Erzdiöcese in Betracht; ihm lag die Erledigung der nichtstreitigen Rechtsangelegenheiten ob, die bei Verwaltung der Diöcese vorkamen. Die erhaltenen Acten aus dem 14. saec. (z. B. 1392 edit. Tingel) legen Zeugniss davon ab, dass nicht bloss geistliche Interessenten unter einander, sondern auch häufig Angehörige des Laienstandes durch protocollare Feststellung ihrer Rechtsbeziehungen zu geistlichen Personen seine Thätigkeit in Anspruch nahmen; zahlreiche Schuldanerkenntnisse, Quittungen, Bürgschaftsverpflichtungen, Pachtverträge, Mandate, Compromisse, insgesammt dem fremden materiellen und formellen Rechte gemäss formulirt, werden auf diesem Wege gegen künftige Anfechtung sichergestellt. Nicht vereinzelt sind auch die Fälle, in welchen beide paciscirenden Theile dem Laienstande angehören. Fast alle Generalvicare stehen in einem höheren academischen Grade des canonischen Rechtes. Im J. 1351 fungirt in dem gedachten Amte der oben erwähnte decr. Dr. Joannes Paduanus (Dobner l. c. IV. Bd. 318) oder wie er sich selbst als canonicus zu Olmütz 1332, 1333 nennt (Chytil VI, 342, 356): Joannes dictus Paduanus; vordem war er (1330) als protonotarius im Dienste des Bischofs von Olmütz gestanden (Chytil VI, 301) und hatte hierauf als dessen Generalvicar und zugleich Official gewirkt (1333 Chytil VI, 356). Als spätere Generalvicare zu Prag lernt man aus Urkunden die nachfolgenden kennen: 1369 Jenčo licentiatus in decretis (Dobner l. c. VI, 88, 425; Berghauer: protom. poen. pg. 166); 1370 mag. Boreš (Tomek l. c. III, 192), der 1390 als archidiaconus Bechynensis genannt wird (Balbin misc. cit. vol. IV, 84); 1378 decr. Dr. Kuneš von Třebovel (Balbin l. c. vol. VII, pg. 66; Palacký, Formelb. II, 192), welcher bereits 1376 an der prager Hochschule canon. Recht tradirte (Tomek, Gesch. d. Univ. Prag, pg. 91) und in deren Matrikel noch 1386 als canonicus erwähnt wird (vgl. Musztschrft 1827, Octoberheft pg. 74). Seine tiefe juristische Bildung leuchtet aus einem von ihm verfassten tractatus de devolutionibus hervor,

mit welchem er den Tendenzen des sich ein Anfallsrecht an dem Nachlasse kinderloser Grundholden anmassenden Adels energisch entgegentrat und worin er seine Meinung durch Citate aus den justinianeischen Rechtsquellen und dem Speculum aureum Durandi zu begründen suchte (MS. in der prager Univ.-Bibl. Sign. VI. C. 21. fol. 1 ff. insbes. cap. II.; Balbin boëm. doc. II. 106; Wocel, altböhm. Erbrecht pg. 47 ff.). Seine Nachfolger im Generalvicariate waren: nach 1381 Dr. decr. Mathias, de Skramnik genannt, da er dort Pfarrer gewesen[27]; 1384 der oben erwähnte Dr. decr. Nicolaus Puchník (Balbin l. c. vol. IV, 89), ein Pfründen-Cumulator so auffallender Art, dass ein Zeitgenosse ihn ironisch als nullatenus et omnitenus ecclesiarum canonicus bezeichnete, indem er vier Canonicate und noch eine einträgliche Pfarrpräbende inne hatte (Tomek, Gesch. Prags. III. Bd. S. 175); 1389 decr. Dr. Joannes von Pomuk (mon. univ. prag. II, 4; matr. fac. jur. l. c. pg. 70, ad annum 1387 ibid. pg. 75 unter den Promovirten; Balbin l. c. vol. IV, 85, 90, vol. XIII. pg. 277), welcher identisch sein dürfte mit dem 1383 als Schiedsrichter in dem Streite eines Collegiatscapitels auftretenden Dr. Joannes (Balbin l. c. vol. XII. pg. 248). Er fand anlässlich des zwischen König Wenzel IV. und dem Erzbischofe Johann von Jenstein ausgebrochenen Zwistes über Befehl des erzürnten Königs ein tragisches Ende in den Fluthen der Moldau 1393 (Tomek, Gesch. Prags III. 372). Im Jahre 1395 übernahm der oben erwähnte Georg de Bora (Balbin l. c. vol. IV. pg. 95) das Generalvicariat, das 1400—1408 den Händen des Dr. decr. Johannes Kbel (Pelzel, Wenzel IV. Urkdb. No. 165; Balbin l. c. vol. VI, pg. 120; vol. VII, pg. 137; font. rer. austr. XXXVII. Bd. pg. 354), ehemals Pfarrers in dem Dorfe Kbel, woher sein Beinamen (1393 l. c. vol. IV, 96), überantwortet wurde. Derselbe stand in guten Beziehungen zum römischen Stuhle und fungirte 1396 als Gesandter Bonifacius des IX. an König Wenzel IV. (Pelzel l. c. No. 129, wo ihn der Papst familiaris noster nennt). Im J. 1411 nahm seine Stelle Dr. decr. Johann von Němčic (Balbin vol. IX, pg. 183) ein.

[27] Mon. univ. prag. II, 1; Palacký, Formelb. II, pg. 187; Balbin misc. cit. vol. IV, pg. 88; Tomek, Gesch. Prags III, pg. 192; wahrscheinlich in Folge eines Druckfehlers heisst er bei Frind, böhm. Kirch.-Gesch. III. 21, Anm. 1 Math. Strumpník.

Neben den beiden vorerwähnten Würden gab vornehmlich das Archidiaconat[28] Gelegenheit zur Anwendung des canonischen Processes. Vermöge der Cremsierer Synodalstatuten 1318 wurden Ehestreitigkeiten nur dem officialis oder archidiaconus zur Entscheidung überwiesen, mit der Motivirung: cum causae matrimoniales sint judicandae per illos, qui statuta canonum non ignorant. Ingleichen sollten gemäss der ernestinischen Statuten 1349 die 10 Archidiacone, welche in der ganzen Diöcese aufgestellt waren, sämmtliche Ehe- und Wuchersachen entscheiden und falls sie der erforderlichen Rechtskenntniss ermangeln würden, rechtskundige Beisitzer herbeirufen (stat. cit. fol. 8). Aehnlich war die Stellung der Archidiacone in der Olmützer Diöcese geregelt worden (Arch. f. öst. Gesch. 41. Bd. S. 207). So finden wir denn naturgemäss manche Momente, welche auf Rechtskenntnisse dieser Würdenträger hinweisen; im J. 1381 tritt Archidiacon Přibislaw als Käufer des speculum judiciale um schweres Geld auf (Tomek, Gesch. Prags II. pg. 414); im J. 1382 kömmt leicht erklärlicher Weise ein solcher Würdenträger Namens Vlachník de Weitmühl als immatriculirter Hörer der Ju-

[28] Ueber die Stellung der Archidiaconi nach den Decretalien Innocenz' III. vgl. Hurter's Werk über diesen Papst III. Bd. pg. 361; in einer Epist. apud Baluze XIV, 45 nennt er den archidiaconus direct einen judex ordinarius. Ueber die Eintheilung der Diöcesen nach Analogie der Landeseintheilung in Gaue beziehungsweise Castellbezirke (župa) vgl. Richter, Kirch.-Recht pg. 229, Anm. 3; Schulte, System des kath. Kirchenr. pg. 270, Anm. 1; Palacký děje č. I. Abthl. 2, pg. 367 ff.; Jireček, slav. Recht in Böhm. u. Mähr. II. pg. 171; böhm. Mus.-Ztschft. 1874 S. 174. Ueber die Thätigkeit der archidiaconi in Strafsachen der Laien speciell in Böhmen vgl. Cosmae chron. script. rer. boh. I. pg. 111; über ihre Befugnisse in Civilstreitsachen nach canon. Recht c. 7 X 1, 23: audire debet jurgia singulorum. Seit dem 13. Jahrhunderte beginnt eine Reaction gegen das Archidiaconat; vgl. Richter l. c. Anm. 5 u. 6, besonders rücksichtlich der Jurisdiction in Ehesachen vgl. Schulte, Handbuch des kath. Eherechtes pg. 443, Anm. 2. Die im Texte citirten Statuten verfügen dagegen: permittimus ut archidiaconi juxta antiqua statuta ecclesiae moguntinae (bekanntlich vor Gründung eines selbständigen Erzbisthums zu Prag die Metropole für Böhmen) per consuetudinem approbata personaliter in suis sedibus residentes, si juris habent peritiam seu assessores juris peritos causas matrimoniales et usurarum audire et definire valeant, causis aliis dioecesanis episcopis et ipsorum officialium examini reservatis (vgl. auch die Cremsierer Synode 1318 Chytil VI, 389). Den Verfall des Archidiaconates in Böhmen kennzeichnen scharfe Verfügungen der prager Synoden vom J. 1366 und 1371: contra archidiaconos (Höfler, prager Concilien pg. 12, 14); die letztere gestattet den durch negligentia der archidiaconi Beschwerten ihre Sache an das bischöfliche Consistorium generale zu bringen (l. c. pg. 15). Die bald hereinbrechenden Hussitenstürme vernichteten das Archidiaconat, so dass die Schlüsse des Trienter Concils c. 20 sess. 24 de reform. hier keine practische Bedeutung hatten.

ristenfacultät zu Prag vor (l. c. matr. pg. 70). Direct erhärtet wird die Vertrautheit mit dem fremden Rechte durch die Erwähnung gelehrter Grade der Träger dieses Amtes. Es erscheint als archidiaconus vor 1387 der decr. Dr. Paul von Janovic (Balbin l. c. vol. II, 77), 1392 der licentiatus in decr. Johann von Jeřen (mon. univ. prag. II, 1; Balbin l. c. vol. IV. 87; vol. XII, pg. 255); 1397 Dr. decr. Adam von Nečetic, der ein Jahr zuvor auch die Functionen des prager Generalvicars versah (Balbin l. c. vol. IV. pg. 95, 99; XI, pg. 220) und im J. 1398 schon gemeinschaftlich mit Dr. Georg de Bora in schola juristarum studii pragensis einen Schiedsspruch promulgirte (ibid. V, 101). Im J. 1384 hatte er zu Prag dem Rechtsstudium obgelegen (mon. univ. prag. II, 2); seine Sorge um Verbreitung der Rechtskenntniss bethätigte er dadurch, dass er die ihm gehörige reiche juristische Bibliothek dem prager Domcapitel legirte und eine Stiftung pro studente in privilegiato studio in jure canonico begründete (Balbin l. c. ad 1414, vol. XI, 220). Der oben bereits erwähnte Dr. decr. Nicolaus Zeiselmeister war gleichzeitig erzbischöflicher Official (1407 —1410) und Archidiacon (1408—1416) (Tomek, Gesch. Prags II. pg. 491). Auch der Verweser des prager Erzbisthums im J. 1447 (Balbin l. c. vol. XIII. pg. 305) decr. Dr. Simon aus Nimburg fungirte zuvor 1431 als archidiaconus (ibid. pg. 307). Erwägt man, dass in zahlreichen Urkunden des 13. Jahrhunderts archidiaconi als Schiedsrichter bestellt und zumeist mit dem Titel eines magister aufgeführt werden, so darf wohl angenommen werden, dass auch damals schon ähnliche Bildungsverhältnisse unter ihnen obgewaltet haben mögen.

Schliesslich soll der Vollständigkeit wegen bemerkt werden, dass die Pröpste des prager und olmützer Domcapitels und der Dechant des letztgedachten jedenfalls Rechtskenntnisse erworben haben mussten, da ihnen vermöge der Capitelstatuten[29] gewisse richterliche Functionen und die Vertretung

---

[29] Statut. capit. prag. per manus Guil. de Wayzow, publici notarii 1350: de officio praepositi pragensis: ad officium (praepositi) spectat . . . personarum capituli et ministrorum ecclesiae homines . . . ratione praevia temporaliter defensare; ubi inter hujusmodi homines vel ab aliis eis quaestio moveretur, si eorum domini . . . in justitia reddenda forent negligentes, ad praepositum causae ipsius cognitio ac decisio pertinebit (Arch. f. österr. Gesch. 37. Bd.

der Laienuntergebenen vor Gericht zur Pflicht gemacht wird. Dass dem in der That so gewesen sei, ergeben manche Daten. Weiter scheint auch die Würde eines scholasticus bei dem prager Capitel, mit welcher die Disciplinargewalt über alle Schulrectoren im ganzen Lande und die Richtergewalt in ihren Streitigkeiten verbunden war, regelmässig einem rechtskundigen Manne verliehen worden zu sein [30]. Aber auch andere, keine Prae-

pg. 422); ähnlich verordnen die Olmützer Capitelstatuten um das J. 1349 de officio decani: cognoscit quoque de jurgiis et causis vicariorum et ministrorum, et si quid ardui inter eos emerserit, duos aut tres ex canonicis pro assessoribus sibi jungit. De quaestionibus quoque et causis canonicorum civilibus tamen cum capitulo cognoscere poterit et debebit; quod si capitulum concordare nequi verit, debet ad episcopum recursus haberi. Ausserdem enthalten die letzterwähnten Statuten de officio praepositi Bestimmungen, welche in der Wesenheit mit den einschlägigen Anordnungen der prager übereinstimmen (Arch. f. österr. Gesch. 41. Bd. pg. 205, 207). In der That finden wir unter den Decani capituli zu Prag mehrere rechtskundige Persönlichkeiten; so z. B. in einer Urkunde vom J. 1341 als Schiedsrichter den nachmaligen Erzbischof Ernst von Pardubic (Chytil VII. 227), im J. 1374 den Hynek aus Klučov gebürtig, daher mit dem Beinamen Kluk bezeichnet, welcher 1372 in die prager Rechtsfacultät eintrat (Tomek, Gesch. Prags III, 168), 1380 den Přibislaus von Pořeschin, welcher seine Rechtsstudien zu Padua gemacht hatte (l. c. pg. 169), sodann dessen Nachfolger Bohuslaus von Jägerndorf Dr. decr. (Dobner monum. III. 425, 447) noch im J. 1405 (Balbin miscell. hist. dec. I. lib. V, vol. VII, pg. 123), wahrscheinlich ein Verwandter des oben erwähnten Advocaten am erzbischöflichen Gerichte; schliesslich dürfte auch der Dechant Johann von Dauba 1408—1419 (Balbin l. c. vol. VII, pg. 137; vol. XIII, pg. 307; vol. XI, pg. 220; vol. XII, pg. 259) rechtskundig gewesen sein, insbesondere wenn in Anbetracht gezogen wird, dass er später die Kanzlerstelle beim König und Kaiser Albrecht II. versah (Pešina de Čechorod phosph. septicorn. pg. 588, wo auch nach den unverlässlichen Ausführungen Cruger's sacri pulv. erwähnt wird, dass der genannte Joannes Dr. decretorum war und 1464 als Bischof von Eichstädt starb; vgl. auch die ungenauen Angaben Balbin's boëm. docta II, 108).

[30] Wahrscheinlich besass practische Rechtskenntnisse Nicolaus de Kremsier, scholasticus et canonicus ecclesiae pragensis (1357—1362), da er als notarius curiae imperialis und später secretarius Karl's IV. fungirte (1360: Huber reg. imp. cit. pg. XLIII). Weiter lässt sich zwar mit Gewissheit nicht behaupten, dass der Scholasticus (1369—1388) Albertus Ranconis de Ericino, ein wissenschaftlich gebildeter Mann, magister theologiae et artium an der pariser Universität (1355), Besitzer einer reichhaltigen Bibliothek (Balbin l. c. vol. X, pg. 203), Rechtskenntnisse besessen habe, obwohl gewichtige Umstände hierfür sprechen. Vor Allem wird ein so allgemein und tief gebildeter Mann kaum jener Kenntnisse entbehrt haben, welche in seinem Jahrhunderte selbst minder gebildete Standesgenossen aufweisen; ausserdem war er selbst als canonischer Schriftsteller pro foro interno thätig (Schulte, Lit. u. Quell. II. pg. 432); endlich spricht dafür die Vermuthung, dass unter den »zwei Rechtskennern«, deren Thomas von Štítný in seinen philosophischen Betrachtungen, die stellenweise eine eingehende Kenntniss des canonischen Processes erkennen lassen (wie unten dargethan wird), Erwähnung thut, eben Albert Ranconis die erste Stelle einnimmt, da das intime Einvernehmen beider Männer feststeht (Jireček, böhm. Museums-Zeitschrift 1872 II. Heft, S. 133).

latur bekleidende Canonici finden wir urkundlich in Beziehungen, welche die Annahme nahe legen, dass sie juridische Bildung genossen haben [31]. Den Erklärungsgrund dafür, dass eine so grosse Anzahl Rechtskundiger im prager Collegiatcapitel anzutreffen ist, liegt ausser dem nachgewiesenen Bedürfnisse in der Anordnung Karls IV, 1352: ut ad canonicatus pragenses personae idoneae velut doctores, licentiati aut ad minus baccalaurii in sacra pagina aut decretis . . . incolae . . futuris perpetuis temporibus eligantur (Berghauer protom. poenit. pg. 307). Es wurde mit dieser Verfügung eine Bedingung für die Erlangung von Canonicaten gesetzt, die erst das Concil zu Trient zur allgemeinen Geltung brachte (sess. 23 cap. 6; sess. 24 c. 12 de reform.). In der

---

Rücksichtlich seines Nachfolgers unterliegt der hier fraglich gebliebene Umstand keinem Zweifel; nach Albert Ranconis' Tode (1388) versah das Amt eines scholasticus zu Prag Johann von Malešic, der vordem in der Kanzlei der röm. Kurie gedient hatte (Tomek, Gesch. Prags III. 170; dann die päpstliche Urkunde bei Ziegelbauer: epit. hist. monast. Brevnov. pg. 143). Auch unter den scholastici des Wyšehrader Capitels trifft man Männer an, die wenigstens practisch ihre Vertrautheit mit den Grundsätzen des canonischen Processes dargethan hatten; denn Johann Pecník scholasticus 1375—1389 (Balbin l. c. vol. III, 78) war vordem Advocat des prager Consistoriums und wurde um 1370 zum Syndicus des Wyšehrader Capitels bestellt (MS. des Domcapitels zu Prag, Formelbuch L VII fol. 105 p. v.); Nicolaus Geunher, sein Nachfolger (1390—1402) (Balbin l. c. VIII, 159), hatte einigemal nach einander die Stelle des Rectors der prager Juristenfacultät bekleidet (Tomek, Gesch. Prags III. 181, 265).

[31] So z. B. vergleicht Canonicus Beneš von Weitmühl, der Chronist Karl's IV., 1363 (Balbin l. c. vol. II, pg. 50) in seiner Chronik (script. rer. boh. II, 366) einen Landtagsbeschluss vom J. 1356 mit den Vorschriften des Kirchenrechtes und erwähnt auch an anderer Stelle (pg. 403) der Grundsätze desselben, indem er malae fidei possessores und usurarii einander gleichstellt. Der Canonicus Wenzel Knobloch (1382—1410), nachmals Probst zu Meissen, liess sich erst in späteren Jahren als kirchlicher Würdenträger in die Rechtsfacultät immatriculiren (Tomek, Gesch. Prags III, 176); can. Blasius, genannt Lupus, welcher lange Jahre an der Universität sich verwendet hatte (1374—1386) (Tomek l. c. pg. 184), entscheidet an derselben und ausserdem als päpstl. delegirter Richter Rechtsstreitigkeiten in den Jahren 1400, 1407 (mon. univ. prag. II. No. 47; Dobner cit. mon. IV, 448); canonicus Jaroslaus von Pořeschin, decretorum doctor, kommt um das Jahr 1388 urkundlich vor (Balbin l. c. vol. V, pg. 101; vol. XIII, pg. 287); ingleichen im J. 1372 der can. und decanus capituli scti. Apollinaris, Johann von Leitomischl, licentiatus in decretis (Balbin l. c. vol. II, pg. 63); canonicus Matheus Rost um das J. 1412 hatte sich im J. 1406 in die Rechtsfacultät immatriculiren lassen und war 1413 u. 1414 deren Rector (Tomek, Gesch. Prags II, pg. 468). Unter den immatriculirten Juristen an der prager Hochschule erscheinen: 1408 Ulricus de Strašíc, praepositus des letztgenannten Capitels (cit. matr. pg. 69), 1411 Henricus Roll, can. zu Leitmeritz (cit. pg. 69) und in den folgenden Jahren drei canonici, endlich zwischen 1381—1411 noch sieben bisher nicht erwähnte Canonici der prager Capitel.

That finden wir unter den Canonikern des J. 1375 zwei licentiati, zwei baccalaurei und fünf doctores decretorum (Berghauer l. c. pg. 166), deren Mehrzahl schon oben ihren Platz gefunden hat. Eine ähnliche Verfügung traf derselbe Herrscher betreffs der Canonicatsstellen an der Kirche Aller Heiligen in Prag 1370: non praesentantur alii, quam magistri de collegio studentium studii pragensis (Beneš de Weitmühl scr. rer. boh. II, 405; Balbin l. c. vol. II. 75, vol. XIII. 272).

Erwähnungswerth ist endlich auch, dass unter den Klostervorstehern und Vorgesetzten einzelner Landcapitel doctores decretorum vorkommen [32].

---

[32] Johannes, Vorsteher des Klosters der Grabhüter Christi am Zderaz zu Prag, seit 1379 (MS. formul. Martini prag. archid. fol. 52) doctor decretorum (cit. MS. und Pelzel, Wenzel IV. Urkdb. I. No. 29), wirkt 1381 als Generalvicar des prager Erzbisthums (Balbin l. c. vol. II, pg. 69) und dürfte mit dem 1403 verstorbenen, im J. 1398 zum Olmützer Bischof gewählten Johannes Mráz identisch sein (Augustini: ser. episc. olom. pg. 131). Auch der praepositus capituli ecclesiae scti. Aegidii zu Prag Veit von Černčic (Balbin l. c. vol. X, pg. 199; XIII, 268) trifft im J. 1388 in einer und derselben Sache als bischöflicher Delegirter und kgl. Schiedsrichter zugleich die Entscheidung (Pelzel, Kg. Wenzel IV. Urkdb. I. Thl. No. 57, 58), erscheint 1389 neben anderen des canon. Verfahrens kundigen Persönlichkeiten als erzbischöflicher Commissär zur Beseitigung von Streitigkeiten unter den sog. mansionarii des Prager Collegiatscapitels (Dobner mon. cit. III, 405) und wirkt noch 1407 als delegirter päpstlicher Richter (Dobner l. c. IV, 448). Sein Vorgänger Odolen Boncii (1373—80) liess sich ungeachtet seiner gedachten Würde eines Capitel-Vorstehers 1377 in die prager Rechtsfacultät immatriculiren (cit. matric. pg. 70; Tomek, Gesch. Prags III, 184), wahrscheinlich um sein practisches Wissen, welches er in einer diplomatischen Mission an den Papst 1376 bewährt hatte (Huber cit. reg. imp. pg. LII), durch theoretische Momente zu ergänzen. Auch das Bunzlauer Capitel vermag in jenen Tagen (1381) einen Dr. decretorum aufzuweisen, nämlich den decanus Jaxo (Balbin epit. hist. boh. pg. 197, 392; epit. hist. bolesl. lib. VI, pg. 26). Schliesslich ragten durch Kenntnisse im Rechte hervor die Vorsteher des Leitmeritzer Capitels zur Zeit Karl's IV., nämlich die decani Peter von Schellenberg (Frind, böhm. Kirch.-Gesch. II, pg. 158 nach einer handschriftl. series praepos.), Andreas von Dauba 1379, welcher in Bologna den Titel eines magister in decretis erworben hatte (Frind l. c.) und der Probst Bohuslav, des prager Erzbischofs Ernst von Pardubic Bruder (Beneš von Weitmühl chron. script. rer. boh. II, 365 zum J. 1355; Balbin miscell. cit. vol. I, pg. 51 zum J. 1351). Derselbe hatte mit seinem Bruder in Italien Studien gemacht (Balbin vita Arnesti pg. 15, 59), dem Kaiser Karl IV. in Padua durch seine Beredsamkeit 1354 einen grossen Dienst erwiesen (Pešina de Čechorod phosph. sept. pg. 456; Balbin miscell. cit. vol. I, pg. 44) und war demselben seiner Rechtskenntnisse wegen unentbehrlich erschienen (Frind l. c. II. pg. 156, dem diesfalls Glauben beizumessen ist, weil ihm das Archiv des Leitmeritzer Capitels unbeschränkt zu Gebote stand).

V.

Literarischer Apparat.

Eine so weitreichende Verbreitung der Kenntniss des canonischen Rechtes, insbesondere seiner Processvorschriften, stand in naturgemässer Verbindung mit der Ansammlung wissenschaftlicher Hülfsmittel und practischer Leitfaden.

Leider haben die zahlreichen Kriegswirren, die in den böhmischen Ländern fast jedes Jahrhundert wiederkehrend tobten, den grössten Theil des einstmals vorhandenen Handschriften-Schatzes vernichtet[1], so dass die hier gezogenen Folgerungen nur auf der Berücksichtigung der vorhandenen spärlichen Reste fussen. Umso sorgfältiger müssen daher diese ins Auge gefasst werden. Selbstverständlich dürfen aber hierbei nur gleichzeitige Handschriftencataloge oder MS.-Sammlungen Berücksichtigung finden, deren Provenienz in jene Zeiten zurückdatirt (Stobbe, deut. Rts.-Quell. I. 2. S. 19, Note 34[a]).

---

[1] In Asche gelegt wurden damals (1425) die reichhaltige Bibliothek des Klosters zu Opatovic, welches (wie Abt Neplach Dobner mon. cit. IV, 116 zum J. 1277 erzählt) Abt Zdislaus von Zvířetic aufs Freigebigste mit werthvollen Schriften dotirt hatte, die Büchersammlungen der Klöster zu Postelberg und zu Ossegg (1421, nachdem dieses zuvor schon 1278 niedergebrannt worden war, laut der in der dortigen Kirche befindlichen Gedenktafel), ferner jene des Stiftes zu Königsaal, dem König Wenzel II. bei der Gründung 200 Mark Silber zur Anschaffung von Büchern gespendet hatte (chron. francisci canonici; script. rer. boh. II, 39), welche Abt Conrad in Paris 1292 ankaufte (chron. aulae reg. apud Dobner mon. cit. V. 93) und deren Brand des angehäuften Pergaments wegen einen solchen Qualm erzeugte, dass in der ganzen Umgegend Fenster und Thüren geschlossen werden mussten; weiter auch die Bibliothek des Klosters zu Raudnitz, dessen Gründer einst (1332) der Bischof zu Prag, Johann von Dražic gewesen und aus dessen reichem Bücherschatz durch Zufall einige Werke, darunter ein liber de jurisdictione omnium judicum et de processu judiciorum (Schulte, prager canon. Hdschrften pg. 63, No. 122) gerettet wurden (vgl. betreffs aller genannten Klöster, mit Ausnahme Osseggs, die Abhandl. der böhm. gelehrt. Ges. 1785 II. Abthl. pg. 240, 255); endlich des Klosters zu Sct. Margareth bei Prag (Ziegelbauer epit. mon. Brevnov. pg. 162) etc. Die ausnehmend reich dotirte Bibliothek des prager Prämonstratenser-Klosters Strahov war schon im J. 1258 durch Unvorsichtigkeit eines Ordensbruders ein Raub der Flammen geworden (vgl. cit. Abhandl.). Brände verheerten auch die prager Klosterbibliotheken der Kreuzherrn 1378, zu deren Aufblühen nicht nur das ausdrückliche Gebot ihrer Klosterregel (bibliotheca habeatur in conventu, unde fratres scientiam haurire possint), sondern auch des Grossmeisters Leo (1363) Bemühungen beitrugen, sowie jene der Minoriten 1316 (Hirsching, Bibl. Deutschl. III. pg. 325, 351, auf Grund von prager Detailnachrichten). Schwedische Beutesucht traf insbesondere die prager Büchersammlungen 1648 bei der Einnahme der Kleinseite.

Durch einen glücklichen Zufall[1a] blieb das aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts herrührende Verzeichniss der Rechtshandschriften des reichen, alten Benedictiner-Stiftes Opatowic erhalten. Dasselbe führt insbesondere an: einen liber de canonibus apostolorum, liber decretalium studentium et alter liber decretalium in alio volumine; tractatus mag. Ricardi super canones (wahrscheinlich Ricardi Anglici distinctiones super decretis vor 1237, welche auch in einer anderen Handschrift des böhm. Museums erhalten sind; Schulte, can. Hdschften Prags No. 112); item liber constitutionum portatus de Cluniaco per abbatem Mislozium, womit offenbar der Abt Misloch des genannten Klosters 1160 (Erben No. 304) gemeint sein dürfte; summa mag. Guidonis (de Baysio † 1313), duo volumina Aurorae (Rolandini Passagerii † 1300). Auch das Augustiner-Kloster zu Sct. Thomas in Prag, welches der prager Hochschule den ersten Lehrer der Theologie geschenkt und wahrscheinlich ursprünglich auch als collegium theologiae gedient hatte (Tomek, Gesch. der prag. Univ. pg. 9 und 52), besass vor den Hussitenstürmen (1415) werthvolle Rechtshandschriften. Ein aus jenen Jahren erhaltenes Inventar[2] führt insbesondere an, den

---

[1a] Die in der v. A. cit. Abhdl. pg. 238 reproduciren dieses Bücherverzeichniss als angeblichen Catalog des Praemonstratenserstiftes Tepl (bei Marienbad), jedoch unvollständig und verlegen dessen Anfertigung in das 13. Jahrhundert. Obwohl das bezügliche Pergamentblatt dem derzeit dem Tepler Stifte gehörigen 6. Bde. der biblia regia (Antwerpen 1572 Sig. IV G 6) als Zwischendeckblatt beigebunden ist, stammt doch dieses Buch aus dem Chotěschauer Kloster (vor 1591) und lautet die erste, etwas verwischte Zeile des Verzeichnisses selbst: Nota, quod subnotati libri sunt opatovicensis monasterii. Die Schriftzüge des gedachten Blattes sowie die im Texte angemerkte Entstehungszeit einzelner dort notirter Schriften verweisen die Anfertigung jenes Catalogs in das 14. Jahrhundert.

[2] In dem Inventarium conventus pragensis d. Thomae Apost. pg. 144—155 werden die MS. aufgezählt, in deren Besitz das Kloster um das J. 1415 stand; neben theologischen Autoren und Classikern (Titus Livius, Aristoteles, Seneca etc.) werden die Rechtshandschriften wie folgt angeführt: item liber Egidii de regimine principum in pergameno, qui incipit: »Ex regia et sanctissima« et in fine libri »usque et cui obedivit universa« (offenbar des Augustiner-Ordens-Generals Aegidius Romanus, † 1315, Schrift, vgl. Schulte, Quell. u. Lit. des can. Rts. II. pg. 182), item decretum in pergameno completum cum suo apparatu cujus principium »humanum genus« et in fine libri »qui pie volunt vivere« (dieses explicit wegen wohl kaum Huguccios summa; vgl. Schulte l. c. I. pg. 160), item digestum vetus, cujus principium: »Urbanus omnes nostrae« (?) et finis »et si concubina sibi« (scil. l. 11, D. 24, 2 Schlussworte, vgl. Savigny, Gesch. d. röm. Rts. im M.-A. III. Thl. pg. 422); item lectura seu apparatus domini Hugulini super decretum (?) et super digestum vetus, et super autentica, ac super instituta, ejusdem principium »ejus quem

ordo judiciarius Tancredi, die lectura seu apparatus domini Hugolini super digestum vetus, et super autentica ac super instituta (vgl. Savigny, Gesch. d. röm. Rechtes im M. A. V. Thl. pg. 52—55, der nur eine prager Handschrift der glossa ad cod. vom J. 1230 nämlich jene des böhm. Museums kennt); die summa ad decretum Joannis Faventini (incipit »ad multa« † 1190, Schulte, Quell. u. Litt. des can. Rechtes II, pg. 137, 221), die summa super decretales des abbás antiquus (incipit »Gregorius interpretator« Schulte l. c. II. pg. 130) und A. m. nebst Quellen des canonischen und römischen Rechtes. Wenige Jahre später sahen sich die Klöster Goldenkron, Hohenfurth und Wittingau angesichts der drohenden Unruhen veranlasst, ihre Werthsachen in den festen Gewahrsam des Krumauer Schlosses zu bringen. Das hierüber im J. 1418 verfasste Inventar umfasst auch die »libri« und nennt neben canonischen Quellen speciell das speculum judiciale[3]. Das auf dem Deckblatte eines MS. (der prager Domcapitelbibl. Sign. A. 32) erhaltene Inventar des Klosters der Domi-

suffragantibus vobis«, finis vero »suppleatur auctoritate totalis« (vgl. das im Text Citirte), item speculum humanae salvationis cum clementinis et aliis pluribus annexis, cujus principium est: »qui ad justitiam erudiunt multos« et in fine »parvi quaestum et capitulo excommunicatis«; item summa institutoria judiciorum secundum Tancretum cum tabella juris in papiro, cujus principium »Confirmare«, finis vero »infra eorum titulo«; item quaestiones abreviatae juris in pergameno, principium eorum: »Circa jus naturale«, finis vero: »quaestionem ad cautelam«; item concordantiae decreti in pergameno, principium: »humanum genus«, finis »similiter«; item textus decretalium in pergameno, principium: »Gregorius episcopus«, finis »ab esse contingat« (also sowohl decretales Gregorii IX. als auch liber sextus); item lectura super totum corpus decreti in pergameno, principium: »cum multa«, finis »competentem« (vgl. oben Joan. Faventini); item summa super decretales, lectura in pergameno principium: »Gregorius interpretator«, finis »ad hoc in fine« (vgl. oben Abbatis antiqui), ausserdem Gotfredi summa und die sog. Summa Pisana. Nicht ohne Interesse ist der Umstand, dass zeuge des lib. memorab. dieses Klosters der oben genannte Leitomischler später Olmützer Bischof Joannes de Novo foro († 1380) dieser Klosterbibliothek seine Handschriften vermachte (Hirsching, Bibl. Deutschl. III. Bd. pg. 379), somit wahrscheinlich einzelne der erwähnten ehemals in seinem Besitze waren.

[3] Das im 37. Bde. der fontes rer. austr. pg. 391 mitgetheilte Bücherverzeichniss führt an: decretum novum, de regimine principum (offenbar das in der v. A. genannte Werk Aegidii Romani), decretum antiquum (nämlich Gracian's, vgl. Huguccio's Aeusserung in seiner summa C. II qu. 6 prin. bei Schulte l. c. I. pg. 165, Note 26), decretales antiquae, item decretales secundae (vielleicht collatio secunda), item liber sexti, item speculum judiciale, bei welchem letzteren der Beisatz vorkommt: quod habet magister Adam; angemerkt wird insbesondere: hii omnes libri suprascripti sunt in pergameno scripti. Ob die zugleich erwähnte rubrica pragensis vielleicht eine rubrica juris utriusque (Stintzing, pop. Rechtslit. pg. 7 ff.) gewesen sei, ist schwer zu sagen.

nicaner zu Gabel aus der 2. Hälfte des 14. Jahrhdts enthält ausser den questiones Bartholomei (Brixiensis) und brocardica Damasi, dann der summa Raymundi (de Pennaforte) und ähnl. den ordo judiciarius Tancredi und die summa introductoria de officio advocatorum. Beachtung verdient an dieser Stelle auch die Vermuthung des Rechtslehrers Joannes Apel († 1536), dass das in Königsberg vorgefundene Manuscript des Brachylogus juris von einem Gelehrten aus der Begleitung Přemysl Ottokar's II. auf dessen Kreuzzuge an's baltische Meer dorthin gebracht worden sei [4].

Bedeutendere Werke vermag der erste Kern der prager Universitätsbibliothek aufzuweisen. Besorgt um das Aufblühen der von ihm gegründeten Bildungsstätte kaufte Karl IV. 1370 nach dem Hinscheiden des oben unter den erzbischöflichen Officialen angeführten Wilhelm von Hasenburg eine Sammlung von 114 Büchern, die dieser in Frankreich (insbesondere am päpstl. Hofe zu Avignon) und in Italien erworben hatte, um sie der hiedurch begründeten Universitätsbibliothek zum Geschenke zu machen [5]. Nach der Mittheilung des Chronisten Beneš von Weitmühl, eines Zeitgenossen (script. rer. boh. II, 405), waren es volumina librorum sacrae theologiae, juris civilis et artium [5a].

---

[4] Apel sagt in seiner Isagoge per dialogum in libros institutionum (Vratislaviae 1540) hierüber: puto eum a docto aliquo, qui cum Primislao aut Othocaro, quinto boëmorum rege, nisi me conjuncturae fallunt, proficisceretur, illuc perlatum fuisse; vgl. Böcking, Brachylogus pg. 15.

[5] Durch dieses königliche Geschenk ihres freigebigen Gründers erwarb die prager Hochschule eine Büchersammlung, der in jener Zeit keine zweite in Deutschland gleichkam. Denn die Heidelberger Universität z. B., deren Bibliothek aus einem Vermächtnisse des Churfürsten Ludwig III. 1421 stammt, hatte unter den das Rechtsbereich betreffenden Schriften zeuge des authentischen (in actis academiae theodoro-palatinae tom. I. pg. 383 ff. abgedruckten) Catalogs derselben lediglich sieben Schriften des canon. Rechtes aufzuweisen, nämlich die Quellen, zwei Hülfsmittel zum Studium derselben und einen einzigen ordo judiciarius, nämlich jenen des dominus Aegidius Dr. decr. (d. h. de Fuscarariis). — Die prager Universitätsbibliothek nahm später, trotz des sie im J. 1422 betreffenden im Texte erwähnten Unfalles, stetig an Umfang zu, so dass der prager Magistrat derselben im J. 1431 grössere Räumlichkeiten zuweisen musste (Balbin boëm. docta I. pg. 29). Die Vermehrung ihres Bestandes erfolgte auch durch häufige Schenkungen, noch im J. 1457 legirte derselben Johann Most, Pfarrer zu Prag, einen werthvollen liber decretorum (Balbin l. c. pg. 41).

[5a] Einen Maassstab für den Geldwerth dieser Schenkung geben die Nachrichten über Ankäufe juristischer Schriften 1338 und 1341 bei Lappenberg in Hugo's civil. Magazin 6. Bd. S. 207; darnach kostete z. B. zu Avignon ein speculum judiciale 25 floren., ein »archidiaconus« (Guido de Baysio) 12 flor., ein formularius notariorum 4 flor. etc.

Obwohl nicht alle aus jener hochherzigen Schenkung herrühren-den Bücher auf uns gekommen sind, da bei dem anlässlich der Hinrichtung des demagogischen Priesters Johann von Seelau 1422 ausgebrochenen Aufruhre ein beträchtlicher Theil derselben Schaden nahm (Balbin boh. doc. III, 73, Dobner mon. hist. IV, 161), so blieb doch der gleichzeitige ursprüngliche Catalog, der freilich auch einige anderweitig hinzugekommene Werke notirt, erhalten und bietet somit eine erwünschte Grundlage unserer Forschungen (Mus.-Ztschft. 1840 pg. 65, Serapeum 1850, Intelligenzblatt No. 9, 10). Laut desselben befanden sich in jener Sammlung die Schriften der hervorragendsten Canonisten, insbesondere des Archidiaconus (Guido de Baysio † 1313), Joan. Andreae († 1348) novella in decretales et sextum, Pauli (de Liazariis † 1356), Dini († circa 1300), Innocenz des IV. (apparatus † 1254), Hostiensis (Henricus de Segusio † 1271), Bartholomei Brixiensis († 1258), Goffredi (de Trano † 1245) summa (super rubricis decretalium), eine bei den Practikern jener Zeit mit Recht beliebte Arbeit (Schulte, Gesch. u. Litt. der Quell. II. Bd. pg. 90 ff. gegen Muther, zur Gesch. der Rtslit. pg. 51), Abbatis (scil. antiqui) und Petri de Sampsonis (beide im 13. Jahrhunderte), insbesondere aber Guilielmi Durantis speculum, Aegidii (Fuscararii † 1289) von den Männern der Praxis mit Vorliebe benutzter und daher von dem Vorgenannten ausgebeuteter ordo judiciarius, weiter Petri de Vineis' († 1249) Werk, wahrscheinlich dessen dictamina, und Ricardi de Pofis' (13. Jhrdt.) ähnliche Arbeit, dann verschiedene summae confessorum und libri poenitentiales, deren Bedeutung für die Reception des fremden Rechtes h. z. T. genügend anerkannt ist (Rössler, Brünner Stadtrecht pg. CXXI; Stintzing, pop. Rtslit. pg. 492; Schulte l. c. pg. 525; nun auch Rockinger: Bertold von Regensburg und Raimund von Peniafort, Absatz IV), schliesslich die sämmtlichen canonischen Rechtsquellen. Dieser Sammlung kömmt eine um so grössere Bedeutung zu, da es nach dem Universitäts-Statute gestattet war, Abschriften der in der Bibliothek vorfindlichen Werke durch besonders beeidete Copisten anfertigen beziehungsweise die Richtigkeit der besorgten Abschriften bestätigen zu lassen (Hanslík, Gesch. der prag. Univ.-Bibl. pg. 24), auf welchem Wege wohl zahlreiche Manuscripte über das Land Verbreitung gefunden haben.

Ein gewichtiges Zeugniss für die Eingangs dieses Abschnittes aufgestellte Behauptung legt aber die Capitelsbibliothek zu Sct. Veit in Prag ab. Vom Bischof Daniel nach einem Brande 1142 neu begründet (Pešina phosph. septicorn. pg. 39), dürfte sie im 13. Jahrhundert dem bei dem gedachten Capitel blühenden studium particulare zur Unterstützung gedient haben. Abgesehen von ihrem Alter und ihrer angedeuteten Beziehung zu einem der beiden angesehensten Capitel des Königreiches und der bedeutendsten Domschule im ganzen Lande, ist die gedachte Bibliothek wahrscheinlich unter allen pragern die einzige, die weder durch die hussitischen Unruhen, noch durch den 1541 zu Prag wüthenden Brand betroffen wurde, noch unter schwedischer Beutesucht 1648 zu leiden hatte (Balbin boëm. doc. III, 8 Anm.). Ihre Wichtigkeit würdigt der gewiegte Kenner der mittelalterlichen Rechtsliteratur Schulte, indem er (in seiner Abhandlung: Ueber die canon. Handschriften Prags pg. 4) anerkennt, »dass in derselben die juristisch-canonistische Literatur des 13., 14. und 15. Jahrhunderts, insbesondere soweit die casuistische Richtung in Betracht kömmt, überaus reich vertreten ist, so reich, wie ihm bisher keine derartige Bibliothek vorgekommen ist [6]; nicht minder reich ist dieselbe für die practische Jurisprudenz durch ihren Schatz von Formel- und Processbüchern«. Hiedurch ist aber die Möglichkeit erschlossen, die damalige Richtung der Rechtsentwicklung kennen zu lernen (Muther, ges. Aufs. pg. 120, 163; Schulte l. c.), insofern die meisten Bücher durch Vergabungen von Todes wegen nach Capitelsmitgliedern an die Bibliothek gelangten, wie z. B. nach den auf den Deckeln befindlichen Anmerkungen einige das Notariatswesen betreffende Schriften als dem Dr. Johánek (wie Joannes von Pomuk genannt wurde) gehörig bezeichnet erscheinen (Schulte l. c. No. 181, 205, 226). Aus den handschriftlichen Schätzen der gedachten Bibliothek erkennen wir, dass sich jene ordines judiciarii einer besonderen

[6] Einen neuerlichen Beleg hierfür bietet auch die Schulte nicht zugänglich gewesene Handschrift L VII, fol. 254—260, welche die bisher unbekannte repetitio capituli »licet« de foro competenti dom. Antonii dei gratia episcopi Feltrensis et Bellunensis de Naxeriis et Montayana, legentis decretales Paduae 1386 enthält, wodurch Schulte's (Quell. u. Lit. II. S. 274) Mittheilung zu ergänzen ist.

Beliebtheit erfreuten, welche vornehmlich den Practikern gute Dienste leisteten, so der s. g. ordo judiciarius Joannis Andreae in vier Exemplaren (Schulte l. c. No. 162, 250, 261 u. ein von ihm nicht erwähntes als 6. Stück des Cod. J. 39 hinter einem O. J. secundum stylum curiae romanae cum formis), O. J. Aegidii Fuscararii (ibid. No. 259 und über dessen Werth Schulte, Quell. u. Lit. des canon. Rechtes II. pg. 141, gegen Bethmann-Holweg Civ.-Proc. VI. Bd. pg. 137 ff), Joannis Urbach (No. 253), auch Bonaguidae: summa introductoria super officio advocationis in foro ecclesiastico[7] und ein bisher unbekannter, das kirchliche Gerichtswesen berücksichtigender ordo judiciarius (No. 260), ferner Innocenz des IV. Schrift: de exceptionibus (Schulte l. c. No. 208; dessen Quell. u. Lit. II. Bd. pg. 93; Stintzing l. c. pg. 287), Petri de Ferrariis practica (No. 189 apud Schulte), mehrere Sammlungen von Entscheidungen der rota romana (No. 211, 214, 215, 222), hauptsächlich die bekannte, die Praxis beherrschende Zusammenstellung von der Hand des ehemaligen Hamburger Dechants Dr. decr. Wilhelm Herborg, welcher 1377 als decretales ordinarie legens in studio pragensi angeführt wird und zuvor (1376) nach Rom als auditor rotae berufen wurde (Muther, ges. Aufs. pg. 106, Anm. 7; Schulte, cit. Quell. u. Lit. II. 69, Anm. 4), schliesslich eine Menge von Formulariensammlungen und die hervorragendsten der das Notariatswesen belangenden Schriften (Rolandini Passagerii No. 157, 195; Joannis Bononiensis No. 239; Boncampagni No. 269; Petri de Unzola No. 216; Petri de Vineis No. 178), darunter des Erstgenannten Aurora bereits 1355 laut des Originalinventars.

Als interessanter Beitrag für die Beurtheilung des Bildungsganges und der Bildungshöhe rücksichtlich des Rechtes möge hier das Verzeichniss jener Handschriften Platz finden, welche der mehrgedachte prager Canonicus Adam von Nečetic seinem Capitel 1414 letztwillig mit der Bestimmung zuwendete, ut studentibus quorumcunque facultatum studii pragensis juxta discretionem pro

[7] Schulte l. c. sah dieses MS. nicht, welches um das J. 1400 angefertigt, 17 Folio-Pergament-Blätter zählt und in dem Formulare fol. 6 (edit. Wunderlich S. 131) die Jahreszahl 1256 zeigt. Ueber die besondere Bedeutung dieser Arbeit für die Reception vgl. Wunderlich, Anecdota pg. 132; Rockinger, Formelbücher S. 154; Schulte, Quell. u. Lit. II. S. 111.

studio concedantur.. excepto suspecto de secta Wiclefistarum (MS. urbarium praepos. prag. capit. No. IX. fol. 31)[8]. Unter diesen Büchern, die wie er sagt: gravibus laboribus, servitiis et maxima difficultate successive acquisivi et partim scribi procuravi, finden sich nicht bloss die wichtigsten Quellen des canonischen und römischen Rechtes (decretales, Clementinae, digestum vetus et novum, Codex, institutiones et alius liber institutorum endlich auch liber feudorum), sondern gleichfalls die beliebtesten literarischen Hülfsmittel zu deren Studium, insbesondere der apparatus zu den Decretalen von Innocenz IV., zum Decret von Dr. Joannes Teutonicus, zu den Clementinen von Joannes de Lignano, auch die summa juris canonici fratris Martini, sowie schliesslich Quilielmi Durandi speculum sammt den additiones Joannis Andreae (Balbin misc. I. lib. V. vol. XI, pg. 221). Ueberblickt man diese Gesammtzahl und vergegenwärtigt man sich den Preis[9] jener Werke in den Decennien an der Wende des 14. und 15. Jahrhunderts, so muss man dem Sammelfleisse und Wissenseifer des Testators alle Achtung zollen. Uebrigens blieb sein Beispiel nicht ohne Nachahmung, denn auch Wenceslaus de Krumlow, decanus et administrator archiepiscopatus † 1460 vermachte dem Capitel die decretales, sextum et Clementinas, eine unbenannte lectura zu den sämmtlichen 5 Büchern der Decretalen, dann die lectura des Joannes de Lignano zu den ersten 2 Büchern, den liber infortiatus, reportata super digesto veteri, repetitiones mercuriales (wahrscheinlich Jo. Andreae), ferner eine glossa ad sextum und

---

8 In diesem MS. sind die Ausleiher aus den ersten Jahren nach des Testators Tode angeführt, unter Anderen 1418: Stephanus, canonicus prag. recepit Speculatorem.

9 Im J. 1374 kostete ein liber decretalium $2^3/_4$ Schock böhm. Groschen, also etwa 50 fl. ö. W. oder 100 Mark; im J. 1381 betrug der Gesammtkaufpreis für ein speculum judiciale (offenbar Quil. Durantis), einen Plinius und Cicero 117 Goldgulden oder 765 fl. ö. W. (nach prager Consistorial-Acten. Tomek, Gesch. Prags II. pg. 414). Im J. 1390 taxirte der plebanus scti. Michael. prag. Thomas in seinem Testamente das speculum Quilielmi mit XL flor. auri puri, das decretum mit X sexag. gross., den Sextus sammt den Clementinen mit 13, den Archidiaconus super sexto mit 3, den Innocentius (wahrscheinlich dessen apparatus in V. libros decretalium) mit 8 und die Novella in decretales und in sextum (Jo. Andreae) mit 30 Schock Groschen, indem er über den durch Verkauf dieser seiner Handschriften resultirenden Erlös letztwillig mit der Codicillarclausel verfügte: et si non valeant (dispositiones) jure testamenti valeant saltem jure codicillorum (vgl. MS. formularius Martini archid. prag. 1370—1407 fol. 53 in der Bibl. des prager Domcapitels).

consilia quaedam doctorum (cit. urbar. praep. fol. 29), weiter legirte Alexius patria Trebonensis (Wittingau) Dr. decr. † 1488 ecclesiae pragensi (d. h. dem Domcapitel) quam plurima juris canonici volumina (Berghauer l. c. pg. 152), endlich gelangte um dieselbe Zeit ein liber sextus als Vermächtniss nach dem Verweser des Erzbisthums Dr. decr. Hilarius von Leitmeritz an die gedachte Capitelsbibliothek (Schulte l. c. No. 16).

Weit beredter noch, als die Verbreitung fremder canonistischer speciell processualer Schriften sprechen heimische Arbeiten auf diesem Gebiete für die regen Strebungen der einschlägigen Studien [10]. Mit einiger Berechtigung kann hier die Margarita decreti des frater Martinus ordinis praedicatorum, domini papae poenitentiarius et capellanus, † um 1278 (Schulte, canon. Handschften Prags No. 94; Trithemius setzt ihn um 1320; Stintzing, pop. Rtslit. pg. 128), eines Troppauers (D'Elvert, Beitr. z. Gesch. u. Stat. Mähr. u. Schles. I. Bd. pg. 239), angeführt werden, die in zahlreichen Exemplaren handschriftlich über Böhmen verbreitet war (Schulte l. c. No. 30, 40, 94, 204, 279), wenn sie auch weniger ihres Werthes als ihres Einflusses wegen in Betracht kömmt. Dagegen ist — ausser den schon (S. 55) erwähnten casus und quaestiones des prager Rechtslehrers Stephan — [11] sicherlich hierher zu zählen die Arbeit des Dr. Bohuslaus de Praga (im Volksmunde Dr. Buček genannt, Balbin boëm. docta II. 116), der zwischen 1385—1396 als ordentlicher Professor der Decretalien zu Prag (vgl. Schulte l. c. No. 207) einen Commentar zum fünften Buche derselben schrieb [12], und die summarii casus super decre-

---

[10] Ueber die literarische Thätigkeit in Polen unter dem Einflusse der Krakauer Hochschule vgl. Rittner, kath. Kirchenrecht I. Thl. S. 80, insbesondere des Prof. und Rector (1413) Stanislaus von Skarbiměř commentum in V libros decretalium.

[11] MS. des prager Domcapitels N. 16 fol. 297—321. In alphabetischer Reihenfolge werden einzelne Rechtsgegenstände in der Weise der summae confessorum behandelt, z. B. von processualen insbes. forum, juramentum, notorium, testimonium, ähnlich civilistische und criminalistische Materien, sehr eingehend Wucherfragen (fol. 311—319) einschliesslich der quaestiones de redditu ad vitam, monopolio, poena conventionali, mutuo civitatis etc. Am häufigsten werden citirt: Raymundus (de Pennaforte), Goffredus, Hostiensis, Speculator, Joan. Andreae und Joannes de Saxonia, »qui fecit tabulam juris« (fol. 325 p. v., wodurch Schulte's Auffassung in seinen Quell. u. Lit. II. S. 386 eine neue Stütze findet).

[12] MS. im böhm. Mus., Schulte l. c. No. 118; dann in der Berliner Hof-

tales (Schulte, can. Hdschften No. 98; MS. in der prager Univ.-Bibliothek) des mag. Joannes de Praga 1389 Canonicus beim hiesigen Capitel, später Bischof zu Leitomischl und Olmütz, sowie Verweser des Erzbisthums während der Hussitenwirren, dem wegen seiner hierbei bewiesenen Standhaftigkeit und Tapferkeit von den Zeitgenossen der Beiname des Eisernen beigelegt wurde; weiter des obgenannten Canonicus Adam von Nečetic lectura super librum decretalium, wie aus seinem Testamente 1414 (Balbin misc. hist. dec. I lib. V vol. XI, 221) hervorleuchtet: lectura super librum decretalium per ipsum dominum testantem collata (Schulte, can. Hdschften No. 202 ausser Kenntniss hiervon, weiss den Autor nicht zu nennen) und schliesslich ein registrum materiarum decreti des mag. Petrus de Mladonowic (MS. Domcapitel zu Prag O. 7) 1438, eine in die Classe der repertoria juris einschlägige Leistung.

Entschieden wichtiger sind jedoch für den hier verfolgten Zweck Schriften, welche geradezu die literärische Thätigkeit böhmischer Practiker auf dem Felde des Processrechtes erhärten, nämlich zwei am Schlusse des 14. Jahrhunderts entstandene Handbücher über das Verfahren (Muther, Zur Gesch. des röm. Rechtes in Deutschland im 14. u. 15. Jhrhdt). Das erstere mit den Worten: Quia citatio est fundamentum ordinis judiciarii beginnend, ist verwandt mit der bis in die jüngste Zeit übersehenen introductio procuratoris, dem fünften Stück des liber plurim. tract. (vgl. Muther's Notizen bei Wetzell, Civ.-Proc. 3. Aufl. § 3. Anm. 15 u. 17), welche auch in der Nürnberger Ausgabe — impress. per Joan. Weyssenburger 1510 — des s. g. process. judiciarius Joan. Andreae neben dem juris defensorium abgedruckt erscheint. Die Zeit der Abfassung der obigen Schrift scheint um das Jahr 1385 angesetzt werden zu müssen und manche gewichtige Anhaltspuncte sprechen für des erzbischöflichen Officialen Nicolaus Puchník Autorschaft, der als licentiatus juris canonici an der prager Hochschule laut des noch heute vorliegenden protocollum receptorum in canon. prag. (MS. nach Frind, böhm. Kirch.-Gesch. III. 49, Anm. 1) hervorragte und wie oben er-

---

bibliothek und ein Theil in der Leipziger Universitätsbibliothek; vgl. nun auch Schulte, Gesch. u. Lit. der Quell. II. pg. 285.

wähnt, im J. 1377 Vorträge an derselben gehalten haben soll (Pelzel, König Wenzel IV., II. Thl. pg. 485). Das Schriftchen zeigt an einem vollständig durchgeführten practischen Falle den regelmässigen Verlauf des Verfahrens unter Hervorhebung aller möglichen Zwischenfälle; eine willkommene Beigabe desselben bilden kurz gehaltene theoretische Anmerkungen und Erläuterungen, sowie Formulare für die häufigsten Klagen und wichtigsten Gerichtshandlungen. Das zweite Werk mit den Eingangsworten: Circa processum judiciarium in causis delegatis dürfte den oben erwähnten Dr. Georg de Bora zum Verfasser haben und etwa um das Jahr 1387 entstanden sein. Dieses Handbüchlein hat einen mehr theoretischen Character und ist an Material reicher als das früher angeführte; insbesondere finden sich in demselben häufige manchmal sogar wörtliche Berufungen von Stellen aus Durantis speculum. Eine bisher unbekannte Handschrift[13] dieses Werkes besitzt die prager Domcapitelbibliothek (explicit 1415), früher als Beiband der Consistorial-Acten des Administrators des prager Erzbisthums Johann von Kralowitz 1420—1430, nun unter der Signatur IV. 13.

Obwohl nach den vorausgeschickten Darlegungen das Studium des fremden formellen Rechtes sich zu hoher Blüthe erhoben haben musste, hätte die Macht der Theorie kaum hingereicht, die in späteren Zeiten vollendete allmälige Verdrängung des heimischen Verfahrens zu befördern, wenn nicht eine auf breitester Basis operirende practische Thätigkeit in weiteren socialen Kreisen dem Umschwunge energisch vorgearbeitet haben würde, nämlich die berufs- und oft auch bloss handwerksmässig geübte Rechtsanwendung bei der Urkundenverfassung und Processführung. Die juridischen Halbwisser haben an der Einbürgerung des bisher fremden Rechtes den Löwenantheil. Bekanntlich gelangten die Rechtsbeflissenen jener Jahrhunderte nicht vermöge einer geeigneten Methode in einer kurzen Spanne

[13] fol. 48 einschliesslich der von Muther l. c. beschriebenen Beigaben. In den Formeln werden genannt: das consistorium pragense; vicarii in spiritualibus archiep. prag.; sexagenae grossorum pragensium; Nicolaus, officialis; Jacobus, officialis pragensis (fünfmal); Joannes, archiep. prag.; H. quoudam olomucens. episcop.; Joannes, episcop. olomuc.; erwähnt wird eine villa Janušowic, dann die Jahre 1389 und 1410.

Zeit zu mittelmässigen Fachkenntnissen, sondern verliessen vielmehr — weil unter dem Mangel genügender literarischer Hülfsmittel und unter der herrschenden exegetischen Methode hart leidend — die Hochschule regelmässig mit kaum grösserem, als halbem Wissen (Stintzing, Gesch. der pop. Lit. des röm.-can. Rts. pg. 29). Den aus der Schule direct in das bunte, vielseitige Getriebe des Rechtsverkehrs hinausgestossenen Rechtsjüngern boten daher Formelsammlungen die ersehnte Handhabe zur Bewältigung der Praxis, zumal literärische Hülfsmittel im eigentlichen Sinne ihnen wegen der ungenügenden Vorkenntnisse unzugänglich und häufig der hohen Preise wegen unerschwinglich blieben. Kostete doch beispielsweise ein liber sextus cum apparatu Joannis Andreae in Prag am Ende des 14. Jahrhunderts 11 Ducaten (Schulte, can. Hdschften No. 16), wobei als Massstab des Geldwerthes zu vergleichen ist, dass daselbst nur diejenigen Studenten ein Honorar für Vorlesungen zu zahlen verpflichtet waren, welche jährlich mehr als 12 Ducaten zu verzehren hatten (Schulte, Gesch. u. Lit. der Quell. pg. 458, Anm. 7). Vorzüglich aber in der Zeit vor Begründung der Hochschule waren offenbar Formelsammlungen der einzige Anker der an fremden Universitäten überhaupt nicht oder nur unzureichend ausgebildeten Practiker auf der hohen See des mächtig wogenden Rechtsverkehrs. Diese rein practischen Hülfsmittel leisteten rücksichtlich der extensiven Einwirkung für die Reception des fremden Rechtes weit mehr als rein literärische Arbeiten; ihr Wirkungsgebiet war ein weit gestecktes, während die letzteren bloss in dem engen Kreise Gelehrter Einfluss äusserten.

Ursprünglich dienten derartige Sammlungen lediglich stylistischen Zwecken, in Bälde jedoch wurden sie durch Aufnahme von Formularien bald einzelner bald zahlreicher Rechts- und Gerichtsurkunden erweitert. Später finden sich in solchen auch dogmatische Einleitungen und theoretische Erläuterungen zu den einzelnen Arten der Urkunden, bis schliesslich ganze ordines judiciarii ihnen einverleibt werden, wie z. B. dem Formelbuch des kaiserlichen Notars Peter de Hallis der ordo judiciarius Tancredi, (womit die einleitenden Bemerkungen der Ausgabe desselben in den fontes rer. austr. II. Abthl. 6. Thl. zu ergänzen sind). Die

eingehende Durchforschung der zahlreichen handschriftlich erhaltenen Formelsammlungen nach der chronologischen Reihenfolge wäre eine für die detaillirte Nachweisung des Receptionsganges sehr verdienstliche Arbeit; vermöge einer derartigen Forschung würde gewissermassen der Pulsschlag der Reception erkannt werden.

Die Formelsammlungen sind entweder ursprüngliche, nämlich direct aus vorliegenden Urkunden angefertigte, wobei häufig die individualisirenden Momente (Parteibezeichnung, Zeit und Ort der Ausstellung) weggelassen wurden oder abgeleitete d. h. aus anderen bereits vorhandenen Sammlungen geschöpfte (Palacký, Formelb. I. pg. 223). Derartige Sammelwerke sind vorhanden rücksichtlich der Urkunden aus den Kanzleien der Könige Přemysl Ottakar II. und zwar eines angelegt von Henricus de Isernia (edid. Dolliner), das andere von Henricus Italicus (edit. Voigt im Arch. f. Kunde öst. Gesch.-Quell. Bd. 29), dieses letztere im Wesen identisch mit dem s. g. Formelbuche des Zdenko von Trebecz (Palacký l. c. pg. 222), welches sich als dessen erweiterte Umarbeitung darstellt (Lorenz, deut. Gesch. cit. I, pg. 393, Anm. 1)[14]; aus der Canzlei Karls IV. ebenfalls zwei, eines zusammengestellt wahrscheinlich von Joannes de Novo foro, das andere von Joannes de Gelnhausen (abgedruckt von Hoffmann, Sammlung ungedr. Nachrichten, Halle 1737) (prager Univ.-Bibl. MS. Dr. Elvert, Beitr. z. Gesch. u. Stat. Mähr. I. pg. 234; Stobbe, deut. Rechtsquellen I. 1. Abthl. pg. 452, Anm. 25; Rockinger, Formelb. S. 175, Anm. 463); weiter aus jener Wenzels IV. (MS. prager Domcapitelbibl. Schulte, can. Hdschft. No. 256, 267; dann im Wittingauer Schlossarchiv Palacký, Formelb. II, 9) und Georgs von Poděbrad von der Hand des Dr. Gregorius von Heimburg (Palackýděje. č. IV. 2. Abthl. pg. 319, Anm. 234, sodann Palacký, Formelb. I, 223). Insbesondere die von Joannes von Gelnhausen bewirkte Zusammenstellung weist zahlreiche Spuren des Eindringens des canonischen Verfahrens in die weltlichen Gerichte auf.

---

[14] Vgl. über Beide ausser den in Note 14 Abschn. IV Genannten: Rockinger, Formelb. S. 161, 165 und Voigt im Vorworte zu der obenerwähnten Ausgabe.

Ausser diesen Sammlungen von Königsurkunden existiren wichtige Collectionen[15] minder officiösen Ursprungs, denen in mancher Beziehung eine, den eben erwähnten gegenüber hervorragendere Bedeutung zukömmt. In erster Reihe sind hier anzuführen das s. g. Formelbuch der Königin Kunigunde, Gattin Přemysl Ottokar's II., zusammengetragen von magister Bohuslaus etwa zwischen 1270—80 (Palacký, Formelb. I. 225) und das nunmehr in der Bibliothek des Stiftes zu Wilhering (bei Linz) verwahrte aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammende (l. c. pg. 247). Das erstgedachte sticht deshalb hervor, weil es als das einzige unter allen gleichzeitigen Sammlungen ähnlichen Charakters auch Formularien von Rechtsurkunden bringt z. B. l. c. Beilage No. 88 formula concordationis litigantium 1268, No. 101 commisio judicii (vgl. auch Rockinger, Formelbücher pg. 158). Das Letztere aber zieht die Aufmerksamkeit aus dem Grunde auf sich, weil es die vollständigen Acten eines nach canonischen Vorschriften über das gerichtliche Verfahren in den Jahren 1310—1333 durchgeführten Processes enthält (Palacký l. c. I. pg. 248), somit — neben den in originali erhaltenen Pro-

[15] Das rechtsgeschichtliche Material derselben ist bisher leider fast unberührt geblieben, obwohl nicht blos für das processuale Gebiet werthvoller Stoff zu gewinnen wäre. Beispielsweise möge im Hinblicke auf Stobbe's Aufforderung (Zeitschr. f. d. g. Handelsrecht VIII. S. 28) auf die in einem Formelbuche der ersten Hälfte des 14. Jahrh. (aus der Königs-Zeit Johanns von Luxemburg, † 1346) vorkommenden Urkunden hingewiesen werden, welche Assignationen (Formelb. Palacký's I. S. 353, Beil. 156) und eine Quittancia (Cohn, Zeitschr. f. vergl. Rechtswissenschaft I. S. 126) enthalten, die an die kgl. Beamten der Kuttenberger Silbergruben gerichtet sind, womit noch zu vergl. der kgl. Schuldschein mit Ordreclausel 1305 an den päpstlichen collector decimarum terrae sanctae bei Emler reg. No. 2035 (vgl. über ähnliche Urkunden Neumann, Gesch. d. Wechsels im Hansagebiete S. 40 ff.) und einzelne Inhaberpapier-Formulare in anderen Formelbüchern. Nicht minder interessant ist der dort vorkommende Auftrag eines auf Geschäftsreisen befindlichen prager Kaufmanns an seine Angehörigen rücksichtlich mehrerer Geldbeträge, welche er angewiesen hatte (destinavit), dahin lautend: praecipio vobis quatenus dictos florenos (CC) conservetis, et quodsi videritis, quod floreni sunt cari et validi, tunc jubeo vos cambire, quantum melius poteritis per III gr. vel qualitercunque melius poteritis (pg. 356). Derselbe legt in ähnlicher Weise über die Entwickelung des Handelsverkehrs zu Prag in der ersten Hälfte des 14. saec. Zeugniss ab, wie das prager Statut 1328 betreffend den Fall: quando unus excredit bona alicujus et postea aufugit, quid cum illo sit faciendum (Rössler, prag. Stadtrecht S. 17), das an italienische Statutarvorschriften gegen die decoctores gemahnt, und die Hervorhebung des Reinherus de Florentia et ejus societas in dem, prager Handelsverhältnisse (Stapelrecht) regelnden Königsbriefe vom J. 1304 (Emler reg. No. 2005).

tocollen rücksichtlich eines Streites über das Patronatsrecht zur prager Tein-Pfarrei vom J. 1319—20 (die im Anhange zur Veröffentlichung gelangen) — einen werthvollen Beitrag zu den ältesten in Deutschland bekannten gemeinrechtlichen Processacten [16] darbietet [17].

Einen besonderen Platz verdient hier ebenfalls ein offenbar den ersten Jahren des 14. Jahrhunderts angehöriges Formelbuch (Sign. J. 26 fol. 1—10 des prager Domcapitels). In Böhmen entstanden, da es Königsurkunden Ottokar's II. (1270 Palacký, Formelb. I. S. 301, 275) und einen Landtagsschluss (1281 Emler reg. No. 1238) fol. 9 p. v. neben Beschlüssen einer magdeburger Synode (1266 fol. 4 vgl. Schannat concilia Germ. III. pg. 798) reproducirt, soll es denjenigen dienen: qui nullis scientiae donis praediti, provectorum a tergo calcant vestigia, fragmenta doctrinae querentes auscultando. Es zerfällt in 3 Theile, deren erster in 74 Capiteln »modulos processuum quorundam negotiorum formasque litterarum eorundem zusammenstellt, meist Formeln kirchlich-administrativen Inhalts, auch Citationen, Exceptionen, Commissionen, Procuratoria und Appellationen bei derartigen Anlassen, Verzichts-, Verkaufs- und Schenkungsurkunden mit Entsagungsclauseln rücksichtlich röm.-canon. rechtlicher Einwendungen, während der zweite in 25 Capiteln formas litterarum, quae ad processum judicii requiruntur anführt, indem nämlich nach einigen kurzen Bemerkungen über positiones und respon-

[16] Acten vom J. 1300 in der Schleswig-Holsteinschen Urkundensamml. I. S. 149 nach Stölzel l. c. I. S. 22, Note 23; vom J. 1311 ff. publicirte Schaumann, Jena 1847; vom J. 1340 ff. Herrmann, Jena 1871; vom J. 1356 Michelsen, Jena 1844.

[17] Während die dem Formelbuche des Klosters zu Wilhering entnommenen Acten ein deutliches Bild des canon. Verfahrens in Böhmen im Detail entrollen, gewährt das in orig. erhaltene Gerichtsprotocoll über eine im J. 1319—1320 zu Prag gepflogene Streitverhandlung einen klaren Einblick in den gesammten Processverlauf. Ein Gerichtsbrief über eine Contumacial-Verhandlung nebst Urtheilsfällung aus dem J. 1265, welche für unseren Gegenstand insofern Interesse hat, als bei derselben Arnoldus, praepositus ordinis scti. Benedicti de Brunna als Richter per subdelegationem fungirt und ursprünglich auch H . . . . . decanus Znojemsis, zu diesem Amte berufen war, obwohl die Verhandlung in Wien gepflogen wurde, findet sich in den font. rer. austr. XVIII. Bd. pg. 49. Eines Monstreprotocolls von 44' 9" Pergament-Länge über einen zwischen zwei baierischen Klöstern im J. 1322 abgeführten Exemtions-Streit macht Rockinger (Abhdlg. der baier. Acad. der Wiss. hist. Cl. 12. Bd. pg. 58) Erwähnung.

siones Formeln für Klagslibelle in actione personali vel reali, für die commissio causae, delegatio, citacio, contumacia, sententia diffinitiva, appellatio, Processvollmachten und Compromisse untermischt mit knappen theoretischen Notizen folgen, worauf im dritten Theile clausulae petitionum, arengae, salutationes das Werk abschliessen. Erwähnt werden in Formeln die Jahre 1290, 1300 und die nach Böhmen entsandten päpstl. Legaten (contin. Cosmae bei Pertz monum. IX. 167 und Palacký ital. Reise No. 384) Guido 1267 und Joannes episcop. Tusculanus 1286.

Eine eingehendere Erwähnung erheischt[18] ferner das Formelbuch des Joannes dictus Přimda filius Nicolai aurigae seu vectoris, publicus notarius de Tusta (Tausz). Aus den letzten Decennien des 14. Jahrhunderts herrührend (Schulte, can. Hdschft pg. 83, 1377; Palacký, Formelb. II, 5, 1384; jedoch fol. 68 Urkunden aus dem J. 1387, also später) ist es eine der reichhaltigsten Sammlungen unter den bekannten, soweit Process-Urkunden in Frage kommen. Ausser diesem Materiale enthält es als theoretische Zuthat die zwischen 1280—1290 entstandene, Spuren practischer Benützung (Revocationen, NB.) zeigende summa notariae magistri Joannis de Bononia[19] und den s. g. ordo judiciarius Joannis Andreae mit der Jahreszahl 1260 im Explicit[20]. Jener Theil, welcher

---

[18] Abgesehen von ihrer Wichtigkeit in processualer Beziehung verdient diese Sammlung auch betreffs ihres culturgeschichtlichen Werthes Beachtung, indem sie, ihrem Jahrhunderte weit vorauseilend, für den Judeneid eine Formel bietet, die durch Fernhalten alles abergläubischen und beleidigenden Beiwerkes den Eidesformeln für Israeliten in der modernen Legislative an Einfachheit und Klarheit gleichkommt (vgl. Palacký, Formelb. II. pg. 6).

[19] Vgl. über dieselbe Rockinger l. c. pg. 131, 161; dessen Quell. u. Erörterungen z. baier. Gesch. IX. Bd. 2. Abthl. pg. 595—711; Schulte l. c. pg. 86. Die Domcapitelbibliothek enthält noch ein zweites MS. des Joannes Bononiensis (Schulte l. c. No. 239); die dort in Formularien vorkommenden Jahreszahlen sind (unter Zugrundelegung der edit. Rockinger's citirt) 1287 (S. 607), 1287 (S. 610), 1282 (S. 673) und im Schlusscapitel (S. 711) 1300. Die im Texte erwähnte H.S. hat insbesondere fol. 49 bei der sententia arbitrorum und fol. 51 bei der forma appellationis grosse, in Farben ausgeführte Notabene's. Ein Formelbuch der erwähnten Bibl. Sign. K 16 (Anfang des 15. saec.) reproducirt fol. 109—112 die Anleitung betreffs der Zeugenabhörung aus der gedachten summa notariae (vgl. Rockinger cit. Quell. S. 671—678 nach der dort benutzten Handschrift B).

[20] In der citatio delegati (edit. Wunderlich cap. 3, § 3) wird genannt Gregorius servus servorum dei, wohl der IX 1227—1234 (Stintzing, pop. Rechtslit. S. 212) und H. dei gratia episcopus, ebenso cap. 4 princ.; in dem c. 3 § 2 heisst es betreffs der tria edicta citationis: quorum quodlibet continet XIV. dies. Bemerkenswerth, weil ein Beleg für Muther's Ansicht (ges. Aufs.

mit diesem Processhandbüchlein anhebt, trägt die Ueberschrift Cancellaria Joannis de Dražic, episcopi pragensis (1301—43), und enthält als ein von dem übrigen Materiale abgesondertes Ganze neben dem erwähnten ordo judiciarius wesentlich dieselben Urkunden des bischöflichen Gerichtes zu Prag, welche in das s. g. Wilheringer Formelbuch Aufnahme fanden. Der Sammler nahm somit offenbar die ältere bischöfliche Sammlung sammt ihrer theoretischen Einleitung in seine Collection auf. Aus dem Bemerkten ergibt sich direct, dass der gedachte ordo judiciarius bereits im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts in Böhmen bekannt war, wodurch Rockinger's Behauptung (in dessen Schrift: »Ueber einen ordo judic. bisher dem Joan. Andreae zugeschrieben«) einen neuerlichen Beleg findet. — Formelbücher mit zahlreichen gemeinrechtliche Spuren tragenden Urkunden der beiden ersten prager Erzbischöfe Ernst (1344—1364) und Johann (1364—1380) enthält ein als Cancellaria archiepiscopi Arnesti bezeichnetes Sammelwerk in 24 Titeln, MS. der Univ.-Bibliothek zu Prag (Sig. 12 C 17; Schulte, can. Hdschft No. 63). Ausser den genannten Formelsammlungen finden sich in Bibliotheken Böhmens noch zahlreiche[21] zumeist

S. 184) betreffs Speier's als Entstehungsort dieses ordo judiciarius ist der Eingang des libellus conventionalis (cap. 4, § 10): Ego, civis spirensis B. militi etc. Auf einem offenbaren Lese- oder Schreibfehler beruhen die Varianten cap. 8 § 14 judex statt judaeus unter den testes qui prohibentur und cap. 9 § 4 in cimiterio statt comitio. An derselben Stelle ist auch zu lesen: quod p. emerit talem rem . . . pro decem libris denariorum. Im cap. 12 § 5 lautet die Anrede in der in scriptis appellatio: domine decane. Die Handschrift deutet mit keiner Bemerkung auf Joannes Andreae als Verfasser, sondern bietet das Schriftchen als anonymes dar. Der Abschreiber ging geistlos und mechanisch zu Werke, wie obige Lesefehler nebst anderen und Auslassungen im cap. 1 und Kürzungen der Formulare darthun. In den Varianten zeigt sich eine, wenn auch nicht ausschliessliche, doch beachtenswerthe Uebereinstimmung mit den Lesearten des Codex bibl. basil. (Cod. b) Wunderlichs vgl. seine editio praef. X. — An dieser Stelle ist auch daran zu erinnern, dass die unter dem Namen des Senckenberg'schen Gerichtsbüchleins bekannte deutsche Uebersetzung des mehrgedachten O. J. aus dem 15. Jahrhundert sich in einem, auf österr. Boden gefundenen MS. erhielt (König in praef. ad corpus juris german. I. 2. pg. XVII und Horn's Ausgabe jener Uebersetzung S. IX).

[21] Das prager Domcapitel besitzt insbesondere eine, zeuge der Formeln, dem Anfange des 14. Jahrh. angehörige, in oder bei Brüssel entstandene summa Quilielmi canonici de arte dictandi, die in ihrem II. Theile auch die wichtigsten processualen Formulare enthält (Sign. M. 115); sodann eine expositio Joannis, Scotorum rectoris Viennae (1347) zur ars dictandi Ludolfi, welch letzterer ausdrücklich canonicus hildimenensis genannt wird (fol. 83 Sign. M. 117), womit das bei Rockinger l. c. S. 191, Anm. 416, 568 und in dessen Quell. cit. 9. Bd. 1. Abthl. S. 353 Gesagte zu ergänzen ist.

aus späteren Jahren herrührende Manuscripte dieser Gattung; so zählt z. B. Schulte, can. Hdschft pg. 7 lediglich aus drei prager Bibliotheken 16 auf. Bemerkt zu werden verdient auch, dass das durch Aufnahme des eben erwähnten O. J. interessante, s. g. Formelbuch des Klosters Baumgartenberg (bei Linz), um das Jahr 1302 entstanden, in seiner dritten Abtheilung, wo insbesondere de lite in causa civili, de arbitris et formis arbitriorum, de procuratione, de jure advocatiarum gehandelt wird, hauptsächlich mährische Verhältnisse vor Augen hat (Rockinger in den cit. Quell. u. Erörtg. z. baier. Gesch. IX. Bd. II. Abthl. pg. 837, 720, 716). Gerade dieser Theil (l. c. S. 759—784) aber ist in dem Formularius Henrici Italici (im Domcapitel-MS. K 33 fol. 108—116), vornehmlich mit den Lesearten der bei Rockinger l. c. beschriebenen MS. des Klosters Sct. Niclas bei Passau und der wiener kais. Bibliothek übereinstimmend, mit den Jahreszahlen 1300 und 1312 in Formeln (vgl. l. c. S. 778 Anm. 5, S. 771 Anm. 4) als Anhang aufgenommen.

Das allmälige Eindringen des fremden Process-Rechtes beförderte schliesslich in den Kreisen derjenigen halbgebildeten Practiker, die sich nicht einmal die Kenntniss der damaligen Gelehrtensprache angeeignet hatten, ingleichen unter Laien des Rechtes die Verbreitung von Schriften, welche an der Grenze processualer Handbücher und geistlicher Romane stehend, gewöhnlich mit dem Gesammtnamen processus Sathanae bezeichnet zu werden pflegen. Der Gedanke, das Verhältniss des Menschen zu dem Todfeinde des Menschengeschlechtes in der Form eines Rechtsstreites darzustellen, entspross in der Literatur überhaupt zuallererst auf böhmischem Boden in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Bestritten ist, ob die böhmische (s. g. Tkadleček vgl. Jungmann, Gesch. d. böhm. Liter. pg. 32 No. 71) oder die deutsche Bearbeitung dieses Stoffes, welche letztere unter den deutschen Incunabeln mit der Aufschrift: Der Ackersmann von Böheim vorkömmt (Dobrowský, Gesch. d. böhm. Liter. 2. Aufl. pg. 158; Stintzing, popul. Rtslit. pg. 260), die ursprüngliche sei[22]. Ein Rechtsstreit im eigentlichen

[22] Palacký děje č. II. 1. Abthl. pg. 393; Mittheil. des Vereines f. Gesch. der Deut. in Böhm. 1877, 16. Jahrgg. 1. Heft. pg. 31.

Sinne des Wortes mit rechtlichen Deductionen liegt freilich hier nicht vor; es erscheint vielmehr nur ein über den Tod seiner Geliebten von Schmerz erfüllter Jüngling im Gespräche mit dem Unglücke als Kläger, während letzteres gewissermassen die Rolle des Beklagten einnimmt. Doch seine lebhaften Vorwürfe und deren Entkräftung von der Gegenseite, sowie die endliche Lösung der Streitfrage durch Gott, gemahnt sehr an die Durchführung einer Streitverhandlung vor Gericht. Eine ähnliche Idee liegt den Satansprocessen zu Grunde; es tritt jedoch bei ihnen das processuale Moment gegen das romantische in den Vordergrund. Diese eigenthümlichen Literaturerscheinungen befassen sich bekanntlich mit der Darstellung eines Rechtsstreites, den der Satan bald mit dem Erlöser, bald mit dem Menschengeschlechte um dessen Erlösung nach strengen Processformen durchführt, wobei alle erforderlichen Formulare für die Parteischriften und Gerichtsacten, sowie Urtheile zur Anwendung gelangen (vgl. Stintzing l. c. pg. 259; Stobbe, deut. Rtsquell. I. 2. Abthl. pg. 378). Der erste bekannte Verfasser derartiger Arbeiten war Jacobus de Theramo, Canonicus und Archidiacon in Italien, angeblich auch Professor in Padua und Bischof in italienischen Diöcesen, geb. 1350, † 1417 (Schulte, Quell. II, pg. 377; Stintzing l. c. pg. 271). In seiner Bearbeitung wird der Streit des Erlösers gegen den Herrscher der Unterwelt dargestellt, weshalb dieselbe kurzweg Belial genannt zu werden pflegt[23]. Von Urban VI. nach manchen Verhandlungen anerkannt, erlangte sie Verbreitung über fast ganz Europa und wurde in viele moderne Sprachen übersetzt. Eine andere ältere Behandlung eines ähnlichen Stoffes, in welcher nämlich der Streit zwischen dem Menschengeschlechte und dessen ewigem Bedränger Satan abgeführt ist, wurde in mehrfacher Recension verbreitet, deren dritte behufs besseren Vertriebes mit dem Namen des berühmten Rechtslehrers Bartolus a Saxoferrato pseudonymer Weise (Muther, Ztschft f. Rechtsgesch. VIII. Bd. S. 124) geschmückt erscheint. Dieselbe erfreute sich auch in den böhmischen Ländern



[23] Eine böhm. Uebersetzung aus dem Anfange des 15. Jahrh. (nach den Sprachformen) in der mehrgenannten Domcapitel-Bibl. (Sign. O. 35 fol. 68—177) schliesst mit den Worten: Beendigt zu Aversanum bei Neapel den 30. Oct. 1378, im 5. Jahre der Regierung des hl. Vaters Urban VI. und im 33. meines Alters; vgl. Stintzing l. c. S. 273.

keiner geringen Beliebtheit, da zahlreiche Handschriften im Urtexte (z. B. 3 in der prager Domcapitelsbibliothek, 1 in der Univ.-Bibl. aus dem Kloster zu Wittingau) und in böhmischer Uebersetzung vorfindig sind (im böhm. Mus. 4 aus der zweiten Hälfte des 15. Jhdts., in der Domcap.-Bibl. 1, auf der Pfarre Sct. Adalbert zu Prag 1). Manche Daten stehen zu Gebote, um die Verbreitung beider Gattungen unter böhm. Practikern genügend zu beleuchten. Schon im J. 1414 legirt der mehr erwähnte prager Canonicus Adam von Nečetic einem Notar librum diversorum processuum, sententiarum cum aliis quatuor tractatibus Jacobi de Theramo, episcopi Florentini (Balbin misc. hist. I. lib. V. vol. XI, 221). Eine böhmische Handschrift aus dem J. 1450 trägt die Ueberschrift: »Es beginnt die nützliche Schrift Belial zum Gerichte nach kirchlichem Rechte gehörig« (Sabina, Gesch. d. böhm. Lit. pg. 829). Weiter beruft sich der Verweser des prager Erzbisthums, der auf italienischen Rechtsschulen gebildete Dr. decr. Hilarius, in seinen, päpstlichem Auftrage gemäss geführten Kämpfen mit König Georg von Poděbrad (1466) auf gedachten Belial als eine allgemein bekannte Schrift (Jireček, Handbuch der böhm. Lit. pg. 56)[24]. Wenige Jahrzehnte später führt in Böhmen (im J. 1553) das practische Bedürfniss den zu Wittenberg gebildeten Canzler der Altstadt Prag's Sixtus von

[24] Belege dafür, dass die Praxis in Deutschland ähnliche Arbeiten als Leitfaden des Processbetriebes verwerthete, sind nicht schwer beizubringen. Um dieselbe Zeit (1461) wurde auch in Böhmens Nachbarlande Bayern das erwähnte Werk in deutscher Uebersetzung neben Rechtshandschriften gereiht (Rockinger, Abhandlg. der bayer. Acad. der Wiss. 12. Bd. pg. 182, 219), offenbar um hierdurch der Gerichtspraxis zu dienen. Schon 1507 erschien zu Strassburg »bei Johann Preussen« in deutscher Sprache eine Bearbeitung des Belial im Druck (vgl. Ayrer: historischen Processus juris, Widmungsvorrede zur 2. Aufl. 1597, welcher die Autorschaft des Originals dem »Jacob von Theren« [sic] zuschreibt). Auch Tengler's Laienspiegel (vollendet 1511, Strassburg bei Meister Hans Othmar) bringt fol. 165 p. v. bis fol. 180 einen »kurz gedichteten Process« verteutscht, der sich nur als freie Uebertragung des dem Bartolus zugeschriebenen Satansprocesses darstellt (Stintzing, pop. Rtslit. pg. 443). Endlich mag noch ein directer Beweis für die obige Behauptung aus der Vorrede des processus diaboli juridicialis adversus genus humanum (Witenbergae excudebat Petrus Seitz 1566) des Georgius Lagus hier Platz finden; der Verfasser schreibt nämlich an den senatus regiae civitatis Torunensis: Honestissima plane et digna laude est voluntas hujus urbis, quae voluit praeficere judiciis aliquem ob hanc maxime causam, ut secundum legum normam jus ibi diceretur inque ea re optavit uti opera et consilio meo . . . Hoc inclyti senatus honestum propositum, ut ipse non tam verbis, quam re ornarem meamque etiam spartam, quam sum nactus, eidem com-

Ottersdorf, einen im Rechte, wie unten nachgewiesen werden wird, wohl bewanderten Mann dazu, eine in zahlreichen Handschriften cursirende, dem Belial nahe verwandte böhmische Uebersetzung beziehungsweise Bearbeitung unter dem Titel: Solofernes im Druck zu veröffentlichen. In der Vorrede hebt der Herausgeber nachdrücklich hervor, dass »dieses Buch besonders jenen gute Dienste leisten werde, die sich mit Gerichtshändeln abgeben, damit sie dem Beispiele guter Rechtsfürsprecher zu folgen sich gewöhnen möchten«. Dass diese Anpreisung nicht fruchtlos verhallte, leuchtet daraus hervor, dass noch in demselben und sodann in den beiden folgenden Jahrhunderten neue Auflagen veranstaltet wurden (1564, 1600, 1721 vgl. Jungmann l. c. pg. 113). Belege endlich dafür, dass noch bis knapp vor der jüngsten Codification des österreichischen Processrechtes, nämlich vor Verkündigung der josephinischen Gerichtsordnung vom Jahre 1781 die Ueberzeugung von der practischen Brauchbarkeit jenes Werkes nicht erloschen war, gewähren die Aeusserungen des gelehrten Jesuiten Balbin's († 1688): hoc opus passim Bohemorum manibus teritur (boëm. docta II, 244) und die Bemerkungen Adauct Voigt's (acta liter. Boh. et Mor. 1783 II. pg. 56, 58), Pelzel's (Abbild. böhm. u. mähr. Gelehrt. IV. Thl. pg. 27 ao. 1782) und Ungar's (in den Anm. zu Balbin l. c. Note 234 ao. 1778), aus denen hervorgeht, dass dasselbe zu ihren Zeiten noch als »formulae jurisconsultorum bohemicorum« im Gebrauche war.

---

probarem, scripsi hunc ordinem et processum, eumque inclyto senatui, dominis meis colendissimis mitto etc. Als Richter fungirt Gott Vater, als Geklagter tritt das genus humanum auf, der hl. Geist ist dessen ordinarius advocatus gegenüber Beelzebub, dem procurator der curia infernalis. Bei dem auf den Charfreitag angesetzten Termine wird die Verhandlung zwischen beiden Parteienvertretern ohne Beweisführung durchgeführt und das Endurtheil gefällt. In dem lebhaften Wortgefechte beider Anwälte werden zahlreiche Quellenstellen citirt; im Uebrigen jedoch viel theologisirt.

VI.

Receptionsgang.

Die bisherigen Darlegungen hatten die treibenden Kräfte zum Gegenstande, die bei der Reception des fremden Processrechtes eingriffen. Es wurde versucht, die einzelnen Factoren zu beleuchten, deren einträchtigem Zusammenwirken das überraschende Werk gelungen ist. Es genügt jedoch keineswegs, die einzelnen Räder und Hebel des Organismus für sich in Betracht zu ziehen und zu beschreiben, vielmehr muss das Gesammt-Getriebe in seiner Wirksamkeit betrachtet, das Resultat des Eingreifens jedes einzelnen Factors dargelegt und so im stufenweisen Aufsteigen das allmälige Eindringen und Erstarken des fremden Gerichtsverfahrens bis zu seinem endlichen Siege in den Gerichten und in der Gesetzgebung geschildert werden. Still und lautlos, ohne gewaltsame Umwälzungen und Zuckungen, in natürlicher Folge der Ereignisse entstand das in seiner Vollendung grossartige Werk. Auch für die böhmischen Länder wird hierbei bestätigt werden, was Stölzel (gelehr. Richterth. I. pg. 238) betont, nämlich: »Auf Seitenstrassen nicht auf der Hauptstrasse kam das gelehrte Recht zu uns!« — Ehe jedoch die einzelnen Fäden des Gewebes zusammengefasst werden sollen, möge ein Blick auf die Gefahr geworfen werden, die — ohne sich direct gegen sie zu wenden — dennoch alle zu überreissen drohte.

Praxis und Wissenschaft hatten sich zu gleichem Streben verbunden; da brach in den ersten Decennien des 15. Jahrhunderts die bekannte religiös-politische Catastrophe über Böhmen herein, die befürchten liess, es werde das Wirken zweier Jahrhunderte für die Verbreitung des römisch-canonischen Processes spurlos verschwinden. Das ganze Land zerfiel in zwei feindliche Kriegslager; an seinen Grenzen rüsteten sich die Heerschaaren Jener, die gegen Böhmen das Kreuz genommen hatten, zum furchtbaren Kampfe. Der ganze Organismus der kirchlichen Gerichte war zerschmettert; die mit Immunitäten ausgestatteten Klöster lagen in Ruinen. Mit vollem Rechte konnte

sonach der begabte und verdienstvolle Bearbeiter des heimischen Rechtes an der Schwelle des 16. Jahrhunderts, Cornelius von Wschehrd, in seinen: neun Büchern von den Rechten in Böhmen behaupten: »Kirchliche Gerichte gibt es, soweit meine Erinnerung reicht, nicht; doch dass sie einstmals thätig waren, das findet sich in der Landtafel und in Landtagsschlüssen verzeichnet« (I. Buch, cap. 4). Erst nach anderthalb Jahrhunderten (1564) hörte der erzbischöfliche Stuhl zu Prag auf, verwaist zu sein. Jedoch auch mit dessen Besteigung durch den milden und hochgebildeten Anton Brus von Müglitz, ehemaligen Grossmeister des prager Kreuzherrnordens und Bischof zu Wien, kehrte nicht die Jurisdictionssphäre zurück [1], die in verflossenen Jahrhunderten dem Träger der erzbischöflichen Würde unbestritten eingeräumt gewesen war (Gindely, Gesch. der böhm. Brüder II. 7). Erlahmt, ja fast erloschen war die kirchliche Jurisdictionsgewalt, denn im Anschlusse an den Landtagsbeschluss vom Jahre 1412 (Arch. č. IV. Bd. S. 539) hatte die Landesordnung vom J. 1500 art. 106 auch sämmtliche Immunitäten aufgehoben (Arch. č. V. Bd. pg. 56) und die Ferdinandeische (1549 E, 5) und Maximilianeische L. O. (1564 C, 13) diese Bestimmung bestätigt. Es war diess bloss die gesetzliche Besiegelung der von magister Joannes Hus in seinem Tractate: über Simonie (1413; vgl. dessen Schriften I. Bd. S. 464) verfochtenen Ansicht über das Verhältniss der weltlichen zur geistlichen Macht, die er in dem Satze präcisirte: »Jedem Könige hat Gott die Gewalt über sein Königreich verliehen, damit er es verwalte nach Recht und Gerechtigkeit; da nun aber die Priester in dem Königreiche sich befinden, hat der König die Macht sie zu regieren und (ihre Angelegenheiten) zu verwalten nach Recht und Gerechtigkeit«. Es ist dies dieselbe Auffassung, die auch die im 15. Jahrhundert entstandene Vorrede zu den in Böhmen als »cursus sententiarum civilium« weit verbreiteten

---

[1] Der genannte Erzbischof vindicirte seine Jurisdiction über Geistliche in personalibus in den nächsten Jahren nach seiner Einsetzung (1564; mon. hist. boh. ed. Gindely, V. Bd. S. 583). Ueber die kirchlichen Jurisdictionsverhältnisse in Mähren nach den Hussitenkriegen vgl. das Tobitschauer Rechtsbuch 1490 edit. Brandl cap. 216, 217, 219, 186, dann das Dirnauer Rechtsbuch (vor 1543) pg. 18, 104, 105, und die Vorrede pg. XXX; rücksichtlich Schlesiens vgl. das Mandat Königs Ferdinand's I. 1558 in den cit. mon. Gindely V, pg. 227.

Brünner Schöffensprüchen vom J. 1353 beherrscht[2]. In jenen Tagen, in welchen die weltliche Macht sich nicht zutrauen durfte, trotz der Weisung des Papstes und des Trienter Concils die Abhaltung einer Provincialsynode zu gestatten (vgl. Gindely l. c. pg. 461), konnte von einem Wiederaufleben der einstmaligen kirchlichen Gerichtsgewalt keine Rede mehr sein. Nur eine dunkle Erinnerung an dieselbe lebte noch fort, wie sich aus der obigen Aeusserung Wšehrd's und aus der Thatsache ergibt, dass im J. 1562 calixtiner Geistliche vor das weltliche Gericht geladen, dort nicht Recht nehmen wollten, indem sie sich darauf beriefen, dass über ihre Angelegenheiten nur das geistliche Consistorium zu urtheilen berechtigt sei (l. c. I. Thl. pg. 466).

Obwohl aber die kirchlichen Gerichte unwiederbringlich von ihrer einstigen Mitwirkung an der Lösung des grossen Problems der Reception fremden Process-Rechtes ausgeschlossen blieben, erstreckten sich die in den Religionsverhältnissen eingetretenen Aenderungen in ihren Wirkungen nicht auf die Geltung des fremden formellen Rechtes, soweit dieselbe bereits zur Thatsache geworden war. Nicht einmal ein Versuch ähnlich jenem, den das deutsche Reich im Zeitalter der Reformation sah, wurde in den böhm. Ländern unternommen. In Deutschland war bekanntermassen Martin Luther bestrebt, das canonische Recht zur Gänze auszurotten; in einem an den Churfürsten von Sachsen 1518 gerichteten Schreiben und in der »an den christlichen Adel deutscher Nation« gerichteten Flugschrift

---

[2] Vgl. über dieselben Abschnitt VIII. Es heisst darin: Der Papst hat nicht weltliche Angelegenheiten auf sich zu nehmen (an sich zu ziehen), damit nicht Einer zwei Aemter inne habe, denn durch solchen Vorgang würde die Ordnung verwirrt. Die Marginalrubrik formulirt diesen Gedanken knapp dahin: Geistliche sollen nicht weltliche Angelegenheiten verwalten. — Den Umschwung in den Anschauungen characterisirt auch eine Vergleichung älterer MS. der böhmischen Uebertragung des cursus sententiarum civilium mit der durch mag. Fabricius von Zlicko 1536 erfolgten Publication derselben als prager Recht; so enthält z. B. ein Chrudimer MS. 1519 fol. M. 2 die dem Iglauer Recht (art. 60 Tomaschek, deut. Rt. in Oest. S. 253) entstammende Weisung: Si quis legitimam uxorem suam sine justo judicio interfecerit, spirituali judicio respondebit, die man in der gedachten Publication zwischen den correspondirenden Artikeln des 42. Capitels No. 11 und 12 (vgl. auch den brünner manip. juris No. 515 und 516) vergeblich sucht. Offenbar hatte man die Erwähnung des geistlichen Gerichtes, weil in dieser Frage bereits unpractisch, ganz bei Seite gelassen.

1520 drang er darauf[2a] und besiegelte solche literarische Angriffe durch die That, nämlich durch Verbrennung des corpus juris canonici vor dem Elsterthor in Wittenberg (Muther, aus dem Univ.-Leben im M. A. pg. 192 und Böhmer jus eccl. prot. I. § 58. pg. 121). Trotzdem der Reichstag von 1544 sich den Ansichten des Reformators zuzuwenden schien, indem er einen Beschluss fasste, dessen zweideutiger Wortlaut der Ansicht Raum liess, als ob die Gültigkeit des gemeinen Rechtes bis zur endlichen Erledigung der Glaubensfrage suspendirt sein solle, gebot der Kaiser seinen zum Augsburger Reichstage 1555 abgehenden Gesandten, einem solchen Beginnen Widerstand zu leisten. Ohne dass es sodann zu einem Eingreifen der Gesetzgebung gekommen wäre, löste die Theorie allein die Frage. Die Landsleute Luthers und Professoren zu Wittenberg, Hieronimus Schurffius und Henning Göden, vertheidigten mit Wärme und Eifer die Lösung in dem Sinne, dass durch den geänderten Standpunct in Religionsfragen die Gültigkeit des Kirchenrechtes, speciell für den Process, unbeirrt bleibe, was ihnen in der That ohne weitere Kämpfe gelang (Muther l. c. pg. 215, 226; Böhmer l. c.; Duck, de usu et auctoritate juris civilis pg. 117). Auch Melchior von Osse, der bekannte churfürstlich-sächsische Rath, schlägt seinem Herrn 1555 vor, für das jus civile und jus canonicum je einen Professor aus Italien zu berufen (Stobbe, Rtsquel. I. 2. Abthl. S. 16) und legt ingleichen auf das canonische Recht in der als sein Testament bezeichneten Denkschrift grossen Werth, denn »darin — meint er — stecke der Process und die Practica« (Schmidt, Recep. des röm. Rts. S. 201, Note). Selbst an jenen deutschen Hochschulen endlich, an welchen in Folge der Reformation ein Zurücktreten des canonischen Rechtes gegenüber der Pflege des römischen bemerkbar ist, nämlich in Rostock (1520—1549), Wittenberg (1507—1561)[2b], Heidelberg (1558) und Jena (gestiftet 1558—1564) wird wenigstens das zweite Buch der Decretalen mit der Begrün-

[2a] Er sagt: »dass es gut wäre, das geistliche Recht von dem ersten Buchstaben bis auf den letzen würde ausgetilgt, sonderlich die Decretalen«; vgl. Eichhorn, deut. Rts.- u. Staats-Gesch. 4. Bd. S. 29. Note y).

[2b] Auch Melchior Kling von Steinau, 1538 Professor in Wittenberg, schrieb in praecipuos secundi libri decretalium titulos commentarii (expoliti atque castigati erschienen Lugduni 1551).

dung auch fernerhin interpretirt: cum veterum decretalium libri sint ceu penus rei practicae, nec quisquam judiciarii ordinis se vere esse doctum illis non cognitis profiteri possit (Stobbe l. c. I. 2. Abthl. S. 20, Note 37). Nur an der neu begründeten protestantischen Universität Marburg (1527 resp. 1541) blieb das canonische Recht von Anfang an dauernd verbannt (Stölzel, gelehrt. Richt. I. pg. 107 u. Anm. 151).

Wie bemerkt erhob sich in den böhmischen Ländern keine Stimme gegen die Gültigkeit und Verbindlichkeit der kirchenrechtlichen Satzungen[3]. Die Utraquisten unterschieden sich von den Katholiken nur in den bekannten Puncten der Glaubenslehre, keineswegs in Disciplinarsachen oder Rechtsfragen[4]. Als bemerkenswerthes Zeichen, dass in den Hussitenkämpfen das Interesse für die Rechtsliteratur nicht erloschen war, ist der Umstand zu berühren, dass die zum Basler Concil abgeschickten Böhmen 1433 nach dem Berichte eines Mitgliedes der De-

---

[3] Procháska: de saec. lib. artium fatis pg. 220 erwähnt wohl: Joannes de Jesenic, juris pontificii doctor Bononiensis, et juris consultus Fridericus Eppinge (vgl. über denselben Tomek, Gesch. der prag. Univ. pg. 199) primi pontificum edicta spernere publice docuerant, doch kann sich diess nur auf den Widerstand gegen die päpstlichen Anordnungen bei Beginn des, aus den Reformationsbestrebungen des Mag. Johann Hus entsprungenen kirchlichen Zwiespaltes beziehen. Wenigstens findet sich kein Anhaltspunct dafür, dass die Geltung des canonischen Rechtes angezweifelt worden wäre, wenn auch ein gewisser Widerwillen gegen dasselbe an den Tag tritt, wie z. B. in den Bruchstücken einer böhm. Encyclopädie aus dem 15. Jahrhdt (MS. Domcap. Prag), wo nach Besprechung der Grammatik, Rhetorik, Logik, Geometrie, Mathematik, Musik etc. bemerkt wird: Neben allen diesen Künsten ist noch der Juristen und ihrer Kunst Erwähnung zu thun, die da heisst jura und in böhmischer Sprache die geistlichen Rechte (sic); dieselben sind aber ein verdrehbares und widriges Recht und dessen Jünger (Vertreter) Leute leichten Gewissens, wohl kundig seiner verworrenen und unsicheren Aussprüche, die sie in ihren häufig falschen Artikeln anführen. Im Gegentheile zu solcher Auffassung anerkennt vielmehr die in der Note 2 erwähnte Vorrede zu dem cursus sententiarum civilium, dass sich das kirchliche Recht vom weltlichen wenig unterscheide, eine Anschauung, die auch Fabricius von Zlicko 1536 unverändert stehen liess (vgl. Abschnitt VIII, Note 15). Wenn aber selbst ein derartiger Versuch unternommen worden wäre, so hätte er nicht die Grenzen blosser Antipathie überschritten und höchstens dem Widerwillen Karls IV. gegen das Decretalenrecht geähnelt (vgl. Abschn. III. Note 8). Anders verhielten sich die Sachen in Frankreich, wo bekanntlich die Mishelligkeiten zwischen Bonifacius VIII. und König Philipp dem Schönen dazu führten, dass dort der liber sextus ursprünglich keine Anerkennung fand (vgl. Duck l. c. pg. 115, wo Belegstellen hiefür aus der gl. ad c. 16 in VI. de elect. und aus den Schriften Molinaeus' und Duaren's angeführt werden).

[4] Deshalb blieb in dem, den prager Städten 1435 ertheilten Religionsfreiheits-Briefe König Sigmund's art. X die Jurisdictionsgewalt in Ehesachen ausdrücklich dem prager Erzbischof verwahrt (Archiv č. III. Bd. pg. 433).

putation insbesondere den MS. »des kirchlichen und weltlichen Rechtes« im dortigen Dominicanerkloster eine grosse Aufmerksamkeit zuwandten (Palacký děje č. III. Thl. 2. Abthl. pg. 220). Sogar im 16. Jahrhundert, in welchem sich ausserdem der Einfluss der Reformation geltend zu machen begann, anerkannten sowohl die Laien als auch das Consistorium der Utraquistenpartei die Verbindlichkeit des Kirchenrechtes in processualen Fragen (Borový, Arch. f. öst. Gesch. Bd. 36, pg. 285)[5]. Die böhmischen Brüder[6] nahmen freilich einen ganz entgegengesetzten Standpunct ein. In ihrem Streben, zur evangelischen Einfachheit zurückzukehren, verwarfen sie unter Beobachtung einer grossen Sittenstrenge »die Ordnung, die Concilien, die Satzungen und Gebräuche« der römischen Kirche deshalb, weil sie »manches Böse beigemengt« enthielten (Gindely, Decrete der Brüderunität pg. 35), sowie »nicht wenig gegen den gesunden Sinn des Glaubens und der Lehre verstossen« (ibid. pg. 60) und »sich nicht an Satzungen, die selbst von vielen Leuten ausgedacht seien, unbedingt zu halten sei«, gar dann wenn sie nicht mehr zweckentsprechend befunden würden (pg. 241). In Consequenz der obigen Anschauungen wurde die Führung von Rechtsstreitigkeiten überhaupt als eine Sache erachtet, die in keiner Weise

[5] In einer Ehesache beruft sich ein Laie, Baccalaureus und Schulrector auf einzelne Decretalen Gregors IX. (Borový: Ant. Brus von Müglitz pg. 157). Das utraquistische Consistorium selbst führt in seinen Verfügungen päpstliche Anordnungen und sogar Disciplinar-Bestimmungen des Trienter Concils an (noch im J. 1589 vgl. Arch. f. öst. Gesch. Bd. 36. pg. 247, dann in einem Falle aus dem J. 1534 cit. pg. 289, wobei ein Verbot erwähnt wird, welches »die sacri canones enthalten«). Der Landtag vom J. 1531 untersagte zwar die Berufung von den Entscheidungen dieses Consistoriums an den katholischen Erzbischof (l. c. pg. 246) in Festhaltung an den diesfälligen Beschlüssen der Versammlungen der utraquistischen Stände vom J. 1530, 1531 (Böhm. Landtage nach dem J. 1526 pg. 339, 352). Als jedoch das erwähnte Consistorium im J. 1565 unter Beobachtung dieses Verbotes eine an den Erzbischof gerichtete Berufung nicht zulassen wollte, griff der Landesverweser Erzherzog Ferdinand ein und verfügte die Vorlage der sämmtlichen Schriften an den Metropoliten, welchem Befehle sich das Consistorium fügte, worauf der Erzbischof die Entscheidung desselben bestätigte. Dieser Vorfall war zugleich der Anlass für den im nächsten Jahre erflossenen Befehl Königs Maximilian's, dass alle Utraquisten der Jurisdictionsgewalt des katholischen Erzbischofs unterworfen sein sollen (pg. 157, 155 der cit. Monographie).

[6] Es genügt auf das Verhältniss der drei wichtigsten Religionsparteien im Lande, nämlich der Katholiken, Utraquisten und böhm. Brüder einzugehen. Den Standpunct der Brüderunität, nur etwas schroffer, nehmen auch einzelne kleinere Secten z. B. die Nicolaiten oder Adamiten ein (vgl. Jireček's Aufsatz in der Ztschft. des böhm. Museums 1876 pg. 62, 64).

Unterstützung verdiene [7], weshalb die Parteien angewiesen wurden, ihre Streitpuncte durch freundnachbarliche Vergleiche auszutragen (pg. 94, 112) und jedem Mitgliede der Brüdergemeinde untersagt worden war, gegen Honorar vor Gericht Namens von Parteien aufzutreten, Processe einzuleiten und sogar Zeugenschaften abzulegen oder Eide zu leisten, es sei denn in einer gerechten Sache und falls solches unausweichlich nöthig wäre (pg. 69, 97, 87, 162). Es kann nicht Verwunderung erregen, dass eine Glaubensgesellschaft mit derartigen Grundanschauungen nicht das canonische Processrecht als solches, sondern überhaupt alle Vorschriften über gerichtliches Verfahren als einen Gegenstand betrachtete, welcher keine Pflege verdiene. Ihrem milden Wesen lag es dagegen fern, irgend welche agressiven Schritte gegen dasselbe unternehmen zu wollen. Wenn aber selbst die Unität der Brüder solche Tendenzen gehegt hätte, so würden ihr die ungünstigen Schicksale, denen sie ausgesetzt war, nie gestattet haben, dieselben im Staate zur Entfaltung zu bringen. Uebrigens findet sich insbesondere in den Verhandlungen der Brüder mit Luther keine Erwähnung, aus welcher sich die Unverbindlichkeit des canonischen Rechtes folgern liesse (vgl. die bezüglichen Schriftstücke in den fontes rer. austr. II. Abthl. 19. Bd. pg. 16—34).

In den Hussitenkämpfen war nicht bloss die Praxis der kirchlichen Gerichte ihres weiteren Wirkens entkleidet worden, auch die an der Hochschule gepflegte Doctrin wurde auf lange Zeit verurtheilt, zu feiern. Die auflodernde Fackel des Bürgerkrieges verscheuchte die Musen. Die Heimstätte der Wissenschaft zu Prag traf ein trauriges Loos seit sie durch die an den Stimmenstreit sich knüpfenden Ereignisse des

[7] Selbst der geistige Vater der Brüdergemeinde, der an der Universität halbgebildete Freibauer Peter von Chelčic lehrte in seinem »Glaubensnetz« 1440 trotz der schrofferen Form, in der er seine Ansichten niederlegte, wesentlich das Gleiche, wenn er sagt: »Das weltliche und päpstliche Recht verletzen den Glauben und das Gesetz des Herrn. Die Christen sollen sich daher nicht nach diesen Rechten um Güter streiten, sondern lieber Unrecht leiden; wer die weltliche Macht anruft zu seinem Schutze, der verlässt Gott, gründet seine Hoffnung ganz auf Menschen und sucht sich durch die Macht zu rächen. Um Güter streiten heisst Gott verlassen, statt des ewigen Gottes einen fremden Gott, nämlich den weltlichen Herrscher, statt seines Gesetzes weltliche Gesetze erwählen«. (Palacký děje č. IV. Bd. I. Abth. S. 408 ff. Sabina, böhm. Lit. S. 744.)

J. 1409, nämlich seit dem Monstre-Auszuge deutscher Studenten und Magister nach Leipzig, von einer Weltinstitution zu einer Landesanstalt herabgesunken war (Tomek, Gesch. Böhm. pg. 205). Die blutigen Scenen in den Strassen Prags ein Decennium später (1419) bewirkten es, dass die Reste der Juristenfacultät, deren Matrikel mit diesem Jahre abbricht, zerstoben. Zwei Jahrhunderte blieb Karls IV. Stiftung den Rechtsbeflissenen gänzlich verschlossen; als aber am Anfange des 17. Saeculums auch das Rechtsstudium an der Hochschule wieder aufgenommen wurde, erschien es nur als ein schwacher Schatten seiner einstigen Grösse (Tomek, Gesch. der prag. Univ. pg. 125, 150 ff. 192). Wer irgend welche Kenntnisse des fremden Rechtes erwerben wollte, musste seine Schritte nach Italien oder später nach Deutschland lenken, und so finden sich denn im 15. und 16. Jahrhunderte manche Angehörige der böhmischen Länder auf Hochschulen dieser Staaten. Die Katholiken wählten regelmässig Italien[8],

[8] Schon Aeneas Sylvius berichtet, dass in der Mitte des 15. Jahrhunderts der Zug böhmischer Juristen hauptsächlich nach Padua und Pavia gerichtet war (Muther, ges. Aufs. pg. 103). Ausserdem haben wir jedoch directe Detailnachrichten. Der oben genannte erste Erzbischof zu Prag nach der Wiederaufrichtung des Metropolitanstuhles sandte ebenso wie sein edler Vorgänger, Ernst von Pardubic, Jünglinge an die Hochschulen Rom's und Padua's, wobei er sie mit Rath und That unterstützte (Borový: Ant. Brus von Müglitz pg. 77 nach den erzb. Arch.-Acten aus den J. 1566—1580). Insbesondere aber aus dem 15. Jahrhunderte sind Beispiele dessen, dass neuerlich Böhmen an ital. Universitäten pilgerten, nicht selten; im J. 1454 studirte in Padua (zeuge einer erhaltenen von ihm dort geschriebenen Repetitio ad c. 12 X 5, 38 Jac. Zocchi de Ferraria; Schulte, prag. can. Hdschten No. 284) Hilarius von Leitmeritz, der nachmalige doctor decretorum und Verweser des prager Erzbisthums, welcher im canonischen Verfahren wohl bewandert war, wie aus seiner böhmisch geschriebenen Apologie des Vorgehens des Papstes gegen König Georg von Poděbrad hervorleuchtet, worin er des Näheren nachweist, dass des Königs Appellation nichts nütze, da sie nicht dem Rechte entsprechend erfolgte; aus seinen Schriften geht hervor, dass er auch den Belialprocess wohl kannte (Výbor z lit. č. II. 715; Jireček, Handb. der böhm. Lit. I. pg. 56). Zu Bologna erwarb zwischen 1452—1459 Wenzel Křižanovský, vor seiner ital. Reise Decan der prager philos. Facultät und nach seiner Rückkehr Canonicus beim prager Capitel, die Doctorswürde im canon. Rechte (Acta liter. Boh. et Mor. II. pg. 156 ff.). In Padua studirte im zweiten Viertel des 15. Jahrhunderts Wenzel de Crumpnaco (Mähr. Krumau) wie sich aus einem von ihm dort angefertigten MS. eines Commentar's des Prosdocimus de Pictavinis in X lib. II ergibt (Schulte, can. Hdschften No. 197); derselbe versah nachmals (1453) als Dr. decret. gemeinschaftlich mit seinem Namensträger Dr. decr. Nicolaus von Krumau die Administration des prager Erzbisthums (Dobner monum. VI. pg. 441) und soll (wenn man D'Elvert, Beitr. zur Gesch. u. Stat. Mährens I. Bd. pg. 237 Glauben schenken darf) auch in Paris Studien gemacht, im J. 1458 zum auditor causarum sacri palatii (erhärtet durch MS. Domcap.-Bibl. Prag

die Anhänger des Kelches und der Brüderunität zogen mit Vor-

Archiv-Codex VI. 3) ernannt worden sein und sich auf liter. Felde mit glossae in regulas juris (MS. in der prager Domcap.-Bibl. nach D'Elvert) versucht haben; er starb 1460. In Bologna lag Heinrich Svolenka Egreč von Leitmeritz im J. 1466 Rechtsstudien ob, wie sich aus der von ihm dort nachgeschriebenen Lectura Dyni super reg. jur. in VI. ergibt (Schulte l. c. No. 203), dessen im J. 1488 als praepositus ecclesiae Melnicensis Meldung geschieht; nach Balbin (boëm. docta II, 104) soll er eine solutio glossarum contrariarum dann differentiae inter leges et canones handschriftlich hinterlassen haben. In Padua erwarb sich der oben unter den kgl. Secretären genannte Olmützer Probst Augustin Kaesebrot vor 1490 seine Kenntnisse im Rechte und in Bologna den Doctorshut (Aschbach, Gesch. der wien. Univ. II. pg. 422, Note 1). Auch des hervorragendsten Humanisten Böhmens, Bohuslaus Lobkowic auf Hassenstein, ist hier Erwähnung zu thun, da er in Bologna und Ferrara seine Studien machte und an der letzteren Hochschule den Doctorsgrad im Rechte erwarb (Thomas Mitis in der vita Bohuslai, welche er der Ausgabe seiner Schriften voraussendet, nach den Act. lit. Boh. et. Mor. II. pg. 90, 298; Balbin boëm. doc. II. 55). — Als eine interessante Erscheinung ist hervorzuheben, dass viele Olmützer Bischöfe des 15. und 16. Jahrhunderts ihre Rechtskenntnisse an ital. Hochschulen gesammelt hatten und fast alle mit dem juridischen Doctorshute geschmückt waren. Unter denselben sind hervorzuheben: 1430—1434 Kuneš von Zwole (Wolný, kirch. Topographie Mähr. I. Thl. 1. Abthl. pg. 55), der nach des dortigen Probstes Augustin Kaesebrot's (+ 1513) Mittheilungen (series episcop. olom. ed. Richter 1831 pg. 153) und laut des liber confraternitatis B. M. V. de Anima teutonicorum de Urbe zu Rom (Dudík iter rom. I. pg. 76) auditor palatii apostolici causarum war, und nach Balbin (boëm. docta II. 84, III. 66) irgend welche constitutiones ecclesiae Olomucensis verfasste. Sein zweiter Nachfolger Johann XI. (1450—1454) wird juris pontificii egregie peritus genannt (August. cit. ser. pg. 159). Bohuslaus von Zwole, der nach diesem auf den Olmützer Bischofsstuhl gelangte (1454—1457), hatte in den Jahren 1440 und 1441 in Wien Rechte studirt und 1443 das Doctorat in decretis erlangt; als Früchte seiner Studien liegen handschriftlich vor: tractatus scholastici super libros decretalium (4 Theile) und ein vocabularium juris (in der Olmützer Bibl.; D'Elvert l. c. pg. 234; Wolný l. c. pg. 57). Auch von dem Bisthumsverweser Heinrich von Zwole 1491 (Augustini ser. pg. 172) und vom Bischof Stanislaus Thurczo (+ 1540) (Wolný l. c. pg. 64) ist bekannt, dass sie mit dem canon. Rechte durch Universitätsstudien vertraut geworden waren. Betreffs Bernard's Zoubek von Zdětin wird berichtet, dass er in Bologna und Padua die Rechte studirt und an der letzteren Hochschule zum Dr. decretorum promovirt worden sei (addit. ad August. ser. pg. 190; handschriftl. Fortsetzungen der ser. episc. cit., verfasst von den Olmützer Domherren Melchior Pirnensis, + 1607, und Laurenz Zwetler, + 1622, vgl. D'Elvert, cit. Beitr. VI. Bd. pg. 240, 241; sodann vgl. Wolný l. c. pg. 67). Aehnliches gilt von seinem Nachfolger Joannes, genannt Dubravius (1541—53), einem hochgebildeten, humanistische Strebungen fördernden Manne, der an italien. Universitäten seine Bildung und den Doctorshut holte (cit. addit. pg. 193; Wolný l. c. pg. 67), sowie von dem energischen Bischof Wilhelm Prusinowský von Wičkow, der vier Jahre dem Rechtsstudium zu Pavia widmete (Wolný l. c. pg. 70; Gindely, Gesch. der mähr. Brüder II. pg. 13). Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass selbst noch Thomas Albin von Helfenburg, gebürtig aus Stankau, 1567 nach dreijährigem Studium der Rechte zu Pisa in Bonn den Doctorshut erwarb, und dass Stanislaus Pawlowský von Pawlowic (1579—1598) in Rom zum Doctor des kirchl. Rechtes promovirt worden war (Wolný l. c. pg. 74, 76). Wahrscheinlich dürfte auch der zum J. 1458 in dem oben citirten römischen liber confraternitatis vorkommende Joannes Lochner praepositus Brunnensis J. U. Dr. an italien. Rechtsschulen gebildet worden

liebe nach Wittenberg[9]. Die Ungunst der Zeiten hatte Böhmen von dem Verkehre mit anderen Nationen und hiermit von den Quellen einer neuen Bildung abgeschnitten; versperrt blieben den Söhnen dieses Landes die bisher unbekannten Wege, welche die Bildung seit dem Ende des 15. Jahrhunderts wandelte. Eine Menge unfruchtbarer Streitschriften über Glaubensfragen erstickte fast jede andere Richtung in der Literatur. Neue Geistesströmungen fanden nur Eingang durch den regsamen Eifer Einzelner, lange Zeit ohne irgend welchen weiterreichenden Nutzen für die Gesammtheit (Tomek, Gesch. Böhm. pg. 323). —

Da nach dem vorstehend Ausgeführten Praxis und Theorie des fremden Process-Rechtes ihrer Basis und aller Stütze beraubt worden waren, liesse sich annehmen, dass ihr Einfluss während und in Folge der Kriegswirren zur Gänze erstorben sei. Dem ist aber nicht so; die gedachten Factoren, als die ursprünglichen Zweige, hatten starke, selbständige Triebe angesetzt, ehe es ihnen beschieden war völlig zu verdorren, Triebe, die durch die Ungunst der Verhältnisse nicht erfasst wurden, weil sie ihre Kraft nicht aus einer dem Verkehre ferne stehenden Volksklasse bezogen, sondern aus dem jugendlich emporstrebenden, mitten im regsten Verkehre wirkenden Bürgerstande entnahmen. Einzig und allein deshalb gelang es jenen Trieben, das Gerichtswesen der Städte, auf welches sie gepfropft worden waren, im natürlichen Aufstreben zu überwuchern und zu durchwachsen, und nachdem sie sich so zu einem knorrigen Stamme ausgebildet hatten, nach ausschliesslicher Beherrschung des Bodens zu streben, auf dem weiterhin kein Raum blieb für den älteren Nachbarstamm des heimischen Landrechts-Verfahrens. Zu zeigen, wie diess im Einzelnen geglückt ist, möge der folgenden Schilderung gelingen. —

---

sein (Dudík l. c. I. pg. 73). — Für das 16. Jahrh. (nach 1511) erhärten die Mittheilungen Stölzel's (l. c. I. pg. 55) den Besuch Perugia's von Böhmen aus, das von Alters her gut päpstlich gesinnt, insbesondere von Katholiken frequentirt wird (ib. pg. 56); aber auch die Schulen in Padua, Siena, Mailand, Venedig wurden von böhm. Studirenden in jener Zeit nicht vernachlässigt (ibid. pg. 63, Anm. 130 und Pelzel, böhm. Gelehrte II. S. 9 der Vorrede), eher jene Frankreichs.

[9] Vgl. Tomek, Gesch. der prag. Univ. pg. 196 und die Noten 12 u. 14 des XI. Abschnittes.

Betrachtet man das altböhmische Gerichtsverfahren, so lässt sich kaum verhehlen, dass bei der gesammten Streitführung eine über alle Massen ängstliche Strenge bezüglich der Form obwaltete, so dass selbst das geringste Versehen in dieser Beziehung den Processverlust zur Folge haben konnte [10]. Es ist diess eine Erscheinung, die im Urstadium einer jeden Processrechts-Entwicklung zu Tage tritt und vielleicht ihren Grund haben mag einerseits in der Anschauung, dass der Rechtsgang ein Inbegriff von Kampfregeln [11] sei, die strengstens beobachtet werden müssen, andererseits in der Absicht, durch Aufrichtung eines starren Formenwesens für den Rechtsstreit die Parteien von der Betretung dieses Weges zur Austragung ihrer Differenzen abzuwenden und der Modalität einer Beilegung derselben durch freiwillige Uebereinkunft oder Schiedsspruch zugänglicher zu machen. Der ältesten Legislative in den böhmischen Ländern scheint die letztere Absicht vorgeschwebt zu sein, indem eine besondere Art von Specialgerichten, nämlich eigene Compromissargerichte (slibný soud) [12], Anerkennung fanden, in denen von

[10] Man vergl. z. B. nur die bei Streitverlust zu beobachtenden Formalitäten des Eigenthumsvindicationsprocesses in der eigenthümlichen Form des vdání, welche in vielen Stücken an die legis actio sacramento, beziehungsweise an das Verfahren per sponsiones mahnt (vgl. Brandl im Právník 1870 pg. 829 ff. und in dessen glossarium illustrans bohem., morav. historiae fontes sub verbo vdání; dann Keller, röm. Civilproc. 3. Aufl. pg. 100). Hierbei entschied das Ausschreiten mit dem rechten oder linken Fusse, ein lapsus linguae, ein Vorbringen der Einwendung nach der Mittagsstunde etc., vgl. das sog. Rosenberger Rechtsbuch art. 239—245, 284, 264 edit. Brandl, Landrechts-Ordn. vom J. 1348—1355 art. 60 (Arch. č. II. Bd. pg. 107), Maj. Carolina rubr. 125, §. 8 (Arch. č. III. Bd. pg. 179). Aehnlich beim Eidschwure (vgl. Beneš von Weitmühl, chron. script. rer. boh. II. pg. 398). Noch im 16. Jahrhundert trat Processverlust von Seiten des Klägers beim Landrechte ein, weil dieser in einem Streite um das noch h. z. T. durch seinen Weinbau bekannte Dorf Žernosek incorrecter Weise dasselbe als Dorf Černosek bezeichnet hatte (Palacký děje č. II. 2. Abthl. pg. 404). Erst mit Landtagsbeschluss vom J. 1609 (fol. 35) wurde festgesetzt, dass »aus geringfügigen Ursachen, welche sich auf das Wesen der Sache nicht beziehen«, die Sachfälligkeit nicht einzutreten habe.

[11] Die Entwickelung der Processvorschriften aus Kampfregeln, beziehungsweise den allmälig eintretenden Ersatz des ursprünglichen vim vi repellere durch den späteren Zweikampf vor Gericht und dessen Umwandlung in einen durch feste Regeln beherrschten Rechtsstreit, der sich in scharf präcisirte Angriffs- und Vertheidigungshandlungen gliedert, zeigt nicht bloss das bei Aulus Gellius noct. att. XX, 10 erwähnte ex jure manum consertum vocare (vgl. Keller, röm. Civilproc. 3. Aufl. pg. 56 ff.) und die lex alam. apud Pertz III. 163 und lex Bajuv. (l. c. pg. 943), sondern auch die Formalitäten des altböhmischen vdání (vgl. Brandl, Právník 1870 pg. 849).

[12] Ueber die verschiedenen Auffassungen desselben vgl. Tomaschek, deut.

beiden Parteien gewählte Vertrauensmänner ohne Beobachtung der sonst vorgeschriebenen Streitformen, Recht sprachen, woran sich die Erinnerung bis ins 14. Jahrhundert durch Ueberlieferung erhielt. Der philosophirende Edelmann Thomas von Stítný sagt in seinen sechs Büchern über christliche Angelegenheiten pg. 150 über jene Einrichtung, dass bei derartigen Gerichten mehr nach der Wahrheit, als nach dem strengen Rechte geurtheilt wird und eifert gegen schlaue Schiedsmänner, die das Recht schädigen. Der gewissermassen auf einer besonderen Concession beruhende Character dieser Bildungen zeigt sich in den sog. statuta Conradi 1189 (nach dem Texte der späteren Bestätigung bei Erben reg. No. 742 abgedruckt), indem solche Compromissargerichte nur bei Bagatellen als zulässig erachtet werden: de capra et ove et ceteris hujus modi praeter vaccam, bovem et equum ceteraque majora. Die Bedeutung dieser Institution kennzeichnet die Gestattung, solche judicia libere d. h. ohne Ingerenz des Castellaneigerichtes, und absolute d. h. ohne Zulassung einer Berufung abzuhalten (Brandl glossar. S. 315 nach Jireček im časop. č. mus. 1856, IV, S. 83). Unter Karl IV. Regierung hatte sich bereits in der Gerichtspraxis jede Spur derselben verloren. Gleichwohl mag die in jener Einrichtung gelegene Idee, durch frei gewählte und nicht durch die für die fragliche Angelegenheit nach der staatlichen Organisation bestellten Richter einen Streit zur Entscheidung zu bringen, zu grosser Beliebtheit gelangt sein[13], zumal ihr

---

Recht S. 6 und die dort Citirten; dann Hanël l. c. S. 99, Note 293 und Krones, Gesch. Oesterr. III. Bd. S. 95; sowie Brandl glossarium cit. pg. 315.

[13] Einige Beispiele mögen hier Platz finden; aus dem J. 1242 (Erben No. 1067): ego teplensis electus, ad citationem cujusdam militis pro quadam hereditate . . . coram rege et baronibus litigaturi convenimus, super quo plurimum disceptantes tandem in arbitros convenimus; ähnlich 1267 (Emler No. 552), 1272 (Abhdlg. der böhm. Ges. der Wiss. 9. Folge III. Bd. No. 12): cum hinc inde coram judiciis ecclesiasticis et etiam saecularibus utraque pars se plurimum fatigasset . . . pro dirimenda discordia in amicabiles arbitratores communi assensu et voluntate compromiserunt; 1318 (Chytil VI. 112): cum citare vellem patruum meum pro bonis ad judicium saeculare, ante litem motam amicabilis compositio per arbitros . . . intervenit etc.; 1322 (Chytil VI. 154): strepitu judicii amicabiliter pertransito arbitris idoneis consulte electis etc.; ähnlich in demselben Jahre bei einem durch Intervention des decret. Dr. Stephan von Znaim zu Stande gekommenen Vergleiche: post longas concertationes et lites, multis super hoc praecedentibus tractatibus (Chytil VI. 155).

seitens der legislativen Gewalt nicht in den Weg getreten wurde[14]. So erklärt sich die jedenfalls späteren Jahrhunderten (etwa seit dem 13.) angehörige Erscheinung, dass besondere Bücher zur Eintragung der gefällten Schiedssprüche bei der Landtafel bestanden (tabulae arbitriorum), deren Cornelius von Wschehrd (Ende des 15. Jahrh.) bereits als eines längst ausser Uebung gekommenen Gebrauches Erwähnung macht (VIII. Buch cap. 10 l. c.)[15] und dass eben Compromisse und die gefällten lauda einen namhaften Bruchtheil des auf Privatrechtsverhältnisse Bezug nehmenden Urkundenmaterials ausmachen.

Die Schiedsrichter wurden gemeiniglich den Reihen der Geistlichkeit entnommen, ursprünglich ausschliesslich, späterhin neben Laien. Hierdurch kam es, dass bei Untersuchung des Streitpunctes und Erhebung des Sachverhaltes, sowie bei Entscheidung der Sache allmälig und unvermerkt die Grundsätze des canonischen Verfahrens zur Anwendung und endlich zum Durchbruche kamen. Aehnliches geschah in Deutschland (schon 1254; Ficker, Forschungen zur Reichs- u. Rechtsgeschichte Ital. III, § 610, Anm. 1. u. 6; Stölzel, gelehrt. Richt. I, 239, Note 7 und pg. 190 ff.) und übte einen nicht zu verkennenden Einfluss auf die Entwickelung des gerichtlichen Verfahrens vor deutschen Gerichten (Ficker l. c.; Franklin, Beitr. pg. 169 ff.; dessen Reichshofgericht I, pg. 240, 342, II, pg. 44 ff.). Mit Recht haben Ficker l. c. und Stölzel l. c. betreffs deutscher Territorien auf die Erscheinung hingewiesen, welche wir für die böhmischen Länder erhärten, dass nämlich gerade die Schiedsgerichte in ihrer bestimmten Gestaltung von Italien her in Deutschland Eingang fanden, während die ordentlichen Gerichte durch Festhalten an den althergebrachten Einrichtungen dem Einflusse des gelehrten

---

[14] Analoge Verhältnisse bietet die Rechtsentwickelung Italiens insbes. gegenüber longobardischen Gerichten seit dem Beginne des 12. Jahrh.; Compromissar-Rechtssprüche kamen jedoch dort so sehr in Schwung, dass sich die Kaiser genöthigt sahen, dagegen mit strengen Verboten aufzutreten (Ficker, Forschungen z. R. u. Rtsgesch. Ital. III. §. 557 und I. §. 151).

[15] Damit ist in Verbindung zu bringen, dass noch gemäss der Beschlüsse des Ständetages 1547 die Beilegung von Streitigkeiten vor Anhängigmachung des Processes unbedingt durch Schiedsmänner versucht werden sollte (Tieftrunk: odpor stavů pg. 384), und die bis zur josefinischen Gerichtsordnung erhaltene Institution der sog. ausgeschnittenen Zettel (vgl. über dieselbe l. c. und meinen Aufsatz im Právník 1874 S. 762 ff.).

Processes entschiedener widerstanden. Die Geistlichkeit in Böhmen war mit den fremden Rechts-Principien in Processfällen vertraut aus zahlreichen Delegationsmandaten [16], insbesondere der päpstlichen Curie, sowie aus ihrer practischen Anwendung vor den kirchlichen Gerichten, sowohl den ordentlichen, als auch den im Delegationswege fungirenden [17]. Darüber, dass in der That

[16] Päpstliche Delegationsmandate wurden an Persönlichkeiten in den böhm. Ländern schon frühzeitig gerichtet; bekanntlich erfolgte aber durch dieselben der Ausbau des canon. Processes (Briegleb, summar. Proc. pg. 18—23), welcher durch die Clementine »Saepe contingit« in der ausgesprochenen Absicht, vorliegenden Zweifeln ein Ende zu machen, abgeschlossen wurde. Wenig bekannt ist der Umstand (und mag deshalb hier seine Stelle finden), dass Joannes Andreae die Anregung zur Erlassung dieser Decretale gab, wie er in seinem apparatus ad Clementinas bei diesem Gesetze erzählt: Hanc constitutionem verborum blanditiis non egentem glossandam aggredior, de cujus causa impulsiva pars fui; ex quo enim scivi mandasse concilium viennense supra de judic. Dispendiosam (c. 2 Clem. II, 1) existimans non tantum utile, sed summe necessarium, verba de quibus hic loquimur declarari, dominos ac peritos curiae sollicitavi saepius pro constitutione declaratoria procuranda, quae desiderata nunc se exhibet. Et in summa determinat et declarat, quid significent haec verba inserta in judicialibus commissionibus, quae fiunt a principe vel a jure, scilicet quod procedatur simpliciter et de plano, sine strepitu et figura judicii. — Urkunden der gedachten Kategorie kommen vor im J. 1207 (Boček II, 41; Erben reg. No. 503); 1208 (II, 49); 1217 (II, 92; Erben No. 577); 1227 (II, 177), 1229 (II, 215; Erben No. 747), welches Mandat an den Domprobst des prager Capitels erflossen, ein völliges Bild des festgehaltenen Processganges bietet, 1244 (Boček III, 41), 1245 (Erben No. 1113), 1251 (Boček V, 235), 1254 (Emler No. 19), 1279 (Emler No. 1169), 1285 (Boček IV, 302; Emler No. 1361), 1296 (Dobner mon. hist. VI, 42), 1322 (Chytil VI, 162) etc.; noch im J. 1427 überträgt der Papst einem delegirten Richter in Mähren commissionem super annullatione processus in causa appellationis (Dobner mon. cit. IV, 417). Ein päpstliches Sequestrationsmandat an den prager Erzbischof im Sinne des c. un. Clem. 2, 6 aus dem J. 1394 mit fast wörtlicher Reproducirung der gedachten Quellenstelle findet sich in den font. rer. austr. 37. Bd. pg. 252; vgl. ebenfalls acta jud. archiepis. 1392 edit. Tingel pg. 65. Häufig finden sich auch delegirte Richter in der besonderen Form der conservatores z. B. 1320 (Chytil VI, 130), 1324 (Chytil VI, 198), 1333 (ibid. VI, 357); insbesondere werden den conservatores der prager Hochschule in den Jahren 1383, 1397 eingehende Vorschriften ertheilt (mon. univ. prag. II. No. 17, 39, 45). Weil die röm. Curie nach dem Grundsatze: dominus papa judex est ordinarius singulorum (Tancred ordo judic. II. tit. 1, Abs. 3 u. c. 19 X, 1, 6; c. 4 X, 1, 5), häufig durch Bestellung delegirter Richter die Jurisdictionsgewalt des competenten Bischofs ausschloss, erwarben einzelne Städte in Böhmen päpstliche Privilegien, gemäss deren dieser Vorgang abgestellt wurde, z. B. Kuttenberg 1400 (Balbin miscell. hist. I. dec. lib. V. pg. 117). Urkunden, welche über die Thätigkeit der deleg. päpstl. Richter und zugleich über umfassendere Kenntnisse im canonischen Verfahren Zeugniss ablegen, finden sich aus dem J. 1226 (Boček II, 171; Erben No. 704), 1232 (Erben No. 780), aus demselben Jahre (Erben No. 794), 1234 (in einem Streite, an welchem ein Laie betheiligt ist; Erben No. 827), im gleichen Jahre rücksichtlich der Execution (Erben No. 838), 1248 in causa appellationis contra sententiam episcopi (Boček III, 95), 1251 im Stritte zweier Laien (Boček V, 235), 1275 (Boček IV, 140; Emler No. 954).

[17] Belege für die Beobachtung des canon. Processrechtes gewähren: Ge-

bereits im 13. Jahrhundert eine eingehende Kenntniss des kirchlichen Verfahrens verbreitet war, liegen zahlreiche Belege vor; einige der interessantesten hervorzuheben möge hier gestattet sein. Schon im J. 1275 (Emler reg. No. 973; Boček IV, 140) verweist Bischof Bruno von Olmütz die Erledigung einer Streitfrage an einen delegirten Richter mit der allgemeinen Weisung: ut . . . causae cognitio fieret ac decisio secundum canonicas sanctiones; gewiss wäre nach dem Beispiele der päpstlichen Delegationsmandate eine eingehende Instruction über das einzuhaltende Verfahren beigefügt worden, wenn nicht der Delegirende diess im Hinblicke auf die diesfälligen Kenntnisse des Delegirten für überflüssig erachtet hätte. Aehnlich erklärt ein von dem Nachfolger Bruno's bestellter delegirter Richter unter Berufung auf die ihm zu Theil gewordene generelle Weisung, er möge die Sache ecclesiastice decidere (1283), dass er nach Erhebung der Streitfrage die Angelegenheit mit einer bereits rechtskräftig entschiedenen als identisch befinde, weshalb er: causam judicatam infringere cupienti silentium perpetuum auferlege (Boček IV, 279; Emler reg. No. 1296). Ein hervorstechendes Beispiel der Vertrautheit mit dem canonischen Processe bietet Bischof Bruno in einem seiner Erkenntnisse 1278 (Boček IV, 212), in welchem er sich auf die ihrem Inhalte nach angeführte Verfügung c. 41 C. 11 qu. 3 beruft, sodann den Streit summaria cognitione praemissa (wie er bemerkt) entscheidet, und schliesslich die Nichtbeobachtung der Schriftlichkeit des Verfahrens im Sinne des c. 11 X 2, 19 mit den Worten entschuldigt: quia in nostra dioecesi usus tabellionum nec in consuetudine hactenus diu obtenta — cum personaliter alicujus causae cognitione ad diffiniendum praesidemus, duo viri ad universa acta conscribenda assumantur — non habetur, ideo sententiam per nostrum notarium

richtsurkunden der bischöfl. Curie zu Olmütz 1228 (Boček III, 187; Erben No. 728), 1235 (II, 300), 1251 (III, 145; Erben No. 1274), 1252 (III, 153), 1253 (III, 162); weiters Urkunden bischöflicher delegirter Richter 1243 (Boček III, 27; Erben No. 1077), 1263 (III, 352), 1294 (V, 18), 1295 (V, 36). Ueber ähnliche Urkunden in Deutschland vgl. Maurer, öfftl. mündl. Gtsverfahr. S. 314. Selbst der römische Stuhl mag durch die Erledigung von an ihn gelangten Berufungen Einfluss genommen haben, indem in solchen das gesammte Verfahren dargelegt zu werden pflegte, um sodann das hierbei unterlaufene Incorrecte hervorzuheben, z. B. 1263 (Boček III, 355) und schon 1256 (III, 212), 1303 (Emler No. 1964) und noch 1354 (Brandl VIII, 206).

fecimus conscribi. Eine bloss zwanzig Jahre jüngere Urkunde des prager bischöflichen Gerichtes (1298 Emler reg. No. 1782) belehrt uns, dass bei demselben der von Bruno in Betracht gezogenen Weisung des lateranensischen Concils vom J. 1215, dem capitulum valde famosum, wie es die Glosse nennt, vollinhaltlich Rechnung getragen wurde, indem es in derselben heisst: prout in actis de jussu nostro per duos juratos notarios conscriptis et confectis ... plenius continetur. Dieses Zeugniss ist um so höher zu veranschlagen, als hierin die direct documentirte Gewähr für die frühzeitige Festhaltung der Schriftlichkeit des Verfahrens in transalpinen Ländern geboten erscheint, die nach den Worten der bekannten Satyre (Occulti auctoris in den Sitz.-Ber. der wiener Acad. der Wiss. 37. Thl. pg. 163, Vers 790): alterius partis vestris ostendite cartis — quomodo processum vel quo fine sit recessum (1281—1283) bisher nur erschlossen worden war (Muther, ges. Aufs. pg. 65).

Nicht allein die den formellen Processverlauf regelnden Vorschriften des canonischen Rechtes waren weit gedrungen[18],

---

[18] Die canonistische Praxis jener Jahrhunderte hat so viele Spuren und Denkmale ihrer Thätigkeit hinterlassen, dass es nicht schwer fällt, darzuthun, wie correct nach den Vorschriften der Decretalen in den böhm. Ländern verfahren wurde. Die Belege hierfür gewähren nicht nur Aufzeichnungen über den ganzen Verlauf abgeführter Processe und vollständig erhaltene Acten einzelner Rechtsstreitigkeiten, sondern auch Urkunden, welche lediglich über einzelne Schritte des Verfahrens Aufschluss geben. Ein Bild des ganzen Streitverlaufes bieten dar die von deleg. bischöfl. Richtern ausgehenden Urkunden vom J. 1255 (Boček V, 239; Emler No. 75), 1293 (Boček IV, 394) und aus demselben Jahre (Boček IV, 405), weiters Urkunden des prager bischöflichen, beziehungsweise erzbischöflichen Gerichtes vom J. 1296 (Emler No. 1720), 1298 (No. 1782), 1349 (Dobner mon. cit. IV, 321), 1378 (ibid. III, 392) und 1390 (l. c. VI, 379), sowie des olmützer bischöfl. Gerichtes aus dem J. 1354 (Brandl VIII, 198), in welchen drei letztberührten sich die vollständige Aufnahme des Positionalverfahrens wiederspiegelt, ferner des prager Universitätsgerichtes vom J. 1400 (mon. univ. prag. tom. II. No. 47) und 1403 (l. c. No. 52, pg. 399). Processacten über, vor kirchlichen Richtern in Prag nach den Vorschriften des canon. Verfahrens durchgeführte Processe blieben erhalten aus dem J. 1319 (Orig. im Wyšehrader Capitelarchiv) und 1312 bis 1333 (im Wilheringer Formelbuch), welche im Anhange abgedruckt werden. Auch Bruchstücke von gewechselten Streitschriften am Wendepuncte des 14. und 15. Jahrhunderts sind abgedruckt in den mon. univ. prag. II. pg. 431 ff. Betreffend Urkunden, die nur einzelne Acte in Betracht ziehen, mögen vor allem Processvollmachten aus dem J. 1255 (Boček V, 239), 1379 (mon. univ. prag. II. pg. 259, 363), 1403 (Dobner monum. III, 420) und 1404 (ibid. III. 438) ihre Erwähnung finden, da sie in Kürze ein Schema des Processganges gewähren. Das Beispiel einer Klage wegen Vindication einer villa aus dem J. 1287 findet sich bei Boček III, 335; Emler No. 1411, und

auch das materielle Processrecht hatte die gleiche Verbreitung gefunden. Denn im J. 1296 erklärt Bischof Theodorich von Olmütz

enthält das Petit: peto .... villam restitui cum fructibus jam perceptis et percipiendis, quos aestimo ad summam seu valorem sexcentarum marc. argenti dativi usualis ponderis. Ueber die im canonischen Verfahren gebräuchliche Caesur durch die litis contestatio berichtet eine Urkunde aus dem J. 1267 (Boček III, 392): lite contestata officialis episcopi partes citavit, ut juramentum de veritate seu de calumnia praestarent, diem peremptoriam iis ad hoc faciendum assignando. Rücksichtlich des weiteren Verlaufes und der Beweisfrage mangeln gleichfalls nicht die Belege. Beispiele der trina citatio kommen vor im J. 1245 (Erben No. 1111) und 1263 (Boček III, 356); ein Process mit exceptio judicis suspecti und contumacia 1251 (Boček III, 145; Erben No. 1274); im J. 1265 findet sich in einem Falle Terminserstreckung und endlich nach dem Ergebnisse des gepflogenen Zeugenverhörs Erkenntniss nach der Klagsbitte, weil Kläger intentionem suam per testes omni exceptione majores probavit (Emler No. 488); im J. 1272 (Emler No. 797) wird berichtet, dass über eine seitens eines Nonnenklosters beim Erzbischof zu Regensburg als dem Conservator des betreffenden Ordens per Alemaniam angebrachte Klage der Vorstand des verklagten Klosters excipiendo proposuit, quod non deberet respondere coram episcopo, pro eo, quod Boëmia non contineatur sub regno Alemaniae, cum sit regnum per se et alio utatur idiomate nec idem episcopus rationem (?) praedictam potuerat agnoscere aliter, nisi de manifestis, quae nulla tergiversatione celari possunt, excipiens etiam de loco non tuto etc. Ein vom Papste bestätigtes Erkenntniss eines böhm. deleg. Richters aus dem J. 1234 ist nachzuschlagen bei Erben reg. No. 832; eine Appellation gegen ein solches Urtheil an den Papst aus dem J. 1256 bei Emler reg. No. 99. Im J. 1268 erfolgt die Bestätigung eines von einem delegirten Richter gefällten Erkenntnisses durch den Olmützer Bischof Bruno, welcher jenem die Entscheidung einer Sache in der Weise übertragen hatte, ut actis diligentius inspectis et cognitis causae meritis, nec non observato juris ordine diffinitivam sententiam proferret, was in der That dadurch geschah, dass der Richter fand, es seien quaedam semiprobata utpote ex publica fama, quaedam tamen sufficienter probata (Emler Nr. 574, 611; Boček IV, 11). Im J. 1269 (Boček IV, 31) gibt der genannte Bischof einer Supplication Raum, welche bei ihm in der Art angebracht worden war, dass von der gleichzeitig und cumulative angebrachten Appellation an die päpstl. Curie zurückgetreten werden wolle, falls der Supplication Statt gegeben würde. Im J. 1279 erklären delegirte Richter (Boček IV, 226): testibus secundum formam juris receptis et examinatis diligenter ... omni juris strepitu propulsato, prout mandabatur, sententialiter diffinimus perpetuum silentium imponendo. Im J. 1287 legte der Vertreter eines Nonnenklosters gegen ein Erkenntniss des bischöfl. Gerichtes zu Olmütz in folgender Form Berufung ein: sentiens ex hoc dictam priorissam et conventum et sorores indebite aggravari, ... nomine ipsius priorissae etc. in scriptis praesentibus ad ipsum dominum legatum et ad apostolicam sedem appello et apostolos instanter peto, et me et ipsas .. legati et apostolicae sedis protectioni suppono, worauf der Bischof sich in dem an den päpstl. Legaten gerichteten Berichte dahin äusserte: nos appellationi pro vestra (scil. legati) et sedis apostolicae reverentia deferentes eisdem sororibus et procuratori earum terminum XIV dierum statuimus, infra quem vestro se conspectui repraesentent ad appellationem prosequendam (Boček IV, 325). In ähnlicher Weise wird gegen ein Urtheil des prager bischöfl. Gerichtes appellirt 1307, wobei jedoch der Appellant noch beifügt: protestans, ut appellatione pendente contra me et in adhaerentes nulla novitas attemptetur (Emler reg. No. 2129), dann 1308 (ibid. No. 2176, pg. 946), 1325 (Chytil VI, 210), 1339 in Form einer Notariatsbeurkundung (Palacký, Formelb. I. S. 347), endlich

in einem durch seine Vermittelung zu Stande gekommenen Vergleiche zweier Klöster: notoria crimina, quae examinatione non indigent, libere corrigemus, hierdurch auf die in c. 23 X 1, 6 niedergelegte Auffassung der Notorietät anspielend (Boček V, 45). Gleichergestalt bemerkt 1298 der Bischof von Prag bei Zuerkennung eines Zehntrechtes an eine Pfarre: petitioni non duximus annuendum, nisi prius per testes vel alias posset legitime, comprobare, praedictam decimam per suos praedecessores plebanos ibidem, in tanto tempore continue percepisse quod ipsarum decimarum perceptionem legitime praescripsisset; qui coram nobis

in gleicher Art 1386 (Palacký l. c. II. S. 187) mit der ausdrücklichen Motivirung: cum appellationis remedium tam a jure communi, quam civili sit inventum, ut oppressi et gravati ab eorum oppressionibus et gravaminibus possint relevari etc., vgl. c. 3 u. c. 61 § 2 X 2, 28. Selbst das Beispiel einer querela nullitatis gegen das Urtheil des prager Universitätsgerichtes aus dem J. 1372 bieten die mon. univ. prag. tom. II, S. 252; ebendort findet sich auch ein interessanter Fall der operis novi nuntiatio aus dem J. 1387 (l. c. tom. II, No. 22), worin es heisst: nuncians novum opus et in signum nuntiationis accepto lapillo ipsum misit et projecit in structuram et in ipsum murum (vgl. über ähnliche Vorgänge in Lübeck 1278—82: Lappenberg in Hugo's civil. Magazin 6. Bd. S. 219, und auf der Insel Rügen 1296: Muther, ges. Aufs. pg. 2). Aus dem J. 1405 ist ein Bericht erhalten, womit der Official des prager erzbischöfl. Gerichtes der päpstl. Curie eine angebrachte Appellation unterbreitet (Dobner monum. III. 441). Besondere Hervorhebung verdient schliesslich die im J. 1358 vorkommende scharfe Scheidung zwischen possessorium und petitorium (Brandl IX, 69), indem eine Partei suspenso petitorio, cum utramque — petitionem et possessionem — adduxerit in judicium, petivit super solo possessorio in causa concludi. — Ueber die Art der Execution durch Excommunication und Verkündigung derselben pulsatis campanis et candelis extinctis vgl. die Urkunde aus dem J. 1274 (Emler reg. No. 849; ähnlich Palacký, Formelb. I. 359, II. 179) und den Kremsierer Synodalbeschlus 1318 (Chytil VI, 388). — Was endlich das ausserstrittige Verfahren anlangt, ist unten von der Vidimirung und Exemplification der Urkunden Erwähnung zu thun, wie dies bezüglich der Notariatsgeschäfte oben bereits geschah. Bemerkt mag hier werden, dass in Testamenten die Codicillarclausel (vgl. S. 100, Note 9) und die gemeinrechtliche Formel: do et lego vorzukommen pflegt, z. B. 1294, 1312 (Boček V, 21, VI, 42), sowie überhaupt das gemeine Recht hierbei Berücksichtigung findet. Als Beispiel eines Todeserklärungsverfahrens aus dem J. 1304 möge hier der Edictal-Citation eines Verschollenen durch das kirchl. Forum Erwähnung geschehen (Emler No. 1999); als Grund wird angegeben: quia per XX annos et amplius in remotis partibus moram trahens etc. Ein interessanter Fall sog. chartae pariculae seu partitae (Mabillon de re diplom. lib. I, cap. 2, No. 7; Spangenberg, Urkundenbeweis I, 309; Strippelmann, Urkunden I, 55) aus dem J. 1279 kommt vor bei Dobner monum. VI, 385, wo gesagt wird: litteras (emphyteuticas) duplicantes in scriptis unum pro villanis concessimus, pro nostro monasterio alterum conservantes, et scripta utraque counivimus incisionibus alphabeti. Es tritt hierin dasselbe Motiv zu Tage, welches eine baier. Urkunde dieser Gattung aus dem J. 1158 (Rockinger in den Abh. d. baier. Acad. d. Wiss. 12. Bd. pg. 67) hervorhebt. nämlich: quia testes quippe homines suis quisque terminis de medio rapiuntur, rationabile duximus, ut divisis cirographi litteris partem suam quisque apud se retineret et ad rei veritatem notificandam instrumentum suum haberet.

per testes idoneos sufficienter ostendit, quod praedecessores sui decimam jam praefatam per quadraginta annorum spatium et ultra perceperant et possiderant inconcusse (Emler reg. No. 1775), womit zu vergleichen c. 4 et 6 X, 2, 26. Wenige Jahre später leitet der prager Bischof Johann von Dražic (1301—1343) sein Excommunicationsdecret gegen einen Bedränger der Kirche und ihrer Diener mit den Worten der dist. 45 c. 10 des Gracianischen Decretums ein und weiset auf diese Quelle hin mit der Phrase: nos praedictae doctrinae ecclesiasticae salutaribus praeceptis admoniti (Palacký, Formelb. II, 178).

Das fremde Recht war jedoch nicht bloss bei den Bischofsgerichten eingebürgert, es waren vielmehr auch weitere Kreise der Geistlichkeit darin bewandert. Aus den zahlreichen urkundlichen Belegen für diese Behauptung heben wir hervor die von einem bischöflichen delegirten Richter errichtete Urkunde aus dem Jahre 1275, in welcher neben Erwähnungen des canonischen Verfahrens offenbare Reminiscenzen an die s. g. audientia episcopalis, dann an die beiden Quellenstellen c. 11 X, 1, 36 und l. 21 § 5 D. 4, 8 enthalten sind (Boček IV, 140). In einer Urkunde vom J. 1294 citirt Konrad, Abt des Welehrader Klosters, bei Erläuterung eines Schiedsspruches wörtlich die l. 96 D. 50, 17 und c. 6 X 5, 40 dann § 23 Inst. 3, 20 (Boček V, 15) und in einer anderen aus demselben Jahre wird von dem Verfahren sine strepitu judicii gesprochen und diesem Ausdrucke ein anderer Sinn unterlegt, als der um das Jahr 1245 entstandene und bekanntlich eine fast gesetzliche Autorität geniessende (vgl. Schulte can. Hdschft. pg. 61) apparatus Innocentii IV. mit jener im c. 26 X 5, 1 vorkommenden Wendung verknüpft (Briegleb, summar. Proc. pg. 24; Boček V, 19; Emler No. 1669)[19]. Im J. 1320 endlich lässt sich ein zum Conservator des Welehrader Klosters bestellter Abt Joannes bei Entscheidung eines seitens des Klosters gegen einen Edelmann

[19] Der gedachte Ausdruck war vordem schon nicht unbekannt, denn im J. 1275 (Emler reg. No. 2700) erklären mehrere amicabiles compositores, sämmtlich kirchl. Würdenträger, dass sie sub fratre Mercotone magistro zwei in Streit gelegene Klöster ad concordiam summatim et sine strepitu judicis (produximus) gebracht haben, indem sich eines derselben verband, einen bestimmten Grundzins zu zahlen, praeterquam si per vim sive sua culpa praedictae villae possessionem amiserit corporalem. Ingleichen taucht derselbe auf im J. 1278 (Boček V, 267), ebenso die Phrase des Verhandelns der materia litis et quaestionis simpliciter et de plano 1287 (Dobner monum. VI, 38).

anhängig gemachten Processes um gewisse Waldungen und das Fischereirecht vernehmen, wie folgt: definitive condemnando ipsum (den Edelmann) et ad restitutionem cogendum, decernendo non obstantibus exceptionibus propositis, quas ad consilium juris peritorum non admisimus, sicut nec debuimus, jure prohibente (Chytil VI, 130), womit offenbar die Bestimmung des c. redintegranda 3, C. 3, qu. 1; c. 4 X 2, 10, vielleicht sogar die Weisung der erst 1306 promulgirten Clementine »Saepe« (c. 2 Clem. 5, 11): exceptiones . . . frustratorias repellendo gemeint ist. Wie verhältnissmässig rasch für jene, an Communicationsmitteln so armen Zeiten Aenderungen im Rechte zur Kenntniss der hieran interessirten Kreise gelangten, wird durch eine Urkunde des Brucher Abtes Stephan (1255) dargethan, welche das Protocoll über den vor ihm als Richter durchgeführten Zehntstreit umfasst und speciell hervorhebt, es habe der Vertreter einer Parthei der vom Gegner ergriffenen Appellation sich deshalb widersetzt, quia nec appellatum fuit a gravamine, nec a gravamine comminato, maxime cum hodie nequeat quis appellare absque rationabili et manifesta causa, tali videlicet quae coram judice appellationis debeat legitima reputari, womit klar auf die Vorschriften des c. 2 u. 18 X 2, 28, und insbesondere auf die wenige Decennien (1215) früher erlassene Bestimmung des lateranensischen Concils c. 59 X 2, 28 hingewiesen wird (Boček V, 240). Im Hinblicke auf die geschilderte Verbreitung des Decretalenrechtes betreffs des Processes und dessen weites Geltungsbereich fanden sich auch die in der Hälfte des 14. Jahrhundertes erlassenen prager Synodalstatuten (1349) veranlasst, einige wichtige processrechtliche Weisungen zu erlassen z. B. über Perhorrescenz (edit. 1606 fol. 6) durch Zulassung des Gegenbeweises vermittelst Zeugen gegen das juramentum perhorrescentiae, über Edictalcitation im Anschlusse an c. 1 Clem. 2, 1 (fol. 12 p. v.), über Prosecution der appellatio in Fortbildung des c. 14 X 2, 28 (fol. 13), über Beweiskraft von Urkunden durch die oben schon berührte Regelung des Notariats (fol. 13 p. v.).

Mit gutem Grund wurde oben weiters behauptet, dass bei der Fällung der Schiedssprüche Grundsätze des canonischen Rechtes zur Anwendung gelangten. Häufig lässt sich auf dieses

Factum daraus schliessen, dass zu Schiedsrichtern Personen, deren Rechtskenntnisse anderweitig erwiesen sind, gewählt wurden, was wohl nicht ohne Absicht geschah. So wird z. B. Velislaus, der unter den königlichen protonotarii aufgeführte Canonicus, in einem Streite zwischen einem Capitel und einem Laien 1279 (Emler No. 1180) und bei anderen Anlässen 1279 und 1282 (ibid. No. 1183, 1277) zum Schiedsamte berufen, in dem ersteren der eben berührten Fälle (No. 1183) gemeinschaftlich mit dem königlichen protonotarius mag. Henricus mit dem Auftrage, das laudum eines vordem bestellten Schiedsgerichtes durch ihren Ausspruch zu bessern (arbitrio corrigere et reformare), womit ein Beispiel einer oberschiedsrichterlichen Instanz gegeben ist. Aehnlich wird als arbiter erwähnt: 1273 Dr. decr. Johann de Mocren (Boček IV, 213), 1320 Dr. decr. Stephan archidiaconus zu Znaim (Chytil VI, 131, 155), 1331 mag. Petrus de Wockinstad, plebanus de Prerovia (Chytil VI, 323), der ausdrücklich juris peritus genannt wird (1333 Chytil VI, 356), 1382 Dr. decr. Joannes praepositus monasterii Zderasiensis (Dobner l. c. IV, 373), endlich 1404 Jacobus Žihobec (Balbin misc. I. lib. V, vol. VI, 120), dr. decr. (Palacký, Formelb. II, 160) und Rechtslehrer an der prager Hochschule (Stölzel, gelehrt. Richt. I, pg. 80). Es findet sich auch die Erwähnung, dass der Schiedsspruch habito super hoc jurisperitorum consilio geschöpft worden sei z. B. schon 1279 (Emler No. 1183), wo in dem laudum die Anwendung canonischer Grundsätze zu Tage tritt (c. 6 X 5, 33; c. 17 X 3, 30), ähnlich noch aus dem J. 1390 im formul. Martini archid. prag. MS. fol. 5 p. v. Abgesehen von dem Hervorgehobenen fehlt es nicht an Fällen, in welchen die Formen des canonischen Processes direct zur Anwendung gelangen, so nach italienischen Mustern (vgl. Ficker, Forsch. z. Reichs- u. Rtsgesch. Ital. III. § 611 zur Anm. 4) wahrscheinlich schon 1243 (Boček III, 26; Erben reg. No. 1076), wo es heisst: auditis propositionibus et allegationibus utriusque partis et habita discussione non modica super eis, unanimiter . . . pronuntiamus, gewiss jedoch 1275 in einem Patronatsstreite zwischen einem Abte und Laien (Boček IV, 159). Noch überraschender ist es, dass sogar in den Schiedsverträgen die Beobachtung der canonisch-rechtlichen Formen als Pflicht auferlegt wird; so lesen wir in einer Urkunde vom J. 1275 (Boček IV,

154): compromisimus sub hac forma, ut magister Richardus universa instrumenta seu qualescunque alias probationes partium conscriberet, et quod conscripta domino episcopo certo die et termino praesentarentur, ut ipse ex inspectione eoruudem instrumentorum sine omni dilatione, ad diffinitivam sententiam procederet promulgandam; . . . forma hujusmodi compromissi, per quam partes recesserunt, ab omni alia probatione, quae eis competere posset, fuit a partibus ea causa apposita et approbata, ut per hoc finis litibus imponeretur.

Verfolgt man eingehender die Entwicklung des Gebrauches, Streitigkeiten durch Schiedsmänner zur Entscheidung zu bringen[20], so lässt sich constatiren, dass ursprünglich diese Modalität bei Streitfällen zwischen kirchlichen Instituten und Interessenten zur Anwendung gelangt, von hier aus offenbar durch den Einfluss der königlichen Canzlei in die Hofkreise eindringt und seither auch unter dem Adel Nachahmung findet, bis schliesslich der Kern des Volkes selbst diesem Beispiele folgt, so dass schon am Ende des 13. Jahrhunderts zur Lösung von Streitfragen der Laien unter einander, ja sogar einzelner Juden mit kirchlichen Interessenten kirchliche Würdenträger als Schiedsrichter berufen werden[21]. Hiermit steht die interessante Erscheinung im natürlichen Zu-

[20] Eine möglichst rasche und correcte Lösung der Streitfrage zu erreichen, war der Zweck derartiger Compromisse, ähnlich wie im 12. u. 13. Jahrhunderte Jurisdictionsverträge ital. Communen (Wach, Arrestprocess S. 180 ff., insbes. Note 39) und im 15. u. 16. Jahrhunderte in deutschen Ländern bestellte Compromissar-Instanzen das gleiche Ziel im Auge hatten. Ueber den Einfluss dieser Institute auf die Processrechts-Entwickelung, beziehungsweise Reception, und die im letzteren Puncte im Detail divergenten Ansichten vgl. Wach l. c.; Muther, ges. Aufs. S. 130 ff.; Böhlau in der Ztschrft. f. Rtsgesch. VIII. Bd. S. 193 ff. und IX. Bd. S. 40—46; Stölzel l. c. S. 27 u. 28.

[21] Vgl. über ähnliche Erscheinungen in Deutschland Franklin, Beitr. z. Gesch. der Recept. pg. 33. Fälle, in welchen Streitigkeiten kirchlicher Interessenten unter einander zur Entscheidung an Schiedsrichter überwiesen werden, ergeben sich im J. 1243 (Boček III, 26; Erben No. 1076), 1248 (Boček III, 93), 1255 (III, 195), 1257 (III, 236), 1269 (IV, 32) zwischen Klöstern; im J. 1250 zwischen kirchlichen Würdenträgern (Erben No. 1248) und ebenso im J. 1267 (Emler No. 552), im letzteren Falle, nachdem bereits vordem ein vom König bestellter Richter die Sache erörtert hatte, ferner 1279 (Emler No. 1183). Fälle, in welchen eine der beiden streitigen Parteien dem Laienstande angehört, kommen vor bereits 1242 (Erben No. 1067), 1257 (Boček III, 245, 255; Emler No. 162) und 1275 (Boček IV, 160; Emler No. 976). In Hofkreisen finden sich Beispiele, indem Přemysl Ottokar II. zur Beseitigung der mit dem Könige Ladislaus von Ungarn 1273 ausgebrochenen Zwistigkeiten (Emler No. 2264), sowie zur Behebung der

sammenhange, dass in den Compromissarverträgen das canonische Verfahren immer mehr Berücksichtigung findet, insbesondere auf Einwendungen des fremden Processrechtes Verzicht geleistet wird.

Frühzeitig tritt es in Urkunden zu Tage, dass die Streittheile auf die Formen und Grundsätze des canonischen Processrechtes Gewicht legen offenbar unter Rücksichtnahme auf die zu Schiedsmännern gewählten Persönlichkeiten. Es fällt diess umsomehr ins Gewicht, als Johannes de Bononia in seiner in den 80er Jahren des 13. Jahrhunderts entstandenen summa notariae das Motiv hiefür andeutet, indem er den Urkundenverfasser belehrt, wie folgt: Studeat notarius diligenter in compromisso scribere omnia, quae sunt de substantia litis et facti, de quo compromittitur, cum non possint arbitri seu arbitratores cognoscere, nisi de his, quae in compromisso fuerint nominata (Quell. u. Erörterg. z. bai. u. deut. Gesch. IX. Bd. 2. Abthl. pg. 681). Die Bedachtnahme auf das bisher fremde Verfahren äussert sich in doppelter Weise; bald wird in derartigen Urkunden die Beobachtung der canonisch-rechtlichen Formen zur Pflicht gemacht (vgl. S. 134), bald im geraden Gegensatze zu diesem Vorgange auf deren Wahrung Verzicht geleistet, worin das sprechendste Zeugniss für den sonstigen häufigen Gebrauch derselben liegt. An Beispielen für den letzteren Modus gebricht es nicht. Als Herzog Heinrich IV. von Breslau um das J. 1280 in einem Streite mit dem

---

Streitpunkte mit Friedrich Erzbischof von Salzburg 1275 (Emler No. 963) und selbst die Königin-Wittwe Kunigunde zur Beilegung der zahlreichen Misshelligkeiten mit Otto von Brandenburg 1280 (Emler No. 1221; Palacký, Formelb. I. S. 314) Schiedsrichter bestellen, wobei in den diesfälligen Urkunden die bei den canonischen Practikern üblichen Formeln zur Anwendung kommen. Diess that auch 1291 König Wenzel II., als er mit dem Herzog von Baiern übereinkam, die Entscheidung über Grenzschäden Schiedsrichtern zu überlassen (Emler reg. No. 1554). Das Eindringen dieser Formeln in Adelskreise und das Volk geht hervor aus einer Compromissar-Urkunde des mächtigen Zawisch von Falkenstein mit Puta von Pottenstein 1288 behufs Beseitigung der zwischen ihnen schwebenden Streitigkeiten (Emler No. 2323) und einer anderen von zwei Laien ausgehenden (im J. 1279) betreffs eines Streites um ein Patronatsrecht, in welcher Geistliche zu Schiedsrichtern bestellt werden (Emler No. 1176). Aehnliches geschah 1278 in dem Streite eines Juden mit einem Priester (Emler No. 1133; Boček V, 263) und einem mit gleicher Parteistellung 1346 (Chytil VII, 501), endlich 1392 zwischen mehreren prager Bürgern und im selben Jahre zur Behebung einer Streitfrage zwischen einem Pfarrer und seiner ganzen Gemeinde (Přibico cliens de Krutenic nomine rusticorum et communitatis villae Jaroslavic) (acta jud. archiep. prag. edit. Tingel pg. 49, 62).

dortigen Bischof und Capitel auf die Lösung desselben durch einen Schiedsspruch eingeht, hebt er in der bezüglichen Urkunde hervor, dass er die Competenz des Schiedsrichters ausdrücklich anerkenne, daher der Incompetenzeinwendung entsage und dem zu fällenden Spruche sich unterwerfe, ob verhandelt sein wird partibus vocatis et non vocatis, praesentibus et absentibus, sive una praesente et alia absente, diebus feriatis et non feriatis, juris ordine servato, vel non servato, non obstante jure aliquo . . . ac exceptione vel appellatione quacunque (aus dem Formelb. Henr. Ital. im Arch. f. Kunde öst. Gesch.-Quell. 29. Bd. pg. 108). Wem würde bei dieser besonderen Erwähnung der dies feriati nicht die Bemerkung des ordo judic. Pillii (edit. Bergmann pg. 77) beifallen: Item ferri debet sententia diebus licitis i. e. non feriatis; sed et die feriato ferri potest de consensu partium. Noch präciser tritt die erwähnte Erscheinung hervor in einem Compromisse zur Beilegung eines in denselben Jahren anhängigen Streites zwischen dem böhmischen Kanzler und zugleich Probste am Wyšehrad einerseits und seinem Capitel andererseits, worin die Comprommittenten direct auf alle Einwendungen gegen die Gültigkeit des laudum verzichten, die etwa aus einer Unregelmässigkeit des Verfahrens geschöpft werden könnten und daran festzuhalten erklären, quod arbitri pronuntiaverint, aut arbitrati fuerint cum vel sine scriptura, diebus dominicis, feriatis, et non feriatis, sedendo stando, quandocunque ubicunque et qualitercunque cum judicii solemnitate, obmissis nobis praesentibus dum tamen citatis; renuntiamus omni legum auxilio vel refugio juris canonici, quod nobis possit aliquod adminiculum pro praedictis causis exhibere vel . . . possit opponi de jure vel de facto (ibid. pg. 93). Bemerkenswerth ist hierbei die zwischen exceptiones juris et facti gemachte Unterscheidung, welche bekanntlich in den Glossen ad l. 2 D 44, 1 und ad c. 1 in VI. 2, 3 ihre Grundlage hat (Albrecht, Exceptionen pg. 116) und sonach einen Beleg dafür bietet, dass bereits am Schlusse des 13. Jahrhunderts die Processtheorie der Glossatoren in Böhmen bekannt war. In der Wesenheit mit dem vorerwähnten Wortlaute übereinstimmende Schiedsverträge kehren wieder anlässlich weiterer Streitpunkte des gedachten Capitels mit einzelnen seiner Prälaten um 1280—1285 (ibid. pg. 85—93),

dann bei einem Streite eines Laien mit einem Kloster 1284 (Boček IV, 283), 1328 (Chytil VI, 287), 1331 zur Beilegung eines zwischen zwei Klöstern ausgebrochenen Streites (ibid. VI, 323) und in einem anderen ähnlichen Falle 1337 (ibid. VII, 116), sowie in einem zwischen kirchlichen Interessenten in Form eines Notariatsactes geschlossenen Compromisse 1336 (Palacký, Formelb. I, 344). Auch der Entwurf einer Compromissarurkunde betreffs des zwischen einem Kloster nebst den Schöffen eines Städtchens im südlichen Böhmen einerseits und einem Pfarrer andererseits anhängigen Streites wegen eines Grabens, eines Weges und einer Wiese aus dem Jahre 1405 ist der Berührung werth (fontes rer. austr. 37. Bd. pg. 339); denn er verbreitet sich nicht nur über den Umfang des Parteienverzichtes rücksichtlich allfälliger Anfechtungsgründe mangels der Formalitäten des Instructions- und Spruchverfahrens, sondern auch bezüglich des Rechtsmittelstadiums im Detail und betont speciell auch den Verzicht auf allfällige exceptiones ex persona arbitri, compromittentium, ex forma compromissi seu ex rebus vel causis de quibus est compromissum. Die gleiche Formel wie oben findet sich noch im J. 1398 in einer Urkunde dieser Categorie anlässlich einer zwischen zwei Klöstern eingetretenen Differenz in Grenzangelegenheiten (Dobner l. c. IV. 130), die jedoch besondere Erwähnung verdient, weil die Parteien den Schiedsrichtern alle speciell berührten Beweismittel vorzulegen versprechen und allen Rechtsmitteln im Detail entsagen. Verwandten Inhaltes ist endlich eine zur Beilegung der Streitigkeiten an der Universität zu Prag errichtete Schiedsvertragsurkunde 1411 (Pelzel, Wenzel IV., 2. Thl. Urkdb. No. 228). Interessant ist die Uebereinstimmung einzelner der eben angeführten Urkunden mit den Formularien, welche die gedachte ars notariae Joannis de Bononia (l. c. pg. 679 ff.) darbietet; die natürliche Erklärung hiefür liegt in dem oben (S. 108, besonders Note 19) erbrachten Nachweise der Benützung dieses Formelwerkes in Böhmen [22]. Erwäh-

[22] Einen eclatanten Beleg hierfür bietet ein diese summa enthaltendes MS. der prager Domcapitelsbibliothek, nämlich das erwähnte Formelbuch des Joannes Přimda, in welchem bei dem Formulare der sententia arbitri seu arbitrorum ein mächtiges, in grüner und rother Farbe ausgeführtes, fast den Rand des halben Blattes ausfüllendes Nota bene angebracht erscheint. Ueber den Ursprung jenes MS. an der prag. bischöfl. Curie gibt der übrige Inhalt desselben, eine cancellaria episcopi Joannis de Dražic etc., ein unwiderlegliches Zeugniss.

nungswerth ist noch der fernere Umstand, dass sich in einzelnen derartigen Verträgen weitere Spuren des allmäligen Eindringens der fremden Processgrundsätze äussern; so lesen wir im J. 1340 (Dobner l. c. IV, 304; Chytil VII, 213) eingangs des Schiedsspruches über das den Schiedsrichtern zur Pflicht gemachte Vorgehen: cum . . . in nos compromisissent sic, quod nos in eadem causa summarie et de plano, sine strepitu, et figura judicii partibus praesentibus vel absentibus, stando vel sedendo, in scriptis vel sine scriptis possemus pronuntiare, et diffinire etc. in unleugbarem Hinblicke auf c. 2 Clem. 5, 11, sowie im J. 1341 (Chytil VII, 219) die bereits eingebürgerte mehr erwähnte Formel mit der Schlussklausel des Verzichtes auf alle Einwendungen gegen die Gültigkeit des zu fällenden Spruches, die etwa ex persona arbitrorum seu compromittentium seu de rebus de quibus compromittitur hergeleitet werden könnten, welche Unterscheidung offenbar im Nachklange eines tractatus de arbitris gemacht wird.

Als ein Factum, welches das allmälige Einsickern der fremden Process-Grundsätze in das Verfahren böhm. Gerichte wesentlich gefördert hat, ist zu constatiren, dass ähnliche Formeln auch dann zur Anwendung gelangen, wenn neben geistlichen Personen Laien zum Schiedsspruche berufen werden[23] z. B. in einem Stritte des Bischofs von Olmütz mit einem Edelmanne 1285 (Boček IV, 297 und cit. Formelb. Henrici pg. 104); ebenso in dem oben erwähnten Compromiss vom Jahre 1405 (font. rer. austr. 37. Bd. pg. 342) drei Pfarrer und ein Ritter. Dass hierdurch die mit den fremden Processvorschriften ganz

[23] Frühzeitig schon findet sich die Bestellung weltlicher neben geistlichen Schiedsrichtern behufs gemeinschaftlicher Spruchfällung; so ist im J. 1320 (Chytil VI, 131) neben dem Dr. decret. Stephan und dem Znaimer Archidiacon ein Schöffe von Znaim als Schiedsmann thätig im Stritte zwischen dem Kloster zu Welehrad und dem Müller zu Znaim, welche Schiedsrichter visis juribus partium et auditis den Spruch fällen und unter Anwendung can. Terminologie formuliren. Aehnlich entsendet 1348 Karl IV. zur Behebung eines Streites zwischen dem Probste zu Leitmeritz und den dortigen Bürgern als Schiedsrichter den rechtskundigen Probst des Capitels zu allen Heiligen in Prag und den prager Rathsmann Jechlinus Jacobi (Pelzel, Karl IV. I. Thl. pg 218). Im J. 1354 werden in dem Streite eines Capitels mit einem Kloster Joannes plebanus in Dymokur und der kgl. Marschall als arbitri gewählt (Brandl VIII, 232), ähnlich auch 1398 im Streite zweier Klöster in der Nähe Prags der oben genannte Official des prager Erzbisthums Nicolaus Puchník und der prager Burggraf, obwohl das Compromiss bis ins Detail die canon. Processmaximen und -Formen berücksichtigt (Dobner monum. IV, 130).

und gar unvertrauten Laien in Verlegenheiten geriethen, ist erklärlich; in der That kommen solche in die Lage den Schiedsspruch, nachdem sie sich erst mit Kennern des canon. Verfahrens berathen haben, fällen zu können (1287 Emler No. 1406)[24], 1289 und später (1350 Pelzel Karl IV. Urkdb. I. Thl. No. 69) wird es ihnen sogar im Schiedsvertrag zur Pflicht gemacht solchen Rath einzuholen. Ein Beispiel aus dem J. 1390, wo ein plebanus und ein »armiger« als arbitri in causa juris patronatus ihren Schiedsspruch super hoc habito consilio sapientum et juris peritorum fällen, enthält die Formelsammlung des prager Archidiacon Martin aus den J. 1370—1407 (MS. prag. Domcapitel). Von da ab war nur bloss ein Schritt zu dem Vorgange, der zum J. 1392 durch Acten erhärtet wird, dass zur Entscheidung eines zwischen einem Geistlichen und Laien ausgebrochenen Streites ausschliesslich Laien (2 Edelleute) durch ein Compromiss berufen werden, das wörtlich die bisher übliche Formel reproducirt und inhalts dessen die dem laudum sich nicht fügende Partei zu dessen Beobachtung durch kirchliche Censuren angehalten werden soll (acta jud. archiep. ed. Tingel pg. 41). Allmälig konnten sich auf diesem Wege selbst Laien die Weisungen über das Vorgehen bei schiedsrichterlichen Functionen nach canon. Rechte aneignen. Aus dem J. 1397 erhärtet eine Urkunde (font. rer. aust. 37. Bd. pg. 309) des prager Burggrafen Heinrich von Rosenberg, welcher

---

[24] Andere Beispiele aus den Jahren 1320 und 1358 siehe bei Chytil VI, 130 und Brandl IX, 69. Ueber ein ähnliches Vorgehen in Deutschland vgl. Ficker, Forschgen. z. R. u. Rtsgesch. Ital. III. § 610, Anm. 3, 5; Franklin, Beiträge zur Gesch. der Recept. S. 34 aus den Jahren 1284, 1345 ff. Sogar Gutachten ausländischer Rechtsgelehrter werden dort eingeholt; in den Streitigkeiten des Herzogs Heinrich von Baiern mit dem Erzbischof Friedrich von Salzburg (1283—1285) wird nämlich von dem zur Entscheidung berufenen Schiedsgerichte ein Gutachten aus Padua erbeten, speciell — wie sich einer der Schiedsrichter ausdrückt: magistrorum sive doctorum tam juris canonici quam civilis, oder wie es im Gutachten vom 6. Jänner 1284 selbst heisst: consilium majoris partis magistrorum et dominorum in Padua regentium scil. mag. Parcifallis (offenbar Princivallis vgl. Schulte, Quell. u. Lit. II. 136) mediolanensis decretorum, Joannis de Angusellis de Cesena utriusque juris doctor (vgl. über diesen Schulte, Quell. u. Lit. II. pg. 132; in diesem Gutachten liegt der directe Beleg für dessen Lehrthätigkeit zu Padua), Bovetinus mantuanus (vgl. Schulte l. c. II. 168, Note 3), Calamel ferrariensis decretorum, Bertulinus de Cornazano parmensis, Fridericus de Scalis, bononiensis, et Nicolaus de Martarellis mutinensis, legum doctor (vgl. Savigny, Gesch. d. röm. R. im M.-A. V. pg. 430, wodurch die dort erst mit 1295 documentirte Zeit seiner Lehrthätigkeit in Padua schon 11 Jahre früher fixirt wird), vgl. über dieses Gutachten Rockinger in den Abhdl. der baier. Acad. der Wiss. hist. Cl. 12. Bd. pg. 60.

als Schiedsrichter einen Streit zwischen einem Kloster und einem Pfarrer um gewisse Aecker entscheidet, dass bei Erhebung der Streitfrage und deren Lösung sowohl, als bei Abfassung des Compromisses und des laudum die in der canonistischen Praxis üblichen Formen und Wendungen zur Anwendung gelangten. Die processualen Kenntnisse desselben mögen vielleicht den prager Erzbischof und den Bischof von Leitomyschl Joannes im J. 1405 bewogen haben, ihn in ihren Streitigkeiten zum Schiedsrichter zu wählen, zumal sie ausdrücklich betonen, dass alle Streitigkeiten in diesem Compromisse begriffen seien, mögen sie einen weltlichen oder geistlichen Character an sich tragen (ibid. pg. 347).

Vielleicht war dieses Ueberwuchern fremder Rechtsgrundsätze bei Schiedsgerichten die Veranlassung, warum der Rath der Altstadt Prag (zeuge des Stadtbuches No. 992 fol. 239) im J. 1454 als decretum civitatis festsetzte, dass bei Bestellung von Schiedsrichtern keine andern Persönlichkeiten berufen werden dürfen, als Bürger und Einwohner dieser Stadt, »welche deren Recht verstehen«[25].

War auch durch Schiedsverträge, wie dargelegt, die Kenntniss des fremden Verfahrens in weitere Schichten eingedrungen, so hätte diess an sich keineswegs genügt, dieselbe in solchem Masse zu verbreiten, dass endlich das bisher in den einheimischen Gerichten fremde Verfahren zu einem eingebürgerten erhoben worden wäre und das Heimatsrecht erlangt hätte. Dazu bedurfte es eines Factors, der nicht in einzelnen sich ereignenden Fällen seine Wirkung äusserte, sondern ständig und beharrlich einwirkte. Dieser Factor waren die Organe, denen die Urkundenerrichtung als Aufgabe zufiel, also die königliche Canzlei, das Stadtschreiberamt und das Notariat. Ursprünglich war ihr Wirken für die Verbreitung des fremden Processrechtes ein so zu sagen unwillkürliches, instinktmässiges, lediglich nach der rein äusserlichen Seite gehen-

[25] Einen verwandten Vorgang, nämlich Ausschliessung der im fremden Rechte bewanderten doctores oder Juristen von schiedsrichterlicher Thätigkeit in Deutschland siehe bei Stobbe I. 2. Abthl. S. 50, Note 12; Muther, ges. Aufs. S. 131. Die oben berührte Erscheinung war wahrscheinlich auch einer der Gründe, weshalb das Statut der Bergstadt Wyšehrad.1460 art. 26 den Schöffen die Uebernahme des Schiedsamtes untersagt (Právník 1870 S. 729).

des, späterhin jedoch ein vorbedachtes, wohlbewusst nach dem Ziele blickendes, auf das Wesentliche gerichtetes Streben.

Die dominirende Stellung der königlichen Canzlei rechtfertigt es, dass ihr Wirken eingehender gekennzeichnet und beleuchtet wird, zumal das von ihr Gesagte im Ganzen und Grossen für die Verhältnisse des Stadtschreiberamtes und Notariates gilt, weshalb sich rücksichtlich dieser beiden auf Hervorhebung der wichtigeren Momente beschränkt werden soll.

Die königl. Canzlei wendete seit undenklichen Zeiten die Terminologie des canonischen Processes in den über Gerichtsverhandlungen errichteten Königsurkunden an, in ähnlicher Weise, wie schon im 11. Jahrhunderte in Gerichtsurkunden Ravennatischer Gerichte technische Ausdrücke der Quellen zur Bezeichnung einheimischer Rechtsinstitutionen gewählt werden (Ficker l. c. III. § 477). Interessant und darum bemerkenswerth ist dabei der Umstand, dass ihr die Terminologie für das materielle Recht selbst noch im 14. Jahrhunderte nicht ganz geläufig war. Die in der Anmerkung [26] beigebrachten Beispiele zeigen klar, wie bald mit der

[26] In Gerichtsurkunden wird der altböhm. pûhon citatio manchmal auch actio genannt, pûhončí heisst exactor, nález sententia, und zwar viele Decennien früher, bevor die Terminologie des materiellen Rechtes Eingang findet; so spricht z. B. noch eine Urkunde aus dem J. 1361 vom forum et contractus (Dobner monum. VI, 415) zur Bezeichnung des Kaufes nach dem altböhmischen trh (d. h. der Ort, wo Käufe geschehen, also Marktplatz, forum und auch das Kaufgeschäft selbst emtio venditio) und in einer Urkunde des Landrechts vom J. 1355 findet es der Verfasser derselben für nöthig, zu dem Ausdrucke ademit den erklärenden Beisatz in böhm. Sprache zu setzen seu přikúpil jest (Dobner l. c. I. 238). Technische Ausdrücke und Wendungen des röm.-canon. Processrechtes finden sich dagegen in grosser Fülle seit alten Zeiten. Auch in dieser das Aeusserliche betreffenden Erscheinung tritt die Richtigkeit der Ansicht Stölzel's (gelehrt. Richt. I. pg. 23) zu Tage, dass der Aufnahme römischer materiell-rechtlicher Sätze überall die Aufnahme des römisch-canonischen Processes vorangeht. Schon im J. 1144 macht König Wladislaus I. Erwähnung de lite contestata, sed nullo modo decisa (Boček I, 225); 1215 erklärt das Landrecht (Herrengericht), dass: partibus convocatis constitutis, motis hinc inde verbis inter partes et multiplicatis . . . abbatem in sua actione debere producere testes idoneos et fide dignos (Boček II, 78); in demselben Jahre ist die Rede von einer causa obtenta; im J. 1249 spricht Přemysl Ottokar als mähr. Markgraf in einer gerichtlichen Urkunde davon, dass die Geklagten contrarium asserebant et testes producebant, wobei er hinzufügt: nos visis et auditis rationibus et juribus utriusque partis, testes . . . ad juramentum duximus admittendos . . . (et) diffinitivam sententiam proferentes adjudicavimus etc. (Boček III, 68; Emler reg. No. 1166); ähnlich lautet ein kgl. Spruch aus demselben Jahre (Erben reg. No. 1234): cum movisset quaestionem . . . nos visis et auditis rationibus, allegationibus et probationibus partium, quia nobis plene constitit, . . . adjudicavimus cognitis evidentius causae meritis; im J. 1252 erwähnt der König des Falles: si (partes) in probatione

Terminologie die Begriffe und mit diesen allmälig die Institute des fremden Gerichtsverfahrens Eingang fanden, und sind Belege für die erste Stufe in dem Stufengange der Reception. So kam es im natürlichen Verlaufe dazu, dass gar bald die Formen

defecerint (Boček III, 149); im J. 1258: cum causam hinc inde ventilari videremus . . . viros idoneos ac juris peritos arbitros ad hoc duximus statuendos, quod partibus coram ipsis constitutis sine strepitu judicii de justitia cognoscerent utriusque (Boček III, 261); im J. 1278 wird der ganze Processverlauf bis ins Detail beschrieben unter Anwendung der aus canon. Quellen entnommenen Terminologie und Phrasen (Boček IV, 207; Emler reg. No. 1108), weshalb diese interessante Urkunde im Anhange abgedruckt wird; im J. 1279 wird erzählt, dass der Kläger um Verurtheilung des Gegners zur angesprochenen Leistung bat, cum pars adversa nec contra testes nec contra testimonium excepisset; um eben diese Zeit gestattet der König einem Edelmanne seine Ansprüche auf eine Burg zu erweisen mit den Worten: testes et privilegia producere debeat (Henr. Ital. Formelb. l. c. pg. 83); im J. 1278 erklären vom Könige bestellte Richter — regis judices delegati —, dass die Geklagten parati (erant) secundum juris ordinem respondere, doch die Kläger ab actione penitus cessaverunt (Boček IV, 209; Emler reg. No. 1110). Fälle, in welchen die röm.-canon. Terminologie bewusst zur Anwendung gelangt, um den im fremden Rechte mit dem bezüglichen Ausdrucke bezeichneten Inhalt zur Anschauung zu bringen, kommen vor: 1279 quaestionem, quae vertebatur, congruo fine terminare (Emler reg. No. 1177; Chytil VII, 774), 1282: renuntiatio liti et causae (Emler reg. No. 1279; Boček IV, 268); 1286: lite legitime contestata . . . abbas cum testes idoneos ad suae intentionis prosequendum effectum in judicio statuisset, testes minime vacillantes in suo testimonio adstruebant, quod ipsis ex certa constat scientia etc. (Emler reg. No. 1374; Boček IV, 312); 1283: e converso allegabat, quod nullo authentico instrumento probare potuit (Emler No. 1301; Boček IV, 280); 1289: plenarie constat (Emler No. 1778); 1302: cedimus juri et actioni et eidem renuntiamus (Emler No. 1914); 1306 in einer den kgl. Spruch enthaltenden Urkunde: (praedecessor rei) obtinuit per sententiam et... ipsa in tabulis terrae redacta fuit; terrae tabulas inspici fecimus et . . invenimus . . . (actoribus) nullum jus competere, propter quod processus et sententiam confirmamus, . . (actoribus) perpetuum silentium imponentes (Emler No. 2070). Diese Urkunde ist auch darum interessant, weil sie neben anderen aus den letzten Decennien des 13. Jahrhunderts datirenden (schon 1287) (vgl. Randa, Ueberblick der Entstehung und Entwicklung des Grundbuchwesens insbes. in Böhmen und Mähren pg. 6; Jireček, Cod. jur. boh. II, 2. Abthl. S. 3 ff.) auf einen Eintrag aus diesen Jahrzehnten Bezug nimmt und die frühe Entwicklung des Grundbuchwesens in den böhm. Ländern erhärtet. Schliesslich verdienen noch Erwähnung ein Erkenntniss des Landrechtes 1351 (Dobner monum. I, 237): auditis litteris et allegationibus ... pronunciavit . . . sententialiter (actori) silentium perpetuum imponendo, sowie eine Immunitätsurkunde Karl's IV. (Dobner l. c. I, 241): inhibens, . . . quod sententiis valeant (beneficiarii) homines claustrales innodare aut in ipsos sententias executorias vel diffinitivas fulminare. Hervorgehoben mag endlich werden, dass selbst die Canzlei der Königin Kunigunde (+ 1285) wohl vertraut sein musste mit dem canon. Processrechte, da sie eine Beschwerdeschrift namens der Königin an den prager Bischof ausfertigte, worin dargelegt wird, dass ein Organ des Bischofs clericum quendam magistrum Henricum, qui capellae (regiae) annotatus est et mensae inter familiares nostros non ultimus, molestare non est veritus, quia praeter justiciam nec confessum nec convictum, imo nec citatum (vgl. c. 8 X 1. 33) . . . supposuit interdicto; . . . nec credimus hoc fieri de vestra scientia, eo quod nullus prorsus ordo juris sit in negotio observatus; schliesslich wird der Bischof gebeten: placeat vestrae

und Grundsätze des canonischen Verfahrens der königlichen Canzlei nicht unbekannt blieben [27]. Gewiss war sie hierin schon im 13. Jahrhundert wohl erfahren, denn bereits 1208 erhob sie in dem Scheidungsprocesse des Königs Přemysl Ottokar I. die exceptio judicis suspecti (Erben reg. No. 515). Klarer lässt sich diess folgern aus der Fassung, welche die königliche Canzlei einem unter König Přemysl Ottokar II. zu Stande gekommenen Landtagsbeschlusse lieh, indem sie in offenbarer Reminiscenz an c. 2 X. 2, 8 über die Untersuchung eines mit dem gedachten Beschlusse verpönten Delictes verfügt: beneficiarii causa vel intentione . . . intellecta eum . . . uno edicto tantummodo pro omnibus peremtorie citari faciant (Formelb. Henrici l. c. pg. 141). Aehnlich lässt sie den genannten König in seinem Schreiben an den Papst, worin von diesem die Entscheidung des

reverentiae revocare sententiam (Palacký, Formelb. I, 295; Emler reg. No. 2468). Bei so bewandten Umständen ist es erklärlich, dass im J. 1312 (15. Septbr. reg. inedita Emleri) böhmische Herren, nämlich die fratres de Sonburch, bei Verzichtleistung auf die ihnen zustehenden Rechte der Castellanei (suppae) im Kaadener Bezirke die dem fremden Rechte entlehnte Phrase anwenden: libere cedimus ac idem officium . . . benivole resignamus volentes omnino, ut litterae et privilegia hujusmodi sint cassa, irrita et viribus vacua et nullum de cetero tam in judicio quam extra robur obtineant firmitatis; ähnlich heisst es in einer Urkunde vom J. 1317 (22. April reg. ined. Emleri), dass zur Beilegung längerer Fehden Conradus pater et filius dicti Rorer, also gleichfalls Adelige, praetiterunt ad promissa omnia fideliter conservanda juramentum corporaliter et verbaliter.

[27] Auch in Angelegenheiten des ausserstrittigen Verfahrens hielt sich die kgl. Canzlei an Vorbilder, welche die canonist. Praxis darbot; so wurde die Urkundenvidimirung in gleicher Art und Weise vorgenommen, wie eine Vergleichung derartiger von kirchl. Würdenträgern vorgenommener Acte mit kgl. Vidimirungen ergibt. Beispiele ersterer Art finden sich bei Palacký, Formelb. I, S. 318 (1255); Boček V, 22, 83, 85, 190, 293; Emler reg. No. 1753: in filo, stilo, in bulla integra et sine omni litura (laesura) et macula vidimus (womit zu vergl. die s. g. summula Jo. Andreae cap. X § 10), No. 1781, 1790, 1850, 2000; Fälle kgl. Vidimate dagegen z. B. Emler reg. No. 2389: privilegia . . . sive sint realia, sive personalia, ad res seu jura pertinentia, dummodo appareant in prima figura et sigillis authenticis sigillata, non vitiata, non cancellata, non in aliqua sui parte abolita, rata habemus. Aehnlich wurde betreffs der Urkunden-Exemplification die kirchl. Praxis zum Muster genommen; vgl. einen Fall solcher Art unter Intervention des Bischofs (Emler reg. No. 828) und dagegen jenen unter Mitwirkung der kgl. Canzlei (Emler No. 2484), wo es heisst: in nostra praesentia fecimus per exemplificationis maneriem renovari. Schliesslich scheint auch der Vorgang bei der Legitimation unehelicher Kinder seitens der Kirche (legitimatio per rescriptum summi pontificis Boček III, 283, 284, 289, 290 aus dem J. 1260) von der kgl. Canzlei völlig nachgeahmt worden zu sein; vgl. eine von Přemysl Ottokar II. erlassene Legitimationsurkunde bei Emler No. 2555 und im Formelb. des Henr. Ital. l. c. pg. 175; aus der Zeit Karl IV. das gleichzuerwähnende Formelbuch des Jo. von Geylnhausen (Hoffmann, ungedr. Nachr. II. S. 8 ff.) No. 10, 12, 32.

mit dem Kaiser Rudolf ausgebrochenen Zwistes 1275 erbeten wird, sagen: ne opinio aliqua animum moveat ad credendum, nos . . . bonam fidem et justum titulum non habere, . . . paternitatis vestrae rectitudini nos subjicimus, ponentes in manibus vestris . . . omnia jura nostra in ipsis terris nobis competentia diffinienda . . . hoc tamen salvo, quod hujusmodi diffinitio non procedat, nisi prius nostris solemnibus nuntiis, nostris et viris litteratis ac expertis et authenticis nostris privilegiis, instrumentis fide dignis et legitimis munimentis, nec non veracibus documentis plene perfecteque instruamini de juribus nobis competentibus in eisdem, mittendis ad vestram praesentiam. (Emler reg. No. 946.) Aus der politischen Geschichte ist bekannt, dass des Böhmenkönigs Bitte kein Gehör fand. Unsere Aufmerksamkeit fesselt bloss der Umstand, dass das Rechtsmittel einer Appellation an das nächste allgemeine Concil seiner Canzlei passend erschien, um hiedurch die Wirksamkeit einer päpstlichen Sentenz abzuwenden; denn in einer Bulle aus demselben Jahre verhebt es der Papst dem Könige sehr schwer, quod a sententia papae appellare ausus fuerit (Boček IV., 157; Palacký, ital. Reise, Auszug aus den vatic. Regesten pg. 45, No. 366). Schon vordem 1273 hatte übrigens derselbe König in einem an die Curie gerichteten Schreiben betreffend die deutsche Kaiserwahl Rudolf's hervorgehoben (Emler No. 840): solemniter appellavimus ad sedem apostolicam, (quia electus fuit) quidam comes minus idoneus.

Diese vereinzelten Anwendungsspuren, welche als die zweite Stufe der zur Reception des fremden Rechtes führenden Thätigkeit der königlichen Canzlei aufgefasst werden können, verwandeln sich bald in eine kaum unterbrochene Anwendung des canonischen Gerichtsverfahrens in jenen Fällen, in welchen der König die Entscheidung einzelner Streitigkeiten besonders bestellten Richtern überträgt, sowie nicht minder eine stete Berücksichtigung desselben bei Königsurkunden Platz greift. Eine flüchtige Umschau über die aus den Canzleien Karl's IV., seines Sohnes und Georg's von Poděbrad hervorgegangenen Urkunden wird die Richtigkeit der oben aufgestellten Behauptung für das 14. und 15. Jahrhundert darthun.

Die Canzlei Karl's IV. recipirte die canonischen Processfor-

men um so lieber, als sie die bei der römischen Curie gangbaren Formen als Muster betrachtete, denen nachzustreben sei[28], und der Herrscher selbst genügende Vertrautheit mit der praktischen Anwendung des fremden Rechtes besitzen mochte, da (script. rer. siles. Stenzel I., 211) von ihm berichtet wird: hic vir gnarus et expertus in omni quasi scientia partem habuit, ut et cum theologis, juristis, medicis et artistis aliquando de eorum materiis et scientiis conferret, was wohl schon wegen des dringenden Bedürfnisses am meisten rücksichtlich der Rechtskenntniss zugetroffen sein wird. In mannigfachen Urkunden, selbst solchen, die mit dem Gerichtswesen in keinem directen Zusammenhange stehen, finden wir Spuren der Anwendung canonischer Prozessgrundsätze. Als Beispiel diene das Immunitätsprivilegium eines Klosters 1357 (Pelzel, König Karl IV., Urkdb. No. 297), wo die Wirkung seiner Verletzung mit den Worten gekennzeichnet wird: decernentes, quod omnes et singuli judiciales processus, si qui in contrarium attentati forent, nullius penitus esse debeant firmitatis, nisi in eum casum, si fortasse impetentibus et actoribus super impetitione sua per judices praefati monasterii justitia negaretur. Aehnlich wird in einem die Universitätsgüter betreffenden Jurisdictionsprivileg vom J. 1358 (Pelzel, böhm. u. mähr. Gelehrte III. Bd. pg. 10) die Verletzung desselben mit dem Nullitätseffekt bedroht (hujusmodi . . . actus judiciales . . . ipso jure sint irriti, cassi et inanes, nec ullam omnino habeant roboris firmitatem), ferner in einer Schenkungsurkunde an ein Kloster 1374 (Pelzel, Karl IV. Urkundb. No. 336) in Reminiscenz an die sanatio nullitatis hervorgehoben: supplentes omnem defectum auctoritate regia, si quis obscuritate verborum aut sententiarum seu alicujus necessario solemnitatis obmisso repertus foret, quomodolibet in praemissis, wie auch 1374 in der Urkunde, womit dem Markgrafen von Beaufort das Vicariat der Stadt Bobbio übertragen wurde: supplentes omnem defectum, si quis in praemissis com-

---

[28] Es ergibt sich diess aus einer flüchtigen Vergleichung der Sanction in der Urkunde vom J. 1373 (Pelzel, Karl IV. Urkdb. No. 282) mit den Sanctionsclauseln in gleichzeitigen und älteren päpstl. Bullen oder der Corrections-Clausel in der Urkunde vom J. 1355 (l. c. No. 340) mit Clauseln gleichen Inhalts in päpstl. Urkunden, z. B. aus dem J. 1268 oder 1274 bei Boček (IV, 2 u. 126).

pertus fuerit obmissae solemnitatis, obscuritatis sententiarum seu verborum etc. (Mittheil. d. Vereines f. Gesch. d. Deut. in Böhm. XVI. Jahrg. No. 3, pg. 176).

Weit klarer tritt die oben erwähnte Erscheinung[29] in den eigentlichen Gerichtsurkunden hervor. Das Uebertragen einzelner Rechtsangelegenheiten an delegirte Richter fusst bekanntlich vollends im canonischen Rechte. Mit der dem heimischen Gerichtsverfahren fremden Einrichtung wurden auch die Formen des canonischen Verfahrens herübergenommen, in ähnlicher Weise, wie bereits in den Delegationsmandaten deutscher Kaiser (schon 1235, 1253) sich die Nachbildungen italienischer Muster und deutliche Spuren des röm. Rescriptsprocesses finden (Ficker, Forschungen zur R. u. Rtsgesch. Ital. III. § 611 zur Note 11 ff.; Stölzel. gelehrt. Richt. I. pg. 239).

Eine reiche Sammlung derartiger Documente aus der Regierungszeit Karls IV. enthält das Formelbuch, welches Joannes von Gelnhausen anlegte (Hoffmann, Sammlg. ungedr. Nachrichten, Halle 1737); darin kommt unter anderen (pg. 104) ein kgl. Mandat, womit die Entscheidung einer Streitsache übertragen

[29] Die genaueste Kenntniss der fremden Processdoctrin spiegelt sich auch in der Urkunde ab, mit welcher Karl IV. im J. 1378 Karl von Bourbon zu seinem vicarius speciell in delphinatu Viennensi bestellte, worin gesagt wird, er ertheile demselben plenam liberam et omnimodam potestatem merum, mixtum et absolutum imperium ac etiam administrationem et jurisdictionem plenissimam, contentiosam et voluntariam vice, auctoritate et nomine nostris ... de causis principalibus appellationum et ad nos et sacrum imperium interpositarum ... cognoscendi et examinandi, decidendi et definiendi et alia, quae causae merita requirunt exercendi et exequendi (Pelzel l. c. II. Bd. No. 244). Am schärfsten tritt die Beherrschung des fremden Processrechtes seitens der kgl. Canzlei in einer, dem MS. der Cancellaria Caroli IV. (prag. Domcapitel Sign. J. 26) entnommenen Vollmachtsurkunde No. 91 (procuratorium administrationis generalis) entgegen: dantes et concedentes eidem ... potestatem . . super omnibus causis et negotiis nostris agendi et defendendi coram quocumque vel quibuscunque judicibus ordinariis vel delegatis, libellum vel libellos offerendi et recipiendi oblatos, litem contestandi, juramentum calumpniae et cujuscunque alterius generis in majestatem nostram jurandi, testes et instrumenta producendi et probationes alterius partis videndi et reprobandi, excipiendi, crimina et defectus opponendi, concludendi, sententias tam diffinitivas quam interlocutorias petendi, audiendi et ab eis, si opus fuerit appellandi, apostolos petendi et appellationem prosequendi .... promittimus, omnibus, quorum interest . . judicio sisti et judicatum solvi . . . Bemerkenswerth ist hierbei, dass ein der gedachten Cancellaria beigebundenes Formelbuch aus dem Anfange des 14. Jahrh. (vgl. S. 107) fol. 5, Spalte 1 bereits eine forma procuratorii ad petendum debitum mit wesentlich gleicher Textirung enthält, ingleichen eine derartige auch das Formelbuch des Erzbischofs Ernst von Pardubic (vgl. S. 109) fol. 69.

wird, folgenden Inhaltes vor: mandamus discretioni vestrae, quatenus vocatis ad vestri praesentiam evocandis . . . servato juris ordine diligentius inquiratis et cognoscatis, et quod justum fuerit, auctoritate nostra ratione praevia decernatis et executioni mandetis[29a]; . . . testes vero, si qui nominati fuerint, et se gratia, timore vel odio subtraxerint, auctoritate similiter compellatis veritati testimonium perhibere. Wer würde hierin nicht den Wortlaut der Delegationsmandate erkennen, die von der römischen Curie an delegirte Richter in Böhmen erflossen (Boček 1207, II. 41; 1229 II. 215; 1244 III. 41; 1260 III. 276; 1285 IV. 302) und welchen auch das im sg. ordo judiciarius Joan. Andreae cap. III. angeführte Formular eines solchen aufweist, sowie in der Schlussphrase die wörtliche Wiedergabe des c. 1 et 6, X. 2, 21? In gleicher Weise wird bei einem Falle erfolgter Besitzentsetzung den zur Erhebung desselben abgeordneten Richtern aufgetragen, dass sie vocatis partibus seu quibuscunque castri et villae detentoribus . . . causam seu causas praefatas, nec non dependentes, emergentes, incidentes et connexas eisdem summarie ac de plano et sine strepitu judicii erheben und entscheiden (pg. 105 l. c); der Auftrag schliesst mit der Clausel der deligatio in solidum im Sinne der c. 6, 21 § 2 X. 1, 29, und c. 8 in VI. 1, 14. In einer anderen Sache wird wiederum verordnet: committimus et injungimus, quod possis definitive sententiare breviter, summariter et de plano sine strepitu ac figura judicii absque litiscontestatione, et absque ordine quolibet procedendi sola veritate inspecta; quod per te vel coram te in lite praedicta actum, actitatum, pronuntiatumque diffinitive vel interlocutorie fuerit, illud totum obtinere volumus roboris perpetui firmitatem, dictoque processui et sen-

[29a] Dieselbe Formel, jedoch auch den Fall berührend: si qua partium contumaciter absentare praesumserit, findet sich in dem gedachten Formelb. Karl's IV. MS. als No. 186, welches unter No. 82, 178 bis 181, 183 (terminus peremtorie assignandus), 187, 188 (summarie et de plano cognoscere) kgl. Mandate, die das Processgebiet betreffen, aufführt. Interessant zugleich für die Entwicklung des Tabularrechts ist No. 184, worin den Landtafelbeamten der Ausbruch eines Streites über gewisse landtäfliche Güter eröffnet und aufgetragen wird: quatenus si praedictus (der Geklagte) cum eisdem bonis cum quocunque vellet coram vobis congredi seu conjungi (vgl. hierüber Brandl glossarium sub verbo: spolek pg. 319) vel aliquid de ipsis facere novitatis ad hoc vestrum nullatenus adhibeatis assensum, nec ipsa alicui intabulari quomodolibet permittatis, donec dicta quaestio . . . . fuerit diffinita. Wahrscheinlich wirkte hierbei auch c. 3 des Decretalentitels 2, 16 ein.

tentiis coram te facto vel fiendo nulla possit objici exceptio juris vel facti, per quem processus vel sententia in fringi valeat . . . seu ordinis judiciarii obmissi etc. (ibid. pg. 113). Deutlicher kann wohl der Nachklang canonischer Processvorschriften sich nicht äussern, wie eine Vergleichung mit c. 8 X. 1, 30 u. c. 2 Clem. 5, 11 ergibt[30].

Die Bedeutung dieser Königsurkunden darf jedoch nicht gering veranschlagt werden, wenn erwogen wird, dass der Sammler des erwähnten Formelbuches, aus welchem sie hier entnommen wurden, Dr. Johann Gelnhausen nach seiner im Vorworte desselben ausgesprochenen Absicht bezweckte: stabiles et perpetuas formas colligere et in unum corpus redigere ad . . . omnium notariorum notissimum ac verissimum documentum.

Vergleicht man mit dem oben hervorgehobenen Urkundenmateriale Aeusserungen der Canzlei Wenzel's IV.[31], so ergibt sich, dass dieselbe von der früher verfolgten Richtung nicht im Geringsten abwich. Als Beleg mögen nur einige Urkunden ange-

---

30 Es kann nicht Wunder nehmen, dass die Canzlei Karl's IV. mit der umfassenden Kenntniss des canon. Rechtes auch eine genügende Vertrautheit mit dem röm. Rechte beweist; vgl. Hoffmann, ungedr. Nachr. II. pg. 9, 28, 31, 114, 121, 126, wo manche Citate aus den römisch-rechtl. Quellen allegirt werden. Das eben erwähnte Formelbuch Karl's IV. MS. enthält auch mehrere diesfalls bemerkenswerthe Legitimationsrescripte; No. 119 erwähnt als Quelle der Legitimationsbefugniss die plenitudo romanae regiae potestatis, No. 120 u. 121 schliessen mit der Clausel: non obstante lege generali vel speciali et ea praesertim quae legitimari spurios . . et nothos nisi ex certa scientia non permittit und in No. 124 heisst es sogar: non obstante legibus infra scriptis scilicet C. de precib. imperat. offerendis l. nec dampnosa, l. quotiens et l. rescripta (l. 3, 2, 7 C. 1, 19) et Cod. si contra jus vel utilitatem publicam l. prima et l. si non cognitio (sic) et l. etsi legibus et l. omnes cujuscunque (l. 1, 4, 5, 6 C. 1, 22), non obstante etiam eo, quod legitur in authentico, quibus modis naturales efficiantur sui per totum (Coll. VII, tit. 1) et maxime illo C. quoniam aut. et ff. (D.) de naturalibus restituendis l. supra (?) et l. finali (l. 5 D. 40, 11). Ein Legitimationsrescript mit der, in den cit. No. 120, 121 vorkommenden Clausel findet sich schon im Formelb. Henr. Ital. edit. Voigt No. 186.

31 Was den Canzler in der ersten Regierungszeit dieses Königs, den Erzbischof Johann von Jenstein, anlangt, so besitzen wir neben anderen Beweisen seiner Rechtskenntniss (vgl. S. 37, Note 16) noch die Klage, welche dieser streitsüchtige Kirchenfürst, anlässlich seines im J. 1393 eingetretenen Conflictes mit dem Könige, nach Rom sandte, welche nach Darstellung der gravamina in articulirter Form in der Bitte an den Papst gipfelt: quatenus in romana curia alicui committere dignemini et mandare, quod de factis (supra scriptis) se informet, cum potestate in regem et complices procedendi simpliciter, summarie et de plano sine strepitu et figura judicii (Pelzel, Wenzel IV. I. Thl. Urkdb. No. 116).

führt werden. Im J. 1388 lesen wir in einem kgl. Mandate: mandantes, quatenus tam ex dictis fide dignorum testium coram te producendorum, quam etiam allegationibus et probationibus tibi super hoc exhibendis, te de circumstantiis ipsius causae sufficienter et plenarie debeas informare, ac juxta dicta testium et allegationes hujusmodi causam ipsam per viam juris, amicabilis compositionis seu alias prout industriae tuae videbitur et aequitas ac ratio hoc suadebunt, studeas finaliter complanare (Pelzel, Wenzel IV., I. Thl, No. 56); nicht zu verkennen ist hierbei das Vorliegen und die Benutzung von Formularen, die dem canonischen Verfahren angepasst sind. Dieses beeinflusst auch Urkunden anderer Gattung; so lautet die Vollmacht, welche mehreren kgl. Räthen zur Führung der Regierungsgeschäfte während der Abwesenheit des Königs 1380 ertheilt wird, in Betreff der Handhabung der Gerechtigkeitspflege wie folgt: concedentes ipsis et eorum cuilibet universis et singulis . . . in et super quibuscunque causis, litibus et controversiis inter cives et incolas earundem nostrarum civitatum motis seu movendis ordinandi, disponendi, sententiandi, dictandi et decidendi plenam, liberam et omnimodam potestatem (Pelzel, l. c. No. 23). Die Stylisirung ist um so berücksichtigungswürdiger, weil bei einem ähnlichen Zwischenfalle während der Regierung seines Vorgängers ganz allgemeine Ausdrücke gewählt worden waren (Pelzel, Kg. Karl IV. ao. 1354 I. Thl. No. 220). Wie sehr die Anschauungen der canonischen Processlehre aller Orten in Urkunden der kgl. Canzlei hervorbrechen ergibt sich auch aus dem 1386 vom Könige gefällten und aus der Feder seines Kanzlers (wie urkundlich feststeht) geflossenen Schiedsspruche in einem Stritte der Mitglieder des böhm. und ungar. Herrscherhauses, der dahin lautet, dass der König auditis et visis partium utrarumque rationabilibus intentionibus, articulis, allegationibus et motivis tamquam arbitrator etc. entscheide (Pelzel, Kg. Wenzel IV. I. Thl, No. 50), vgl. Tancred IV. 1, § 5. Nicht minder erinnert an die gemeinrechtliche Praxis der Wortlaut eines Schiedsspruches, den der genannte König als Schiedsrichter zur Austragung des Streites zwischen dem Wyschehrader Capitel und dem Kloster Goldenkron im J. 1396 fällte (font. rer. austr. 37. Bd. pg. 307). In gleicher Weise wird 1387 bei Ertheilung der Befug-

niss an den Unterkämmerer, über Berufungen gegen die Urtheile der städt. Gerichte zu entscheiden, vom prosequi appellationem gesprochen und offenbar eingedenk der Weisungen des c. 3 § 5 und c. 7 in VI. 2, 15 verfügt: Tam appellationes, quam alia inde secuta, si quae contra praesentem ordinationem attemptatae fuerint, irritas et invalidas nulliusque roboris vel momenti (esse) (Palacký, Formelb. II. 126). Selbst dort, wo von den Uebelthaten eines verwegenen Bedrängers die Rede ist, wird 1406 die Wendung gebraucht: claret satis nec potest aliqua tergiversatione celari, quin potius toti regno Boëmiae constat notitia manifestum, was direct auf deren Quelle, nämlich c. 10 X. 3, 2 und c. 24 X. 5, 40 hindeutet (Pelzel l. c. No. 195).

Gleichwie die Canzlei der Könige aus dem Geschlechte der Přemysliden und der Luxemburger, also derjenigen Herrscher, die nach dem Rechte des Geblütes den Thron bestiegen und im engsten Verbande mit der Kirche stehend die Traditionen ihrer Vorfahren fortpflanzten, sonach auch dem fremden Verfahren huldigten, wendete sich die Canzlei Georgs von Poděbrad von dem bisher verfolgten Wege in dieser Beziehung nicht ab, obwohl derselbe, ein Mann aus dem Volke, durch Wahl die Krone erwarb und mit seinen religiösen Anschauungen der römischen Curie die Stirne bot. Sogar im Kampfe gegen dieselbe zeigte sich diess. Sein Kanzler Dr. Gregor von Heimburg fand das Rechtsmittel der Appellation, das die Königin gegen eine die Ladung des Königs vor das Concil enthaltende Bulle Pauls II. (1465) in Vorschlag brachte, für nicht genügend; vielmehr wählte er die Form der Nullitätsquerel propter nullitatem ex procedendo, scilicet ob defectum citationis et sententiam contra inauditum prolatam[32]. Als sodann im nächstfolgenden Jahre (1466) des Papstes verurtheilendes Erkenntniss gegen den König als einen relapsum haereticum publicirt worden war, ergriff der verurtheilte Herrscher dagegen im Landtage (14. April 1467) seine supplicatio ad ipsum pontificem plenius de re informandum, deinde si persisteret ille in proposito ad ejus successorem vel ad proximum

---

[32] Brockhaus: Monographie über den genannten Canzler pg. 283, womit zu ergänzen was Palacký děje č. IV, 2. Abthl. Anm. 255 sagt; abgedruckt ist jene Querel bei Dobner l. c. II. pg. 418—429.

futurum generale concilium, welche Processerklärung, aus der Feder des genannten Kanzlers geflossen, von vier besonders herbeigerufenen öffentlichen Notaren behufs Beurkundung protocollirt wurde[33].

Eine natürliche Folge der dargestellten Verhältnisse war es, dass die Formen des fremden, ursprünglich bloss kirchlichen Verfahrens in den dem kgl. Hofe nahestehenden Kreisen des Adels allmählig Verbreitung und Nachahmung fanden. Bereits in den letzten Decennien des 13. Jhdts. steht ein Beispiel hiefür zu Gebote; nicht zufrieden nämlich mit dem Schiedsspruche, dem er sich unbedingt unterworfen, erklärt Heinrich IV. von Breslau (cit. Formelb. Henrici pg. 110): ipsum arbitrium omnesque sententias in ipso latas dicimus esse nullas, quod re integra revocatum fuerit tempestive ex causis debitis, ac veris eo, quod erroneum fuit compromissum; . . . dicimus ipsum arbitrium esse nullum, etiam quidquid secutum est ex eo vel ob id, ex causis praedictis . . . Si vero ipsius arbitrium aliquod apparet, dicimus ipsum esse irritum, . . . restitutionem in integrum imploramus . . . et ad vestrae auctoritatis examen appellamus (vgl. über den Verlauf dieser Sache Stenzel: Gesch. Schles. pg 71—104). Noch deutlicher ergibt sich das erwähnte aus Zeugnissen zum ewigen Gedächtnisse (testimonium in aeternam rei memoriam), welche einige Edelleute 1305 unter offenbarer Anspielung auf c. 5 X. 2, 6 abgeben; denn sie motiviren diese Form ihrer Zeugenschaft damit: cum valetudinaria aegritudine laboremus und ne nostrum testimonium per mortem vel alio casu valeat deperire (Boček V. 194, 192; Emler No. 2061, 2060; vgl. auch ao. 1321 Boček VI. 134).

Aehnlich wie durch die Einwirkung der königl. Canzlei ist auch durch den Einfluss der auf den kirchlichen Gütern bestehenden Gerichte die Kenntniss des canonischen Rechtes unter das Volk gedrungen, ehe die Glaubensstreitigkeiten ihre düsteren Schatten über das Land warfen. Es fehlt nicht an Zeugnissen für die directe Betheiligung von Clerikern an der Judicatur; 1263 (Emler No. 436) verfügt

---

[33] Pešina de Čechorod phosph. septic. pg. 264 nach dem Berichte des Augenzeugen Dr. Hilarius von Leitmeritz, Administrator des Bisthums und Hauptgegner des Königs; vgl. auch Palacký l. c. pg. 378, Anm. 283.

der Abt und das Capitel des Klosters Doxan: si aliquis casus emerserit, quem per se vel per aliquem suum judicare voluerit in claustro suo sive in aliis possessionibus suis, nullo obstante ubi voluerint, poterint judicare. Aehnlich bestimmt 1342 (Dobner, mon. hist. VI., 70) eine Urkunde, dass, falls der Abt zu besonders reservirten Gerichtsfällen nicht kommen könnte, tota communitas ad monasterium venire debet, quando eis mandabitur ad judicia eadem; ferner bestätigte Karl IV. dem Kloster zu Sedlec 1355 (Riegger, Archiv f. Gesch. u. Stat. bes. Böhm. III. Thl. pg. 385) omnes libertates, immunitates, jurisdictiones et modum ac ritum judicandi et sententionandi in judicio claustrali antiquitus rationabiliter observatum, et jura tam spiritualia quam temporalia (orig. im Schlossarchiv zu Worlik No. 53). Noch aus den Jahren 1382 und 1388 endlich stehen uns urkundliche Belege dafür zu Gebote, dass die Untergebenen des mächtigsten Collegiatcapitels in Böhmen, jenes am Wyschehrad, vor dem Capitel oder einem von diesem bestellten Richter Recht zu nehmen hatten (coram capitulo, vel coram illo, qui pro tunc ad hoc specialiter fuerit deputatus: Tomek, Gesch. Prags II. pg. 302 Note 41).

Die skizzirte Einflussnahme der kgl. Canzlei wurde eingreifend und ergänzend unterstützt durch die Einwirkung der Stadtschreiber und der Notare. Ein Blick in die Stadtrechte und Stadtbücher der beiden Hauptstädte des in dieser Abhandlung ins Auge gefassten Territoriums, nämlich Prag's und Brünn's, belehrt zur Genüge über die Richtigkeit der hier aufgestellten Behauptung. Die Terminologie, die einzelnen Phrasen[34] sind den fremden Rechtsquellen entlehnt, wenn auch

[34] Schon in dem Unterwerfungsbriefe der Iglauer Bürger unter die Herrschaft Rudolf's von Habsburg 1278 (Boček V, 267) tritt diess hervor: si contrarium (fidei) faceremus ex tunc volumus rei de infidelitate et perfidia judicari et perpetuo esse infames, ac etiam de crimine laesae majestatis ... severo judicio nos condemnari. Subjicimus nos jurisdictioni et judicio venerabilis patris et domini nostri Olomucensis episcopi, qui per excommunicationis et interdicti sententias et alias censuras ecclesiasticas sine strepitu judicii nos compellat, ut servemus vobis ... supradicta; ingleichen in dem Urtheilsbrief der dortigen Schöffen 1288 (Boček IV, 343): reperimus praedicta instrumenta ... integra, inconvulsa, non cancellata, nec abolita, nec in aliqua parte sui viciata absque omnibus corrasionibus et lituris tum veredicorum et fide dignorum testium subscriptione et authenticorum dependentium munimine sigillorum (roborata) etc.

der Kern dem deutschen mit einheimischen Gewohnheiten versetzten Rechte angehört. Die je weiter, je mehr Einfluss gewinnenden Stadtschreiber (vgl. oben Abschnitt IV S. 73) beherrschten unvermerkt die Schlussfassung des Rathes. Durch die Möglichkeit das Recht auszulegen und durch die ihnen überlassene Aufzeichnung der gefassten Weisthümer, die bei künftigen Fällen als Quelle der zu treffenden Entscheidung benützt wurden, war den Stadtschreibern eine weitgreifende Einwirkung rücksichtlich der Verbreitung des fremden Rechtes in Volkskreisen zugefallen. Der brünner manipulus juris (um 1350) und die prager praxis cancellariae für Stadtschreiber (um 1450), von welchen unten (VIII. und IX. Abschnitt) näher zu handeln sein wird, sind durchtränkt von Reminiscenzen und Citaten aus dem fremden Rechte. Es steht ausser Zweifel, dass die Verfasser solcher Arbeiten und ihr Nachwuchs auch im praktischen Rechtsverkehre bei der Urkundenabfassung und den Eintragungen in die Gerichtsbücher auf dem Standpunkte blieben, den sie als Theoretiker für die Praxis eingenommen hatten. Belege hiefür werden a. a. O. beigebracht werden.

Als letzter Ring in der Kette der Erscheinungen schloss diese Entwickelung ab die Thätigkeit der Urkundenverfasser, der Notare, indem bei der Ausfertigung der Urkunden über abgeschlossene Rechtsgeschäfte bereits im Hinblicke auf irgend welche seiner Zeit hieraus vielleicht entstehende Processe der ausdrückliche Verzicht auf einzelne Einwendungen insbesondere des fremden formellen Rechtes in die Urkunde aufgenommen wurde[35]. In einzelnen Fällen werden sogar die Einwendungen des fremden und des einheimischen Rechtes als gleichberechtigte neben einander aufgeführt.

Frühzeitig begegnet man einzelnen Einwendungen.

---

[35] Derartige Formeln entstammen italienischen Formelbüchern (Briegleb, Exec. Proc. 1. Aufl. S. 31 ff.) und finden sich auch in Urkunden ähnlicher Gattung in Deutschland, Frankreich, England (Stobbe l. c. I. 1. S. 647 und Franklin, Beiträge S. 92—102), so z. B. in Niedersachsen (Lappenberg im civil. Magaz. Hugo's VI. Bd. S. 211—216), in der deut. Schweiz — Urkunden der Grafen von Habsburg —, in Hessen und Sachsen (Schäffner, röm. Recht in Deutschland während des 12. u. 13. Jahrhunderts S. 25 ff., S. 51, 58). Nicht immer jedoch ist mit Rücksicht auf die Contrahenten anzunehmen, dass in der That fremde Formularien nur geistlos abgeschrieben und die einzelnen exceptiones als oratorischer Schmuck betrachtet worden wären, wenn auch zugegeben werden mag, dass diess häufig genug geschah.

Schon im J. 1282 (Boček IV. 268) entsagt eine Frauensperson in judicio coram beneficiariis ausdrücklich der exceptio doli seu fraudis; 1298 (Boček V. 89) lassen sich die Mitglieder des Bunzlauer Capitels, darunter neben dem kgl. Kanzler Peter zwei Magister anlässlich des Rücktrittes von einem Zehntrechte zu Gunsten des Olmützer Bischofs vernehmen: renuntiantes exceptioni non habitae seu non receptae pecuniae vel in utilitatem ecclesiae nostrae non conversae, exceptioni doli, condictioni sine causa et in factum subsidiariae, et generaliter omni beneficio et privilegio restitutionis in integrum et . . . omni auxilio juris canonici et civilis, und ähnlich lautet ein Kaufvertrag, den das Wyschehrader Capitel 1321 schloss (Chytil VI. 137), sowie auch in einer Verkaufsurkunde die laikalen Verkäufer dem kaufenden Kloster gegenüber 1314 (den 14. Novbr. reg. Emleri inedita) erklärten: renuntiantes omni exceptioni non numeratae pecuniae. In einem zwischen zwei Klöstern 1287 (Boček V, 286) geschlossenen Vergleiche wird hervorgehoben: . . . abbas et conventus ejusdem priorissae cesserunt et transtulerunt omne jus et actionem personalem vel realem, spiritualem vel corporalem promittentes, . . non contra facere vel venire aliqua ratione vel causa de jure vel de facto, et non petere beneficium in integrum restitutionis, nec dicere se deceptos. In etwas allgemeiner Form tritt der Verzicht auf in einer Urkunde der Königin Kunigunde, womit sie ein Patronatsrecht dem prager Kreuzherrnkloster schenkt, aus dem J. 1271 (Emler reg. No. 2696), in einer Capitelurkunde über Zehntverkauf 1284 (Boček IV. 295 — renuntiantes omni legum et juris auxilio . . . generaliter omni actioni et exceptioni, per quae venditio . . , posset impugnari), und anlässlich einer ähnlichen Patronatsrechts-Uebertragung seitens eines Laien an ein Kloster im J. 1307 (Chytil VI. 2), in welcher beigefügt wird: renuntiantes pro nobis omni juris tam canonici quam civilis [36], privilegii seu statuti, restitutionis in integrum et consuetudinis auxilio. In der ersteren Urkunde wird bei Anweisung kirchl. Renten die canonistische Reminiscenz angewendet: satis (sunt) notoria et assignatione non indigent. Aehnliche allgemeine Formeln kommen

[36] Vgl. darüber, dass jus civile in dieser Verbindung stets das röm. Recht bedeutet, Schäffner l. c. S. 13.

seither häufiger vor, z. B. omni juris auxilio relegato canonici et civilis (Chytil VI, 99 ao. 1318), oder omni juri exceptioni et actioni (1311 Chytil VI, 35; 1334 ib. VII. 22, in Laienurkunden; 1327 ib. VI. 259 in einer Klosterurkunde). Wenige Jahre nach der oben berührten Patronatsrechtsübertragung (anni 1307) (1309 Dobner monum. I. 229) wird bei einem Verkaufe zweier Dörfer zwischen denselben Partheien seitens des laikalen Verkäufers unter Anwendung der gleichen allgemeinen Verzichtsformeln noch speciell beigefügt: et juris terrae exceptionisque non soluti pretii, actionis doli mali et cujuslibet alterius juris vel facti auxilio . . . si vero ipsae villae plus valent quam praedictam pecuniam vel valebunt hoc plus eisdem (fratribus monasterii) donamus et liberaliter relaxamus, womit offenbar der Vertragsanfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte vorgebeugt werden soll. Die gedachte Urkunde nimmt aber ausserdem noch auf ein processuales Moment directen Bezug; im Hinblicke nämlich auf das einzelnen Orden ertheilte päpstliche Privilegium, dass seine Mitglieder vom Zeugnisseide befreit sein sollen (Hurter, Innocenz III. Thl. 3. S. 498 unter Berufung auf dessen Epist. App. II, 21; Raumer, Geschichte d. Hohenstaufen VI. Thl. S. 184) wird bemerkt: ac volumus beneficiarios una nobiscum credere verbo simplici aliquorum duorum fratrum ipsorum. Berücksichtigung verdient weiter ein Emphyteutisirungs-Vertrag 1308, gemäss dessen der Templerorden einige Grundstücke an einen Laien überlässt (Chytil VI, 15), weil darin im Sinne der justinianischen Quellen genau zwischen defensiones und exceptiones unterschieden und die durch c. 1 in VI. 2, 3 (1298) eingetretene Gleichstellung beider unbeachtet gelassen wird; es heisst nämlich angegebenen Ortes: renuntiantes exceptioni doli mali, defensioni, actioni et omni alio auxilio juris canonici vel civilis. Der Unterscheidung zwischen exceptiones juris und exceptiones facti, welche bekanntlich in der Glosse ad cit. c. 1 in VI. 2, 3 ihre Basis findet, begegnet man jedoch bereits in einer Urkunde desselben Jahres (1308 Chytil VI, 16) und seither wiederholt (1309 Chytil VI, 23; 1310 Chytil VI, 28; 1325 Chytil VI, 231); in denselben wird neben dem Verzichte auf die auxilia juris civilis, et canonici auch jener aufdie auxilia juris terrae betont (insbesondere auch in einer vom 4. Juni 1311 reg. inedita Emleri, worin

speciell versprochen wird per solemnem stipulationem, dationem, donationem et traditionem ac corporalis possessionis assignationem praedictorum omnium et singulorum perpetuo ratas, gratas et firmas habere), weiter wird in einzelnen dieser Urkunden die renunciatio exceptioni non stipulatae pecuniae, actionique doli mali et in factum hervorgehoben, und in der erstangeführten die Unterwerfung unter das kirchliche Forum stipulirt (subjiciens me foro ecclesiastico in hac causa). Das processuale Gebiet berührt in manchen Punkten eine von dem Bunzlauer Capitel 1304 ausgestellte Verkaufsurkunde (Palacký, Formelb. II, S. 206), worin neben den bei ähnlichen Geschäften üblichen Verzichten auf Exceptionen des materiellen Rechtes auch versprochen wird, niemals diesfalls coram aliquo judicio ordinario vel delegato, ecclesiastico vel civili litem vel controversiam zu erheben; verum si .. quaestio aut controversia occasione villae praefatae .. per libelli oblationem .. moverentur, ipsam litem, quaestionem, controversiam vel libellum et omnem causam quandocunque et quotiescunque nobis ... denuntiabitur, in nos causam ipsam recipiemus et defensioni offeremus, et tam in principalibus causis, quam appellationum usque in finem modis omnibus persistemus nostris sumptibus et expensis (vgl. l. 8 C. 8, 45; c. 2 in IV. 2, 8). Eine besondere Verzichtsklausel auf Einwendungen mit Erwähnung des heimischen Rechtes findet sich 1318 (Chytil VI, 110) in einer Laienurkunde: renuntiantes exceptionibus et defensionibus juris canonici et civilis sive cudae, per quae saepe dictus contractus (donationis) posset annullari, renuntiamus etiam legem dicentem (sic), renunciationem seu exceptionem generalem non valere, welche in einer Urkunde gleicher Gattung (1321 Chytil VI, 143) und in einem Verkaufsvertrage seitens eines Laien an ein Kloster (1326 Chytil VI, 244) wiederkehrt, mit dem Unterschiede, dass der Verkäufer insbesondere entsagt der Einwendung deceptionis, ultra dimidium justi pretii, non solutae, non numeratae, non ponderatae, non electae pecuniae et in utilitatem nostram (monasterii) non conversae, aus welcher Stylisirung sich zugleich ergibt, dass der Urkundenverfasser namens des Klosters eintrat. Aehnlichen Clauseln begegnet man in Verkaufscontracten aus den Jahren 1331 (ibid. VI, 298, 299, 322), 1334 (ibid. VII, 4), 1335 (ibid. VII, 58) und in einem

Vertrage gleicher Categorie, inhaltlich dessen ein Kloster an die Königin Elisabeth einige Grundstücke veräussert (1329 Chytil VI, 291). Auch ihr Gatte König Johann von Luxemburg bedient sich in seinen Privaturkunden ähnlicher Clauseln; so liest man in einem Güterabtretungsvertrage an seine Gattin 1321: renuntiantes expresse beneficio in integrum restitutionis, de dolo actionis et cujuslibet juris tam canonici, quam civilis (Chytil VI, 145), ebenso bei einem Tauschgeschäfte 1319 (ibid. VI, 392) und in allgemeinerer Fassung nämlich: renuntiantes exceptioni doli mali, in factum actioni, beneficio restitutionis in integrum . . . vel omnibus aliis tam juris canonici quam civilis auxilio bei anderen Verträgen 1330 (Dobner monum. IV, 294), 1339 (Chytil VII, 180) und 1342 (Chytil VII, 285). Seither findet sich in königlichen Urkunden sehr häufig ein ähnlicher Verzicht aufgenommen; so in einer Urkunde der Königin Anna, Gattin Karls IV. 1360 (Pelzel, Karl IV. Urkdb. No. 252) in einer von diesem bestätigten Urkunde 1360 (ibid. No. 258) und in einer von ihm selbst ausgestellten 1374 (ibid. No. 336). Als eines interessanten Beispiels des Receptionsprocesses im Einzelnen ist einer Urkunde aus dem J. 1318 (Chytil VI, 110) Erwähnung zu thun, weil sich hierin die Verschmelzung des einheimischen und fremden Rechtes überraschend abspiegelt. In derselben wird ein Vergleich formulirt, den eine Adelige mit ihrem Oheim, dem Probst zu Olmütz, bezüglich einiger Güter behufs Beilegung eines anhängig gewordenen Processes abschliesst; darin heisst es: quam ordinationem in annis constituta legitimis, ad hoc me etiam nullo, et specialiter marito meo cogente, sed ad hoc consentiente, voluntarie et libere de amicorum meorum consilio approbavi et ratam habeo, nec ipsi ordinationi et diffinitioni volo de jure vel de facto contraire. Mit der Erwähnung des Umstandes, dass insbesondere seitens des Gemahls kein Zwang ausgeübt worden sei, scheint auf die dem deutsch-rechtlichen mundium analogen Rechtsgrundsätze des heimischen Rechtes angespielt zu werden, welche die Parömie in dem Satze zusammenfasst: Das Weib ist die Gefangene des Mannes (Brandl, glossarium pg. 361). Einen Beleg für das Eindringen mit den obigen ähnlicher Formulare in die Praxis der Städte bietet das oben berührte MS. praxis cancellariae civilis (1450), worin in einem von dem Richter, Bür-

germeister und Schöffen der Kleinseite Prags ausgefertigten Gerichtsbrief über einen inter quatuor scamna judicialia erfolgten Verkaufsact bestätigt wird, dass die verkäuferischen Gatten renuntiaverunt . . . omni juri tam canonico, quam civili, quod ipsis in posterum contra praemissam venditionem posset competere etc. (fol. 168).

Am häufigsten findet sich der Verzicht auf einzelne, dem fremden Processrechte angehörige Einwendungen[36a] in Compromissen.

Abgesehen von der gelegenheitlichen Erwähnung solcher in dem Vorausgeschickten möge hier ein hervorragendes Beispiel Platz finden. In den Schiedsverträgen vom J. 1284 (Boček IV, 283) und 1328 (Chytil VI, 287), bei welchen stets ein Laie als Paciscent betheiligt ist, heisst es nämlich in genauer Berücksichtigung allfälliger Nichtigkeitsgründe: compromiserunt dando nobis (arbitris) in dicta causa, lite, controversia simpliciter et de plano, absque strepitu et figura judicii, receptis et perauditis dumtaxat juribus et probationibus utriusque partis, quibuslibet feriatis et non feriatis diebus, etiam partibus absentibus et non vocatis, ubicumque vellemus sedendo vel stando laudandi, arbitrandi, componendi, diffiniendi plenariam potestatem, renuntiantes circa praemissa omni exceptioni et auxilio juris canonici ac civilis, quibus ipsi in toto vel in parte contra laudum arbitrium seu pronuntiationem hujusmodi possent quomodolibet adjuvari, prout haec omnia et singula in quodam instrumento per manum bonae memoriae Lyphardi, quondam notarii publici confecto plenius continetur; vgl. Tancred IV. 2, § 4 ff. Aehnliche Beispiele bieten dergleichen Urkunden vom J. 1331 (Chytil VI, 323) und 1411 (Pelzel, Wenzel IV, Urkdb. No. 228). Bemerkenswerth ist die Uebereinstimmung derartiger Compromisse und der in Folge solcher gefällten Schiedssprüche mit italienischen Formeln, insbesondere jenen des Formelbuches Joannis notarii Bononiensis, für

[36a] Einzelne Formelbücher geben Erklärungen solcher Verzichtsclauseln; so ein italien. aus der Zeit Joannes' XXII., ferner die böhm. Sammlungen des archidiaconus Martinus (saec. XIV) fol. 71 und des Cod. arch. L VII fol. 63—65 (in der prager Domcap.-Bibl.). Im Anhange folgen Bruchstücke anderer Urkunden aus böhm. Formelbüchern des 14. Jahrh., in welchen die das Verfahren betreffenden exceptiones einzeln aufgeführt werden.

deren Erklärung die oben (S. 108, Note 19) erwähnte Thatsache den Schlüssel bietet.

Ein unwiderleglicher Beweis für den Gebrauch der vorstehend beispielsweise angeführten Urkundenformen sowohl für Gerichtsacten, als auch für Verträge der mannigfaltigsten Art in weiteren Volkskreisen beruht darin, dass einzelne Formelbücher die Formulare solcher mit Beifügung böhmischer Kunstausdrücke und sogar böhmischer Phrasen reproduciren[37], bis schliesslich auch ganze Formularien in der Volkssprache neben lateinischen vorkommen[38].

Ein beredter und werthvoller Beleg dafür, wie hoch erleuchtete und denkende Männer im Volke den Werth des canonischen Verfahrens zu schätzen wussten, möge hier Platz finden, da er den Aeusserungen eines der tüchtigsten Männer Böhmens aus der vorhussitischen Periode entnommen wird. Es ist das über dasselbe gefällte Urtheil des edlen Denkers und Landedelmannes Thomas von Štítný. In seiner Schrift über die allgemeinen christlichen Sachen 1376 kömmt er auf das Gerichtsverfahren zu sprechen (edit. Erben, 4. Buch, pg. 145 ff.) und fährt nach einer lauten Klage über die Missbräuche des heimischen fort: »Welche Gerichte immer ihren Ursprung im kirchlichen Rechte haben, — sie sind gut, wenn die Richter gut und die Fürsprecher gottesfürchtig sind, so dass selbst die kaiserlichen Rechte sich nicht schämen, sich nach den geistlichen zu richten« (vgl. damit c. 1, X. 5, 32). Im weiteren Verlaufe seiner Erörterung hebt er insbesondere die Vortheile im Vorhinein feststehender Beweisvorschriften (also nach modernem Sprachgebrauche: der gesetzlichen Beweistheorie) hervor, indem er sich hierbei auf das Urtheil »zweier Hochgelehrten im Rechte« beruft, ohne sie zu nennen. Einer derselben

---

[37] Sitz.-Ber. der böhm. Ges. der Wiss. 1864 1. Heft, pg. 140 erwähnen eines MS. in der prager Univ.-Bibl. dieser Gattung aus dem 15. Jahrh.; vgl. auch über ein solches in Wittingau Palacký, Formelb. II, pg. 12.

[38] Vgl. Rockinger, Formelb. pg. 189 über ein MS. aus dem 15. Jahrh. in der Bibl. des böhm. Museums; ein anderes gleichzeitiges in der prag. Domcapitel-Bibl., nämlich die oben S. 75 Note 20 erwähnte praxis cancellariae, enthält zahlreiche Interlinear-Uebersetzungen mannigfacher Urkunden. Ingleichen finden sich schon in den acta jud. archiep. prag. dieser Bibliothek (Adae de Nečetic) 1406—7 (MS. Cod. arch. L XVI) fol. 146, 168 Schiedssprüche und einige Zeit darnach (Cod. arch. VI. 4) fol. D 2 der Calumnieneid in böm. Sprache.

mag wohl der oben (S. 90 Note 30) genannte Mag. Alb. Ranconis de Ericino gewesen sein, da anderweitig bekannt ist, dass er demselben seine Schrift zur Durchsicht und allfälligen Verbesserung unterbreitet hat und überhaupt mit ihm in regem geistigen Verkehre stand (Jireček, böhm. Mus. Ztschft. 1872, 3. Heft S. 133). Nachdem Štítný sodann als erste Pflicht des Richters die Worte des Psalters: filii hominum recte judicate! hingestellt, wie diess in ähnlicher Weise canonischen Processualisten vorschwebt, erwähnt er eingehend des Vergehens desjenigen Richters qui litem suam fecit, indem er ohne sie zu citiren die Anordnungen der l. 15 § 1 D. 5, 1; l. 6 D. 50, 13; c. 1 in VI. 2, 14 (pg. 146 cit.) fast wörtlich anführt. Im Verfolge seiner Schrift beklagt er, dass der menschlichen Schwäche wegen »auch im kirchlichen Gerichte nicht Alles, so wie gehörig vor sich gehe«, unterlässt aber hierbei nicht hervorzuheben, dass diess geschehe, obwohl »die geistlichen Rechte sehr gerecht erdacht seien« (pg. 147). Bei Besprechung der Beweismittel erwähnt er der Abschaffung der Ordalien über Andringen des Erzbischofs Ernst von Pardubic und anerkennt, dass in diesen Fragen die »geistlichen Rechte besser sind«. Bezüglich des Zeugenbeweises wird betont, in wie weit die Art der Abhörung vor dem geistlichen Gerichte zweckmässiger sei, als die im Landrechte gebräuchliche, und wie viel zweckmässiger die articulirte Beantwortung der Klage erscheine gegenüber der allgemeinen dort üblichen (pg. 148, 149 cit.) —[39]. Angesichts der eben geschilderten Thatsachen kann man sich der Ueberzeugung kaum verschliessen, dass die Verbreitung der canonischen Procedur tiefe Wurzeln geschlagen haben musste.

[39] Die gleichen Ideen legte Thomas von Štítný nieder in seinen 1399 verfassten »Büchern christlicher Lehre« (edit. Vrtatko pg. 81 ff.), worin er auch eine eingehende Kenntniss des kirchl. Eherechtes zeigt. Ueber diesen tiefen Denker und philosophischen Eclectiker mit überwiegender Neigung zum Realismus (Dastich in den Abhdl. der böhm. Ges. der Wiss. 5. Folge, XII. Bd.), geb. um 1325, † um 1400, vgl. Wenzig: Studien über die Schriften des böhm. Ritters Thomas von Štítný (Leipzig 1856).

VII.

Codificationsversuche.

So überraschend an Umfang immerhin das Gebiet erscheint, welches sich der Reception des fremden Processrechtes erschlossen hatte, und so intensiv dasselbe wirkte, es hätten sicherlich die hervorgehobenen Verhältnisse nicht den Sieg des fremden über das einheimische Gerichtsverfahren herbeigeführt, wenn nicht die Legislative und das Gerichtswesen befördernd und unterstützend eingegriffen hätten. Denn es bedarf keiner näheren Auseinandersetzung, dass das einheimische Recht nur schrittweise und unbewusst dem vordringenden römisch-canonischen Processe den Boden räumte.

Die Art, in welcher unter der Geltung der Castell-Verfassung die Gerichtspflege gehandhabt wurde, musste den Herrschern die Ueberzeugung aufdrängen, dass hier eine Reform dringend Noth thue. Die Beugung des althergebrachten Gerichtsganges durch die Habsucht der Gerichtsbeamten in den einzelnen Castellbezirken führte zu den oben geschilderten Immunitäten, in weiterer Folge zu der möglichsten Centralisirung der höheren Gerichtsbarkeit des Landesfürsten[1] und zu dem Versuche, durch eine gesetzliche Regelung das Verfahren zu präcisiren, damit den herrschenden, durch den Mangel einer schriftlichen Aufzeichnung des Rechtsganges begünstigten Missbräuchen im Gerichtswesen ein Riegel vorgeschoben werde. Das letzterwähnte Bedürfniss fühlte schon König Přemysl Ottokar I. im J. 1222, als er bei Bestätigung der s. g. statuta Conradi Eingangs der Confirmations-Urkunde hervorhob: Aequitati est consentaneum et regiae conveniens excellentiae pariter et honori, modis omnibus ad hoc intendere atque niti, ut nemo contra juris ordinem aggravetur (Jireček, cod. jur. bohem. I. pg. 54). Erst sein Enkel jedoch liess es nicht bei dem blossen Anerkenntniss der Reformbedürftigkeit bewenden,

---

[1] Vgl. Krones, Gesch. Oesterr. III. Thl. S. 95; Čelakowský im Právn. 1878 S. 154 und das Folgende im Texte, dann Note 5 unten.

sondern war bestrebt, thätig einzugreifen. **Der Förderer des Städtewesens Přemysl Ottokar II.** fasste bereits im J. 1272 die Absicht einer Reform in der angedeuteten Richtung. Der Chronist (Beneš Minorita apud Palacký děje č. II, 1. Abthl. pg. 6 Anm. 4) berichtet: (rex) per totam quadragesimam in castellum se recepit et de jure magdeburgensium et aliarum terrarum, et regionum meliora, quae sibi et suis fidelibus videbatur, erigere, et jus formare et confirmare in regno suo, jura vilia et inutilia amputando, consuetudines malas in melius commutando (cogitavit); doch fügt er über die Ursachen, welche der Realisirung dieser Absicht hinderlich in den Weg traten, hinzu: quod suis baronibus displicuit. Da hierdurch die Reform im legislativen Wege vereitelt wurde, suchte der König wenigstens durch eine administrative Maassregel Abhülfe zu schaffen, indem er das Gericht des prager Castellans zu einem Berufungsgerichte erhob, an welches von den Urtheilen der in den einzelnen Castellbezirken bestehenden Gerichte Berufung eingelegt und hierdurch Abhülfe gegen Ungerechtigkeiten und Willkür erbeten werden konnte (Palacký l. c. pg. 10, und dessen gesammelte Aufsätze II, 156, wo zwei urkundliche Belege aus den Jahren 1284, 1358 abgedruckt sind).

Einem gleichen Misserfolge begegnete der **von Wenzel II. 1294 unternommene Versuch**, durch Erlassung eines geschriebenen Rechtes den Missbräuchen im Gerichtswesen die Spitze abzubrechen. Wie der hochgebildete Abt Peter von Königsaal, sein Zeitgenosse, berichtet (Dobner monum. V, 102), wollte der König bezwecken, dass die Gerichte in der Zukunft ihre Erkenntnisse nach festen und bestimmten Vorschriften und keineswegs nach den Eingebungen eines wechselnden Rechtsgefühles und vermeintlicher Billigkeit erlassen, weshalb er: omnia jura regni sub certis legum canonumque regulis constringere cogitavit. Den hierbei beobachteten Vorgang beschreibt er in Uebereinstimmung mit den gleichzeitigen Nachrichten des prager Canonicus Franciscus (chron. rer. boh. II, 43), dessen Worte hier folgen: Rex vocaverat magistrum Gozzium, utriusque juris tam canonici, quam civilis idoneum professorem volens instaurare scriptas leges in suo regno. Quidam autem nobiles his auditis

non modicum doluerunt, ne vigor scripti juris invalesceret et ne utilitas aliquorum in judiciis deperiret, unde rex propter eos distulit facere suum inceptum. So vereitelte den neuerlichen Anlauf abermals das Widerstreben des Adels: gegen diesen richten sich die hierüber erhobenen bitteren Klagen des Königsaaler Abtes, der da jammert, dass der Adel nur bestrebt sei: clericalis dignitatis profectibus contraire. Dass es sich um eine Codification des Processrechtes handelte, leuchtet nicht nur aus der klaren Absicht des Königs und dem Abhülfe heischenden Zustand der Handhabung der Gerichtspflege, sondern auch aus einem Gesetzgebungsacte hervor, dessen unten Erwähnung zu machen ist.

Keines besseren Looses ward der dritte Versuch theilhaftig[2], den Karl IV. 1346—1355 unternahm, wahrscheinlich unter Benützung der von dem letzt erwähnten noch vorliegenden Materialien (Palacký, Arch. č. III, pg. 66).

---

[2] Mit vollem Rechte hat schon Savigny (Gesch. des röm. Rts. im M.-A. VI. Thl. pg. 151) und Palacký (Arch. č. III. 66) die angebliche Mitwirkung Bartolo's a Saxoferrato an diesem Werke in das Reich der Mythe verwiesen. In den Jahrhunderten, denen eine schärfere historische Kritik abhanden gekommen war, mag die Thatsache der kaiserl. Verleihung eines dem böhm. Landesschilde ähnlichen Familienwappens (Savigny l. c. S. 150, Note g) als besondere Auszeichnung dieses Rechtsgelehrten durch eine derartige Leistung motivirt und die letztere sodann als Factum geglaubt worden sein. Die dem carolinischen Zeitalter näherstehenden Chronisten (Beneš von Weitmühl 1374 script. rer. boh. II. pg. 338—378, Aeneas Sylvius hist. boh. 1458 edit. Basil. fol. 28, Kuthen edit. 1539 fol. L 4, 5, Hájek von Libočan 1541 fol. 314—350, Dubravius 1552 histor. boh. lib. XXII, Lupáč 1584 pg. 107) wissen davon nichts zu berichten, wie auch in der Autobiographie Karl's nichts darauf hindeutet. Erst in der Widmungszuschrift, womit die prager Bürger ihr 1579 am Landtage als Stadtrecht für Böhmen angenommenes Recht dem Könige Rudolf II. dediciren, kömmt die Erwähnung dessen vor, da erzählt wird: »Der Kaiser Karl IV., der Vater des Vaterlandes, habe viele lobenswerthe Rechts-Vorschriften in diesem Königreiche erlassen, indem er hierbei sich der Mithülfe des in den Rechten erfahrenen Mannes namens Bartolus bediente«. Selbst in einem Programma des prager Universitätsrectors, Prof. der Mathematik Mart. Bachaček 1611 tritt die gleiche Behauptung auf (vgl. dessen Abdruck bei Balbin boëm. docta II, 209, Anm. 204), auf dessen Autorität hin der fleissige Literarhistoriker des 17. Jahrhunderts Balbin lib. curialis pg. 33 und schon vordem Stránský in seiner respublica boëm. (vgl. Balbin boëm. docta II, pg. 336, Anm. 337), ebenso wie Weiss gloria univers. prag. pg. 115, sodann Prof. JUDr. Neumann von Buchholtz im tract. de commissionibus pg. 76 und sein Vorgänger Prof. Schambogen (l. c. pg. 77) in den praelect. publ. ad instit. und zwar in proëm. instit., sowie Ebenfeld in den adnotat. ad Westenbergii princ. jur. I. S. 11 jener Fabel Glauben schenkten. Sicherlich hätte Karl IV. in einer der Urkunden, durch welche die Verdienste des Bartolus belohnt wurden (1355 bei Ficker l. c. 4. Bd. S. 537 ff.), von solchen Leistungen Erwähnung gethan, wenn sie überhaupt bestanden hätten.

Karl IV., der durch Einführung beziehungsweise Begünstigung des Feudalismus[3] geräuschlos die alte Castell-Verfassung zum endlichen Falle brachte und die spätere Patrimonial-Gerichtsbarkeit durch Verleihung der ausschliesslichen Gewalt über alle Insassen an mächtige Güterbesitzer vorbereitete[4], wirkte mit Vorliebe für die Codification des Rechtes. Schon als Markgraf von Mähren hatte er in der Arenga einer Urkunde, womit ein Ort mit Stadtrecht bewidmet wurde, 1335 seine Ansichten hierüber in den Worten niedergelegt: civitates sine legibus et statutis municipalibus cum salute nequeunt commode subsistere (Chytil VII, 59). Seine Strebungen sollten das ganze Krongebiet umfassen; offenbar seinem Andringen entsprang der 1341 erflossene Befehl seines Vaters an die prager Schöffen, »dasz ein gescrieben recht gemacht und getichtet werde« (Rössler, prager Stadtrecht, pg. 191) und eine ähnliche Weisung an die Breslauer 1346 (ibid. S. XXVIII), er selbst aber nahm die Codification des Landrechtes, insbesondere des Verfahrens und hiermit auch dessen Reform, mit allem Eifer auf. Das bisher übliche Gerichtsverfahren hielt zu sehr die Formen hoch und liess hiedurch für Chikanen genügenden Spielraum frei; unbedeutende Formfehler, die zufällig sich ereignet hatten, entschieden über das Schicksal eines guten Rechtes als Nullitäten (zmatek), weshalb es erwünscht schien, so wesentliche Uebelstände durch eine geschriebene Ordnung zu beseitigen (Maj. Carol. praef. cap. 8). Die Richter sollten nicht auf Lebenszeit ernannt werden, um nicht in ihrer Unabsetzbarkeit ein Privileg zur Willkür zu finden, das Richteramt sollte in Zukunft auch nicht (wie noch unter Karls Vater) verpfändet und verkauft werden (rubr. 17). Es wurde beabsichtigt, die getreue Pflichterfüllung durch den bei Antritt des richterlichen Amtes abzulegenden Amtseid zu garantiren (rubr. 22). Die Richter durften keineswegs beirrt werden durch ein persönliches Eingreifen des Königs in die Ausübung der Gerichtsbarkeit (rubr. 43), gewiss ein denkwürdiges Beispiel des Verbotes der Cabinets-Justiz! Die althergebrachten Gottes-

[3] Palacký děje č. II, 2. Abthl. pg. 8 ff., 385 ff.; gesamm. Aufsätze II, pg. 157; vgl. auch Formelb. Karl IV. cit. MS. No. 181.

[4] Vgl. die Urkunde vom J. 1359 bei Palacký děje č. II, 2. Abthl. pg. 8, Anm. 6 und Dr. Čelakowský's Aufsatz im Pravník 1878 pg. 118 ff.

urtheile wurden abgeschafft (rubr. 39) und — ähnlich wie in den Constitutiones regni siculi Friedrichs II. 1231 (lib. II, cap. 33) — der Zweikampf als Entscheidungsmittel für wenige im Gesetze genau bestimmte Fälle aufrecht erhalten (rubr. 88). Feste Vorschriften über das in verschiedenen Rechtssachen einzuhaltende Verfahren wurden ertheilt (rubr. 104, 120, 121, 122), wobei von dem Grundsatze ausgegangen ward: similia judicia similes debent concomitari processus (rubr. 121 § 4), indem der »in offensam divinae justitiae et subditorum .... fidelium lacrimabile detrimentum« bestehende Missbrauch aufgehoben sein solle, variandi judicia in causis eisdem vel similibus (Carol. Maj. in proëm.). In den erwähnten Processvorschriften zeigt sich ein entschiedenes Festhalten an der gemeinrechtlichen Terminologie, welches in ganz ähnlicher Weise auch in der Privatarbeit über die Landrechtsordnung (ordo judicii terrae; Arch. č. II. Bd. pg. 76—135) zwischen 1348—1355 in überraschendem Umfange zu Tage tritt, indem gesprochen wird vom: actor, reus, pars adversa, pars in probatione deficiens, defectus probationis, pars in termino legitime recusans comparere, partes existentes, agere per procuratorem, allegare, res super qua controversia vertitur, terminus peremptorius, contumacia, spolium, sententiae executio. Ingleichen wird unter offenbarem Einflusse römisch-rechtlicher Reminiscenzen in der Majestas Carolina genau zwischen dem Civilrechtswege und der strafgerichtlichen Verfolgung unterschieden (rubr. 117 civiliter agere volentibus, qui forte criminum poenas abhorrent, jus suum prosequentes potius, quam vindictam).

Karl IV. gedachte mit diesem Gesetzbuche keineswegs das althergebrachte Verfahren vollends durch ein modernes zu ersetzen, sondern suchte bloss unter Beseitigung der Missbräuche die erforderlichen Verbesserungen eintreten zu lassen und es zu stabilisiren. Doch auch er musste die Erfahrung seiner Vorgänger machen; die Landesbarone, von der Befürchtung durchdrungen, dass anstatt der bisherigen nach dem blossen Verstande und Herkommen urtheilenden Richter gelehrte Rechtssprecher, insbesondere Doctoren und daher nach dem Gebrauche der Zeit zumeist Geistliche in die Gerichte eintreten würden, weigerten sich, den — nicht ohne Zustimmung mächtiger Dynasten — dem Landtage vorgelegten

Entwurf zum Gesetze zu erheben, worauf der König durch eine feierliche Erklärung (6. Octbr. 1355) von seinem Beginnen abstand (Palacký, děje. č. II, 2. Abthl. pg. 148; Brandl VIII, 259 druckte die Widerrufsurkunde ab). In Consequenz dieses Actes und inhaltlich übereinstimmend erliess auch Markgraf Johann in Mähren den Widerruf (Brandl VIII, 261). Später scheint sich die Erinnerung an diese Vorgänge getrübt zu haben und die klare Einsicht in dieselben abhanden gekommen zu sein; denn in den Landtagsschlüssen vom J. 1543, 1547 wird einer »vom Kaiser Karl erlassenen Landesordnung« gedacht. Es mag dazu beigetragen haben, dass der Landtag den gedachten hochherzigen Schritt des Königs verdientermaassen würdigend sich geneigt zeigte, einige wichtige Reformen im Gerichtswesen durch Specialgesetze durchzuführen. Insbesondere willigte [5] derselbe zur Abschaffung der Gottesurtheile, ferner zur Kürzung der sehr verwickelten und schwierigen Eidesformel (1368) und dazu, dass auch der Unterthan gegen seinen Gutsherrn leichter Recht finden konnte (1356), also zur Anerkennung eines vernünftigeren Beweisrechtes und des Grundsatzes gleichen rechtlichen Gehöres [6].

In dem noch heute erhaltenen Gesetzentwurfe findet man manche wörtliche und sachliche Reminiscenzen an das canonische Recht (rubr. 21 in fine, 24, 39, 74, 76, 104 etc.) und an die römischen Quellen (rubr. 29, 42, 79 etc.).

Ein weiterer Versuch im Sinne der gedachten unterblieb, obwohl, wie es den Anschein hat, König Ferdinand I., der energische Verwaltungsreformator Böh-

---

[5] Beneš von Wejtmil l. c. pg. 378, 398, 367. Was insbesondere die Gottesurtheile anlangt vgl. ausser diesem Quellenzeugnisse noch jene der beiden Zeitgenossen Andreas von Dauba: ordo judicii terrae (Arch. č. II. Bd. pg. 487) und Thomas von Stítný im Výb. liter. č. I. pg. 711; unbegründet sind daher die Zweifel Dr. Pelzel's in den Mitth. des Vereins für Gesch. d. Deut. in Böhm. VI. pg. 70, 74. Betreffs der Eidesformel vgl. auch Cod. jur. bohem. II. 2. pg. 27.

[6] Statutum est etiam in eodem consilio, ut pauperibus, quibus hactenus modica vel nulla justitia in terrae judicio reddebatur erga divites et quoscunque barones, fieret debita justitia et justitiae conveniens executio. Et factum est ita, ut quicunque potentes barones et nobiles forent ad judicium terrae ad instantiam pauperum citati, veniebant et judicio parebant cum effectu (scr. rer. boh. II. 367).

mens sich mit ähnlichen Absichten getragen haben dürfte. Es spricht dafür der Umstand, dass er sich mit einer Zuschrift vom 11. Nov. 1527 (Arch. d. prag. Statth. L. 34) an die Landtagscommissäre mit dem folgenden Ersuchen wendete: »zumal er wisse, welch' löbliche Ordnung, Verfassung und Bestimmung Kaiser Karl IV. glorreichen Andenkens in diesem Königreiche gesetzt, und erlassen habe und das Bedürfniss vorliege, dass er von dieser Ordnung Kenntniss und Wissenschaft besitze, und da ihm Nachricht darüber geworden sei, dass jene Ordnung neben anderen Privilegien und Landesnothdürften in (dem Kronarchiv auf der Burg) Karlstein liegen möge — so wolle er eine Abschrift davon haben und dieses Begehren in die Landtagsartikel mit aufgenommen wissen« (böhm. Landt. nach 1526, I. Thl. pg. 257). Dieses Verlangen scheint jedoch bei den Landtagscommissären auf gewichtige Bedenken gestossen zu sein, die vielleicht eine Wiederaufnahme des von Karl IV. unternommenen Versuches ahnend dem Könige von dieser Forderung an den Landtag abriethen. Wenigstens ist in der dem Landtag vom J. 1527 vorgelegten königlichen Proposition keine Spur eines solchen Begehrens zu finden.

Es drängt sich an dieser Stelle die Frage auf, ob nicht etwa die Praxis der Gerichte jenen Principien Einlass gewährte, denen sich die Legislative für das Landrecht hartnäckig verschloss? Es liegt zu Tage, dass in denjenigen Gerichten, in welchen der Adel die entscheidende Stimme führte, also in dem s. g. Landrechte von einem derartigen Zutritt keine Rede war, da hier der Geburtsadel eifersüchtig seine Rechte hütete und selbst dem Gelehrtenadel den Eintritt in die Gerichtsbank versagte. Aber selbst bei dem königlichen Hofgerichte (curia principis) scheint das fremde Recht in der Praxis keine umfassendere Aufnahme gefunden zu haben, obwohl dieses Gericht das Organ zur Entscheidung der kraft der Immunitätsprivilegien dem königlichen Spruche vorbehaltenen Rechtssachen war[7]. Aus der blossen Mitwirkung

[7] Jireček, böhm. Mus.-Ztschft. 1856 IV, 90; dessen slav. Recht in Böhm. u. Mähr. II, 207; inhaltlich des allgemeinen Privilegs vom 10. März 1222 hatte Přemysl Ottokar erklärt: quia abbates et alii ecclesiarum praelati, ad alium, quam ad nos pro causis suis refugium nullum habent, ubicunque generale colloquium (Landtag) debuerit celebrari, ad audiendas causas eorum vel infra

des Kanzlers neben anderen Hofbeamten[8], die auch für das Jahr 1392 (Palacký, Formelb. II, 128) erhärtet ist, lässt sich mangels anderer Daten nichts Positives deduciren. —

Nachdem einzelne Versuche zur Reform des Gerichtswesens in den Gerichten des Adels beziehungsweise der freien Grundbesitzer des Landes in die Brüche gegangen waren, wurde der Hebel bei den städtischen Gerichten eingesetzt, und hier mit glücklichem Erfolge. Die Bergstädte standen in Folge der mittelalterlichen Ansichten über das Bergregal im engsten Verkehre mit dem Hofe, weshalb mit gutem Vorbedachte hier eingegriffen wurde. Um das Jahr 1300 erliess nämlich Wenzel II. eine Bergordnung (jus regale montium) offenbar aus der Feder eines fremden Juristen, höchst wahrscheinlich aus jener des vor wenigen Jahren aus Italien berufenen Gozzius ab Urbevetano (Palacký, děje. č. II, 1. Abthl. pg. 274), welche im IV. Theile ein vollständiges System der Processvorschriften einschliesslich des Beweisrechtes enthält. Das Gesetzeswerk spricht, soweit es das Gerichtsverfahren anlangt, als seinen Zweck klar aus: ut non per ambages, sicut a retroactis temporibus consuetum erat, sed gradatim per legitimos juris tramites deinceps judicia ordinentur (in proëm. lib. IV, c. 1); doch wurde sicherlich auch die Beseitigung dessen angestrebt, was nach des Gesetzgebers Worten häufig eintrat und worüber auch Karl IV. ein halbes Jahrhundert später Beschwerde führte (siehe oben), nämlich: ut illud, quod hodie judici et juratis placet, cras in similibus casibus statim incipit displicere (lib. I, c. 4, § 9). Der Standpunkt des Codificators in staatsrechtlicher Beziehung ist der ausgesprochen absolutistische, der zu den damaligen Verfassungs-Verhältnissen in Böhmen weitaus nicht passte, für welche die Beschränkung der königlichen Gewalt durch mächtig eingreifende Landtage characteristisch ist; unverhohlen äussert sich jene Auffassung im lib. IV, c. 18, § 10 und

vel post una die cum paucis Boemis et cum cancellario eis audientiam daturos. Vgl. über die weitere Entwicklung dieses Gerichtes Dr. Čelakowský's Aufsatz im Právník 1878 pg. 83 (Text zur Note 11 ff.), 115 ff., 155 (Text zur Note 12), 302 (Text zur Note 60).

[8] Beispiele bietet der cit. Aufsatz S. 332, Note 72.

lib. I, c. 6, § 11, wo es heisst: nobis solis competit, cum simus lex animata, in regno nostro leges condere, ac conditas declarare in wörtlicher Reminiscenz an l. 12 C. 1, 14.

Aus einer solchen Verkennung der factischen Sachlage und aus der unleugbaren Unkenntniss der socialen Verhältnisse Böhmens, wie sie aus lib. IV, cap. 12, § 4 hervorleuchtet, lässt sich mit Sicherheit folgern, dass das vorliegende Gesetzeswerk aus keiner böhmischen Feder geflossen sei. In natürlicher Folgerung der eben betonten Anschauung gilt dem Verfasser alle Gerichtsbarkeit als in den Händen des Königs concentrirt, der sie den einzelnen Richtern zutheile (lib. I, cap. 5, § 1), und wird die strengste Festhaltung der im Gesetze vorgeschriebenen Ordnung des Verfahrens geboten, indem in lib. IV, c. 7, § 10, (wo auf die in l. 10, D 1, 1 niedergelegte Schilderung des Wesens der Gerechtigkeit angespielt wird), die Nullität des Verfahrens und Confiscation alles Vermögens des Richters als Strafe der Uebertretung dieses Gebotes ausgesprochen erscheint.

Die Systematik der über das gerichtliche Verfahren erlassenen Vorschriften ist die des Decretalen-Rechtes (X lib. II). Ihrem Gehalte nach entstammen sie durchweg dem römisch-canonischen Processe; denn in ihrem dispositiven Theile sind sie zumeist Reproductionen des Inhaltes römisch-canonischer Quellenstellen, häufig mit Anschluss an die ursprüngliche Textirung, in ihrem theoretischen Theile dagegen Erörterungen, die der s. g. summula de ordine judiciario (fälschlich dem Joannes Andreae zugeschrieben, jedoch schon zwischen 1215—1234 verfasst) entstammen [9].

Die Congruenz einzelner Verfügungen des 4. Buches der jura montana (J. M.) mit Quellenstellen ergibt sich aus einer leicht zu vergrössernden Reihe von Beispielen: J. M. c. IV, § 10 vergl. mit l. 14, C. 2, 7; J. M. c. IV, § 17 mit l. 4, C. 7, 48, beziehungsweise

[9] In dem berührten und sogleich zu erörternden Verhältnisse, sowie in der Existenz einer Handschrift dieser summula bereits im J. 1260 (vgl. S. 108) liegen neue Beweismomente für die Richtigkeit der Ansicht Rockinger's über den Ursprung derselben. Vgl. dessen Inaugural-Abhandlung: über einen ordo judiciarius bisher dem Johannes Andreae zugeschrieben, München 1855 pg. 46 ff., dem Stintzing. popul. Rtslit. S. 205 ff. und Muther, ges. Aufsätze S. 182 beistimmen.

mit c. 4, X 2, 1; J. M. c. IV, § 18 mit l. 30 D 5, 1; J. M. c. 6, § 4 mit § 1 Instit. 4, 6; J. M. c. VI, § 6 mit l. 25, 80 D, 6, 1; J. M. c. VII, § 6 mit l. 14 C. 7, 45; J. M. c. XI, § 4 mit l. 21 C. 4, 19; J. M. c. XII, § 18 mit c. 8, X 2, 20; J. M. c. XII, § 21 mit l. 12 D, 22, 5; J. M. c. XIII, § 1 mit c. 11 in fine X 2, 21; J. M. c. XIV, § 6 mit c. 13 X 2, 22; J. M. c. XVII, § 4, 5 mit l. 34, § 6 D, 12, 2 und § 38 D h. t.; J. M. XX, § 11, 23 mit c. 12 in VI. 2, 15 und c. 8 et 13 X 2, 28. Darüber, dass sowohl das römische als das canonische Recht Beachtung fanden, äussert sich das Gesetz lib. III, c. 1 in princ. und in gleicher Weise bezeugt den Umstand, dass für den Verfasser des Gesetzes die Auffassung der Doctrin maassgebend war, sein Werk lib. IV, c. XVII, § 9 in fine, indem er mit besonderer Befriedigung und mit einer gewissen Zuversicht betont: sic traditum est a sapientibus tam juris canonici, quam civilis. Dass er nicht reiner Canonist war, ergibt sich aus der klar zu Tage tretenden genauen Kenntniss des römischen Rechtes (lib. III, c. 6, 7, 8, 9) und der Verhältnisse des alten Roms (lib. I, c. 5 princ.), dessen Kaiser er als Autoritäten achtet (lib. IV, c. 4, § 10), sowie aus dem weiteren Factum, dass er das ganze Gesetz nach dem Vorbilde der Institutionen in IV Bücher theilte, wovon das erste von den Personen, das zweite von den Bergwerkssachen, das dritte von den Verleihungen resp. Contracten, das vierte vom gerichtlichen Verfahren handelt. Freilich verleugnet sich der Codificator nicht als Kind seines Jahrhunderts, indem er an verschiedenen Stellen bei Canonisten geläufige Anschauungen theilt und auch die heilige Schrift als Rechtsquelle behandelt, z. B. lib. IV, c. VII, § 10; VIII princ. (vgl. mit Tancred: ordo judic. II, 1, III, 1), c. IX, § 2, c. X, § 1, c. XI, §§ 5, 9, c. XVIII princ. Dass ihm die damalige Literatur, besonders die italienische Doctrin, nicht fremd war, ergibt sich aus der im folgenden zu beleuchtenden Benützung der s. g. summula Joannis Andreae, ingleichen aus der bemerkenswerthen Thatsache, dass er ähnlich wie die italienischen Processualisten (vgl. Bethmann-Hollweg, Civ.-Proc. VI. Thl. pg. 231) in Beispielen zur Kennzeichnung der Partheien für den Kläger den Namen Petrus und für den Geklagten jenen des Martinus wählt (lib. IV, c. VI, § 4; c. XI, § 2). Was die Be-

nützung der mehr gedachten summula ordinis judiciarii angeblich Joannis Andreae (weshalb citirt wird J. A. nach der edit. Wunderlich) anlangt, ist dieselbe bei Vergleichung beider Texte eclatant. Vor allem sind sämmtliche Definitionen der technischen Ausdrücke daraus entlehnt; so judicium, actor, reus, (J. M. c. IV, § 1, 2; J. A. c. I, § 1, 11. 12) citatio (J. M. c. II. § 1; J. A. c. III, § 1) petitio (J. M. c. VI, § 1; J. A. c. IV, § 13), exceptio (J. M. c. VII, § 1; J. A. c. IV, § 2) litis contestatio (J. M. c. VIII, § 1, 2; J. A. c. V princ.), juramentum calumniae (J. M. c. IX, § 1; J. A. c. VI), probatio (J. M. c. XI, § 1; J. A. c. VIII, § 1), instrumentum (J. M. c. XIV, § 1; J. A. c. X, § 1), sententia et species earum: interlocutoria et deffinitiva (J. M. c. XVIII, §§ 4, 5, 6; J. A. c. XI, §§ 2—5), appellatio (J. M. c. XX, § 1; J. A. c. XII princ.). In ähnlicher Weise sind die Grundsätze und die Details des Verfahrens von dort entlehnt, z. B. über Gerichtsferien (J. M. c. II, § 4; J. A. c. III, § 4), über Anführung von Einwendungen und Einreden (J. M. c. III, § 2; c. VII, § 2; J. A. c. IV, § 1, c. V, § 1), wobei zu bemerken, dass das Gesetz rücksichtlich des diesfalls zu machenden Unterschiedes vollends den Standpunkt der Glosse ad c. 1. in VI. 2, 3 acceptirt hat (J. M. c. VII, § 1) und ausnahmsweise die in der erwähnten summula festgehaltene Auffassung (c. V, § 2) der Widerklage (reconventio) nicht billigt (J. M. c. VII, § 5). In einzelnen Materien wird sogar an den Detailsausführungen der summula im Wesentlichen festgehalten; so in den Capiteln über den Calumnieneid (J. M. c. IX, §§ 2, 3; J. A. c. VI, §§ 2, 3), über Geständniss (J. M. c. X, § 2; J. A. c. VII, §§ 1, 2), welches in Conformität mit der canonischen Auffassung nicht als Beweismittel behandelt, und daher in der Systematik vor der Normirung der Beweismittel eingereiht wird, — sodann über den Zeugenbeweis (J. M. c. XII. §§ 1—12; J. A. c. VIII, § 12).

Obwohl dieses legislative Werk als Zweck hervorhebt: omnem juris supplere defectum et .... illuminatam omnibus desiderantibus doctrinam juris tradere montanorum, wurde es dennoch nur in Kuttenberg, der grössten Bergstadt und zu jener Zeit Prag an politischer Bedeutung und Bevölkerungszahl zu-

nächststehenden städtischen Gemeinde des Königreiches promulgirt und zur praktischen Geltung gebracht (Graf Sternberg, Gesch. d. Berggesetzgebung Böhmens, II. pg. 348)[10].

Die praktische Bedeutung dieses Gesetzes veranlasste wohl den oben genannten Registrator der Canzlei Karls IV., Dr. Johann von Gelnhausen, eine deutsche Uebersetzung um das Jahr 1360 anzufertigen (Jireček, Cod. jur. boh. I. Bd. pg. 265, wo der Urtext abgedruckt ist, Tomaschek, Sitz.-Ber. der Acad. d. Wiss. in Wien hist.-phil. Cl. 34. Bd. pg. 68), ausser welcher auch eine böhmische aus dem 15. Jahrh. existirt[11]. Ein directes Zeugniss für die stete Anwendung dieser Rechtssatzungen vor dem Kuttenberger Bergschöppenstuhl liegt in dem Gutachten, welches derselbe über den Entwurf der rudolphinischen Bergwerksordnung vom 11. Mai 1604 im Jahre 1580 erstattete (Kuttenberg. Stadt-Arch. 3107 beziehungsweise No. 4), in dem sich ad VI, XX, XXXIV ausdrücklich auf die jura montana berufen und sogar lib. I, cap. V, VI, XVI, lib. III, cap. V citirt wird. Soll man diesem Gutachten Glauben schenken, so wären die jura montana im Jahre 1293 erlassen worden (cit. Gutacht. ad III).

Mag die ursprüngliche Geltung des besprochenen Gesetzes immerhin bloss auf ein, wenn auch sehr wichtiges Stadtgebiet beschränkt gewesen sein, so hat diese legislative Erscheinung dennoch eine hervorragende Bedeutung in zweifacher Hinsicht; einmal ist sie der erste Codifications-Versuch römisch-canonischen Processrechtes für ein weltliches Gericht in Mittel-Europa an der Schwelle des 14.

---

[10] Den Beweis für die Herrschaft desselben bei Gericht erbringt die Autopsie eines aus dem 14. Jahrhunderte herrührenden (im Kuttenberger Stadtarchiv verwahrten) handschriftlichen Codex dieses Gesetzes, welcher zum Theil aus Pergament-, zum Theil aus Papierblättern bestehend, ausser dem Urtext eine deutsche Uebersetzung desselben und den unten zu erwähnenden cursus sententiarum civilium nebst Excerpten aus einzelnen päpstlichen Briefen und aus dem Iglauer Stadtrechte umfasst. Der Urtext zeigt Spuren häufiger Benützung, indem einzelne Folien in Folge nicht seltenen Umwendens abgegriffen und beschmutzt sind, sowie auch manche Revocationen anderer Stellen, böhmische Interlinearglossen und Hervorhebungen wichtiger Verfügungen durch Beirückung einer Hand in margine vorkommen.

[11] Ob der Uebersetzer Alexandrinus filius Severini, Stadtschreiber in Iglau (um 1500) war (wie Tomaschek l. c. behauptet), steht nicht zweifellos fest; vgl. Jungmann, Gesch. d. böhm. Lit. pg. 36.

Jahrhunderts[12], das anderemal aber ist sie die Wurzel der dauernden vollständigen Reception dieses Processrechtes in den böhmischen Ländern. Wie letzteres gekommen ist, möge der Gegenstand der folgenden Darstellungen sein.

VIII.

Eindringen des römisch-canonischen Processes in die Stadtgerichte.

Als in Brünn vor dem Jahre 1353[1] die alten Schöffensprüche in eine Sammlung gebracht wurden, geschah diess durch den Stadtschreiber Johannes in der Art, dass das Material nach alphabetischer Ordnung in Capiteln gegliedert und bezüglich des Processrechtes durch Zusätze ergänzt wurde, welche er als theoretische Zuthaten zu den Schöffensprüchen aus den canonistischen Praktikern seiner Zeit, aus den römisch-canonischen Quellen und endlich als wörtliche Excerpte aus den eben besprochenen s. g. constitutiones juris metallicis entlehnte[2]. Dass die Terminologie der ganzen Sammlung wo immer nur thunlich, sich an die römisch-canonische anschliesst, ist nach dem oben über die Thätigkeit der Stadtschreiber gesagten keiner näheren Erklärung bedürftig. Diejenigen Hauptstücke der Sammlung, welche über das gerichtliche Verfahren handeln, sind sehr stark mit gemeinem Rechte

[12] Ueber Gerichtsordnungen für geistliche Gerichte nach röm.-canon. Recht aus den Jahren 1342, 1422, 1447 vgl. Stobbe, deut. Rtsquell. I. S. 403, Note 52. Einzelne processuale Verfügungen enthalten auch die Ernestinischen Statuten der prager Synode 1349, vgl. darüber den vorigen Abschnitt S. 133.

[1] Monse, ältest. Municipal-Recht Brünns S. 10, 23, 49, 63, 65, 87, 97 gewährt zahlreiche prägnante Belege für die Entstehung dieser Arbeit zwischen 1350—1360; einen directen Anhaltspunkt für das oben angesetzte Jahr bietet das alte Ausgabenbuch der Stadt Brünn, in welchem zu dem gedachten Jahre eingezeichnet ist: item in novis libris legum scriptis pro civitate cesserunt XVI. marcae (Brandl l. c. VIII, 190). Monse l. c. S. 87 meldet, dass die brünner prächtige Handschrift gedachter Sammlung in der die Abtheilung lit. R eröffnenden Initiale den Dom. Joannes notarius civitatis im Bilde zeigt und dass 1356 urkundlich ein juratus Joannes Anshelmi vorkömmt.

[2] Das aus dem 13. Jahrhunderte herrührende Iglauer Stadtrecht zeigt nur eine römisch-rechtliche Spur im Art. 17, nämlich: legem patere, quam ipse tuleris l. 1. § 1 D. 2, 2 (Tomaschek, deut. Rt. in Oest. S. 72).

versetzt, das dessen Quellen entweder direct oder indirect durch Benützung der mehr gedachten Bergordnung entnommen wird. Ausdrücklich wird sogar des processus juris canonici (cap. 141) Erwähnung gethan. Directe Reception äussert sich in den cap. 5, 14, 27, 49, 51, 36, 38, 45 de actionibus; cap. 74, 75 de appellationibus [3]; cap. 126 de citationibus; cap. 140, 141 de confessionibus; cap. 403 de electione judicis; cap. 475 alin. 2 de juratis; cap. 573, 576, 578, 579, 581, 584 de privilegiis (instrumentis); cap. 453 über die Zeugenzahl; cap. 481 vox viva testium literis antefertur talibus (vgl. cap. 2 X 2, 22); cap. 589, 590 de procuratoribus; cap. 610 de renuntiationibus; cap. 613 de sententiis; cap. 664, 665, 667, 682 de testibus; indirect d. h. durch Vermittlung der jura montana wurde aus dem röm.-canon. Rechte geschöpft in den Capiteln de juramento calumniae cap. 448 vgl. mit J. M. cap. IX, § 6; de advocatis cap. 59, 65 mit J. M. cap. IV, § 6 ff.; de appellationibus cap. 68 mit J. M. cap. XX de officio judicis quantum ad sententias cap. 406 mit J. M. XVIII, § 2 ff. Der Werth dieser Arbeit für die Reception des fremden Verfahrens bleibt für alle Zukunft ein höchst bedeutender. Fast sämmtliche wichtigeren Fragen sind darin nach den Grundsätzen desselben entschieden und geregelt. Wo diess ausnahmsweise nicht geschah, mangelten sowohl in der gemeinrechtlichen Legislative als Doctrin die nöthigen Anknüpfungspunkte; so z. B. betreffs des Eides (de juramentis) [4]. Diesfalls beschränkt sich die Sammlung der Schöffensprüche (in der Rössler'schen Ausgabe des brünner Stadtrechtes manipulus juris genannt) auf die Entscheidung von Formfragen, insbesondere: in welcher Sprache der Eid abzuschwören ist, ob mit allen oder nur einigen Fingern der erhobenen Hand, ob ein Sich-Versprechen schade, ob der Eidschwur mit linker Hand zulässig sei etc.

---

[3] Rössler, Brünner Stadtrecht pg. 36 (No. 68 des manip. juris) unterscheidet dieses Capitel nicht speciell, sondern bringt die bezüglichen Anordnungen unter der Capitels-Ueberschrift: de advocatis; dass jedoch dieselben ein selbständiges Hauptstück bilden, ergibt sich sowohl aus deren Inhalte als auch aus dem Originalcodex, welcher nach Monse's Abhdlg.: Ueber die ältesten Municipalrechte Brünns pg. 18 ausdrücklich den de appellationibus handelnden Titel hervorhebt.

[4] Vgl. über den Mangel an Material betreffs des Haupteides Hinschius, Eidesdelation pg. 10 ff.

Vergegenwärtigt man sich die einflussreiche Stellung eines derart juristisch gebildeten Stadtschreibers auf die Schöffen, denen er das Recht in Erinnerung zu bringen und zu interpretiren hatte (Rössler, l. c. pg. XLV), und die Einwirkung, die ihm durch die in seine Hände gelegte Niederschrift des gefassten Weisthumes für die Fortentwicklung des Rechtes eingeräumt war, zumal der Schöffenspruch für die Zukunft gesetzliche Kraft genoss (cap. 681), so lässt sich leicht darauf schliessen, dass durch seine überzeugungstreue auf der Vortrefflichkeit des erlernten fremden Rechtes basirte Thätigkeit der Reception desselben ein mächtiger Vorschub geleistet wurde. Durch das Eindringen der Grundsätze des fremden Gerichtsverfahrens beim Brünner Schöffenstuhle war aber deren Verbreitung über ein sehr weites Gebiet gesichert, wenn erwogen wird, wie weit sich der Einfluss desselben als Oberhof erstreckte[5] (Monse, Municip.-Rt. Brünns, S. 11; Rössler, l. c., S. CXVIII; Hanĕl, deutsch. Rt. in Böhm. u. Mähr., pg. 63, Anm. 198)[6] und die Thatsache nicht unbeachtet bleibt, dass die erwähnte Sammlung unter den Incunabeln Mährens (sine tit. loco et anno) eine grosse Verbreitung fand (Voigt acta liter. Boh. et Mor. vol. I. pars 1, pg. 27)[7].

[5] Im J. 1350 wies Markgraf Johann von Mähren, Bruder Karl IV., eine Reihe von Städten und Dörfern an Brünn als Oberhof: sancimus, quatenus... oppidorum et villarum inhabitatores et incolae, qui in oppido Meneis (Mönitz) jura sua recipere hactenus consueverunt, ex nunc ... jura et sententias causarum judiciariarum, super quibus deinceps dubium ortum fuerit, apud ipsos in civitate nostra Brunnensi, in qua copia sapientum existit et quam inter ceteras civitates terrae nostrae, cum sine ipsa ipsae aliae essent quasi acephalae, internae dilectionis affectu prosequimur, querere, recipere eisque regi sine quavis renitentia teneantur (Jura primaeva Moraviae pg. 45, Anm. und Monse, ält. Munic.-Rt. Brünns S. 114).

[6] Was Wunder daher, wenn parallel mit der Verbreitung des fremden formellen Rechtes auch das fremde materielle Recht in Volkskreise immer mehr eindrang, sodass im J. 1505 sogar die Schöffen in einem mährischen Städtchen die Entscheidung fällten, »nicht bloss ihr, sondern auch das gemeine kaiserliche geschriebene Recht wohl erwägend« (Tomaschek, Sitz.-Ber. der Acad. der Wiss. in Wien Bd. 34, pg. 89).

[7] Der Druck fällt, nach allen näheren Anzeichen, etwa in das Jahr 1490; derselbe ist gothisch, die Initialen blau und roth gemalt, keine Custoden, fol. II bis CLXVI, vgl. Monse, die ältest. Munic. Brünns pg. 13, der 20 Exemplare gesehen zu haben bestätigt; Panzer annal. typogr. IV. Bd. S. 164, No. 840; D'Elvert, Gesch. des Bücher- u. Steindrucks in Mähren pg. 12; Rössler, Brünner Recht pg. XLVI. Erwähnung verdient, dass nach Mittheilungen Hanka's, Abh. der böhm. Ges. der Wiss. V. Folge, 2. Bd., pg. 154, Anm. und Dudík's im Časop. matice moravs. 1875 S. 106 auch Exemplare,

Nicht nur eine mächtige Förderung in der angedeuteten Richtung, sondern sogar eine entscheidende Wendung brachte das Verhältniss zu Wege, in welchem die gesammelten Brünner Schöffensprüche zu dem Rechte der Altstadt Prag stehen. Am Anfange des 15. Jahrhunderts hatte sich hier aus zahlreichen königlichen Privilegien und Statutarsatzungen eine Summe von Rechtsvorschriften entwickelt, die, obwohl nicht als ein Ganzes niedergeschrieben, dennoch durch beharrliche und unveränderte Anwendung zu fester Geltung gelangt war. Wie so häufig anderer Orten in der mitteralterlichen autonomen Rechtsentwicklung wurde auch in der Altstadt Prag bei Unzureichen heimischer Rechtssätze zu der Brünner Sammlung als subsidiärer Rechtsquelle gegriffen. Einen augenscheinlichen Beleg hiefür bietet ein prachtvoller zwischen 1413 bis 1419 angefertigter Pergamentcodex im dortigen städtischen Archive, welcher unter anderen Quellen süddeutschen und altböhmischen Rechtes [8] unter der Benennung eines cursus sententiarum civilium die erwähnte Sammlung Brünner Schöffensprüche in einer durch Weglassung der causa decisa abgekürzten Form enthält. Diejenigen Blätter, welche dieselbe umfassen, zeigen im Unterschiede von den übrigen Theilen des Codex sichtliche Spuren [9] häufiger Benützung und in Folge dessen eingetretener Abnützung. Durch die seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts stets wachsende Bedeutung Prags als politischen Factors, die schon Karl IV. bei Bestätigung der Stadtprivilegien im J. 1348

welche auf Pergament gedruckt sind, vorkommen (Bibl. des deutsch. Ordenshauses in Wien u. brünner Stadtarchiv). Monse l. c. S. 39, 73, 77, 97 bringt Belege dafür bei, dass der Druck mit den Handschriften nicht übereinstimmt, indem ersterer theils Zusätze enthält, z. B. ausser minder wesentlichen auch den arbor consanguinitatis et affinitatis, theils manche Rechtsfälle nur im Auszuge anführt, insbes. auch die localen Beziehungen entfallen lässt.

[8] Die Belege für die im Texte angegebene Entstehungszeit siehe bei Tomek, Gesch. Prags II. S. 309, Note 58. Von süddeutschen Rechtsquellen ist insbesondere der II. Theil des Schwabenspiegels vom § 160 der Lassberg'schen Ausgabe aufgenommen; vgl. Homeyer, deut. Rechtsbücher des M.-A. pg. 53. Bemerkenswerth ist, dass sich ein seinen Bestandtheilen nach mit dem oben erwähnten sehr verwandter Codex aus den Jahren 1485—1505 auch im leitmeritzer Stadtarchive vorfindet (Mittheil. des Ver. f. Gesch. der Deut. in Böhm. VI. Jahrgg. pg. 169).

[9] Vgl. jura primaeva Moraviae pg. 44; Hanka, Abh. der böhm. Ges. der Wiss. V. Folge, 2. Bd. 1843, S. 169, Anm.; Rössler, Brünner Stadtrecht 1852 pg. XXXI; Emler, Sitz.-Ber. der böhm. Ges. der Wiss. 1867 S. 58 ff.

mit beredten Worten zu würdigen wusste[10], mag neben anderen Motiven der Entschluss Wenzels IV. zur That gereift sein, die Berufung von Erkenntnissen böhm. Stadtgerichte ausserhalb des Landes 1387 zu verbieten und den altprager Rath als Oberhof für die nach süddeutschem (»nürnberger«) Rechte lebenden böhmischen Städte in ähnlicher Weise zu erklären, wie gleichzeitig die nach norddeutschem (»magdeburger«) Recht sich regulirenden Städte an den Leitmeritzer Schöffenstuhl[11] als Oberhof gewiesen wur-

[10] Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. No. 73, pg. 82: quae (civitas) quia sedes et caput regni nostri Boemiae existit . . . qua sine etiam ceterae regni Boemiae civitates essent quasi acephalae.

[11] Palacký, Formelb. II. 126. In Leitmeritz galt sächsisches Recht seit Alters her, indem König Johann von Luxemburg 1325 (Pelzel l. c. pg. 64) die von den Přemysliden eingeräumte Begünstigung bestätigte: ut cives juribus, libertatibus et consuetudinibus Magdeburgensibus, quibus ab antiquo freti sunt, frui . . . perpetuo debeant et gaudere et ad eos per omnes et singulas civitates regni nostri Boemiae, quae eidem utuntur juribus super dubiis sententiis definiendis debeat haberi recursus sicut hactenus fieri consuetum. Frühzeitig schon findet sich die bischöfliche Stadt Raudnitz damit bewidmet, indem Wenzel I. 1237 den dortigen Bürgern gestattet ut tam in causis criminalibus, quam etiam in civilibus secundum Lithomiericzensis et aliarum nostrarum (civitatum) consuetudinem, quae jure theutonicali in regno nostro incoluntur sententias ferendi et eas executioni mandandi plenam habeant potestatem (Právník 1878 pg. 445, Note 83). Ueberhaupt lässt sich die interessante Erscheinung constatiren, dass die Verbreitung sächsischen Rechtes in Böhmen längs der Elbe bis an deren Quellen erfolgt, denn Tetschen, Aussig, Leitmeritz, Raudnitz, Brandeis, Nimburg, Elbe-Kosteletz, Kolin, Přelauč (1261 Dobner monum. IV, 84), Königgrätz, Trautenau und zahlreiche Städte an der Iser lebten im 14. Jahrhunderte nach magdeburger Stadtrecht (vgl. Haněl l. c. pg. 68 u. 66). Ein Schluss auf die häufige Bewidmung mit magdeburger Recht lässt sich auch daraus ziehen, dass das oben erwähnte Formelbuch der Canzlei Karl's IV., zusammengestellt von Johann von Geylnhausen (Hoffmann, ungedr. Nachr. II. S. 68), ein Formular für Bewidmungen mit magdeburger Recht beibringt. Die Geltung des Sachsenspiegels in Böhmen während des 14. Jahrhunderts erhärtet aber direct das Breve Papst Gregor's XI. an Karl IV. in Folge der von Jo. Klenkok gegen jenes Rechtsbuch erhobenen Agitation 1374, worin hervorgehoben wird, dass auch dem prager Erzbischofe und seinen Suffraganen die Verdammungsbulle zugegangen sei (Homeyer: Jo. Klenkok S. 401). Aus dem 15. Jahrhunderte besitzt Leitmeritz böhm. Bearbeitungen des Sachsenrechts; insbesondere einen kaligraphisch ausgestatteten Codex, welcher mit den Worten beginnt: »Diese (6) Bücher handeln vom sächs. Weichbildrecht, dessen Magdeburg geniesst und die Hallenser, welche dort ihr Recht nehmen, und jene von Leipzig in Halle und ausserdem noch viele Städte der Markgrafschaft Meissen, die in Halle und Leipzig ihre Belehrung holen«, und schliesst mit der Clausel: »Im Jahre des Heils 1485 sind diese Bücher magdeburger Rechts beendet und zu Ende geschrieben worden am Tage Sct. Apollinaris um die 17te Stunde, nach welchen viele umliegende Länder in Deutschland und viele Städte Böhmens sich richten und ihrer geniessen, wie Leitmeritz, Königgrätz und die Kleinseite Prags nebst anderen Städten, indem sie verschiedene Auslegungen derselben, und von Doctoren

ı [12]. Dadurch hatte die Altstadt Prags, wohin schon vordem Berufung aus der Neustadt sowie anderen Gemeinden ging ınĕl, l. c. S. 72, Anm. 224), im Verlaufe des 15. Jahrhunderts — ciell seit sie im J. 1421 die höchste Stufe ihrer politischen Stelg erklommen — die Bedeutung eines Oberhofes für den weitaus ısten Theil des ganzen Königreiches erlangt, so dass seine Ver:r im J. 1535 vor dem kgl. Kammergerichte mit Fug und Recht ıupten konnten (Zoubek, památky archeol. VII, S. 367), dass n fast aus allen Städten Böhmens der Rechtszug geht. Erst päter näher zu berührende Errichtung eines kgl. Appellations-

---

:her, kirchlicher und päpstlicher Rechte sinnige Darstellungen besitzen« .tky archeol. 1860 pg. 123, vgl. diesfalls Homeyer, deut. Rtsbücher des pg. 27, 28). Nach Lippert l. c. pg. 165 ff. finden sich dort zwei Uebergen des liber distinctionum, eine Bearbeitung des glossirten Weich:htes und ein vom Stadtschreiber Jacob Kožený von Krbov 1469 nach worten alphabetisch angelegtes Nachschlagebuch (Materienregister), ı Inhalt des Sachsenspiegels, des liber distinctionum und des Weichbilds umfasst. Das zweite der erwähnten Werke citirt in Glossen häufig römisches Recht. Die Darstellung der Einwirkung des Leitmeritzer Oberhofes auf die Verbreitung deutsch-rechtlicher (sächs.) Principien in Böhmen wäre eine dankbare und dankenswerthe Arbeit, die leider noch nicht in Angriff genommen wurde. Als kleiner Beitrag zu der seinerzeitigen Durchforschung des Handschriftenmaterials des dem Leitmeritzer Oberhofe unterstehenden Gebietes möge hier erwähnt werden, dass das in der prager Universitätsbibliothek unter der Signatur 17 C. 24 verwahrte MS. mit der Ueberschrift Výklad na Donáta o právích 1547 der Doxaner Klosterbibliothek entstammt und lediglich eine böhm. Uebertragung des sächsischen Weichbildes (Homeyer, Rechtsquell. S. 28 ff.) sammt Glosse enthält, welches MS. Homeyer unbekannt blieb (vgl. dort No. 567 eine andere Uebersetzung aus dem J. 1543 im böhm. Museum); weiters, dass in der Raudnitzer Schlossbibliothek eine (aus dem Ende des 14. Jahrhunderts, also wohl die älteste) Bearbeitung magdeburger Rechtes in böhm. Sprache erliegt, welche nach dem auf den Deckeln der Handschrift befindlichen Vormerke ehemals sich im Besitze der gleichnamigen Stadt befand (Právník 1878, pg. 445, Note 83 in fine).

[12] Ein ähnlicher Dualismus, wie in Böhmen zwischen Prag und Leitmeritz, bestand in Mähren rücksichtlich Brünns, dessen Stadtrecht zur süddeutschen Familie zählt (Rössler, Brünner Rt. pg. XXIV), und Olmütz's, zu dessen Schöffenstuhl durch Privileg des Markgrafen Johann von Luxemburg 1352 alle nach magdeburger Recht lebenden Städte als Oberhof gewiesen wurden (Jura primaeva Moraviae pg. 46 des Bogens C.; Bischoff, öst. Stadtrechte, pg. 110). Monse, Municipalrecht Brünns, pg. 117, erzählt, am Olmützer Rathhaus einen in rothen Sammt mit Silberbeschlägen eingebundenen Codex betitelt: jus magdeburgense gesehen zu haben, ohne über dessen Inhalt näher zu berichten. Ueber die Begabung Olmütz's mit einer über Auftrag Karls IV. vom Breslauer Rathe angefertigten Abschrift der dort bewahrten magdeburger Rechtssammlung 1351 vgl. die Urkunde bei Bischoff, olmützer Recht, pg. 59, laut deren die Breslauer sich gleichzeitig den Rechtszug von Olmütz dahin vorbehielten. Im Olmützer Stadt-Archiv befinden sich (nach Bischoff l. c. pg. 23) zwei Codices, enthaltend das s. g. Rechtsbuch nach Distinctionen (edit. Ortloff in der Sammlg. deut. Rt.-Qu. I. Bd.).

gerichtes 1548 bereitete dieser hervorragenden Rolle Prags in der angedeuteten Richtung ein Ende.

Aus dem dargelegten Verhältnisse kann nicht ohne Grund gefolgert werden, dass die in dem s. g. cursus sententiarum civilium recipirten Processgrundsätze eine um so raschere Verbreitung fanden, als weder die ursprünglichen noch die subsidiären Rechtsquellen, welche sonst im Gerichte des altprager Rathes Geltung hatten, hierüber nähere Vorschriften darboten. Dafür spricht nicht bloss die Verbreitung der mehrerwähnten Sammlung im Urtexte und in böhmischer Uebersetzung in zahlreichen Handschriften[13], sondern auch der Umstand, dass Kuttenberg, die durch Reichthum und politische Macht damals zweite Stadt des Königreichs, ingleichen auch der angesehene Schöffenstuhl magdeburger Rechtes, Leitmeritz[14], jenen cursus sententiarum gleichfalls als Theil eines ihre Rechtsquellen umfassenden Codex aufzuweisen haben.

Die durch die eben hervorgehobenen Facta unterstützte Annahme der Subsidiarität des cursus sententiarum wird zur vollen Gewissheit erhoben, wenn das Unternehmen einer näheren Würdigung unterzogen wird, dem sich der ehemalige altstädter Rathsschreiber, damals aber schon kgl. Kammergerichtsschreiber mag. art. Fabricius (Brikcius) von Zlicko[15]

---

[13] Hanka, Uebersicht der böhm. Rechtsquell. in den Abh. der böhm. Ges. d. Wiss. 5. Folge, II. Bd., No. 11, 16, 19, 32, 34, 39, 46.

[14] Was Kuttenberg anlangt vgl. die eben citirte Uebersicht; betreffs Leitmeritz obige Note 11. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Vermittlung zwischen Brünn und Prag durch die Montan-Städte, also speciell Kuttenberg erfolgte (Rössler, l. c. S. XXXIV), wo manche röm.-canon. Processvorschriften schon durch die jura montana in Uebung standen.

[15] Ueber seine Lebensschicksale vgl. Jireček, Anthologie II, S. 83; Ztschft. des böhm. Mus. 1844, S. 36; 1845, S. 342; 1878, S. 158, wo insbesondere auf Grund urkundlicher Belege erwähnt wird, dass er während seiner Amtsthätigkeit als kgl. Kammergerichtsschreiber bei diessm Gerichte auch als Partheienvertreter auftrat. Vor 1518 lehrte er an der facultas artium zu Prag. Gütigen Mittheilungen des H. Dr. A. Rezek verdanke ich die weitere Nachricht, dass Fabricius (Brikcí) vor 1530 in Kuttenberg zum Rathschreiber erwählt worden sei, indem es im dortigen Lib. memor. 1529 fol. 240 p. v. heisst: »Es wurde ihm vorgestellt, durch welche Gründe der Rath bewogen worden sei, ihn zu Nutzen und Bequemlichkeit der Stadt aufzunehmen, zumal er als ein besonders würdiger, gewandter und mit den Rechten gründlich vertrauter Mann bekannt sei.« Er nahm die Berufung zu diesem Amte mit dem Beifügen an, dass er nur gegen halbjährige Kündigung eintrete, um eventuell eine bessere Stelle acceptiren zu können. Schon 1530 finden wir ihn als Kammergerichtsschreiber.

(† 1543) unterzog. Unter der Bezeichnung: »Bücher der Stadtrechte der Altstadt Prags und anderer zu diesem Rechte gehöriger Städte des Königreichs Böhmen« gab er 1536 die Brünner Sammlung in jener Form, in welcher sie als cursus sententiarum handschriftlich in Umlauf war als vermeintliches prager Recht im Druck heraus (cap. 1—71), wobei er sie in einzelnen, das materielle Civil- und Strafrecht betreffenden Punkten dem altprager Statutarrecht entsprechend modificirte (Rössler, prager Stadtrecht, S. XXIV Anm.) und durch mehrere, dem (S. 177) besprochenen prager Codex entnommene Zuthaten vermehrte[16]. Der Herausgeber präcisirt den Charakter seiner Arbeit in der Vorrede (pag. 5) mit den Worten: »Mir stand es nicht zu als Verfasser, sondern bloss als Uebersetzer (Interpret) zu verfahren und daher nur das lateinisch Niedergeschriebene in böhmischer Sprache darzulegen.« Die Publikation vom J. 1536 war sonach keine officielle[17], aber ihrer Ab-

[16] Monse, Munic. Rt. Brünns zeigt (pg. 38, 39, 46, 54, 55, 63, 76, 78, 91, 98, 99), dass vielfache materiellrechtliche Vorschriften aus der Brünner Sammlung in die spätere Codification des prager Stadtrechtes 1579 übergingen; so z. B. G. 19, C. 42 (tertia conjugalis), H. 13, G. 41 § 2, F. 24, G. 40, F. 54, F. 57, G. 4 und N. 7, K. 5, § 3, K. 13 ff., K. 40 ff., M. 41 u. 42, S. 17 ff. der letzteren. Aus dem altprager Statutarrecht sind dagegen in der im Texte erwähnten Publication und hieraus in der Codification 1579 (tit. II A. 4—40) aufgenommen die Vorschriften über Rechte und Pflichten der Schöffen (práva Konšelká, vgl. Rössler, l. c. pg. XLVIII. Weitere Zuthaten entstammen materiell päpstlichen Constitutionen oder Zunftsatzungen, sowie Polizeianordnungen des Rathes. Vgl. über den Charakter und die Bestandtheile der im Texte besprochenen Publication Voigt, acta lit. Boh. et. Mor. I, pg. 50; Boček's Auffassung in Jungmann's Gesch. d. böhm. Lit. pg. 36, Rössler l. c. Emler in der Ztschft. Právník 1870, S. 48. Die im Brikcius'schen Drucke vorkommende Ergänzung des cap. 63 der brünner Sammlung durch Einfügung einer späteren Bearbeitung des arbor consanguinitatis und affinitatis Joannis Andreae (vgl. Stintzing, pop. Rtslit. pg. 178) findet sich schon in der oben (Note 7) besprochenen Incunabelausgabe der gedachten Brünner Sammlung 1490 (Monse l. c. pg. 90, 92) sammt den Stammtafeln, wahrscheinlich entlehnt einem noch älteren Drucke des Gratianischen Decrets (C. 35 qu. 5).

[17] Es scheint, dass Brikcius von Zlicko nicht den Intentionen der prager leitenden Kreise durch seine Publication entsprochen habe. Bekanntlich wurde das Statutarrecht der einzelnen Städte im Mittelalter hochgehalten und nur unter bestimmten Vorsichten (Tomaschek, Deutsch. Rt. in Oest. S. 102) und Bedingungen mitgetheilt (vgl. z. B. böhm. Arch. Durchforschungsbericht 1876, pg. 5; Bischoff, Olmütz. Rt. pg. 59). Ingleichen sollte es nach der damals herrschenden Auffassung durch autonome Fortentwicklung in Fluss erhalten werden. Durch die im Wege des Druckes erfolgte Publicirung und Fixirung wurden beide hervorgehobenen Momente beseitigt und hierdurch indirect die natürliche althergebrachte Machtsphäre des Prager Rathes in unerwünschter Weise berührt. Die bis zum Exil sich steigernden Bedrückungen,

fassung in der Volkssprache und der im Texte vorkommenden zahlreichen Revocationen ähnlicher Materien wegen für den practischen Gebrauch weiterer Volkskreise berechnet, wie sie denn auch eine weit grössere Verbreitung erlangte, als der handschriftlich in Benützung stehende cursus sententiarum civilium. Weder nach der Absicht des Unternehmers, noch bei den obwaltenden Verhältnissen blieb die Publikation lediglich auf den Gebrauch Prags beschränkt. Des Herausgebers Intention spiegelt sich in der Vorrede ab, wo ausgeführt wird, dass der Altstadt Prags »gleichwie einem Brunnen alles Recht und dessen Auslegung für Andere entströmt, was durch Vorrechte, Privilegien und seit vielen Jahren anerkannte Gewohnheit bestätigt worden ist; aus dieser Ursache wäre es weder passend noch möglich, dass diese Rechte unter Jemandes Anderen als der Stadt Prag Namen her-

welche Brikcius von einer herrschsüchtigen Gegenparthei zu erleiden hatte, mögen auf seinen Entschluss zur Veröffentlichung des Stadtrechtes nicht ohne Einfluss geblieben sein. Die Anfeindungen seines Unternehmens voraussehend, vertheidigt er sich in seiner Dedications-Zuschrift an den König Ferdinand I. und in der an den Prager Stadtrath gerichteten Vorrede gegen allfällige Vorwürfe, indem er in beiden ausführt, wie nothwendig die Rechtskenntniss und wie schädlich das Unbekanntbleiben des Rechtes sei; wurde aber dessen Verbreitung durch die Schrift zugelassen — meint er — so könne auch gegen die Mittheilung durch den Druck kein gegründeter Einwand erhoben werden. Bestärkt wird man in dieser Auffassung dadurch, dass zum Schlusse der erwähnten Vorrede der Herausgeber es für nöthig erachtet unter der Marginalrubrik »Entschuldigung« hervorzuheben, er habe durch seine Arbeit keineswegs eine unantastbare Fixirung des »Statutarrechtes« beabsichtigt, er wolle vielmehr (mit einem Seitenblicke auf »Verläumdungen«) gerne die Unvollkommenheit seiner Arbeit anerkennen, zumal er ja nicht als Verfasser derselben auftrete, sondern dieselbe nur zur Veröffentlichung bringe. Dem Könige Ferdinand I. dürfte sein Unternehmen zur Stabilisirung des Rechtszustandes dienlich erschienen und daher seiner Unterstützung theilhaftig geworden sein. Hervorgehoben wird nämlich, dass derselbe »geruht habe, die dem grössten Theile des böhm. Bürgerstandes gemeinschaftlichen Rechte in Druck legen zu lassen und hiefür ein besonderes Privileg zu ertheilen.« Unterstützt wird diess durch das schon im J. 1543 von dem Herrscher an die Prager gestellte (Ztschft. d. böhm. Mus. 1845 pg. 342) und 1546 erneuerte Verlangen, ihm ihre Stadtrechte vorzulegen, um deren volle Kenntniss zu besitzen (Musejnik 1861, pg. 75; Tieftrunk, Odpor stavů, pg. 58), ein Verlangen, welches offenbar die Fixirung des Rechtes vor Augen und sich der Zustimmung des Adels zu erfreuen hatte. Beide Male redeten sich die Bürger darauf aus, dass zur Sammlung des Rechtes längere Zeit nöthig sei, um augenscheinlich der Fixirung des Rechtes auszuweichen. Doch schon das erstemal wies der König auf des Brikcius Arbeit, der bereits vor deren Publicirung seine vormalige Stellung mit der eines Gerichtsschreibers am kgl. Kammergerichte vertauscht hatte (Jireček Rukovět I, S. 101), das bald mit dem Landrechte concurrente Gerichtsbarkeit ausübte (Buchholz, Gesch. Ferd. I. Bd. VI, S. 422).

ausgegeben, und irgend jemand anderem zugeeignet werden könnten«. Dass die Drucklegung weiteren Kreisen dienen sollte, folgt aus der Erwähnung der Vorrede, »dass die gedachte Arbeit mit Hülfe des Magister Paul Wodolenský und Johann Šatný, derzeit Stadtschreiber zu Kuttenberg [18], Beider mit den Stadtrechten wohl vertrauter und darin geübter Männer auch nach anderen Exemplaren eifrigst corrigirt worden sei«, endlich aber aus der Ueberschrift des 42. Kapitels, die da lautet: »Bestimmungen, welche eine jede Stadt freiwillig beobachten oder wegen anderer übereinkommen mag«. Die Thatsache endlich, dass nicht bloss in Prag, sondern speciell auch in Kuttenberg nach der erwähnten Compilation Recht gesprochen wurde, ergibt sich aus einem (im Právník 1870 S. 736 ff.) veröffentlichten Rechtsfalle aus dem Jahre 1538. In dem bezüglichen Stritte begegnet man nämlich wiederholt Citaten und Allegaten einzelner Verfügungen der »Brikcius'schen Stadtrechte«.

Seither war die völlige Reception des fremden Processrechtes in allen Städten nur noch eine Frage der Zeit. Schon im Jahre 1545 urgirte der Landtag über Bitten der Prager beim Könige die Durchsicht und Verbesserung der Stadtrechte, indem er mit dem Beschlusse [19] vom 7. Jänner

[18] Auf deren Rechnung ist zweifellos die bei Erwähnung der Appellatio (Capitel IV art. 1) vorkommende Marginalglosse zu setzen, die aus »den Rechten der Bergleute libro quarto« d. h. den oben besprochenen jura montana Wenzels II. besondere Details über Berufung mittheilt. Dieselbe ist ein weiterer Beleg der oben betonten praktischen Geltung dieser Vorschriften in den Berggerichten Kuttenbergs.

[19] Dass jener Beschluss keineswegs die erste Anregung des gedachten Gegenstandes war, geht aus der dem Landtage 1543 zugekommenen kgl. Resolution hervor, dass der König »betreffs des Artikels rücksichtlich der gedruckten Stadtrechte, was gerecht wäre, zu thun nicht unterlassen wird«. Unter den Landtagsartikeln, welche 1545 dem Könige auf seine Proposition übergeben wurden, findet sich (nach der im Arch. d. verein. Hofkanzlei zu Wien erliegenden gleichzeitigen Uebersetzung IV, H. 3) auch der folgende: »Betreffend die Stadtrechte, dieweil wir neben der Landesordnung etzlicher Sachen halben vor ihrem Recht (Stadtrecht) rechtfertigen müssen, auf dass wir derselben ein Wissenschaft haben möchten, um sich darnach zu richten, und durch Unwissenheit um unser Gerechtigkeit nicht kommen ... Dass auch die von Städten Jedem zu seiner Nothdurft ein Abschrift ihres Urtheils herausgeben: so bitten die K. M. wir alle drei Stände, weil wir in einer Krone (an) gesessen, und eines Herrn als der K. M. Unterthanen sind, dass I. K. M. solche weitläufige zertheilte, und ihrer vielen in dieser Krone unbekannte Rechte in ein Recht nämlich der prageri schen gemäss durch das ganze Land ziehen, und richten ... allergnädigst geruhen.« Dass der Anstoss hie-

jenes Jahres forderte, dass der Herrscher alle verschiedenen Rechte in ein einziges dem prager angepasstes zusammentragen und verarbeiten lassen möge (vgl. das Landesarchiv und Balbin, lib. curialis pg. 325). Doch erst dem wiederholten Drängen der Landesvertretung gelang es nach Decennien, diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt zu sehen.

Ueber den Verlauf der Codifications-Arbeiten ist nur das Wesentliche des äusseren Herganges bekannt; das Detail der inneren Compilationsgeschichte bleibt in fast undurchdringliches Dunkel gehüllt.

Die Rückwirkungen des schmalkaldischen Krieges auf Böhmen mögen es verschuldet haben, dass erst nach Verstreichung eines Jahrzehnts der berührte Landtagsbeschluss nähere Berücksichtigung fand. Die erste hierauf bezügliche Nachricht meldet nämlich aus dem Jahre 1554, dass König Ferdinand das Gutachten seines gleichnamigen Sohnes, damaligen Statthalters in Böhmen, die Stadtrechte zu verbessern, genehmigte. Es sollte von allen Städten hierzu ein Ausschuss ernannt und Tag, sowie Ort für die Zusammentretung bestimmt werden. In der That erging diesfalls in demselben Jahre ein Mandat nach Kuttenberg (Jireček, pr. městská, pg. VI), und reiste aus Leitmeritz der Primator sammt dem rechtskundigen Schöffen Nicolaus Austin zu diesem Zwecke nach Prag (Lippert, Geschichte von Leitmeritz, S. 439). Gleichwohl verzögerte sich die Sache, weshalb König Ferdinand (13. Dcbr. 1556) mit gewohnter Energie gebot, »diese Reformation möge zu ausgehendem Monate vor die Hand genommen, und in keine Verlängerung mehr gezogen werden« (Buchholtz, Gesch. Ferd. I., Bd. 4, S. 419). Wichtige Rücksichten führten dazu, dass die Codification des Stadtrechtes nicht den Beschlüssen einer Vertretung des Bürgerstandes anheimgestellt blieb, vielmehr hierüber das Votum des ganzen Landtages, insbesondere also auch des Adels entscheiden sollte. War doch der Herren- und der Ritterstand an der geplanten Reform mitinteressirt! Denn

---

zu von der Stadt Prag ausging, erhärten gleichzeitige Nachrichten (Ztschft. d. böhm. Mus. 1845, S. 342). Die kaiserl. Antwort hierauf lautete: »Belangend die Stadtrechte, sollen gedruckt werden,« in welcher lakonischen Form auch die sanctionirten Landtagsbeschlüsse diesen Punkt erledigen.

gemäss des s. g. Sct. Wenzelsvertrages 1517, der fast vierzigjährige Kämpfe des Adels und der Bürger beendigte[20], waren alle Streitigkeiten betreffs der den Städten bei ihrer Gründung übergebenen Grundstücke (s. g. Schossgründe) auch für den Fall, dass dieselben in die Hände eines Adeligen gekommen wären, vor das städtische Forum rei sitae gewiesen worden und keineswegs dem prager Landrecht als der ausschliesslichen Personalinstanz der Edelleute untergeordnet geblieben. Ausserdem konnten aber auch Gutsunterthanen adeliger Herrschaftsbesitzer wegen Forderungen einzelner Bürger vor städtischen Gerichten belangt werden (vgl. Motive der Landtagsbeschlüsse 1567, 1569).

Im J. 1558 erwähnen die Landtagsacten schon eines vorliegenden Entwurfes und einer zu dessen Berathung bestellten Commission. Doch trotzdem die Letztere 1561 durch Mitglieder der beiden Adelscurien verstärkt wurde, scheint die Arbeit nicht von statten gegangen zu sein, da im Landtage 1567 nach des Königs Ferdinand I. Tode unter Berufung darauf, dass die Landesordnung bereits reformirt sei (1564), auf den Abschluss der die Stadtrechte zum Gegenstande habenden Codifications-Arbeiten gedrungen wird. Einen besseren Fortgang nahm die Angelegenheit bald nachdem mag. Paul Christian von Koldín[21] die Lehrkanzel an der philosophischen Facultät verlassen und das Amt eines Rathsschreibers (Kanzlers) der Altstadt Prag übernommen hatte (1565). Die Gesammtheit der nach Prager Recht lebenden Städte überreichte nämlich vor Beginn der Landtagssession 1569 Maximilian II. einen Koldín's Feder entstammenden neuen Entwurf mit der Bitte um Durchsicht desselben und baldmöglichste Beendigung der Codificationsthätigkeit. Da jedoch die das magdeburger Recht hochhaltende Städtegruppe mit Leitmeritz an der Spitze (nämlich Laun, Schlan, Nimburg, Aussig) jenem Elaborate

[20] Palacký, dějč. č. V. Bd. II. Abth. S. 332 ff.

[21] Dessen Biographie vgl. in der Ztschft. des böhm. Mus. 1864, S. 393; speciell über sein Verdienst betreffs der Abfassung des Entwurfes der Stadtrechte vgl. die bei Jireček práva městská S. 496 abgedruckte Elegie des M. Petrus Codicillus aus dem Jahre 1589, und das in einer academischen Rede des Rectors der prager Hochschule 1615 (Voigt, acta lit. Boh. et Mor. II, 185) enthaltene Zeugniss: juris civilis et provincialis, quod ejus libelli testantur interpres solertissimus.

ihre Zustimmung versagt hatte, bat die Städtecurie am Landtage den König, behufs Erzielung der Unification des Stadtrechtes, um schleunige Anordnung eines Vergleichsversuches in dieser Richtung zwischen beiden Städtegruppen. Gleichzeitig wurde zur Begutachtung des vorgelegten Koldín'schen Entwurfes und augenscheinlich behufs Amendirung desselben im Sinne der Adelsinteressen neuerlich eine Commission erwählt, in welcher jeder Kreis durch je einen Repräsentanten des Herrn- und Ritterstandes Vertretung fand. Soweit hiernach die Sache in die Hände des Herrschers gelegt worden war, wurde sie eifrig betrieben; anders freilich, insofern die vielköpfige Landtagscommission in Action treten sollte. Demnächst befahl nämlich Maximilian II. der Stadt Leitmeritz, ihr Recht zum Zwecke der Vergleichung mit dem prager einzuschicken (Ztschft. d. böhm. Mus. 1864, S. 398). In Befolgung dieses Auftrages überreichte sie am 13. Febr. 1571 dem Herrscher eine Denkschrift, überschrieben als: »Auszug der hauptsächlichsten und vornehmlichsten Artikel des sächsischen oder magdeburger Rechts«, worin die wichtigsten Fragen des formellen und materiellen Rechts Beleuchtung fanden. Die Persönlichkeit des Verfassers ist unbekannt; doch dürfte die Autorschaft nicht ohne Grund dem leitmeritzer Schöffen und (nach Lippert's Behauptung in der Gesch. v. Leitmeritz, S. 439) kgl. Richter, Nicolaus Mitas Austinus, zugeschrieben werden[22]. Ueber kgl. Befehl wurde dieses Memoriale dem prager Stadtrathe zur Erstattung seiner Gegen-Aeusserung übergeben. Das wahrscheinlich von Koldín abgefasste Schriftstück ermangelt nicht, die Vortrefflichkeit des prager Rechtes gegenüber dem Leitmeritzer (beziehungsweise magdeburger) energisch zu betonen und im Einzelnen auszuführen. Das Gutachten wendet sich insbesondere im Anschlusse an die einzelnen Artikel der Denkschrift gegen die »Unvernünftigkeit« einzelner Bestimmungen des Leitmeritzer Rechtes (ad 21—23, 36, 50, 71), andere erklärt es als unpassend (ad 2, 11, 13), weiters beruft es sich sehr häufig zur Rechtfertigung mancher Anordnungen des prager Rechtes auf das römische (ad 3, 15, 37, 39 — wo wörtlich l. 4 C. 2, 1 ange-

[22] Tieftrunk im Právník 1866, pg. 185 ff., Haněl l. c. S. 81.

führt wird — ad 47, 58 — mit dem Beisatze »wie das römische Recht bestimmt« — ad 78, 79, 80), und hebt schliesslich die Subsidiarität des gemeinen Rechtes mit den Worten hervor (ad 78): »was in den prager Rechten ermangeln würde, kann aus den kaiserlichen ergänzt werden«[23].

Bei diesem Schriftenwechsel mag es geblieben und die solange anhängige Angelegenheit bis zum Jahre 1575 nicht weiter gediehen sein. Während des Beisammenseins des Landtags in diesem Jahre wurden abermals Versuche gemacht, dasjenige, was der kgl. Ingerenz nicht gelungen war, durch gegenseitige Nachgiebigkeit beider Städtegruppen selbst zu Wege zu bringen. Das Rathsmanuale der Altstadt Prag aus den Jahren 1575—1583 erzählt nämlich, dass die brennende Frage der Stadtrechtscodification in der Rathssitzung vom 7. März 1575 discutirt (fol. 12 p. v.) und am letzten Mai d. J. den Abgeordneten der Stadt Leitmeritz in einer am altstädter Rathhause abgehaltenen Berathung der gesammten landtäglichen Städtecurie seitens der übrigen Städte in Erinnerung gebracht worden sei (fol. 84), »wie sehr bei den Tags zuvor gepflogenen weitläufigen Verhandlungen über die Codification der Stadtrechte die Stände das Begehren an den Tag gelegt hätten, dass die Städte untereinander sich rücksichtlich eines einheitlichen Rechtes vergleichen möchten. Weiters wurde betont, dass dieser Weg zwischen Genossen desselben Standes der entsprechendste sei, übri-

---

[23] Vgl. über Beispiele einer ähnlichen Auffassung in deutsch. Territorien Stobbe (l. c. I, 2. Abthl. S. 120, Note 24) und unten Abschnitt XI, Note 25. Sogar in den Ländern sächsischen Rechts begegnet man einer einseitigen, oft geradezu plumpen Verwerfung desselben in den Differentiae juris civilis et saxonici Dr. Fachsii (zuerst 1567) editio II, 1573, wo es pg. 77 heisst: quod licet careat ratione, ut pleraque alia in jure saxonico disposita und ähnlich äussert sich selbst Colerus in decis. 117, No. 10 (vgl. Schletter, die Constitut. Kurfürst August's von Sachsen, S. 30. N. 1). So sehr hatte sich im Verlaufe nicht ganz eines Jahrhunderts die ursprüngliche Auffassung rücksichtlich der umfassendsten Geltung des heimatlichen Rechts in dem Sachsenlande getrübt, die noch in der Oberhofgerichtsordnung Herzog Albrecht des Beherzten 1488 (Muther, Gewissensvertretung, S. 40) scharf praecisirt in den Worten zu Tage tritt: »Es sollen alle Sachen vor dem Gerichte nach sächsischen Rechten, wo das rechtlich und beständig ausgedrückt, vorsprochen werden; wo es aber unausgedrückt, und dunkel oder unvernehmlich wäre, soll es Erfüllung und Deutung nach gemeinen Rechten nehmen.« Das im Texte erwähnte Memoriale und dessen Begutachtung sind lediglich in einem MS. des böhm. Museums erhalten und bisher nur als Anhang der mehr citirten Schrift Haněls publicirt.

gens um so leichter betreten werden könne, als an der Durchberathung des vorgelegenen Entwurfes (wörtlich: bei der Correctur) bereits Vertreter der nach magdeburger Recht lebenden Städte Theil genommen hätten«. Dem gegenüber hoben die leitmeritzer Abgesandten in ihrer Erwiederung hervor, »dass sie zwar von den Vortheilen eines einheitlichen Rechtes, sowie von jenen eines übereinstimmenden Glaubens überzeugt seien[24]; dennoch aber mit Berücksichtigung ihrer geringen Zahl keine zustimmende Antwort zu ertheilen vermögen, insbesondere, da es sich nicht bloss um allgemeine Rechtsvorschriften, sondern auch um speciell bestätigte Privilegien ihrer Gemeinde handle[25], zu deren Abänderung vor Allen derjenige berufen sei, der sie ertheilte; um so minder könne also die in Prag weilende Minderzahl der Stadtvertretung Privilegien aufgeben. Abgesehen davon habe der Oberstburggraf im Landtage gestern selbst bemerkt, dass die Bürger magdeburger Rechtes nicht gezwungen seien, ihre Sonderrechte aufzugeben, ingleichen wie die Bürger anderen Rechtes nicht genöthigt würden, jenem sich anzuschliessen. Uebrigens mögen die zur Berathung des Entwurfes gewählten Personen durch die abgegebene Aeusserung nicht in ihrem Unternehmen beirrt werden, indem sicherlich — falls etwas Besseres dargeboten (wörtlich: gezeigt) werden würde — hiergegen von ihrer Seite kein Widerstand zu befürchten sei«. Schliesslich wurde unter Hervorhebung dessen, dass auch im Landtage nur die eben gedachte Erklärung abgegeben werden könne, beigefügt, dass gegen die Herausgabe des Stadtrechts-Codex (d. h. des Entwurfes im Druck) ihrerseits niemals Einsprache erhoben worden sei.

Der Landtagsbeschluss vom J. 1575 belehrt uns, dass die Leitmeritzer in der That auf diesem Standpunkte verharrten. Es wurde nämlich beschlossen, es einer S a c h v e r s t ä n d i g e n - E n q u ê t e, bestehend aus dem Appellationsgerichts-Präsidenten, je

---

[24] Hiermit wurde die auf jenem Landtage lebhaft discutirte und zum Abschlusse gebrachte Glaubensfrage, bezüglich deren Leitmeritz mit Prag völlig übereinstimmte, gestreift; vgl. Gindely, Gesch. der böhm. Brüder, Bd. II, S. 120, 121, 160 ff., 170, 183, 188.

[25] Offenbar wird hiermit angespielt auf das Wladislav'sche Privileg bezüglich der Gerade 1506 und jenes Karls IV. betreffs der Testamente 1372 vgl. cit. Extract. No. 9, 36.

einem kaiserlichen und einem Rathe dieses Tribunals und dem k. Procurator, zu überlassen, durch Erwägung der Differenzpunkte und durch Würdigung der vornehmlich geläuterten Vorschriften (vysvětlenější[26]) ein für beide Städtegruppen gemeinschaftliches Recht zu schaffen. Das bezügliche Operat sollte sodann der bereits vor sechs Jahren bestellten, doch unthätig gebliebenen und nunmehr durch partielle Neuwahl ergänzten Landtagscommission behufs Berichterstattung beim nächsten Zusammentritte der Landesvertretung unterbreitet werden. Doch weder das eine noch das andere erfolgte, weshalb der Landtag demnächst (1577) Beides urgiren musste. Auf diess hin mag die Enquête sich ihrer Aufgabe entledigt haben; wenigstens wird in der nächsten Session (1578) lediglich die Zusammenberufung der landtäglichen Commission erbeten, »zumal die Rechte bereits durchweg und vollständig in Eines gebracht vorliegen.« Ueber allfällige zwischen den Vertretern der beiden bisherigen Stadtrechte bestehende Differenzen sollte die Commission die Entscheidung des Landrechtes einholen. Dennoch scheinen auch jetzt neuerliche Schwierigkeiten aufgetaucht zu sein, da die Anhänger des prager Rechtes der langen Verschleppungen überdrüssig den Landtagsbeschluss erwirkten, den soweit gediehenen Entwurf »für Alle« durch den Druck publiciren zu dürfen, freilich mit der durch den Stand der Dinge gebotenen Beschränkung, die Stadtrechte seiner Zeit nach den definitiven Beschlüssen corrigirt neuerlich abdrucken zu lassen[27]. Hiermit war eine einheitliche Grundlage für die Rechtssprechung in der weitaus grössten Zahl der böhmischen Städte gewonnen worden, und hatten zugleich die auf Unification des Stadtrechtes in allen böhmischen Städten abzielenden Bestrebungen ihren vorläufigen Abschluss erreicht.

Ueber die innere Compilationsgeschichte mangelt es an Material zu einer eingehenderen Darstellung[28]. Ein inter-

[26] Man dürfte mit Recht diese Formulirung dem Einflusse der Prager am Landtage zuschreiben, da das oben besprochene Gutachten wiederholt die Bestimmungen des prager Rechts als die »geläuterteren«, und »klareren« rühmt (ad 5, 12, 26, 29, 40 etc.).

[27] Vgl. die einzelnen Landtagsbeschlüsse bei Jireček l. c. pg. 486—492.

[28] Gedenkt man Dr. Schletter's trefflicher Geschichte der gleichzeitigen interessanten Codificationsarbeiten, welche in dem benachbarten Sachsen der

essantes Denkmal der, der gedachten Publikation der Koldín'schen Stadtrechte vorausgehenden Berathungen und Revisionen des von den Pragern vorgelegten Entwurfes bietet ein MS. Codex des leitmeritzer städtischen Archivs. Derselbe enthält auf 321 Folien im Wesentlichen unter den gleichen Titeln, wie die später promulgirten Stadtrechte, obwohl in ganz anderer Reihenfolge, die in diesen recipirten Bestimmungen. Die fast kalligraphische Aufzeichnung des Textes unter Anwendung grosser Fracturschrift und entsprechender Raumlassung zwischen den einzelnen Absätzen deutet an sich schon darauf hin, dass jenes MS. ein Redactionsexemplar des Stadtrechts-Entwurfes beinhaltet[29]. Zur Evidenz ergibt sich diess aber aus dem Umstande, dass eine zweite Hand von Absatz zu Absatz am Rande und innerhalb des zwischen den einzelnen Bestimmungen freigebliebenen Raumes Ergänzungen und Abänderungen des Original-Textes hinzufügte, die in dem 1579 publicirten Gesetzestexte aufgenommen erscheinen, während einzelne Sätze und Absätze des ursprünglichen Entwurfes heute in dem gesetzlichen Tenor vergeblich gesucht werden[30]. Bemerkenswerth ist, dass die erwähnten Zusätze an mehreren Stellen den Text des Entwurfes

---

Promulgirung der Constitution August's vom Jahre 1572 zur Grundlage dienten und wirft man einen Blick auf das in jenem Werke angehäufte Materiale, so muss man es doppelt bedauern, dass die Ungunst der Zeiten so wenigen Stoff aufsparte, aus welchem ein Gesetzeswerk entstand, das als ein Compromis dreier Rechtsströmungen — der deutschen, slavischen und römisch-canonischen — erachtet werden muss. Die Hoffnung, eine so empfindliche Lücke der heimathlichen Rechtsgeschichte jemals ausfüllen zu können, muss fast aufgegeben werden, da die ältere Registratur des Ausbeute in Aussicht stellenden prager Stadtarchivs in den 30iger Jahren in die Stampfe wanderte.

[29] Aus dieser äusseren Beschaffenheit des Codex scheint die Unrichtigkeit der Ansicht Lippert's (in den Mittheil. des Vereins für Gesch. d. Deutsch. in Böhm. VI, pg. 172) zu folgen, welcher in demselben eine zu Privatzwecken angefertigte Abschrift der prager Stadtrechte sehen will, die angeblich noch durch Noten ergänzt als Grundlage für erklärende Vorträge dienen sollte.

[30] Angenommene stilistische und meritale Amendements enthalten z. B. A. 51 § 2, A. 52 § 1 u. 2, A. 54, B. 12 § 5, B. 43 § 2, C. 19, C. 55, C. 58, D. 2 § 2, D. 35 § 2, E. 51 § 1, F. 1 § 4, F. 10 § 1, G. 19, I. 31, I. 33, K. 39 § 7 der Koldín'schen Edition 1579. Dagegen fehlt im Gesetze z. B. der von dem juramentum calumniae handelnde Schlussabsatz B. 58 (fol. 23), vielleicht deshalb, weil hierüber schon A. 54 § 2 handelt, und der über Disciplinarstrafen verfügende, den Art. B. 59 abschliessende Passus des Entwurfes (fol. 23 p. v.), ingleichen die am Schlusse des Absatzes B. 11 über actiones in rem und in personam ursprünglich gestandene Verweisung: »und wer hierüber mehreres wissen und kennen will, lese die Lehrer der kaiserlichen Rechte: de actionibus.«

eminent im Sinne des gemeinen Rechtes emendiren[31]. Beachtung verdient ferner, dass die Titelfolge des ursprünglichen Textes des MS. zumeist keineswegs der schliesslich im Gesetze festgehaltenen Ordnung entspricht, dagegen an zahlreichen Stellen des Codex Notizen vorkommen, welche geradezu schon die heute vorliegende Aufeinanderfolge — offenbar für den Copisten — verfügen. Hierbei tritt die Tendenz hervor, gegenüber der Systematik des Entwurfes sich in gewissen Punkten mehr an das Pandectensystem anzuschliessen[32].

---

[31] Fol. 176 Art. J. 33 der promulgirten Stadtrechte wird bei Besprechung des vom Gerichte erkannten Eides ausdrücklich die Erwähnung des juramentum suppletorium und purificatorium eingefügt; oder fol. 82 Art. E. 51, wo von der Zulässigkeit der Begünstigung Eines von mehreren Descendenten seitens eines der beiden Eltern bei Ausmessung der Erbtheile gehandelt wird, beigefügt: »Die Kinder haben sich hierbei zu beruhigen sublata omni querela inofficiosi testamenti.«

[32] Insbesondere betreffs des materiellen Privatrechtes, während rücksichtlich des Civil-Processrechtes in der Hauptsache dieser Systematik zumeist gefolgt wird, gleichwohl aber in dem Pandectensysteme später behandelte Materien (de probationibus, testibus, sententiis, appellationibus) aus pragmatischen Gesichtspunkten sogleich herübergezogen werden und gerade in diesen Fällen die erwähnte Systematik verlassen erscheint. Zur Beleuchtung dessen mögen hier die Titelzahlen nach der officiellen Publikation 1579, beziehungsweise der jüngsten Ausgabe von J. Jireček 1876 mit latein. Ziffern und in der Klammer die Titelzahl des besprochenen Entwurfes mit arabischen Ziffern angeführt werden; obwohl die Gesammtzahl der Titel in Beiden die gleiche ist, finden sich im Einzelnen Abweichungen, wie das folgende zeigt: de justitia et jure I (1), de officio judicum II (10), de jurisdictione ordinaria III (11), de actore et reo IV (2), V (3 de actionibus und 4 de responsionibus et exceptionibus), de actionibus, quae pro irritis habentur VI (18), de feriis VII (5), de procuratoribus causarum VIII (6), de probationibus IX (7), de testibus, et testimoniis X (8), de impugnatione testium XI (9) de sententiis XII (19), de appellationibus et provocationibus XIII (37), de praestandis et solvendis litis expensis vel sumptibus XIV (54), de executione rei judicatae XV (20), de transactionibus, item de receptis arbitris XVI (55); de sponsaliis, dote, donatione propter nuptias, quae antipherna vocatur, de conventionibus dotalibus, de donationibus inter conjuges etc. XVII (17), de tutela, tutoribus et curatoribus pupillorum XVIII (21); de ephebis XIX (22), de testamentis et ultimis voluntatibus XX (12); de impetitione seu impugnatione testamentorum XXI (13); de legatis et legatariis XXII (14); de fideicommissis hereditariis XXIII (15); de successione ab intestato XXIV (16), de hereditatibus et de praescriptionibus XXV (30); de communi dividundo, seu divisione hereditatum XXVI (23), de missione in bona debitorum XXVII (28), de condictione bonorum (von Kummer und Zuspruch auf der Leute Güter) XXVIII (35); de venditionibus et emptionibus, item de evictionibus et quaedam de jure praelationis XXIX (29); de pignore et hypotheca XXX (24), de commodato et mutuo XXXI (25); de deposito XXXII (26), de vadimonio sive de fidejussoria obligatione XXXIII (27), de stipulationibus XXXIV (38), de jurejurando XXXV (31), de obligatione honoris et fidei (Verstrickung bei Trewen und Ehren) XXXVI (32), de securitatis promissione et de fide publica servanda XXXVII (40), de societate XXXVIII (33), de mandato XXXIX (34), de locatione et conductione

Rücksichtlich der Zeit, in welche diese Revision und Amendirung fällt, lässt sich mit ziemlicher Sicherheit das Jahr 1575 ansetzen[33]. Damit stimmt auch überein, dass in dem Texte des Entwurfes einzelne Stellen fehlen, welche — im Gesetze enthalten — die Concordanz des Stadtrechtes mit der Landesordnung als dem Adelsrechte bezwecken, und zumeist der letzteren entstammend wahrscheinlich von der Sachverständigen-Enquête eingefügt wurden[34], sowie dass bei den oben berührten Verhandlungen der Städte am prager Rathhause von der Betheiligung leitmeritzer Delegaten an der Revision des Koldín'schen Entwurfes Meldung geschah (1575) und endlich der Landtagsbeschluss vom J. 1577 geradezu von »bereits corrigirten Stadtrechten« spricht, die obwaltender Differenzpunkte wegen zur endgültigen »Vereinigung« (oder Uebereinstimmung) »gebracht« werden sollen.

Vergleicht man die Amendements des leitmeritzer Codex mit dem Gesetzestexte, so zeigt es sich, dass die Auffassung des Antragstellers, abgesehen von nicht unbedeutenden Details in dem

XL (39), de aedificatione XLI (49); de servitutibus XLII (50), de aqua pluvia XLIII (51); de emphyteusi etc. XLIV (52), de telonio XLV (53), de arrestatione XLVI (36); de poenis propter publica crimina vel delicta XLVII (44), de invasione aedium seu vi privata XLVIII (48 und de vi privata 57), de incendiariis, de spontaneo, vel fortuito incendio et de restringendo eodem XLIX (45), de furto L (46), de criminibus extraordinariis LI, vom Hochmuth LII (Frevel) (diese beiden Capitel bilden im Entwurfe ohne selbständige Abtheilung mit cap. L das cap. 46), de poena calumniosae citationis LIII (47), de convicio et contumelia LIV (41), de injuria LV (42), de famosis libellis LVI (43), de lege aquilia, de damnis injuria vel culpa datis et actionibus noxalibus LVII (56), de quaestionibus et tormentis LVIII (58). Das gesammte Material ist also im Gesetze nach denselben Gruppen gegliedert, wie in den Constitutionen August's von Sachsen 1572, nämlich judicialia (tit. I—XVI); de contractibus vel quasi (tit. XVII—XXVIII), de successionibus et ultimis voluntatibus (tit. XXIX—XLVI), criminalia (tit. XLVII—LVIII, deren letzter den Strafprocess enthält), wenn auch in dem sächs. Gesetze die 3. der 2. dieser Gruppen vorangeht (vgl. Schletter l. c. S. 82) und die Einreihung des Materials im Detail dem Charakter jener Constitutionen entsprechend (l. c. S. 31) selbstverständlich ganz von einander abweicht.

[33] Denn fol. 12 wird der Antrag auf Einreihung des nunmehrigen 6. Titels (im Entwurfe als 18. auf fol. 104) gestellt und erst später der im Gesetze als B 13 erscheinende Zusatz mit ausdrücklicher Bemerkung seiner Quelle, nämlich des Landtagsbeschlusses vom J. 1575, eingepfercht. Ausserdem wird bei der Verfügung C 35 (fol. 93 p. v.) eines Landtagsbeschlusses vom J. 1576 und an anderer Stelle (G 20 fol. 150) eines solchen über Wucher an Capital aus dem J. 1575 gedacht.

[34] Z. B. A 47, B 35, B 48, B 51, C 3, welche aus analogen Bestimmungen der L.-O. vom J. 1564 geschöpft sind.

wichtigsten Punkte nicht ohne Einfluss auf die schliessliche gesetzliche Norm blieb, nämlich in der Anerkennung der Geltung des Gewohnheitsrechtes praeter legem (A. 3 § 2). Zur Bestimmung der Persönlichkeit des Urhebers jener Amendements fehlt jeder nähere Anhaltspunkt. Jedenfalls zählte er zu den tüchtigsten Köpfen seiner Vaterstadt [35].

In weit höherem Maasse musste aber der spätere Verfasser einer das beschriebene Redactionsexemplar überschwemmenden Randglosse mit dem Rechte, speciell auch mit dem gemeinen Rechte, vertraut sein, zugleich sich aber durch klassische Bildung auszeichnen. Es ergibt sich diess aus seiner knappen Darstellung der das Material der einzelnen Titel des revidirten Entwurfes regelnden gemeinrechtlichen Vorschriften, die sich in margine des Entwurfes an dessen Titelfolge anschliesst und nicht selten aus einer Verwebung wörtlicher Quellenexcerpte besteht, ingleichen unzählige Allegate aus den Rechtssammlungen bietet. Daneben findet jedoch stellenweise auch das sächsische Recht (fol. 8, p. v. 96, 97, 270 u. p. v.) sowie die Constitutio Criminalis Carolina (fol. 241) und die heimathliche Legislation, speciell auch die Landesordnung (fol. 7, 8) Beachtung. Als Kenner des römischen Rechtes bewährt sich der Verfasser dieser Glosse durch Erwähnung einzelner S. C., leges, edicta und authenticae, sowie der Aussprüche römischer Juristen [36]. Die dispositiones juris communis betrachtet er als von entscheidendem Gewichte (fol. 95, 270, 277) und beruft sich auf Classiker, falls sie ihm für die Behandlung einer Rechtsfrage Ausbeute gewähren [37]. Seine Vertrautheit mit der gemeinrecht-

[35] Nach den obigen Ausführungen über die Entstehungszeit der Amendements ist es ausgeschlossen, an den bereits genannten Nicolaus Mitas Austinus zu denken, da derselbe im October 1574 verstarb (Památky archeol. 1860 S. 127). Unter dem »Rechtsprocess«, den er nach Angaben des Leitmeritzer Memorabilienbuches verfasst haben soll, dürfte wahrscheinlich die Denkschrift zu verstehen sein, die seine Mitbürger behufs Erhaltung ihres Sonderrechtes K. Maximilian II. 1571 überreichten.

[36] Derartige Citate kommen vor fol. 125 S. C. Macedonianum, fol. 220 lex julia majestatis, Cornelia de siccariis, fol. 221 p. v. lex julia de adulteriis, fol. 241 lex Cornelia de falsis, fol. 317 lex regia, fol. 208 edictum divi Hadriani, fol. 96 authentica ohne nähere Angabe, fol. 274 p. v. Habita, fol. 320 Bona damnatorum. Von Classikern wird citirt gleich im Eingange das Wort des Pomponius l. 20 D. 40, 5, sodann wiederholt Ulpian, Sextus etc.

[37] Z. B. Livius u. Aulus Gellius fol. 132 p. v., Cicero fol. 153, Marc. Antoninus philos. fol. 216 p. v.

lichen Doctrin erhärten Citate aus den Schriften des Archidiaconus (fol. 205), Fulgosius (fol. 217), des grossen Speculator (fol. 4 p. v.) und Joannes Schneidewinus, des juristischen Rectors der Wittenberger Hochschule im J. 1553 (Förstemann, album acad. Wittenb. pg. 285 [38]).

Wie über das umfassende Wissen legen mehre Stellen seiner Ausführungen auch über die religiöse Parteistellung des Verfassers insofern Zeugniss ab [39], dass aus denselben zweifellos gefolgert werden kann, er sei nicht Katholik gewesen.

Nähere Beziehungen, welche über die Person des Glossators Aufschluss geben könnten, gehen ab, weshalb die auf Handschriftenvergleichung basirende Behauptung Lippert's über die Autorschaft des gelehrten leitmeritzer Stadtschreibers mag. Paul Stránský — nachmaligen Exulanten und Verfassers der datenreichen, wenn auch parteiisch gefärbten, respublica bojema (Elzewir 1634) — als richtig angenommen werden kann [40]. Seine Vertrautheit mit dem gemeinen Rechte bethätigte Stránský nicht nur in Citirung gemeinrechtlicher Processualisten in dem gedachten Werke (c. 17 § 2 Note s der II. Ausgabe), sondern auch als Rechtsfreund in noch vorliegenden Acten mehrer Besitzstörungs-

---

[38] An einzelnen Stellen wird sich auch auf die Bibel fol. 222, 309 und die Kirchenväter berufen fol. 97 p. v., weiters in eherechtlichen Fragen irgend welche adnotationes in leviticum des reformirten Theologen und Prof. zu Rostock David Chytraeus citirt (fol. 121, 92 p. v.), sowie angebliche Ausführungen Ludwig's des Heiligen zu den Psalmen David's genannt fol. 219.

[39] Die Aufstellung des Ehehindernisses der cognatio spiritualis wird auf finanzielle Motive der röm. Curie zurückgeführt (fol. 92); die Auffassung der vetus ecclesia und der Kirchenväter über Scheidung, sowie diesfällige durch die Bibel (Matth. cap. 29) erhärtete Thatsachen als im Widerstreit mit päpstlichen Entscheidungen dieser Frage befindlich hingestellt (fol. 97 p. v.) und sogar direct erklärt (fol. 222), der Papst habe »sententiam Pauli corrumpirt«.

[40] Lippert, VI. Jahrgang der cit. Mittheil. pg. 172 und dessen Gesch. der Stadt Leitmeritz pg. 440. Wie bereits im Texte erwähnt, kann der Glossator nicht mit dem Urheber der Amendements und Textstreichungen für identisch gehalten werden. Gegen die Identität beider streitet der trotz Aehnlichkeit im Einzelnen verschiedene Character und das verschiedene Alter der Schriftzüge, sodann der Umstand, dass Stránský, geb. 1583, erst 1607 das magisterium artium erwarb, 1609 nach Leitmeritz kam (N. Sl. VIII. 1049), sonach an der 1579 formell abgeschlossenen Codification keinen Antheil nehmen konnte. Uebrigens ist nicht zu bezweifeln, dass Stránský in seiner respubl. boj. cap. 12 § 3 u. 4 (II. edit. 1643), wo er von den Stadtrechten Böhmens mit specieller Hervorhebung von Leitmeritz handelt, von seiner Mitwirkung an den legislativen Arbeiten Mittheilung gemacht und nicht umgekehrt Unkenntniss des Details der bezüglichen Vorgänge vorgeschützt hätte.

stritte, worin er ausschliesslich mit römischen Rechtsgrundsätzen und Citaten operirte[41].

Ueber die Tragweite des die Drucklegung der Stadtrechte genehmigenden Landtagsbeschlusses 1579 erhoben sich bald Zweifel, augenscheinlich genährt von den Anhängern magdeburger Rechtes, die noch 1601 durch den Mund der leitmeritzer Schöffen constatiren liessen, dass das »gedruckte prager Recht« keineswegs allgemein verbindliche Kraft besitze (Památky archeol. 1860 S. 129). Richtig war diese Behauptung nur betreffs der wenigen ehemals diesen Schöffenstuhl als Oberhof achtenden Städte[42], unrichtig jedoch bezüglich der übrigen, die eminente Mehrheit bildenden Municipien Böhmens. Solche Vorgänge veranlassten wohl den prager Stadtrath, in feierlicher Audienz bei Kaiser Rudolf II. schon im J. 1579 die kaiserliche Zusicherung einzuholen, dass »das gedruckte Stadtrecht seiner Gunst empfohlen bleibe und der Kaiser seine schützende Hand darobhalten wolle, so dass demselben gemäss den Parteien Recht gesprochen werden solle«. Des königlichen Schutzes so versichert erwarb Prag noch durch eine gleich Anfangs des J. 1580 an das Appellationsgericht entsendete Deputation dort die Zusage, dass »bei diesem Tribunal die in Gemässheit jenes Rechtes geschöpften Urtheile stets der Bestätigung theilhaftig werden würden«[43]. Der Kaiser in eigener Person und das höchste Gericht des Bürgerstandes durch den Mund des in Bologna graduirten Appellations-Rathes JUDr. Gabriel Swěchin von Paumberg[44] waren entschieden

[41] Lippert cit. Gesch. Leitm. pg. 440.

[42] Als solche nennt Fabricius von Zlicko 1536 in seinem Prager Recht praef., dann der Landtagsschluss vom J. 1569 endlich Stránský l. c. edit. II. cap. 12, § 3, cap. 16, § 9 lediglich Laun, Schlan, Aussig, Nimburg.

[43] Vgl. die Dedicationszuschrift Koldín's zu seiner summa des Stadtrechtes anno 1581 und 1582; Jireček l. c. pg. 482 ff.

[44] Vgl. die Biographie dieses im heimischen und fremden Rechte wohlbewanderten Mannes in der Ztschft. des böhm. Mus. 1862 S. 259 ff. Die Anführung Balbin's im lib. curial. pg. 138 (auch in dem Excerpte bei Riegger: Mater. z. Statist. Böhm. 10. Heft, S. 58): hunc ob jurisprudentiam omittere nefas esse duxi; edidit illustria opera de jure nostro municipali (der auch Auersperg pg. 100 und Schmidt von Bergenhold S. 147 in ihrer Gesch. des böhm. Appell.-Gts. sowie Rybička in der cit. Mus.-Ztschft. pg. 261 folgen) scheint unrichtig zu sein, da derartige Schriften nirgend citirt werden und auch sonst nicht bekannt sind.

für die Vollgültigkeit des prager Rechts-Codex in solenner Weise eingetreten. Hiedurch wurde die Möglichkeit, den schwer errungenen Landtagsbeschluss vom J. 1579 durch Missdeutung seiner Wirkung zu berauben, für alle Zukunft beseitigt. Ein gewichtiges Zeugniss dafür, dass dieser Landtagsbeschluss zweifellos die Einführung des prager Codex in die Gerichtsstuben der Mehrheit böhmischer Städte bezweckte, liefert das bereits erwähnte Gutachten des Bergschöffenstuhles zu Kuttenberg über den Entwurf einer Bergwerksordnung vom J. 1580, in welchem (ad cap. 35 über Ladung) hervorgehoben wird: »Da schon die Stadtrechte und die Landesordnung erlassen wurden und bei allen ordentlichen Gerichten in Uebung stehen und als Norm gelten, dürfen sie daher auch beim Berggerichte in den das Gerichtsverfahren betreffenden Angelegenheiten nicht verschmäht bleiben, vielmehr soll denselben gemäss sowohl bei Zeugenschaften als auch bei Vorladungen, Klagsanbringung, Klagsbeantwortung und anderen Sachen verfahren werden; wenn in solcher Weise bei allen Gerichten ein einziger Process beobachtet werden wird, werden die Leute sich hierbei zu benehmen und für ihre Gerechtsamen einzutreten wissen«. Ingleichen werden an verschiedenen Stellen des Gutachtens Bestimmungen der Stadtrechte insbesondere über processuale Fragen citirt (MS. Kuttbg. Arch. No. 4).

Als unterstützender Beleg möge endlich bemerkt werden, dass die von dem kgl. Stadtrichter zu Kuttenberg Andreas Dačický von Heslov und seinem Sohne geführten gleichzeitigen Familien-Memoiren (MS.) zum J. 1579 auch berichten, dass »die Stadtrechte erneuert (reformirt), verbessert (corrigirt) wurden und im Druck ausgegangen sind, da die alten Rechte sehr dunkel und unzureichend waren und daher verlassen werden mussten (Mus. č. časop. 1828, II. Heft, S. 84).

Bei Anbetracht dieser Sachlage konnte das Unterliegen des leitmeritzer Sonderrechtes nicht lange ausbleiben. Schon im J. 1610 erklärten in der That die Vertreter desselben im Landtage [45], dem prager Stadtrechte sich unterordnen

[45] Trotz dieser feierlichen Entsagung war die Uebung mächtiger als der so erklärte Wille; noch im J. 1626 finden sich Cassationen einzelner Processe

zu wollen (Landtags-Beschluss 1609/10 pag. 47), wodurch die Geltung des letzteren über das ganze Königreich erstreckt wurde.

Etwas mehr als ein halbes Saeculum sollte verfliessen, ehe das böhmische Stadtrecht auch in allen Städten Mährens Geltung fand. Es geschah diess ursprünglich nur provisorisch und subsidiär gemäss der kais. Resolution vom 30. Mai 1680, sodann ausschliesslich und definitiv laut k. Rescriptes vom 7. Juni 1697 über die von einem Advocaten erfolgte Anregung und nach Abforderung eines »gutächtlichen Berichtes« 1687 von den mährischen Städten[46]. Seit jener Zeit behielt dasselbe für die Rechtsbeziehungen des Bürgerstandes allgemeine, unangefochtene Geltung, und die mährische Processordnung vom 28. Juli 1760 art. 20 wies die bürgerlichen Instanzen neuerlich an, sich nach den böhmischen Stadtrechten zu benehmen.

Durch weitere k. Verordnungen vom J. 1717 und 1734 wurde deren Wirksamkeit endlich auch auf die Städte Schlesiens ausgedehnt, nachdem schon 1598 ihre Einführung beim Teschner Stadtrathe erfolgt war[47]. Hiermit war aber das gemeine Processrecht in den Gerichten der regsamsten Volksschichte der böhmischen Ländergruppe, somit eines weiten Territoriums, zum Siege gelangt.

Nicht genug daran, fanden die böhmischen Stadtrechte kurz vor ihrer Aufhebung auch für den Bauerstand Mährens und Schlesiens zufolge H. D. v. 7. Juni 1784 No. 302 JGS.

---

der Gemeinde Leitmeritz vor dem k. Kammergerichte aus dem Grunde, weil sich in denselben auf sächsisches Recht gestützt worden war (vgl. Lippert, Gesch. Leitm. S. 440).

[46] Die beiden Rescripte sind abgedruckt bei Hanĕl l. c. im Anhange; vgl. auch Monse: Munic.-Rt. Brünns S. 119 und D'Elvert, Beitr. z. Gesch. der kgl. Städte Mährens I. Bd. S. 539. In dem Rescripte vom J. 1697 wird als Motiv für die Einführung des böhm. Stadtrechtes die Erfahrung hervorgehoben: »wie die Administration der bürgerlichen Justiz wegen allzu grosser Ungleichheit der Municipalrechte, indem die streitenden Parteien kein verlässliches Recht oder Gesetz zu vertheidigen hätten, sondern nach Willkür des Richters bald nach dem eigenen Stadt-Municipali-, bald nach denen gemeinen Rechten oder der Landesordnung, bald wiederum nach denen pragerischen Stadt- oder wohl gar nach denen ausländischen magdeburgischen Rechten und eingeschlichenen Gewohnheiten sich entscheiden lassen, mithin zum Oefteren cum justa causa succumbiren müssten, sehr schwer fiele«.

[47] Keffenbrinck: meditationes ad statutum pragense 1760 pg. 2 ff., welcher die Detailnachweise enthält; Stobbe, deutsche Rechtsquell. I, 2. Abthl. S. 408, Anm. 17; Hormayr's Archiv vom J. 1827, S. 240.

gesetzliche Geltung offenbar deshalb, weil sie zum Theile Bestimmungen für die Unterthanen enthielten (E. 2, § 4) und andererseits sich die Bauern nicht an die durch die mährische Landes-Ordnung 1628 (fol. 38 p. v.) in Geltung belassenen bäuerlichen Gewohnheitsrechte (»Beredungen«) hielten (D'Elvert l. c. S. 541).

IX.

Umfang der Reception des gemeinrechtlichen Verfahrens in den Stadtgerichten.

Es dürfte nicht unpassend erscheinen, an dem durch den endlichen Abschluss der Codification gebotenen natürlichen Ruhepunkte einen Blick auf die Leistungen der Theorie zu werfen, insofern dieselben an die abgeschlossene Codification anknüpfen und sodann im Allgemeinen den Umfang der hierdurch vollzogenen Reception des gemeinrechtlichen Verfahrens zu kennzeichen.

Um die Kenntniss des codificirten Stadtrechtes in möglichst weite Volkskreise zu tragen, verfasste der Codificator selbst, mag. Koldin, einen Auszug oder eine Summa aus demselben gleich nach dem Jahre 1579, die ihrer populären Fassung und klaren Verständlichkeit wegen sieben Auflagen und eine deutsche Uebersetzung erlebte (Jireček l. c. pg. IX). Alle lateinischen Parömien waren in diesem Auszuge entfallen und die einzelnen wesentlichen Rechtsbestimmungen zu prägnanten Sätzen unter Weglassung casuistischer Details formulirt.

Ingleichen hatte die Doctrin nicht gezögert, sich des neuen legislativen Materials zu bemächtigen. Der Rathsschreiber und nachmalige Bürgermeister der Neustadt Prags (1594) Veit Ophthalmius von Oskořin[1], ein an der Wiener Hochschule geschulter Jurist, beeilte sich, eine wissenschaftliche Darstellung der das gerichtliche Verfahren betreffenden Vorschriften des neuen Gesetzes als: processus juris munici-

[1] Dessen Biographie vgl. in der Ztschft. des böhm. Mus. 1863 S. 313 ff.

palis pragensis cum jure provinciali et civili romano collatus (Pragae 1585; dann 2. Auflage Jenae 1608) in Angriff zu nehmen, welche bald auch in einer böhmischen Uebersetzung des jungbunzlauer Stadtschreibers und späteren Primators mag. Kezelius[2] 1605 handschriftlich cursirte. Die erwähnte Bearbeitung legt Zeugniss ab von der Rechts- und Literaturkenntniss des Verfassers; sie bietet einen klaren unter Festhaltung der damals üblichen Methode angeordneten Grundriss des stadtrechtlichen Processverfahrens, woran sich in einer zweiten Abtheilung Bemerkungen über die materiellrechtlichen Bestimmungen des jus municipale anschliessen. Uebersichtlichkeit des behandelten Stoffes und Fernhalten schwülstiger Sprachweise sind anzuerkennende Vorzüge dieser Arbeit. Nicht das gleiche Lob verdient die Art der Darstellung, denn die vier aristotelischen Ursachen oder die Untersuchung über die Form, den Stoff, den Urheber und den Zweck (causa formalis, materialis, efficiens, finalis) sind die leitenden Gesichtspunkte bei Vorführung des gesammten Materiales. Wahrscheinlich dienten die in Böhmen nicht unbekannten[3] Enarrationes in quatuor institutionum libros des Melchior Kling, juristischen Rectors zu Wittenberg 1539 und Beisitzers bei dem dortigen und Jenaer Hofgerichte (Stölzel, l. c. I. S. 105) diesfalls als Vorbild, insbesondere da sie mehrmals citirt werden. Im einzelnen vergleicht der Verfasser die processualen Vorschriften des Stadtrechtes mit den Anordnungen der römisch-canonischen Quellen und stellenweise auch mit sächsischem Rechte (Sachsenspiegel). Ausserdem benutzt er die Rechtsliteratur durch häufige Allegate aus den Schriften der Glossatoren juris utriusque insbesondere des Azo, Bartolus, Baldus, Cardinalis, Innocenz IV., Abbas antiquus, Joannes Andreae und Beibringung von Belegstellen aus Durandi speculum und den Arbeiten des Roffredus, Alexander ab Imola, Cynus, Panormitanus, Marantha. Selbst einzelne Bemerkungen aus den Abhandlungen des Cujacius und den practischen Arbeiten Myn-

---

[2] Vgl. Jireček rukověť č. lit. I. Thl. S. 341.

[3] Ueber dieselben vgl. Muther, aus dem Univ.- u. Gelehrt.-Leben im Reform.-Zeitalter S. 314, Note 115. Den Beleg für die Verbreitung derselben in Böhmen siehe unten Abschnitt XI, Text zu Note 31.

singer's finden sich verwerthet. Auch Spuren der Studien des Verfassers im Gebiete der practischen Processliteratur lassen sich nachweisen, wie z. B. aus einer Vergleichung seiner epist. dedic. pg. 2 mit der Widmungszuschrift pg. 1 hervorgeht, mit welcher Petrus Termineus seinen processus juris scripti et consuetudinis frequentioris per Germaniam etc. (Coloniae 1576) versah.

An der einstigen Heimstätte der Rechtswissenschaft, an der prager Hochschule, war kein Raum für die Pflege des Rechtes überhaupt und des Stadtrechtes insbesondere seit die Hussitenstürme die Juristenfacultät zersprengt hatten (1419)[4]. Obwohl tüchtige Juristen, wie z. B. Paul Christian von Koldín selbst (1558—62), an ihr thätig waren, lasen sie doch nur stets über lateinische oder griechische Classiker, ohne jemals als Lehrer ihres Berufsfaches aufzutreten (Tomek, Gesch. d. Univ. pg. 193). Als nach Ertheilung des Rudolfinischen Majestätsbriefes (1609) die Religionsfrage im Sinne der akatholischen Stände gelöst worden war, wurde die schon im J. 1546 in Aussicht genommene Reform der Universität endlich durch Neuerrichtung der Juristenfacultät abgeschlossen (1610). Der Passauer Einfall (1611) verschob die Realisirung des Beschlusses um ein Jahr; denn erst im Februar 1612 begann Johann Math. a Sudetis, ein an deutschen Universitäten (zu Marburg, Helmstadt, Strassburg, Ingolstadt, Heidelberg und Altdorf zwischen 1593—1603)[5] gebildeter Jurist, über die Institutionen mit Berücksichtigung des kirchlichen Eherechtes zu lesen und eröffnete auch Simeon Skala von Kolinec Vorlesungen über das böhmische Stadtrecht, die er zuvor schon im Universitäts-Lections-Programm 1610 angekündigt hatte[6]. Mit dem Austritte des Ersteren und Skala's

[4] Den besten Beweis hierfür gewähren die Eingangsworte der Rede, mit welcher am 2. Februar 1612 Joh. Mathias a Sudetis die Vorlesungen über die Institutionen eröffnete, nämlich: annus agitur ducentesimus tertius, ex quo professio legum in hac nostra academia eandem vicessitudinem, quam olim in Italia experta est; ad sexcentos enim pene annos in Italia quasi in tenebris delituit et post Justinianum cessavit etc. (vgl. die gedachte oratio edit. Pragae typis Hanussii).

[5] In Helmstadt studirte er unter Joh. Borcholten; vgl. die disputatio de feudorum origine, authoritate, usu etc. proposita a Joh. Math. a Sudetis 1613.

[6] Acta lit. Boh. et Mor. I. pg. 59; Tomek l. c. S. 220, 225; Sl. Nauč. 8. Bd. S. 1108; Balbin boëm. docta II. pg. 329, Anm. 324.

Tod verwaiste die Juristenfacultät in kurzer Frist (1617), um erst unter vom Grunde aus geänderten politischen Verhältnissen neuerlich ihre Vertreter zu finden. Nach der Weissenberger Schlacht (1620) wurde nämlich die Vereinigung der alten Carolinischen Stiftung mit der vor mehreren Decennien entstandenen von Jesuiten geleiteten Clementinischen Academie durchgeführt. Hierbei proponirte der kaiserliche Statthalter Fürst Lichtenstein in einem dem Kaiser im August 1622 überreichten Gutachten, dass an der Juristenfacultät dieser vereinigten Bildungsstätten neben dem römischen und Kirchenrechte (sacri canones, digesta, codex, novellae, institutiones) auch das Stadtrecht als Lehrgegenstand aufgenommen werden solle[7]. Obwohl aber der erstattete Antrag laut kaiserl. Rescriptes vom 9. September 1622 (Mus.-Ztschft. 1827, Juliheft pg. 21, Septemberheft pg. 21) vollinhaltlich genehmigt wurde, scheint die Lehrkanzel für das jus municipale gar nicht oder nicht für lange ins Leben getreten zu sein (Tomek l. c. pg. 294). Denn ein im J. 1755 an den kais. Hof erstattetes Gutachten (Copie im Landesarchiv) über die Verbesserung aller Verhältnisse im Lande klagt, wie folgt: »quod vero attinet ad facultatem juridicam, wird diese eingetheilt in doctrinam sacr. canonum, codicis, pandectarum et institutionum. Wo bleibt denn das jus patrium, naturae et gentium, publicum und dessen Mutter, die Historie? auch criminale und cynosura appellationum, so erst von dem Rathe per praxim in consilio erlernt werden müssen? Daher wären auch diese annoch abgängige Lehrer beizuschaffen«[8]. —

---

[7] An der nachbarlichen wiener Universität war dem heimathlichen Rechte gleichfalls keine Stätte bereitet. Man lehrte dort nur das jus caesareum et pontificium; insbesondere sollte seit der Reform Ferdinand's I. 1554 das römische Recht durch je einen Professor institutionum, codicis et pandectarum vertreten sein. Gelesen wurde dort damals in der gleichen Weise, wie in Padua und Bologna. Die Rechtsfacultät spaltete sich nicht viel später in zwei feindliche Parteien; die Vertreter des canon. Rechtes betrachteten nämlich die leges als blossen Luxus, während umgekehrt die Anhänger des römischen Rechtes, der humanistischen Richtung günstig gesinnt, die Decretalisten an die theologische Facultät verwiesen sehen wollten (Aschbach, Gesch. d. wien. Univ. II. S. 102).

[8] Es herrschten in Böhmen ähnliche Zustände, wie jene, über welche ein Facultätsgutachten der wiener Universität 1632 Klage geführt und hervorgehoben hatte, dass die Studirenden nach absolvirtem Rechtsstudium »die Landesgebräuche so wenig verstehen, dass sie in desperationem gerathen, und

Die von Koldín codificirten Stadtrechte beschränkten sich rücksichtlich des gerichtlichen Verfahrens nicht darauf, die bisher in der Brünner Sammlung und in der Arbeit des Brikcius von Zlicko recipirten Grundsätze in Fragen des materiellen Processrechtes aufrecht zu erhalten, sondern sie nahmen die Principien des fremden Rechtes selbst insoweit an, als dieselben das formelle Processrecht betrafen. Die Litiscontestation wurde zum Schwerpunkte des ganzen Verfahrens erhoben (A. 45 § 5; 48; 54; B. 42), sowie sie im canonischen Verfahren die Caesur bildete. Das dem alten deutschen Verfahren entlehnte Beweisprincip von dem Nähersein des Beklagten zum Beweise der Nichtschuld, als des Klägers zu jenem der Schuld, an welchem das Brünner Sammelwerk No. 2, 4 und Brikcius von Zlicko Arbeit cap. I. § 2. § 4 festgehalten hatte, wurde verlassen und durch die Beweisregel ersetzt: actore non probante reus absolvitur (B. 37 § 2). Das Urtheilsschelten oder sg. arguere sententiam a juratis latam (Maurer, Städteverfassung III, 787; Brünner manip. juris cap. 68 Absatz 2) verschwand vollständig, trotzdem es noch bei Brikcius von Zlicko, cap. IV, § 2 unverändert bestand, und wurde ersetzt durch die Appellation (C. 4 u. ff.). Allmälig hatte sich der Uebergang des alten Urtheilsscheltens in die dem heimischen Rechte fremde Appellation vollzogen; schon im Brünner manip. juris cap. cit. wurde betont: non oportet, sicut mala consuetudo multorum habet locorum, quod appellans fixus stet, nec pedem de loco moveat, nisi prius a sententia lata appellet. In des Brikcius Stadtrechten 1536 cap. cit. wird dagegen bereits jene Auffassung nur mehr als etwas hingestellt, »was einige vordem wollten« und die Zulässigkeit einer Bedenkzeit unbedingt anerkannt. Koldíns' Codification (C. 4) endlich kennt lediglich die Appellation als Rechtsmittel im Sinne der canonistischen Auffassung C. II, qu. 6 cap. 3 und 10, sowie cap. 59 X 2, 28. Ueberraschend wird durch diesen Verlauf erhärtet, was Stölzel (gelehrt. Richterthum I, pag. 166) für Deutschland im Allgemeinen behauptete.

---

froh sein müssen, wenn sie bei den Doctoribus, bei welchen sie Schreiber gewesen, etwas weniges ergriffen haben« (Kink: Rechtslehre an der wiener Univ. pg. 32 ff.).

Die Reception des fremden Rechtes wurde durch die Stadtrechte 1579 für die Gerichte in den Städten vollends durchgeführt und abgeschlossen (A. 44 bis C. 14). Keinen Unterschied machte es hierbei, dass bei den Gerichten der prager Städte die Form der Protocollar-Verhandlung herrschte, während bei den übrigen städtischen Gerichten schriftliche Aufsätze überreicht wurden, welche das Streitmaterial enthielten, was man eigenthümlicher Weise »zur Feder reden« nannte (A. 45 § 3, 4)[9]. Die Grundlage der Entscheidung bildete in beiden Fällen lediglich das in den Gerichtsacten unter Festhaltung der Concentrationsmaxime angehäufte Streitmaterial (A. 39, C. 13).

Die letztere führt zu der nothwendigen Cumulirung aller dilatorischen Einwendungen vor der Litiscontestation (A. 45 § 4, B. 12 § 5), welche lediglich generell zu erfolgen hat (A. 45 § 4 in fine) in Consequenz des inartikulirten Klagslibells (A. 45 § 3). Nach der Streiteinlassung folgt der Termin zur Verhandlung der Streitsache in merito (A. 49 § 1) beziehungsweise zur Beweis- und Gegenbeweis-Production (A. 54, B. 42 § 1). Unzählige Parömien aus den Quellen im Urtexte und häufige wörtliche Anführungen von Quellenstellen in der Uebersetzung, sowie die Anordnung einzelner Kapitel im Geiste der für die Praxis schreibenden Canonisten legen ein unwiderlegliches Zeugniss ab von der eingehenden Berücksichtigung des gemeinen Rechtes bei den Codifications-Arbeiten. Da eine genaue Nachweisung des hervorgehobenen Charakters des erwähnten Gesetzes den Rahmen dieser Darstellung überschreiten würde, muss sich mit der Erwähnung einiger Beispiele begnügt werden.

Wörtliche Anführungen von Parömien in der Sprache der

---

[9] Das älteste Appellationsurtheilsbuch 1548—1564 MS. (für den Königgrätzer, Jungbunzlauer und Pilsener Kreis) zeigt, dass protocollare und schriftliche Verhandlung promiscue nicht nur in den einzelnen Städten (schriftlich in Königstadtl, Weisswasser; mündlich in Nimburg, Jungbunzlau, Turnau), sondern auch in derselben Stadt vorkam, z. B. trotzdem in Nimburg die mündliche Verhandlung Regel war (1549 fol. A 11, 1550 fol. A 29) findet sich (1551 fol. B 2) dort auch schriftliches Verfahren. Ueberwiegend wurde jedoch in dem gedachten Zeitraume und Territorium mündlich verhandelt, wie aus den den Sachverhalt reproducirenden Entscheidungen der Stadtgerichte zu entnehmen ist.

Quellen oder wenigstens die Wiedergabe des Inhaltes von Quellenstellen in der Sprache des Gesetzes finden sich z. B. A. 41 § 3 (l. 20, D. 2, 1), A. 44 § 4 (l. 3, C. 3, 19; c. 5 X 2, 2), A. 45 § 5 (c. 3 in VI. 2, 14), A. 49 § 2 (l. 3 u. 9 C. 7, 43; l. 68 bis 70 D. 5, 1); B. 11 § 1, 2 (§ 1 Instit. 4, 6); B. 12 § 2 (l. 2 D. 44, 1) ebendort § 3 (l. 19 D. 22, 3; l. 1 C. 4, 19); § 4 (l. 1 D. 44 1), § 5 (c. 62 X 2, 28); B. 36 § 2 (l. 4, C. 6, 31; l. 25 § 2 D 9, 2); B. 37 § 1 (l. 2 D. 22, 3), ebendort § 2 (l. 4 C. 2, 1; c. 36 § 1 X 2, 24); B. 40 (nov. 73 c. 3), B. 42 § 1 (rubr. X 2, 6) § 4 (c. 5 X 2, 6); B. 46 (l. 3 § 3 D. 22, 5), B. 61 § 1 No. 1—3 (§ 6 Instit. 2, 10) insbesondere No. 3 (c. 10 X 5, 40), No. 4 (l. 6 D. 22, 5); No. 5 (Praxis ad c. 17 C. 33, qu. 5) No. 6 (l. 3 § 5 in fine D. 22, 5; c. 47 X 2, 20); No. 7 (l. 10 D. 22, 5; l. 1 § 11 D. 49, 4) No. 10 (nov. 90 c. 7) No. 11 (l. 9 D. 22, 5) No. 14 (§ 6 Instit. 2, 10) No. 15 (c. 14 C. 22 qu. 5), B. 64 (l. 195 D. 50, 17), B. 65 (l. 12 D. 22, 5) B. 67 (l. 9 § 1 C. 4, 20), B. 69 (c. 27 X 2, 20; c. 27 X 4, 1 ferner l. 2 § 8 D 39, 3) B. 79 (l. 6 C. 4, 19) B. 86 § 1 (l. 1 D. 42, 1), B. 87 § 1 (l. 61 princ. D. 5, 1; l. 18 D. 10, 3), B. 96 (l. 207 D. 50, 17) I. 31 (c. 2 X 2, 19) u. ff., endlich in C. 4 und 5 ein Nachklang von c. 61 § 2 X 2, 28. Belege dafür, dass dem Codificator das die Processentwicklung des Mittelalters beherrschende Werk des Wilhelm Durantis nicht unbekannt geblieben war, bieten sich gleichfalls; denn fast wörtlich übereinstimmend erscheinen A. 39 § 1 in fine und spec. I part. IV § 1 No. 67; B. 36 § 3 und spec. II part. II § 2 in princ., B. 42 § 1 und spec. I part. IV § 2, B. 65 und spec. I part. IV § 11 princ., B. 86 § 2, 3 und spec. II part. III § 2 No. 1, 3; ausserdem aber findet sich neben wörtlichen Reminiscenzen ein auffallender Anschluss an die Behandlungsweise und Reihenfolge des Materials, welche das speculum beliebte, z. B. in den Capiteln der Stadtrechte über Gerichtsferien (spec. II part. I § 1) und Zeugen (spec. I part. IV). Andere Spuren gemeinrechtlicher Doctrin zeigen z. B. B. 36, wo die Definition des Beweises im Einklang mit Azo's und Accursius' Glosse ad Cod. de prob. gegeben wird, B. 61 § 2, wo die Ausschliessungsgründe von der Zeugenschaft durch Allegirung des Gedächtnissverses der Glosse ad l. 3 D. 22, 5 und ad c. 2 X 2, 20 zusammengefasst erscheinen, und B. 37, welche

Stelle das Princip: judici fit probatio, aus den Bemerkungen des Cynus und Baldus ad l. un. C. 2, 11 schöpfte.

Ein solcher Umschwung der Rechtsanschauungen lässt es nicht auffallend erscheinen, dass die Praxis der städtischen Gerichte den gemeinrechtlichen Grundsätzen über Process zur unbestrittenen und zugleich (wie oben berührt) ausschliesslichen Geltung zu verhelfen sucht. Den sprechendsten Beweis hiefür bietet das erwähnte Gutachten der Kuttenberger Bergschöffen über den Entwurf einer Bergwerksordnung 1580, worin z. B. in dem Streben nach Fortbildung der stadtrechtlichen Vorschriften I. 31 ff. über Eide hervorgehoben wird, dass der Eid nur neben zwar vorhandenen, aber für sich unzureichenden Beweismitteln zulässig, jedoch bei Abgang jedes Beweismomentes für die relevante Behauptung ausgeschlossen sei; ähnlich auch, dass eines Zeugen Wissenschaft nach weltlichem und geistlichem Rechte nicht zum Beweise genüge und Aehnliches mehr.

Die in den Stadtrechten zur unbedingten Herrschaft gelangte Schriftlichkeit hatte sich unter der Einwirkung der obwaltenden Verhältnisse naturgemäss auf heimischem Boden entwickelt. In der Natur der Sache war das frühzeitig hervortretende Streben begründet, die wichtigeren Gerichtshandlungen in der Erinnerung zu bewahren (vgl. Stölzel, gel. Richterthum I, pg. 177). Zu diesen gehörten vornehmlich die nach Abhörung beider Streittheile gefällten Urtheile, die wegen Ausbleibens eines Theiles erflossenen Erkenntnisse[10] und ausserdem die gesetzlichen Formalitäten beim gerichtlichen Pfandverkaufe[11]. Ursprünglich genügte das Gedächtniss der Schöffen, um die einzelnen Fälle in Evidenz zu erhalten (prager Recht, pg. 16 No. 24). Die Entfaltung eines regeren Verkehres und die hierdurch bedingte Zunahme der vor Gericht gelangenden Streitsachen, sowie die durch Wegfall einzelner Schöffen (Tod, Neuwahl) eintretenden Schwierigkeiten mögen die Veranlassung zur schriftlichen Fixirung der erwähnten Gerichtshandlungen gegeben haben.

---

[10] Brünner Sammlung No. 13, vgl. Rössler l. c. pg. 10; Iglauer Recht art. 99, vgl. Tomaschek, deut. Rt. in Mähren pg. 298.

[11] Rössler: prager Stadtrecht pg. 106 No. 13 und praxis cancellariae MS. circa 1451 in capit. de libro judiciali, sowie Satzungen der kgl. Bergstadt Wyšehrad vom J. 1460 art. 47, vgl. Právník 1870 pg. 730.

Was speciell die Endentscheidungen anlangt, erwähnt der Brünner manipulus juris (vor 1353) art. 427 einer diesfalls seit Alters her bestehenden Gewohnheit: antiqua consuetudo civitatum habet, quod quidcunque coram judicio obtinetur et in tabulis judiciariis signatur hoc ante proximum futurum peremptorium judicium . . . caret robore firmitatis, nisi per scriptorem civitatis in librum, ubi ... notantur acta, per obtentorem de scitu juratorum scribi fuerit procuratum. Dass diese Gewohnheit weit zurückreiche, erhärten die jura montana (circa 1300), welche in offenbarer Ausdehnung des zur Zeit ihres Entstehens gewohnheitsmässig Existirenden verfügen (lib. I, cap. VII, § 7): ut omnia, quae coram eo (judice) aguntur in actis de verbo ad verbum sub bono testimonio juratorum praesentium per notarium redigantur et praecipue sententias . . . conscribi faciant diligenter, ausserdem aber behufs Fixirung der Basis eines legalen Verfahrens die erfolgte Ladung des Geklagten in den Gerichtsacten anmerken lassen (lib. IV, c. II, § 3). Einen directen Beleg für die obige Behauptung bietet eine Sammlung von Urkunden und Formeln des prager Archidiacon Martin 1390—1407 (MS. des prager Domcapitels, fol. 70), wo in einer Urkunde ausdrücklich gesprochen wird von quibusdam libris civitatis pragensis minoris, ubi actus judiciarii describi consueverunt. Der Gebrauch, speciell die erflossenen Urtheile verzeichnen zu lassen, dürfte insbesondere bei jenen Stadtgerichten strenge beobachtet worden sein, bei welchen Belehrungen eingeholt zu werden pflegten, weshalb nicht nur die präcise Festhaltung des gefällten Spruches für die Zukunft im Interesse beider Streittheile, sondern auch als Praejudicaten-Material für abzugebende Belehrungen wünschenswerth erschien (vgl. cit. praxis cancellariae in cap. de libro sententiarum). Belege hiefür gewährt nicht bloss die Sammlung solcher Weisthümer des Schöffenstuhles zu Brünn vom J. 1537 bis 1549 im dortigen Archive (D'Elvert in der Ztschft. f. öst. Rechtsgelehrsamkeit 1829, I. Bd. pg. 81), weiters eine ähnliche des Stuhles zu Olmütz in einem Codex des dortigen Stadtarchivs (continens sententias ad varias Moraviae civitates usque ad annum 1549; Monse, Munic.-Rt. Brünns, pg. 117), sowie in einem anderen zu Neutitschein 1562 (Bischof, Olmützer Rt. pg. 40) und im böhm.

Museum zu Prag (MS. No. 773; Jungmann, hist. č. lit. pg. 83) vom J. 1518, sondern auch die Forschungen Rössler's über die zu Brünn angelegte Sammlung von Sprüchen um 1350, aus welchen sich ergibt, dass dieselbe nach ihrem Ursprunge in der That erscheint als ein liber sententiarum, in quo sententiae inter partes per consules et ab utraque parte conceptae et laudatae ad futurorum memoriam scribuntur (Rössler, Brünner Stadtrecht, pg. LX u. XLI). Naturgemäss fiel den rechtsgelehrten Stadtschreibern in Folge der oben dargelegten Verhältnisse die innere Processleitung und die Formulirung der Erkenntnisse zu (vgl. Stölzel, gelehrt. Richt. I, pg. 303, 366, dann die gleich zu erwähnende praxis cancellariae insbes. cap. de creatione libri sententiarum).

Dass in Ausbleibensfällen, d. h. dann, wenn der gehörig geladene Beklagte durch Fernbleiben von der angeordneten oder durch Entfernung von der bereits begonnenen Verhandlung ein Urtheil gegen sich herbeiführte, die Verzeichnung des Erkenntnisses erfolgte, lässt sich aus der natürlichen Sachlage und daraus folgern, dass Brikcius von Zlicko bei Reproducirung der über Ausbleibensfolgen handelnden Weisung des brünner manipulus juris No. 13 (si homo ad judicium citatus personaliter stans coram tribunali, postquam quaerimoniam super se motam audiverit, a judicio effugerit, si causa est civilis, statim in ipsa succumbit) hinzufügt: »und der Spruch gegen einen solchen wird dem Rechte gemäss eingetragen« (cap. I, § 8). Abgesehen endlich von diesen ausdrücklichen Zeugnissen gewährt ein aus dem 15. Jahrhundert (in der Bibliothek des Sct. Veit-Capitels) erhaltenes MS.: Praxis et cursus cancellariae civilis einen klaren Einblick in den bei den städtischen Gerichten beobachteten Vorgang. Der Verfasser, ein im fremden Rechte bewanderter Stadtschreiber in Beraun zu Zeiten König Sigmund's und auch einige Zeit in Diensten der Neustadt Prags, gibt in seinem um das Jahr 1451—1452 entstandenen Leitfaden für Berufsgenossen durch umfassende Beschreibung und Erklärung der im Gebrauche befindlichen Bücher und der in dieselben vorzunehmenden Aufzeichnungen ein klares Bild von dem in den städtischen Gerichten seiner Tage beobachteten Geschäftsgange. Betreffend das Gerichtsverfahren erhärtet derselbe, dass ein besonderer liber ma-

nualis im Gebrauche war, d. h. ein Tagebuch, in welches der Stadtschreiber alle bei den Gerichtsverhandlungen sich ereignenden wichtigen Vorfälle aufzeichnete; er sagt darüber: liber manualis dicitur ille in quo indifferenter acta coram consulibus notantur, et hoc manuale potest omnium librorum civilium praecedenter acta continere. Die wichtigsten Processvorgänge wurden vornehmlich im liber judicialis fixirt (in eo forma judicis scilicet citatio, libellus, litis contestatio et hujusmodi describuntur), die gefällten Urtheile dagegen anderwärts verzeichnet. Hierüber äussert sich nämlich der Verfasser: Libellus sententiarum dicitur ille, in quo sententiae inter partes per consules et ab utraque parte acceptae et laudatae ad futuram memoriam describuntur. Hic liber rarissime habetur praeter illas civitates in quibus est juris fundamentum, a quibus ulterior appellatio non admittitur. Et quare talis non habeatur, haec est ratio, quoniam a sententia consulum juris inferioris ad superius jus potest fieri appellatio, tum quia sententia modica circumstantia addita potest variari, tum quia hoc non habet communis consuetudo, tum etiam, quia etsi scribuntur in aliis civitatibus, manuali et authentico commendantur[12]. Vergleicht man diese Mittheilungen mit dem Inhalte des Art. 427 der Brünner Sammlung, so zeigt sich eine frappante Uebereinstimmung. Gerichtsbücher der gedachten Arten haben sich an einzelnen Orten bis auf unsere Tage erhalten[13]. Aus den immer mehr zunehmen-

---

[12] Durch das Gesagte wird ergänzt, was bereits (Tomek, Ztschft. des böhm. Museums 1844 pg. 566 ff. und Rössler, prag. Stadtrecht pg. L, Anm. 1) berichteten.

[13] So finden sich in Prag schon nach dem J. 1327 in lateinischer Sprache gemachte Aufzeichnungen über Gerichtsverhandlungen, welche eine gedrängte Notiz über den Verlauf und die Entscheidung des Rechtsstreites enthalten (Tomek l. c. und Rössler l. c. pg. LXXI, Anm.), ausserdem ein liber sententiarum aureus vom J. 1389 in der Neustadt Prags (Tomek, Gesch. Prags II. pg. 289), weiters noch z. B. in Königgrätz ein manuale consulum (seit 1539), sodann ein protocollum judiciale (seit 1538) als Reinschrift aus jenem, endlich ein liber edictorum sive jurisdictorum (seit 1540), in Braunau ein liber sententiarum (seit 1403—1471) (vgl. die Berichte des prager hist. Vereins über Archivsdurchforschungen in den Jahren 1875 pg. 20 und 1876 pg. 11), in Chrudim ein liber sententiarum 1546—1593 (Ztschft. d. böhm. Mus. 1845 S. 359), in Kuttenberg ein liber memorialis continens acta consilii, omnium quaerimoniarum, causarum, sententiarum etc. aus dem J. 1462, in Schlan ein liber actorum forensium seu civilium judiciorum fori Slanensis, in quo litigantium in foro actiones, responsiones, exceptiones, dilationes, probationes, sententiae, earundemque, vel approbationes, vel impugnationes, provoca-

den Anmerkungen über den Verlauf der Verhandlung im Manuale[14] entstand die Protocollirung alles dessen, was vor Gericht vorgetragen wurde in den prager und wohl auch Kuttenberger (Právník 1870, pg. 736) Gerichten, und als weitere Phase dieses Entwicklungsganges die Ueberreichung der recessus scripti loco oralium in den übrigen böhmischen Städten (A. 45, § 3, 4), deren Keime in dem ältesten erhaltenen Urtheilsbuche der Appellationskammer 1548 ff. und in einer Kuttenberger Verhandlung vom J. 1601 sich deutlich erkennen lassen (Právník 1870, S. 626 ff., 631 ff.).

Den Uebergang vom mündlich-protocollaren Verfahren zum schriftlichen beförderten die Partheien-Vertreter, welche nicht bloss fremde Kunstausdrücke[15], sondern sogar Grundsätze des fremden Rechtes in der Sprache der Quellen und daneben in die Volkssprache übersetzt in der Verhandlung vorbrachten und auf deren möglichst vollständige Aufzeichnung im Gerichtsprotocoll bedacht waren, wie sich diess aus einem Processe vor dem prager altstädter Rath 1563 ergibt[16]. Da es mit grossen

tiones seu appellationes, executio rei judicatae . . . missio in bona debitorum annotantur aus dem J. 1605 (Právník 1870 pg. 592), endlich in Polička und Rakonitz libri sententiarum (ibid. pg. 593).

[14] Eines der ältesten Rathsmanualien der prager Altstadt (vom J. 1575—1583) zeigt, dass die ganze Verhandlung in allen ihren Phasen sammt den Urtheilssprüchen durch den Stadtschreiber protocollirt und nach ihrer Beendigung in die libri sententiarum eingetragen wurde, worauf die ursprünglichen Notizen im Manuale überstrichen wurden.

[15] In dem cit. ältesten Appell.-Urth.-Buche 1548—1564 kommen zahlreiche Erkenntnisse böhm. Stadtgerichte mit ausführlichen Darstellungen des Sachverhaltes vor, wobei die gemeinrechtliche Terminologie zur Anwendung gelangt; es ist die Rede von angesetzten termini (fol. B. 14), acta des Streites (E 27, F 25, B 2, B 5), von Exceptionen (fol. F 14), fundamentum exceptionis (A 18), publicatio und impugnatio der Zeugenschaften (A 29, C 15, E 11, E 14), von Interlocutorien (fol. 65 pilsner Kreis), Protestationen etc.; vgl. über ähnliche Erscheinungen Stölzel l. c. pg. 24. Auch Rechtsparömien finden sich z. B. fol. C 2: ubi coeptum semel judicium, ibi et finem accipere debet, auch fol. 11 der 2. Serie, fol. 10 (königgr. Kreis): quaevis actio ex certa causa fieri debet u. s. f. In dem benachbarten Sachsen hatten zu jener Zeit schon Hofgerichts-Ordnungen (Leipzig 1548 und Wittenberg 1550) das »Vortragen lateinischer Worte und Allegate« gerügt (Schletter l. c. S. 66, Note 1); vgl. über ähnliche Verbote auch Stobbe, deut. Rts.-Qu. I. 2, S. 139, Note 91 und über die Entstehung der Gerichtsordnung für Bützow (Mecklenburg) 1583 in Folge der Klagen des dortigen Rathes über »Plauderment« der Advocaten und darüber, dass sie die Verhandlung »mit ihren legibus staffiren«, Böhlau und Dugge, einheim. und fremd. Rechtsgang S. 22.

[16] In diesem Testaments-Impugnations-Processe tritt der ehemalige prager Rathsschreiber und Rechtskundige Sixt von Ottersdorf namens der in der angefochtenen letztwilligen Erklärung zur Erbschaft berufenen pia causa ein;

Kosten verbunden war, in kleineren Städten einen so versirten Rathsschreiber zu bestellen, und derselbe daher von Fall zu Fall gegen Entgelt herbeigerufen wurde (cit. App.-Urth. Buch 1558 fol. 28, Königgrätzer Kreis), mögen die Partheivertreter es vorgezogen haben, ihre Ausführungen schriftlich zu überreichen, wofür auch der Umstand spricht, dass gerade in den kleinsten Städten noch vor dem Jahre 1579 häufig schriftlich verfahren wurde (vgl. Note 9).

X.

Einfluss des für den Bürgerstand 1548 errichteten Appellationsgerichtes auf die Reception.

Nicht ohne Einfluss auf die Verbreitung des gemeinrechtlichen Processrechtes blieb das 1548 geschaffene Appellations-Gericht, eine Institution, die in jenem ihre Wurzeln fand. Berufungen von den Urtheilen böhmischer Stadtgerichte an den König finden sich trotz scharfer Verbote der Statutarsatzungen und Rügen der Oberhöfe bereits frühzeitig. Schon in fernen Zeiten hatte die vlämische Hansa ihre Colonisten nach den böhm. Gauen entsendet und in nachmals wichtigen Städten (Brünn, Iglau) flandrisches Recht zur Geltung gebracht[1]. Im 13. Jahrhunderte war die Gründung zahlreicher Städte neben der aus älteren Zeiten vereinzelt bestehenden städtischen Gemeinde zu Prag (seit Vratislav II. 1065) durch kgl. Freiheitsbriefe rege gefördert und denselben insbesondere nach dem Vorbilde Magdeburgs, dessen Recht weit nach dem binnenländischen Osten

---

Erörterungen über testamenta inofficiosa, querela inofficiosi testamenti, officium judicis, judicium familiae herciscundae, solemnitates und cancellatio testamenti füllen das Gerichtsprotocoll, untermischt mit Rechtsparömien und selbst Citaten aus Justinian's Institutionen neben solchen aus Brikcius' Stadtrecht und Entscheidungen der Appellations-Kammer. Das vollständige Protocoll sammt Urtheil I. Instanz und Bestätigung desselben vom Appellationsgerichte findet sich im MS. monast. Sion No. 111 fol. 157 (Copie im Landesarchiv).

[1] Rössler, brünner Recht S. XXV; Tomaschek, deut. Rt. in Oesterr. S. 80 ff.

reichte (seit 1213), die völlige Exemtion von den kgl. Gerichten und unbeschränkte Selbständigkeit bei Regelung der Justizverhältnisse gewährleistet worden[2]. Die dem kgl. Unterkämmerer hauptsächlich aus fiscalischen Rücksichten zukommende Oberaufsicht über die Verwaltung der städt. Gerichtsbarkeit war in den Wirren nach dem Aussterben der Přemysliden hier bald gänzlich verkümmert, bald aber hatte sie anderwärts als Legitimation zur rücksichtslosen Erpressung dienen müssen. Eine Anwendung des Princips der Selbsthülfe solchen Zuständen gegenüber war es, wenn die kgl. Städte sich fest zusammenschlossen, und minder mächtige Gemeinden durch besondere Vereinbarungen in den an Bürgerzahl und Reichthum bedeutenderen einen kräftigen Rückhalt und bei Bewidmung mit gleichem Recht doppelt gerne ihre Oberhöfe zu gewinnen suchten[3], woher ihre Schöffen in zweifelhaften Fällen Belehrung und die Streittheile über Schelten des Urtheiles ein besseres Urtheil holten[4]. Speciell gelang es Prag (1331) und Brünn (1319) unter Johann's von Luxemburg Regierung, sich zu einer so hervorragenden Rolle emporzuschwingen. Prag hatte damals dem

---

[2] Eine der schärfsten Formulirungen dieser Unabhängigkeit kömmt in der Bewidmungsurkunde Troppaus 1270 (Boček IV, 371) vor: Dum (per consules) aliqua sententia definitiva inventa fuerit et prolata, . . . nullus hominum possit vel audeat hanc prolationem sententiae redarguere aut verbo vel opere aliqualiter contraire.

[3] Vgl. D'Elvert, Beitr. z. Gesch. der kgl. Städte Mährens I. S. 289, 363, insbesondere aber den interessanten und datenreichen Aufsatz Dr. Čelakowský's über das Unterkammeramt in Böhmen (Časop. č. Musea 1877 p. 12 ff.). Beispiele besonderer Vereinbarungen zwischen einzelnen Stadtvertretungen rücksichtlich der Unterordnung unter einen Schöffenstuhl als Oberhof siehe bei Bischoff olmützer Recht pg. 37 ff. und dessen österr. Stadtrechte pg. 110. Ueber das regelmässige Verhältniss der mit einem Rechte bewidmeten Städte zu den Mutterstädten, als ihrem Oberhof (Grimm, Rechtsalterthümer S. 793, 834 ff.; Stölzel, gelehrt. Richterthum I. S. 140) vgl. für Böhmen Haněl, deut. Rt. in Böhm. S. 54 ff.; für Mähren Bischoff, olmütz. Rt. l. c. und Tomaschek, Oberhof Iglau pg. 10 ff.

[4] Diese doppelte Function der Oberhöfe, nämlich Ertheilung von Belehrungen (unterweisende) und Urtheilsbesserung in Folge Urtheilsscheltens (rechtssprechende), lässt sich in den böhm. Ländern deutlich unterscheiden; vgl. Haněl l. c.; D'Elvert, cit. Beitr. I. S. 500; Tieftrunk, památky archeol. 1860 S. 122, 126, vgl. Sachsensp. (Sachsse) II. 12, § 6; rücksichtlich Deutschlands vgl. Martitz, ehel. Güterrt. des Ssp. S. 22, Note 4. — So heisst es in der bisher ungedruckten Urkunde vom 21. September 1337, womit Rabenstein das Saazer Recht verliehen wird (Emleri reg. ined.): ut secundum jura civitatis Zacensis se regant ita sane, quod ea jura sententiae, quae discuti seu inveniri non poterint aut dictari, a Zacensi civitate requirantur.

factischen Zustande durch eine Bestimmung seines Statuts das gesetzgeberische Siegel aufgedrückt[5], indem es bestimmte, dass der Stadtrath mit dem Stadtrichter an der Spitze selbst in den wichtigsten Criminalfällen selbständig richten dürfe, ohne dass von irgend einer Seite ein Eingriff geschehen sollte, was seitens des Königs 1338 bestätigt wurde. Früher schon hatte Brünn[6] (durch Königsbrief vom 23. December 1319) volle Unabhängigkeit rücksichtlich der Rechtspflege zu erringen gewusst. Interessant ist es zu bemerken, wie die beiden gedachten Städte im Wesentlichen übereinstimmend, im Detail jedoch auseinandergehend die Berufung an den König auszuschliessen suchen. Prag, durch die Macht der Thatsachen zur ersten Stadt des Königreichs erhoben, trachtet eifersüchtig seine Rechtssprüche gegen Anfechtung durch an den König ergriffene Berufung zu sichern, und dehnt die durch Statut vom J. 1356 gegen jene, qui damnum civitatis laborant, verhängte Busse von 50 Schock Groschen durch ausdrückliche Bestimmung auch auf den appellans ad dominum regem aus (Rössler, prager Stadtrecht, pg. 52, Anm. 1). Brünn dagegen, dessen hervorragende Stellung im geschriebenen Rechte, nämlich im kgl. Privileg basirt, achtet diesen Umstand so hoch, dass es in der Sammlung seiner Schöffensprüche neben dem regelmässig zulässigen Urtheilsschelten die appellatio ad audientiam principis gestattet, wenn es sich um ein Erkenntniss de jure scripto handelt (manip. jur. No. 68)[7]. Naturgemäss hatte sich das Oberhofsystem entwickelt, unbeanständet war es, sogar vom Herrscher anerkannt[8], in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts

[5] Rössler, prager Stadtrecht pg. 25; Tomek, děje Prahy I. Thl. pg. 255, wo auf Grund archivalischer Daten ausgeführt wird, dass selbst Mord und Diebstahl, also die schwersten Criminalfälle, der selbständigen Judicatur des Schöffenstuhles im 13. und 14. Jahrhunderte anheimfielen. Die nach dem Soběslaw'schen Privileg (1178) dem Kämmerer verwahrte Ingerenz bei diesen Delicten (Rössler l. c. pg. XV) war in desuetudinem gekommen. Den Abschluss der vollen Unabhängigkeit kennzeichnet Kg. Johann's Privilegium vom 9. Juli 1338 (bei Čelakowský l. c. pg. 14, Anm. 9).

[6] Rössler, brünner Stadt-Rt. pg. 385; Kg. Johann erlaubt 1319 den brünner Bürgern, dass über ihr Gut und Leben »noch der obristchamrer, noch der unterchamrer, noch die czauder (cudarii), noch die lantrichter chain recht, noch chainen gewalt haben schullen«.

[7] Auch Iglau anerkannte in einer nach Kuttenberg ertheilten Belehrung, das Recht des Unterkämmerers vice regis zu entscheiden: (si) a sententiis a juratis latis ad ipsum fuerit appellatum (Rössler, brünner Stadtrecht pg. LXV).

[8] Vgl. betreffs Leitmeritz 1325 die Urkunde oben Note 11, Abschn. VIII;

zur practischen Geltung gebracht worden. Aehnlich wie in Deutschland (Stölzel, gelehrtes Richterthum I, pg. 205 ff.) wurde aber bald auch in den böhm. Ländern der Kampf gegen die Oberhöfe in doppelter Form aufgenommen.

Einerseits wurde der Zug an auswärtige Oberhöfe geradezu verboten. In Böhmen geschah diess — sicherlich im Hinblicke auf die Bestimmung der goldenen Bulle 1356 über das privilegium de non appellando (cap. VIII § 2)[9] — durch eine Verordnung Wenzels IV. vom J. 1387; sie sollte den Einfluss Magdeburgs und Nürnbergs auf die Entwicklung böhm. Städte abschneiden, indem die Städte sächsischen (norddeutschen) Rechts an Leitmeritz und die der süddeutschen Gruppe angehörigen an Prag als Oberhof gewiesen wurden[10]. Aehnlich hatte in Mähren schon im J. 1350 Markgraf Johann den Rechtszug ausser Landes untersagt und eine Reihe von Gemeinden diesfalls an Brünn[11] verwiesen[12].

---

betreffs der Altstadt Prags 1347 Pelzel, Karl IV. Urkdb. I. No. 42, S. 44; betreffs Olmütz 1351 Bischoff, österr. Stadt-Rte. S. 109; bezüglich Iglau's 1345 Tomaschek, deut. Rt. S. 332. Vgl. über das Detail Haněl l. c. pg. 54 ff.

[9] Adjicientes expresse ... ut quemadmodum in praedicto regno Bohemiae a tempore, cujus contrarii non habetur memoria, jugiter observatum existit: ita nulli prorsus principi, baroni, nobili, militi, clienti, civi, burgensi seu rustico, nulli demum personae seu incolae regni Bohemiae ... a quibuscunque processibus, sententiis interlocutoriis vel definitivis sive praeceptis regis Bohemiae aut quorumlibet suorum judicum nec non executionibus eorundem ... liceat ad quodcunque aliud judicium adpellare. Vergl. auch Haněl l. c. pag. 69.

[10] Formelb. Palacký II, pg. 126: ne in hoc in posterum aliqua consurgat dubietas ... decernimus, ut non liceat alicui ... a quacumque diffinitiva sententia in praesentia nostri praedicti subcamerarii seu judicis curiae vel alterius ipsorum per judices, juratos et scabinos ad hoc deputatos super quibuscunque causis, litibus vel controversiis lata, ad quemcumque judicem seu judices extra terminos regni nostri Boemiae quovis exquisito ingenio quomodolibet appellare. In qua quidem appellatione taliter duximus distinguendum, ut videlicet is, qui ad jus magdeburgense appellare voluerit, in civitate nostra Lutomericensi et non alibi suam appellationem prosequi debeat justitia mediante ... A simili etiam, qui ad jus nuremburgense appellare voluerit, ad civitatem nostram pragensem, ubi talia jura redduntur appellare debebit.

[11] Monse l. c. pg. 114: sane cum ab olim oppidani in Meneis (Mönitz) ... ex quadam turpi consuetudine et quodam more illaudabili jura causarum suarum judiciarium, super quibus dubium incidebat, in alienis partibus in vituperium terrae nostrae, tamquam in ea loca insigniora non existerent ad quae recurrerent in hac parte et nonnulli alii oppidani et villarum inhabitatores et incolae in eodem oppido Meneis similiter jura sua in locis terrae nostrae scriptis nobilioribus, in quibus copia sapientum existit, quaerere, recipere usque ad haec tempora consueverunt et tenere etc.

[12] Dem gleichen Streben, den Rechtszug ausser Landes zu verhindern,

Nicht genug daran stellte in Böhmen die erwähnte kgl. Verordnung die Berufung an den König dem Zuge an einen Oberhof völlig gleich: si aliquis ad audientiam nostram personalem appellare decreverit, is faciendi hoc ipsum in utroque jurium praedictorum habebit liberam facultatem. Beide Richtungen, die in Deutschland nach einander zur Anwendung gebracht worden waren, um die Oberhöfe zu beseitigen (vgl. Stölzel l. c. und pag. 243) treten sonach hier gleichzeitig ins Gesichtsfeld.

Einen Schritt weiter unternahm betreffs der ersten Bergstadt des Landes, Kuttenberg, König Georg von Poděbrad im J. 1467; er befreite sie gänzlich von der Obergerichtsbarkeit des iglauer Bergschöffenstuhles[13] und gestattete ihr alle Streitigkeiten in Bergsachen mit Vorbehalt der Berufung an den König selbst abzuthun. Auch verbot er geradezu, von Iglau, das ihm die Anerkennung versagt hatte, Belehrungen einzuholen (Právn. 1870, pg. 745 Anm.). Dieses Beispiel fand 1472 bei König Wladislaus Anklang, indem er die mähr. Stadt Hradisch aus dem Verbande mit dem Oberhofe Brünn entliess, der seiner Sache untreu geworden war (D'Elvert, Beitr. z. Gesch. der königl. Städte Mährens, pg. 545). Hiermit trat an Stelle der vordem festgehaltenen Alternative in diesen beiden Fällen die ausschliessliche Zulässigkeit der Berufung an den Herrscher unter völliger Beseitigung der Ingerenz eines Oberhofes[14].

---

wohl aber auch die Herrscherautorität zu festigen, entsprang der Befehl Markgrafs Jodok's von Mähren 1401 an Jägerndorf (Schlesien), dass Jedermann sich von den Urtheilen des dortigen Gerichtes nur an ihn berufen und an kein anderes Recht sich wenden solle (D'Elvert l. c. S. 505). Vgl. über ein ähnliches Vorgehen in deutschen Territorien Martitz l. c. S. 63 Note 1 und in Polen (betreffs Magdeburgs 1365) ebendort S. 42 Note 6.

[13] Der lebhafte Wechselverkehr in dieser Beziehung zwischen Kuttenberg und Iglau ist für das J. 1465 direct erhärtet (Hanka, Abh. der böhm. Ges. d. Wiss., V. Folge, 2. Bd. S. 161).

[14] Der Einfluss des Königs in den Stadtgerichten war nur auf die jährliche Erneuerung des Rathes (Schöffencollegiums) beschränkt, daher im Allgemeinen eine Beeinflussung des Verfahrens von Seiten des Herrschers ausgeschlossen. Nur ausnahmsweise findet sich ein directes Eingreifen kgl. Beamten bei der Rechtssprechung; so berichtet der lib. memorabil. der Kleinseite Prags, dass seit 1403 alljährlich bei »Setzung des Rathes« und manchmal selbst ausserdem in Gegenwart des den König hierbei vertretenden Unterkämmerers Gericht gehalten wurde (Tomek, Gesch. Prags II. S. 331). Es entstand diess offenbar aus der Uebung, dass über eine an den König ergriffene Berufung

Die Absicht, fremden Einfluss auf die heimische Rechtsbildung durch das oben erwähnte Mandat 1387 auszuschliessen, scheint im vollen Umfange nicht erreicht worden zu sein. Denn im J. 1545 (unterm 7. Jänner) stellte der böhm. Landtag an Ferdinand I. das Begehren: »die Berufungen, so ausser Landes geschehen, aufzuheben.« Mit scharfem Blicke wusste dieser mit einem bedeutenden Talente für Verwaltungsreformen ausgestattete Regent ein solches Verlangen zur Realisirung seiner lebhaften Wünsche in Bezug auf eine geordnete und unpartheiische Justizpflege [15] zu benützen, zugleich aber auch zur Durchführung seiner, auf Schwächung der Stände und Städte und auf Hebung der unter seinen beiden letzten Vorgängern tief gesunkenen Herrschermacht gerichteten Bestrebungen zu verwerthen. Vor der Hand wurde zwar dem Landtage über jenen Antrag als Antwort eröffnet: »Soviel die Berufungen berührt, das wollen Se. Majestät neben anderen Artikeln, so sich auf Reformirung der Rechten ziehen, aufgeschoben wissen« (Orig. Ldsarchiv), trotzdem wurden aber mit den Ständen Verhandlungen angeknüpft (Hammer-

---

sowohl die Streittheile als die Schöffenbank, deren Spruch angefochten worden war, von dem Unterkämmerer einvernommen wurden, ehe die Entscheidung über die Berufung erfloss (Tomek l. c. S. 330 Anm. 60). Während die Stadtgerichte an der Gepflogenheit, in Zweifelfällen vom Oberhofe Belehrung einzuholen, festhalten (vgl. Hanèl, Deutsch. Rt. in Böhm. S. 72 Anm. 224 und noch aus dem J. 1451—52 ein Beispiel in dem oben cit. MS. praxis cancellariae cap. de libro sententiarum), sucht der kgl. Beamte seine Rechtsbelehrung bei den kgl. Räthen, denn es meldet das kleinseitner Stadtbuch aus dem J. 1417: dom. subcamerarius sententias per juratos consules hujus civitatis latas . . . ac ulterius c u m s e r e n i s s i m i d o m. r e g i s c o n s i l i a r i i s c o n s u l t u s super eodem et unitus, praefatas sententias, regia pariter et propria auctoritate confirmavit effectualiter et roboravit (vgl. Tomek l. c.). Vgl. über ähnliche Erscheinungen aus späterer Zeit Stölzel, gelehrt. Richterth. I, S. 207.

[15] Die Sorge für entsprechende Handhabung der Gerechtigkeitspflege findet beredten Ausdruck in dem Codicille Ferdinand I. an seine Söhne Maximilian und Ferdinand 1547 und in der königlichen Erklärung bezüglich der Uebelstände bei der Justizpflege 1531 (Bucholtz, Gesch. Ferd. I. 9. Bd. S. 470 und 166 ff.). Ergebnisse dieser Strebungen sind die im Texte besprochenen Thatsachen der Einsetzung des Appellationsgerichtes und kgl. Richter in den Städten, sowie die von Bucholtz l. c. 4. Bd. S. 419 Note ff. mitgetheilten, endlich 1534 bis 1547 die Schaffung des unabhängigen kgl. Kammergerichtes mit fast völlig concurrenter Jurisdictionsgewalt mit dem Landrecht vgl. l. c. VI. Bd. S. 422. Damit hängt wohl auch die Aufnahme von JUDren in des Königs Dienste zusammen; zwei der später anzuführenden gelehrten Appellationsräthe, die gleich bei Gründung der Appellations-Kammer in dieselbe eintraten, waren vordem schon als k. Räthe neben Dr. Ulrich von Nostitz thätig, und als k. Procurator fungirt 1531 Dr. Ribitsch (Bucholtz l. c. 9. Bd. S. 483; VI. Bd. S. 406 und IV. Bd. S. 424).

schmied, prodrom. gloriae prag. pg. 754). Unverrückt behielt jedoch Ferdinand I. als Ziel im Auge, durch Schaffung einer Appellationskammer die bisherige Unabhängigkeit der Städte rücksichtlich der Justizhoheit zu erschüttern. Die Gelegenheit hiezu stellte sich bald ein. Der Empörungsversuch der utraquistischen Stände anlässlich des schmalkaldischen Krieges gab nach der Niederlage des Churfürsten Johann Friedrich von Sachsen bei Mühlberg 1547 die Veranlassung zur Ausführung jenes Planes. Die strafende Hand des Königs traf mit voller Wucht den Bürgerstand, insbesondere dessen Führerin, die Landeshauptstadt. Neben manchen anderen Verlusten büsste sie ihre Stellung als Oberhof für den grössten Theil der Städte Böhmens, jene nämlich, die nach süddeutschem Rechte lebten, gänzlich ein. Ein ähnliches Schicksal traf gleichzeitig den Oberhof der dem magdeburger (sächsischen) Rechte folgenden Städtegruppe, Leitmeritz. Auf dem durch Hinrichtungen hervorragender Persönlichkeiten der Bewegung eingeschüchterten »blutigen Landtage« (1547) wurde bereits verordnet, dass Jedermann, der sich durch ein von dem Rathe einer kgl. Stadt geschöpftes Urtheil beschwert erachte, die Berufung an den König oder seine besonders hiezu bestellten Räthe ergreifen könne [16]. Ohne jedoch einen weiteren Landtagsbeschluss für nothwendig zu erachten, gründete Ferdinand I. am 20. Jänner 1548 ein besonderes Appellationsgericht für den Bürgerstand. Der Zeitpunkt für dessen Errichtung war überaus günstig gewählt; denn in Böhmen war es im Vorjahre gelungen, die Herrschermacht zu kräftigen, am deutschen Reichstage zu Augsburg aber wusste Ferdinand eben (1548) mit Erfolg die Sonderstellung Böhmens dem Reiche gegenüber zu wahren, unter Berufung darauf, dass Böhmen nicht der Reichskreis-Ordnung unterzogen worden war (vgl. Goldast, comment. de regno boh. pg. 265). Die Wirksamkeit dieses Tribunals sollte in territorialer Beziehung nicht auf Böhmen beschränkt bleiben, sondern sich

[16] Abgedruckt in der officiellen Publication der »Acta aller derjenigen Sachen, welche sich zwischen dem durchlauchtigsten Fürsten und Herrn Ferdinand I. und einigen Personen des Herren-, Ritter- und Bürgerstandes des Königreiches Böhmen im J. 1547 ereignet haben« fol. 338/2; vgl. auch Tieftrunk: odpor stavů, pag. 343.

auch auf die Städte Mährens und Schlesiens erstrecken. Die bei der Errichtung erflossene Instruction befahl, dass in Zukunft wider die Urtheile der Gerichte in den kgl., also in den durch politische und wirthschaftliche Bedeutung hervorragendsten Städten nur die Appellation an den König und seine Räthe zugelassen sein soll, keineswegs aber »nach Magdeburg oder Leipzig, noch an andere Orte ausser Landes gehen, noch von einem Schöffenstuhl oder einer Universität[17] Rechtsbelehrung gesucht noch ein Bei- oder Blindurtheil[18] genommen« werden dürfe (vgl. die Instr. bei Bucholtz l. c. S. 483 ff. oder Schmidt von Bergenhold, Gesch. des prager App.-Gerichtes, pg. 41 ff.). Noch vor Erlassung dieser Instruction war dem leitmeritzer Schöffenstuhl insbesondere verboten worden, Rechtsbelehrungen von Magdeburg einzuholen, da »diese Stadt von Sr. Majestät, dem Kaiser, ihrer Untreue wegen in die Reichsacht erklärt wurde« (Leitm. Arch., Památky archeol. 1860, pg. 124)[19], ingleichen den Königgrätzern, Appellationen an den Rath der Altstadt Prag zuzulassen (Hanĕl l. c. pg. 67, Anm. 211).

Durch den erwähnten Act war der Charakter des vor-

---

[17] Nach Leipzig pflegte der Rechtszug manchmal aus Leitmeritz zu gehen; vgl. Note 11 des Abschnittes VIII. Belehrungen von Universitäten wurden nur ausser Landes eingeholt, denn seit den Hussitenstürmen bis in das zweite Decennium des 17. Jahrhunderts lag die Juristenfacultät zu Prag ganz darnieder. Auch sind Beispiele der Befragung fremder Hochschulen sehr selten. Ueber die Einholung von Rechtsgutachten der Wiener Rechtsfacultät seitens mährischer Städte siehe unten. Ueberhaupt ist die Actenversendung an Hochschulen in den böhm. Ländern niemals zu jener Blüthe gelangt, wie in Deutschland (Stölzel l. c. I. S. 193 ff.). Dass nach der Wiederaufrichtung der prager Rechtsfacultät zwar nicht Belehrungen für Schöffenhöfe wohl aber Consilia ertheilt wurden, bezeugt das Hd. vom 24. Juli 1756, welches verfügt, dass solche nur gegen billige Gebühr, die jedoch vor der Ausarbeitung nicht zu fordern sei, verfasst werden mögen. Riegger, Mater. f. Statist. von Böhmen, II. Heft, pag. 409 bemerkt hierzu (1787), dass solche »seit vielen Jahren« nicht begehrt wurden. Wahrscheinlich hängt diese Erscheinung zusammen mit der Weisung des h. z. T. noch gültigen HD. vom 14. Juni 1784, No. 306 lit. m. JGS., dass zu den Processschriften allfällig beigelegte consilia juridica »als ob sie nicht bestünden, übergangen« werden sollen.

[18] Das Schöpfen von Blindurtheilen wurde 1575 dem Appellationsgerichte durch Landtagsbeschluss untersagt.

[19] Durch die am 27. Juli 1547 verhängte Reichsacht wurde der Rechtszug dahin, soweit er im Reiche noch üblich war, überhaupt inhibirt und am 26. Juni 1549 der dortige Schöffenstuhl aufgehoben, den freilich schon die gelehrten Juristen jener Zeit über die Achsel ansahen, obwohl binnen kurzer Zeit die Acht wegfiel und der Schöffenstuhl wieder in Wirksamkeit trat.

maligen Rechtszuges im Wesen geändert, nicht bloss ein neues Organ für denselben geschaffen worden. An die Stelle der von den Schöffen erbetenen Rechtsbelehrung, die als bessere Rechtserkenntniss des Oberhofes der Tochterstadt zur Berücksichtigung mitgetheilt wurde, und der in Folge Urtheilsscheltens erfliessenden Urtheilsbesserung, die ihre Kraft in einer praesumptiv grösseren Richtigkeit fand, trat nun die Erledigung der Anfrage oder Beschwerde durch die Appellations-Kammer, basirend in der Autorität dieses Tribunals als des mit grösster Machtfülle ausgestatteten kgl. Organes, das die Controlle rücksichtlich der Correctheit der Schöffensprüche ausuzüben hatte. In Consequenz dieser Auffassung geboten daher specielle Mandate, z. B. den Leitmeritzer Schöffen 1549, dass die Appellationsentscheidungen in Gegenwart der Streittheile entsiegelt und verkündigt, sowie unweigerlich in Vollzug gesetzt werden sollen (cit. Památky pg. 125). Anfänglich blieb die Praxis eine mildere. So wurde dem prager Rathe 1548 (Právník 1878 S. 738) über seine Anfrage eröffnet, dass falls aus irgend einem Landstädtchen an den altprager Rath oder an die Schöffen einer anderen kgl. Stadt Berufung ergriffen würde, es dabei sein Bewenden haben möge; wenn einer der Streittheile jedoch hierbei sich nicht beruhigen sollte, es ihm unverwehrt bleiben müsse, die Appellation an die kgl. Appellations-Kammer einzulegen[20]. Ein Decennium später (4. December 1558) fand aber auch diese Duldung ihr Ende, indem dem altstädter Rathe zu Prag untersagt wurde, irgend welche Appellationen anzunehmen (Weingarten fascic. divers. jur. I. fol. 16). — In Böhmen mag wahrscheinlich die fast gleichzeitig mit der Schaffung der Appellations-Kammer erfolgte Einführung kgl. Hauptleute und Richter (3. October 1547)[21] die Ursache gewesen sein, dass dem kgl. Willen rück-

[20] Beispiele für einen derartigen Vorgang bietet das in der Note 9 und 15 des vorigen Abschnittes erwähnte älteste Sentenzenbuch dieses Tribunals fol. A. 3 Appellation gegen die Conformaturtheile des Jungbunzlauer und Leitmeritzer, fol. A. 6 des Benateker und Leitmeritzer, fol. A. 25 des Turnauer und Leitmeritzer Schöffenstuhles aus den J. 1548 und 1550. Weiterhin verschwindet diese Mittelinstanz.

[21] Vgl. über diese Institution Tieftrunk, odpor stavů, pg. 334 ff., Lippert, Gesch. v. Leitmeritz, pg. 440 ff., Dr. Knothe, Urkundliche Grundlagen zur Rtsgesch. der Oberlausitz, pg. 239; Bucholtz, Gesch. Ferdinand I., VI. Bd.

sichtlich der Berufungen vollkommen entsprochen wurde. Denn in den zuvor gänzlich unabhängigen städtischen Gerichten nahm seither während der Verhandlung des Streitfalles der königl. Richter Platz und bei der Urtheilsschöpfung, wie bei allen anderen Rathssitzungen, war das königl. Controllorgan gegenwärtig, ohne jedoch in die Berathung eingreifen oder mitstimmen zu dürfen. Da ihm gleichwohl das Recht zustand, einzelne die Partei beschwerende Schöffen (sogar durch Anrufung des Königs) zu ermahnen und Verzögerungen des Rechtsganges abzustellen, dürfte derselbe Rechtsbelehrungen einzuholen nicht gestattet[22], vielmehr auf die strenge Beobachtung der kgl. Weisung gedrungen haben.

Etwas anders lagen die Dinge in Mähren, wo die letzterwähnte Institution bis nach der Katastrophe am weissen Berge bei Prag 1620 unbekannt blieb (Rescript v. 3. Mai 1621; D'Elvert l. c. pg. 380). Einzelne Beispiele erhärten diess. Was Olmütz anlangt, sah sich im J. 1573 der kais. Hofsecretair Nic. Walther von Walthersberg (vgl Gindely, böhm. Brüd. II, S, 47 ff.) genöthigt, dem Bürgermeister und Rathe die Mahnung zu ertheilen, lieber von dem prager Appellationsgerichte als von Breslau »Belehrungen« einzuholen, zumal dieselben sodann auch »bei mehrer Reputation« erhalten würden, indem die Appellationskammer über die allfällige Appellation nicht anders absprechen

---

pg. 429; die Instruction für die Stadtrichter findet sich abgedruckt im IX. Bde. pg. 475 ff. In Betracht kömmt Absatz III: »ferner soll Unser Richter bei allen Stadt- oder Schöpfenrechten gegenwärtig sein und allweg verfügen, damit sie zu rechter und angesetzter Zeit zusammenkommen, den Partheien in ihrer Gerechtigkeit kein Aufschub noch Verlengerung beschehe, noch auch Ansehen der Personen seien, sondern den Armen als den Reichen gleiches Recht erfolge; wo sie es aber deshalb nicht thäten, und etwa bei einem Schöpfen eine Nachlässigkeit gespürt würde, soll Ihnen gedachter Unser Richter darinnen zusprechen, und sofern sie dasselb auch nicht abstehen, alsdann solches Uns, unseren Erben oder unseren Befehlshabern anzeigen«. In gleicher Weise lauten die Instructionen noch unter Maximilian II., vgl. die Instruction für den k. Richter der Neustadt Prag (Landesarchiv ex MS. No. 111. des Klosters Strahow).

[22] Dem steht nicht entgegen, dass laut des cit. Archivs-Durchforschungs-Berichtes v. J. 1876 pg. 5 noch im J. 1553 der prager altstädter Rath den Schöffen zu Königgrätz eine Belehrung über Testamentssachen ertheilte, da es sich hierbei nicht um eine Rechtsanschauung betreffs des speciellen Rechtsfalles handelt, sondern ausdrücklich nur das ehemals der gedachten Stadt mitgetheilte, in Prag geltende Recht betreffs der Testamente neuerlich communicirt wird. Vgl. über einen analogen Fall Hanèl l. c. pg. 82 Note 245.

würde, als in der zuvor vorgelegenen »Belehrungssache«. Erst zu Rudolfs II. Zeiten (nach 1576) scheint Olmütz der seit 1352 althergebrachten Uebung untreu geworden und in Folge des Einflusses des inzwischen eingedrungenen fremden Rechtes den Appellationszug nach Prag zugelassen zu haben (Bischoff, Olm. Stdt.-Rt. pg. 42). Brünn bequemte sich eher dazu, da es doch schon in seinem Statutarrechte die appellatio ad principis audientiam (No. 68 manip. juris) anerkannt hatte; nur wegen allzu grossen Missbrauches der Appellation erwirkte es sich 1592 durch einen Königsbrief die Begünstigung, dass man von den Urtheilen des dortigen Stadtrathes lediglich gegen Erlag von 15 Schock Groschen appelliren dürfe (D'Elvert l. c. pg. 548). Brünn's Tochterstadt Hradisch bleibt gleichfalls trotz Errichtung des prager königl. Appellationsgerichtes betreffs des Rechtszuges der Muttergemeinde treu, der sie sich nur unter Wladislaus 1472 auf kurze Zeit entfremdet hatte, bis Rudolf's II. Gebot 1583 sie zwingt, davon abzugehen (D'Elvert l. c. S. 498). Auch die älteste Bergstadt Iglau wehrte sich gegen die Obergerichtsbarkeit der prager Appellationskammer; eine nur unwesentlich beschränkte Unterwerfung unter dieselbe scheint die 1577 erwirkte Befugniss zu bedeuten, dass jeder Appellant die Acten in des Königs Hände überreichen soll (Tomaschek, Oberhof Iglau, pg. 18).

In Schlesien beschwerten sich zwar die Stände noch zu Lebzeiten Ferdinand's I. (1559) über das Appellationsgericht, »da sie sich in vorfallenden Sachen der sächsischen und bei deren Abgang der gemeinen beschriebenen Kaiserrechte gebrauchten, und ausserdem sonderliche Willkühren und Gebräuche hätten, von denen die Böhmen nichts wüssten«; dafür aber, dass in der That Berufungen nach Prag ergriffen wurden, spricht diese Beschwerde selbst am deutlichsten (D'Elvert l. c. pg. 544).

Zu Ende des 16. und Anfangs des 17. Jahrhunderts scheint in der Praxis kein Zweifel mehr darüber bestanden zu haben, dass auch aus Mähren und Schlesien der Rechtszug an die Appellationskammer zu nehmen sei; wenigstens meldet der sachkundige ehemalige Stadtschreiber von Leitmeritz, Mag. Paul Stránský, in seiner datenreichen Schrift: de republica Bojema (edit. Elzeviriana 1634)

cap. XVI § 9: ad tribunal appellationum non modo, ut antehac ad senatum pragensem, ex civitatibus illis plerisque, sed ex cunctis etiam unitis coronae Bojemicae provinciis provocationes fiunt.

Eine Bestätigung findet diese Behauptung in der Thatsache, dass im J. 1611 in einer Versammlung der böhmischen und mährischen Stände zu Prag entschieden wurde: es solle wegen der Appellation bei der Verfügung der Ferdinandeischen Instruction vom J. 1548 sein Verbleiben haben. Aehnlich hatte der mähr. Landtag schon 1583 zur Lösung von diesfälligen Zweifeln bestimmt, dass die Streitangelegenheiten aus den kgl. Städten Mährens an die prager Appellationskammer gebracht werden dürfen (D'Elvert l. c. pg. 544).

So sehr aber der Adel für die vollkräftige Wirksamkeit dieses Tribunals betreffs des Bürgerstandes besorgt war, ebenso energisch wies derselbe jeden Versuch der Appellationskammer, ihre Machtsphäre auch auf Edelleute zu erstrecken, auf dem Landtage 1575 durch den Beschluss zurück, dass kein Edelmann vor dem gedachten Gerichtshofe Rede und Antwort zu geben gehalten sei. —

Hatten die regeren Verkehrsverhältnisse und die hieraus hervorgehenden häufig verwickelten mannigfaltigen Rechtsbeziehungen die Regelung durch entwickeltere Vorschriften zur dringenden Nothwendigkeit gemacht, denen die den stabilen Verkehrsformen angepassten mittelalterlichen Satzungen weichen mussten, so vertrug das frischer pulsirende Verkehrsleben um so minder das schleppende langsam sich abwickelnde allzu förmliche Verfahren, das zu Zeiten der Altvordern ganz passend und als Garantie eines wohlerwogenen Urtheilsspruches geschätzt war. Die vordem ausreichende Spruchthätigkeit der Schöffen verliert je weiter, je mehr den Boden. Selbst Iglau, der einstmals so berühmte Oberhof, sieht sich im J. 1505 genöthigt, in einer dem Gesichtskreise ungelehrter Richter sicherlich am nächsten liegenden Angelegenheit, nämlich in einer Criminalsache rücksichtlich eines Mordes das Gutachten der wiener Rechtsfacultät einzuholen (Tomaschek, ält. Rtsgutacht. der wien. Univ. pg. 13). Noch deutlicher spricht aber das Schreiben des Rathes zu Kolín an die Iglauer Schöffen vom J. 1545,

worin derselbe den weiteren Rechtszug nach Iglau aufkündigt, »da seit Menschengedenken kein so unklarer und verworrener Spruch wie jüngst von dort ergangen sei, den weder der Rath noch die Streittheile verständen und sonach Berufung an den König einlegen müssten« (l. c. pg. 16). Kolín war hiermit nur dem Beispiele seiner Nachbarstadt Časlau gefolgt, welche bereits 1543 »sich der Belerung, so ihnen mitgetheilt worden, nicht gemäss verhalten, stolz- und übermüthige Einreden hielt«, wie Leupold's gleichzeitige Chronik von Iglau erzählt (D'Elvert l. c. pg. 545; Tomaschek, Iglauer Oberhof, pg. 16). Bald waren es nicht mehr böhmische Städte, welche dem mährischen Oberhofe den Rechtszug aufsagten, sondern mährische Tochtergemeinden, deren Verhältniss zur Mutterstadt durch verschiedene Veranlassungen sein Ende fand, wie z. B. Meseritsch gegenüber Iglau (D'Elvert l. c. pg. 546). Selbst Prag verlor in Böhmen trotz seiner Führerschaft in der landtäglichen Stādtecurie allmälig das unbedingte Ansehen als Oberhof. Im J. 1540 fand sich der prager Schöffenrath genöthigt, nach Königgrätz zu bedeuten, dass eine Appellation an den König mit Umgehung des Oberhofes, wie dies jüngst geschehen sei, gegen Recht und Herkommen verstosse (Arch.-Durchfschgsber. 1876, pg. 4). Schon vordem aber, nämlich in den ersten Decennien des 16. Jahrhunderts, rüttelte der Schöffenrath der Neustadt Prag's mit wechselndem Erfolge an der, ihm gegenüber von dem Altstädter Rathe auf Grund alter Königsbriefe 1347, 1409 behaupteten Stellung eines Oberhofes (1516—1534) (vgl. Haněl l. c. pg. 73 Anm.), bis im J. 1534 durch Einverständniss Beider die Frage der kgl. Entscheidung überlassen (MS. Kloster Strahow 111, S. 389, 302) und in für Beide unerwünschter Art, durch Errichtung des App.-Tribunals erledigt wurde. Sogar von den Entscheidungen des Schöffenstuhles der Altstadt Prag wurde seit dem Erstarken der königl. Gewalt der Appellationszug an den König in den Jahren 1534, 1541 und 1542 zugelassen, freilich unter Hervorhebung des Umstandes, dass es zu den Privilegien der Altstadt gehöre, dass über Appellationen von den Urtheilen ihres Rathes nur der König selbst, niemals aber seine Gerichtskammer richten solle (Bucholtz, Gesch. Ferd. I. Bd. IV, pg. 424 und Bd. VI, pg. 345).

Derartige Erscheinungen waren die Ursache der allmäligen Zersetzung der bisherigen Oberhöfe; naturgemäss trat an deren Stelle das gemeinschaftliche Appellationsgericht. Treffend constatirt der oben erwähnte Chronist Iglau's Leupold als Zeitgenosse diesen Umschwung mit den Worten: »Aber sieder der Zeit (nämlich seit dem Beginn der 40er Jahre des 16. Jahrhunderts) sein gar wenig Rechtsbelerung hie genommen worden, weil zumal die khönigkliche Appellation in Böheim aufkommen, dahin sich die Stedte berufen khennen« (D'Elvert l. c. pg. 545). So bewährt sich denn auch für die Rechtsentwicklung in den bürgerlichen Gerichten Böhmens und Mährens die anderwärts[23] bemerkte Erscheinung, dass das Hinsiechen der volksthümlichen Justiz die Wiege der Appellation sei[24] und — wie hinzugefügt werden kann, — dass die Ausbildung und territoriale Ausdehnung der Appellation in Proportion stehe zu dem Erstarken der Regentengewalt gegenüber der Städteautonomie[25]. Die sich mehrende Zahl der Appellationen kann der Herrscher nicht mehr persönlich erledigen, die Verhältnisse drängen zur Errichtung eines App.-Gerichtes. Ferdinand I., welcher »Gelehrte in Gunst und Gnaden hielt«, wie eine gleichzeitige Chronik (Dačický von Heslov; časop. č. Mus. 1828, II. Heft, S. 92) erzählt, und solche in seine Canzlei zog, vergass nicht bei diesem Anlasse auf die Doctores. Unter den 12 Beisitzern des kgl. Appellationsgerichtes[26] sollten

---

[23] Maurer, Markenverfassung, S. 364; Stölzel l. c. I, S. 174.

[24] Ueber die Entwicklung der Appellation in den Gerichten der bäuerlichen Unterthanen fehlt es an Material. Erwähnenswerth ist bloss, dass bei den auf den Probsteigütern des mächtigsten Kapitels im Lande, nämlich des Wyšehrader, bestehenden Gerichten die Berufung an das am Sitze des Kapitels zu bestimmten Zeiten unter Mitwirkung von Kapitelbeamten gepflogene Gericht für zulässig erachtet wurde. Aus dem J. 1409 berichtet eine Urkunde: Nos Wenceslaus, eccl. Wyssegrad. praepos. commisimus certis nostris officialibus Hašconem evocandum ad judicium coram judice et consulibus in Žitenſc. Qui judex et consules eandem vineam sententialiter nobis adjudicaverunt. A qua quidem sententia praefatus Hašco ad judicium Wyšegradense, ubi causae singulis quatuor temporibus per officiales nostros ac nonnullos famosos vasallos nostros et ecclesiae Wyssegradiensis cum judice et consulibus juratis omnium et singulorum sub ditione et dominio ecclesiae Wyssegradensis praetactae consistentium tractantur et judicantur, appellavit (Tomek, l. cit. II, S. 301 Anm. 39).

[25] Vgl. die Andeutungen Stölzel's l. c. S. 140, 243.

[26] Neben den fünf Doctoren fanden in demselben Platz der kgl. Hofmarschall, die Hauptleute der drei prager Städte, d. h. die neu eingeführten kgl. Verwaltungs- und Polizeiorgane, endlich vier Bürger Prags, darunter Thomas

neben je fünf Edelleuten und vier bürgerlichen Schöffen auch fünf doctores juris Platz finden, und zur completten Rathsversammlung neun Stimmführer erforderlich sein. Aus den erhaltenen Installationsprotocollen lässt sich entnehmen, dass in der That bereits im Gründungsjahre jenes Tribunals die Dres Gerhard Aach, Christoph Klaekler, kgl. Hofrath, Ludwig Schradin, Laurenz Knorr von Rosenroth und Johann Wallinger (Hammerschmied, prodr. gloriae prag. S. 755; Weingarten, Fürstenspiegel, pg. 370)[27] in demselben Sitz und Stimme erwarben, sowie dass für die complette Besetzung der Doctorenbank stets Sorge getragen wurde, weshalb bis zur prager Defenestration 1618 im Ganzen dort 38 doctores unter 88 Beisitzern in Thätigkeit waren (Gf. Auersperg, das prager App.-Gericht, pg. 15—23; Schmidt, Gesch. d. prager App.-Gerts., S. 143—158), während im Landtage des J. 1582 darüber Klage geführt werden musste, dass die Bürgerbank nicht genügend besetzt sei. Schon vor der weissenberger Schlacht haben die rechtsgelehrten Beisitzer wohl bei den

von Javořic magister artium, der in Bologna und Venedig studirt hatte, sodann 1526 und 1527 rector der prager Hochschule war, hierauf jedoch das Kanzler- und Stadtschreiberamt in der Altstadt Prags übernahm (N. Sl. IV, 202) und Blasius Nožička von Votin, ein in gerichtlichen Angelegenheiten wohl erfahrener Mann und Eiferer für den kathol. Glauben, den er in verschiedenen dogmatischen und polemischen Schriften wärmstens verfocht (N. Sl. V, 922) ein vir perdoctus (Hammerschmied l. c. S. 755). Schmidt von Bergenhold führt in seiner Gesch. d. böhm. App.-Gts., S. 145 auch die beiden anderen Beisitzer aus dem Bürgerstande als doctores an, doch findet sich bei älteren Gewährsmännern kein Beleg hiefür. Die Zuziehung der doctores erregt kaum Staunen, wenn erwogen wird, dass schon 1486 die Churfürsten und Fürsten betreffs der Besetzung des Reichskammergerichtes die Berufung von Räthen beantragten, die »Edelleute oder Dres« sind (Schmidt, Reception d. röm. Rts. S. 187).

[27] Die Lesarten der obigen Namen sind sehr verschieden; vgl. Gf. Auersperg, Gesch. d. böhm. Appell.-Gerichtes I, pg. 15; Balbin, liber curialis, pg. 137; Tieftrunk, odpor stavů, pg. 341; wir hielten uns an die zumeist bewährte, weil dem Originale entnommene Hammerschmied's. Dr. Knorr von Rosenroth kömmt bereits unter den Gerichtsbeisitzern aus der Lausitz vor, welche 1547 über die »Prager Rebellen« das Urtheil zu sprechen hatten (vgl. Bucholtz, Gesch. Ferdinand I., Bd. 6, pg. 406). Auch in Böhmens Nachbarlande Baiern hatten 1501 die Herzöge die Berufung von Doctoren in die Hofgerichte damit gerechtfertigt, dass sie »der Rechten mehr als Laien verständig sind, und desto förmlicher und rechtmässiger Urtheil gesprochen werde« (Maurer, altgerm. Gtsverfahr. S. 318). Aehnlich wie in den Hofgerichts-Ordnungen Deutschlands ist auch in der böhm. Appell.-Gerts.-Instr. nicht nur die Zahl der Beisitzer überhaupt und der Gelehrten insbesondere, sondern auch die Zahl der regelmässigen vierteljährigen Sitzungen fixirt; vgl. Stölzel l. c. I, 250 und die cit. Instruction vom J. 1548.

Berathungen das entscheidende Wort geführt, da der dem Könige Ferdinand II. nach der gedachten Catastrophe unterbreitete Entwurf eines der Jesuiten-Universität zu ertheilenden Gnadenbriefes (1624) insbesondere auch für die Rechtsfacultät das Privileg anstrebte, dass die an derselben promovirten Doctoren und adeligen Licentiaten der Rechte vor allen anderen Bewerbern zu Appellationsrathsstellen befördert werden sollten (Tomek, Gesch. d. prag. Univ. S. 257). Sicherlich erwarb aber seit der durch Rescript vom 29. November 1628 durchgeführten Reformation dieses Gerichtes das gelehrte Richterelement in der Rathskammer mächtigen Einfluss, indem die ursprüngliche Zahl der rechtsgelehrten Beisitzer und Edelleute verdoppelt, die Bürgerbank aber aufgehoben wurde. In kurzer Zeit siegte dasselbe gänzlich, denn gemäss des Decretes vom 29. November 1628, dann art. 1 der unterm 26. November 1644 erlassenen Instruction[28] und der Declaratoria Ferdinand's III. (Dd. 8) zur Lds.-O. musste sich jeder Rath bei Aufnahme in das Gremium einer Prüfung aus den gemeinen, böhmischen und sächsischen Rechten unterwerfen, wodurch Nichtjuristen der Eintritt versperrt wurde. Einen Zuwachs gewann endlich die Doctorenbank seit der ihr gemäss Rescr. v. 17. April 1676 zugestandenen Vermehrung durch zwei Rathsstellen.

Die Instruction vom 20. Jänner 1548 verordnete wohl, dass: wenn »Appellazion für die Räthe von denen Städten und Gerichten in unser Kron Böheim ... komen, so sollen sie dieselben nach Ordnung und Recht eines jedlichen Gerichtes, welches sie sich bis dahero — es sei böhmisch oder magdeburgisch — gebraucht, versprechen«, und wiederholte zum Schlusse mit besonderer Rücksicht auf Mähren und Schlesien sowie die Lausitz dieses Gebot

---

[28] Inhaltlich dieser Instruction art. 34 haben im Rathssaale nebst der Landesordnung sammt deren Novellen und Declaratorien, die Stadtrechte, »das Sachsenrecht«, corpus juris canonici et civilis, die Landtagsschlüsse neben etlichen »selectioribus libris juridicis« aufzuliegen. Interessant ist die Weisung des art. 25, nach welchem der Referent eine bündige Geschichtserzählung aus den Acten vorzulesen und dann zu entwickeln hat, welches Klagerecht (genus actionis) angestrengt, ob es gegründet und vielleicht auch widerlegt wurde und wie zu urtheilen sei. Für die innere Rechtsgeschichte ist es von Bedeutung, dass das Rechtsmittel der Leuteration (nach art. 24) fernerhin nur dann Platz finden sollte, wenn im Appellationsurtheil etwas zweifelhaft, zweideutig oder dunkel ausgedrückt wäre (vgl. Schmidt von Bergenhold, böhm. Appell.-Gt. S. 55—82).

mit den Worten: »und sollen in solchen Apelazionen, Rechtsbelerung, Bei- und Blindurtheil, wie sich das ein jedliches Gericht des Rechtens, es sei kaiserlich, sächsisch oder magdeburgisch gebraucht, urtheilen und sprechen, und darin sollen unsere Räthe keine Veränderung machen«; doch dürfte die Annahme nicht allzu gewagt sein, dass einerseits die durch den cursus sententiarum (brünner Schöffenspruchsammlung) vermittelte Bekanntschaft mit gemeinrechtlichen Processelementen und andererseits das natürliche Ueberwiegen des Votums der gelehrten Appellations-Räthe in Processfragen die Reception des gemeinrechtlichen[29] Verfahrens gefestigt und gefördert[30] haben. Bereits in dem ältesten erhaltenen Urtheilsbuche der Appellationskammer (No. 4 für den Kreis: Königgrätz, Jung-Bunzlau, Pilsen) finden sich 1554 Reformaterkenntnisse, die im Sinne des gemeinen Processes die erstinstanzlichen Urtheile abändern[31], und Erkenntnisse ein-

---

[29] Für die Werthschätzung des gemeinen materiellen Rechtes bei dieser Instanz findet sich in dem ersten Buche »der Belerungen« 1550 ein sprechendes Zeugniss, indem das ertheilte Blindurtheil Eingangs hervorhebt, dass die eröffnete Entscheidung davon ausgehe, dass im Fragefalle »nach derselben Landesart nicht einige Gewohnheit oder Privilegien und Aufsatz so diesfalls dem gemainen geschribenen Rechten entgegen vorhanden wären« (Schmidt, böhm. App.-Grt. S. 49).

[30] Gemäss der Instruction 1548 votirten die Doctores nach den Beisitzern aus dem Ritterstande, jedoch vor jenen des Bürgerstandes (Abs. 4), doch führten sie wahrscheinlich zumeist das Referat; nach der Instruction 1644 art. 27 sollten die Doctores selbst vor den Beisitzern der Ritterbank, also zuerst votiren (Schmidt l. c. S. 42 u. 74).

[31] Z. B. fol. D 25 Abänderung des unbedingt der Klage stattgebenden Urtheils des Stadtgerichtes zu Jung-Bunzlau 1554 in ein bedingtes gegen Eidesableistung, da nur ein einziger Zeuge für die den Klagsanspruch begründenden Umstände günstige Zeugenschaft abgelegt hatte, ähnlich fol. C 17, wo ausdrücklich von einer Bestätigung und Erhärtung des von bloss einem Zeugen bestätigten Factums durch den vom Richter auferlegten Eid (Erfüllungseid) 1553 gesprochen wird; fol. B 5 wird das erstinstanzliche Erkenntniss behoben (1551), weil aus den Acten und dem Geständnisse der Streittheile hervorgeht, dass sie dem abgeschlossenen Compromisse gemäss die Angelegenheit Schiedsrichtern zur Entscheidung vorzulegen unterlassen hätten; fol. E 18 erklärt das Reformaturtheil (1555) geradezu, dass »der unvollständige Beweis durch den hiermit dem Beweisführer auferlegten Eid ergänzt« werden müsse; obwohl noch 1549 das Gericht zu Nimburg (fol. A 11) an dem deutschrechtlichen Principe des Näherseins des Geklagten zum Beweise der Nichtschuld festhält, findet sich beim Appellationsgerichte als Regel die Anwendung der gemeinrechtlichen Beweisdoctrin, die auch in den Urtheilen der Stadtgerichte immer mehr zur Geltung gelangt; fol. C 5 erfolgt die Abänderung des die Klage auf Bezahlung der Processkosten wegen Misslingens des Zeugenbeweises gänzlich abweisenden Urtheiles des Jungbunzlauer Gerichtes 1552 unter Zulassung des juramentum in litem; fol. B 1 wird 1551

zelner Stadtgerichte, welche sich auf Entscheidungen der Appellationskammer als Präjudicate beziehen und auf solche basiren [32]. Die Beifügung der rationes decidendi bei Reformaterkenntnissen wirkte für die Verbreitung der fremden Processgrundsätze in weiteren Kreisen ebenso, wie dieselbe im Tribunal selbst den rechtsgelehrten Beisitzern das Uebergewicht nothwendig verschaffen musste, die den ungelehrten Mitgliedern gegenüber bald eine

das Erkenntniss behoben, welches die Klage auf Bezahlung einer Schuld von 50 Schock Groschen verwarf, weil der Kläger dieselbe gegen den verstorbenen Schuldner nicht besiebnet habe (po umrlé ruce sám sedmi svědky nepokázal), mit der Motivirung des der Klage stattgebenden Reformaturtheiles, dass der Schuldbrief unter des Erblassers Siegel ausgestellt, unbeschädigt und fehlerfrei vorliegt, und der Geklagte (Erbe) keine Ursachen angeführt und bewiesen habe, aus welchen sich dessen Unechtheit oder Bedenklichkeit (falešný neb nepořádný) ergebe; B 15 unter Behebung des Beweiserkenntnisses über das Ausbleiben des Gegners wird vom Appellationsgerichte Bestellung einer Klagscaution auferlegt und der Geklagte erst nach erfolgter Cautionsleistung die Klage zu beantworten für verpflichtet erklärt (1551), wobei bemerkt werden mag, dass in Sachen der Klagscaution ursprünglich die sächsische »Klagsgewähr« überwiegt, dann aber gegenüber der gemeinrechtl. cautio pro expensis zurücktritt, insbesondere wird fol. B 19 (1551) Bürgenbestellung als genügende Sicherheitsleistung erachtet und bei Abgang von Bürgen die Beschwörung der Unvermögenheit zur Cautionsleistung für zulässig angesehen; fol. C 5 wird die seitens des Schöffenrathes zu Jungbunzlau 1552 verfügte Zulassung der Mutter des Geklagten, auf deren Zeugniss sich der Kläger berief, nicht bestätigt, vielmehr deren Abhörung in offenbarem Missverständniss der l. 10 D 38, 10 als unzulässig erklärt, »da die Mutter gegen den Sohn Zeugenschaft abzulegen nicht verpflichtet sei«; fol. 23 der II. Serie wird in appellatorio die Abhörung der in Vertretung einer Zunft den Streit führenden Meister und Aeltesten derselben als Zeugen zugelassen (1559), da es sich in dem Processe nicht um ihre Personen oder Angelegenheiten handle, vielmehr um Sachen der von ihnen vertretenen Zunft (vgl. die ausnahmsweise Vorschrift c. 5 X 2, 19; c. 6 X 2, 20 propter favorem rei ecclesiasticae), während das Stadtgericht in Nimburg die Abhörung dieser Zeugen nicht zugelassen hatte, von der Ansicht beherrscht, dass sie in eigener Sache Zeugenschaft ablegen müssten. In derselben Entscheidung findet sich auch die Zulassung eines gemeinrechtlichen Editionseides in appellatorio. Sogar Cassationen der von Stadtgerichten geschöpften Erkenntnisse kommen vor, z. B. 1553 fol. C 18, auch wegen Incompetenz in Ehesachen, »welche vor das kirchliche Gericht gehören«, 1553 (fol. 46 der Entscheidungen betreffend den Pilsener Kreis), ähnlich wie der Praejudicialeffect der Entscheidung in foro ecclesiastico auf anhängige Streitsachen 1553 (fol. C 18) anerkannt wird. Endlich ist zu bemerken, dass Rechtssprüche der Stadtgerichte oft nur aus einzelnen der im erstrichterlichen Urtheile angeführten Gründe bestätigt werden (1555 fol. E 20).

[32] fol. B 21 in einem Urtheile des Schöffenrathes zu Jungbunzlau 1551, fol. E 2 und 3 in dem Urtheile eines anderen Gerichtes desselben Kreises 1554, ebenso in einem vor dem prager Rathe abgeführten Processe 1563 (MS. monast. Sion No. 111 fol. 157). Die oben erwähnte Bedeutung der Praejudicate veranlasste auch alphabetische Zusammenstellungen der in denselben ausgesprochenen Rechtsgrundsätze; vgl. MS. der prag. Univ.-Bibl. Sign. 17 D 25, worin eine Entscheidung 1553 ausdrücklich das beneficium nondum probata probandi in appellatorio abspricht.

ähnliche Stellung einnahmen, wie die Stadtschreiber gegenüber den ungelehrten Schöffen in den städtischen Gerichten [33]. Fest steht, dass nach der Publication des prager Rechtscodex in Folge des Landtagsbeschlusses vom J. 1579 die römisch-canonischen Processgrundsätze beim Appellationsgerichte zum unbestrittenen Siege gelangten, indem dieses Tribunal, wie oben erwähnt, der ein Exemplar gedachter Stadtrechte unterbreitenden Deputation des prager Rathes die Versicherung ertheilte, dass in appellatorio allen Entscheidungen erster Instanz Bestätigung zu Theil werden solle, welche den Stadtrechten gemäss erfliessen würden [34].

XI.

Beförderung der Reception des fremden Rechtes durch den Humanismus.

Keinem Zweifel kann es nach den oben gegebenen Ausführungen unterliegen, dass die Praxis der Stadtgerichte an den gemeinrechtlichen Processprincipien selbst vor der Codification vom Jahre 1579 festhielt und dieselben zur Anwendung brachte. Es möge an dieser Stelle gestattet sein, einen Blick auf die Gestaltung derjenigen allgemeinen Verhältnisse zu werfen, die in dieser Rücksicht fördernd und unterstützend eingriffen.

Man dürfte kaum irre gehen, wenn man jene Richtung bei Verwaltung der Gerichtsbarkeit in den Städten mit der lebhaften Aufnahme in einen gewissen Zusammenhang bringt, welchen die humanistischen Strebungen in den böhmischen Ländern fanden.

An dem Scheiterhaufen des böhmischen Magisters Johannes

---

[33] Vgl. über dieselbe Erscheinung in deutschen Hofgerichten Stobbe I. 2. Abthl. S. 85 u. 106.

[34] In zweifelhaften Fällen sollte die Appellationskammer die Entscheidung dem Könige und seinen Räthen überlassen (vgl. die kgl. Verordnung bei Tieftrunk l. c. S. 346), doch scheint es hierzu niemals gekommen zu sein. Seit der Erlassung der Appell.-Instruction vom J. 1644 (art. 20) hatten auch die Untergerichte »ihren Sentenzen rationes decidendi expresse einzuverleiben«, wodurch die Verbreitung der gemeinen Processvorschriften eine neuerliche Nahrung erhielt.

Hus, den der Scholasticismus schürte, weil er es gewagt, mit dem das Mittelalter beherrschenden Autoritätsprincip zu brechen, entzündeten sich die Leuchten, die in den transalpinen Ländern das scholastische Dunkel erhellen sollten [1]. Auf den Concilien zu Constanz und Basel traten italienische Humanisten in nähere Berührung mit Söhnen Böhmens [2]. Leidige Religionsstreitigkeiten und Kämpfe, in denen das Herzblut der Nation hinfloss, ohne dass das Ziel erreicht worden wäre, wofür es geopfert wurde, gestatteten nicht, dass die zarten Keime rasch erblühten. Die persönlichen Beziehungen eines Aeneas Sylvius zu einzelnen Böhmen [3], das Wirken Gregor's von Heimburg, seines politischen

[1] Die ersten Humanisten, welche den böhmischen Boden betraten (der schwärmerische Dichter Petrarca 1356 und der Volkstribun Cola di Rienzo 1350), um ihren politischen Ideen die Unterstützung Karl's IV. zu sichern, nahmen keinen Einfluss auf die Denkungsart und Bildungsweise in Böhmen; vgl. Friedjung, Kaiser Karl IV. pg. 279 ff.

[2] Der bekannte florentiner Humanist Poggius, der als päpstl. Secretär 1414 vom Constanzer Concil durch Deutschland reiste, um Classiker-Handschriften zu sammeln, berichtet als Augenzeuge seinem Freunde Leonard Aretinus über den Process und die Verbrennung des mag. Hieronimus von Prag 1416, den er einen zweiten Cato nennt (von der Hardt III. 64—71); in Basel verkehrte 1433 der durch tiefe und gründliche Gelehrsamkeit und schwungvolle humanistische Bildung gleich hervorragende Cardinal Julian Cesarini (Voigt, Enea Silvio I. Bd. S. 50, 212) sehr vertraulich mit Prokop genannt dem Grossen (Palacký děje č. III. 2. Abthl. pg. 220 ff.); vgl. auch Voigt, Wiederbelebung des class. Alterth. pg. 366; Hagen, Deutschlands liter. und relig. Verhältn. im Reform.-Zeitalter I. Bd. pg. 81.

[3] Der nachmalige Papst Pius II. war bald, nachdem er aus dem Secretariate am basler Concil geschieden war, durch die Verwendung des kais. Canzlers Caspar Schlick, eines Böhmen, Secretär am Kaiserhofe Friedrich's geworden 1443 (Archiv österr. Gesch.-Quell. Bd. 16, pg. 338). Seine Canzleicollegen waren dort die Böhmen Wenzel von Buchau, der einen lebhaften Styl schreiben lernte, und wahrscheinlich derselbe, der zuerst Aenea's Briefe copirte, sammelte und kleinen Handel damit betrieb (cit. Arch. pg. 329); Prokop von Rabenstein, später Canzler in Böhmen (Voigt, Silvius I, pg. 284; II, pg. 353; dessen Wiederbel. pg. 381; sodann Chmel regesta Frider. No. 1945 cit. Archiv pg. 331), und Johannes Tušek (aus Patzau) 1436 und 1437 in der Canzlei Sigmund's (Archiv č. I. S. 47—51, VI. S. 441 ff.), 1438 in jener Albrecht's (Stadtbuch No. 992 der Altstadt Prag fol. 183), 1441 als Bürger Prags aufgenommen (l. c. fol. ult.), 1446—1451 protonotarius der Altstadt Prag (Palacký, Würdigung d. böhm. Gesch.-Schreiber pg. 237 und cit. Codex fol. 231 p. v.). In Beantwortung eines Schreibens des Letztgenannten erwähnt Aeneas Sylvius (epist. edit. Basil. No. 70): Notum in Bohemia Aeneam non invitus audio, quia melius est nomen bonum, quam divitiae multae ... Mihi sane magnos stimulos ad eloquentiam capessendam adhibet is, quem de me dicis inter Bohemos esse rumor. Mit Jo. Tušek blieb Aeneas in Briefwechsel (cit. epist. No. 70, 85, 90, 127 in den Jahren 1444 und 1445), worin er ihn amicus nennt, und bediente sich seiner Beihülfe bei Abfassung der historia bohemica. Auch am Königshofe Ladislaus' hatte Aeneas Verbindungen, wie aus seinen Briefen an den Dr. legum Nicolaus Liscius, Canzler, her-

Gegners aber Förderers des Humanismus, durch ein Lustrum[4] am Königshofe Georg's von Poděbrad, das frühzeitige Erwachen classischer Studien an der prager Hochschule durch die Bemühungen eines Gregor Gastulus[5] waren ephemere Erscheinungen, die für sich allein niemals mächtig genug gewesen wären, gegenüber den geistig verknöcherten Magistern der Utraquisten in der Kirche und an der Hochschule[6] die neue Geistesströmung zum Siege zu bringen. Es kommen vielmehr der Besuch fremder Hochschulen, der hierbei angeknüpfte persönliche Verkehr mit hervorragenden Humanisten[7], die stets zunehmende

vorleuchtet (epist. cit. No. 196, 246). Der Verkehr mit dem pilsner Stadtschreiber Joannes (cit. Arch. pg. 391 anno 1447) scheint nur polemischer Natur gewesen zu sein. Bei dem Conclave, aus welchem Nicolaus V. hervorging, 1447, war der oben genannte Prokop von Rabenstein neben Aeneas Hüter desselben (Palacký l. c. IV. Abthl. 1, pg. 142; Arch. č. II. S. 419). Einen Beweis, dass Aeneas' literarische Erzeugnisse in Böhmen Interesse erregten, gibt neben dem obigen Zeugnisse der von Wenzel de Crumlow (auch de Rovné), protonotarius der Herren von Rosenberg, zusammengetragene MS.-Codex seiner Briefe in der prager Univ.-Bibliothek.

4 Er wirkte in Böhmen vom J. 1466—1471; vgl. S. 65. Den Gegensatz zwischen ihm und Aeneas Sylvius characterisirt trefflich Voigt, Aeneas II. Thl. pg. 349 ff. und Wiederbelebung pg. 383. Seinem Einfluss ist wohl die Einführung eines eleganteren Styles in die Canzlei Georg's von Poděbrad zuzuschreiben, deren Procháska: de saecul. liber artium in Boh. fatis pg. 229 rühmend erwähnt.

5 Derselbe, ein Prager, 1462 mag., 1466 decanus fac. art., las über Virgil und die Noten des Servius hierzu bis 1484, nach dem MS.-Cod. fac. art. prag. in den Acta lit. Boh. et Mor. II. pg. 294.

6 Wladislaw's II. Versuch, die prager Hochschule 1512 zu neuem Leben zu erwecken, zu welchem Behufe er aus Italien zwei Gelehrte berufen hatte, scheiterte trotz freudigster Zustimmung des Landtags an dem Widerstreben einzelner Eiferer, welche die Religionsfrage hierdurch berührt erachteten; Procháska l. c. pg. 261 ff.; Ztschft. d. böhm. Mus. 1828 pg. 115.

7 Beispielsweise mag hervorgehoben werden, dass Bohuslaus von Lobkowic in persönlichem und brieflichem Verkehr stand mit dem bekannten strassburger Canonicus Peter Schott, dem dortigen Prediger Johann Geiler von Kaisersberg, dem ersten Rector der wittenberger Hochschule JUDr. Martin Mellerstadt und seinem Gegner theol. Prof. Conrad Wimpina zu Leipzig, welchem er anlässlich des zwischen diesen beiden Männern ausgebrochenen Streites schreibt, mit Conrad Celtes, der 1491 in Prag weilte, mit dem noch zu nennenden Italiener Hieronimus Balbus, mit Adelmann von Adelmannsfelden, Canonicus zu Eichstädt, mit dem nachmaligen Rathe Maximilian's I., Willibald Pirkheimer, den er, von Celtes empfohlen, bestens zu empfangen verspricht (Acta lit. Boh. cit. II. 92—118, 299, 449 ff.). Auch sein Freund Johann Šlechta von Wšehrd, kgl. Rath, steht in vertrautem Briefwechsel mit Erasmus Roterodamus, der sich über die Grundsätze der böhm. Brüdergemeinde nicht abfällig äussert (Sabina, böhm. Lit.-Gesch. pg. 793), ebenso mit Conrad Celtes (Aschbach l. c. II. pg. 428, Note 2). In Bologna verkehrte mit Ulrich Hutten der nachmalige wyšehrader Dechant Simon Fagellus Villaticus († 1549 cit. act. lit.). In Basel trat Sigmund Hrubý von Jelení (Jelenius) 1524 in näheren Verkehr mit Erasmus Roterodamus, welcher ihn den gelehr-

Zahl von einheimischen Anhängern der neuen Richtung und das Wirken einzelner hervorragender Vertreter derselben[8], die Organisirung der Mittelschulen[9] und die Verbreitung der Erzeugnisse der humanistischen Literatur überhaupt[10] und insbesondere auch durch Uebersetzungen[11] als die Haupt-

testen Böhmen seiner Zeit nennt, und wurde als Leiter der lat. und griech. Classikerausgaben der Frobenius'schen Officin in den weitesten liter. Kreisen bekannt (N. Sl. III. S. 944). Ingleichen weisen die bekannten epistolae obscurorum virorum 1516—1517 auf persönlichen Contact der deutschen Humanisten mit Böhmen, da in der edit. Monac. pg. 260 den Dunkelmännern die Aeusserung in den Mund gelegt wird, dass falls Reuchlin's Process nicht in ihrem Sinne ausfalle, man sich lieber mit den Hussiten verbinden wolle; auch im 2. Theile der epist. pg. 226 wird bei Schilderung des Besuches eines baccalaureus bei Reuchlin erzählt, dieser habe vor sich ein Buch liegen gehabt, das weder deutsch, noch böhmisch, noch lateinisch gewesen sei. Bemerkenswerth ist auch, dass Erasmus in gleichzeitigen böhm. Aufzeichnungen als kirchl. Reformator verherrlicht wird (Sabina, Gesch. d. böhm. Lit. S. 793) und die böhm. Brüdergemeinde, zur Zeit da er am Zenith seines Ruhmes stand (1511), eine Deputation an ihn nach Amsterdam entsandte, um von ihm eine förmliche Gutheissung ihrer Grundsätze zu erlangen; freilich musste ein solches Begehren an der diplomatischen Vorsicht des Erasmus scheitern (Gindely, Gesch. d. böhm. Brüd. I. S. 149).

[8] Vgl. darüber den folgenden Text. Insbesondere ist Bohuslaus von Lobkowic hervorzuheben, dessen Wirken ähnlich wie jenes Wilibald Pirkheimer's (Hagen l. c. I. pg. 276) hauptsächlich ein practisches, unmittelbares, aus seiner Persönlichkeit und seinen äusseren günstigen Verhältnissen hervorgehendes war.

[9] Vornehmlich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wetteifern Stadtgemeinden (Laun, Saaz, Klattau) und Privatpersonen in der Anlage solcher (cit. acta lit. boh. II pg. 179 und Procháska: de saec. lib. art. fat. pg. 303 ff., 329 ff., 337 ff.; Ztschft. des böhm. Mus. 1870 S. 381). Im J. 1586 wurde von der prager Artistenfacultät, der die Leitung des Schulwesens im ganzen Lande zukam und deren baccalaurei in allen Städten als Lehrer fungiren (Ztschft. des böhm. Mus. 1845 S. 370, 604), ein ordo studiorum in scholis civitatum constitutus erlassen, in welchem folgende eigenthümliche Methode der Förderung reinen lateinischen Styles vorgeschrieben wird: Signiferi habent ferulas cum signis notatas: primus cum asino, quam offeret vernacula utenti lingua, secundus cum Turca, quam tradet obsolete, incongrue et barbare loquenti, tertius cum sue, quem dabit inciviliter, aut spurce loquenti (acta cit. pg. 260). Aehnliches bestimmte schon Mathei Collini: liber de educatione puerorum 1550; vgl. Jungmann, Gesch. d. böhm. Lit. pg. 120.

[10] Das aus dem Besitze des art. baccal. Blasius Kremer de Plana, canon. prag., herrührende MS. 1483 (prag. Domcap.: D 109) enthält Arbeiten Petrarca's und Aen. Sylvius' neben Fragmenten des Terenz. Das Testament eines mag. art. und Stadtschreibers zu Chrudim aus dem J. 1536 (Ztschft. d. böhm. Mus. 1845 S. 365 ff.) verfügt über Schriften Petrarca's und Erasmi Roterodami von Todeswegen und legt durch den Auftrag an die Erben wegen Rückstellung mehrerer Bücher an die Bibliotheken der bei der prager Hochschule bestehenden collegia (bohemicum und Rejčkianum), sowie an eine solche zu Chrudim, Zeugniss ab von der wissenschaftlichen Strebsamkeit jener Tage.

[11] Gregor Hrubý von Jelení, ein Prager in Diensten Wladislaw's II., † 1514, übersetzte des Canzlers Kgs. Ferdinand's von Neapel, Joh. Jovianus Pontanus, und des Laurentius Valla Schriften, dann Petrarca's Tractat: de

factoren in Betracht, welche den staunenswerthen Umschwung in der Weltanschauung und Lebensrichtung des ganzen Volkes im Verlaufe des 16. Jahrhunderts hervorriefen. Nach den fortgeschritteneren Universitäten Italiens und Deutschlands pilgern, von Wissensdurst getrieben, zahlreiche junge Männer nicht bloss aus den Reihen des Adels, sondern auch des Bürgerstandes. Zu Bologna[12] fand 1505 ein Lehrer der schönen Wissenschaften, Philippus Beroaldus, Gelegenheit, eine Reihe seiner Jünger aus Böhmen ihres edlen Strebens wegen zu beloben. Insbesondere aber zog Wittenberg[13], Ingolstadt, Strassburg und endlich auch Jena[14] Wissensbegie-

---

remediis utriusque fortunae (bereits 1501), des Erasmus: Encomion Moriae (schon 1513); vgl. Ztschft. des böhm. Mus. 1862 pg. 163; Sitz.-Ber. der böhm. Ges. d. Wiss. 1864 S. 102 ff. Einzelne Arbeiten Phil. Beroald's, Boccaccio's und Aeneas Sylvius' übertrug ins Böhmische der zu Wittenberg gebildete Buchdrucker Nicolaus Finitor (Konáč) in den ersten Decennien des 16. Jahrhunderts (Jireček, Anthol. II. pg. 44). Schon 1487 hatte der brünner Canonicus, Johannes Huska, archidiaconus zu Lundenburg, des Aen. Sylvius böhm. Chronik in die Volkssprache übersetzt (Palacký, ital. Reise pg. 65).

[12] Beroald sagt in dedicatione orationis proverbiorum ad ornatiss. Christoph. Weitmühlium scholasticum Bohemum Argentinae 1505, dass alljährlich aus Böhmen mehrere Jünglinge nach Bologna ihrer Studien wegen kamen; insbesondere nennt er Ulrich von Rosenberg († 1513 als Privatmann), Johann von Wartenberg, Dr. decr., † als Vicar des prager Erzbisthums 1508 (Procházka, Miscell. pg. 228), Martin von Krumau, Christoph von Wejtmühl, praepositus pragensis und Mitglied der sodalitas Danubiana (Procházka de lib. art. fatis pg. 243; Aschbach, Gesch. d. wien. Univ. II, 426). Ausser diesen zählt unter seine Schüler auch Wenzel Písecký, ein talentirter Förderer classischer Studien, der 1511 in Venedig den Gifttod fand (vgl. die epistola Petri Codicilli an den prager Senat praemissa dictionario linguae latinae Danielis Adami 1579). Ueber andere Besucher ital. Hochschulen aus Böhmen im 15. und 16. saec. vgl. Abschnitt VI, Note 8 und diesen passim.

[13] In den österr. Ländern hatte Ferdinand I. 1548 verboten, an anderen Hochschulen zu studiren, als in Wien, Freiburg und Ingolstadt (Buchholtz, Gesch. Ferd. I. VIII. Bd. S. 221).

[14] In Wittenberg studirte 1533 Sixtus Rakonicenus, der unten zu erwähnende Canzler der Altstadt Prag, genannt ab Ottersdorf, 1530 Wenzel Arpinus, Rector der Schule zu Saaz, später primarius senator († 1582), 1555 Joannes Camarith a Rovin, baccal. art., Stadtschreiber in der Kleinseite Prags, und Johann Strial, Stadtschreiber in Budweis, 1557 Matheus Gregorius, zubenannt a Tulehowa, syndicus zu Iglau und Canzler der Altstadt Prag; ausserdem 1533 Matheus Colinus, geadelt ab Choterina, der nachmalige Interpret Homer's an der prager Hochschule, 1540 Ulricus Prefat von Wulkenaw, ein tüchtiger Mechanikus, Verfasser einer Reisebeschreibung nach Palestina, 1544 Laurentius Span Žatecensis, med. Dr. und latein. Dichter, 1550 Thaddeus Nemicus (Hájek), bedeutender Botaniker und Leibarzt Maximilian's II., 1551 Casparus Vulpianus Svidnicensis professor in schola pragensi, 1555 Petrus Codicillus a Tulechow, Professor und Decan der phil. Facultät, dann Rector der Hochschule zu Prag etc. Unter den Rectores academiae Wittebergensis kommen auch böhm. Adelige vor, so 1520 Christof Graf Schlick,

rige[15] an. Was Wittenberg anlangt, ist ein Nachweis im Detail betreffs des Rechtsstudiums unmöglich, weil der veröffentlichten

ausser ihm Sigmund (um 1511) und Bohuslaus Lobkowic, ein Vetter des gleichnamigen hervorragenden Humanisten, und im J. 1571 der in jungen Jahren verblichene Michael von Slavata (Procházka de lib. art. fatis pg. 253). Selbst der Decan der prager Artistenfacultät Heinrich Curius weilt zur Erweiterung seiner Kenntnisse zwischen 1533—38 an jener Academie (l. c. pg. 256). Insbesondere aus den Städten Joachimsthal, Aussig, Schlackenwald, Leitmeritz, Leitomischl, Saaz, Jungbunzlau, Iglau und Prag finden sich in Wittenberg — hauptsächlich seit der Landsmann Aurogallus dort (1542 Rector) wirkte (Procházka de lib. art. fat. pg. 250) — zahlreiche Jünger der Wissenschaft; das kathol. Pilsen, obwohl unter die wohlhabendsten Städte des Landes zählend, sandte nur vereinzelt seine Söhne dahin. — Betreffs Ingolstadts ist hervorzuheben, dass dort (laut Rotmari tom. almae Ingolstad. acad. fol. 63 p. v. 64; Pelzel, böhm. Gelehrte II, Vorrede S. 10) ihre Studien machten: 1553 Johann Ludwig von Kolovrat (Bezdružický N. Sl. IV, 763), Appellationsgerichtspräsident 1577—1585, † 1604; im J. 1565 Wolfgang Kolovrat (Novohradský N. Sl. IV, 766), oberster Hofrichter 1599—1602 und Oberstlandrichter 1603—1608, † 1609; im J. 1571 sein Nachfolger im ersteren Amte 1603 bis 1609 Johann Georg von Schwamberg (Rotmarus l. c. verwechselt irrthümlich den Sohn mit dem Vater); im J. 1561 und 1565 Christoph von Lobkowic (Popel), Appellationsger.-Präs. 1592—1603 (N.Sl IV 1354), und Bartholomeus v. Lobkowic (Popel), welcher 1599 gegen die Türken fiel (Rotmarus l. c. verwechselt beide Persönlichkeiten), dann zu Ende des 16. Jahrhunderts Johann Zbynek von Hasenburg, Appellationsgerichtspräsident 1609—1616 (N. Sl. III, 661) und Paul von Michna, k. Rath und böhm. Statthalter 1621 (N. Sl. V, 310). Eben auch an dieser Hochschule studirten, ohne dass die spätere Lebensstellung bekannt wäre, 1542 Wolf Georg Krajíř von Krajek, Sohn des 1552 † Oberstkanzlers gleichen Namens (N. Sl. IV, 935; Bucholtz, Gesch. Ferd. I., Bd. VI, S. 346), zwei Glieder der Familie Lobkovic-Hassenstein (1544 Filip und 1554 Johann) und um dieselbe Zeit der Adoptivsohn Bohuslaw des Vicelandrichters Johann Hodčjovský von Hodějov (Farrag. II), der jedoch in der Blüthe seiner Jahre 1553 verstarb (N. Sl. III, 822), endlich 1575 Andreas und Georg von Sternberg, deren letzterer in Diensten Erzherzog Ferdinand's von Tirol, Gatten der Philippine Welser, seiner mütterlichen Cousine, starb (N. Sl. IX, S. 151). Beide gingen bald an italienische Hochschulen (Borový, Anton Brus, S. 78). Rücksichtlich Strassburgs bestätigt der dort studirende prager (Kleinseitner) Stadtschreiber Kocín, dessen unten mehrfache Erwähnung geschieht, daselbst mit dem späteren k. Gesandten bei der Pforte »Hendrich« von Lichtenstein († 1585) und dessen Bruder Johann Septimius nebst 26 anderen Adeligen zusammengetroffen zu sein, deren letztgenannten er 1576 in Padua abermals traf (Jireček, Anth. II, S. 197); dort und in Basel studirte auch der mähr. Staatsmann Karl von Žerotín, seit 1594 Landrechtsbeisitzer (N. Sl. X, S. 487). Bezüglich Jena's ist das in der Sammlung der böhmisch. Ges. der Wiss. erliegende Stammbuch des 1621 enthaupteten Oberstlandrichters des böhmischen Winterkönigs Friedrich von der Pfalz, Joachim Andreas Graf Schlick zu vergleichen, der dort das Rectorat bekleidet hatte (Procházka de lib. art. fat. pg. 253), ähnlich wie Radislaus von Kinský, kais. Rath Rudolf's II. vor 1569 zu Altdorf und im J. 1595 der Oheim des Friedländers, Hanibal von Waldstein, 1607 Kreishauptmann und oberst. Münzmeister (N. Sl. IX, 867) zu Frankfurt. Ueber den Besuch der Hochschule zu Paris im 16. Jahrh. vgl. Procházka l. c. S. 254 u. N. Sl. III, 497.

[15] Von dem Oberstburggrafen Johann junior von Lobkowic (Popel) † 1570 ist ohne nähere Ortsangabe nur bekannt, dass er extra Pragam jura caesarea inspexit (Hammerschmied l. c. pg. 717).

Matrikel aus den Jahren 1502—1560 (Förstemann, album academiae Witbrg. 1841) nicht die Angehörigkeit an die bezügliche Facultät zu entnehmen ist. Doch ist es bei den regen Beziehungen der Utraquisten und böhmischen Brüder zu den Wittenberger kirchl. Reformatoren (vgl. fontes rer. austr. II. Folge, Band 19) nicht zu bezweifeln, dass wissbegierige Jünglinge dieser beiden Glaubensrichtungen gerade diese Hochschule aufsuchten. In der That finden sich in der erwähnten Matrikel manche Namen, die in der politischen und Kulturgeschichte Böhmens nicht unbekannt sind, und ist die Gesammtzahl der Besucher aus Böhmen und Mähren eine verhältnissmässig bedeutende. Betreffs Ingolstadt's, der kathol. Stätte der Wissenschaft, rühmt ein in dem Sammelwerke eines prager latein. Dichterkreises, den s. g. farragines poëmatum (II. Bd. 1561, pg. 137), mitgetheiltes Gedicht diese Hochschule als Pegasidum decus, inclyta fama per orbem caesarei juris, pacis alumna piae und bemüht sich der Erzbischof Anton Brus (1566) gleich nach der Wiederaufrichtung des Metropolitanstuhles zu Prag, den katholischen Adel Böhmens zur Frequenz derselben anzueifern (Borový's Monographie, S. 78). Bekanntlich war an derselben bis in die 60er Jahre des 16. Jahrhunderts der Zweck des juristischen Studiums die Vorbereitung für höhere Justizstellen (Stölzel, gelehrt. Richt. I, pg. 102), was auch Detailnachrichten für Böhmen bestätigen.

Das einheimische Schriftthum war in ödes Glaubensgezänke versunken, unfähig eine Regeneration der Geister auf dem Felde der Wissenschaft selbständig zu bewirken (Palacký, děje č. IV, 1. Abth. S. 373 ff.), insbesondere da sich das Ausland gegen »die böhmischen Ketzer« hermetisch abschloss (vgl. l. c. u. III. Abth. 2, S. 446). Vom Auslande her musste sich der Born edleren Wissens ergiessen.

In der Fremde gebildete hervorragende einheimische Geister waren eifrig bemüht, die Blüthe der Wissenschaften nach der Heimath zu verpflanzen[16]; der »grosse Böhme«

[16] Diesem Streben entsprang auch die testamentarische Stiftung einer Lehrkanzel für die Interpretation der Werke Homers durch den zu Bologna gebildeten Mährer (Procházka, de lib. art. fat. S. 274) JUDr. Franz (vgl. Landtagsbeschluss 1561) und der Landtagsbeschluss 1531, dass kein Gutsherr

Bohuslaus Lobkowic von Hassenstein[17], der erste Humanist Böhmens, dessen Namen in der Geschichte der humanistischen Bewegung in den österreichischen Ländern stets neben jenem eines Conrad Celtes an erster Stelle glänzen wird, und der hochgebildete kgl. Rath Johann Schlechta von Wšehrd[18], ein hervorragendes Mitglied der sodalitas Danubiana, suchten talentirte Vertreter der neuen Richtung für die verfallene prager Hochschule zu gewinnen. Doch nach den traurigen Erfahrungen, die man mit dem ehemals pariser dann wiener professor artium et juris Hieronimus Balbus[19] gemacht, und bei dem Widerstreben der erbeingesessenen scholastischen Magister[20] musste man bald ähn-

solchen Unterthanen, die sich literärischen Studien zuwenden, hierin hinderlich sein dürfe, endlich Studentenstiftungen (Procházka l. c. pg. 367, N. Sl. X. S. 27).

[17] Vgl. die Ausgabe seiner Werke von Mitis 1570 praefatio; Procházka l. c. Celtes nennt ihn amor. lib. II, eleg. IV: Musarum et patriae fulgida stella suae; Cornova's Monographie; Erhard, Gesch. des Wiederaufblühens wissenschaftl. Bildung in Deutschland II, S. 47; Hagen, Deutschlds. liter. u. relig. Vhltn. im Reform.-Zeitalter I, 156; Voigt, acta lit. boh. II, pg. 295 ff. Seine Gedichte wurden von Wolfgang Plick in Leipzig nach den Schöpfungen Virgil's gelesen und er zum Vorstande der sodalitas Leucopolitana zu Wittenberg nach des Professors Math. Lupinus Tode erwählt (vgl. Mart. Mellerstadii, Laconism. tumultuarius). Seinen Widerwillen gegen die scholastischen Zänkereien zeigt Lobkowic klar in dem Aufsatze de miseria humana, in welchem er die Disputirsucht der Thomisten und Scotisten unter die Plagen der Menschheit rechnet; ähnlich äusserte er sich anlässlich einer wissenschaftlichen Besprechung mit Hier. Balbus (wie Gregor Hrubý von Jelení in einem MS. berichtet, vgl. Vinařický über Bohus. v. Lobkowic, pg. 40) in dem Sinne, dass alle neueren doctores seit einigen hundert Jahren mehr der Logik als der Theologie genützt haben und statt der Glaubenseinhelligkeit Glaubenszwiste förderten.

[18] Aschbach. Geschichte d. Wiener Universität II, pg. 428, cit. acta, pg. 380. Geboren 1466, gestorben 1525.

[19] Geboren 1465, gestorben um 1530. Retzer, Nachrichten von dem Leben und den Schriften des Hieron. Balbus, Wien 1790, pg. 15; cit. acta lit. pag. 391 ff.; Aschbach l. c. II, pg. 56, 146—169. Schon in Paris hatten ihm seine Gegner vorgeworfen, dass er Justinianei digesti et nonnullorum ex jure pontificio enucleationem audacissime magis, quam prudenter assumserit. Nach manchen Zwischenfällen kam er an die Wiener und von da 1499 an die prager Hochschule, doch musste er dieselbe bald verlassen, da ihm widernatürliche Ausschweifungen und Atheismus (opera Boh. Lobkowic, pg. 162) zum Vorwurf gemacht wurden. Später taucht er am Königshofe zu Ofen auf, wird Bischof zu Gurk und ist Beisitzer des zur Aburtheilung der wiener Rebellen nach Maximilian's I. Tode zu Wiener Neustadt zusammengetretenen Blutgerichtes 1522.

[20] Vgl. das Klagelied an Ferdinand I. in den farrag. poëmat. I, pg. 148. Prag wusste seine Landsleute nicht zu schätzen; Sigmund Jelenius (vgl. Note 7) ging nach einem kurzen Versuche, durch Privatunterricht classische Kenntnisse zu verbreiten, in's Ausland, und der aus der Reformationsgeschichte bekannte Kommotauer Michael Aurogallus fand in Wittenberg jene ehrenvolle

liche Versuche fallen lassen. Nur im Allgemeinen wird seit der Mitte des 16. Jahrhunderts auf eine Reform der carolinischen alma mater gedrungen, ohne dass jedoch der endliche Abschluss dieser Strebungen noch in dieses Saeculum fallen würde.

Zahlreiche, die regste Thätigkeit entfaltende Gelehrtengesellschaften[21] bemühen sich die Lücken in der Bildung auszufüllen, die leider eine durch das erzwungene Cölibat der Lehrer aller tüchtigeren Kräfte für die Dauer beraubte und desshalb jedes Aufschwunges unfähige Hochschule verschuldet. Deren Einflusse und dem hiedurch stets zunehmenden Interesse weiterer Kreise ist die Regenerirung der Mittelschulen im Sinne der classischen Studien, besonders nach dem Muster der Pflegestätte solchen Wissens, der berühmten Anstalt zu Deventer zu verdanken[22].

Die classische Bildung dringt rasch in immer weitere Schichten der Bevölkerung ein. Gefördert durch Uebersetzungen der Classiker[23] und durch die weit verbreitete Kenntniss der lateinischen Sprache[24] tritt gewissermassen eine äussere Latinisi-

---

Stellung, um welche er sich in seiner Heimath vergeblich beworben hatte (Procházka, de saec. lib. art. fat., pg. 280). Noch um die Hälfte des 16. Jahrhunderts überwog unter den Lehrern an der Artistenfacultät der scholastische Sinn, denn als der Vicelandrichter Johann Hodějovský von Hodějov 1550 eine Kanzel für christliche Poesie gründete, stellten sich die magister der Hochschule dagegen in Opposition (Procházka l. c. pg. 294). Aehnliches geschah 1567; als nämlich der unglückliche später in Italien dem Flammentode preisgegebene Grieche Michael Palaeologus aus Dankbarkeit dem Verbreiter der Kenntniss homerischer Dichtungen in Böhmen, Math. Colinus, in der Universitätsaula das noch heute existirende Monument setzen wollte, bedurfte es des strengen Einschreitens der kgl. Statthalter, um die den humanistischen Strebungen abholden Magister zur Gestattung und Duldung dessen zu bewegen (Abhdl. d. böhm. Ges. d. Wiss., V. Folge, III. Bd. pg. 696).

[21] Vgl. insbesondere Procházka, Miscell. der böhm. u. mähr. Lit. I, pag. 13 ff., 418 ff.; dessen de saec. lib. art. fat. pg. 241 ff.; Aschbach l. c. II, pag. 421; D'Elvert, Schriften der hist. stat. Section der mähr. schles. Ges. f. Acker. 5. Bd. pg. 97 ff. und 12. Bd.; auch Erhard l. c. II, S. 88 ff.

[22] Blahověst 1851, pg. 65; vergl. über diese Schule Hagen l. c. Bd. I, pg. 159; Erhard l. c. I, S. 324.

[23] Sabina, Gesch. der böhm. Lit. pg. 701, 783, 833 ff.; Jireček, Anthol. II, pg. V.

[24] Nach dem Zeugnisse Stránský's: bojemiae respublica 1634 blühten die Schulen in Böhmen vortrefflich, und gab es in böhmischen Städten zu Zeiten Rudolf's II. (seit 1576) nicht wenige Bürger, welche den Virgil, Ovid, Horaz, Homer, Anakreon etc. lasen, und sich selbst in lateinischen und griechischen Versen versuchten (Jungmann, Gesch. d. böhm. Lit. pg. 120). Darüber, dass Schul-Rectoren auch als Stadtschreiber Verwendung oder im Schöffenrathe

rung der Lebensbeziehungen[25] ein. Statt der von den Voreltern überkommenen Familiennamen wählt man deren Uebersetzung, die Schöffen treten vor den Konšelé (Consuln) zurück, die Quelle einer gedeihlichen Regelung der Verkehrsverhältnisse wird im fremden Römerrechte gefunden. Bescheiden, wenn auch klar, tritt diese Anschauung bereits bei Fabricius von Zlicko 1536 auf, durch dessen »Dedicationszuschrift« und Vorrede an den König Ferdinand I. die Ueberzeugung von der Praepotenz des römischen Rechtes durchklingt. Neben wörtlichen Reminiscenzen aus den Institutionen theilt auch er das Recht in ein gemeines und besonderes, wobei er unter dem ersteren jenes versteht, »das den allgemeinen Zuständen des römischen Reichs angepasst ist«, unter dem letzteren aber das den Vortheil des Einzelnen bezweckende umfasst, und als dessen Quelle speciell auch das städtische Gewohnheits- oder Statutarrecht hervorhebt. Offenbar ist diess eine Anschauung, die mit der zu seiner Zeit im deutschen Reiche herrschenden Auffassung (vgl. Stölzel l. c. pg. 39) im Wesen übereinstimmt. Die weitere Eintheilung des Rechtes als eines solchen, welches sich auf die Personen, Sachen oder »auf die Wirkung, nämlich die Klage« beziehe, lässt unschwer die Systematik des § 12 cap. 2 lib. I der Justinianeischen Institutionen verkennen.

Scharf und selbstbewusst stellt dagegen schon die »Dedicationszuschrift« des prager Stadtrechtes an Rudolf II.[26] 1579 die

---

ihren Platz fanden vgl. Lippert, Gesch. v. Leitmeritz, pg. 463 und das in der Note 30 citirte Quellenmaterial.

[25] Eine ähnliche Antikisirung der Lebensbeziehungen findet sich in Italien als Folge humanistischer Strebungen schon mehrere Jahrhunderte früher, vgl. Burckhardt, Cultur der Renaissance, pg. 290, der darauf hinweist, dass Uebersetzungen der Familiennamen ins Lateinische und Griechische vielleicht auch deshalb vorgenommen wurden, um für Verse die leichter declinirbaren fremden Namen zu haben.

[26] Mit einer schwungvollen Ansprache hat auch Antonius Faber in seinen: rationalia in pandectas (Widmungsepistel 1604) Kaiser Rudolf II. zur Förderung der Rechtswissenschaft zu begeistern gestrebt. Es scheint jedoch dieser Versuch ähnlich, wie das im Texte erwähnte Beginnen der prager Bürgerschaft auf das mehr der Kunst, als der Wissenschaft zugewandte Wesen des unglücklichen Herrschers keinen Eindruck gemacht zu haben. Seine Bibliothek enthielt wenigstens nicht ein Werk aus diesem Wissensgebiete ausser vereinzelten geschmacklosen und ganz verschollenen Abhandlungen (vgl. den Catalog der kgl. Bibliothek in der Hofburg zu Prag 1636 bei Riegger, Arch. der Gesch. u. Stat. III. Thl. S. 214).

Behauptung auf, dass »das römische Recht die **einzige** Quelle sei, aus welcher sämmtliche Rechtssatzungen geschöpft werden, indem nichts Gerechteres und Grundhältigeres zu finden sei« und »Vorschriften enthalte, welche von der gesammten Christenheit angenommen, seit länger als Tausend Jahren fast in allen christlichen Königreichen als Norm gelten«[27]. Mit beredten Worten schildert der prager Stadtrath in der erwähnten Widmung, wie »die römischen Kaiser gelehrte und rechtskundige Männer in grosser Zahl an ihren Höfen zu haben pflegten«, wobei eine Reihe von Beispielen (Ulpian's und Tribonian's) insbesondere zur Bekräftigung der den Juristen seit jeher gezollten Achtung angeführt und auch die Fabel über die Theilnahme des Bartolus a Saxoferrato an den Codificationsversuchen Carls IV. rühmend hervorgehoben wird. Mit grossem Wohlgefallen geschieht auch dessen Erwähnung, dass König Rudolf's II. Vater (Maximilian II.) und Grossvater (Ferdinand I.) stets »hochgelehrte und in den Rechten erfahrene Männer« an ihrem Hoflager zu halten pflegten[28], und sogar im Gesetzestexte (H. 39) wird nicht vergessen, die Autorität der Rechtslehrer zur Geltung zu bringen. Eine Consequenz solcher Anschauungen über die Präponderanz des jus scriptum war die im Artikel A. 3 § 2 ausgesprochene Beschränkung des Gewohnheitsrechtes als des »durch langjährige gewohnheitsmässige Uebung angenommenen Rechtes« bei Nachweis desselben durch gerichtliche Urtheile und nur in Fällen, die im geschriebenen Rechte nicht entschieden sind[29]. Selbst den Bergschöffen Kuttenberg's gilt, wie aus ihrem Gutachten über den Entwurf einer böhmischen Bergwerksordnung 1580 klar hervorleuchtet (Bemerkungen zum Publications-Pat.), Justinian als das Muster eines Gesetzgebers. Was Wunder daher angesichts einer solchen Auffassung, wenn zahlreiche Daten uns darüber belehren, dass die hervorragenderen Städte seit Decennien bereits

---

[27] Derselbe Gedanke findet sich in der Vorrede zu Perneder's Institutiones aus der Feder des Ingolstädter Professors W. Hunger im J. 1544 (vgl. die betreffende Stelle bei Stobbe l. c. I. 2. Abthl. S. 116, Note 14).

[28] Vgl. damit ähnliche Aeusserungen Lauze's, des Chronisten Philipp's des Grossmüthigen, Landgrafen von Hessen (um 1560) bei Stölzel l. c. I. pg. 37 ff.

[29] Vgl. über ähnliche Auffassungen in Deutschland Stobbe l. c. I. 2. Abthl. S. 118 ff.

derartige Beispiele als nachahmenswerth betrachteten und als Organ, dem die schriftlichen Ausfertigungen des Rathes zufielen, nur classisch gebildete Männer wählten. Ursprünglich mag es unbewusst geschehen sein, seit jedoch auch die einzelnen Rathsglieder an tüchtigen Mittelschulen, und selbst an der facultas artium ihre Bildung gefunden hatten, kann hierin kein Spiel des blinden Ungefährs gesehen werden. Je weiter das 16. Jahrhundert seinem Ende zueilt, desto häufiger tritt diese Erscheinung zu Tage; selbst Lehrer an der philosophischen Facultät verlassen, des erzwungenen Cölibats überdrüssig, die Lehrkanzel, um in die Rathsstube als Schriftführer[30] einzutreten.

Schon einer der ersten Apostel des Humanismus in Böhmen Johann Tušek[31] aus Patzau, ehemals in der Reichs- und königlichen Canzlei Sigmund's und Albrecht's in Verwendung und dort mit Aeneas Sylvius befreundet (nach dessen literarischen Producten er von Prag aus begehrt), wirkt bereits vom J. 1446 bis 1451 als protonotarius im altstädter prager Rathe. Im J. 1524 versieht dieses Amt JUDr. Burian Sobek von Kornic (Ztschft. des böhm. Mus. 1844, pg. 38), ein classisch gebildeter Mann, der Carion's Buch der Chroniken durch eine böhmische Uebersetzung dem allgemeinen Verständnisse zuführte und Marthin Luther aneiferte, seine Schriften nach Böhmen zu senden (Sabina, Gesch. d. böhm. Literatur, pg. 910, 865). Wahrscheinlich aus seinen Händen übernahm mag. Thomas von Javořic das Canzleramt, wie nun das Protonotariat genannt wird, ein in

---

[30] Als Quellen rücksichtlich der im Texte vorkommenden Detailnachrichten vgl., sofern nicht besondere citirt werden, Samuel. Martinii: parentatio antiquiss. academiae carolinae (Wittenberg 1624) pg. 42 ff.; Stránský, respubl. boj. 1634 cap. II; Balbin boëmia docta; Voigt cit. act. liter. I. pg. 64, II. 185; Procházka, Miscell. der böhm. u. mähr. Lit. I. pg. 107—131; Riegger, Arch. f. Gesch. u. Statist. bes. Böhm. II. Thl. pg. 453 ff.; Abhandlungen der böhm. Ges. d. Wiss. 1819 II. Heft u. III. Folge 5. u. 6. Bd.; Pelzel, böhm. u. mähr. Gelehrte passim, Hormayer's Arch. f. Gesch.-Stat. etc. 1823 No. 126, 127 und 1824 No. 23—30; Jireček, Anthologie II. und Rukovět čes. lit.; Naučný Slovník unter den betreffenden Schlagworten; Tomek, Gesch. d. Univ. Prag pg. 193, 196; Gf. Auersperg, Gesch. des böhm. Appell.-Gts. I. pg. 12—102.

[31] In dem Note 3 citirten prager Stadtbuche fol. 231 intervenirt er bei Aufnahme eines Testaments.

Italien gebildeter Mann, 1526—1527 Rector der prager Hochschule, seit der Gründung des prager Appellationstribunals 1548 Beisitzer desselben (N. Sl. IV, 202, Bucholtz l. c. 9. Bd. S. 483). Nach ihm erscheint als Canzler des altstädter Rathes der zu Wittenberg gebildete Sixtus von Ottersdorf 1546. Gemeinschaftlich mit seinem Bruder Ambrosius, nachmaligen Rathsschreiber zu Brünn und seit 1555 kgl. Procurator in Mähren, Commentator der mähr. Landesordnung † 1559 (D'Elvert l. c. S. 461 und dessen Hist. Liter. Gesch. S. 229), war er beim prager Stadtschreiberamte in die Praxis getreten. Seine Rechtskenntnisse bezeugt noch heute das einstmals ihm gehörige, in der prager Universitätsbibliothek verwahrte Exemplar der Enarrationes in libros institutionum Klingii 1542 (Sign. 25 C. 118), in welchem er durch Hinzufügung zahlreicher Randglossen, böhmischer termini technici, durch Allegate aus den Digesten und Anmerkung vorgekommener practischer Fälle, sowie Ergänzung des sehr lückenhaften Inhaltsverzeichnisses zahlreiche Spuren seines Fleisses hinterliess (fol. 10, 203; 47, 120, 157). Einen Beleg für seine Vertrautheit mit dem gemeinen Processrechte bietet die eingehende sachkundige Schilderung des Verlaufes eines zwischen den böhmischen Ständen und dem Herzog Friedrich von Liegnitz wegen des gleichnamigen Fürstenthums 1547 abgeführten Streitverfahrens unter dem Vorsitze des Königs und die präcise Mittheilung des Urtheilsspruches, welche der namens der Städte dort anwesende altstädter Canzler in seiner Chronik uns bewahrte (Bucholtz l. c. IX. Bd. pg. 206 ff.). Sein Nachfolger dürfte der baccalaureus artium und Dr. Mathias Ornius von Paumberg gewesen sein, da er um das Jahr 1550 als Stadtschreiber und später als Canzler erwähnt wird; der böhmische Frobenius, Buchdrucker Daniel Adam von Veleslavín, nennt ihn einen gelehrten, eloquenten und mit ausgezeichneten Rechtskenntnissen ausgestatteten Mann, weshalb er wohl in die mit der Unification des Land- und Stadtrechtes bestellte Landtagscommission gewählt wurde † 1576. In demselben Amte finden sich auch Matheus Gregorinus de Tulechow, in Italien zum JUDr. promovirt, ehemals böhmischer Stadtschreiber zu Iglau, der dort bei seiner Aufnahme den Titel eines syndicus beansprucht hatte, was nicht verweigert aber beigefügt

wurde, »es sei in dem Landt unbreuchlich« (D'Elvert l. c. pg. 547 Anm. 1) † 1589, sodann Mathias Bydžovinus de Aventino, vordem Universitätslehrer † 1590 (Balbin, boëm. docta II, 327). Unter seinen Nachfolgern verdient besonders Paul Christian von Koldín hervorgehoben zu werden 1595, der gleichfalls die Lehrthätigkeit an der facultas artium mit dem practischen und später codificatorischen Wirken vertauschte. Aehnliche Verhältnisse bestanden in der schwesterlichen Neustadt Prag's; dort bekleidete das Stadtschreiberamt Adam Wodňanský von Radkow, der Vater des später zu erwähnenden Saazer Stadtnotars, ein Mann, der in Wittenberg mit solchem Eifer dem Studium obgelegen, dass er über Anempfehlung der dortigen Hochschule 1546 unter die prager magistri artium aufgenommen und zum Lehramte an der Hochschule zugelassen wurde, das er später verliess, um der practischen Jurisprudenz zu dienen, † 1560. Gleich ihm sagte auch einer seiner nächsten Nachfolger, Jacob Codicillus de Tulechow, 1556 der Professur an der philos. Facultät Lebewohl, um sich bis zu seinem Tode (1576) der practischen Thätigkeit zu widmen, worauf in diesem Amte um das Jahr 1580 Paul Lešanský, juris consultus, erwähnt wird, dem wohl Bartholomeus Havlík von Warvažow, seit 1576 mag. artium folgte. Auch der Verfasser des processus juris municipalis cum jure provinciali et romano collatus, Veit Ophthalmius von Oskořín, war ursprünglich Gerichtsschreiber der Neustadt, dann Stadtältester und Primas daselbst † 1597. Bald nach ihm trat in das Stadtnotariat einer der hervorragendsten lateinischen Dichter seines Zeitalters, den auch Rudolf II. mit einem Lorbeerkranze krönte, Carolides de Carlsperg, um nach Aufgebung der Stadtschreiberstelle sich dem Notariate und endlich dem Stadtrichteramte zuzuwenden († 1611). Auf der Kleinseite Prag's endlich fungirt als »erster Stadtschreiber« bis zu seinem Tode 1610 ein tüchtiger Jurist, Kocín de Cocinetu, der seine juristische Bildung in den Jahren 1568 bis 1576 in Strassburg, Padua etc. erworben hatte.

Selbst in Landstädten kommen häufig genug Stadtschreiber vor, die ihre Studien an der facultas artium beendet haben, nicht selten (wie auch in Hessen, vgl. Stölzel l. c. pg. 300 Anm. 141) archigrammatici genannt. So schon 1502—1510 bac-

calaureus artium Wenzel Schach zu Chrudím (Ztschft. d. böhm. Mus. 1845, pg. 365). In solcher Stellung wirkt zu Saaz seit 1499—1540 einer der Freunde Bohuslaus von Lobkovic und zugleich einer der ersten Förderer der humanistischen Bestrebungen in Böhmen, Valentinus Meziřicenus, sodann der in Wittenberg 1518 zum mag. artium erhobene Nicolaus Artemisius (Černobýl) † 1556, ein gerechter, gesetzkundiger und beredter Mann, später Senator und Primas in seiner Vaterstadt (Saaz), wo er einst durch die Macht seiner Beredtsamkeit eine Judenhetze gedämpft hat. Sein Ansehen erhärtet am besten das Factum, dass er einer der 8 Wahlmänner Ferdinand's I. aus dem Bürgerstande des Königreiches und auch Mitglied der damals nach Wien abgehenden Gesandtschaft war. Ihm folgte Wenceslaus Wodňanský von Radkow, zu Basel und Wittenberg gebildet, mit Luther und Melanchthon befreundet (N. Sl. IX, pg. 1205) † 1565, sodann Johann Michalowic, der seine Studien zu Wittenberg gemacht hatte und kaum 30 Jahre alt 1572 verschied. Seit 1582 versieht die gedachte Stelle Mathias Gryll von Grylow, nachdem er von seinen Studien in Genf, Wittenberg und Basel zurückgekehrt war und das Decanat an der Artistenfacultät zu Prag niedergelegt hatte († 1611). Neben oder nach ihm fungirt der bekannte böhmische Kirchenhistoriker Paul Skála von Zhoř, der seine Ausbildung im Rechte (Voigt, acta lit. I, S. 73) in Wittenberg, Leipzig oder Altdorf genossen hatte (1600—1602), im Stadtschreiberamte zu Saaz, bis ihn die Schlacht am weissen Berge in die Fremde scheucht (Čas. č. Mus. 1858, S. 288, 455).

Dasselbe Amt verwaltete in Mies Caspar Cropačius † 1580, der im Auslande Rechtskenntnisse gesammelt und im J. 1560 aus den Händen Ferdinand's I. den Dichterkranz empfangen hatte. In Rakonitz wirkt der an der prager Artistenfacultät ausgebildete David Crinitus (Vlasák) von Hlavačow † 1586, in Tauss Procop Lupačius, welcher nach Erwerbung des magisterium artium 1560 an dieser Facultät einen Lehrstuhl inne gehabt hatte † 1587, in Leitmeritz 1582 Wenzel Heniochus, ehemals Rector der tüchtigen Schule zu Saaz, und ebendort später der schon bei der Codificationsgeschichte der Stadtrechte genannte Paul Stránský, in Budweis gegen das Ende des 16. saec. mag. Johann Strialius,

und zu derselben Zeit in Laun mag. Adam Cholosius, in Chrudim mag. Duchoslaw Tugurinus, in Königgrätz 1591 Wenzel Plácel von Elbing, der vordem schon seine Rechtskenntnisse als Procurator und Schreiber des Burggrafenamtes bethätigt, und aus diesem Grunde in die Landtagscommission zur Unification des Land- und Stadtrechtes und in jene zur Landesgrenzenberichtigung gewählt wurde † 1604; in Iglau (ausser dem oben genannten Dr. Math. Greg. de Tulechow) seit 1577 durch mehre Decennien der baccalaureus art. Johann Hynkonius von Velinow, Uebersetzer des Iglauer Bergrechtes ins Böhmische 1589, ein im Landes- und gemeinen Rechte wohlbewanderter und zu politischen Geschäften vielfach verwendeter Mann, der einige Zeit auch Iglauer scholarcha war.

Legen die angeführten zahlreichen Beispiele ein genügendes Zeugniss dafür ab, dass in die städt. Gerichte das Gelehrten-Element durch das wichtige Organ des Stadtschreiberamtes immer mehr eindrang und fehlt es auch nicht an Belegen, dass dasselbe sich in den Rath selbst Eintritt zu verschaffen wusste, so ist es um so interessanter, die Thatsache constatiren zu können, dass das kgl. Appellationsgericht in dem ersten halben Jahrhunderte nach seiner Errichtung unter seinen Beisitzern manchen zählte, der vordem an der prager facultas artium als Lehrer mit Eifer gewirkt oder in dem Rathe einer Stadt sich practische Rechtskenntnisse gesammelt hatte. Dahin zählt Jacob Srnec von Warwažow, mag. art., vordem in Gemeindeämtern und im Schöffenrathe der Altstadt thätig, der seit 1562 bis zu seinem Tode (1586) im Appellationsgerichte[32] sass. Ingleichen Simon Proxenus a Sudetis, (laut seines Grabsteines) juris canonici Dr., orator, poëta, D. regis Maximiliani consiliarius ad appellationes dignissimus seit 1567, der nach Aufgabe seines Amtes als Stadtnotar des Rathes zu Budweis, in Wittenberg und Frankfurt studirt und an letzterer Hochschule den Doctorshut erworben hatte, sodann von Reisen durch Frankreich und Italien nach seiner Heimath

[32] Selbst unter den Secretären dieses Gerichtes findet sich bald nach dessen Begründung Joannes Balbin Skornice, 1545 baccal. art. und latein. Dichter, † 1570.

zurückkehrend eine Lehrkanzel an der prager facultas artium bis zu seiner Berufung in das Appellationstribunal versah; als er, erst 44 Jahre alt, im J. 1575 verschied, vertheilte er seine juridische Bibliothek unter seine Freunde. Gleichzeitig mit ihm sass auf der Doctorenbank dieses Gerichtes der oben erwähnte Dr. Gabriel Swiechín von Paumberg, der in Deutschland und Italien (nach 1549) Rechtsstudien oblag und zu Bologna den Doctorshut errang, sodann (nach 1552) an der Artistenfacultät zu Prag neben dem nachmaligen Codificator der Stadtrechte Koldín docirte und seit 1557 durch dreissig Jahre im Appellationssenate wirkte († 1587). Als Rath in diesem finden wir im J. 1589 den nachmaligen Kammerprocurator und Vicekanzler des Königreiches, Heinrich von Pisnice († 1608), der nach Absolvirung seiner Studien in Wien und Ingolstadt durch 7 Jahre die Kanzlerstelle bei dem ersten böhmischen Adelsgeschlechte, den Rosenbergern, versehen und hierauf zum Appellationsrath ernannt worden war. Ein begabter Dichter seiner Tage singt von ihm, er sei einer jener weniger Männer, von denen man sagen könne: fastigium disciplinarum tenere nec solum in litteris humanioribus, sed et in severiori juris studio nemini cedere. Auch Johann Menzel von Kolsdorf, durch 32 Jahre Stadtschreiber zu Brünn (vor 1573), steigt später bis zum Beisitzer im Appellationstribunal empor (D'Elvert l. c. S. 461).

Irrig wäre die Meinung, dass die lebhafte Förderung und Entfaltung der humanistischen Strebungen auch in unseren Ländern das Rechtsstudium nicht höher geschätzt hätte, als es die italienischen Humanisten thaten. Der practische Sinn der Nordländer, das Fehlen einer Juristenfacultät mit den Auswüchsen und scholastischen Pedanten mancher italienischen Rechtsschulen [33], die Ansichten, welche Me-

[33] Vgl. über den Kampf der italien. Humanisten mit den Juristen Voigt, Wiederbelebung des class. Alterth. pg. 44. Ausfälle Petrarca's, pg. 447 ff. der ital. Humanisten überhaupt; Burckhardt, Cultur der Renaissance pg. 253. Doch finden sich auch einzelne Persönlichkeiten, in welchen beide Richtungen völlig von einander getrennt, neben einander bestehen, so z. B. bei Marianus Socinus (Voigt, Enea Silvio I. pg. 10) und vordem schon bei Cinus (Savigny l. c. VI. Bd. pg. 95). Ueber die Krebsschäden der ital. Hochschulen vgl. Stintzing, Ulricus Zasius pg. 77 ff.; Schmidt, Recept. des röm. Rts. pg. 47, Note 1; Savigny, Gesch. d. röm. Rts. im M.-A. VI. Bd. pg. 419 ff. Bezeich-

lanchthon über den Werth des Rechtsstudiums hegte und die bei seinen persönlichen Beziehungen zu einzelnen Böhmen, sowie bei seinem Ansehen im Böhmerlande überhaupt, gewiss grossen Einfluss übten [34], die lebhaft wogenden Verhältnisse des Lebens, die gerade im 16. Jahrhunderte in Böhmen zahlreiche Fragen des öffentlichen und Privatrechts gelöst wissen wollten [35] und die

---

nend ist auch des Erasmus Roterodamus Ausspruch in seinem Encomion moriae: Inter eruditos JCti sibi vel primum vindicant locum, neque quisquam alius aeque sibi placet, dum Sisyphi saxum assidue volvunt, ac sexcentas leges eodem spirutu contexunt nil refert quam ad rem pertinentes, dumque glossematis glossemata, opiniones opinionibus cumulantes efficiunt, ut stultum illud omnium difficillimum esse videatur (vgl. Schmidt l. c.); dagegen muss aber an Cornelius Agrippa's Ausspruch 1529 (bei Stobbe l. c. I. 1. S. 632, Note 70) und an Melanchthon's Wort erinnert werden, mit welch' letzterem Savigny seine Schrift »über den Beruf unserer Zeit zur Gesetzgebung« schliesst, nämlich: »ihn schaudere bei dem Gedanken, in welche Barbarei Deutschland versinken würde, wenn es einmal das corpus juris verlieren sollte!« Ueber die Bestrebungen des Aeneas Sylvius zum Sturze des Scholasticismus an der wiener Universität vgl. Voigt's Enea Silvio II. Bd. pg. 345 und Gengler's Schrift: Bedeutung Aen. Sylv. f. d. deut. Rechtsgeschichte pg. 28 u. 49, Note 55. Ein directes Zeugniss für die der italienischen gegentheiligen Auffassung in Böhmen gibt Dr. Rodericus Dubravius (op. Boh. Lobk. pag. 391), indem er sagt: ... praesertim (juris scientiae) beneficio civitates conservantur. Errant, qui eam contemnunt, cum ipsi non modo judiciorum vincula refellant, sed etiam utilitatis vitaeque communis.

[34] Ueber dessen Bedeutung als Jurist vgl. Haenel's Aufsatz in der Ztsch. f. Rtsgesch. VIII. Bd. S. 249 ff. insbes. pg. 259 und die dort Citirten; über seine indirecte Einflussnahme auf die system. Rechtsbehandlung vgl. den Text zu Note 50. Seine hohe Meinung »von der Vollständigkeit und Praecision der gemeinen Rechtsquellen gegenüber den Zweideutigkeiten und Unsicherheiten eines ungeschriebenen Rechtes« vertritt er insbesondere in der oratio de legibus (edit. Muther 1860) und den späteren de scripto jure, de dignitate legum, de veris legum fontibus. Vgl. auch Stobbe, deutsche Rechtsquellen I, 2. Abthl. S. 115, Note 13 und überhaupt S. 34 ff. Melanchthon stand in persönlichen Beziehungen mit Sigmund Jelenius (Note 7), mit den nachmaligen Stadtschreibern Wenzel Vodňanský von Radkow und Johannes Michalowský von Michalowic (Procházka, Miscell. der böhm. Lit. I, S. 97 116, 125 ff.), mit Joannes Schentigar von Choterin, der 1542 an der prager Hochschule die Poëtik lehrte (N. Sl. VIII, S. 309) u. a. m. Auf das Gewicht seiner Meinung in Böhmen lässt sich aus dem grossen Ansehen, das er genoss, und aus dem zahlreichen Besuche der Wittenberger Hochschule seitens böhmischer Landesangehöriger schliessen; direct erhärtet es aber der Umstand, dass er dem nachmaligen Interpreten Homers an der prager Hochschule Matheus Collinus ein Empfehlungsschreiben ad senatum pragae veteris professoresque ausstellen konnte (Procházka de fatis cit. pg. 276), ferner der Briefwechsel mit dem Senior der Brüderunität und die Verhandlungen mit der nach Wittenberg abgesandten Deputation derselben behufs Gutheissung der böhm. Confession 1533 und 1536 (vgl. fontes rer. austr. II. Folge, 19. Bd. S. 17 ff.), sowie die Begegnung mit Blahoslaw, dem Senior der Brüdergemeinde 1557 (Gindely, Gesch. d. böhm. Brüder I, S. 424).

[35] Nach fast 40jährigen Kämpfen des Adels und des Bürgerstandes wurden 1517 durch den sg. Sct. Wenzelsvertrag die gegenseitigen Rechtsverhält-

tüchtigsten Köpfe in die Berufsstellung practischer Juristen drängten — alle diese Ursachen zusammengenommen, liessen es nicht zu, dass der Humanismus die Jurisprudenz lediglich als eine Sondergestalt des Scholasticismus, dieses seines Erbfeindes, wie anderwärts ansah, vielmehr in richtiger Sonderung der spröden Schale von dem werthvollen inneren Kerne das Rechtsgebiet als ein dankenswerthes Feld practischer, codificatorischer und theoretischer Thätigkeit betrachtete. Darin findet seine Rechtfertigung und Erklärung, warum die hervorragendsten unter den ersten Humanisten auf böhmischem Boden insgesammt Amtsstellungen einnehmen, die Rechtskenntnisse zur unbedingten Voraussetzung haben. Schon der Vorläufer dieser Männer, der erste Böhme, dessen Sinn sich der altclassischen Schönheit erschloss, der Wyšehrader Probst und päpstl. Referendar Joannes von Rabenstein († 1473) zeigt sich uns in seinem Dialog über die Dinge in Böhmen (1467), den er seinem Rechtslehrer in almo studio Papiensi, Joh. de Grassis, widmet, als tüchtig geschulter Jurist[36]. Citate aus den römischen und canonischen Rechtsquellen, Beru-

---

nisse dieser beiden Stände geregelt; insbesondere wurden Competenzfragen unter Festhaltung des schon unter Karl IV. anerkannten Gesichtspunctes des Gerichtes der Standesgenossen geordnet, das von den Städten ausschliesslich angesprochene Braurecht nach dem status quo mittlerweilig fixirt, das Marktrecht normirt u. s. w. In das 16. Jahrhundert fallen Reformationen der ältesten Landesordnung vom J. 1500, insb. unter Ferdinand I. u. Maximilian II. (über die mähr. vgl. Chytil in den cit. Schriften der hist. stat. Sect. der mähr. Ges. 4. Bd. 169 ff.) und die oben geschilderten Kämpfe des Prager und Leitmeritzer Rechtes um die Herrschaft bei den codificatorischen Strebungen betreffs des Stadtrechts.

[36] Vgl. Palacký, děje č. IV. Bd. Abth. 1, pg. 381 und Abth. 2, pg. 583 ff. und die editio dieses Dialogs von Bachmann Hervorgehoben zu werden verdient wegen ihrer allgemeineren rechtsgeschichtlichen Bedeutung rücksichtlich der Verbindlichkeit des formlosen Versprechens die folgende Stelle: Jus concedit praestanti juramentum ob justum metum non servandum; consuetudo Boemorum promissi tenacissima illud conclusum habet, ut si simplicis stipulationis promissione alteri quid promiseris et ex facto mortem tibi certam esse non ignores, Marci more Reguli, ut promissis satisfacias, gladiis fustibus contibusque peracutis te objicere debes. Quod Romani in uno Marco Regulo mirabantur, hac virtute totum genus Boëmorum magnaque pars aliorum Germanorum praepollet. Damit ist zu vergl. Aeneas Sylvius Ausspruch über die pactorum conventorum tenax observantia (hist. boh. in libro I) und was Kocín praef. in novam distrib. juris 1581 fol. 10 sagt: id autem de nobilitate bojemica magnam apud exteros admirationem parit, quod uno verbo fides data cuipiam ex supremis magistratibus judicio sese sistendi, etiam in criminalibus causis reos et in jus vocatos, facilius retinet in officio, quam alibi fidejussores idonei et carceres bene firmati.

fungen auf die Autorität des Accursius thun diess dar. Der hervorragendste aus dem Kreise der böhmischen Humanisten Bohuslaus von Lobkowic (1462 † 1510), der italienische Dr. juris, weilt schon 1486 am Hoflager als Rath der Krone. In seiner reichen, damals einer der grössten Bibliotheken in Mittel-Europa, die nach seinem Tode der erblühenden Wittenberger Hochschule treffliche Dienste leistete, finden sich die besten Schriften sowohl zeitgenössischer als auch älterer Rechtslehrer[37]. Er preist den Hieronimus Balbus, den an der wiener Rechtsfacultät wirkenden Dr. juris aus Padua, welcher 1499 dem Rufe an die prager Hochschule folgte, mit den ein reges Interesse an der Verbreitung des classischen Rechtes verrathenden Worten: Attulit is nobis Musas legesque Lycurgi, Turba rudis simus, geminarumque inscia legum. Nicht genug daran, bekümmert er sich auch um die Kenntniss des heimathlichen Rechtes[38]. Mit vollem Grunde feierte daher wohl Dr. Rodericus Dubravius, ein hochgebildeter Rechtsanwalt, in der Leichenrede Lobkowic's dessen tiefe Rechtskenntnisse[39]. Sein Freund Johann Šlechta von Wšehrd (1466

---

[37] Vgl. das Urtheil des Georg Fabricius, Rector des meissner Gymnasiums, eines von Maximilian II. gekrönten Poeten († 1571) über die Reichhaltigkeit dieser Bibliothek in der edit. opp. Boh. Lobkowic des Mitis: epistola ad M. Collinum operib. praem. Sigmund von Lobkowic, Neffe des Bohuslaus und Rector der Universität zu Wittenberg um das J. 1511, liess eine grosse Anzahl von Werken aus derselben durch Aurogallus dahin bringen; als sie nach der Heimath zurückgebracht wurden traf sie hier der Untergang durch die Flammen (Cornova, Boh. v. Lobk. pg. 235; cit. acta lit. Boh. II, pg. 310). Der Katalog über einen Theil der Bibliothek findet sich bei Mitis op. cit. pg. 419; von juristischen Werken kommen vor bald einzelne Arbeiten, bald selbst sämmtliche Schriften von Bertachinus (zwei Exemplare seines repertorium), Antonius de Butrio, Hostiensis, Albericus, Placentinus, Federicus Petruccius de Senis, Baldus, Alexander de Imola (»excellentissimi juris pontificii caesareique monarchae« mehrere Exemplare) Ludovicus Bologninus, Petrus de Aureliaco (Stintzing, pop. Rtslit. pg. 292), Bartholomeus de Caepolla, Dinus, Johannes Milis, Angelus de Perusio, dann in der theologischen Abtheilung auch Petrus Ravennas, Antonius de Rosellis, Martinus Polonus, Rolandinus Passagerii und Quil. Durantis (rationale divinorum officiorum), sodann die Panormia Ivonis (Stintzing l. c pg. 458), schliesslich noch der malleus maleficarum (l. c. pg. 472).

[38] Er ersucht den Johann Schlechta um Ankauf eines MS., in quo jura regni Bohemiae continentur von dem Vicehofrichter Wenzel Baštín von Libouš (1487—1490) — also zu der Zeit, als er am kgl. Hofe in Verwendung stand — um jeden Preis (cit. acta lit. II. pg. 95).

[39] Derselbe hatte auf ital. Hochschulen seine Ausbildung im Rechte erlangt; er übersetzte die Landesordnung vom J. 1500 für König Ferdinand I. in's Lateinische (1527) und verfasste eine Schrift: de conficiendis epistolis, welche Boh. v. Lobkowic für so tüchtig hielt, dass er ihm prophezeite: magno

† 1525), kgl. Rath Wladislaw's II., glänzte nach Bohuslaus' von Lobkowic sachkundigem Urtheile durch Rechtsbildung (epigr. III, pg. 165)[40]; deshalb mag er den genannten Italiener an Prag zu fesseln versucht haben, »ut juris prudentiam, et elegantiores litteras publice doceret«[41].

Rücksichtlich des kgl. Secretärs und nachmaligen Vicecanzlers Augustinus Kaesebrot † 1513, eines Mitgliedes der bekannten sodalitas Danubiana, wissen wir, dass er seine Rechtsstudien zu Padua machte und in Bologna das Doctorat juris erwarb[42]. Solchen Männern konnte der erwähnte Lobkowic mit Recht den bezeichnenden Gruss senden: Vale, et tecum tota academia potius quam cancellaria (epist. No. 26 in append. lit. edit. Mitis).

Die mächtigsten Förderer classischer Bildung[43] und freigebigen Mäcene der lateinischen Renaissance-Dichtung in den böhmischen Ländern stehen in Staats- und Richterwürden; so Johann Hodějowský von Hodějov, der Vater und Pfleger der prager Dichterschule, seit 1537 Vice-Landrichter († 1566) in Böhmen, ingleichen Ladislaus von Boskovic, ein auf italienischen Hochschulen gebildeter Beschützer der neu erwachten latein. Muse in den Gefilden Mährens, nach dem competenten Urtheile seines Zeitgenossen Kaesebrot unter die »proceres regni Bohemiae tum latinarum, tum graecarum litterarum peritissimi« zählend, Oberstkämmerer († 1520) in seinem Heimathlande, wo in demselben Sinne auch der 1537 verstorbene Landeshauptmann Johann Kuna von Kunstadt thätig war. In ähnlicher Weise führte Wilhelm von Rosenberg unter drei Königen das Steuer der Regierung (1560—1570 oberster Kämmerer, seit 1570 bis † 1592 Oberstburggraf) als ein Edel-

---

ornamento reipublicae nostrae profuturus es; er starb 1548 (cit. acta lit. II, 112; Aschbach l. c. II, pg. 86). Die Stelle in der berührten Leichenrede lautet: non praetermittam juris civilis scientiam, cujus discendae summum capit ipsum desiderium et quidem jure optimo (pg. 391 edit. Mitis op. Boh. Lobk.).

40 At te, ne populi pereant, quos alluit Albis — Commemorant juris supposuisse caput.

41 Cit. acta lit. Boh. II, 391 ff.; Retzer l. c. pg. 15; Aschbach l. c. II, pg. 152.

42 Vgl. IV. Abschnitt 15. Note und Aschbach l. c. II, 422, Note 1; irrig behauptet Hagen l. c. I, pg. 156 u. 223, dass er Bischof von Olmütz gewesen sei.

43 Vgl. Abh. einer Privat-Ges. in Böhmen, VI. Bd. pg. 342; Pelzel, böhm. Gelehrte, 4. Bd. pg. 5 ff.; Procházka, Miscellen der böhm. Lit. I, pg. 68; Hagen l. c. I, S. 223, 464.

mann, der an den Mediceern sein Vorbild fand, und seine edelste Aufgabe darin sah, das Talent, wo er es entdeckte, zur Entfaltung zu bringen.

Nicht ohne Anfechtung und Widerstreben Einzelner[44] verschafften sich die schönen Wissenschaften und die humanistische Geistesrichtung Eingang; bald aber suchte eine extreme Strömung in deren ausschliesslicher Pflege[45] alles Heil. Gleichwohl dauerte es nicht lange, dass eine gesunde Auffassung sich Bahn zu brechen wusste und in einer gleichmässigen Berücksichtigung der allgemeinen Bildung und des Fachwissens den richtigen Mittelweg fand. Zwei auf italienischen Rechtsschulen hochgebildete Böhmen des 16. Jahrhunderts, der genannte Bohuslav von Lobkovic und der auch schon erwähnte JUDr. Roderich Doubravský von Doubrava eifern übereinstimmend dagegen, dass bei den Rechtsanwälten ihrer Zeit oratorische Gewandtheit und Routine mehr gelte als juristische Bildung[46]. Noch lauter erheben sich aber bald darnach Stim-

---

[44] In der Vorrede zu einem liber sacrorum carminum des Thomas Mitis 1554 wird geklagt. Saepe mirari soleo, cum liberalis doctrina apud nostrates non admodum magni pendatur, nec paucorum odiis exposita sit, posse fieri, ne adolescentes frangantur animo nec a studiis se abduci patiantur. Auch Aen. Sylvius erwähnt 1445: nunc in Bohemiam transeo, ubi quo sunt viri et ingenio et doctrina praestantiores, eo interdum stultitia reperitur (Voigt im Arch. f. öst. Gesch. Q. 16. Bd. pg. 363).

[45] In ähnlicher Weise wie Budaeus, Luther, Melanchthon, Joach. Camerarius und Martinus Chemnitius (bei Ersch-Gruber, Encyklop. der Wiss. III. Sect. 23. Thl. pg. 378 ff.) die studia humanitatis vertheidigten, indem sie den Nachweis führten, dass die durch dieselben nach Inhalt und Formbehandlung erworbene Eignung in den verschiedensten practischen Berufsarten Anwendung finden kann und Aeneas Sylvius (epist. 111 edit. basil.) behauptete: legibus nemo perfectus fiet, nisi philosophiae studiis incubuerit, hat auch Georg Ostracinus Raconensis in seiner Oratio de necessitate et utilitate primae artis in philosophia versibus hexametricis scripta et pluribus ab hinc (1574) annis in acad. prag. recitata mit grosser Schärfe die ars grammatices vertheidigt: Testor Grammaticae ignarum non posse per artes — egregias ... ire .. — sive etiam justas leges et sacra frementis — jura fori rimantur, amara lite trementes — implicitos solvuntque reos et jurgia tollunt... Ecce Grammaticae suavis nutricula passim — artibus in reliquis merito perhibetur ... Freilich verfällt er in's Extrem, wenn er sagt: Grammaticae ignarus bardus, rudis, improbus, audax — Impius, ignavus, celebs, impurus, iniquus, — turpis, iners, asinus, Baeotum ex aëre porcus.

[46] Cornova: Boh. v. Lobk. pg. 464: Qui tamen foro vacant et eloquentes et in dicendo graves atque copiosi habentur; vgl. auch Gindely, Gesch. d. böhm. Brüder I, pg. 102. Doubravský in praef. zur Uebersetzung der Landesordnung 1500 (Arch. č. 5 Bd. pg. 8) beklagt die causidicorum longa et saepe inanis inutilisque loquacitas.

men, welche geradezu fordern, dass nicht blosse Routiniers in den Gerichten Verwendung und vor den Gerichtsschranken Zulass finden, vielmehr nur wissenschaftlich gebildeten Fachleuten Amt und Würden zu Theil werden[47].

In einem: prolusio scholastica politicae exercitationis überschriebenen Tractate (Pragae 1578) tritt der nachmalige Kleinseitner Stadtnotar Joannes Kocinus mit Wärme und Gewandtheit dafür ein, dass bloss wissenschaftliche Bildung zur Uebernahme von Aemtern befähigen soll, und bekämpft die Auffassung, als ob der in der Fremde gebildete Mann nur unnöthiges oder unnützes Wissen in seine Heimath zurückbringe, als eine verwerfliche. Die Schrift erscheint dem Beschützer und Förderer des Autors, dem mächtigen Wilhelm von Rosenberg gewidmet, aus welchem Umstande wohl leicht auf die Ansichten dieses Staatsmannes über Eignung zu Aemtern geschlossen werden kann. Es finden sich darin manche Gedanken, die nicht lange zuvor Theodorus Zwingerus, »medicus et philosophus basiliensis« unter dem Titel: de peregrinatione niedergelegt hatte; doch gibt Kocín jedenfalls eine eingehendere Begründung der erwähnten Beweissätze. Hervorgehoben zu werden verdienen hier die Bemerkungen über den Nutzen vergleichender Rechtsstudien bei verschiedenen Völkern (fol. 40 ff.) unter Hinweis auf den Vorgang bei der Zwölftafelgesetzgebung der Römer, über die Nothwendigkeit der Berücksichtigung der verschiedenen Volksanlagen, natürlichen Bedingungen und Bedürfnisse bei der Gesetzgebung (fol. 44 ff.), was in dem Axiom zusammengefasst wird: leges et decreta ad loca, ad personas, ad tempora applicanda, und den Anlass bietet, gegen ohne Maass und Zweck fremden Vorbildern nachstrebende neuerungssüchtige Landsleute aufzutreten, weiters die Erörterungen über allgemeine, überall anwendbare Rechtsprincipien anknüpfend

[47] Aehnliche Gedanken verfocht die Schrift des Marburger Professors Dr. Jacob Lersner 1541, über welche Stölzel l. c. I, S. 40 berichtet. Ueber die Klagen gegen die illiterati bei der administratio justitiae, welche Nauclerus betreffs Schwaben zu Ende des 15. saec. und im Anschlusse an denselben Joannes Aubanus erhebt vgl. Stobbe l. c. I, 1, S. 645, Note 104; über ähnliche Melanchthons vgl. unten Note 11 des letzten Abschnittes.

an den Ausspruch des Baldus: rationem et aequitatem naturalem non esse adstrictam vel alligatam locis et personis (fol. 46), sowie die Ausführungen über das Erforderniss allmäliger, stufenweiser Reformen in der Legislative und Verwaltung (fol. 49 ff.). Dieselben fesseln das Interesse um so lebhafter, als Jean Bodin's gleichzeitiges Werk de la république 1577 im V. Buche[48] Sätze und Folgerungen aufstellt, die in ihren Resultaten in einzelnen wichtigen Puncten mit den obigen Darlegungen Kocín's übereinkommen.

Ein Mann so regen Geistes und so reicher Kenntnisse, wie er uns in dem gedachten Schriftchen entgegentritt, wäre berufen gewesen, an der Hochschule seiner Heimath dem geläuterten Rechtsstudium den Weg zu bahnen und ein Vorkämpfer der systematischen Behandlung des Rechtsstoffes unter seinen Mitbürgern zu werden. Leider lag die Rechtsfacultät während seiner Lebenstage noch in dem bald schon zweihundertjährigen Todesschlummer, in den sie im Beginne der Glaubensstreitigkeiten verfallen war, trotz des landtäglichen Anstosses zur Neuerrichtung derselben bereits 1545 und neuerlichen Drängens im J. 1575. So musste denn, wo das lebendige Reformwort nicht vom Catheder erschallen konnte, die Schrift genügen, um der neuen Methode des Rechtsstudiums die Bahn zu ebnen und die Möglichkeit wissenschaftlicher Behandlung des Stoffes dieses Wissensgebietes darzuthun.

In einer dem Gremium des Appellationsgerichtes gewidmeten Schrift zeigt Kocín mit beredten Worten die einzuschlagende Richtung. Hatten Rudolf Agricola's († 1485) Abhandlung: de inventione dialectica[49] und Melanthon's Dialectik (1529) den Wittenberger Rechtslehrer, nachmaligen Rath des Markgrafen Albrecht

---

[48] Insbesondere im Kapitel: du reglement qu'il faut tenir pour accommoder la forme de la république à la diversité des hommes et le moyen de cognoistre le naturel des peuples. Bekanntlich tritt Bodin (1530 † 1597), Advocat am Parlament zu Paris, später kgl. Procurator zu Laon, in der erwähnten Schrift für die gemässigte Monarchie und Gewissensfreiheit ein und bekämpft entschieden die Theorien Machiavelli's, vgl. Guhrauer: Das Heptaplomeres des Jean Bodin, pg. XIII ff.

[49] Vgl. über dieselbe und ihre Bedeutung Erhard, Gesch. der wissensch. Bildg. etc. I. Bd. 404 ff.

von Brandenburg, Joannes Apel (1520—1540) angeregt[50], die ars dialectices auf die Rechtswissenschaft anzuwenden und dadurch mit der scholastischen geistertödtenden Formherrschaft zu brechen, sowie die pragmatische Uebersichtlichkeit des Stoffes zum Siege zu bringen, so waren dem Feuereifer Kocín's die Schriften der im Sinne der humanistischen Richtung auftretenden eleganten Juristen seines Jahrhunderts Antriebs genug, um an der Reform der hergebrachten Methode der Rechtsbehandlung nach Kräften sich zu betheiligen.

Wie er in seiner 1581 erschienenen nova distributio juris universi dialogo explicata erzählt, hatte er als Student zu Padua die Irrgänge des Scholasticismus in der Rechtswissenschaft in vollstem Maasse kennen gelernt; vier Vorlesungen hatte der dortige Pandectist der Erörterung der particula Si in der l. 1 § 1 D de officio ejus, cui mandata est jurisdictio gewidmet, was Kocín den Gedanken nahe legte, wie wenig wohl auf diesem Wege ein italienischer Rechtslehrer leisten könne, der — wie damals üblich — nur 100 Stunden im Jahre zu lesen pflegte! Eingedenk der Leistungen eines Muretus, Alciatus und Cujacius[51] habe er, berichtet er weiters, nach einer systematischen Erfassung des Rechts getrachtet, statt der unzähligen Einzelheiten die sie umfassenderen allgemeinen Gesichtspuncte zu erreichen gestrebt, jedoch keine

---

[50] Muther, aus dem Univers.- und Gelehrt.-Leben im Reform.-Zeitalter, pg. 287 und 314, Note 115, nämlich in den Schriften: Methodica dialectices ratio ad juris prudentiam accommodata und Isagoge per dialogum in quatuor libros Institutionum divi Justiniani imperatoris. Die Bedeutung derselben würdigten schon Apel's Zeitgenossen, wie sich aus der Epigrammensammlung des Manlius (singulis distichis descripti poëtae, historici, jurisconsulti, medici; Gorlicii 1573) ergibt, wo von ihm gesagt wird: Prima novo methodo dedit incunabula legum — Et logica streperum muniit arte forum.

[51] Behufs Orientirung über das wissenschaftliche Rüstzeug des Verfassers möge hier bemerkt werden, dass er (neben den gedachten Rechtslehrern) an verschiedenen Stellen der Glossatoren und der Werke des Alexander de Imola, Bartolus, Duarenus, Ludovicus Romanus, Pancirolus, Papa (Quido Papa), Wesenbeck, Vigelius u. a. m. gedenkt. Ueber die systematisirenden Versuche der beiden Letztgenannten vgl. Muther l. c. S. 314, Stobbe l. c. I, 2. Abthl., S. 44, Note 86; hervorgehoben möge werden, dass fol. 28 p. v. der Systematik, an welcher der Franzose Conannus † 1551 festhalte, insbesondere betreffs der Stellung der actio Erwähnung geschieht, woraus zu schliessen ist, dass Kocinus dessen Commentarii juris civilis genau kannte, indem gerade die gedachte Auffassung rücksichtlich der actio für Conannus charakteristisch ist (vgl. hierüber den Aufsatz Ratjen's über die Ordner des röm. Rts. in der Zeitschft. f. Rtsgesch., VIII. Bd. S. 283).

unter den ihm zugänglichen Rechtsschriften gefunden, die seinen Ideen völlig entgegen gekommen wäre. Erst in der Vorrede zu Bodin's Werk: methodus ad facilem historiarum cognitionem sei er Gedanken begegnet, die den seinigen entsprachen; denn Bodin »mentionem facit distributionis universi juris ... ita propositae, quod summa genera generumque partitio ab ipsis causis usque ad infima deducuntur ea tamen ratione, ut omnia membra inter se apte cohaereant«. Daran knüpft Kocín das Geständniss: quod non obscurum mihi dabat judicium, juris disciplinam in artem redigi et methodo tradi posse. Im Anschlusse an die von Johann Tarnaesius zu Lyon publicirte tabula juris[52] führt er in dialogischer Form die partitio universi juris durch, indem er damit beginnt, dass trotz gegentheiliger Behauptungen auch die Rechtswissenschaft nach feststehenden Categorien zusammengefasst werden könne (fol. 18) in der Weise, dass die Definition an die Spitze gestellt, sodann aus derselben die Theilungsgründe entnommen und unter die so naturgemäss entwickelten Gesichtspuncte die einzelnen Rechtsregeln eingereiht, daneben aber dieselben durch Allegirung der einschlägigen Gesetzesstellen und Literaturbelege beleuchtet und stabilisirt werden. Unter möglichster Festhaltung doppelgliedriger Theilung wird der gesammte Rechtsstoff in ein übersichtliches Gerippe gebracht und als Ausgangspunkte hierbei die lex, legisactio, aequitas und das judicis officium gewählt, wobei je zwei derselben als correlat gedacht erscheinen. Ausgehend von dem Allgemeineren wird durch passende Mittelglieder zu dem Specielleren herabgestiegen und in diesem endlich das Detail — freilich nur in der allgemeinsten Lineatur — umfasst, gleichwohl so, dass dem Leser ein klarer Aufriss des gesammten Rechtsmateriales vor die Augen tritt. Die stellenweise Citirung römischer und griechischer Classiker, sowie die nicht seltene Erwähnung der Meinungen einzelner Glossatoren und der Vertreter der juristischen Humanistenschule zeigt von tüchtiger Belesenheit ebensowohl in der classischen als in der Fachliteratur. Die vom Verfasser in der Vorrede niedergelegte Anschauung über die

[52] Als Beitrag zur Geschichte des Bücherwesens verdient die Notiz Erwähnung, dass sie dem Verfasser: bibliopola ex Franckfurdensi mercatu verno Lugduni ante triennium evulgatam mitbrachte.

Uebereinstimmung des in Böhmen geltenden Stadt- und Landrechtes rücksichtlich des Wesens (praef. fol. 8) und das bloss Nebenmomente berührende Auseinandergehen derselben kennzeichnet den am classischen Rechte geschulten Juristen, dessen Auge die im deutsch- und slawisch-rechtlichen Boden wurzelnden Eigenthümlichkeiten des Heimathsrechtes als mehr minder gleichgültige, überflüssige oder sogar auszurottende Gewohnheitsbildungen[53] erscheinen, trotzdem er selbst (fol. 22) das Rechtsmaterial nicht in den Justinianeischen Rechtsbüchern erschöpft finden will. Sein Wunsch, das heimathliche Recht durch sachkundige und gewandte Hände übersichtlich zusammengefasst und hierdurch für die vergleichende Rechtswissenschaft einen werthvollen Beitrag geschaffen zu sehen, mag vielleicht Veit Ophthalmius zur Verfassung des processus juris municipalis pragensis cum jure romano collatus, der einige Jahre später (1585) erschien, veranlasst haben[54].

Mit reger Emsigkeit bethätigte daneben die populäre Rechtsliteratur[55] in den Gauen Böhmens die Wahrheit des in der eben besprochenen Schrift niedergelegten Ausspruches: homines nostrae gentis amant et colunt juris disciplinam. In knappen Sätzen zu einer Sammlung vereinigt werden Rechtsvorschriften dem Verständnisse der Volkskreise nahegelegt und ihrem Wissensbereiche einverleibt, in ganz ähnlicher Weise, wie Grundsätze der Moral und Lebensphilosophie durch Sprüchwörter ihnen zugänglich gemacht werden. Der Schöffe nimmt aus derartigen Quellen allmälig und unbewusst die Grundlagen für seinen Spruch und führt hierdurch das fremde Recht in die

---

[53] Vgl. Stobbe, Deutsche Rtsquellen I, pg. 651 (manip. juris zu Brünn, No. 613) II, pg. 117, Note 17.

[54] Als Anhaltspunkt fur diese Vermuthung kann vielleicht auch der Umstand dienen, dass in beiden Schriften das gleiche Motiv für ein derartiges Unternehmen hervorgehoben wird, nämlich die hiedurch beabsichtigte Widerlegung der von Glaubenshass dictirten Behauptung des Cosmographen Joannes Boemus, Aubanus Teutonicus (mores, leges et ritus omnium gentium, Parisius 1561) lib. 3 c. 11: nullae genti (Boëmorum) leges sunt, nulla sanctiora instituta; quod libet licet.

[55] Vgl. über den Einfluss des Humanismus auf die Cosmographie in Deutschland seit dem 16. saec., insbes. über die seitherige Uebung, grössere Abschnitte oder ganze Excurse über die Rechtszustände der Deutschen derartigen Werken einzuverleiben: Gengler's oben (Note 33) citirte Schrift.

Stadtgerichte ein[56]. Seit die classische Bildung auch in die weitesten Volksschichten selbst der Landstädte eindringt, werden die Aussprüche römischer Gewährsmänner, »die Sinnsprüche der Weisen, denen auch die Rechte entstammen«, mit Vorliebe benützt. In so weit ist es also auch für die böhmischen Länder wahr, dass das fremde Recht von Aussen in die Gerichte dringt (Stölzel l. c. I, pg. 24). Ein weiteres Glied in der Kette der hierher gehörigen Erscheinungen sind die Bearbeitungen gleichzeitiger Darstellungen einer zweckmässigen Staats- und Rechtsordnung, die selbstverständlich auf gemeinrechtlicher Basis aufgeführt sind[57], und solcher Schriften in

---

[56] Wie es scheint, nach dem Vorbilde der im Mittelalter weit verbreiteten, bereits im 14. Jahrhunderte ins Böhmische übersetzten stoischen Sinnsprüche oder disticha de moribus des Cato Dionysius (3 saec. post Christ.), sammelte der bei Besprechung der Codification des Stadtrechtes erwähnte Fabricius von Zlicko: »Sinnsprüche der Weisen, denen auch die Rechte entstammen« 1540 über Rechtspflege und Verwaltung der Gerechtigkeit insbesondere aus Classikern und Philosophen, indem er im Titel ausdrücklich hervorhebt, dass dieselben »für die Ausübung des Schöffenamtes besonders nöthig« seien. Eine ähnliche Sammlung stellte mag. Bartholomeus Ropal von Riffemberg (mag. art. und nach 1534 Professor an der prager Artistenfacultät, deren Decanat er 1536 bekleidete, von 1542—1500 Stadtschreiber zu Chrudim, nachher einer der tüchtigsten Procuratoren zu Prag † 1561; Procházka, de lib. art. fat. pg. 255. N. Sl. VII, S. 653) für den Gebrauch der dortigen Schöffen zusammen. In dem Urtheilsbuche der gedachten Stadtgemeinde, welches die Entscheidungen aus den J. 1546—1593 in sich fasst, finden sich dieselben in der Art verzeichnet, dass die betreffende Rechtsregel stets dem gewissermassen ihr als Corollar entspringenden Urtheilsspruche an die Spitze gestellt erscheint (Ztschrft. des böhm. Mus. 1845, pg. 359).

[57] Z. B. Lauterbeck's Regentenbuch von dem böhmischen Frobenius, nämlich Daniel Adam von Veleslavin unter dem Titel: politia historia 1584; in der Vorrede wird des Näheren ausgeführt, wie nöthig es den im Rechte und in der Verwaltung fremden »Schöffen und Rathsverwandten« sei, einen Leitfaden bei Ausübung ihres Amtes zu besitzen, der zum Theile auch mit dieser Arbeit — weil nöthig — dargeboten werde, »denn in keinem noch so niedrigen Handwerke gibt sich Jemand für einen Meister aus, der nicht von anderen Meistern dessen würdig erachtet wurde und das Meisterstück geliefert habe«. In diese Categorie zählt auch die über Wunsch Ferdinand's I. erfolgte (1554) Uebersetzung der Münster'schen Cosmographie (Jireček, Anthol. II, 111), sowie die böhm. Bearbeitung des oben (Note 54) erwähnten Werkes des Joannes Boemus (l. c. pg. 150), welches die Behauptung aufstellt, dass die »meisten Satzungen im deutschen Reiche von Constantin, Theodosius und Justinian herrühren« (Stintzing, Ulr. Zasius, S. 84) und worin insbesondere die Schilderung der Rechtsverhältnisse Beachtung verdient. Endlich ist auch an dieser Stelle hervorzuheben, dass bei Erörterung der das öffentliche Wohl oder die Regelung von Rechtsbeziehungen berührenden Fragen regelmässig nur Beispiele aus der Geschichte der Römer und Griechen gewählt, solcher aus der heimathlichen aber selten gedacht wird (Jireček, Anthol. II, passim und Stobbe l. c. I, 2. Abth. S. 113, Note 7). In gewisser Rücksicht sind hieher auch landwirthschaftliche Werke zu rechnen, welche häufig unter dem Titel: Der Oeco-

der Volkssprache, welche die Verherrlichung des Rechtsberufes zum Zwecke haben[58]. Uebersetzungen einzelner Theile der Justinianeischen Rechtsquellen[59] bilden schon in der Mitte des 16. Jahrh. die Brücke zur umfassendsten Reception des fremden Rechtes. — Bei so bewandten Umständen erscheint es nicht auffallend, dass selbst jene Männer des Adels, die sich der Pflege des heimathlichen Rechtes, des Landrechtes, widmeten, sich mit dem fremden bekannt und vertraut machten. Der classisch gebildete Bearbeiter des altböhmischen Rechtes vor dessen ersten Codification in der Wladislaw'schen Landesordnung 1500, Cornelius von Všehrd († 1520), der auf seine Professur und das Decanat der Artistenfacultät verzichtete[60], um als Landrechtsschreiber die practische Laufbahn zu betreten, verspricht in seinen »Neun Büchern von den Rechten Böhmens«, einem nach Gehalt und Form zu den schätzbarsten altböhmischen Literaturresten zählenden Werke, eine analoge Darstellung unter Zugrundelegung des gemeinen Rechtes schreiben zu wollen, wie er sie für das heimische

nom (hospodář) anlässlich der Darstellung der zweckmässigsten Wirthschaftsmethode das Unterthanswesen beleuchten, und hierbei sehr eingehende Vorschriften über Waisensachen und Angelegenheiten des ausserstrittigen Verfahrens, sowie auch über Hofgerichte enthalten (aus den J. 1530, 1550 vgl. Wocel in den Abh. der böhm. Ges. d. Wiss. V. Folge, 11 Bd. pg. 53 ff.; Zeitschft. d. böhm. Mus. 1843, pg. 426).

[58] Zu dieser Gattung gehört die von dem kgl. Weinberg-Meister und nachmaligen kgl. Commissär Michael Pěčka Smržický von Radostic 1609 herausgegebene »Action und Process zwischen einem Philosophen, Arzte und Juristen«; in dieser Schrift (fol. 151) wird der Streit dreier Brüder, die den gedachten Berufsständen angehören, in der Weise dargestellt, dass jeder durch längere Rede die Vorzüge seines Berufes ausführt und die Vortheile der beiden anderen zu verkleinern sucht, bis durch ein wohl motivirtes Endurtheil der Sieg dennoch dem Juristen zufällt, obwohl nebenbei anerkannt wird, dass alle das allgemeine Beste fördern. Der Verfasser verräth nicht nur Eloquenz, sondern auch Vertrautheit mit der classischen und Rechtsliteratur. Im Anhange folgen mehrere, die Uebernahme von Rechtsstreitigkeiten durch Anwälte betreffende Erörterungen. Ob dieses Büchlein an eine ähnliche Arbeit des Italieners Philipp Beroald, deren der Catalog der Lobkowic'schen Bibliothek (vgl. Note 37) erwähnt, sich anlehne, vermögen wir nicht zu sagen, da uns des Letzteren Werke nicht zu Gesicht kamen.

[59] Die Institutionen liegen in einer böhm. Uebersetzung aus dem J. 1562 vor, welche sowohl betreffs ihrer Prägnanz, als auch betreffs der Terminologie alle Anerkennung verdient; dieselbe ist freilich jünger, als die deutschen (Murner 1519, Fuchsperger 1535, Gobler 1551) und französischen (1519, 1544, 1547).

[60] Vgl. Vorbemerkungen zur jüngsten Ausgabe seines Werkes von Dr. Jireček pg. VII.

Landrecht bot. Leider vereitelte der Tod dieses Vorhaben, was um so mehr bedauert werden muss, als aus mehren Stellen der erwähnten Arbeit die Bekanntschaft mit dem römischen Rechte hervorleuchtet[61]. Aehnlich scheint des Practikers Menschik von Menstein mit Landtagsbeschluss vom J. 1601 (fol. 77) zur gesetzlichen Norm in Grenzstreitigkeiten erhobene Schrift: über das Grenzgericht zahlreiche Anklänge an die gemeinrechtliche Doctrin zu enthalten[62].

Blickt man auf die im Einzelnen oben ausgeführte Entwicklung, so kann es nicht Staunen erregen, dass die Praxis der Stadtgerichte, wie ein Einblick in die häufig noch erhaltenen Raths-Manualen und Urtheilsbücher ergibt, wesentlich von dem gemeinen Processrechte beherrscht war. Die Zahl der im fremden Rechte Wohlerfahrenen vermehrt sich zusehends; bereits im J. 1546 sitzen in dem Gerichte Ferdinand's I. zur Entscheidung des Streites zwischen den böhmischen Ständen und den Herzogen von Liegnitz wegen Erbverbrüderung nach dem Berichte des prager Canzlers Sixt von Ottersdorf als Augenzeugen »bei 40 Doctoren« (Bucholtz, Geschichte Ferdinand I., 9. Bd., S. 212) und selbst Breslau, damals zu Böhm.-Schlesien gehörig, hat schon 1532 einen Dr. juris unter seinen Rathsherrn, und 1539 einen solchen zum Stadtschreiber (Stölzel l. c. pg. 295)[63]. Wie sehr in späteren Jahrhunderten die Zahl der Doctores wächst, erhärten unsere Ausführungen über gelehrte Stadtschreiber und die Matrikel des Appellationsgerichtes, ganz abgesehen von den hier ausser Berücksichtigung bleibenden Procuratoren. Nicht bloss die practischen Rücksichten der Stabilisirung des Verfahrens als

---

[61] So ist z. B. die Einleitung lib. IV cap. 3 eine wörtliche Uebersetzung l. 1 pr. D. 18, 1; in lib. V, cap. 45, § 7 begegnet man einer Reminiscenz an princ. Instit. 1. 22; in lib. III, cap. 23, § 2 und lib. V, cap. 43, § 4 Erinnerungen an die Zwölftafelgesetzgebung.

[62] Z. B. fol. 3, 4, 6, 21, 63 ff., 70, 77, 80, 83, 91, 115. Ueber den Verfasser, der 1593—1601 Vicelandrichter, sodann kgl. Procurator und prager Burggraf war, vgl. Ztschft. des böhm. Mus. 1858 pg. 173.

[63] Am klarsten stellt sich die Vermehrung der Rechtsgelehrten bei Erwägung des Umstandes heraus, dass in Böhmens Nachbarlande der kursächsische Canzler vor der versammelten Universität zu Leipzig ein Jahrhundert zuvor (1446) klagte, dass, während in Wien und Erfurt in genügender Zahl Doctores zu Gebote stehen, der Kurfürst zu seinen Geschäften kaum 2 oder 3 finden könne (Stobbe l. c. I. 1. Abthl. S. 633, Anm. 75).

Richtschnur der Volksgenossen für künftige Fälle und der diesem Zwecke dienenden Publicirung desselben drängen seither zur Codification des Rechtes, sondern wohl auch der Wunsch, den Berufsjuristen eine Grundlage für die Handhabung des heimathlichen Rechtes und für dessen Vergleichung mit dem an allen Hochschulen gelehrten[64] römisch-canonischen zu gewähren.

Aehnlich wie in den italienischen Städten des 13. Jahrhunderts[65] schloss auch in den böhmischen Municipien theils in Folge der Entwicklung des Verkehrs, des Handels und der Industrie, theils aber auch durch den Einfluss der in die Gemeindestuben eingedrungenen gelehrten Richter und Anwälte die Reform des Stadtrechtes mit der umfassendsten Aufnahme fremder Rechtselemente ab.

In natürlicher Stufenfolge war die Reception des gemeinrechtlichen Processrechtes in den Gerichten des Bürgerstandes, des wichtigsten im ganzen Lande zum Abschlusse und Siege gelangt. Seither standen sich auf böhmischem Boden zwei Processsysteme in unvermittelter Schroffheit gegenüber; das gemeinrechtliche, den entwickelten Verkehrsverhältnissen gewerblicher und Handels-Thätigkeit sich accommodirende, aus classischen Rechtskeimen durch die Doctrin ausgebildete, in den Gerichtsstätten der Bürger und im Gegensatze hiezu das heimathliche, hauptsächlich dem stabileren Agrarverkehre dienende, aus slawischer Wurzel in fast ursprünglicher Reinheit erhaltene, daher verknöcherte in den Gerichtssälen des Adels. Die Nachtheile eines solchen Zustandes, die um so lebhafter hervortraten, als Genossen des einen Standes unter gewissen Voraussetzungen ausnahmsweise bei den Instanzen des anderen Recht suchen oder Recht nehmen mussten, drängten

---

[64] Das Bedürfniss der bezüglichen Volkskreise nach Kenntniss des ihre Rechtsbeziehungen regelnden Rechtes spricht nicht bloss das Publicationspatent der L.-O. 1500 und die »Widmungszuschrift« der Stadtrechte 1579 an Rudolf II. aus, sondern es betont dies auch Fabricius von Zlicko in der Vorrede seiner Publication 1536. Die Vortheile der Codification für Rechtsvergleichung würdigt Kocín in der nova distrib. jur. univ. praef. fol. 10.

[65] Savigny, röm. Rt. im M.-A. III. Bd. cap. 18, § 32, pg. 84; Stobbe l. c. I. 1, S. 638; mit Recht sieht auch Moddermann (Uebers. von Schulz): Recept. d. röm. Rts. pg. 61 den tieferen Grund der Reception in den Bedürfnissen des gesellschaftlichen Lebens und in dem mangelhaften Zustande des einheimischen Rechtes, gegen Schmidt l. c. § 10, 11, 12.

nach Abhülfe. Ueber mehrseitige Beschwerden dieser Art entschloss sich der Landtag in den letzten Decennien des 16. Jahrhunderts (1583) durch Bestellung einer Commission, die sich mit der Unification und Verschmelzung des Stadt- und Landrechtes befassen sollte, die Lösung dieser Frage vorzubereiten. Doch die bedauerlichen Religionsstreitigkeiten und die in ihrem Gefolge hereinbrechenden politischen Ereignisse [66], welche Böhmen bereits einmal von der Bahn hoffnungsreicher Cultur-Strebungen abgedrängt hatten, ergriffen an der Wende des 16. und 17. Jahrhunderts neuerlich das unter den Segnungen eines langen Friedens erblühte Land und trieben es einer Catastrophe entgegen, welche zahlreiche der tüchtigsten Köpfe von dem väterlichen Herde scheuchte [67] und in der Fremde wirken oder auch verkümmern liess zum unersetzlichen Schaden der Heimath. Im grellsten Gegensatze zu dem dargelegten allmäligen und darum naturgemässen Gange der Entwicklung in den bürgerlichen Rathsstuben trat in den Adels-Tribunalen gleichzeitig mit der politischen Niederlage des ersten Standes im Lande das plötzliche Unterliegen des von ihm gepflegten Gerichtsverfahrens und die unvermittelte Einführung des fremden Processrechtes durch des nunmehr absoluten Herrschers erlassenes Gebot ein. Diesen Abschluss zu skizziren ist die Aufgabe des nächsten Abschnittes.

---

[66] Stránský respubl. boj. 2. Aufl. c. 12, § 4 bestätigt ausdrücklich, dass »diese Sache gegen das Ende der Regierung Kg. Mathias im J. 1615 so gute Aussichten hatte, dass man wohl sagen kann, dass nur der jähe Ausbruch der Unruhen 1618 den erwünschten Ausgang vereitelten«.

[67] Aehnlich wie die aus Frankreich nach Aufhebung des Edicts von Nantes 1685 ausgewanderten intelligenten Protestanten der Provinz Brandenburg Segen brachten, wirkten auch die böhmischen Flüchtlinge nach der weissenberger Schlacht 1620 für Sachsens materielle und geistige Cultur (vgl. Peschek, böhm. Exulanten in Sachsen insbes. pg. 114 ff.); selbst nach Dänemark, Schweden, Holland und England flohen böhmische Gelehrte, wenn sie in Deutschland keine gastliche Stätte gefunden hatten (Pelzel, böhm. Gesch. II. Bd. pg. 754 ff. und dessen böhm. Gelehrte III. 107; Krones, Gesch. Oesterr. III. Bd. S. 440).

XII.

Abschluss der Reception durch Aufnahme des gemeinen Processrechtes in den Gerichten des Adels.

Die oben geschilderte wesentliche Umgestaltung des Gerichtsverfahrens hatte die Adelsgerichte insbesondere das Landrecht als Gerichtshof, welchem die Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten der freien Grundbesitzer und des Adels überwiesen war, ganz unberührt gelassen. Dieses Gericht, welches in Landtagsschlüssen (1608, pg. 28) das Kleinod des Königreiches genannt und von dem hervorragendsten heimischen Juristen, Cornelius von Wšehrd (Neun Bücher von den Rechten II, 1. Cap.) als das ausgezeichnetste Tribunal bezeichnet wird, hielt ähnlich, wie das mährische Landrecht, an den Grundsätzen fest, die durch Jahrhunderte lange Uebung zur Geltung gelangt waren. Es war diess betreffs der Darlegung des Streitmaterials die Mündlichkeit[1], bezüglich der Bewahrheitung bestrittener Facta die freie Beweiswürdigung (Wšehrd l. c. II, 20; Dirnauer Rtsbuch, pg. 19), rücksichtlich des Spruchstadiums die Inappellabilität der gefällten Entscheidungen (Arch. č. V. Thl. S. 363; Wšehrd l. c. II, 21; Tobitschauer Rechtsbuch, S. 117). In Bezug auf die äussere Struktur des Rechtsstreites hat Wšehrd trefflich das Princip der gesetzlich vorgeschriebenen Reihenfolge der einzelnen Handlungen skizzirt, indem er (II, 9) sich dahin äussert: »Jede Processsache ist ohne die gehörige und passende Ordnung nichtig. Es haben daher die alten Böhmen nicht unterlassen, eifrig festzusetzen, was beim Landrechte früher, was hernach abzuhören sei, so dass bei demselben die Processe nicht sprungweise verhandelt werden«. Diese Grundzüge galten auch bei anderen Gerichten, welche der persönlichen Zuständigkeit nach dem Landrechte gleichstanden (Maxim. L. O. B. 23, 36, 43).

[1] Wladisl. Landesordnung 1500 art. 6, 37; Maximilian. L.-O. 1564, art. B. 30, 32; Tobitschauer Rechtsbuch ed. Brandl, cap. 67, 72, 78; Dirnauer Rtsbch. pg. 34, 35.

Die Gerichte, denen die Entscheidung bäuerlicher Rechtsangelegenheiten zukam, bleiben ausser Betracht, weil bereits im 14. Jahrhunderte in denselben die Macht der adeligen Herrschaftsbesitzer zumeist zur Geltung gelangt war. Schon der mehrgenannte Official des prager Erzbisthums Kuneš von Třebowel gesteht in seinem tractatus de devolutionibus: fateor rusticos Boemiae jurisdictioni dominorum subesse (Wocel, altböhm. Erbrecht, pg. 49). Nach den Hussitenkriegen hatte sich die Macht der adeligen Güterbesitzer zu solcher Bedeutung erhoben, dass im J. 1453 durch Landtagsschluss der erste Schritt zur Einführung der Leibeigenschaft in Böhmen unternommen wurde (Palacký, děje č. IV. Thl. 1. Abth. S. 303 und Právník 1878, S. 698 ff. und Note 101). Unter der schwachen Regierung Wladislaus' II. wurde diese Richtung zum Abschlusse gebracht durch das Gesetz, dass kein Unterthan gegen seinen Herrn vor dem Landrechte als Kläger auftreten dürfe (Tomek, Gesch. des Kgrchs. Böhm. pg. 326), obwohl noch Wšehrd (Neun Bücher III, 22, § 15) über die Lösung dieser Frage ursprünglich im Zweifel war, in der zweiten Recension seines Werkes aber schon die negative Lösung verfocht. Wenn auch einzelne Dorfgerichte in Folge königlicher Verleihung trotz des allgemeinen Verfalles dieser Gattung von Gerichten sich erhielten, so führten sie zum grössten Theile während des 16. Jahrhunderts nur eine Scheinexistenz, bis sie endlich in Folge eigener Unfähigkeit[2] zusammenbrachen und verschwanden (vgl. Haněl, deutsch. Rt. in Böhmen u. Mähren, pg. 93). Seit der Schlacht am weissen Berge 1620 verfiel der Bauernstand völliger Unfreiheit (Mus. Ztschft. 1843, S. 164), und unterstand daher dem Patrimonialgerichte der »Obrigkeit«, welche die erforderlichen Vorschriften in »Mandaten« erliess (vgl. über solche Gerichte in Deutschland: Stölzel, gel. Richterth. I, pg. 343 und die dort citirt.). Bemerkt mag nur werden, dass nachdem den vormals freien Dorfgerichten die Civil-

[2] Den traurigen Zuständen rücksichtlich der bäuerlichen Gerichte musste der Landtag im J. 1567 und 1575 dadurch Rechnung tragen, dass er von der althergebrachten und gesetzlich anerkannten Zuziehung von vier beeideten Schöffen aus der nächstgelegenen Ortschaft bei Grenzstreitigkeiten wegen allzugrosser Rechtsunkenntniss derselben absah (Menschík, Grenzrecht 1600, fol. 4).

und Strafgerichtsbarkeit entzogen worden war, nur hie und da — vielleicht als Nachklang der kirchlichen Rügegerichte — (Stölzel l. c. I, 369 ff.) kleinere Polizeisachen (Feldfrevel), Injurien, manchmal auch Besitzstörungsstreitigkeiten durch Rügen oder Ungebote, d. h. nicht durch bes. Ladung angesagte, vielmehr zu voraus bestimmten Zeiten gepflogene Gerichtssitzungen entschieden wurden. Freilich war ein solcher Zustand lediglich ein Fortvegetiren, Hinwelken bis zum endlichen Verdorren, obwohl dieses Stadium in manchen Gegenden bis ins vorige und gegenwärtige Jahrhundert andauerte[3]. —

Die Landtage beschäftigten sich wohl häufig mit der Regelung des gerichtlichen Verfahrens beim Landrechte, doch blieben die gedachten Grundlagen unberührt[4], indem nur veraltete Missbräuche abgeschafft, Einzelnheiten bestimmt oder erforderliche Ergänzungen erlassen wurden. Häufig wurde insbes. das Princip der Inappellabilität der landrechtlichen und ähnlichen Urtheile feierlich in Landtagsschlüssen anerkannt und bekräftigt, so z. B. 1543, 1547, 1575, 1609. Sporadisch finden sich unbedeutende Spuren des fremden Rechtes, so z. B. in der, der citatio ad litem

---

[3] Chlumecký: ein Dorfweisth. aus Mähr. 17. Bd. Arch. öst. Gesch.-Qu.; Rössler in der Beil. seines Vortrages: über die Bedeutung der öst. Rtsgesch. und die Mittheil. des Ver. f. Gesch. der Deutsch. in Böhm. Jahrg. 1877 S. 174 ff.

[4] Ueber die vor Erlassung der ersten Landesordnung im J. 1500 eingetretenen Aenderungen gibt Aufschluss Cornel von Wšehrd's, obersten Landtafelschreibers, im J. 1499 abgeschlossenes obgenanntes Werk: Neun Bücher von den Rechten Böhmens lib. IX cap. 10. Bestehende Missbräuche wurden abgeschafft insbesondere: 1595 die üblichen Verzögerungen betreffs der Eidesleistung, 1596 Verschleppungen der Processe durch die prolocutores der Parteien, 1601 (fol. 79) verschiedene unwesentliche Förmlichkeiten, 1609 Verzögerungen in Sequestrationssachen. Einzelnheiten wurden geregelt vornehmlich: 1609 die Zeugenabhörung kranker Personen, sodann in diesem Jahre und schon 1596 eingehend das Executionsverfahren und das vordem allzu förmliche Ladungswesen. Ergänzungen einzelner Vorschriften wurden veranlasst: 1543 durch Detailverfügungen über Zeugenabhörung, 1600 und 1601 durch Regelung des Grenzrechtes nach seiner materiellen und formellen Seite. Interessant ist das Factum, dass Ferdinand I. im J. 1552 laut der Landtagsproposition ein Exemplar der im J. 1548 reformirten Reichspolizeiordnung dem böhm. Landtage vorlegen liess, damit derselbe die ihm dienlich scheinenden Verfügungen zum Landesrechte erhebe. Doch die Kämpfe mit den Türken in Siebenbürgen und die dem Augsburger Religionsfrieden (1555) vorausgehenden Kriegswirren in Deutschland mögen wohl die Absicht des Königs zu Nichte gemacht haben. Einzelne der R.-P.-O. ähnliche Bestimmungen finden sich in späteren Landtagsbeschlüssen. Besser gelangen ähnliche Bestrebungen Ferdinand's in den österr. Herzogthümern (Buchholtz l. c. VIII. S. 280—287).

reassumendam nachgebildeten Vorschrift der Maximilian. L.-O. D. 17, sodann in der mit Landtagsschluss 1575 erfolgten Aufnahme des possessorium summarissimum im Sinne der gemeinrechtlichen Praxis und R. C. G. O. 1555 II, 21 § 1, 2 endlich in zwei Landtagsschlüssen vom J. 1585, deren ersterer eine cautio actoria für den Fall vorschrieb, dass eine Standesperson bei einem städt. Gerichte klagbar auftrat, während der letztere Vorschriften über Zeugenverhör erliess, die der gemeinrechtlichen Praxis entsprachen. Entschieden, wenn auch nur indirect, verwahrte sich der Landtag gegen das Eindringen des fremden Verfahrens im J. 1575 mit dem Beschlusse, inhaltlich dessen die Entscheidung von dem kgl. Spruche unterliegenden Rechtsangelegenheiten durch den Reichshofrath ausdrücklich als unzulässig erklärt wurde. Dass keine weiteren Spuren des Widerstandes der Stände gegen die Aufnahme des fremden Rechtes im 16. und in den ersten zwei Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts aufzufinden sind[5] hat darin seinen Grund, dass die durch Mitregierung der obersten Landesbeamten beschränkte königliche Gewalt im Landtage keinen Versuch zur Einbürgerung des gemeinen Rechtes unternehmen konnte, daher jeder Grund zu einem diesfälligen Widerstande entfiel[6]. Wie sehr die Adels-

---

[5] In einem Landtagsbeschlusse vom J. 1574 betreffend die Grenzberichtigung Böhmens gegenüber dem Auslande wird der König ausdrücklich ersucht, neben den durch Wahl aus der Mitte der Landesvertretung bestellten Commissären, »andere würdige und gelehrte Personen als Doctoren, Procuratoren, Adjuncten, Notare oder andere dazu geeignete Männer« zu diesem Geschäfte zu entsenden. Dass Ferdinand I. bei seiner Wahl durch Revers vom 4. Mai 1528 versprechen musste, keinen Ausländer weltlichen oder geistlichen Standes zu Landes-, Hof- oder Stadtämtern zu berufen (Ztschft. d. böhm. Mus. 1877 pg. 254, Note 61), hatte lediglich in diesbezüglichen Bestimmungen der Landesordnung seinen Grund, und zielte nicht gegen die Kenner des fremden Rechtes.

[6] Anders lagen die Dinge in jenen Ländern des habsburgischen Reiches, in welchen die Herrscher in der Ausübung der Regierungsgewalt durch die Stände minder beschränkt waren, wie beispielsweise in Tyrol. Dort tauchen wiederholt Beschwerden der Stände über das Eindringen des fremden Rechtes in die heimathlichen Gerichtsstuben auf. So beschloss schon 1508 der Landtag zu Botzen, dass »kein Pfleger, Richter oder Anwalt Gewalt haben soll im Richten sitzend die Urtheiler zu unterweisen oder selbst Urtheil zu fällen, sondern allein die Umfrage zu thun«, da auf diesem Wege die Kenner des fremden Rechtes demselben Eingang zu verschaffen suchten. Gleichwohl erneuerten sich die Klagen im J. 1525, wobei hervorgehoben wurde, dass wider den ausgesprochenen Willen des Landtages die Aemter mit Doctoren besetzt wurden. Trotzdem beharrte der seit 1520 die Regierung führende Erzherzog

aristokratie die königliche Macht zu lähmen wusste, ergibt sich z. B. daraus, dass im J. 1575 durch Landtagsschluss dem kgl. Appellationsgerichte für den Bürgerstand verboten wurde, s. g. Blindurtheile zu fällen, obwohl demselben durch die Instruction Ferdinand's I. 1548 dieses Befugniss eingeräumt worden war.

Eine solche Ueberhebung des Adels sollte hart gestraft werden. Als die politische Lage sich zu entschiedenem Ungunsten desselben geändert hatte, wurde das heimische Verfahren in den Gerichten des Adels vernichtet. Nachdem nämlich die mächtigste Ständebewegung in den österr. Ländern gedämpft und die Kraft der Vertheidiger der alten Landesverfassung gebrochen war (1621), tauchte in den Regierungskreisen nach Frankreichs Vorbilde das Streben auf, alles autonome Wesen aus dem Staatsleben zu bannen[7] und die möglichste Uniformität der rechtlichen Verhältnisse in allen demselben Scepter untergebenen Ländergebieten herbeizuführen.

In der Commission, welcher die Aufgabe zufiel, die Maximilianeische L. O. vom J. 1564 nach den nunmehr angenommenen Regierungsprincipien umzuarbeiten, sassen neben Staatsmännern auch Kenner und Practiker des gemeinrechtlichen Verfahrens, nämlich der Vicepräsident des Reichshofrathes Johann Peter von Strahlendorf und die Reichshofräthe Dr. Otto Melander, später mit dem Prädicate von Schwarzenthal ausgezeichnet, und Dr. Hil-

Ferdinand darauf, dass im »Landesregiment« ein oder zwei Doctores sitzen müssten, da dasselbe Berufungsstelle für die s. g. vorderösterreichischen Länder sei, »in welchen, wie auch in wälschen und görzischen Sachen nach kaiserlichen geschriebenen Rechten« geurtheilt werde. Im J. 1559 bequemte sich dagegen der Herrscher zu dem Versprechen, keine Fremdlinge ins »Regiment« zu berufen, was wohl mit dem Widerstande gegen die Aufnahme von Doctoren zusammenhing. Im J. 1567 mag der Widerwille gegen das fremde Recht einen hohen Grad erreicht haben, da die Stände, als sie dem Erzherzog Ferdinand (dem jüngeren) huldigten, ausdrücklich Verwahrung dagegen einlegten, dass sie die gemeinen Rechte annehmen, und sich vorbehielten, dass als Subsidiarquelle der Landesordnung »löbliche Gewohnheiten« gelten und bei deren Abgang die Entscheidung eines Schiedsrichters Platz greifen solle. Die Stände erhielten hierauf diese Zusage und die Wiederholung des oberwähnten Versprechens aus dem J. 1559 (Beiträge zur Gesch. u. Stat. Tyrols V. Thl. pg. 28, 97).

[7] Mit der geänderten Auffassung in staatsrechtlichen Fragen hängt auch das Rescript vom 3. Septbr. 1628 (Weingarten. Codex Ferd. Leop. Jos. Car. pg. 142) zusammen, inhaltlich dessen die Landesbeamten nicht mehr als Beamte des Königreiches, sondern nur als königliche Beamte im Königreiche sich nennen und schreiben durften.

lebrand. Sobald die Commission die Berathungen über die staatsrechtlichen Fragen beendet hatte, wendete sie sich im Anschlusse an die Systematik der alten Landesordnung der Erörterung der Vorschriften über das Gerichtsverfahren zu. Hierbei wurde von dem Gesichtspunkte ausgegangen, dass das Verfahren im Allgemeinen nach der nunmehr zur unbestrittenen Geltung gelangten Anschauung über die Herrschergewalt umgestaltet, und im Einzelnen nach den Grundsätzen des gemeinen Rechtes umgearbeitet werden müsse. Klar ergibt sich das erstere aus einem im J. 1624 an Ferdinand II. erstatteten Gutachten, worin auf die Abschaffung der Inappellabilität gedrungen und die Einführung der Appellation und Revision von den landrechtlichen Urtheilen urgirt wird (Arch. d. verein. Hofkanzlei II, A. 1). Die letztere Tendenz dagegen tritt in den Berathungsprotocollen der Commission insbesondere vom 18. und 20. März 1625 (böhm. Landes-Arch.) unverhohlen zu Tage, wo z. B. ad B. 34 der Maxim. L. O. über Ausbleibensfolgen und deren Rechtfertigung als Commissionsbeschluss bemerkt wird: »die Decision hujus articuli ex jure communi zu nehmen«, oder ad art. C. 8, wo ausser der Streichung des von dem bisherigen auferlegten Eide handelnden Absatzes beschlossen wird: »soll secundum jus commune formirt werden, weil tria juramenta: judiciale, voluntarium, suppletorium«. Am 4. April 1625 endlich wurde der Beschluss gefasst, behufs rascherer Durchführung der ganzen Arbeit die Revision des über das Gerichtsverfahren handelnden Theiles der zu reformirenden L. O. ausschliesslich in die Hände des Dr. Otto Melander unter Beihülfe des böhmischen Appellationsrathes Dr. Hassold und eines der böhmischen Sprache mächtigen Procurators zu legen. Dr. Otto Melander[8] war die geeig-

[8] Dr. Otto Melander, aus Hessen 1571 gebürtig, studirte zu Marburg Rechte und erwarb dort 1595 den Doctorshut, nach 1601 war er kurze Zeit Professor der Philosophie und der Rechte am academ. Gymnasium zu Herborn, wirkte als Rechtsconsulent schon vor dem J. 1597, indem er in diesem zwei von ihm abgegebene Gutachten veröffentlichte, deren ersteres darüber quod testamentum actis judicis insinuatum absque testibus valeat handelt (Lipenius Bibl. jurid. pg. 114, 556), das letztere dagegen unter dem Titel: Resolutio praecipuarum quaestionum criminalis adversus sagas processus (beide Lichae 1597) mit Geschick und Wärme gegen die Hexenprocesse auf-

nete Persönlichkeit für ein derartiges Unternehmen. Mit der gemeinrechtlichen Legislative und Doctrin in vollstem Masse vertraut, selbst sogar ein Pfleger der letzteren, hatte er in seiner Heimath als Rechtsfreund, seit 1610 im böhmischen Appellationsgerichte, dann im Reichshofrathe gewirkt, und daher auch die Verhältnisse des Landes kennen gelernt (Gf. Auersperg, Gesch. d. App. Ger. f. Böhm. l. c.). In Anerkennung seiner Leistungen wurde ihm und seinem Collegen Dr. Hillebrand später unter den

---

tritt, wobei der Verfasser sich als gewandter Criminalist bewährt und durch Excurse auf das Feld der Physik und Medicin den Aberglauben der Existenz von Hexen bekämpft. Seine Kenntnisse im Gebiete des Rechtes dürften hervorragende gewesen sein, da er (zeuge der Widmung des gedachten Schriftchens pg. 10) als Professor juris et artis oratoriae für die damals in Aussicht genommene Hochschule im Hannover'schen vorgeschlagen worden war. Die Früchte seiner civil-processualen Studien publicirte Melander als Commentaria in N. Meureri JCti, quondam assessoris, processum cameralem in 2 Thln. (1601). Dass diese Studien umfassende gewesen sein mögen, leuchtet aus dem Verzeichnisse jener Werke hervor, die er benützt zu haben in dem Widmungsschreiben seiner Commentaria selbst eingesteht, indem er berichtet: evolvi namque et quidem non semel Gaillium, Mynsingerum, Wurmserum, Hartmannum Hartmanni ab Eppingen, observationes ignoti cujusdam camerae imperialis assessoris, Petrum Friderum Mindanum de processibus camerae, Christophorum Schwanmannum, Petrum Denaisium de jure camerali, commentaria in ordinationem camerae edita a Juliano Magenhorst et alios nonnullos cameralis processus interpretes, in iisque etiam Meurerum. Diese Schriften und die recentiores imperii constitutiones, decreta specialia et visitationes camerae, über deren Nichtbenützung seitens Meurer's er klagt, waren sonach der Wissensfond bezüglich des gemeinen Processrechtes, über welchen Melander verfügte. Es ist diess für die Beurtheilung der von ihm eingehaltenen Richtung bei seiner codificatorischen Thätigkeit und für die richtige Erfassung der processualen Bestimmungen der »verneuerten Landesordnung« für Böhmen von Wichtigkeit. De Wal: Beitr. z. Lit.-Gesch. des Civ.-Proc. pg. 50 nennt Melander »den bekannten Verfasser des juris processus jocoserius Hannov. 1611«; da uns jedoch dieses Buch unzugänglich blieb, müssen wir uns auf die Reproducirung dieser Bemerkung beschränken. (Lipenius bibl. jur. pg. 459 kennt den Verfasser des erwähnten proc. joco-ser. nicht.) Dass Melander seine Blicke auf die juridische Lehrthätigkeit als einen ihm erwünschten Beruf gerichtet hat, geht nicht nur aus der oben erwähnten Empfehlung, sondern auch aus drei von ihm herrührenden Tractatus de modo discendi et docendi jura (Lichae 1605; Lipenius pg. 298) hervor, und scheint diese Absicht auch aus der an die duces Saxoniae gerichteten Widmung des zweiten Theiles seiner obigen Commentaria hindurchzuklingen, da er darin ein sehr reges Interesse für eine in Coburg zu gründende Hochschule an den Tag legt. Ausser den oben berührten Früchten schriftstellerischer Thätigkeit stammen von ihm noch Abhandlungen über lehnrechtliche Fragen (1600 Lipenius pg. 199), dann discussiones tam theoricae quam practicae (ibid. pg. 153) und eine idea seu exegesis studii politici (1615 ibid. pg. 239). Nach Witte diarium biograph. verdankte Melander seine Carriere in den österr. Ländern einem Glaubenswechsel, beziehungsweise Uebertritt zum Katholicismus und starb 1640 (vgl. sofern nicht bes. Quellen citirt werden, Supplem. zu Jöcher's Gelehrtenlexicon von Adelung-Rotermund IV. Bd. pg. 1327; Jugler, Beitr. z. jurist. Biogr. VI. Bd. pg. 26—32).

kgl. Räthen in subsellio doctorum der erste Platz eingeräumt (Status particularis regiminis Ferd. II. 1637, pg. 105) und das Adelsprädicat von Schwarzenthal sowie mehre confiscirte Güter in Böhmen verliehen.

Erwägt man prüfenden Blickes — unter steter Rücksichtnahme auf die ausgemessene Aufgabe — das Resultat der Bemühungen der genannten Männer, nämlich die Processvorschriften der am 20. Mai 1627 in Böhmen und ein Jahr später (am 10. Mai 1628) in Mähren[9] publicirten s. g. verneuerten Landesordnung Ferdinand's II., so muss man ihren Leistungen volle Anerkennung angedeihen lassen[10]. Sie ersetzten die Mündlichkeit durch die Schriftlichkeit (Böhm. L. O. C. 1, B. 4. 9; Mähr. fol. 48, 35), die freie Beweiswürdigung durch genaue Beweisregeln (D. 28, 32, fol. 89, 90), die Inappellabilität der Urtheile durch die Einführung der Revision (F. 75, 82; fol. 104). Glücklich gelang es den Codificatoren bei der Reception des gemeinrechtlichen Verfahrens diejenigen Institute und Einrichtungen bei Seite zu lassen, welche jenes zu einem schleppenden und schwerfälligen gestaltet hatten. Die vorgefundenen Processeinrichtungen wurden nur insoweit aufrecht erhalten, als sie mit den Grundsätzen des neu angenommenen Verfahrens sich in Einklang bringen liessen, also nur in geringem Masse. Da die reformirte Landesordnung ausdrücklich als ihr Ziel erklärt, »die Beschwerlichkeiten des böhmischen Processes zu beheben« (D. 42), beseitigte sie gewisse Ladungsformen (půhon) (B. 18, 19; in Mähren bestanden dieselben überhaupt nicht), ingleichen den Unterschied zwischen Urtheilen und Erkenntnissen im Sinne des

[9] Der Redacteur dieser L.-O. Joannes Ernestus Platisius, episc. olom. electus (D'Elvert, Beitr. z. Gesch. u. Stat. Mähr. u. Schles. VI. Bd. S. 250) scheint sich bei der fast wörtlichen Uebereinstimmung der mähr. mit der böhm. L.-O. seine Arbeit nicht allzuschwer gemacht zu haben. (Vgl. über denselben Památky archeol. 1861 S. 63.)

[10] Der tüchtige Rechtskenner Prof. Neumann (vgl. Note 17) äussert sich über die processualen Bestimmungen dieses Gesetzes in seinem tract. de abusibus praxeos Boemiae pg. 6: processus boëmicus in jure provinciali et novellis declaratoriis iis finibus et cynosura est circumscriptus, ut, nisi per abusus praxeos in plurimis fuisset vitiatus, multis aliis exterarum provinciarum ordinationibus processuum ob sui brevitatem, facilitatem et eruendae veritatis promptitudinem esset praeferendus.

heimathlichen Rechtes (nálezy, výpovědě D. 50); die althergebrachten Ladungslibelle wichen den nach den Vorschriften der gemeinrechtlichen Theorie zu verfassenden Klagsschriften (B. 18, 23, 25, E. 18; fol. 43, 99). Dagegen wurde die eigenthümliche Institution der schedulae scissae beibehalten, die ein passendes Surrogat der gemeinrechtlichen Interrogationen (besonders in jure) bildeten (B. 12, 14; E. 1, 16; fol. 39, 40; Zahořanský, proc. judic. theor. pract. 1717, pg. 12; Wehneri lib. singularis pract. juris observat. Francof. 1673 sub verbo: ausgeschnittene Zettel). Mit geschickter und sachkundiger Hand wurde mit der Schriftlichkeit auch die specielle Streiteinlassung (C. 7, 8) und die Concentrationsmaxime früher und in weiterem Masse recipirt als im gemeinen Rechte, denn die Landesordnung Ferdinand's II. C. 9, 10, 11 fordert die eventuelle Verbindung der dilatorischen und peremptorischen Einwendungen sowie B. 19, D. 28 die Anticipation des Beweises durch Zeugen, Urkunden und Eide, und in Consequenz dessen die Durchführung des Zeugen- und Urkundenbeweises pari passu mit dem Instructionsverfahren (C. 23 ff.), regelmässige Ausschliessung der Nova in der Duplik (C. 18) und Abschluss des ganzen Verfahrens mit dieser Schrift (C. 22 in fine). Hierin liegt der gemeinrechtlichen Entwicklung gegenüber ein bedeutender Fortschritt, da nach Massgabe der letzteren bis in die Hälfte des 17. Jahrhunderts vor Allem nur dilatorische Einwendungen vorgebracht zu werden pflegten, die peremptorischen dagegen erst nach Entscheidung über jene an die Reihe kamen (Albrecht, Eventualprincip, S. 49), weshalb der J.R.A. 1654, § 37 die erwünschte Abhülfe brachte. Aehnlich wurde auch betreffs des Urkundenbeweises die Beweisanticipation selbst durch dieses Reichsgesetz nicht zur Pflicht des Producenten gemacht, sondern blieb unter Berücksichtigung eines R.C.G.-Gutachtens vom 15. October 1644 demselben lediglich freigestellt. Mit vollster Berechtigung konnte daher im Publikationspatente der Landesordnung betont werden, dass die älteren Rechtsvorschriften »auch etzlicher massen nach Kaiserlichen, und anderen im h. römischen Reich und unseren Königreichen und Ländern gewöhnlichen Satzungen corrigirt« seien.

Die Gesetzgebung der späteren Jahre bis zur jüng-

sten Gestaltung des österr. Processrechtes in seiner Gesammtheit in der josefinischen Gerichtsordnung tastete die erwähnten Vorschriften nicht nur nicht an, vielmehr bemühte sie sich, denselben eine immer weitere Verbreitung zu verschaffen. Diess gilt insbesondere rücksichtlich der Schriftlichkeit und Appellabilität.

Die Schriftlichkeit des Verfahrens war eingeführt worden, »weil (wie die Landes-Ordnung C. 1 ausführt) so grosse Sachen, welche häufig das ganze zeitliche Wohl betreffen, auf ähnliche rasche mündliche Verhandlungen zu stellen überaus gefährlich ist, übrigens die Redner nicht alle einander gleich und ihre Anzahl gering ist; häufig auch mehr der Witz und die Beredsamkeit des Redners als die Streitsache selbst beachtet wird, weshalb der arme Mann, welcher solche Redner in seinen Lohn nicht zu nehmen vermochte, bedrückt wurde; weiters weil auf eine Angelegenheit, wenn rasch, keineswegs so gut und genügend Antwort gegeben zu werden vermag, als wenn einige Zeit dazu gewährt erscheint, binnen welcher sich berathen werden kann, aus welcher Ursache im ganzen römischen Reiche und in allen uns gehörigen übrigen Ländern in so schweren Sachen schriftlich procedirt wird, ausserdem aber in Anbetracht dessen, dass nunmehr in unserem Erb-Königreiche Böhmen nicht bloss eingeborene Böhmen, sondern auch andere Nationen mit verschiedenen Sprachen als unsere getreuen Unterthanen wohnen und des gleichen Schutzes und Rechtes, ihre Angelegenheiten zu erwägen und sich über dieselben allenfalls zu berathen, insgesammt theilhaftig sein sollen«, sowie endlich »keine juridischen Zänkereien weiters geduldet werden (D. 42)«. Die beschränkte Theilnahme eigens bestellter declamatores, welche sämmtliche Acten im Spruchsenate vor der Urtheilsfällung vorlesen (D. 43; fol. 95) und die Einwirkung des lebendigen Wortes auf die Richter ersetzen sollten (Weingarten, vindemia judicialis, pg. 269) war eine den Rechtsgewohnheiten des Landes gemachte Concession, jedoch nur ein vermeintlicher Ersatz der freien Mündlichkeit des Verfahrens durch eine bedeutungslose Formalität. Uebrigens galt diese Einrichtung bloss in erster Instanz (Appell.-Instr. 1644, art. 11, 12, 15, 25, 26).

Mit grossem Eifer sorgte die absolutistische Legislative für die Verbreitung der Schriftlichkeit bei denjenigen städt. Gerichten, bei welchen bis dahin die mündliche Verhandlung in Uebung stand. Vergeblich war die von den Ständen Böhmens an Ferdinand II. gerichtete Bitte, dass es den Partheien wenigstens gestattet werden möge, »die Grundlage ihrer Intention in Kürze dem Gerichte mündlich wiederholen, und sonst Alles vortragen zu dürfen, was ihnen nothwendig scheinen würde«; den Petenten wurde der Bescheid zu Theil, dass »der Kaiser es von der aus hochwichtigen Ursachen und Erwägungen eingeführten Schriftlichkeit keineswegs das Abkommen finden lasse, und keinesfalls gestatte, dass das mündliche Verfahren neuerlichen Aufschwung nehme« (österr. Gerichtsztg. 1863, No. 50). Gleichzeitig erfloss an das Landrecht die Resol. vom 3. Oct. 1629 (Cod. Ferd. Leop. Jos. Car. pg. 151), inhaltlich deren die strenge Festhaltung an der Schriftlichkeit zur Pflicht gemacht wurde. An die kgl. Städte[11] erging mit der Resol. vom 20. September und 28. October 1641 ein Befehl gleichen Inhaltes, und dem Appellationsgerichte wurde mit der Instruction vom 26. November 1644 art. 22 auferlegt, darüber zu wachen, dass der Wille des Gesetzgebers in dieser Richtung überall befolgt werde. Schliesslich wurde ein Mandat ähnlichen Inhaltes unterm 2. März 1651 § 2 an die königl. Leibgedingstätte erlassen (Weingarten, Auszug der Stadtrechte, pg. 64, pg. 10 des Anhanges), kraft dessen auch in den Sachen des processus summarii (§ 16 cit.) schriftlich verfahren werden sollte (Gross, Einleitung zu practischen Vorlesungen, pg. 36). Damit aber die Möglichkeit einer Umgehung der Schriftlichkeit benommen sei, wurde durch das Decret vom 18. De-

[11] In den Städten, welche durch die Kriegsereignisse häufig ihre einheimische Bevölkerung gänzlich verloren hatten (Lippert, Gesch. v. Leitmeritz pg. 535 und der Landtagsbeschluss 1650) und finanziell ruinirt waren (Ztschft. des böhm. Mus. 1877 pg. 568 ff.), trat ein solcher Verfall rücksichtlich der Gerichtspflege ein, dass der gelehrte Zeitgenosse Balbin († 1688) in seinem liber curialis pg. 74 bedeutsam bemerkt: cum judicium aut corruptum affectu aut juris ignorantia denotare volumus »soud« vel judicium oppidi appellamus. Bei solchen Rathsleuten konnte man Melanchthon's richtige Schilderung in der oratio de legibus (Stobbe I. 2. Abthl. S. 101, Note 71) über die Herrschaft des rechtskundigen Stadtschreibers unter ihnen anwenden: Hujus vident oculis hujus audiunt auribus reliqui . . . Capita sunt sine linguis, jus ipsi et vim aequitatis ignorant. Legulejus ille naribus omnes tamquam bubulos trahit.

cember 1674 No. 32 angeordnet, dass auf das schriftliche Verfahren selbst durch übereinstimmenden Parteiwillen nicht verzichtet werden könne.

Mit gleicher Sorgfalt schützte die Legislative den Grundsatz, dass kein Urtheil inappellabel sei. Obwohl eine Gleichstellung der Urtheile des Landrechtes und der Stadtgerichte nicht ausgesprochen, vielmehr die besondere Wichtigkeit jenes Gerichtes mit beredten Worten hervorgehoben worden war (F. 75), bestand in der Sache selbst kein wesentlicher Unterschied; denn von den Urtheilen städtischer Gerichte ging die Berufung an das Appellationsgericht und sodann die Revision an den König (F. 73; declar. D. d. 3), während gegen landrechtliche Urtheile nur das Rechtsmittel der Revision an den König zustand (F. 75). In Consequenz der zur Regel erhobenen Appellabilität unterlagen gemäss der Rescripte vom 8. Juli und 16. September 1654 (Weingarten, vindemia judicialis) auch die Urtheile des Universitätsgerichtes dem Berufungszuge an das Appellationsgericht. Nicht nur in Böhmen und Mähren, vielmehr auch in Schlesien wurde dieser Grundsatz consequent zur Anwendung gebracht, in letzterem Lande durch das Rescript vom 9. Mai 1695 und, soweit die vom dortigen Oberamte geschöpften Urtheile in Frage kommen, schon mit Rescr. vom 4. October 1644 (Weingarten, Cod. cit. pg. 576, 235). Um aber die in der s. g. verneuerten Landesordnung und den zu derselben unter Ferdinand III. erflossenen Declaratorien niedergelegten Grundsätze über das Verfahren in Revisionssachen auch in Schlesien zur Geltung gelangen zu lassen, wurde ein Revisionspatent vom 12. October 1698 (Weingarten l. c. pg. 616) hier publicirt.

Mit der »verneuerten Landesordnung« hatte die Reception des gemeinrechtlichen Verfahrens in den böhmischen Ländern ihren Gipfelpunkt und betreffs aller Gerichte in denselben ihren Abschluss erreicht. Das Verfahren in appellatorio war durch die Instruction des Appellationsgerichtes vom 26. November 1644 art. 19—24 wesentlich dem gemeinrechtlichen nachgebildet worden. Die Bestimmung der Landesordnung D. 49 und J. 27, wodurch die Subsidiarität der Stadtrechte gegenüber der Landesordnung ausdrücklich verfügt

wurde, diente zur Ausfüllung etwa vorhandener Lücken im Sinne der gemeinrechtlichen Entwicklung. Falls aber auch diese Quelle sowie das nach den Declaratorien Ll. 1, Ll. 10, Dd. 8, Kk. 28 subsidiär anwendbare gemeine Recht ihren Dienst versagten, sollte in zweifelhaften Fällen vom Könige, dem »allein das jus legis ferendae zukomme«, nach der Novelle C. c. 5 die Entscheidung eingeholt werden. Damit war der Standpunkt eingenommen worden, den die Legislative noch im § 437 der nun geltenden josefinischen a. G. O. 1781 wählte, und erst, durch die Thatsachen ad absurdum geführt, mit dem H. D. vom 22. Februar 1791 No. 115 JGS. verliess.

Die Praxis berücksichtigte seither in stets sich steigerndem Masse das gemeine Recht. Erklärlich ist diess, da nicht selten auch in die niederen Gerichte nur rechtskundige Männer Eintritt finden. Schon 1734 verfügt ein königl. Rescript, dass bei den hervorragenden königl. Städten Mährens »nur juridice litterati valide bei der Rathswahl eligirt werden dürfen«, in den anderen jedoch solche ceteris paribus den Vorzug geniessen (Wekebrod, Sammlg. der seit 1610 ergangenen Gesetze S. 194), nachdem schon zuvor (1722) auf die Unterscheidung zwischen subjecta litterata und illiterata Gewicht gelegt worden war (D'Elvert, Beitr. z. Gesch. der kgl. Städte Mähr. I, S. 405). Auch in Böhmen zeigt sich seit der Regierung Karl's VI. das Bestreben, zu Rathsstellen rechtskundige Persönlichkeiten zu befördern. Besondere Instructionen verfügen die Berücksichtigung solcher in erster Reihe und 1749 wird allen Aspiranten derartiger Stellen empfohlen, juridische Collegia an der prager Hochschule zu hören mit dem Beifügen, dass so qualificirte Competenten vor Anderen zu befördern seien (Dr. Čelakowský, Zeitschrift d. böhm. Mus. 1878, S. 19 ff.). Es hängt diess offenbar mit der Anordnung der Instruction für die kgl. Leibgedingstädte vom 18. December 1733 (art. 24) zusammen, dass bei allen Rechtssachen das Votum informativum des städtischen Syndicus einzuholen sei (Landesarchiv). Seit Maria Theresia's Herrschaft wurden überwiegend Juristen zu Rathsstellen in den einzelnen Städten befördert. Noch im J. 1777, also kurz vor Publikation der josefinischen Gerichtsordnung, wurde (wie Gross l. c.

pg. 75 berichtet) beim Appellationsgerichte stets die »wahre Wesenheit der Sache oder das genus actionis« (im Sinne des art. 25 der App. Instr. 1644) nach dem gemeinen Rechte erörtert, und in summarisch zu verhandelnden (insbesondere Besitzstörungs–) Sachen häufig die Clementine: Saepe contingit subsidiär angewendet (l. c. pg. 141), wie diess Neumann von Puchholz: de ab usibus praxeos Boëm. (Norimbergae 1733), pg. 59 gelehrt hatte. Leider ging der Praxis bei Berücksichtigung des gemeinen Processrechtes jede Kritik ab, so dass auch mancher Missbrauch Platz fand; so z. B. klagt Professor Neumann von Puchholz in seiner eben erwähnten Schrift darüber, dass trotz der klaren Weisung der Landesordnung C. 21 über die Schrifteninrotulirung dennoch von der Praxis eine besondere Conclusio in causa gefordert werde, weil sie einzelne Practiker Deutschlands (Gaill, lib. I. observ. 107) für nöthig erachteten. —

Die Doctrin an der prager Hochschule wurde durchwegs von dem gemeinen Rechte beherrscht. Den triftigsten Beleg hiefür bietet der literarische Streit, welcher 1663 zwischen dem Professor der Rechte Christof Kyblin von Waffenburg und dem böhmischen Appellationsrathe Johann Proschkowský von Krohenstein entbrannte. Jener hatte einen tractatus novus de differentiis juris communis et bohemici nach dem Vorbilde einzelner sächsischen, baierischen und würtembergischen Juristen[12] (wie er selbst erzählt) veröffentlicht. Dem heimathlichen Practiker schien diese Darstellung in manchen Punkten unrichtig und übertrieben, zumal Kyblin nicht aus den böhmischen Quellen, sondern lediglich aus deutschen Uebersetzungen derselben geschöpft hatte. Er bot daher dem Gelehrten ein als moderamen differentiarum juris communis et bohemici in tractatu Kyblini congestarum bezeichnetes Schriftchen, welches die erforderlichen Richtigstellungen enthielt, mit der Bitte zur Durchsicht

[12] In der epistola dedicatoria erklärt er, eine ähnliche Schilderung der Unterschiede zwischen dem gemeinen und böhmischen Rechte zu versuchen: quemadmodum Christophorus Zobelius, Ludovicus Fachsius, Bened. Reinhardus, Hieron. Schurffius, Henningus Göden, Jo. Schneidewinus, Conradus Mauserus, Joach. a Beust, Math. Wesenbecius, Mod. Simon et Hartm. Pistoris, Jac. Thomingius, Math. Colerus, Caspar Manzius, Jo. Harprecht aliique clarissimi juris interpretes in suis commentariis et scriptis differentias juris saxonici, wirtembergici et juris civilis diligentissime annotarunt.

an, damit Kyblin im Manuscripte streiche und ändere, was ihm nöthig erschiene. Da Kyblin den mit aller Rücksicht auftretenden Practiker selbst über neuerliche Anfragen keiner Antwort würdigte, publicirte Proschkowský im J. 1664 seine kritisirende Abhandlung. Der darüber erzürnte Professor zögerte nicht, zur Vertheidigung seiner vordem aufgestellten Behauptungen eine Replik unter dem Titel: thesis juridica-theoretica-practica de differentiis inter jura communia et bohemica herauszugeben, worin er seinen literarischen Gegner persönlich angriff. Zugleich liess er nach dem Gebrauche seiner Zeit die ursprünglich aufgestellten Ansichten durch seinen begabten Schüler, den nachmaligen Rechtslehrer an der prager Universität Johann Christoph Schambogen, im J. 1665 öffentlich vertheidigen, als dieser zur Erlangung der Doctorswürde sich der üblichen Disputation unterzog. Die literarische Fehde erreichte erst ihr Ende durch die Duplik Proschkowský's: analysis seu resolutio objectorum contra moderamen differentiarum juris communis et bohemici 1666 [13]. In sämmtlichen Streitschriften wird von beiden Seiten mit einem bedeutenden Aufwande gemeinrechtlichen Materiales gekämpft, so dass dieselben ähnlichen Arbeiten deutscher Practiker des 17. Jahrhunderts gleichkommen. —

In Mähren, wo bereits im 15. Jahrhunderte Schriften der populären Rechtsliteratur Verleger und daher wohl Absatz fanden [14], hatte die aus der im J. 1570 begründeten Academie hervorgegangene Hochschule zu Olmütz zweifelsohne in der angedeuteten Richtung keinen Einfluss, da dieselbe wohl der zu einer erfolgreichen Entfaltung nach Aussen nothwendigen Selbstständigkeit entbehrte, ausserdem an tüchtigen Lehrkräften Mangel litt, daher im Inneren krankte. In Folge eines Beschlusses des mährischen Landtages wurde zwar im J. 1679 eine Juristenfacultät errichtet, gleichwohl blieb dieselbe bis zum

[13] Vgl. die Vorreden dieser Schriften und Pelzel's böhm. u. mähr. Gelehrte I. 13, III. 119. Die erste pars des siebentheiligen Tractates Kyblín's (S. 376) handelt de judiciis (S. 1—132) und führt 90 differentiae aus.

[14] Unter den mährischen Incunabeln findet sich nämlich Joan. Jacobi Canis: de modo studendi impressum in inclyta civitate Brunna 1488 (Monse, ältest. Municip.-Rt. Brünns pg. 120) und Sebast. Brant: expositio omnium titulorum juris civilis et canonici Brunae 1488 (D'Elvert, Gesch. des Bücher- und Steindrucks in Mähren pg. 10). Vgl. Stintzing, pop. Rtslit. S. 33, 45, 455.

J. 1777 eine blosse Abtheilung der theologischen Facultät, was insbesondere im Rescript vom 19. Feber 1714 klar ausgesprochen wird. Die Lehrkräfte waren keineswegs hervorragende. Ursprünglich (1679) tradirte ein gewisser J.U.Dr. Irmler lediglich als professor privatus juris civilis, welcher, wie aus diesem Titel hervorgeht, im Organismus der Lehranstalt keine gesicherte Stellung fand, und überdiess seine Lehrthätigkeit nur als Nebenerwerb betrachtete, indem er sich mit einem Jahreshonorar von 150 fl. begnügte. Erst im J. 1692 durften die professores juris öffentliche Vorträge abhalten, doch scheint auch dann der Lehranstalt keine grosse Bedeutung zugekommen zu sein, da an derselben stets nur zwei, höchstens drei Lehrer wirkten. Wahrscheinlich behielten auch in dieser Epoche die ursprünglichen Leiter der Academie, die Väter der Gesellschaft Jesu, die Obergewalt über die Juristenfacultät, zumal sie vordem (seit 1667) bereits die Vorträge über canonisches Recht selbst abgehalten hatten (D'Elvert, Gesch. d. Stud.-Anst. Mährens 1857, S. 1, 2, 188).

Ein interessantes Beispiel der Befruchtung der einheimischen Praxis durch die gemeinrechtliche Doctrin bietet die — freilich weitaus mehr in quanto als quali leistende — Thätigkeit des Secretairs und nachmaligen Rathes beim böhm. Appellationsgerichte Johann Jacob von Weingarten († 1701), welcher mit gleicher Sorgfalt in zahlreichen, leider oft geschmacklos angeordneten Schriften[15] für die Verbreitung der Kenntniss der einheimischen Gesetze, aber auch dafür sich verwendete, dass die hierländischen Practiker sich mit den Grundsätzen des gemeinen und des wichtigsten Particularrechtes, des sächsischen[16] nämlich,

[15] Deren Verzeichniss bei Neumann: dissert. de commissionibus pg. 97; Pelzel l. c. III. 125.

[16] In seinen bekannten fascic. divers. jur. (Nürnberg 1690) legte er sogar der Behandlung des Stoffes die Systematik der Constitutionen August von Sachsen 1572 zu Grunde (vgl. Schletter's Schrift über dieselben S. 82, Note 2). Eine Schilderung der Einwirkung des sächsischen Rechtes auf die Gestaltung der Legislative Böhmens und indirect auf die österr. Gesetzgebung gehört leider bloss zu den frommen Wünschen. An dankenswerthen Aufschlüssen würde es nicht fehlen. Die practische Bedeutung dieses Rechtselementes für die richtige Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen erkannten die Juristen Böhmens der beiden verwichenen Jahrhunderte durch fleissige Benutzung und Verwerthung desselben; so ausser Kyblín und Weingarten auch Schambogen, durch dessen Vorträge die prager Juristenfacultät zu grosser Blüthe gelangte, da »in annis suae doctrinae 2465 Schüler bei ihm Unterricht

vertraut machen. Des letzteren practische Bedeutung für Böhmen bewog übrigens auch Professor Schambogen in seinen praelectiones in institutionum juris quatuor libros (Prag 1676 und 1706) dasselbe zu berücksichtigen und neben den Unterschieden zwischen dem römischen und böhmischen Rechte auch jene hervorzuheben, die bei Vergleichung des römischen mit dem sächsischen Rechte insbesondere den Constitutiones electorales Augusti 1572 hervorkommen.

Wirft man endlich noch einen Blick auf die fernere Thätigkeit der Legislative seit dem Abschlusse der Reception des gemeinen Processrechtes in der böhmischen Ländergruppe bis zu der ersten Codification des Processrechtes für alle Territorien der westösterreichischen Reichshälfte, der noch heutzutage in Geltung stehenden josefinischen Gerichtsordnung 1781, so muss constatirt werden, dass das Bestreben der Gesetzgebung nur dahin ging, etwa vorhandene Lücken durch Aufnahme der einschlägigen gemeinrechtlichen Bestimmungen auszufüllen, hervorkommende Missbräuche abzuschaffen und die möglichste Rechtseinheit rücksichtlich des Gerichtsverfahrens in allen dem Scepter des Herrscherhauses unterstehenden Gebieten herzustellen.

Die Ergänzung des recipirten Process-Systems im Sinne des gemeinen Rechtes bezweckten nicht nur einzelne der Declaratorien Ferdinand's III. 1640 zur Landesordnung (B. b. 1 bis D. d. 13) insbes. über Procuratoren, Beweisführungen, Urtheile, Belehrungen, Revisionen, über das Appellationsgericht und das juramentum calumniae, speciell auch über die Beweiskraft der cautio indiscreta (F. f. 15—17), sodann (E. e. 19 bis 35) über den Cridaprocess, sondern auch Specialgesetze, wie z. B. das Rescript vom 13. April 1641, wodurch die Haupt- und Neben-Intervention des gemeinen Rechtes vollinhaltlich in Aufnahme kam. Insbesondere finden sich in den zahlreichen das

genossen hatten« (Gutachten über Verbesserung des Zustandes Böhmens 1755 im Landesarchive), und Neumann. Selbst Leyser in seinen meditationes ad pandectas (7. Bd. S. 436) erwähnt der Reception sächsisch-rechtlicher Grundsätze in Böhmen.

Rechtsmittelsystem betreffenden Nachtragsgesetzen viele gemeinrechtliche Bestimmungen; so in den böhmischen Appellationsordnungen vom 26. November 1644 und 16. April 1734, dann in der für das kgl. Tribunal in Mähren erlassenen Ordnung vom 3. Jänner 1659 und in einer Reihe von Revisionspatenten (vom 28. Juni 1644, 8. Februar 1676, 9. August 1688, 30. December 1691, 7. Jänner 1712, 25. Februar 1734 etc.).

Diejenigen gesetzlichen Anordnungen, welche die Abschaffung eingerissener Missbräuche intendirten, können nach dem Zwecke dieser Darlegungen füglich bei Seite gelassen werden. Erwähnung verdient bloss die von Maria Theresia erlassene Pragmatik vom 23. Jänner 1753, welche in 23 Artikeln Vorschriften »behufs Beschleunigung der Justiz und Abstellung nachtheiliger Umtriebe« enthält.

Weit rücksichtswürdiger sind die wiederholten Versuche, schrittweise die Rechtseinheit betreffs des gerichtlichen Verfahrens in einem immer weiter ausgedehnten Ländergebiete herzustellen.

Ferdinand II. hatte durch Publicirung der bis auf unbedeutende Abweichungen übereinstimmenden Landesordnung in Böhmen und Mähren, sowie durch die Bestimmung dieses Gesetzes (D. 49, J. 27 in fine) über die Subsidiarität der Stadtrechte hiezu den Grund gelegt. Sein Nachfolger, Ferdinand III., trug sich mit dem bereits seinem Vater vorschwebenden (praef. L. O. Abs. VI) Gedanken, die Unterschiede zwischen dem Landrechte des Adels und dem Stadtrechte der Bürger in diesen Territorien auszugleichen und ein einziges Recht für alle Bewohner derselben ohne Unterschied des Standes in Geltung zu belassen. Es geht diess aus einem Gutachten des böhmischen Appellationsgerichtes hervor, welches in Folge königl. Befehles den 14. December 1641 (Weingarten, Cod. Ferd. Leop. Jos. Car. pg. 217) abgegeben wurde und Detailanträge behufs Durchführung dieser Reform enthält. Hervorgehoben zu werden verdient, dass die Appellationskammer insbesondere beantragte, »dass in allen Fällen, welche weder durch die Stadtrechte noch durch die Landesordnung und Novellen entschieden sind, die allgemeinen beschriebenen kaiserlichen Rechte zu observiren seien«

in der besonderen Erwägung, dass »die Stadtrechte auch sonsten in allen nach den gemeinen Rechten formirt und von denselben ohnediess die statuta municipalia ihre Interpretation nehmen und daraus declarirt werden«. Die Kriegswirren, in welchen der dreissigjährige Krieg austobte, mögen jedoch dazwischen getreten sein und die Realisirung jenes Planes verhindert haben, da sich keine weitere Spur verfolgen lässt. Aehnliche Tendenzen verfolgte Kaiser Josef I. Um gegen die centrifugalen Strebungen Ungarns und seiner Nebenländer in der Kräftigung der böhmischen Ländergruppe ein Gegengewicht zu schaffen, verliess er den Standpunkt seiner Vorgänger und gab die »Theorie der Rechtsverwirkung« auf, indem er unterm 26. Septbr. 1709 »alle Vorrückung und Meldung des längst vergessenen Fehlers« vom Jahre 1618 strenge untersagte (Höfler, Mittheil. des deutsch. hist. Vereines zu Prag, VIII. Jahrgg. S. 133). In der Rechtseinheit sollte ein Moment der Centralisirung des gedachten Ländercomplexes Ausdruck finden.

Die prager Universität, welcher auch später bei der theresianischen Justizreform ein hervorragender Antheil zugedacht wurde (— wir erinnern nur an den Namen Professors Azzoni —), erhielt durch Beiziehung ihres besten damaligen Rechtslehrers zu den diesfälligen Berathungen auf die Codificationsarbeit einen entscheidenden Einfluss. Die im Landesarchive zu Prag vorhandenen Acten gewähren eine ziemlich scharfe Skizze des Verlaufes dieses Unternehmens.

Durch ein im October 1710 an die Statthalterschaft herabgelangtes Rescript wurde als die Aufgabe einer besonders eingesetzten Commission hingestellt: die Durchführung »der allergnädigst resolvirten Uniformität juris statutarii über vorgehende Combination der bisherigen Landesordnung mit den Pragmatiken, Declaratorien, Novellen, auch der Stadt- und allgemeinen Rechten zwischen dem Königreiche Böhmen und der Markgrafschaft Mähren«. Als Motive hierfür werden angeführt: »vielfältige, in grosse volumina erwachsene Pragmatiken, Corrigirung der Landesordnung durch Novellen und Alterirung durch abusus praxeos, auch Hervorkommen derer quaestiones juris, so nicht anderst als ex jure communi et J. Ctorum sententiis oder

gar quoad jus statutarium mit neuen Declaratoriis zu beheben wären« (vgl. das Note 19 cit. MS. pg. 238 ff.). Wie Professor Neumann von Puchholz[17] (in seiner dissertatio de commissionibus et commissis S. 95 ff.) erzählt, wurde bald nach Beginn der Berathungen der Regierung von der Commission ein Plan unterbreitet, gemäss dessen die gesammte Codification in 9 Theile zerfallen und speciell der II. Theil des ganzen Gesetzeswerkes von den Behörden, also auch den Gerichten und ihrem Wirkungskreise, und der III. von dem gerichtlichen Verfahren handeln sollte, während die übrigen sieben Abtheilungen das materielle Privatrecht, Strafrecht und den Criminal-Process, insbesondere der I. Theil das öffentliche Recht zu umfassen bestimmt waren. Unser Gewährsmann und später zu erwähnende officiöse Mittheilungen (vgl. Note 19) bringen diese Eintheilung mit den Quellen des canonischen und römischen Rechtes in Verbindung, indem beide übereinstimmend hervorheben, dass pars II. und III. den zwei ersten Büchern der Decretalen und die folgenden sechs Theile den quatuor libri institutionum entsprechen. Dieser Vorschlag erhielt die Genehmigung noch zu Lebzeiten Kaiser Josef's I. († 17. April 1711). Es ist diess wohl das »neue Systema,

[17] Neumann von Puchholz († 1743) galt zu seiner Zeit für den tüchtigsten Juristen Böhmens; ursprünglich als Rechtsfreund thätig, wandte er sich bald der Theorie zu und las an der prager Juristenfacultät über Institutionen, Digesten und Codex, schliesslich auch über canon. Recht. Ueber sein Andringen (— er war 15mal Decan seiner Facultät und 5mal Rector universitatis —) wurde die Universität umgebaut und den Professoren des Rechtes eine bessere Dotation bewilligt. Im J. 1737 wurde Neumann als Beisitzer zum Appellationsgerichte berufen und zuvor schon den Berathungen der erwähnten Gesetzgebungscommission beigezogen. Seine Arbeiten zu Zoësius' Commentar der Digesten und Schweder's Introductio in jus publicum imper. roman., über das Landsassiat gegen Lud. Menke, kennzeichnen seinen Standpunkt als gemeinrechtlichen, wie weiters die Monographien de subhastationibus, de foro competenti, de processu concursus creditorum, de commissionibus et commissariis seine genaue Kenntniss der gemeinrechtlichen Processdoctrin erhärten. Specielle Rücksichtnahme auf die böhm. Verhältnisse findet sich in den beiden Schriften: de abusibus praxeos bohemicae und de specialitatibus juris bohemici etc. Seine Anschauungen über den Umfang der subsidiären Anwendbarkeit des gemeinen Rechtes in den böhm. Ländern legte er nieder in der Abhandlung: An et qualis ad fora regni Bohemiae in casibus jure boh. non decisis sit juris communis usus et observantia. Ausser diesen Schriften hinterliess Neumann noch einige das Civil-, Wechsel- und Strafrecht betreffende Abhandlungen (Pelzel, böhm. u. mähr. Gelehrte Bd. I, S. 75 ff.; N. Slovník V. pg. 800). Wie sehr seine Schriften unter den Practikern seiner Zeit gesucht waren, ergeben die Daten pg. 149 seiner Arbeit: tractatus de specialitatibus juris bohemici circa actiones et executiones 1729.

nach welchem das ganze Werk prästirt werden könnte«, das ein nach Hof abgehender Bericht vom 26. Novbr. 1710 betont und ein anderer (15. Novbr. 1711) auch als Cynosur für die zu gleicher Zeit behufs Lösung der analogen Aufgabe tagende Commission in Mähren anerkannt zu sehen wünscht.

Damit die zur Compilation bestellten Organe nicht etwa durch das Hinscheiden des Kaisers ihr Mandat für erloschen betrachten, wird sogleich nach dem Regierungsantritte seines Bruders, Kaiser Karl VI., der prager Commission bedeutet (1711), die Arbeit ungehindert fortzusetzen. Mit ziemlicher Regelmässigkeit und Beschleunigung liefen in den nächstfolgenden Jahren (bis 1714) die den I. Theil des beabsichtigten Gesammt-Codex, das öffentliche Recht nämlich, betreffenden Titel aus Mähren ein, welche nach durchgeführter Revision mit den, die gleiche Materie behandelnden böhmischen Elaboraten nach Wien übermittelt wurden. Die Leistungen der prager Compilations-Commission blieben sicherlich hinter den Erwartungen der Regierung zurück, da statt des Eingehens in die Hauptsache mannigfache Bedenken, z. B. rücksichtlich der Exemtion des prager Domcapitels angeregt und Detailfragen, z. B. betreffs der s. g. Nebenrechte, erörtert wurden. In Folge dessen verwandelte sich bald das langsame Vorschreiten der Arbeiten, trotz »Promotorialien von Hof wegen Beschleunigung« (1715, 1718), in völligen Stillstand. Der Eifer, welcher die böhmische Commission in der ersten Zeit ihrer Thätigkeit beseelt und sich in der beim k. Hoflager angebrachten Bitte (December 1711) geäussert hatte, dass die »mährische Commission betrieben werde«, war sonach rasch erkaltet.

Erst im Jahre 1721 gaben die prager Codificatoren abermals ein Lebenszeichen, indem sie einen weiteren revidirten Titel des I. Theiles der kaiserlichen Beschlussfassung unterbreiteten, ohne jedoch bis dahin den ganzen, das öffentliche Recht behandelnden Abschnitt des neuntheiligen Werkes fertig gebracht zu haben. Nachdem während des nächsten Jahres wieder gänzlich gefeiert worden war, bringt ein im November 1723 erflossenes Rescript die Arbeiten in regeren Gang. Mit richtigem Blicke hatte man am Sitze der Regierung erkannt, dass die Ursache einer so übermässigen Verzögerung der Compilation darin beruhe, dass das

Schwergewicht in die Sitzungen der vielköpfigen Commission gelegt worden war. Es wird daher verfügt, dass mehrere Referenten bestellt werden sollen und dass insbesondere Prof. Neumann die Ausarbeitung der beiden, das gerichtliche Verfahren und das Erbrecht regelnden Theile (pars III und VI) der umfangreichen Codification übernehmen möge, »zumal er sich hierzu erboten habe«. Die in Folge dessen erstatteten Commissions-Vorschläge (Ende 1723) bezüglich der Vertheilung der Referate, sowie die beantragte Circulation der Entwürfe vor der Berathung in pleno werden baldigst gutgeheissen. Zugleich wird verordnet, dass in den »nach Hof einzuschickenden Elaboraten die textus legum aus dem römischen Rechte beizufügen unnöthig sei« (7. Decbr. 1723).

Kaum zum Referenten bestellt macht sich Prof. Neumann an die ihm übertragene Aufgabe, so dass bereits im nächsten Halbjahre (bis Juni 1724) die drei ersten Titel des vom Processe handelnden III. Theiles fertig vorliegen und schon nach Jahresfrist (Mai 1725) die Beendigung des ganzen Entwurfes dieses Abschnittes gemeldet wird [18].

Selbst neben den eifrigst geführten Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten über die pragmatische Sanction bleibt dem wiener Hofe Zeit übrig, dem Fortgange der Compilationsarbeit Aufmerksamkeit zu schenken. Sowie vordem (11. März 1723) der Commission bedeutet worden war, »bei Ausarbeitung der Successions-Materia die Erbserklärung betreffend bei dem jure deliberandi zu reflectiren«, drängt bereits im Jänner 1725 ein Rescript zu baldigster Beendigung der Processordnung, und genau ein Jahr später (4. Jänner 1726) wird angeordnet, dass die Commissionsmitglieder bei Ausarbeitung derselben »von derer Rechtsfreunden in der Schriftenstellung unnöthiger Weitläuftigkeit und anderer Impertinentien reflectiren möchten«. Wenige Wochen darnach finden die Berathungen betreffs der Gerichtsordnung

[18] Interessante Details aus den Acten der böhm. Commission über das arrestum reale nach böhm. Rechte und sein Verhältniss zum sächsischen Kummer vgl. bei Johanny, Gesch. u. Reform der öst. Pfandrechtspränotation S. 10 ff.; Prof. Neumann urgirte nämlich eine Reform im Sinne der sächsischen Processordnung vom 10. Jänner 1724.

ihren Abschluss; denn mit Bericht vom 30. März d. J. wird die pars III. de processibus an die Regierung befördert.

Characteristisch ist die der Einleitung dieses Elaborates an die Spitze gestellte Bemerkung: »Nachdem sowohl in der bisherigen kgl. Landesordnung, als auch in denen hierüber ergangenen vielfältigen allergn. Declaratoriis des processus ordinarii et summarii, item des petitorii und possessorii tam ordinarii quam momentanei, wie auch nicht minder des processūs executivi Meldung geschieht und nun diese kgl. L. O. nicht nur für die Rechtsgelehrten, welche derlei terminos ohnedessen verstehen, sondern auch für Diejenigen, welche derlei juridischer terminorum unkundig seien, dergestalten, dass Jedermann dieses Gesetz verstehen kann, zu verfassen kömmt, als ist der Compilations-Commission ohnmassgebliche Meinung, dass man beim Eingang des dritten Theiles per modum einer Vorrede die unten annectirten definitiones et divisiones processus praemittiren solle«. In der That folgen im Anhange des Berichtes die erforderlichen Begriffsbestimmungen und schulgemässen Eintheilungen, für deren Belassung sich auch die mährische Commission ausgesprochen hatte.

So viel sich den, nur zum Theile vorliegenden Acten entnehmen lässt, erfolgt die Behandlung des Stoffes in der Weise, dass Eingangs jeder Materie die einschlägigen Gesetzesstellen aus der böhm. L. O., ferner aus der mährischen und endlich aus den Stadtrechten angezogen und sodann die Anträge nach den Gesichtspuncten der declaranda, supplenda und corrigenda nebst Motivirung unterbreitet werden. Den Schluss bilden Bemerkungen über die passendste Einreihung und Anordnung der zu erlassenden, beantragten Verfügungen. Die bei dem Entwurfe der Processordnung eingehaltene Systematik vertheilt das gesammte Material einschliesslich der Vorschriften über die besonderen Verfahrensarten, zu denen auch der Cridaprocess gerechnet wird, auf 30 Abschnitte [19].

[19] Ein fast gleichzeitiges MS. des Tepler Klosters: Systema status publici et cameralis in regno Bohemiae auctore Carolo Josefo Kitlitz (Sign. ψ V. 50) pg. 240 ff. reproducirt übereinstimmend mit den Acten die Systematik des Entwurfes; nämlich: Titel 1) von ausgeschnittenen Zetteln; 2) von Caution und Fürstand, so ein Uneingesessener bei Einbringung der Klag zu leisten

Nach verschiedenen Andeutungen, insbesondere nach einer Anfrage der mährischen Commission (April 1724) über den Stand der Compilations-Arbeit in Böhmen, zu schliessen, hat es den Anschein, als ob nur die oben erwähnten ersten 3 Titel der Gerichtsordnung nach dem Referate Neumann's nach Mähren mitgetheilt worden wären, wie denn im prager Landesarchive lediglich über diese Bemerkungen der dortigen Commission vorfindlich sind. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, dass die Behandlungsart, welche der mährische Referent diesfalls beliebte, im Schosse des prager Compilationscollegiums ernste Bedenken für das Gelingen des Codificationswerkes wachrufen musste. Die Zahl seiner Zusatzanträge ist sehr ansehnlich und sucht derselbe durch Unterabtheilungen des Stoffes, sowie durch Entscheidung einzelner Fälle das Gesetz »möglichst vollständig«, besser gesagt casuistisch zu gestalten. Am Ende eines jeden Abschnittes des böhmischen Elaborates fügt er noch besondere Quaestiones bei, die seiner Ansicht nach speciell zu normiren wären und mengt

schuldig, wie auch de reconventione; 3) von gütlichen Vergleich über strittige Sachen; 4) von Vollmachten, wie auch Advocaten und procuratoribus; 5) vom Klagslibell; 6) von Beschickung und wie mittelst derselben der Klagslibell dem Beklagten zuzustellen sei; 7) von der Beschickung ex lege diffamari; 8) von den Odpors- oder Widerspruchsklagen und Beschickung, so beim grösseren Landrecht eingebracht werden; 9) von Dilationen und Ferien; 10) von der Exceptionsschrift; 11) von der Replica; 12) von der Duplica und Triplica; 13) vom Beweis insgemein; 14) von dem Beweis durch Zeugen, dem Termin zu deren Benennung, den articulis positionalibus et additionalibus, wie auch interrogatoriis und protestatione contra personas testium; 15) vom termino probatorio zur Zeugenführung, Production testium ad perpetuam rei memoriam, Citirung, Compellirung und Abhörung der Zeugen; 16) von Publication der Zeugenaussagen und vom Weisungsprocess; 17) von Beweis durch Instrumenta, deren Beglaubniss, Recognoscirung und Edirung; 18) von Beweis durch Eidesleistung; 19) von dem jure interventionis eines Dritten beim geführten Process; 20) von der Inrotulation deren actorum; 21) von Urtheilen und Rechtssprüchen; 22) vom erstandenen Recht; 23) von Revisionen und Belernung; 24) de restitutione in integrum; 25) von Real-Executionsprocess nach erhaltener Sentenz oder erstandenem Recht; 26) von der Realexecution vermöge einer hypothecarischen Schuldverschreibung, wie auch verfallener Kammerzinsen; 27) von Personalexecutionen nach ergangenem Urtheile oder erstandenem Recht; 28) von Kummer und Arrest, so auf des Schuldners Vermögen geschlagen wird; 29) von summarischen Processen, in causa possessorii momentanei, in Bausachen et novi operis nuntiatione; 30) von Cridaprocess, oblatio bonorum, Ausmessung der Priorität unter den creditoribus. Interessant ist die bei Kitlitz neben dem 29. Titel beigesetzte Randglosse: »dieser Theil ist völlig zu suppliren, ausser Stadt-Recht K. 13—39«, womit der Mangel eines das Besitzstörungsverfahren regelnden Processgesetzes (abgesehen von Bausachen) mit Recht betont wird, da die Pragmatik vom 29. Jänner 1712 als kein solches betrachtet werden kann.

Erörterungen aus dem materiellen Rechte ein, z. B. bei Besprechung der Processcautionen (böhm. Landesarchiv: Abschriften aus dem Archiv der verein. Hofkanzlei II, A. 1). Wiederholt wird von dem mährischen Referenten die Autorität eines Mynsinger, Mevius, Stryk, Lauterbach, Zoësius, dann von Canonisten die Meinung Schmier's, Schmaltzgruber's etc. ins Treffen geführt, und sich selbst auf Ayrer's († 1603) processus historicus, eine vollends auf dem s. g. Belial-Processe fussende Arbeit berufen.

Zweifelsohne war Prof. Neumann das anregende Element und die Seele der böhmischen Commission; denn nach Vorlage des erwähnten Entwurfes über den »Gerichtsprocess« verfällt dieselbe abermals in Lethargie. Der Bericht, womit dieses »Project« der Regierung unterbreitet worden war, ist das Actenstück, welches den Beginn mehr als eines Decenniums fixirt (1726—1738), während dessen das mit der Compilation beauftragte Collegium jeder berathenden Thätigkeit ermangelte. War diess vielleicht eine Rückwirkung der mit dem Wiener (1735) und Belgrader (1739) Frieden abschliessenden grossen Kriegswirren, in welche Oesterreich durch den Umschwung in seiner äusseren Politik gestürzt worden war, — wer vermag es zu sagen?

Im Jänner 1738 rüttelt ein kaiserl. Rescript die Commission aus langem Schlummer auf, indem es geradezu befiehlt: »dass die Commission fortgesetzt werde«. Mit voller Energie nimmt sich diessmal die Regierung der Sache an. Im November desselben Jahres wird behufs Beschleunigung der Arbeiten vom Hofe aus die Vertheilung der nach Abschluss der Elaborate über das öffentliche Recht (I.) und die Processordnung (III.)[20] damals

[20] Vgl. die damit übereinstimmenden allgemeinen Mittheilungen des Neumann'schen tract. de commiss. 1739 S. 97. Die pars I. wird schon in einem Berichte vom 5. Februar 1725 als »absolvirt« bezeichnet. Darüber, dass insbesondere die ganze Processordnung ausgearbeitet worden war, lässt sich nicht zweifeln, da Neumann gemäss Rescriptes vom 14. Novbr. 1723 für die Ausarbeitung derselben und der VI. pars ein Honorar von 6000 fl. zugesichert erhielt und die Commission unterm 7. Mai 1725 die Flüssigmachung der für das erstere Elaborat »pactirten 3000 fl.« beantragt, wie sie beifügt: »wegen ausgearbeiter pars III: de processibus«; vgl. auch Kitlitz cit. MS. S. 242, 279, der das bezügliche Elaborat zu besitzen behauptet. Nur den über »Cridaprocess« handelnden Titel scheint Neumann nicht allein bearbeitet zu haben, da dem Procurator Joh. Heinrich Wolff (1754) nachträglich dafür eine Remune-

noch ausständigen Entwürfe durchgeführt; doch wird für die erbrechtliche Materie kein Referent bestellt, da hierfür das ebenfalls von Neumann bearbeitete Project vorlag, leider aber in pleno noch nicht durchberathen worden war. In die bewährte Hand Prof. Neumann's soll nach dieser Weisung das Referat betreffs der materia brocardica: de dicasteriis (pars II) gelegt werden. Auch wird dem mit der Codification der Bestimmungen über die jura realia betrauten Commissionsmitgliede auferlegt, im Titel de hypothecis auf dasjenige zu achten, was bei den Berathungen über den »Gerichtsprocess« in Sachen der »Crida-Ordnung«[21] beschlossen worden sei, woraus sich entnehmen lässt, dass der Entwurf Neumann's: »de processibus« in Wien keine ungünstige Aufnahme gefunden hatte.

Ein eigenthümliches Verhängniss schwebte jedoch über der böhm. Compilations-Commission. Eben als durch die jüngst vollzogene Vertheilung der Referate ein Anlauf genommen worden war, die codificatorische Thätigkeit zu einem erfolgreichen Abschlusse zu bringen, brachen nach dem Tode des letzten Habsburgers (Carl VI. 1740) jene heftigen Kämpfe los, in denen es sich bewähren sollte, dass dem ehrlichen Glauben an die bindende Kraft der Verträge vergeblich grosse Opfer gebracht wor-

---

ration bewilligt wird. — Durch die im Texte gegebenen Ausführungen werden die Mittheilungen von Harrasowsky's (Gesch. der Codif. d. österr. Civ.-Rts. S. 17—31) ergänzt und vervollständigt.

[21] Diese Materie hat die Juristen Böhmens während des 18. Jahrh. angelegentlich beschäftigt; ein von dem erwähnten Kitlitz vor 1748 zusammengestelltes Collectaneen-MS. (Kloster Tepl Sign. ψ V. 60) enthält neben dem »Project einer in Cridasachen verfasst werden könnenden neuen Pragmaticae«, ein »Project, wie der Cridaprocess künftighin kürzer zu instruiren, die prioritas creditorum verlässlicher einzurichten und damit bis zur Contentirung der creditorum schleuniger fortzufahren sei«, sowie sehr eingehende Gutachten unter dem eigenthümlichen Titel: »Rechtsgelehrte und buchhalterische, pro et contra abgehandelte Einwendungen occasione der Cridaprocesse«. Bemerkenswerth sind die dort gemachten Vorschläge bezüglich des Landtafelwesens und die Bemerkungen rücksichtlich der knapp vor Ausbruch eines Concurses üblichen Praenotationen im Sinne der böhmischen Praxis. Eine handschriftliche Sammlung der unter Maria Theresia's Regierung erlassenen Patente (prager städt. Archiv No. 647 fol. 189) reproducirt ein Rescript vom 4. Decbr. 1750, womit die Kaiserin in Erledigung eines betreffs der Cridaordnung von der böhm. Commission erstatteten Berichtes vom 11. März 1737 über vier Cardinalfragen die Entscheidung trifft und verfügt, dass das »Project« nach neuerlicher Durchberathung in der Compilations-Commission abermals der obersten Justizstelle vorgelegt werden möge.

den waren. Der österreichische Erbfolgekrieg entriss der verwaisten Kaisertochter einen Theil ihrer böhmischen Lande (Schlesiens) und entfesselte die Kriegsfurie auf böhmischem Boden. Schwere Tage brachen über den Sitz der Commission herein; das erstürmte Prag sah in seinen Mauern baierische und französische Fahnen mit preussischen Feldzeichen wechseln. Inmitten des Kriegsgetümmels schloss Prof. Neumann (1743) die Augen; in ihm verlor das Codifications-Unternehmen die tüchtigste Kraft.

Erst als der schwere Streit seinem Ende zueilte (1748) fand man in Regierungskreisen Musse, sich der Compilations-Commission zu erinnern. Im April des gedachten Jahres wurde dieselbe durch ein Hofrescript reconstruirt. Nur sieben Mitglieder waren von dem alten Bestande noch übrig, zehn neu ernannte, darunter der später oft erwähnte Dr. Josef Azzoni, sollten zu ihnen hinzutreten und unter dem Vorsitze des Appellationspräsidenten die Arbeit zu Ende bringen [22]. Gleichzeitig wird die Einsendung des längst ausgearbeiteten Entwurfes: de successionibus ex testamento et ab intestato, nec non de adeundis et dividendis hereditatibus (VI. pars) urgirt.

Trotzdem aber der Entwurf der Gerichtsordnung bereits über ein Jahrzehnt in Wien vorlag und — wie bemerkt — kaum eine ungünstige Beurtheilung erfahren hatte, entschloss man sich dort nicht, dem Elaborate das gesetzgeberische Siegel aufzudrücken. Wahrscheinlich wollte man das ganze neunbändige Codifications-

---

[22] Die aus dem älteren Status der Commission noch übrigen Mitglieder waren: Oberstlandschreiber von Goltz, von Sterneck, die Landesprocuratoren Schertzer von Kleinmühl, Dr. Felix von Ebenholz, Wolff, Schabner und Ledwinka, wobei erwähnt werden mag, dass während der ersten Decennien des Bestandes der Commission auch der Kanzler der Altstadt sowie die Syndici der Neustadt und Kleinseite Prags in derselben Sitz und Stimme führten. Neu traten ein ausser dem Appellationspräsidenten Wenzel Grafen Kokořowa: Ferdinand Gf. Kokořowa, Franz Karl Gf. Wratislaw, Franz Josef Gf. Pachta, Maximilian von Widersperg, Ernst von Malowetz, Wenzel von Audrický, Josef Gf. Schaffgotsch, Müller von Müllersdorf, Ernst Schutzbreth von Schutzwerth, Dr. Josef Azzoni. In den Jahren 1749—52 ergaben sich in diesem Personalstande einige Aenderungen, insbesondere trat statt des mit Tod abgegangenen Procurators Wenzel Georg Schabner, welcher das Referat der pars VIII. führte, der Landesprocurator und nachmalige prager Universitätsprofessor Josef Johann Feigl (geadelt mit dem Prädicate von Feigelsfeld) ein. Erwähnung verdient, dass Azzoni mit dem Referate über die Materie: de delictis publicis betraut worden war.

werk auf einmal publiciren. Nur so lässt es sich erklären, warum (den 10. Juli 1748) ein Gutachten über ein Generale ad abreviandas lites der Commission abgefordert und in Folge dessen das Project einer diesfalls zu erlassenden »Pragmatica« mit staunenswerther Beschleunigung (bereits den 7. Septbr. 1748) nach Hof übermittelt wird. Es dürfte nicht gewagt sein, mit diesem Entwurfe die oben erwähnte Pragmatica Maria Theresia's vom 23. Jänner 1753 in Verbindung zu bringen[23], welche in wichtigen Puncten eine frappante Uebereinstimmung mit der a. G. O. darbietet.

Inzwischen arbeitete die Commission mit frischer Kraft, indem im October 1748 der noch der Feder Neumann's entstammende, aber erst jetzt völlig durchberathene VI. Theil des Gesammt-Codex (de successionibus) nach Wien gesendet und dem in Folge kaiserl. Weisung (Jänner 1749) in die Commission berufenen Advocaten (Ganss) die Bearbeitung der pars VII: de contractibus, pactis et obligationibus übertragen wird. Neuerliche Rescripte fordern Berichte über den Stand der Arbeiten (12. Jänner 1750, 9. August 1752) und befehlen die emsige Fürsorge für die Ergänzung der Commission bei Ausfall einzelner Mitglieder durch unverweilt zu erstattende Vorschläge, wie denn

[23] Dieselbe führt den Titel: k. k. neue Processordnung; in zwei Abtheilungen, — deren erstere (tit. 1—12) das Verfahren bei den »höheren Instanzien«, also vornehmlich bei dem Landrechte als dem Gerichte des Adels und der freien Gutsbesitzer, und die letztere (tit. 13 ff.) das Verfahren vor den »bürgerlichen Instanzien« regeln soll, — behandelt das gedachte Patent (und zwar in 23 Artikeln, die sich in zahlreiche §§ gliedern) folgende Gegenstände: art. 1) von den Pflichten der Advocaten und Procuratoren; 2) von Caution für Schäden und Kosten; 3) von Sühnhandlungen; 4) von den Hauptsätzen; 5) von Dilationen; 6) de exceptionibus dilatoriis und von Incidentalprocessen; 7) von Recognoscirung von Brief und Siegel; 8) vom Beweis durch Zeugen und Weisungsprocess; 9) von Acteninrotulation und Sentenz-Publication; 10) de remediis suspensivis et devolutivis; 11) von Liquidirung der Gerichtsschäden und Unkosten; 12) von der Execution (personalis et realis); 13) von den bürgerlichen Instanzen; 14) von Pupillarangelegenheiten; 15) von querelis protractae vel denegatae justiciae; 16) von Citationen; 17) von mündlichen und 18) schriftlichen Processen; 19) von Odpors-Processen; 20) von Condictionen und Kummern; 21) von Acteninrotulation und Sentenzpublication; 22) von Liquidirung der Schäden und Kosten; 23) von der Execution. Der letzte Artikel erklärt ausdrücklich, dass die Anordnungen der ersten Abtheilung subsidiär auch für die bürgerlichen Instanzen gelten. Mit Patent vom 24. October 1753 wurde dieses Processgesetz (14. art.) in Schlesien publicirt.

auch im nächsten Jahre mehrfache Aenderungen im Personalstande der Beisitzer sich ergeben.

Am Sitze der Regierung zu Wien beginnt man jedoch, — müde des langen Wartens —, den Abschlüss der Codificationsarbeiten herbeizusehnen. Die erwähnten »Promotorialien« schliessen schon mit der Anfrage, wann die Commission fertig zu werden gedenke, und die Statthalterschaft mag gemessene Aufträge erhalten haben, diese Angelegenheit weiter nicht in die Länge ziehen zu lassen. Denn am Jahresschlusse und gleich zu Anfang des nächsten drängt die letztere auf Berichterstattung seitens der Commission darüber, wie weit das Werk gediehen sei und wann es beendigt sein würde. Hierdurch veranlasst fordert die Commission von den Referenten Aufschluss über letzteren Punct, soweit die Referate in Frage kommen (21. Februar 1753). Ausständig sind zu dieser Zeit noch die Entwürfe: de dicasteriis (II), de juribus personarum (IV), de juribus realibus, dominio et hypothecis (V), de contractibus, pactis et obligationibus (VII) und de delictis publicis (IX). Der VIII. Theil: von den Privatdelicten, war im Projecte fertig aus der Verlassenschaft eines Beisitzers in die Hände der Commission gelangt. Die Aeusserungen der Referenten (Mitte März 1753) stellen die Vorlage der bezüglichen Entwürfe binnen weniger Monate in Aussicht; nur betreffs des 5. Theiles wird eine Jahresfrist benöthigt und rücksichtlich des: de decasteriis handelnden Abschnittes seitens des Referenten hervorgehoben, dass er »wegen der in den Dicasteriis vorgekommenen Aenderungen zu Ausarbeitung seines Theiles weder den Anfang machen, noch auch wegen Vollendung desselben sich äussern könne«. In der That war bereits am 7. Mai 1749 die Statthalterei und Canzlei in Consequenz des in einem Handschreiben der Kaiserin an den damaligen böhm. Hofkanzler, Grafen Harrach ausgesprochenen Wunsches »gänzlicher Separation des Justizwesens von den publicis und politicis« aufgehoben und dafür die Repräsentation und Kammer für die publicopolitica und für die Justiz der Consess der obersten Landofficiere eingeführt worden, eine Art exponirten Senates der obersten Justizstelle, welche 1749 gegründet worden war (Domin-Petrushevecz: österr. Rechtsgesch. S. 37).

Offenbar hatte man schon damals im Kronrathe den Plan einer Codification des Rechtes im engeren Rahmen der böhmischen Länder fallen lassen und eine solche für das Gebiet des ganzen Reiches ins Auge gefasst. Der an den erwähnten Consess erstattete Bericht der böhmischen Compilations-Commission über den anzuhoffenden Abschluss der Arbeiten, mit Berücksichtigung der von den Special-Referenten angedeuteten Termine (24. März 1753), ist die letzte Spur der Thätigkeit jener fast ein halbes Jahrhundert fungirenden Commission! Die darin gestellte Bitte: »diese ad judicialia einschlagende Sache an die k. k. oberste Justizstelle beliebig zu befördern«, weiset auf den Ort hin, wo man ihre Operate suchen mag, die nunmehr als »schätzbares Material« betrachtet wurden, jedoch auf die Codification des österreichischen Processrechtes lediglich eine indirecte Wirkung übten. Gleichwohl blieben sie kaum ohne Einfluss auf ein für die königl. Leibgedingstädte erlassenes Processgesetz, nämlich das s. g. Provisorium in passu judiciali vom 18. Decbr. 1733, das zum guten Theile auf dem gemeinrechtlichen Processe fusst, und insbesondere auch den Cridaprocess eingehend regelt (böhm. Landesarchiv: Abschriften aus dem Arch. d. Min. d. Innern I, B. 1).

Bald nach Erstattung des gedachten Berichtes dürfte die Auflösung der böhmischen Compilations-Commission erfolgt sein, denn noch im Jahre 1753 begann in Folge Maria Theresia's Befehl die Compilations-Reichscommission ihre Thätigkeit zu entfalten, um »allen Erbländern eine gleichförmige, rechtliche Verfahrungsart« zu geben, deren Werk als allgemeine Gerichtsordnung 1781 publicirt wurde und heute noch in Geltung steht (Domin-Petrushevecz, cit. Rechtsgesch. pg. 45, 116). Mit vollem Rechte legte die erwähnte Commission ihrer Arbeit jene Form des schriftlichen Verfahrens zu Grunde, welche in der s. g. verneuerten Landesordnung Aufnahme gefunden hatte und in der Commission als der böhmische schriftliche Process galt (österr. Gerichtsztg. 1858, No. 148, S. 590). Dieser Vorgang war kein Fehlgriff zu nennen, denn in dem gedachten Gesetze war die Reception des gemeinrechtlichen Verfahrens mit nüchterner Erwägung unter Ausscheidung aller unpassenden und missbräuchlichen

Einrichtungen erfolgt[24]. Als Pfropfreis vom fremden Stamme auf den heimathlichen gepflanzt, hatte dieser Trieb ihm frische, den Zeitverhältnissen entsprechende Kräfte zugeführt und treffliche Früchte getragen. —

---

[24] Vgl. das Urtheil des Justizministers Glaser über die allgem. Gerichtsordnung in dessen: gesammelten Schriften II. Bd. S. 352.

Beilagen.

Zur S. 106.

No. I. Zehntstreit, durchgeführt vor dem Official des prager bischöflichen Gerichtes (1312—1334).

(Aus dem Formularius diversorum dictaminum, MS. saec. XIV. monast. Wilhering[1]. pag. 33 ff.)

Nos magister Rapota, archidiaconus Gurimensis, notum facimus vniuersis presentes literas inspecturis, quod nos recepimus quasdam **literas commissionis** a reuerendo in Christo patre et domino, domino Joanne, episcopo Pragensi, sub anno domini M.CCC.XII. Kalend. Julii in hec verba: Johannes dei gracia Pragensis episcopus honorabili viro magistro Rapota, archidiacono Gurimensi, salutem in domino. Conquestus est nobis dominus Stephanus, plebanus in Bieharcz, capellanus noster, quod religiosi uiri . . prepositus et fratres cruciferi ordinis sacrosancti sepulcri dominici de domo in Sderas super decimis ecclesiae suae iniurientur eidem. Quare honestati vestrae committimus, quatenus conuocatis partibus ipsam causam audiatis et eam debito fine decidatis, facientes, quod decreueritis, per censuram ecclesiasticam obseruari; testes vero, qui nominati fuerint, si se gracia uel odio subtraxerint, censura simili cogatis veritati testimonium perhibere. Datum in Rudnicz III. Kalend. Julii pontificatus nostri anno XI°.

Volentes igitur, vt tenemur, mandatis dicti domini nostri episcopi reuerenter obedire, partes ad nostram euocauimus presenciam, ac ipsis in termino eisdem prefixo comparentibus coram nobis ex parte dicti Stephani, plebani de Byeharcz, proposita fuit **peticio** in hec verba:

Coram uobis honorabili uiro magistro Rapota, archidiacono Gurimensi, judice a reuerendo in Christo patre et domino, domino Johanne

[1] Die Schriftzeichen und einzelne undeutliche Abkürzungen weisen auf eine flüchtige Hand; der Text ist stellenweise arg corrumpirt und nicht immer zu enträthseln. Vgl. darüber schon die Bemerkung Palacký's, Formelb. II, S. 7. Die Schreibweise und vorkommende Bohemismen wurden zumeist beibehalten.

dei gracia Pragensi episcopo delegato, ego Stephanus, plebanus ecclesie in Byeharcz, nomine et uice ipsius ecclesiae meae peto decimas de fructibus terrarum siue agrorum, quos nobilis vir Stiborius mihi in uilla Choyticz excolit et laborat, quas decimas dominus prepositus Sderasiensis in preiudicium ecclesiae meae et meum et contra deum et iusticiam percipit et pércepit, cum tamen dicti agri siue predia sint intra fines ecclesie mee situati. Quare peto dictas decimas ecclesiae meae prefatae atque mihi per uos sentencialiter adiudicari, domino . . preposito sepedicto super ipsis perpetuum silencium inponendo. Insuper de perceptis et de dampnis, quae aestimo ad XXX sexagenas grossorum denariorum pragensium, peto mihi satisfieri competenter. Protestor eciam de expensis factis et faciendis saluo iure addendi.

Econtra . . prepositus predictus quoddam priuilegium papale exhibuit, in quo inter cetera continebatur, quod ipse et ordo suus decimas laborum de terris habitis ante concilium generale, quas propriis manibus et sumptibus excolunt, dare non teneantur et hoc exhibuerat saluis excepcionibus aliis et defensionibus sibi competentibus in futurum. Dictus vero Stephanus petivit copiam huius articuli.

Excepcio: Coram uobis etc. ego Stephanus excipiendo propono et dico, quod dominus prepositus de Desraz [sic, recte Zderas] per priuilegium Honorii tercii de sua intencione, videlicet quod de terris siue agris, quos excolit siue laborat in uilla Choeticz, penitus nil probauit de exempcione decimarum predictae meae parochiae minime soluendarum [sic], cum dictum priuilegium in iudicio per ipsum exhibitum coram vobis non faciat ex-||(p. 34) presse de generali concilio mencionem. (X de decimis 3, 30 c. nuper 34.) Preterea non constat nec est probatum, quod idem priuilegium Honorii papae datum sit ante concilium preallegatum, ergo non valet, ut dictum est supra. Et esto, quod iam constaret uel constare posset, quod dictum priuilegium fuisset obtentum ante concilium generale, tamen videtur et est per Alexandrum III. [sic, recte IV.] et Bonifacii approbacionem in VI libro decretalium reuocatum: de decimis capitulum: statuto perpetuo (c. 2 in VI. 3, 13). Quare peto, ex quo sepedictus dominus prepositus non probauit, ad quod se astrinxit, ipsum a[d] predictarum decimarum exsolucionem per uos compelli et de decimis subtractis, quas estimo ad XXX sexag. gross. den. prag., mihi satisfieri condecenter, presertim cum ipsa predia sint intra fines et limites ecclesiae meae predictae et de iure communi dictae decimae pertineant ad eandem (X. de decimis c. cum contingat 29 et CXVI. questio 1: statuimus 55). Predictus vero prepositus petiuit copiam etc.

Replicacio: Coram etc. Replicando propono et dico, quod excepciones contra priuilegium apostolicum mihi indultum, quod coram vobis exhibui, propositae per Stephanum, plebanum in Bicharz, non valent nec ullius penitus sunt momenti, quia non tangunt nec inpediunt tenorem eiusdem ex eo, quod due excepciones primae, quas proponit, omnino per excogitatam maliciam proponuntur. Nam in priuilegio eodem expressa mencio habetur de generali concilio, no[ta] super

decimis non soluendis de terris habitis ante concilium generale, quas propriis manibus et sumptibus excolunt. De quo concilio quocienscunque mencio per doctores habetur, semper intelligunt et ponunt de predicto concilio generali, quod incipit: nuper X. de decimis. Item quod excipit, quod predictum priuilegium non sit datum ante concilium generale, hoc magis assumo pro me quam contra me, quia priuilegium ipsum adiuuat et confirmat concilium supradictum, cum sit posterius. Unde excipiens omnino sibi est contrarius ex eo, quod dicit primo, quod priuilegium meum facit expressam mencionem de concilio et secundo dicit, quod non constet, quod sit obtentum ante concilium generale, et ideo non est audiendus allegans contraria. (X. de appellationibus 2, 28 c. sollicitudinem 54 cum similibus.) Preterea quod excipit, quod per Alexandrum III. [sic] sit reuocatum, salua pace sua, si ueritatem rei melius inquirere uoluisset, contrarium inuenisset, quod constitucio Alexandri precedit constitucionem Honorii, constitucio vero Bonifacii, quam allegat, pocius facit pro meo priuilegio quam contra ipsum, sicut apparet in illo versiculo: »nisi« de rebus exemptis. (§ 5, c. 2 in VI. 3, 13.) Quare peto per uos ab instancia vestri judicii absolui et ipsum Stephanum mihi in expensis legitimis condempnari et nichilominus inposito ei perpetuo silencio, eum per uos iuxta mei priuilegii tenorem puniri, saluis aliis excepcionibus et defensione mihi competenti in futuro.

Nota. Nos vero magister Rapota predictus obmissis omnibus aliis domino preposito terminum videlicet subsequentem diem post festum beati Luce nunc venturum assignauimus ad probandum: quod terras predictasque possessiones ante concilium habuit generale, vel quod alias non teneatur ad persoluendum decimas supradictas, qui quidem terminus ut extitit in crastinum de consensu parcium prorogatus.

Quia religiosus vir dominus prepositus Sderaziensis non probauit in terminis sibi prefixis, quod allodium seu possessiones sitas in parochia de .. monasterium suum sit adeptum ante concilium »nuper« et intencio Stephani sui aduersarii in iure communi sit fundata: Stephanum in quasi-possessione iuris percipiendi decimas predictas, non obstante peticione predicti prepositi, donec aliud appareat, dicimus et in hiis scriptis **sentencialiter promulgamus**, prepositum prefatum in expensis legitimis predicto Stephano condempnando, quarum taxacionem nobis in posterum reseruamus. A qua nostra sentencia per nos sic prolata per predictum dominum prepositum intra tempus a jure statutum non extitit appellatum. Lecta et promulgata est hec sentencia Prage in curia episcopali anno domini M⁰CCC.XIIII⁰. Kalen. Maii in presencia testium subscriptorum, honorabilium virorum etc. et aliorum plurium fide dignorum. ||(p. 35).

Post hoc anno domini millesimo CCC.XXXIII. III. feria post Lucae religiosus vir frater Nycolaus de Sderas conparens in iudicio

coram domino officiali quandam cartelam incepit legere, cuius tenor erat talis:

Coram uobis honorabili viro domino Bohuta, officiali curie Pragensis, qui uos asseruistis judicem in causa uel causis domini Mauricii plebani de Biebarz. Cui dominus officialis mandauit, ut doceret de procuratorio. Qui procuratorium exhibuit sub manu publica in hec verba:

In nomine domini. Amen. Anno eiusdem a natiuitate M⁰.CCC.XXXIII. indictione prima die XIX. mensis octobris hora quasi nona venerabilis et religiosus vir frater Philippus, prepositus ac canonicus Jerosolimitanus, nec non discreti viri Henricus prior, Johannes, plebanus sancti Wenceslai prope Sderas, Duchoncius, plebanus sancti Clementis de Buben, Petrus, commendator antiquus, et Zynocha cellerarius layci totusque conuentus fratrum in Sderaz ordinis scti Augustini sacrosancti sepulcri dominici Jerosolimitani prope Pragam, ad romanam curiam nullo medio pertinentis dyocesis Pragensis, in presencia mei notarii publici et testium subscriptorum fecerunt, constituerunt et ordinauerunt suos ueros et legitimos procuratores ac nuncios speciales religiosos viros fratres, videlicet Henricum, commendatorem, et Nycolaum, dyaconum predicte domus Sderaziensis, presentes et mandatum sponte suscipientes et eorum quemlibet in solidum, ita quod non sit melior condicio occupantis, sed vbi vnus inceperit vel dimiserit, alter incipere ualeat et finire in omnibus causis, litibus et questionibus motis seu mouendis coram quibuscunque iudicibus ordinariis uel delegatis, ecclesiasticis uel mundanis cuiuscunque auctoritatis uel condicionis existant contra quascunque personas ecclesiasticas uel seculares, collegium vel vniuersitatem, et specialiter in causa uel causis, quam uel quas discretus vir Mauricius, plebanus de Bichars, se asserit habere contra eosdem religiosos fratres, coram honorabili viro domino Bohuta, archidiacono Gurimensi et officiali curie Pragensis, asserente se iudicem auctoritate reuerendi in Christo patris domini Johannis Pragensis episcopi deputatum ad agendum, defendendum, excipiendum, replicandum, libellum seu libellos dandum et recipiendum, litem contestandum, juramentum calumpnie et veritatis dicende et cuiuscunque alterius generis in animam eorum prestandum, ponendum, articulandum, posicionibus respondendum, testes, iuramenta, instrumenta, literas et quaslibet alias probaciones producendum et producenda per partem aduersam, si opus fuerit, reprobandum, crimina et defectus opponendum, beneficium restitucionis in integrum et absolucionem tam sinplicem quam ad cautelam a quibuscunque sentenciis latis seu ferendis petendum et obtinendum, allegandum, concludendum, paciscendum, componendum, transigendum, sentenciam uel sentencias tam interlocutorias quam diffinitiuas audiendum et ab eis seu qualibet earum, si opus fuerit, appellandum, appellacionis causas prosequendum, apostolos petendum et obtinendum, alium quoque seu alios procuratorem seu procuratores loco eorum substituendum uel substituendos, ipsos reuocandum et pro-

curacionem ipsam in se ipsos et in ipsorum alterum resumendum semel uel pluries eciam post litem contestatam et generaliter ad omnia et singula faciendum, procurandum et exercendum, quod quilibet veri et legittimi procuratores facere possunt et debent et cum libera et generali administracione, ut ipsimet constituentes facerent uel facere possent, si personaliter interessent, et eciam si maiora essent, quam que in presenti mandato continentur; promittentes se ipsos ratum perpetuo habituros et gratum, quidquid per dictos eorum procuratores uel eorum alterum aut substitutos ab eis uel eorum alterum actum, factum, gestum vel ordinatum fuerit in premissis, volentes iidem constitutos dictos suos procuratores et eorum quemlibet ac substitutum vel substitutos ab eis uel eorum altero ab omni satisdacionis honere releuare. Promiserunt mihi notario infra scripto, ut persone publice et legittime stipulanti vice et nomine omnium quorum interest, intererit uel interesse poterit, judicio sisti et iudicatum solui cum omnibus suis clausulis oportunis sub rerum suarum, predicte domus Sderaziensis ypoteca. Actum et datum in predicta domo Sderaziensi in quodam estuario predictorum fratrum anno, indiccione, mense, hora ut supra predictis presentibus discretis viris etc. et aliis pluribus fide dignis testibus ad premissa uocatis specialiter et rogatis.

Et ego Franciscus Ottonis de Praga, clericus dyocesis Pragensis, publicus auctoritate imperiali notarius, predictis omnibus constitucioni procuratorum predictorum ct promissioni de rato habendo et iudicatum solui et omnibus et singulis in hoc penitus contentis presens vna cum dictis testibus interfui, conscripsi et in hanc publicam formam redegi meoque consueto signo consignaui rogatus.

Quo procuratorio sic oblato vlterius incepit legere in eadem karta in hec verba: || (p. 36).

Religiosorum virorum procuratorio nomine protestor, quod coram vobis compareo tanquam coram honorabili viro domino et amico fratrum predictorum, non tamen subeundo iudicium vestrum, sed quod intendo iurisdiccionem vestram, si qua est, quantum de iure potero, declinare; si quid dixi, feci uel proposui, dixero, fecero uel proposuero, per quod dominis meis possit preiudicium circa ius suum generari, illud vero dictum pro non facto et non proposito volo habere et illud ex nunc reuoco et retracto et de hoc michi peto fieri publicum instrumentum. Preterea excipiendo propono nomine quo supra, quod dominus prepositus et conuentus predicti sint in domo Sderaziensi auctoritate predicta uobis ut dicitur commissa ad uestram presenciam ad instanciam domini Martini [sic, recte Mauricii], plebani predicti, de facto ut dicitur euocati et quia predicta domus est locus exemptus et persone exempte, quare peto per uos pronunciari predictam citacionem non valere, ipsum Mauricium per uos in expensis legitimis nobis condempnari, dominosque meos predictos Sderazienses et me a uestra predicta iurisdiccione dimitti, saluis omnibus aliis iuribus et excepcionibus et defensionibus dominis meis et

michi competentibus; et eciam petimus terminum ad concordandum uel ad procedendum in causa VI. feria post Omnium sanctorum.

Quo ueniente concordare nequiuerunt. Ibi Nicolaus saluis protestacionibus premissis comparuit petens partem aduersam eo, quod in loco exempto dominum prepositum et fratres citari procurauit, condempnari in expensis. Judex respondit, si probaret hoc, facere se uelle, quod iuris ordo suaderet, terminis pluribus assignatis saluis protestacionibus et iuribus utriusque partis pro concordia comparanda. Et cum concordare non possent, comparuit Mauricius supradictus [exhibens] quandam sentenciam sub .... honorabilis viri magistri Rapotonis, felicis recordacionis archidiaconi Gurimensis, pendenti sigillo, cuius dorsum erat etc., que est redacta ante principium huius cause, que incipit: Quia religiosus vir etc. petens eam execucioni demandari.

Frater Henricus, commendator domus Sderaziensis, petiuit sibi terminum ad deliberandum super premissis assignari. Dominus iudex sibi feriam 4tam post iudica assignauit. Quo ueniente idem frater Henricus procurator **excepit** in hec uerba:

Coram uobis honorabili uiro domino Bohuta, archidiacono Gurimensi, qui uos asseritis judicem a reuerendo in Christo patre domino Johanne, Pragensi episcopo, delegatum, ego frater Henricus, commendator et procurator religiosorum virorum domini . . prepositi et conuentus Sderaziensis, excipiendo propono procuratorio nomine et dico dominum Nycolaum [sic; recte Mauricium] de [Bieharz] plebanum in sua peticione non esse audiendum, nec sentenciam per ipsum exhibitam esse execucioni mandandam, maxime ex causis et racionibus infra scriptis: Inprimis, quia eadem sentencia de iure non valet neque tenet, imo est ipso iure nulla propter vicium pronunciacionis (ff. de excusacionibus tutorum vel curatorum 27, 1 l. qui testamento 37: »Respondi, ... non tamen esse excusatum propter vicium pronuntiacionis«). Et apparet euidenter, quod sentencia antefata non dictata secundum formam peticionis seu libelli; nam in libello dicitur, quod prepositus Zderaziensis percipit et percepit decimas, de quibus est questio, et petuntur decime huiusmodi ecclesie in Biechars adiudicari; sed in sentencia predicta continetur: »dicimus Stephanum in possessione iuris precipiendi decimas predictas et finaliter promulgamus«. (X de simonia 5, 3 c. licet Heli. 31; de accusacionibus 5, 1 c. qualiter et quando 17). Preterea dicta sentencia non valet, quia non continet absolucionem nec condempnacionem (C. II. questio VI. [deest c. 41]. § 8. diffinitiua). Item dato, sed non concesso, quod in predicta sentencia diceretur: »condempnamus prepositum ad solucionem decimarum«, non tamen predicta sententia valeret, quia sentencia debet esse certa. (C. de sentencia, que sine certa quantitate profertur 7, 46); sed ista sentencia est incerta pro eo, quod decime essent adiecte (sic; recte: adjudi-

catae) plebano predicto in tempus incertum expressum in illa cum dicitur: »donec aliud appareat etc.«, licet verbum presentis temporis »condempnamus predictum« perficiat sentenciam statim cum ponitur et exprimitur. Quod enim de presenti est uel de preterito, non est in suspenso quoad esse suum, est tamen in suspenso quoad resolucionem, que inducitur verbis sequentibus, scilicet: »donec aliud appareat«, ergo etc. [sic] veniat (ff. de in diem addictione 18, 2 l. I. et II; X. de sentencia excommunicacionis 5, 39, c. per tuas 40). Ceterum dicitur in sentencia predicta: »quia prepositus Sderaziensis non probauit. quod possessiones sitas in parochia Bicharzensi monasterium suum sit adeptum ante concilium »nuper«, Stephanum dicimus in possessione iuris percipiendi decimas, donec aliud appareat«. Sed cum nunc per litteras per me producendas appareat aliud, scilicet illas possessiones esse acquisitas anno domini M⁰.C.XCIX., quod tempus precedit concilii generalis constitucionem »nuper« — emanauit prout notatur in speculo historiali [sic, scil. Vincentii Bellovacensis] et per Johannem Andreae in dictam constitucionem »nuper« anno domini M.CCC.XV. et XVII⁰. pontificatus Innocencii [sic] — ergo memoratae possessionis existencia resoluitur et ab huiusmodi possessione disceditur, nec per consequens sentencia execucioni mandanda accedat (ff. pro emptore 41, 4 l. II. § si in diem 4), quia cessante causa, scilicet obmissione probacionis predicta, cessat effectus, scilicet sentencia propter obmissionem huiusmodi promulgata. (X. de iurejurando 2, 24 c. et si Christus 26; de renuncciacione 1, 9 c. post translacionem 11. § ceterum). Saluis omnibus iuribus, excepcionibus, defensionibus dominis meis et michi competentibus et competituris has excepciones alternatiue propono offerens me ad probandum easdem et peto eas recipi et admitti. Peto eciam per uos pronunciari, quod predicta sentencia per uos execucioni ex causis predictis non debeat demandari, partemque aduersam michi in expensis legitimis condempnari.

In termino sequenti fuit **replicatum** in hec verba: || (p. 37).

Coram uobis honorabili etc. [ut supra], iudice, ego [Welislaus] . . canonicus ecclesie Boleslauiensis, procurator discreti viri [Mauricii] . . plebani de Biechars, contra excepciones Henrici commendatoris, procuratoris religiosorum virorum domini prepositi et conuentus Sderaziensis, replicando procuratorio nomine propono et dico, quod excepciones per eum propositae sunt nullae et irritae in iure et ideo non admittende, quia licet appareant aliquae, in effectu tamen nullae sunt. Et hoc racionibus et iuribus infrascriptis ostendo, et ideo dico eas repellendas nec admittendas, sed sentenciam per me productam, que iuste lata est, execucioni demandandam; quia semper presumitur pro sentencia judicis, maxime ex quo non est appellatum ab eadem, ut in casu nostro. Innocencius, qui hoc notat X.: de officio delegati 1, 29 c. cum in iure 31., dicit: »diligenter attendendum esse, quod textus dicit in capitulo: quoniam con»tra 11. X de probacionibus 2, 19, non esse credendum judici super

»processu iudicii uel super actis iudicii, [at]que dicit: »in aliis, que »sunt extra processum iudicii, bene creditur judici et pro eo est pre-»sumendum, ut exemplificat: si iudex tulit sentenciam et condempnauit »aliquem in centum et non est appellatum, non poterit postea dicere, »quod sentencia non esset iusta. Et si propter hoc petit exhiberi acta »uel attestaciones, allegaciones, ut ex causa probet esse iniustam sen-»tenciam, non est audiendus; et si producta fuerint de facto, licet ex »eis non probetur [justa] sentencia, non tamen propter hoc reuocabitur »sentencia, imo plus videtur etiamsi dixisset: quia per B. et A. testes »sic probatum est, ego sic sen[ten]cio, licet per illos testes nichil pro-»betur, nichilominus presumitur pro sentencia judicis (ut X: de re-»nuncciacione 1, 9 c. in presencia 6, et de re iudicata 2, 27 c. cau-»sam 14; ff. de re judicata 42, 1, l. cum prolatis 32), quia licet sit lata contra ius litigatoris, non tamen contra ius scriptum. Inputet ergo sibi, si non appellauit: X de re iudicata 2, 27 c. cum inter 13. Et hec opinio Innocencii consueuit in studiis pro textu reputari a doctoribus, et ideo dico partem aduersam contra sentenciam non esse audiendam. Et dicit Johannes Andreae in predictum capitulum: quoniam 11 de probacionibus 2, 19: hiis verbis credo, quod postquam sententia transit in rem iudicatam, quod res iudicata pro veritate accipitur (in capitulo: cum inter 13 de re iudicata 2, 27), et esset difficillimum tunc semper omnia acta iudicii recenseri et sic presumendum pro iudice; sed antequam transit in rem iudicatam, non presumitur pro iudice, nisi quantum probauerit per acta et decretacionem decretalis »quoniam« in fine, ubi dicitur, non presumitur pro processu judicis [scil. nisi quatenus in causa legitimis documentis constiterit], quod dicit: non negatur, [ut] quando pro processu presumatur et maxime postquam transiuit in rem iudicatam. Et sic est in meo proposito, quod debet presumi, quod sentencia ex quo transiuit in rem iudicatam excepcionibus partis aduerse non obstantibus et ipsam mandari execucioni multo magis quam in exemplis suprapositis, quoniam intencio domini mei sit fundata de iure communi et pars aduersa nichil docuerit, quare decima non debeat dari, ergo dico sentenciam execucioni demandandam. Preterea dominus Compostulanus [sic; scil. Bernardus Compostellanus] hoc tenet clarius X. de electione 1, 6 c. bone 23, dicens, quod postquam sentencia transiuit in rem iudicatam, ut quum non est appellatum ab ea intra decem dies uel est appellatum et terminus judicis legittimus appellaciones prosequendum elapsus est uel appellans in appellacione subcubuit, presumitur, quod sentencia sit iusta tam ex ordine quam extra, nec ulterius de aliquo ordine querendum est uel de iusticia eius, quia res iudicata pro ueritate accipitur C. II. questio VI § diffinitiua (scil. c. 41). Ex quo enim victus non appellauit, ipse facto suo confirmauit sentenciam et iudicium (C. de sentencia, que sine certa quantitate profertur 7, 46 l. IV.); et difficile est semper acta omnia recenseri, que omnia ad vnguem seruantur, quando constat presentibus partibus sentenciam latam fuisse. Et sic

est in proposito meo, ubi partes ambe fuerunt in sentencia ferenda presentes, ergo non debent audiri contra eandem. Preterea hoc idem tenet B[ernardus] glossa: »praesumatur«, in capitulo: »quoniam« in fine, et ibi allegat dictum Innocencii prius allegatum, ex quo ergo doctores tenent, quod non sit audiendus contra sentenciam, a qua non est appellatum. Idem secure allego et dico, quod sentencia deberet mandari execucioni excepcionibus partis alterius non obstantibus. — Hiis premissis respondeo ad raciones partis alterius et primo ad primam, que dicit, quod sentencia sit nulla racione pronunciacionis, quia non sit dictata secundum formam libelli; dico salua pace allegantis, si diligencius inspexisset libellum et sentenciam, contrarium eius quod allegat inuenisset. Nam ibi dicitur, quod prepositus Sderaziensis percipit et percepit decimas, de quibus est questio, et non dixit illud, quod precedit, scilicet: in preiudicium plebani et ecclesie sue et contra deum et iusticiam, — et ergo tantum de facto percipit et percepit, ut ex libello et sentencia apparet; et cum dicitur in sentencia: »dicimus, sentenciando promulgamus Stephanum esse in possessione iuris percipiendi decimas«, dicit allegans sentenciam nullam. Dico, quod male dicit, nam licet [judex] non dixerit: »prepositum et conuentum condempnamus etc.« uel: »precipio et statuo«, que idem sonant, sed dixit: »dico et sentencialiter promulgo«, que sunt aequipollencia cum uerbis predictis. Et non debet tantum pars considerare verba sed uoluntatem, cum non intencio verbis, sed uerba intencioni debent deseruire et non uerbum ex uerbo, sed sensum ex sensu transferre: et ideo bene sentenciauit per predicta verba: »dicimus et sentencialiter promulgamus«, nam in hiis casibus, scilicet decimarum et in aliis priuilegiatis non requiritur necessario libellus sed simplex peticio seu apud acta conscribenda, et sentencia potest ferri stando uel sedendo, ut in cap.: ||(p. 38) sepe 2 de uerborum significatione 5, 11 in Clementinis etc. Ideo sufficienter pronunciatum est per iudicem in sentencia et maxime per ea, que notat Innocencius: X. de iudiciis 2, 1 c. examinata 15, quae causa breuitatis allegare pretermitto. Et sic sit responsum eciam ad secundam racionem excipientis, quae dicit, quod non continet absolucionem uel condempnacionem; dico, quod condempnacionem per hoc, quod dicit, »plebanum esse in possessione percipiendi« nec aliud fuisse dictum contra predictam partem aduersam. Item ad terciam racionem, que dicit, quod sentencia sit incerta pro eo, quod decime adjudicatae sunt plebano predicto in tempus incertum expressum in illa, cum dicitur: »donec aliud apparet etc.« — dico, quod non procedit hec obieccio, quia in libello petitae sunt decimae, quas nobilis vir [Stiborius] in uilla [Choyticz] excolit et laborat; et quia in sentencia dicitur, quod prepositus Sderaziensis non probauerit in terminis sibi prefixis de sua intencione, quod possessiones in parochia de [Bieharz] monasterium sit adeptum ante concilium »nuper«, judex sentenciando dicit Stephanum plebanum

esse in possessione uel quasi iuris percipiendi decimas, que petite sunt in libello. Et ita est sentencia certa, quia super certis decimis in libello petitis; et dum subiicitur in sentencia: »donec aliud appareat«, hoc ponit iudex maxime in seruitutibus et in decimis, quia tractus futuri temporis scilicet in hiis spectat ad iudicem ut X. de sepulturis 3, 28 c. in nostra 10 et de decimis 3, 30 c. dudum 31. per Innocencium de procuratoribus 1, 38 c. auditis 8 et plenius de homicidio 5, 4 c. prelatis 2 libro VI°. in glossa or. [dinaria] et maxime quia prepositus dicebat se habere priuilegia, quod decimas dare non deberet. Ob hoc additum fuit in sentencia »donec etc.«, que tamen nec nunc nec tunc fuerunt exhibita et ideo iudex pronunciauit illo modo, prout potuit et debuit. Item ad terciam racionem ubi est res [nova, etc. ?], in hoc premitto, cum dicit, quod per literas per partem aduersam producendas appareat, scilicet possessiones acquisitas ante concilium »nuper«, ergo decimas dare non teneri, respondeo, quod aut littere fuerunt prius in iudicio exhibite aut non. Si fuerunt exhibite, prout fuerunt exhibite iudex tulit sentenciam contrariam, ipsas intelligitur reprobasse; si uero non fuerunt exhibitae, pretextu priuilegii de nouo reperti predicta non debet retractari sentencia ut in capitulo: suborta 21 X. de re iudicata 2, 27, vbi est casus iste. Vel alio modo respondeo ad racionem predictam: aut prepositus et conuentus Sderaziensis habuerunt possessiones predictas ante concilium »nuper« aut post; si ante et tunc dato sed non concesso, quod ipsi priuilegiati sint cum aliis religiosis, ut in capitulo: ex parte 10 X. de decimis 3, 30, nichilominus ex quo predictas possessiones non excolunt propriis sumptibus diuturnis, soluendo laboratoribus de propria bursa, tenentur ad ipsorum solucionem, ut ibidem dicitur, non obstante, quod aliis locauerint, quia nichilominus tenentur, ut in capitulo: licet 11, vel ab aliis conducant, tunc iterum ad decimas tenentur ecclesie parochiali, ut eodem titulo capitulum: dilecti 8. Si vero possessiones sint adepti post concilium, tunc tenentur indistincte siue excolant siue non, dummodo ecclesia parochialis antedicta de ipsis decimas consueverit habere. Et sic omni modo tenentur prepositus et conuentus ad decimas ecclesie in Biecharz excepcionibus partis alterius non obstantibus, quia sunt inanes et friuole saluis aliis quibuslibet excepcionibus domino meo et michi nomine ecclesie sue competentibus et competituris. Has replicaciones alternatiue propono offerens me ad probandum easdem et peto eas recipi et admitti. Peto eciam per uos pronunciari, quod predicta sentencia per uos execucioni debeat demandari partemque aduersam in expensis legittimis michi condempnari.

Feria VI. terminus ad duplicandum ante Palmas. Quo ueniente et procuratoribus parcium comparentibus procurator domini prepositi **duplicauit** in hec verba:

Ego frater Henricus, commendator et procurator religiosorum uirorum domini prepositi et conuentus Sderaziensis, coram uobis honorabili viro domino Bohuta, archidiacono Gurimensi officiali curie (ut

supra) duplicando ex superhabundanti propono procuratorio nomine et dico sentenciam per aduersam partem exhibitam non esse per uos execucioni mandandam, non obstantibus replicacionibus, si replicaciones dici possunt, domini Welislay procuratoris, que ad substantiam mearum excepcionum non faciunt, nec illas tollunt et ideo replicaciones dici non merentur (C. de excepcionibus 8, 36. l. non excepcionibus 10), maxime ex causis et racionibus infra scriptis: Inprimis non obstat, quod dicit replicans, quod pro sentencia judicis, a qua non est appellatum, presumitur etsi contra ius litigatoris lata sit, cum tamen contra ius constitucionis expresse lata non fuerit: X. de re iudicata 2, 27 c. cum inter 13, cum similibus multis; quae iura loquuntur de sentencia annullanda et valida, que tamen remediis expressis in iure potest retractari et cassari, non autem loquuntur de sentencia ipso iure nulla, que sine temporis prescriptione retractari potest: C. ad legem Corneliam de falsis 9, 22 l. sicut 17, X. de procuratoribus 1, 38 c. in nostra 4. Huic respondet ut notat Innocencius de officio delegati 1,29 X c. cum in iure 31, in versu: sed respondeo; et de eleccione 1, 6 c. bone 23. Et de nullitate potest contra eam excipi perpetuo, si ex ea agatur. ff. de excepcionibus doli 44. 4 l. pure 5. § finali 6. Item non obstat, quod dicit replicans: verba »dicimus et promulgamus« aequipollent cum hiis verbis: »statuimus, precipimus, condempnamus«, quia licet cum aliorum verborum obieccione sint aequipollencia, premissa verba, videlicet »dicimus quod prepositus et conuentus Sderaziensis debent soluere plenas decimas plebano in . .« aequipolleant cum hiis verbis: »condempnamus prepositum et conuentum ad solucionem decimarum«, que hic non sunt posita nec illa illis aequipollencia, cum intencio latoris huius sentencie sit consideranda, cui verba debent deseruire; intencio enim latoris fuit, sentenciam esse nullam ipso iure et ideo errorem in ipsa expressit; tamen dicit: »donec aliud appareat« etc. et actum est hic de una re, scilicet ut decime iudicentur plebano de . . et pronunciatum est de alia nullatenus priori aequipollenti, scilicet: »dicimus Stephanum || (p. 39) in possessione iuris percipiendi decimas predictas«. ff. communi dividundo 10, 3 l. ut fundus 18; X. de sentencia excommunicacionis 5, 39 c. per tuas 40. Et plebanus existens in possessione iuris percipiendi decimas predictas, ut dicitur in sentencia, et postulans decimas easdem in libello sibi adiudicari, non est tanquam aduersa producens et sibi contrarius audiendus: X. de appellacionibus 2, 28 c. sollicitudinem 54. Item non obstat, quod dicit replicans, quod sentencia sit certa super certis decimis lata, quae replicacio excepcionem meam non tollit, ut apparere potest intuenti. Dato tamen sed non concesso, quod super certis decimis sit lata, tamen sentencia est incerta pro eo, quod decimæ certæ in incertum tempus expressum in ea essent adjudicatae plebano predicto. Preterea dicit replicans, quod tractus futuri [scil. temporis] designatus per hanc dictionem: »donec aliud appareat etc.« spectet ad iudicem X. de sepulturis 3, 28 c.

in nostra 10 cum similibus, que iura loquuntur, cum innuitur(?), solucionem decimarum esse in posterum faciendam; secus in nostro casu, ubi lator sentencie innuit per predictam adieccionem [sic; recte adjudicationem] esse a prestacione decimarum cessandum. Item non obstat ultima replicacio, que in nullo tollit excepcionem ultimam et replicans est sibi iterum contrarius quum dicit, quod litere prius fuerant exhibitæ, et supra dixerat, quod literæ nec nunc nec tunc fuerunt exhibitæ. Item non obstat, quod dicit replicans, quod predicti dominus prepositus et conuentus teneantur soluere decimas propter hoc, quod non excolunt propriis sumptibus possessiones, cum ex ipsa sentencia colligatur secundum mentem latoris sufficere, quod probetur predictum monasterium fuisse adeptum possessionibus sitis in parochia Bychars ante concilium »nuper«. Et peto, me ad probandum hoc admitti addendo illa, que supra in excepcionibus sunt petita etc.

Terminus ad dicendum contra oblata VI. feria post conductum Pasche. Quo termino ueniente et procuratoribus in eo conparentibus procurator partis actricis **triplicauit** in hec uerba.

Coram uobis honorabili viro Bohuta iudice [ut supra] etc. Ego Welislaus, canonicus Boleslauiensis, procurator [ut supra] triplicando propono procuratorio nomine et dico sentenciam latam pro parte ecclesie in Byechars contra prepositum et conuentum eiusdem esse per uos execucioni demandandam non obstantibus duplicacionibus fratris Henrici, procuratoris prepositi et conuentus Sderaziensis, quia eas dico friuolas et inanes et in iure et in facto falsas; nam quando dicit duplicans, quod replicaciones meæ non faciant ad substanciam suarum excepcionum nec illas tollant, dico quod illa est insinuacio falsa, ut patet cuilibet intuenti clare acta. Item ad illam quando dicit, quod ego dixerim, quod pro sentencia judicis a qua non est appellatum presumitur, duplicans respondet antiloquens de sentencia nulla aut annullanda; si aullanda, sic locum habet dictum replicantis, si de nulla, tunc sine temporis prescriptione retractari potest (all'[egacio]: C. ad legem Corneliam de falsis 9, 22 l. sicut 17; X. de procuratoribus 1, 38 c. in nostra 4). Respondeo triplicando partem duplicantem esse audiendam post sentenciam, si uellet retro probare, commissionem factam non fuisse vel litem non contestatam, que tamen omnia in sentencia clare apparent et dico istam duplicacionem friuolam et inanem. Hoc tenet Innocencius in capitulo: cum in iure 31. X. de officio delegati 1, 29 in uersu: sed si opponas, que opinio consueuit pro textu reputari. Item salua pace duplicantis nichil faciunt iura, que allegat l. »sicut« et decretalis »in nostra«, que intelliguntur, quando obiicitur de falso, quod non potest solum ante sentenciam, sed eciam post usque ad XX annos, ut in capitulo: cum venerabilis 6. X. de excepcionibus 2, 25 cum multis similibus, quod non est in proposito nostro; decretalis uero »in nostra« 4. de procuratoribus 1, 38 (X) loquitur, quando procurator reuocatus est et de hoc certificatus et nichilominus intrat

iudicium cum aduersario et contrariam sentenciam reportat, tunc principalis auditur post sentenciam. Ad hoc pars, que execucioni sentencie nunc contradicit, fuit presens et nichil contra eam dixit, et ideo dico eam iam non esse audiendam, quia »tarde venere bubulci«, sed execucioni demandandam, quia hic nulla talis nullitas est in sentencia, ut ex ipsa appareat, quare... etc. [sic.] Item non obstat, quod dicit duplicans, quod intencio latoris sentencie est attendenda vel consideranda, cui uerba debent deseruire, et intencio fuit latoris sentenciam esse nullam ipso iure et ideo errorem in ipsa expressit cum dixit: »donec etc.«; dico quod ista est falsa in facto, ut ex sentencia clare apparet, quod lator noluerat illum errorem in ipsa exprimere, ymmo sentencia magis condicionalis est et tales sentencie statim tenent, licet suspendantur || (p. 40) per condicionem ex causa cautionis, ut notat Innocencius in capitulo: qua 25 X de appellacionibus 2, 28; sed hic nec tunc nec nunc extitit condicio illa, scilicet »donec aliud [appareat]«, ergo standum est sentencia etc. Et hoc idem notat ff. si certum petatur (sic) 12, 1 l. respiciendum 38 et quod sentencia ualeat sub condicione prolata, habetur C. II. questio VI. c. biduum 29 et de re iudicata (X) 2, 27 c. quod ad consultacionem 15 et de officio [deleg.] (X) 1, 29 c. preterea 5. Et ideo a prolatione talis sentencie intra X dies est appellandum, alias, quod tamen in casu nostro non est factum, statur sentencia et ita dico, quod ipsa per uos sit execucioni demandanda. Item nec obstat id, quod submittit duplicans, quod actum sit de una re, scil. ut decime adiudicentur plebano in [Bieharz] et pronunciatum est de alia nullatenus priori æquiualenti etc. [sic.] Item quia hec est in facto falsa, ut in sentencia apparet. Et post hoc infert: quum plures sint in possessione iuris percipiendi decimas predictas, ut dicitur contineri in sentencia, et postulet plebanus predictus decimas easdem sibi adiudicari, dicit duplicans, quod replicans sit sibi contrarius et non audiendus; dico quod nec istud obstat, quia quandoque rei vindicacio datur possidenti, nam a depositario uel commodatario uel ab alio, qui de facto rem meam tenet occupatam, possum rem meam uendicare, licet illam possideam civiliter, et hoc dicitur fieri racione detentacionis facti, quæ est in alio ut X de iudiciis 2, 1 c. examinata 15; de causa proprietatis et possessionis (X.) 2, 12 c. pastoralis 5 in glossa, et hoc omnes doctores utriusque iuris in capitulo: »pastoralis« approbant. Et sic est in proposito, quia licet plebanus sit et fuerit in possessione ciuili, quia de iure communi est intencio sua fundata, nichilominus racione detentacionis facti que est in alio, scilicet cruciferis [scil. ord. sacrosancti sepulcri dominici], potest plebanus petere decimas predictas, nec est in aliquo sibi contrarius in hoc, ut iam est supra ostensum. Item ad aliud quod obiecit duplicans, quod sentencia sit incerta pro eo, quia decimæ certæ in incertum tempus expressum in ea [sunt adjudicatæ] et ego reposui, quod hec posuerit judex, quia tractus futuri temporis pertinet ad iudicem (allegat.: de sepulturis [X] 3, 28 c. in nostra 10 cum similibus), duplicans dixit,

quod iura illa locum haberent, quando innuitur solucionem decimarum esse in posterum faciendam, secus dixit esse in casu nostro, ubi lator innuit per predictam adiectionem [sic] esse a prestacione decimarum cessandum; dico triplicando, quod ista omnino est in facto falsa, ut apparet in sentencia, ubi dicitur: »dicimus et sentencialiter pronunciamus Stephanum prefatum in quasi-possessione iuris percipiendi decimas predictas non obstante peticione prepositi predicti etc.«, que uerba contrarium eius innuit [sic, recte innuunt], ad quod duplicans inducit etc. Item alio modo potest responderi huic racioni, prout supra est responsum. Dato sed non concesso, quod sit aliqua racio duplicantis, scilicet quod quamuis non debeat ferri sentencia sub condicione, tamen lata tenet, ut in iuribus supra allegatis. Item aliud quod dicit duplicans, quod sim michi ipsi contrarius in hoc, quod dixi, quod literæ prius exhibitæ fuerint, et in alio loco dixerim, quod literæ nec nunc nec tunc fuerint exhibitæ: dico triplicando, quod duplicans male inspexit seriem facti, nam si diligenter inspexisset, contrarium eius quod dicit inuenisset in sentencia; nam sentencia et processus dicunt de duplicibus literis. Nam prime fuerant exhibite in iudicio, ubi inter cetera dicebatur, quod prepositus et ordo suus decimas laborum suorum de terris habitis ante concilium generale, quas propriis manibus et sumptibus excolunt, dare non tenentur etc. et illæ fuerunt reprobatæ per contrariam sentenciam, quia non probabant hoc, ad quod inducebantur. Alias uero dixit prepositus se habere in curia et pro illis producendis habuit dilaciones sex mensium, quas tamen nec tunc, nec nunc produxit. Et de illis intellexi et dico, non sum contrarius michi in aliquo. Et sic duplicacio est nulla nec replicacionem meam in aliquo tollit, quare etc. [sic.] Item ad vltimam duplicacionem, que dicit, quod replicans dicat, quod prepositus et conuentus Sderaziensis tenentur soluere decimas propter hoc, quod non excolunt propriis sumptibus possessiones predictas, duplicans uero dicit secundum mentem latoris sentencie sufficere, quod probetur monasterium predictum fuisse adeptum possessiones sitas in parochia de [Bieharz] ante concilium »nuper«; dico triplicando, quod hec duplicacio in nullo tollit meam replicacionem, quia nunquam fuit ostensum in iudicio, quod ante concilium »nuper« monasterium fuerit adeptum possessiones predictas et ideo iudex bene et legitime tulit sentenciam contra monasterium pro plebano predicto. Item ad aliam replicacionem, quam scripsi, quod aut litere fuerint ostensae uel non ostensae, si ostensae et judex contrarium iudicauit, eas intelligitur reprobasse, si autem non fuerunt ostensae pretextu priuilegiorum de nouo repertorum sentencia non debet retractari, ut in capitulo: suborta 21. X. de sentencia et re iudicata 2, 27; ad quam replicacionem duplicans non respondet, quia eidem non potuit obuiare. Quare triplicando concludo, sentenciam pro parte domini mei et ecclesie sue latam per uos execucioni demandandam et peto me ad probandum predicta per uos admitti addendo illa, que supra in replicacionibus meis sunt petita, non astringens me etc. [sic.]

T e r m i n u s a d d i c e n d u m c o n t r a : feria VI. post misericordias domini et ulterius usque ad feriam IV. ante Georii, et d o c e n d u m d e p r o c u r a t o r i o , quia procurator fuerat substitutus; et ibidem fuerunt substituti duo procuratores || (pag. 41) ambo in solidum et aliis condicionibus adhibitis ut supra.

Quibus in termino preassignato comparentibus per procuratorem fratrum de Sderas fuit **quadruplicatum** in hec verba:

Coram uobis honorabili viro Bohuta, iudice [ut supra]: Ego frater Henricus, commendator et frater religiosorum virorum domini prepositi et conuentus Sderaziensis, quadruplicando propono procuratorio nomine et dico sentenciam predictam non esse execucioni mandandam non obstantibus triplicacionibus partis aduerse maxime ex causis et racionibus infrascriptis. Et primo non obstat, quod dicit triplicans me audiendum non esse ob hoc, quod nolo probare commissionem factam non fuisse vel litem non contestatam, adiiciens ad hoc, opinionem Innocencii pro textu reputari; cum tamen in causis decimarum libellus non exigatur nec litis contestacio non postuletur et multe alie cause sint, que sentenciam reddunt nullam. (?) Item non obstat quod dicit triplicans, quod lex »sicut« et decretalis: »in nostra« per me in duplicacionibus allegatae nichil faciant; tamen ad hoc faciunt, ut sentencia ipso iure sine temporis prescripcione retractari possit. Item decretalis c. qua 25 X. de appellacionibus 2, 28, allegatum per triplicantem non obstat, in quo Innocencius loquitur de sentenciis excommunicacionis legitime latis; secus in casu nostro, ubi in sentencia error est expressus et ideo sentencia non tenet, ut notat Innocencius in eadem decretali in fine. Item non obstat, quod dicit triplicans, quod plebanus in . . sit et fuerit in possessione ciuili decimarum predictarum, cum hoc sit falsum in facto et friuolum in iure, quia p o s s e s s i o n e m n u n q u a m a c q u i s i u i t n e c p e r a p p r e h e n s i o n e m n e c p e r p a c i e n c i a m n e c a l i q u o m o d o a l i o. Item non obstat, quod dicit triplicans, non esse sibi contrarium in hoc, quando dicit literas aut fuisse exhibitas aut non exhibitas etc. cum contra eum, qui legem dicere potuit, apertius sit interpretacio facienda. Preterea non obstat, quod dicit triplicans, me non potuisse in duplicacionibus obuiare cuidam distinccioni positae in replicacionibus suis, que talis est: si literae fuerunt ostensae et iudex contrarium iudicauit, eas intelligitur reprobasse; sed si non fuerunt ostensae, pretextu priuilegiorum de nouo repertorum non debet sentencia retractari; cum tamen illi replicacioni dudum sit obuiatum et responsum per raciones et causas sentenciam nullam arguentes et nondum per allegaciones partis aduerse sublatas. Item peto michi exhiberi literas ad uidendum, in quibus aduersa pars dicit sentenciam contineri, item peticionem supra in excepcionibus propositam in fine intelligi uolo repetitam saluis omnibus aliis iuribus michi competentibus et competituris. Preterea peto nomine quali supra michi assignari terminum ad producendum literas, de quibus in excepcionibus meis feci mencionem. Fui breuis, attendens l. ultimam 39 §. 1 C. de appellacionibus

7, 62 ubi dicitur: Caueant litigatores quam libellorum dictatores verbosis uti adsertionibus etc.

Terminus ad exhibendam sentenciam predicto preposito etc. uel procuratoribus III. feria post festum beati Marcii [sic], ad idem faciendum usque in crastinum fuit prorogatus, qui usque in diem sabbati ulterius prorogatus fuit. — Quo veniente comparuit VI. feria post Georii hora uesperarum coram domino officiali in figura iudicii; tandem comparens Mauricius plebanus de Bychars ratum habuit, quidquid factum fuit per Welizlaum suum procuratorem et suum substitutum, videlicet Ulricum in presenti causa protestans, quod per suam comparicionem predictum Velislaum et Ulricum substitutum ab eo non intendit reuocare, sed de nouo ambos in solidum Vlricum presentem et mandatum sponte suscipientem et Welislaum absentem tamquam presentes [sic, recte praesentem] suos ueros et legittimos procuratores constituit, ita quod non sit melior condicio occupantis, sed quod vnus inceperit alter finire ualeat et terminare, ad opponendum, defendendum, litem contestandum, omnia et singula faciendum, que in procuratorio partis ree continentur.

Quo termino veniente et procuratoribus in iudicio comparentibus procurator domini prepositi quandam literam sub sigillo pendenti domini Nycolai Pragensis episcopi de cera alba sano et integro exhibuit in hec verba:

Nicolaus dei gracia Pragensis episcopus vniuersis Christi fidelibus presens scriptum inspecturis salutem in domino. Vobis vniuersis uolumus esse notum, quod nos vidimus et legimus literas domini Prziemislai, felicis recordacionis olim regis Boëmie, non viciatas, non cancellatas, non rasas, nec in aliqua sui parte corrumptas eiusdem vero et integro sigillo munitas in hec verba: In nomine sancte et indiuidue trinitatis. Amen. Priemisl, dei gracia Bohemorum rex, vniuersis ad quos presencia scripta peruenerint tam presentibus quam futuris in perpetuum. Religiosorum et nobilium virorum, qui ecclesias dei multis et magnis beneficiis extulerunt, deuocionem approbantes et eorum facta non infirmare sed pocius confirmare cupientes, notum facimus vniuersis tam presentibus quam futuris, quod Hugo de Czielczicz, nobilis Bohemie, in presencia nostrorum nobilium nobis humiliter supplicauit, ut donacionem dimidie uille in Choiziecz olim suae cum suis pertinenciis factam ante multos annos per eum de consensu suae vxoris ecclesie sacri Sepulcri ratam habere et confirmare de speciali gracia dignaremur. Nos vero considerantes opus predicti Hugonis pium et laudabile et ipsam donacionem ratam habentes, predictam hereditatem pro prefata ecclesia confirmamus annuendo, ut fratres eiusdem ipsam pacifice perpetuo possideant pleno iure||(p. 42) a nostris collectis exempti sicut eam hactenus possiderunt. Huius rei testes sunt dominus Rupertus, episcopus Olomucensis, dominus Slawco, Bohuta cum duobus fratribus suis, Mutina filius Bohuslay, Georius Barbatus, Hermannus Crispus, Smilo de Tuhan, Benes filius Hermanni Nigri, Hros-

nata de Owencz, Arnoldus de Podibrad, Wilhelmus filius Hugonis, Bohuslaus filius Odoleni, Benedictus notarius. In cuius rei testimonium presentes literas nostras ipsis fratribus contulimus sigilli nostri impressione munitas. Facta sunt hec anno dominice incarnacionis M⁰.C.LXXXXIX. VI. Kld. Octobris. In cuius nostre visionis testimonium presens scriptum fieri et sigillo nostro iussimus roborari. Datum Prage anno dominice incarnacionis M⁰.CC.L.V⁰. Ydus Marcii pontificatus nostri anno quinto decimo.

Terminus ad interloquendum et allegandum si placet V. feria in quatuor temporibus, eciam pluribus aliis dilacionibus factis propter legittimas causas tam concordacionis quam aliarum terminus usque ad uincula Petri fuit assignatus.

Tandem anno domini M.CCC⁰XXXIIII⁰. proximo sabbato post natiuitatem sancte Marie pro parte domini de Biecharz citacio fuit oblata in hec verba: Bohuta diuina miseracione archidiaconus etc. discretis viris . . decano Giczinensi et . . plebano in Zahornicz salutem in domino. Amen. Jure cauetur, quod exempti quantumcunque [sic] gaudeant libertate, nichilominus tamen racione delicti siue contractus aut rei, de qua contra ipsos agitur, rite possunt coram [locorum] ordinariis conueniri et illi quoad hoc suam in ipsos iurisdiccionem prout ius exigit exercere. Et licet . . fratres Sderazenses dicantur exempti, nichilominus tamen racione decimarum ecclesiis parochialibus debitarum de terris, quas suis sumptibus non laborant nec excolunt, coram nobis fuerant conuenti et in causa constitit usque ad sentenciam ferendam processum. Quare uobis mandamus in uirtute sancte obediencie et sub excommunicacionis pena firmiter et districte, quatenus accedentes villam . . et dominum . . de . . detentorem agrorum monasterii Zderaziensis publice ad nostram citetis presentiam, ita quod verisimile sit, quod ad eos citacio peruenerit supradicta, ut proxima die sabbati post natiuitatem beate Virginis nunc venturam coram nobis in curia habitacionis nostre Prage compareant peremptorie sentenciam inter ipsum prepositum parte ex vna et — plebanum de . . parte ex altera audiendam. In signum execucionis huiusmodi vestra sigilla uel alterius vestrum presentibus apponatis. Datum Prage in vigilia beati Egidii.

Item alia oblata fuit in hec verba: Bohuta diuina miseracione, archidiaconus Gurimensis, Pragensis curie officialis, judex inter partes infra scriptas a reuerendo in Christo patre et domino, domino Johanne, Pragensi episcopo, specialiter deputatus, discretis viris . . viceplebano sancti Martini Maioris ciuitatis Pragensis et . . plebano sancti Adalberti in suburbio Zderaziensi salutem in domino. Amen. [In simili citatio prepositi Zderasiensis et conventus.]

Idem dominus offcialis **sentenciam** protulit in hec verba:

In nomine domini. Amen. Nos Bohuta diuina miseracione archi-

diaconus Gurimensis, Pragensis curie officialis, judex in hac causa specialiter a reuerendo in Christo patre et domino, domino Johanne, Pragensi episcopo, deputatus. Dudum inter Stephanum plebanum de .. actorem ex una et religiosos viros .. prepositum et fratres cruciferos ordinis sacrosancti Sepulcri dominici Jerosolimitani de Sderas super decimis ecclesie Byecharczensis in uilla Choczieticz parte ex altera orta materia questionis et coram honorabili viro quondam magistro Rapota pro tunc archidiacono Gurimensi‖(p. 43) et in causa predicta a reuerendo in Christo patre et domino, domino Johanne Pragensi episcopo specialiter delegato, idem magister Rapota contra prefatos religiosos, scilicet prepositum et conuentum Sderaziensem tulit sentenciam diffinitiuam, a qua pro parte predictorum fratrum non fuit, ut ex actis apparet, appellatum. Quam quidem sentenciam venerabilis pater noster et dominus, dominus Johannes, Pragensis episcopus, ex certa sciencia confirmauit, ut in suis literis plenissime super hoc confectis continetur, cuius quidem sentencie congnicionem et ipsius execucionem predictus dominus noster dominus Johannes, Pragensis episcopus, specialiter nobis delegauit. Postmodum uero comparentibus coram nobis in iudicio partibus supradictis Marsico [sic; supra Mauricius], plebanus ecclesie prefate, sentenciam obtulit tenoris et continencie infra scripti: Nos etc. petens ut eandem, cum non fuerit per appellacionem suspensa, execucioni mandaremus, pars vero rea copiam ipsius sentencie et terminum ad dicendum contra eandem petiuit et exhibuit quasdam excepciones; quo termino veniente actor petiuit copiam predictorum et terminum ad replicandum recepit, reus uero ad duplicandum, postmodum uero actor triplicauit, reus uero quadruplicauit prout hec plenissime in actis curie nostre continentur; ac postmodum de uoluntate parcium ipsarum eedem partes renunciantes omnibus aliis allegacionibus in posterum faciendis hanc diffinitiuam ferri sentenciam cum instancia postularunt. — Nos itaque visis et diligenter inspectis ipsa sentencia, excepcionibus, replicacionibus, duplicacionibus, triplicacionibus et quadruplicacionibus ac aliis omnibus et singulis inter ipsas partes factis et habitis coram nobis, ac eciam visis et consideratis ac diligenter auditis utriusque iuribus et allegacionibus, quas ipse partes ostendere, allegare aut dare oretenus uel in scriptis dicere uoluerint, et super hiis omnibus habito quamplurium peritorum consilio et nobiscum sollempni deliberacione prehabita solum deum pre oculis habentes et eius nomine inuocato auctoritate domini episcopi predicti, qua fungimur in hac parte, speciali, in hiis scriptis interloquendo pronuncciamus: predictam s e n t e n c i a m d e b e r e e x e c u c i o n i m a n d a r i et .. prepositum ac conuentum predictos debere dare et soluere decimas in predicta sentencia contentas et in libello petitas, ad expensas legitimas ob hoc factas, quarum taxacionem nobis in posterum reseruamus, eosdem condempnantes. Lata et pronuncciata est hec sentencia in domo habitacionis domini officialis Prage anno domini M⁰.CCC⁰.XXX⁰.IIII⁰. sabbato proximo post natiuitatem sancte Marie hora uesperarum, hoc est IIII⁰

Idus Septembris, presentibus testibus honorabilibus viris domino Sdenkone, archidiacono Pilznensi etc. et aliis pluribus fide dignis.

Ibidem frater Arnoldus procurator ab ipsa interlocutoria appellauit protestans, se in scriptis uelle intra X dies appellare. — Tandem die sabbati proximo post exaltacionem sancte Crucis anno predicto XV⁰. Kldas Octobris prefatus frater Arnoldus procurator in curia episcopali hora uesperarum Prage coram honorabili viro domino Bohuta, archidiacono Gurimensi, Pragensis curie officiali, presentibus testibus infra scriptis quandam appellacionem publicauit in hec verba:

Constitutus coram vobis honorabili viro domino Bohuta, archidiacono Gurimensi, Pragensis curie officiali infra scripto iudice ut asseritur delegato, ego frater Arnoldus de Sderas, procurator religiosorum virorum fratris Philippi prepositi et Henrici prioris nec non et tocius conuentus monasterii Sderaziensis ordinis sacrosancti sepulcri dominici Jerosolimitani siti extra muros Pragensis ciuitatis, dominorum meorum procuratorio nomine propono et dico, quod cum Marsico [sic; supra Mauritius], plebanus de Byechar, prepositum et conuentum predictos traxisset in causam petens sentenciam diffinitiuam infra scriptam, si sentencia dici potest, per uos execucioni mandari, pro parte fratrum predictorum fuit excipiendo propositum, predictum plebanum in sua peticione non esse audiendum nec sentenciam illam fore per uos execucioni mandari eo, quod huiusmodi sentencia de iure non valet, ymmo est ipso iure nulla ex diuersis causis, presertim propter vicium pronuncciacionis et propter consensum Sderaziensis conuentus in illius cause defensione non habitum; verum uos non obstantibus huiusmodi excepcionibus anno domini M⁰.CCC⁰.XXX⁰.IIII⁰., IV⁰. Idus Septembris interlocutus fuistis in hec verba: In nomine domini. Amen. Nos Bohuta diuina miseracione archidiaconus Gurimensis etc. ut supra.

Unde ex hoc senciens fratres predictos dominos meos et me indebite grauari a dicta vestra interlocutoria in hiis scriptis nomine quali supra ad sedem apostolicam appello et apostolos peto instanter et iterum instancius peto ac instantissime peto, subiiciens dominos meos et me et decimas predictas, res nostras, statum nostrum, omnes nobis adherentes seu uolentes adherere proteccioni sedis apostolice speciali.

Lecta et interposita est appellacio predicta in scriptis per fratrem Arnoldum antefatum sub forma predicta anno, die, loco et mense, quibus supra, presentibus testibus, videlicet Duchoncio, plebano in Buben, Ottone, plebano in Slowecz, Theodrico, Nicolao fratribus, item Johannes sacerdos secularis [sic] et aliis quam pluribus fide dignis hominibus.

Qua appellacione publicata et lecta dominus officialis nichil ad hoc respondit, mandans eam ad acta iudicii inponi et inseri. Tandem eodem anno in crastino Dyonisii frater Arnoldus procuratorio [nomine] in curia episcopali petiuit apo-

stolos sibi dari et dominus officialis respondit, se uelle dare intra terminum iuris; et frater Arnoldus iterato VI. feria ante festum sancti Galli, hoc est pridie Idus Octobris, petiuit cum instancia in curia episcopali apostolos, et dominus officialis mandauit dari ibidem **apostolos refutatorios** atque dedit. [Exest.]

Zur Seite 107.

No. II. Processus causae super jure patronatus coram judice subdelegato 1320. (Orig. archiv. capit. Vyssegrad.) [1])

Anno i. d. 1320 in vigilia purificationis b. Mariae Virg. coram honorabili viro domino Gallo, archidiacono Gradicensi, judice subdelegato in causa infrascripta a venerabili viro domino Bavaro, abbate Břevnoviensis mon[ii] judice a sede apostolica delegato in dicta causa comparuit honorabilis vir dom. Dirslaus, decanus Vyšegradensis ecclesiae hora tertia ante fores ecclesiae pragensis et ibidem litteras delegationis cum vera bulla et filo canapis in nulla sui parte vitiatas exhibuit in haec verba: J[oa.] episcopus servus servorum dei etc. . . . pontificatus nostri anno tertio (dto 1319 1. Mai). Item exhibuit litteras subdelegationis sufficientes tenoris infrascripti: Bawarus dei miseratione abbas Brewnoviensis, . . judex a sede apostolica deputatus . . . . . Nos. . Vobis committimus vices nostras in virtute sctae obedientiae, ut in causis seu causa, quotiens requiremini per honorabilem virum dom. Dirslaum, decanum Vyssegrad. eccl., . . quantum de jure poteritis procedatis. A. et d. in Brewnow anno d. 1320 quarto nonas Januarii. Item exhibuit litteras citacionis ibidem, tenoris et continentiae subsequentis: Gallus, divina miseratione archidiaconus Grecensis, judex subdelegatus delegati sedis apostolicae discretis viris d. Petro, sti. Michaelis, ac d. Goczalco s. Valentini ecclesiarum rectoribus civitatis pragensis. ... Mandata apostolica per subdelegationem nos recepisse noveritis in hac forma: Jo. episc. servus servorum dei etc. Volentes igitur, ut tenemur mandatis apostolicis humiliter obedire, vobis . . . mandamus, ac sub poena excommunicationis quam in hiis scriptis in vos et in quemlibet vestrum trium dierum monitione praemissa proferimus, si mandata nostra contempseritis adimplere, quatenus ambo vel alter vestrum in ecclesia sctae Mariae in Tyn Pragae sita publice omnes paro-

---

[1] Die (2 M. 80 Centim. lange) Urkunde besteht aus 8, an der Breitseite mittelst quer durchlaufender Streifen zusammengefügten Pergamentblättern (Breite 18—26 Centim.). Das richterliche Wachssiegel hängt an beiden Seiten jedes Streifens und am letzten Blatte.

chiales illius ecclesiae citetis et evocetis, ut coram nobis per se seu syndicum sive procuratorem legitimum in castro pragensi in vigilia purificationis beatae Mariae proxime ventura hora tertia apud pragensem ecclesiam majorem debeant comparere, de justitia honorabili viro d. Dirslao, decano Vyssegradensis ecclesiae, responsuri, quem diem eis pro peremtorio termino assignamus. Sub predicta poena vobis nihilominus praecipimus, ut literas praesentes ad dictum terminum nobis reddatis executionis vestrae fidem nobis in eodem termino facientes.... Fidemque citationis hii, quibus mandabatur, fecerunt propriis in personis ibidem; petivitque praedictus dom. decanus instanter a judice praedicto, ut si aliqui vel aliquis esset pro parte adversa, qui possent vel posset, ut se in judicio exhiberent. Et ibidem Hilprandus Cziwlingerii, Friczko de Cuthna, Heroldus et filius Rotonis senior, parochiales ecclesiae sctae Mariae in Týn comparuerunt petentes, ut propter brevitatem termini peremptorii et propter absentiam seniorum de parochia dictae ecclesiae, ut dicebant, sibi longiorem terminum assignari et copiam omnium praedictorum nihilominus sibi dari. Praedictus quoque dom. decanus petivit, ut quum minus sufficienter pars adversa comparuerit, quatenus contumax pronunciaretur et in expensis legitimis condemnaretur. Dominus vero judex communicato consilio sapientum salvo jure partis utriusque tertiam feriam post dominicam »Reminiscere« hora tertia pro termino assignavit, mandans parti adversae, ut per sufficientem syndicum compareret coram eo in causa, quantum de jure fuerit, processuri (sic). Ibidemque ad preces partium dom. judex me Velislaum et me Paulum, presbyteros ministros pragensis ecclesiae in notarios recepit, qui tactis sacrosanctis evangeliis juravimus fideliter nostrum officium exequi nec aliquid aliud scribere, quam quod coram praedicto judice ageretur.

Quo termino veniente comparuit dom. decanus in judicio petens, ut secundum assignationem prioris termini procederetur et quia pars adversa non comparuit, ut debebat, contumaciam ejus accusavit; dom. vero judex ad convincendam malitiam partis adversae feriam tertiam post conductum paschae in priori loco hora tertia pro termino assignavit, ut sufficienter per syndicum et cum advocato ad procedendum in causa salvo semper jure partis utriusque compareret.

Ipso quoque termino veniente comparente honorabili viro dom. Dirslao decano Vyssegradensi ex una et Francisco judice et Eberlino, cive pragensi, ex parte altera dom. judex misit nobis litteram apertam sub sigillo suo in haec verba: Gallus divina miseratione archidiaconus Gradicensis discretis viris Paulo et Welislao, ministris ecclesiae pragensis, inter ...... Dirslaum, decanum ecclesiae Vyssegradensis ... ex una et parochiales ecclesiae sctae Mariae in Tyn ex parte altera Pragae, notariis statutis et electis ... Significamus vobis, quod propter diversos discussus, quos facimus ad praesens in nostro prae-

dicto archidiaconatu constituti, et aliis arduis nostris negotiis plurimum praepediti, termino videlicet feria tertia post conductum paschae proximae statuto, per nos praedictis partibus assignato, interesse aliquatenus non valemus, eundem terminum usque ad octavas beatorum Philippi et Jacobi, apostolorum, et si dies feriata fuerit, ad aliam diem sequentem, quae feriata non fuerit, prorogamus; in quo termino Pragam venientes omnia prosequemur deo volente, quae fuerant in priori termino mediante justicia prosequenda. Mandamus vobis, ut hoc ipsum partibus praedictis nostro nomine visis praesentibus nuncietis. Datum in Grecz. Nosque visa littera mandatum nobis factum personis praedictis intimavimus, secundum quod nobis fuerat demandatum, videlicet ut ad octavam beatorum apostolorum Philippi et Jacobi, et si dies feriata fuerit tunc sequenti die, quae feriata non fuerit, coram dom^{o} judice hora tertia ante pragensem ecclesiam se debeant praesentare, id facturi, quod nunc fuerat faciendum.

Quo termino veniente dom. dec. Vyssegr. comparuit et ad memoriam revocavit dom^{o} judici ea, quae acta fuerunt in prioribus terminis, petens, partem civium propter ipsorum contumaciam priorum trium terminorum in expensis condemnari. Et ibidem Frenczlinus, judex civitatis pragensis, ex parte parochianorum praedictorum cum quadam littera tamquam syndicus comparuit, cujus tenor talis est: In nomine domini. Amen. Noverint etc. Nos Conradus Pleyer, etc. nec non universitas plebesanorum eccl^{ae} stae Mariae ante laetam curiam, patroni ipsius eccl^{ae} cives pragenses . . . de unanimi nostra voluntate et consensu facimus, constituimus . . discretum et honestum virum Franciscum Jacobi, judicem civitatis prag^{is}, compatronum nostrum, nostrum . . . procuratorem . . . ad terminum, quem feria sexta proxima post ascensionem domini habemus in causa juris patronatus eccl^{ae} stae Mariae praedictae, quam . . . Dirslaus, decanus Vyssegradensis ecclesiae nobis movet vel movere intendit, coram . . . Gallo archidiacono Gradicensi, qui se dicit judicem a sede apostolica subdelegatum in causa praedicta etc. . . . Actum et datum Pragae anno ejusdem dom. 1320 in vigilia ascensionis dom^{i} in praesentia testium subscriptorum Henrici de Lapide et Wolflini Theodrici (sic) et [coram] aliis pluribus fide dignis. Et petivit a judice sibi terminum pro quaerendo advocato assignari dicens, se non posse habere advocatum in civitate pragensi nec in regno Boemiae et hanc petitionem obtulit sub hac forma: Coram vobis honorabili viro dom. Gallo, archidiacono Gradicensi, qui vos dicitis judicem a sede apostolica subdelegatum, ego Franciscus, judex majoris civitatis pragensis, syndicus et procurator honestorum virorum Conradi Pleyer, Jacobi Frenczlini, Conradi de Lapide, Hildprandi Czwiflingerii, Guntheri de Cuthna, Ottonis Figoleiz, Henrici Negel, Fridlini Bawari, Nicolai Rotinne, Nicolai Steclicz, Hermanni Glas et Joannis Jacobi cum fratre nec non totius universitatis plebezanorum sctae Mariae circa laetam curiam, patronorum ipsius ecclesiae civium pragensium propono et dico

nomine procuratorio, quod cum nuper cum diligentia majori, qua poteram, advocatum quaesierim, quem hic in toto regno propter favorem, quem quasi omnes clerici ad honorabilem virum do[mum] Dirzislaum, decanum ecclesiae Vyssegradensis, habent vel quia sunt praebendati aut electi canonici ipsius ecclesiae vel ipsi decano nimis faventes existant, habere non potuerim, et tam in brevi termino, quem mihi assignastis ad quaerendum advocatum ipsum de aliis terris propter malum statum regni et viarum discrimina licet diligenter laboraverim, invenire tamen eum et adducere hactenus commode non potuerim. Quare peto nomine quo supra, ut mihi alium terminum assignare velitis, in quo possim advocatum acquirere, meae defensioni competentem.

Dom. autem decanus coram judice protestatus est, hoc non esse verum, sed eum malitiose hoc dixisse et ibidem nominavit sibi tres advocatos, magistrum Gregorium, decanum scti Aegidii, Joannem Paduanum, Hilprandum plebanum de Prosick et alios plures posse inveniri, si bene salariarentur, et petivit copiam litterae syndicatus et terminum ad deliberandum super ea; judexque super praedictis omnibus sextam feriam proximam hora tertia pro termino assignavit et ad eundem terminum condemnationem expensarum petitam per do[mum] decanum propter contumaciam plebezanorum praedictorum reservavit.

Quo termino veniente dominus judex ad petitionem partium proximam sextam pro termino assignavit, partibus praedictis in loco praedicto et ad horam supradictam ad id faciendum, ad quod praesens terminus fuerat assignatus. Quo termino veniente dominus decanus Vyssegradensis petitionem in scriptis coram do[mo] judice obtulit sub hac forma: Coram vobis honorabili viro do[mo] Gallo judice meo ego Dirslaus, dec. Vyssegr. eccl., propono et dico, quod non est sufficiens littera syndicatus, quia non datur syndico, qui constituitur per parochiales sctae Mariae, in ipsa potestas agendi, cum tamen mandatum fuerit per vos, ut per sufficientem syndicum coram vobis comparerent, ut ex actis apparet, et ideo non valet. Praeterea per tale mandatum, quale datur in littera syndico, non habet potestatem syndicus libellum sibi oblatum recipiendi et sic cum eo judicium, quod fieret, non valeret, unde non est sufficiens. Item in sua constitutione non est clausula de judicato solvendo, quae debet esse in constitutione procuratoris rei maximae. Item cum non habeat speciale mandatum ad praestandum juramentum calumniae, non valet; item non valet ejus constitutio, cum sit judex et praesit reipublicae, nam talis idoneus defensor non intelligitur. Ad ea, quod petitus est terminus dari ad quaerendum advocatum, alium terminum ammodo non esse dandum, quia non unus sed plures termini dati fuerunt pro advocato quaerendo, ut ex actis apparet; et quod dicitur, quod in regno Boemiae non possit haberi per eos advocatus, falsum est, quia, si salarium sufficiens daretur, plures advocati invenirentur. Quare peto ipsos parochiales puniri in expensis tamquam contumaces, quia sufficienter non comparuerunt

in termino praedicto et in pluribus aliis terminis praeteritis ... et peto procedi in causa, quantum de jure est procedendum. Ad literam oblatam per do^mum^ Eberlinum non respondeo, quia nil facit ad causam praesentem, ut apparet ex ipsa; et quia peremptorie parochiales stae Mariae sunt citati per vos, peto, ut antequam eos in aliquo audiatis, primo mihi in expensis condemnetis eos.

Ibidemque aliam petitionem sive libellum obtulit judici in haec verba: Coram vobis honorabili viro dom^o^ Gallo archidiacono Gradicensi, subdelegato sedis apostolicae judice mihi dato ab honorabili viro abbate Brevnoviensi judice a sede apostolica delegato, propono ego Dirsislaus, dec. Vyssegradensis ecclesiae, nomine ipsius dignitatis et meo, quod cum dignitas mea et praelatus ipsius, meus proximus antecessor dom. Henricus piae recordationis olim decanus Wyssegradensis ecclesiae, esset in possessione vel quasi juris patronatus et praesentandi personam ad vicariam perpetuam ad ecclesiam stae Mariae in Týn Pragae sitam, parochiales tamen dictae ecclesiae, dignitate mea vacante et defensore carente, ipsam jure illo vel quasi de facto indebite spoliarunt, praesentando Franciscum filium Eberlini de Lapide parochiae illius ad regimen ipsius ecclesiae et eum in ipsa tuentur. Quare peto nomine meae dignitatis et meo, me ad praedictam possessionem vel quasi restitui et restitutum defendi et dictos parochiales pro tanta temeritate canonice puniri. Peto etiam damna et fructus, obventiones et proventus a tempore illo perceptos et qui percipi potuerunt in dicta ecclesia, qui mihi debentur, quos aestimo ad centum marcas denariorum grossorum pragensium. Item peto percipiendos vel eorum aestimationem mihi in futurum restitui. Item peto expensas, propter hoc factas, quas ad centum marcas grossorum pragensium aestimo et ad praedicta omnia et ad quantitatem praefatam nomine damnorum et expensarum mihi finaliter praedictos parochiales condemnari. Protestor etiam de expensis faciendis, quas tempore debito declarabo, salvo jure addendi et minuendi.

Ibidemque Franciscus, judex civitatis pragensis, exhibuit quandam literam, cujus tenor talis est: »In nomine domini. Amen. Noverint etc. Nos Jacobus Frenczlini, etc. et tota universitas parochianorum, divitum et pauperum, patronorum eccl^ae^ stae Mariae ante laetam curiam in civitate pragensi habita inter nos deliberatione diligenti et sufficienti tractatu, plures unanimiter et concorditer in hoc convenimus et communi voto consensimus, in discretum virum et honestum d. Franciscum filium quondam dom^i^ Jacobi Wolflini, civem pragensem, compatronum nostrum et nunc judicem civitatis pragen^is^, sibi et suis heredibus libere, pure et simpliciter in totum et ex toto, ut idem dom^us^ Franciscus et heredes sui aut alii sui fratres vel amici, cui vel quibus idem jus patronatus ipse cesserit in vita vel in morte, plenam potestatem habeant, praefatam ecclesiam stae Mariae conferendi et ad eam plebanum praesentandi diöcesano episcopo, quotienscunque et quandocunque eam vacare contigerit, et nihilominus de tota lite et

controversia, quam honorabilis vir dom^{us} Dirsislaus, decanus Vyssegr^{is} eccl^{ae} nobis super eodem jure patronatus movet, sibi cedimus, promittentes generaliter singuli et singulariter universi, bona fide, contra ipsam cessionem nostram per nos alium vel alios non venire, nec eam revocare aut quicquam facere contra ipsam in perpetuum publice vel occulte, sed eam ratam et firmam habere volumus et promittimus tenore praesencium literarum. In cujus cessionis testimonium praesentes literas sibi dedimus sigillo civitatis prag. majori et nostris propriis de consensu omnium parochianorum communitas. Testes hujus cessionis sunt Nicolaus dictus de Turri, Jacobus Diedowicz, Albertus Stucko etc., jurati cives civitatis pragensis. Act. et dat. in civitate pragensi in eccl^{a} stae Mariae supradicta anno d. 1320 VI. idus maji^{a}. *Et petivit, sibi alium terminum assignari pro advocato quaerendo*; dominusque judex ad deliberandum et pronunciandum super petitionibus do^{mi} decani sexta feria proxima in loco solito horam tertiam .. assignavit, mandavitque nobis ad petitionem dom^{i} decani, ut literam oblatam per dictum Franciscum in actis redigeremus et eidem copiam traderemus, et nihilo minus ad procedendum in causa, quantum de jure fuerit procedendum, diem praedictam pro termino assignavit.

Quo termino veniente dom^{us} *judex ad petitionem dom^{i} decani parochiales praedictos pronunciavit contumaces* et in expensis condemnavit in haec verba: Cum nos Gallus, archidiaconus Gradicensis, judex subdelegatus sedis apostolicae instante honorabili viro dom^{o} Dirslao, decano Vyssegradensis ecclesiae, parochiales ecclesiae stae Mariae in Týn civitatis pragensis peremptorie citari fecerimus ad nostram praesentiam, ut dicto dom^{o} decano de justitia coram nobis responderent, et ipsi in terminis eis praefixis pluribus nec per se nec per idoneum responsalem curarunt comparere, prout de hiis omnibus nobis constat per relationem eorum, quibus commisimus citationem faciendam, petente et instante dicto do^{mo} decano, ipsos interloquendo pronuntiamus contumaces ac in expensis propter hoc factis condemnamus eosdem ad taxationem nostram juramento ipsius dom^{i} decani subsecuto, ne de sua malitia ex hoc commodum reportent et ne nil obedientia humilibus videatur prodesse, si contemtus contumacibus poenam debitam non infligat.

A qua interlocutoria Franciscus judex civitatis appellavit viva voce ad papam et dixit, se infra decem dies velle in scriptis appellare, *dixitque sibi cessionem fuisse factam causae praedictae per parochiales praedictos*; dom^{us}que decanus dixit, cessionem non valere nec in eam consensit, sed dixit, se eam velle impugnare et ad hoc petivit sibi terminum assignari; judexque praedictus petivit sibi praedictae interlocutoriae copiam dari et terminum ad quaerendum advocatum. Quam petitionem salvo jure dom^{i} decani et protestatione, quod non intererat dictum judicem praedicta petere, do^{mus} judex admisit et ad praedicta omnia proxima feria

sexta ante festum beati Viti in priori loco horam tertiam pro termino assignavit.

Quo termino veniente comparuit dom[us] decanus Vyssegradensis ecclesiae altera parte non comparente et petitionem suam obtulit dom[o] judici in haec verba: Domine judex, ego Dirslaus decanus Vyssegr. eccl[ae], nomine dignitatis meae praedictae ac nomine meo peto, ut procedatis contra parochiales eccl[ae] stae Mariae in Týn pragensis civitatis in negotio principali et per vestram diffinitvam sententiam declaretis, 'eos a causa juris patronatus, super qua eis movi quaestionem eccl[ae] praedictae cecidisse ex eo, quia lite pendente coram vobis super jure patronatus eccl[ae] praedictae cessionem fecerunt ipsius et in potentiorem personam et secundum jura jactura causae hiis afficitur, qui lite pendente cedit juri suo sive actiona potentiori; et non est dubium, nec esse debet, quod lis super causa juris patronatus coram vobis pendeat, quia peremtorie sunt citati per vos, ut ex actis apparet et secundum constitutionem domini papae per solam citationem lis dicitur pendere; et quod cessionem fecerint constat vobis ex littera cessionis eorum, quam ad meam petitionem redigi in actis fecistis; et quod facta sit potentior patet evidenter vobis et cuilibet, quia judici Franscisco civitatis pragensis, qui erribilior adversarius mihi constituitur in causa praedicta, quod jura fieri vetuerunt. Peto etiam ut supra in libello petivi, nuper vobis oblato, per vestram definitivam sententiam dignitatem meam et me restituendum possessioni juris patronatus eccl[ae] praedictae, in cujus possessione vel quasi dignitas mea et meus proximus antecessor fuerunt pacifica, restitutum me defendi. Item peto fructus perceptos et qui percipi potuerunt in dicta ecclesia mihi debitos reddi, quos ad centum marcas pragensium grossorum denariorum aestimo. Item peto expensas factas, quas ad centum marcas aestimo, ut supra, et ad ista peto eos per vestram sententiam condemnari. Protestor etiam de expensis faciendis salvo jure addendi et minuendi; et ad praedicta omnia peto, ut procedatis non obstante appellatione frivola, quam dicitur Françiscus judex a vobis interposuisse, cum ipsum in nullo gravaveritis terminum sibi quindecim dierum assignando pro advocato quaerendo in regno Boëmiae, quem si habere non posset, tunc unius mensis terminum sibi extra regnum dedistis pro advocato querendo, cui tunc consensit et talibus appellationibus frivolis nec jus defert, nec a judice est deferendum, quod jure probatur. Item, quia sua non interest, appellare ex virtute cessionis sibi factae, quae fieri lite pendente non poterat, ut jure probatur; nam hii, quorum non interest non solent audiri appellantes; jura de hoc sunt notoria, unde peto, quatenus apostolos sibi si petierit, non delatorios nec reverentiales sed refutatorios concedatis. Peto etiam, ut appellationem suam, quam a vobis interposuit, cujus copiam in scriptis vobis dedit circa acta reponi faciatis. —

Dominusque judex super petitis praedictis dixit: se velle deliberare cum sapientibus et ad procedendum super eis vigiliam beati

Joannis Baptistae loco et hora praedictis pro termino assignavit. Quo termino veniente dominus judex continuavit terminum usque ad feriam sextam proximam post festum beati Joannis Baptistae ad idem faciendum, quod nunc erat facturus, hora et loco praedictis. Quo termino veniente, comparente domino decano et petente a domino judice, ut procederetur per eum in causa, prout supra per eum est petitum, ad quod fuerat terminus assignatus, ibidemque dictus decanus ad informationem judicis instrumenta et literas episcoporum et aliorum, quae ad comprobandum possessionem suae dignitatis in ecclesia praedicta faciebant, exhibuit; quas non cancellatas, nec abrasas, nec in aliqua sui parte vitiatas cum veris sigillis eorum, de quibus in eis fit mentio, dominus judex vidit et diligenter eas perspiciens legi coram se mandavit, multis secum assidentibus, et eas ibidem approbavit de consilio sapientum, in eo videlicet, quod decanatus Vissegradensis ecclesiae et ipsius decanus in possessione pacifica fuerant, praesentandi personam in vicarium perpetuum praedictae ecclesiae stae Mariae in Tyn. Tenores autem literarum praedictarum tales existere dinoscuntur: Jo. dei gratia pragensis etc. dto 1278 pridie idus Julii. Item secundae literae tenor: Jo. dei gratia pragensis etc. dto 1274 septimo idus Julii. Item tertiae literae tenor: Jo. dei gratia pragensis episcopus etc. dto 1302 Pragae pontificatus nostri anno primo. Item quartae literae tenor: Nos Jo. dei gratia etc. dto 1311 pontificatus nostri anno decimo. Nos Jo. dei gratia etc. dto 1308 pontificatus nostri anno septimo. Nos Jo. dei gratia etc. dto 1313 pontificatus nostri anno XII. Produxit etiam ibidem praedictus decanus ad comprobandum, quod decanatus suus spoliatus sit per parochiales dictae ecclesiae s. Mariae jure, quod ei competit circa praesentationem ipsius, literam domini Joannis pragensis episcopi veram et integram cum vero sigillo suo pendenti tenoris infrascripti: Jo. dei gratia prag. episcopus etc. dto 1317 pontificatus nostri anno XVI. Et ad eundem articulum plenius comprobandum testes hos produxit: dominum Joannem plebanum s. Joannis in Praga, dominum Dietlebum plebanum s. Martini in muro civitatis pragensis, Petrum presbyterum, olim sacristanum praedictae ecclesiae s. Mariae in Tyn et Zdislaum diaconum, servitorem ejusdem ecclesiae, qui juraverunt ad scta dei evangelia secundum formam juris meram dicere veritatem, quam sciunt et credunt super spoliatione praedicta. Dictus etiam decanus, interrogatus a judice, si vellet contentari hiis productionibus et probationibus, respondit, quod sic; dominusque judex, quia familiaribus negotiis impeditus examinationi dictorum testium interesse non poterat, suo capellano Bohuslao commisit eandem et ad publicandum attestationes et dicta testium diem sabbati post festum beatorum apostolorum Petri et Pauli proximum pro termino assignavit in loco et hora praedictis.

Ipso quoque termino veniente et domino Dirsislao decano comparente, a quo petitum fuit, ut dicta testium aperirentur et publicarentur,

dominus vero judex ad instantiam praedicti domini decani mandavit nobis notariis, dictas attestationes publicari. Nos vero ad mandatum judicis dictas attestationes publicavimus; quorum testium depositio talis est: Jo. plebanus scti Jo[is] in civitate pragensi, testis interrogatus dixit, quod notum esset sibi, quod Donatus vicarius praesentatus per decanum ad ecclesiam sctae Mariae in Tyn spoliatus fuit ecclesia ipsa et ab eadem violenter ejectus. Item interrogatus, per quem, dixit: quod per Eberlinum et filium suum et alios parochiales ipsius ecclesiae. Item interrogatus, quomodo, dixit: quod trusus fuit ab altari et offertorium de altari per filium Eberlini laicum vi receptum fuit ei, et alii clerici de ecclesia per dictos ejecti fuerunt. Tandem interrogatus, utrum hoc viderit vel audiverit, respondit: quod audivit. Item interrogatus, a quo audivit, respondit: quod a Donato vicario, qui ejectus fuit ab ecclesia praedicta, et ab aliis, qui viderunt, eum ejici. Tandem interrogatus, utrum hoc pro certo sciret, quod idem Donatus fuisset ejectus et spoliatus praedicta ecclesia, respondit: quod hoc pro certo sciret. Item interrogatus, utrum de hoc esset publica fama, respondit: quod sic. Item Dietlebus plebani scti Martini in muro civitatis pragensis, testis interrogatus, utrum de praedicta spoliatione sibi constet, respondit, quod sibi constat. Item interrogatus, quomodo, respondit: quia Donatus vicarius ecclesiae sctae Mariae in Tyn, qui praesentatus per decanum ad eam fuerat, est per parochiales ipsius ecclesiae eadem ecclesia spoliatus. Tandem interrogatus, utrum interfuerit eidem spoliationi et ejectioni, respondit, quod non, sed audivit. Item interrogatus, a quo audivit, respondit, quod a praedicto Donato et ab aliis presbiteris et clericis, qui una cum eo ejecti fuerunt per parochiales praedictos. Tandem interrogatus, quo tempore audiverit, eandem spoliationem esse factam, respondit, quod in die scti Nicolai immediate post missam. Item interrogatus, utrum hoc crederet vel sciret pro certo, respondit, quod pro certo sciret. Tandem interrogatus, utrum de hoc esset publica fama, respondit, quod sic. Item Petrus, presbyter, olim sacristanus praedictae ecclesiae sctae Mariae testis interrogatus, utrum de praedicta spoliatione esset sibi notum, respondit, quod sic. Item interrogatus, quo tempore vel quo die, resp.: quod in die scti Nicolai; post haec interrogatus, utrum hoc sciret pro certo, respondit, quod sic. Item interrogatus, quomodo hoc sciret, resp. quia vidit, quod Donatus vicarius tractus fuit ab altari et oblationes sibi receptae fuerunt et extra ecclesiam trusus fuit per parochiales ecclesiae praedictae una cum aliis sacerdotibus et clericis. Tandem int., utrum de hoc esset publica fama, resp., quod sic. Item Zdislaus, diaconus, servitor ejusdem ecclesiae sctae Mariae, testis int., utrum constet, sibi de praedicta spoliatione, resp. quod sic. Post haec int., utrum viderit vel audiverit, resp., quod vidit. It. int., quomodo vidit, dixit: quia vidit, quod Donatus, vicarius ecclesiae sctae Mariae in Tyn trusus fuit ab altari, et oblationes sibi receptae fuerunt, et fuit ejectus extra ecclesiam per parochiales praedictos una cum aliis vicariis et clericis, qui

secum morabantur. Tandem int., quo tempore hoc factum fuerit, resp., quod in die scti Nicolai. It. int., utrum de hoc sit fama publica, resp. quod per totam civitatem pragensem de hoc sit publica vox et fama.

Deinde per nos notarios publicatione facta, quaesitum fuit per dominum judicem, si praedictus decanus aliqua plura vellet proponere vel probare vel si aliquis esset, cujus interesset, qui vellet aliqua proponere contra allegata et probata. Et cum nullus ad hoc appareret opponens, praedictus dominus decanus dixit, quod in probationibus jam productis contentaretur, cum sufficienter de sua intentione probasset, petens instanter, sententiam diffinitivam proferri. Dominus vero judex de consilio sapientum in causa ipsa conclusit, terminum videlicet feriam tertiam proximam post octavam beatorum apostolorum Petri et Pauli ad ferendam diffinitivam sententiam assignavit, hora et loco praedictis. Quo termino veniente praedictus dominus decanus petivit instanter a domino judice praedicto, ut sententiam diffinitivam super petitis ab ipso et prolatis proferret; dominusque judex, quia ad hoc terminum faciendum assignaverat, Christi nomine invocato in praesentia honorabilium virorum infra nominatorum ante atrium ecclesiae pragensis sedens pro tribunali **sententiam diffinitivam protulit** in scriptis; cujus sententiae tenor per omnia talis est:

In dei nomine amen. Nos Gallus, archidiaconus Graecensis, judex auctoritate literarum sedis apostolicae subdelegatus, deputatus ab honorabili viro domino Bavaro, abbate Brevnoviensi, judice sedis apostolicae delegato, in causa, quam honorabilis vir dominus Dirslaus decanus Vyssegradensis ecclesiae movit nomine suae dignitatis coram nobis parochialibus ecclesiae sctae Mariae in Tyn pragensis civitatis super spoliatione juris patronatus ecclesiae praedictae, in cujus possessione pacifica suus proximus antecessor fuerat praesentandi personam ad vicariam ipsius perpetuam. Tenor autem delegationis talis esse dinoscitur: J° episcopus servus servorum (ut supra). Subdelegationis autem tenor talis exstat: Bavarus divina miseratione (ut supra). Forma autem petitionis sive libelli oblati talis est: Coram vobis (ut supra). Diligenti igitur et summaria cognitione habita in causa praesenti, prout natura ipsius causae requirebat, divina praesentia praedictorum parochianorum contumaciam replente, nobiscum mature deliberantes, de consilio sapientum, sedentes pro tribunali in hiis scriptis et de scripti recitatione sententiando diffinimus et diffinitive sententiamus et pronuntiamus, dictos parochiales a causa eis per dictum dominum decanum mota cecidisse super possessione juris patronatus ecclesiae sctae Mariae praedictae pro eo, quia lite pendente cessionem ipsius fecerunt in potentiorem personam; quia etiam per legitimas probationes et claras nobis constat, dictum decanatum jus patronatus pacifice possedisse praedictae ecclesiae sctae Mariae in Tyn, et eum eo per parochiales dictae ecclesiae esse spoliatum, diffinitive in hiis scriptis sedentes pro tribunali et de hac scripti recitatione sententiamus, saepe dictum domi-

num Dirslaum decanum Vyssegradensis ecclesiae nomine ipsius decanatus restituendum, et restituimus eum possessioni praedictae juris patronatus praesentandi personam pro vicario perpetuo dictae ecclesiae sctae Mariae in Tyn, ac in ipsa tuendum eundem. Actum ante fores praedictae ecclesiae pragensis, in praesentia honorabilium virorum domini Joannis, cancellarii regni Boemiae et praepositi Vyssegradensis ecclesiae, domini Henrici, praepositi Melnicensis, magistri Nicolai custodis dictae Vyssegradensis ecclesiae et officialis curiae pragensis, domini Thobiae et magistri Wolklini, canonicorum pragensis ecclesiae, domini Petri, rectoris ecclesiae scti Michaelis in Praga; datum in pragensi castro anno domini MCCCXX octavo idus Julii. Petivit etiam dictus dominus decanus a domino judice ibidem pro tribunali sedente, ut condemnaret dictos parochiales eidem in fructibus perceptis et qui percipi potuerunt in ecclesia praefata sctae Mariae in Tyn Pragae a tempore spoliationis factae per eos, sibi et suae dignitati debitos. Dominusque judex consideratis et pensatis omnibus, quae circa hoc erant consideranda, de consilio sapientum dictos parochiales praedicto domino decano Vyssegradensi in fructibus perceptis et qui percipi potuerunt in dicta ecclesia sctae Mariae in Tyn Pragae in sexaginta sexagenis grossorum argenteorum pragensis monetae condemnavit. Dictos etiam parochiales ecclesiae sctae Mariae in Tyn ad instantiam dicti domini decani in expensis condemnavit, factis per eum in causa praedicta, quas consideratis qualitate negotii et tempore disceptationis et conditione litigatorum ac aliis circumstantiis, moderatione tamen adhibita taxavit ad quadraginta sexagenas denariorum pragensium grossorum argenteorum; super qua taxatione sive summa pecuniae praedictus dominus decanus secundum formam juris juravit tactis sacrosanctis evangeliis, se tantum expendisse in causa et pro causa praenotata. Et praedicta omnia acta et gesta sunt coram nobis notariis in causa praedicta juratis, Welizlao et Paulo presbyteris, ministris pragensis ecclesiae; praedictaque omnia de mandato domini judicis in causa praemissa scripsimus et in hiis actis reposuimus. In testimonium futurorum et in robur fortius praedictorum omnium praesentibus sigillum dicti domini judicis est appensum.

Actum et datum in castro pragensi ante ecclesiam cathedralem anno domini 1320 octavo idus julii.

Zur Seite 143, Note 26.

No. III. Abbati Gradicensi adjudicatur per judices a rege Ottacaro Primislao II. causis decidendis delegatos media villa Těšetice.

(Dt. in castro Brunensi XII. Kalendas Februarii 1278).

Aus Bočeks Cod. diplom. et epist. Moraviae IV. No. 148.

Nos Arthlebus de Dubna, camerarius Wethouiensis, Hartmannus de Zeblowicz, camerarius Brunensis, Bohussie de Drahotuss, marscallus Morauiae, et Wsseborius de Namyescz, judices delegati et constituti a serenissimo domino nostro, domino Ottocaro, inclyto rege Boemorum, in judicio seu curia generali, quod et quam idem dominus rex indixerat Brunae celebrari super decidendis questionibus, causis et litigiis Morauorum, praesentis scripturae tenore profitemur, quod de mandato dicti domini regis pro parte, uice et nomine ipsius regis praesedimus judicio XII. Kalendas Februarii in castro Brunensi, audituri et diffinituri causas, quaestiones atque litigia, quae praeponerentur a quibuscunque de Morauia coram nobis, tanquam judices delegati et constituti super hoc a dicto domino rege, ut est superius pretaxatum (sic; praetactum?). Et tunc Pardus, filius Neplach, qui uenit de Russia, per aduocatum suum Pardusonem de Horka, conquestus fuit, de domino Budis, uenerabili abbate Gradicense, ordinis Premonstratensis, Olomucensis diocesis, qui una cum Neplach, qui donauerat dicta bona dicto domino abbati et ecclesiae s. Stephani in Gradiss; ad hoc et ob eandem causam is citatus die et loco praefatis comparuit coram nobis, eidem Pardussoni responsurus per se uel aduocatum suum, de medietate uille Tiesseticz de quarta parte siluarum inter flumina Morauam et Oskauam, et tribus piscatoribus in uilla Sedlski, dicens, quod dicta bona pertinerent ad ipsum Pardussonem, et quod ea dictus praelatus in ipsius Pardussonis teneret praejudicium et grauamen. Unde petiit, ut de eisdem bonis fieret sibi justiciae complementum. Praefatus autem abbas per aduocatum suum Nachepluk coram nobis in instanti tam pro se quam monasterio suo respondit, quod ipse tenebat jure atque legitime dicta bona, et tenuerat atque possederat pacifice et quiete inter praesentes spatio trium annorum et plus continue, justo praecedente titulo et sine temporis interruptione, et jam dicta bona erant sibi et ecclesiae suae praescripta. Tunc nos praecepimus Onsoni, camerario Olomucensi, ut ipse inueniret sententiam juxta tenorem querimoniae Pardussonis et responsa dicti abbatis, et sententiaret, qualiter esset

super hujusmodi procedendum. Onsso autem praedictus conuocatis baronibus, qui ibidem praesentes erant, habita cum eisdem deliberatione diligenti, inuenit et promulgauit finaliter, ut dictus Pardus deberet intentionem suam probare testimonio trium beneficiariorum fide dignorum, qui Knietye (recte kmeti) uulgariter nuncupantur. Sed quia idem Pardus per tres testes secundum Onssonis et baronum, quos Onsso consuluerat, sententiam intentionem suam probare non potuit, deficiente eodem Pardussone in probatione intentionis suae patenter, praecepimus Rathmiro de Penczyn, ut deberet super hoc sententiam diffinitiuam inuenire, et eam in conspectu omnium nostrum et testium subscriptorum publice promulgare. Idem autem Rathmirus uocatis baronibus, qui ibi tunc praesentes erant, ut eo melius et sanius sententiare ualeret, consuluit eosdem barones, et habita cum eisdem deliberatione perpensa, sententiauit pro praefato domino abbate, et absolutum dictum abbatem reddidit et monasterium ejus ab impetitione dicti Pardussonius super bonis praefatis. Et tunc abbas praedictus in testimonium praefatae sententiae de communi jure et de mandato nostro dedit Alexandro praesenti de Prestawlk, subjudici Olomucensi, duos denarios, qui prisudni uulgariter appellantur. Nos autem dictam sententiam, tamquam justam perpensam et aequilibratum secundum deum et justiciam approbantes, una cum baronibus assidentibus nobis et testibus inferius denotatis collaudauimus et assensu atque auctoritate nostra ipsam ratam reddidimus atque firmam. Testes autem, qui interfuerunt, sunt hi etc. Unde ad futuram memoriam et cautelam dicti domini abbatis et ecclesiae uel monasterii s. Stephani in Hradiss praesens scriptum fieri et sigillis omnium nostrum, secundum quod superius nominati sumus, per ordinem communiri fecimus in testimonium ueritatis. Act. et dat. etc.

Zur S. 159, Note 36a.

No. IV.

Formel eines instrumentum depositi aus einem bei der prager erzbischfl. Curie benützten Form. B. circa 1370. (Cod. prag. Domkap. Arch. L.VII. fol. 89 ff.): ..... Et renunciavit .. exceptioni doli mali et in factum actioni, condictioni indebiti et sine causa vel ob injustam causam, privilegio crucis et fori, omni indulto cruce signatis et cruce signandis concesso et concedendo, .. omni tempore feriato et quadrimestri, omni appellationis remedio, omni consuetudini et statuto, constitutionibus tam domini B(onifacii) papae VIII. quarum primo cavetur, ne quis

certis exceptis casibus extra suam civitatem et diöcesim, secunda, ne reus alterius diöceseos ultra unam dietam a finibus ejusdem diöceseos per litteras apostolicas ad judicium evocetur, quam de duabus dietis in concilio generali et quibuscunque aliis a praedecessoribus dicti domini papae super hoc editis etc., . . juri revocandi domum, conventioni judicum et locorum, beneficio restitutionis in integrum . . . et omni petitioni et dationi libelli et copiae praesentis instrumenti, omnique exceptioni et defensioni rei et juris canonici et civilis, auxilio generali et speciali, quod contra hoc instrumentum .. posset objici uel opponi, specialiter juri dicenti, generalem renuntiationem non valere. — In ähnlicher Weise lautet eine Urkunde der gleichen Gattung im Formelb. des archidiac. Martinus (1370—1407) MS. ibid. fol. 60.

Formel einer Notariats-Urkunde über eine »legatio bonorum« 1400 aus dem F. B. des prag. Domkap. Sign. K 16, fol. 96: .. transferens et transfundens in ipsum dominum N. omnes actiones reales et utiles ac directas aliaque jura, quas seu quae ipse testator occasione dictorum bonorum habet uel habere possit . . dans et concedens dicto N. plenam liberam et omnimodam potestatem pro praemissis bonis . ., si opus fuerit coram quibuscunque judicibus ecclesiasticis vel mundanis . . . ad agendum et defendendum, libellum seu libellos et quascunque petitiones alias dandi, darique et offeri videndi, copias omnium oblatorum petendi, exceptiones dilatorias, declinatorias ac peremptorias et recusatorias, cum opus fuerit etiam ante litem contestatam proponendi et super ipsas disputandi et litem contestandi, de calumpnia ac malitia vitanda et veritate dicenda seu alterius cujuscunque generis licitum juramentum in animam suam praestandi etc. Aussteller der Urkunde ist ein oppidanus, laicus prag. diöc. In ähnlicher Form in einer Notariatsurkunde ibid. fol. 113, laut welcher ein Pilsner Bürger einem Cleriker mehrere Forderungen schenkt, damit dieser in universitate pragensi studium eo melius et diligentius possit et valeat fine laudabili terminare.

Formel einer quittacio aus dem oben erwähnten F. B. des archid. Martinus (ibid. fol. 64): . . . . per pactum expresse appositum renunciavit dictus Joannes recipiens pro se et suis heredibus et successoribus quibuscunque exceptioni dictorum mille florenorum auri non receptorum, non numeratorum et non habitorum et sibi ratione praedicta per . . solventem non traditorum realiter, doli mali, metus, vis et in factum actioni, condictioni indebiti, sine causa et ex injusta causa, speique futurae numerationis dationis et receptionis, juri dicenti, confessionem extra judicium factam non valere et aliter, quam scriptum est in hoc vero et publico instrumento, fuisse actum vel e contra errori calculi et omni juri canonico et civili, per quod contra praemissa . . . se posset defendere vel tueri, ac juri dicenti, generalem renuntiationem non valere nisi praecesserit specialis. Et . . renunciavit dictus Johannes quittans exceptioni juris, dicenti confessio-

nem extra judicium factam infra certa tempora posse revocari et demum omni juri canonico et civili scripto et non scripto.

Formel einer confessio debiti (ibid. fol. cit.): . . . renunciavit debitor exceptioni rei sic non gestae . . ., reconvencionis cujuscunque, . . . et omni juri, per quod generalis renunciatio reprobatur vel dicitur non valere, ac omnibus aliis exceptionibus et allegationibus, quae sibi in hoc facto prodesse possent . . .

Nachträge

aus MS. und ungedruckten Urkunden, welche dem Verfasser erst während der Drucklegung zugänglich wurden.

Zur Seite 12, Note 18: In dem Privileg des Klosters St. Anna bei Laun 1335 (7. August; reg. Emleri ined.) wird die unbeschränkte Exemtion in Civilsachen, wie folgt, fixirt: homines ejusdem monasterii a judicio sive cuda provinciarum quarumcunque eximentes, ita quod ad nullum provinciale judicium evocari debeant vel judicari in eisdem; sed quidquid actionis cuipiam contra eos competierit, hanc coram judice ipsius monasterii prosequatur.

Zur S. 18, Note 27. Die Bedeutung der Ernestinischen Synodal-Statuten 1349 tritt mit voller Prägnanz hervor, wenn die häufigen Uebergriffe erwogen werden, welche sich die kirchl. Gerichtsbarkeit in den letzten Decennien vor Erlassung derselben hatte zu Schulden kommen lassen. Die Hauptstadt des Landes, Prag, suchte dagegen Abhülfe beim Könige; durch Privileg vom 4. November 1325 (reg. Emleri ined.) verbot Johann von Luxemburg: quod nullus clericorum . . in regno Boemiae manentium cives pragenses vel aliquem ex eis extra diöcesim pragensem citare praesumat, verum quilibet clericus cives ipsos . . in foro suo coram suo judice ad objecta conveniat responsurum, nisi fuerit causa spiritualis, und erneuerte dasselbe mit der Urkunde vom 27. Mai 1330 (reg. Emleri ined.) in schärferer Form: ut nullus clericus vel laicus debeat civem super causis secularibus . . ad judicium spirituale evocare vel trahere, nisi eis fuerit publice justicia denegata; et si clerico adversus cives . . . aliqua spiritualis competit actio, hanc coram episcopo pragensi aut ejus officiali et non alibi prosequatur; si autem alicui laico extra regno constituto contra aliquem civium . . videretur competere actio, hanc coram judice et judicio civitatis, in quo idem habet domicilium, juris ordine prosequatur. Als ein besonderes Vertheidigungsmittel gegen ungerechtfertigte: »citationes und excommunicationes« wird gestattet, dass die Bürger alle: bona et possessiones eorum, qui (tales) faciunt aut fieri procurant, per judicem civitatis ipsius occupent et arrestent, ut de bonis taliter occupatis ipse judex de certa scientia juratorum . . tantum recipiat, quod possit pro defensione eorum, qui gravantur, contra tales in romana curia vel alibi sufficere in expensis.

Zur S. 23, Note 40: Gegen die Citation einzelner Juden vor das kirchliche Forum, welche nicht lange nach dem Tode Carl IV dokumentirt ist (Cod. archiv. capit. prag. M.S. VI. 4. fol. B6), erhob Wenzel IV. Einspruch (Palacký, Formelb. II, S. 149). Ueber die Bestrafung von Laien, welche die kirchliche Judikatur nicht respectirten, durch den weltlichen Arm 1366 vgl. Beneš de Weitmühl script. rer. boh. II. 388.

Zur S. 54. In der cit. Rede circa initium studii pro scola juristarum pragensi (M.S. cit. fol. 102) wird über die Quellen gesagt: Sapientia aedificavit sibi domum et excidit septem columpnas. Hae autem sunt septem libri utriusque juris: prima est liber digestorum seu pandectarum, in quibus omne jus antiquum collectum est, qui in L. libros subdivisus est (ut in instit. proëm.), secunda est codex domini Justiniani in XII libros subdivisus . .; tertia est liber novellarum seu autenticorum, qui continet X vel XI collationes; haec sic dico propter librum usu feudorum, quia a quibusdam XI collatio appellatur, qui liber an sit autenticus non est praesentis sermonis disputatio (vgl. Savigny, Gesch. des röm. Rts im M. A. III., 421, 520 ff.). Quarta columpna est liber institutionum seu elementorum, qui in quatuor libros subdivisus juris civilis epilogus potest censeri. Quinta columpna est praesens compilatio, decretorum nomine nuncupata; sexta vero compilatio decretalium, computato libro sexti (sic); septima autem compilatio Joannina seu Clementinarum (vgl. Schulte, Gesch. der Quell. II, S. 45). Licet autem omnes libri juris civilis eleganti stilo compositi et immensa eloquentiae et subtilitatis rutilent venustate, tamen interdum illud per jus canonicum corrigitur et in melius reformatur. Et ut dicam sine dominorum legistarum injuria ipsum jus civile a jure canonico tamquam in formis superiore nonnunquam corrigitur et approbatur vel etiam reprobatur . . . . . Inter ceteros autem libros scientiae canonicae et civilis hic liber decretorum rutilat scientia, sapientia et elegantia.

Zur S. 56, Note 7. Römischrechtliche Anschauungen spiegeln sich ab in folgenden Urkunden: vom 20. August 1331 regis Joannis de Luxemburg revocatio libertatum concessarum Ratisponnensibus, quae sunt in praejudicium civium pragensium, mit der Motivirung: cum non deceat, aliquem locupletari cum detrimento alterius vgl. l. 206 D 50, 17; vom 18. Sptb. 1320 (Notariatsakt) testamentum magistri Joannis Stephani de Praga, artis medicinalis professoris »in praesentia testium ad hoc specialiter vocatorum et rogatorum«, vgl. l. 21, § 2 D 28, 1 beginnt mit den Worten: Quia heredis institutio est caput et principium testamenti, idcirco instituo mihi heredes in omnibus bonis meis habitis et habituris etc. (vgl. l. 1 init. D 28, 5) und verfügt weiter: item dimitto et lego . . . omnes libros meos fratribus praedicatoribus, item dimitto, lego et dari mando etc., endlich schliesst es, wie folgt: Quod quidem testamentum . . . valere mando, volo, ordino et dispono ac desidero jure testamentorum, jure codicillorum, jure cujuslibet ultimae voluntatis et quocumque alio jure melius valere potest; vgl. l. 8 § 1 C. 6, 36; l. 29 § 1 D 28, 1. Beide Urkunden verdanke ich dem mir von Herrn Dr. Emler, Herausgeber der regesta boh., freundlichst zur Verfügung gestellten Materiale der noch unedirten regesta. In einer Urkunde des Formelb. der Kanzlei Wenzel IV. (M.S. prag. Domkap. Sign. H 3, fol. 45) wird das römisch-rechtliche Princip der Universalsuccession (l. 62 D 50, 17) mit folgender Wendung anerkannt: sicut idem dux Lotharingiae in jus et dominium paternum hereditario jure successit, sic et ipsum decet, debita paterna persolvere, et tam propria quam paterna debita complere.

Zur S. 91. In dem Collectan.-M.S. J. 45 des prager Domkapit. (Stück No. 4) findet sich als regula cancellariae die Bestimmung: Ordinavit papa Bonifacius IX. quod deinceps in Anglia, Alemania, Flandria, Bohemia, Ungaria, Polonia, Castello, Portugalia et Italia nemo vigore cujuscunque gratiae expectativae gaudeat, nisi ad unum beneficium dumtaxat, exceptis doctori-

bus in jure canonico vel civili, magistris in theologia vel medicina ac licentiatis et baccalariis formatis in theologia.

Zur S. 93. Die Vertrautheit einzelner Practiker mit dem speculum aureum bestätigt z. B. der Umstand, dass der oben S. 48 genannte Henricus, »qui se juris peritum de Praga appellat«, in einer Rechtssache vor dem prager Bischofe als executor super gratia 1336 (Zeuge des formularius divers. dictam. M.S. monast. Wilhering. pg. 13) ausdrücklich sich auf lib. II partic. 1, tit. 5 de rescripti praesentatione § 1 beruft.

Die Hoffnung, in dem M.S.-Verzeichnisse des von Carl IV. gegründeten Collegiatkapitels »Aller Heiligen« in Prag, reiches Material zu entdecken, hat sich nicht erfüllt. Der bezügliche Catalog findet sich in den actis der facult. art. prag. (Orig. Aufzeichnungen des jeweiligen Decans, MS. 1594 ff. Sign. alte: No. 34, neue: Oeconomica 14, derzeit im Landesarchiv, fol. 231, wornach die Notiz bei Hanuš: Quellenkunde und Bibliographie der böhm. Liter. Gesch. S. 20 zu berichtigen ist); obwohl die dort verzeichneten MS. häufig mit der Jahreszahl des Explicit angeführt werden und aus dem 14. u. 15. saec. datiren, gehört der geringste Bruchtheil derselben dem Rechtsgebiete an; hervorzuheben ist lediglich eine lectura Hostiensis (ob in decretales Gregorii IX. oder Innocentii IV. ist nicht ersichtlich), eine glossa decreti (fol. pergam.), eine summa fratris Burghardi de ord. praed., (in quarto perg.), eine »distinctio decretalium Joannis Calderini« (vgl. Schulte l. c. II. 252), additiones Jo. Andreae super lib. decretal. (sic; wahrscheinlich ad apparatum sexti), ein Rosarium (ob des Guido de Baysio?), ein Belial etc.

Zur S. 127, Note 16. Ein päpstliches Delegationsmandat Gregor's X. anno pontif. secundo (1273), nämlich eine commissio appellationis in causa inter Lucam Pictorem, civem prag., et Venceslaum, plebanum in Usk super Albea (Aussig) exorta, qui quasdam pecuniarum summas et res alias dare et solvere legitime tenebatur, fand der Verfasser als Büchereinband saec. XV. benutzt; derzeit bildet es einen Bestandtheil des prag. Domkap.-Archivs.

Zur S. 129, Note 18. In den Akten des prager erzbischöfl. Gerichtes saec. XIV. exeunt. (Cod. prag. Domkap.-Arch. VI. 4 fol. O 4) kommt nachfolgende Zusammenstellung der »termini per ordinem« vor: ad dicendum contra commissionem ad primam diem; ad dandum et recipiendum libellum ad VIII. diem; ad respondendum libello, etiam si sit causa profana ad VII. diem; ad deliberandum et jurandum de calmunia et veritate dicenda in beneficiali VIII. die; ad ponendum et articulandum in causa profana ad XXX. diem, et in causa beneficiali ad XX. diem; ad dicendum contra articulos et respondendum positionibus ad VIII. diem; ad producendum omnia ad VIII. diem; ad dicendum contra producta ad VIII. diem; ad declarandum ad VIII. diem; ad dicendum contra declarationes ad VIII. diem; ad respondendum singulariter singulis positionibus et articulis ad VIII. diem; ad audiendum voluntatem dom. auditoris super admissione articulorum; ad examinandum testes simpliciter et indifferenter ad primam diem; ad recognoscendum sigilla etc. VIII. die; ad concludendum et audiendum sententiam; ad videndum taxari expensas, mit der Bemerkung: et hoc in causis ad curiam devolutis (vgl. Briegleb: Summarische Proz. S. 54).

Zur S. 140. Ein eclatantes Beispiel dafür, dass sogar kgl. Beamte bei Rechtssprüchen völlig dem Einflusse der Kenner des kanon. Rechtes unterlagen, mit denen sie sich beriethen, bietet die: decisio litis super solutione census inter cives de Netholicz et monast. S. Coronae per Ulricum dictum Phlugo, camerarium regni Boemiae dto 3. Dezember 1332 (reg. Emleri ined.). Die Entscheidung dieser Streitsache, welche »rex audiendam commisit et fine debito terminandam« lautet: nos itaque visis et auditis partium juribus et rationibus et probationibus investigatis . . . et cognitis ipsius causae meritis et aequa justiciae lance discussis, deliberatione insuper nobiscum et cum Dirzislao, praeposito, et Thoma, archidiacono prag. ecclesiae, et Bohuta, ar-

chidiacono Curimensi et officiali prag. et cum aliis peritis diligenti, dei nomine invocato, partibus propter hoc in nostra praesentia constitutis et sententiam ferri postulantibus, de ipsius domini regis speciali mandato, nobis facto oraculo vivae vocis, sententialiter pronunciavimus et in hiis scriptis diffinimus, ut oppidani memorati mediam marcam etc. abbati et conventui singulis annis dent etc. Man vgl. damit das Formulare einer sententia diffinitiva in dem Formelb. Joannis Bononiensis (edit. Rockinger, Quell. z. baier. Gesch. IX. Bd., 2. Abth., S. 686) und die Ausführungen Tancreds ordo judic. pars IV, tit. 1. § 5. — Ein bei der prager erzbischöflichen Curie um 1370 benutztes Formelbuch (Cod. des prag. Domkap.-Arch. LVII., fol. 66—81) enthält auf fol. 74 eine commissio causae, quum eligitur pro judice clericus et laicus mit der Schlussklausel: quod decreveritis per censuram ecclesiasticam faciatis observari.

Zur S. 156. Auch des Stadtrechtes wird in einzelnen Verzichtsclauseln Erwähnung gethan, so z. B. in einer Urkunde, vermöge welcher ein Laie einem prager Kloster ein Haus daselbst schenkt, vom 24. Oktbr. 1324 (reg. Emleri ined.): renuntio pro me, meis heredibus et successoribus quibuscunque omni juris canonici, civilis, statuti, consuetudinis, privilegii, municipii, juris terrae et cujuslibet juris auxilio; ähnlich verzichtet in einer Tauschurkunde vom 23. Januar 1336 König Johann insbesondere auch juris auxilio canonici, civilis, . . . consuetudinis, edicti municipalis et regni Boemiae (reg. Emleri ined.).

Zur S. 178, Note 11. Schon die Formelsammlung des Henricus Italicus (vgl. S. 105) enthält in dem MS. der prag. Domkap.-Bibl. K 33, fol. 18 ein Formulare für Bewidmungen mit magdeburger Recht; vgl. auch die editio Voigt's No. 109, dem das erwähnte MS. unzugänglich blieb. Nebenbei mag auch in Beantwortung der von Voigt S. 17 gestellten Frage bemerkt werden, dass das Explicit von derselben Hand herrührt, welche das MS. selbst schrieb.

Zur S. 197. Die besondere staatsrechtliche Stellung des Egerlandes zum Königreiche Böhmen war wohl die Ursache, warum dort das böhm. Stadtrecht 1579 keine Geltung fand; noch ein Rescript Maria Theresia's vom 22. Oktbr. 1754 (prag. städt. Arch. Cod. MS. No. 647) erklärt über die Anfrage, ob Eger zur Beobachtung des böhm. Stadtrechtes anzuweisen wäre, dass »vorderhand Eger bei den dort gebrauchten Rechten und Gewohnheiten zu belassen sei«. Bekanntlich galt daselbst subsidiär das Nürnberger Recht.

Zur S. 200. Ein in den Acta facult. artium prag. 1609—1611 (Cod. des Landesarch. Sign. B. 21, fol. 346 ff.) enthaltenes Universitäts-Gutachten beantragt bezüglich der Rechtsfacultät nachstehende Organisation: Huic facultati quatuor esse professores velimus, quorum primus processum juris municipalis percurrendo oratores et senatores patriae paret, reliqui uberiorem juris interpretationem inter se partiantur. Legum studiosos haec civitas non paucos suppeditabit, si praesertim ad bonorum honorumque fastigia juris scientia praeditis aditus patebit. Reliqua est deliberatio de hujus facultatis sigillo, collegio et auditorio, quae illa vel non habuit vel quod est verisimilius tunc amisit, quum ipsa est amissa. Im Allgemeinen wird noch beantragt: antiqua consuetudo, quae professores maritos collegio exigit, antiquetur, ut coelibatus, qui saepe studium optimis ingeniis fraudavit, cujuscunque liberae voluntati permittatur. (vgl. S. 236). Die Besetzung der beiden Kanzeln an der Rechtsfacultät erfolgte in Gemässheit des von der facultas artium erstatteten Vorschlages (cit. acta 1610, fol. 133).

Zur S. 203. Eine im lib. memorabil. I. (MS. des prag. städt. Arch. No. 326, fol. 7) enthaltene Instruction für die, vor dem Stadtgerichte auftretenden Prokuratoren vom J. 1584 ist zumeist eine Paraphrase der Bestimmungen B 23—35 des Stadtrechts-Codex 1579; insbesondere wird untersagt: »überflüssigerweise Interlocutorien zu veranlassen«.

Zur S. 265. Höchst interessant sind die Berathungen der Commission

über das einzuführende Rechtsmittel der Revision; Aufschluss hierüber gibt das Protokoll vom 2. April 1625 (Copie im Landesarch. aus den Akten der verein. Hofkanzlei in Wien II A. 1). Die Debatte bezog sich vornehmlich auf folgende Punkte; 1) utrum omnibus indifferenter sit hoc auxilium concedendum; 2) an cum aliquali cognitione causae; 3) an cum suspensione executionis; 4) a quibus judicibus; 5) an non juramentum calumniae praestandum sit; 6) quid faciendum in casu succumbentiae; 7) quo tempore (prosequendum); 8) tempus fatale. Im Einzelnen gingen die Meinungen auseinander; gleichwohl wird wiederholt betont, was »de jure communi statuitur«; z. B. »in welchen Fällen sonsten de jure communi die Appellationes nicht statthaben, in denselben auch die Revision nicht zuzulassen, ut in interlocutoria simplici; in interlocutoria mixta, quae partim est simplex, partim vim definitivae sententiae, admittitur appellatio, ergo et revisio. Contumax non est admittendus«. Wiederholt tritt das Bestreben zu Tage, die Sache zu regeln, wie »apud supremum judicium romani imperii«, wie »im Reich gehalten wird«, wie »beim Kammergericht in Speier ist Gebrauch«. Schliesslich gelangt man zu dem Beschlusse: »wie der (Revisions-)Prozess geführt werden soll, werden Herr Melander und Herr Hillebrand ein modum verfassen und vermeinen, es sei kein kürzerer modus, als wie de jure (scil. communi) statuirt wird«.

Berichtigungen.

S. 44, Note 23. Unsere Auffassung unterstützt auch Schirrmacher: Albert von Possemünster S. 191 und der dort citirte Aufsatz Dr. Ratzinger's.

S. 40, Z. 16 v. oben: lies No. 187 statt 197.

- 56, Note 7, Z. 11 lies cautionem.

- 302, Z. 30 v. ob. lies anullanda statt annullanda und aullanda.

Ortloff, H., Der fiscalische Strafproceß. gr. 8. 1859. ℳ 1. 50.

Puchta, G. F., Cursus der Institutionen. 8. Aufl., n. d. Tode des Verf. besorgt von Prof. **Paul Krüger**. gr. 8. 1875. geh.

1. Band. A. u. d. T.: Geschichte des Rechts bei dem römischen Volk mit einer Einleitung in die Rechtswissenschaft u. Geschichte des röm. Civilprocesses. n. ℳ 8.

2. Band. A. u. d. T.: System und Geschichte des römischen Privatrechts. n. ℳ 8.

—— Einleitung in das Recht der Kirche. 8. 1840. ℳ 2. 65.

—— Kleine civilistische Schriften. Gesammelt und herausgegeben von Dr. **A. Rudorff** gr. 8. 1851. geh. ℳ 9.

Randa, A., Der Besitz nach österreichischem Rechte mit Berücksichtigung des gemeinen Rechtes, des preußischen, französischen u. italienischen, des sächsischen u. Züricherischen Gesetzbuches. 2. durchgesehene und durch die **Besitzklagen** vermehrte Auflage. gr. 8. 1876. n. ℳ 12.

Röder, K. D. A., Grundgedanken und Bedeutung des römischen und germanischen Rechts. gr. 8. 1855. geh. ℳ 2.

Rohland, W. von, Das internationale Strafrecht. Erste Abtheilung: Kritik der internationalen Strafrechtstheorien. gr. 8. 1877. n. ℳ 3.

Schloßmann, Siegmund, Zur Lehre vom Zwange. Eine civilistische Abhandlung. gr. 8. 1874. n. ℳ 3.

—— Der Vertrag. gr. 8. 1876. n. ℳ 8.

Schmidt, K. A., Das Interdiktenverfahren der Römer. gr. 8. 1853. geh. ℳ 4. 20.

Schulze, Herm., Einleitung in das deutsche Staatsrecht. Mit besonderer Berücksichtigung der Krisis des Jahres 1866 und der Gründung des Norddeutschen Bundes. **Neue Ausgabe**. gr. 8. 1867. geh. ℳ 8.

—— Die Krisis des deutschen Staatsrechts im Jahre 1866. gr. 8. 1867. geh. ℳ 2. 25.

—— Johann Jacob Moser, der Vater des deutschen Staatsrechts. Ein Vortrag. Mit dem Bildniß J. J. Mosers. gr. 8. 1869. geh. ℳ 1. 20.

—— Das Preußische Staatsrecht, auf Grundlage des deutschen Staatsrechts dargestellt. 1. Band. gr. 8. 1870 u. 1872. ℳ. 7. 50. 2. Band 1. Abtheilung. gr. 8. 1872. 2. Band 2. Abtheilung. gr. 8. 1874. à ℳ 3. 75.
2. Band 3. Abtheilung. gr. 8. 1877. ℳ 10.

—— Der Rechtsschutz auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes. Eine Rede. gr. 8. 1873. ℳ —. 90.

—— Aus der Praxis des Staats- und Privatrechts. Ausgewählte Rechtsgutachten und Denkschriften. gr. 8. 1876. n. ℳ 8.

Tewes, August, System des Erbrechts nach heutigem römischem Recht. Zum academischen Gebrauch. 1. u. 2. Abtheilung. gr. 8. 1863 u. 1864. geh. ℳ 12.

Tkalac, E. J. v., Das Staatsrecht d. Fürstenth. Serbien. gr. 8. 1858. geh. ℳ 4. 50.

Unger, Joseph, System des österreichischen allgem. Privatrechts. 1. Band. 4. unv. Aufl. gr. 8. 1876. ℳ. 13. 50. 2. Band. 4. unv. Aufl. 1876. ℳ 14. 50.

—— Dasselbe. 6. Band. Das österr. Erbrecht. 2. Aufl. gr. 8. 1871. geh. ℳ 8.

—— Die rechtliche Natur der Inhaberpapiere. gr. 8. 1857. geh. ℳ 2. 50.

—— Der rev. Entwurf eines bürg. Gesetzbuchs f. d. Königr. Sachsen. 8. 1861. geh. ℳ 2.

Volkmann, Jul., System des sächsischen Civil- und Administrativ-Processes nach Biener. 3 Bde. gr. 8. 1846. geh. ℳ 16. 50.

Wasserschleben, H., Das Princip der Erbenfolge nach den älteren deutschen und verwandten Rechten. Eine rechtsgesch. Untersuchung. gr. 8. 1870. ℳ 5.

Wächter, Oscar, Das Handelsrecht nach dem Allgem. Deutschen Handelsgesetzbuch ꝛc. f. d. Gebrauch des Handelsstandes. 2 Theile. gr. 8. 1865. 1866. ℳ 8. 40.

—— Das Wechselrecht des norddeutschen Bundes und der allgemeinen deutschen Wechselordnung in den deutschen und deutsch-österreichischen Ländern, für die Praxis dargestellt. 2 Abtheilungen. gr. 8. 1869 u. 1870. geh. ℳ 12.

